



Max-Planck-Institut
für Innovation und Wettbewerb

TÄTIGKEITSBERICHT

2015

2016

2017

Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb

Tätigkeitsbericht 2015–2017

Vorwort

Im Rückblick auf die Jahre 2015 bis 2017 ist als herausragendstes Ereignis das fünfzigjährige Jubiläum des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb zu nennen (vgl. S. 392). Der Festakt, zu dem aus der ganzen Welt mehrere Hundert Gäste anreisten, fand am 12. Mai 2016 im Kaisersaal der Münchner Residenz statt. Redner aus Politik und Wissenschaft würdigten die Entwicklung vom damaligen Max-Planck-Institut für Internationales und Ausländisches Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht zum heutigen, seit 2013 interdisziplinär ausgerichteten Institut, dessen Forschungsthemen sich in den vergangenen Jahren zu höchster gesellschaftspolitischer Aktualität und Relevanz herauskristallisiert haben. Ein wissenschaftliches Symposium am Folgetag diente dazu, die vielfältigen Perspektiven der Forschungsfelder des Instituts näher auszuleuchten und in hochkarätig zusammengesetzten Panels vertiefter zu diskutieren.

Die Identifikation und Auswahl besonders zukunftssträchtiger Forschungsthemen stellt für das Institut eine ständige Herausforderung dar. Es gilt, das Umfeld der Institutsforschung, das einer erheblichen Dynamik unterliegt, regelmäßig neu zu vermessen. Dem widmet sich jeweils im Herbst ein großer Kreis von Wissenschaftlern des Instituts, die sich auf unterschiedlichen Stufen der wissenschaftlichen Laufbahn befinden. In Tagungszentren fernab vom Alltag wird in zweitägigen Strategiemeetings darüber nachgedacht, welche Schwerpunkte mittel- und langfristig in der Forschung zu setzen sind. Von besonderem Wert ist dieser ungezwungene Austausch auch deshalb, weil er das gegenseitige Verständnis der am Institut vertretenen Disziplinen unterstützt und Bereiche aufzeigt, in denen sich Synergien nutzen lassen. Dieser Austausch wird auch während des Jahres in regelmäßigen Besprechungen konkreter Forschungsaktivitäten am Institut fortgesetzt.

Einen Meilenstein für die Koordination der vielfältigen Forschungsinteressen am Institut stellte die Erarbeitung eines Mission Statements dar. Der Wert, über ein gemeinsam formuliertes Selbstverständnis zu verfügen, liegt keineswegs nur in dem recht knappen, prägnanten Text selbst. Mindestens so wichtig erwies sich der Erarbeitungsprozess an sich, der zu erheblichen Teilen aus dem Kreise der Mitarbeiter gespeist und motiviert wurde. Der Weg erwies sich damit letztlich als Ziel; er spiegelt den inneren Wert, der hinter dem erreichten Ergebnis steht. Indem dieser

Prozess ohne Zeitdruck seinen Lauf nehmen konnte, wurde sichergestellt, dass sich das gesamte Institut in seiner Vielfalt mit dem identifizieren kann, was in den kommenden Jahren als Forschungsleitbild dienen soll.

Das Institut möchte aber nicht nur in der Grundlagenforschung eine tragende Rolle spielen. Viele seiner Themen sind von unmittelbarer praktischer Relevanz. Dies zeigen unter den vielen Veranstaltungen, zu denen das Institut regelmäßig einlädt, insbesondere Anlässe, die des großen Zulaufs wegen vom Konferenzraum im Parterre in das Foyer in der zweiten Etage am Marstallplatz verlegt werden müssen, um möglichst vielen Interessenten aus Wissenschaft, Praxis und öffentliche Institutionen Zugang zu solch lebendigen und mitunter kontroversen Diskussionen zu ermöglichen. Besonders ragte die Grundsatzrede des damaligen Justiz- und heutigen deutschen Außenministers Heiko Maas im Herbst 2015 heraus, in welcher er weitblickende Reflexionen über die Zukunft des Urheberrechts anstellte. Anlass war die feierliche Übergabe der Festschrift zum fünfzigjährigen Bestehen des zu seiner Zeit hochmodernen und mutigen deutschen Urheberrechtsgesetzes.

Die Verbindung der Institutsarbeit zur Öffentlichkeit wird über verschiedene Gremien sichergestellt. So sorgt etwa der Alumni-Verein des Instituts auf informeller Basis und in freundschaftlicher Verbundenheit mit den heutigen Institutsangehörigen dafür, dass das nach wie vor wachsende, inzwischen über eine Vielzahl von Ländern reichende Netzwerk von ehemals am Institut geförderten Doktoranden und weiteren Wissenschaftlern und Freunden des Instituts mit Leben erfüllt wird. Eine wichtige, institutionalisierte Rolle nimmt das Kuratorium ein, welches sich jährlich über die aktuellen Forschungsaktivitäten informiert und mit hilfreichen Ratschlägen auf Anliegen und Bedürfnisse aus der Praxis hinweist. In wissenschaftlicher Hinsicht von herausragender Bedeutung ist in erster Linie der Fachbeirat. Er unterzieht die Forschungsarbeit des Instituts alle drei Jahre einer kritischen Evaluation, wobei jedes zweite Mal – wie nun auch im Jahr 2018 – mehrere Max-Planck-Institute zusammengefasst und vergleichend beurteilt werden. In diesem Rahmen und darüber hinaus gibt der Fachbeirat auch zentrale Impulse für die Ausrichtung der Institutsforschung. All diesen Gremien und natürlich weiteren Kreisen, die dem Institut und seinen Angehörigen stets mit großem Wohlwollen begegnen und oft erheblichen

Zeiteinsatz leisten, um das Institut in vielfältiger Weise zu unterstützen, möchten wir an dieser Stelle sehr herzlich danken.

Unser Dank richtet sich auch nach innen. Grundlagenforschung ist der eigentliche Zweck des Instituts. Dabei erfolgreich zu sein, ist undenkbar ohne das reibungslose Zusammenspiel zwischen den Forschenden und den zentralen Einrichtungen des Instituts. In unserem Tätigkeitsbericht kommen daher traditionell auch die jeweiligen Verantwortlichen zu Wort. Ihnen und ihren Teams verdanken wir es, wenn Besucher, die die einmalige Forschungsumgebung in konstant sehr hoher Zahl über unterschiedlich lange Zeiträume hinweg nutzen, beim persönlichen Abschiedsgespräch die hochprofessionelle Betreuung besonders hervorheben. Auf der Leitungsebene der Verwaltung kam es Mitte des Jahres 2015 zu einem Wechsel, indem der bisherige Verwaltungsleiter, Hendrik Wanger, an ein anderes Max-Planck-Institut wechselte. Diese Funktion konnten wir neu mit Barbara Schulz besetzen.

Neben den zentralen Einrichtungen tragen auch mehrere Personen mit Stabsaufgaben die Verantwortung für eine Reihe von Bereichen, deren Leistungen man oft stillschweigend voraussetzt. So ist etwa eine professionelle Webpräsenz für eine Institution, deren Interaktion mit der Öffentlichkeit von zentraler Bedeutung ist, nicht mehr wegzudenken, verlangt im Hintergrund jedoch viel Einsatz und Aufmerksamkeit. Im Jahr 2016 konnte ein völlig neuer, zeitgemäßer Webauftritt realisiert werden, der laufend optimiert und aktualisiert wird. Dieses Medium flankiert den Tätigkeitsbericht, der eine Momentaufnahme eines längeren Zeitraums darstellt, während die laufende Institutsarbeit auf der Webseite dargestellt wird. Dafür leisten neben etlichen Helfern allen voran Sylvia Kortüm und Myriam Rion unschätzbaren Einsatz. Einen gelungenen Einblick in das Institutsleben verschafft ein rund viertelstündiger Film, der gegen Ende 2017 unter Koordination von Claus Schönberner fertig gestellt werden konnte.

Bei all den erfreulichen Entwicklungen mussten wir im Berichtszeitraum leider auch den Verlust von zwei Personen verkraften, die dem Institut in besonderer Weise über lange Jahre hinweg verbunden waren und mit Kräften zu dessen Wohl und seinem Erfolg beigetragen haben. Im März 2015 ging Wolfgang Fikentscher im



v.l.n.r.: Prof. Dr. Reto M. Hilty, Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D., Prof. Dr. Josef Drexler

87. Lebensjahr von uns; er war seit 1973 Auswärtiges Wissenschaftliches Mitglied unseres Instituts, ein weltweit hoch respektierter Rechtswissenschaftler und für uns alle stets ein äußerst engagierter Freund und Kollege, der gerade auch für Nachwuchsforscher ein an allem interessierter Gesprächspartner war. Im Juli 2017 wurde sodann Arnold Picot im 73. Lebensjahr aus seinen Aktivitäten gerissen. Er war in etlichen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsfeldern des Instituts ein echter Pionier und ab 2013 eine tragende Stütze in unserem Fachbereich. Schon davor durften wir ihn als großen und wohlwollenden Förderer des Instituts kennenlernen. Damit wurde er zu einem wichtigen Wegbereiter seiner heutigen interdisziplinären Ausrichtung. Beide Persönlichkeiten vermissen wir sehr und behalten sie in dankbarer Erinnerung.

Wir hoffen, dass der vorliegende Tätigkeitsbericht auf breites Interesse stößt, und freuen uns auf einen regen und inspirierenden Austausch namentlich mit jenen Kreisen, in denen die Forschungsthemen unseres Instituts von besonderer Bedeutung sind.

München, im Juni 2018

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'R. Hilty'.

Reto M. Hilty
Geschäftsführender Direktor



Mission Statement

Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb betreibt juristische und ökonomische Grundlagenforschung zu Innovations- und Wettbewerbsprozessen und ihrer Regulierung. Im Mittelpunkt unserer Forschung stehen Anreize und Determinanten für Innovation sowie deren Implikationen. Mit einem herausragenden internationalen Forschungsteam und einer exzellenten wissenschaftlichen und administrativen Infrastruktur, einschließlich unserer renommierten Bibliothek, sind wir Anlaufstelle für Akademiker aus aller Welt und fördern aktiv den wissenschaftlichen Nachwuchs. Wir informieren und beraten im juristischen und ökonomischen Diskurs auf unparteiischer Grundlage. Als unabhängige Forschungsinstitution stellen wir evidenzbasierte Forschungsergebnisse für Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit zur Verfügung.

Inhalt

Vorwort	4
Mission Statement	7

A INNOVATION UND WETTBEWERB

Institutsforschung im Kontext	16
Interdisziplinarität in der Institutsforschung	36

B IMMATERIALGÜTER- UND WETTBEWERBSRECHT

I Forschungsstrategie der rechtswissenschaftlichen Abteilung	38
---	----

II Projekte

1 Rechtswissenschaftliche Projekte

1.1 Study on the Legal Aspects of Supplementary Protection Certificates and Research Exemptions in the EU.....	46
1.2 Internationales Immaterialgüterrecht im Wandel.....	53
1.3 Einheitspatent und Europäisches Patentsystem.....	57
1.4 Modernisation of the EU Copyright Rules.....	59
1.5 Assistentenforum 2015: Herausforderung Koexistenz und Kumulation im Immaterialgüterrecht ..	65
1.6 Principles of Unfair Competition Law	66
1.7 Datengetriebene Wirtschaft – Regulierungsbedarf infolge von Digitalisierung.....	69
1.8 EU Competition Law Remedies in the Data-Driven Economy: “New Wine” in “Old Bottles”?	75
1.9 Personal Data in Competition, Consumer Protection and IP Law – Towards a Holistic Approach?....	77
1.10 Standard Essential Patents and Standards for the Internet of Things.....	79
1.11 Markets, Development and Competition Law in Sub-Saharan Africa	85
1.12 Gerichtsbarkeit in der Europäischen Union	88
1.13 Immaterialgüter- und kartellrechtliche Streitigkeiten als Gegenstand schiedsgerichtlicher Verfahren.....	90

2 Habilitation

Vom materiellen Wert des Immateriellen – Immaterialgüterrechte als Kreditsicherungsmittel im nationalen und internationalen Rechtsverkehr (Peter Picht)	92
---	----

3 Dissertationen

3.1 Promoting Competition in the Telecommunications Markets of Sub-Saharan Countries through Liberalisation: An Analysis of the Regulatory Framework in Uganda (Rachel Alemu)	96
3.2 Entry Analysis in Latin American Competition Law Enforcement – Why Development Matters (Francisco Beneke).....	98
3.3 Der Teileschutz im Urheberrecht (Sebastian Benz)	100
3.4 Die Kohärenz der Harmonisierung irreführender vergleichender Werbung in Deutschland und England (Philipp Eckel)	102

3.5	Schutz von Informationen im Patentrecht? – Eine rechtsvergleichende Betrachtung des derivativen Erzeugnisschutzes unter besonderer Berücksichtigung von Daten (Franziska Greiner)	104
3.6	Der Softwarevertrag: Urheberrecht – Schuldrecht – Rechtsvergleichung (Fabian Hafenbrädl)	106
3.7	Die Verwertungsrechte in der digitalen Welt: Eine urheberrechtliche Untersuchung unter Berücksichtigung des französischen, deutschen und europäischen Rechts (Lisa Heinzmann)	108
3.8	Strafrechtliche Verantwortung im internationalen Kartellrecht – Eine Untersuchung zur Vermeidung zwischenstaatlicher Verwerfungen infolge der Kriminalisierungsbewegung (Patrick Hildebrandt)	110
3.9	Deceptive Conducts Before the Patent Office: Challenges for Patent Law and Competition Law (Eugenio Hoss)	112
3.10	Accountable, but not Liable: Injunctions Against Intermediaries (Martin Husovec)	114
3.11	Promoting Sustainable Innovations in Plant Varieties: Revisiting “Creative Destruction” and “Market Failure” (Mrinalini Kochupillai)	116
3.12	Perspektiven des internationalen Immaterialgüterrechts – Der Dreistufentest und seine Einflüsse (Il Ho Lee)	118
3.13	Adaptionsfähigkeit und Anpassungsbedarf des Urheberrechts an neue Kommunikationsformen des Lehrens und Lernens (Ricarda Lotte)	120
3.14	Patent Use Exception for User-Generated Ideas: the Maker Movement Meets Patent Law (Natalia Lukaszewicz)	122
3.15	Online Music Distribution – How Much Exclusivity Is Needed? A Study of International, European, German and U.S. Copyright Systems and Their Objectives (Nikita Malevanny)	124
3.16	L'influence du droit de la concurrence français et européen sur la réglementation antitrust des pays arabes: l'exemple du Maroc (Amine Mansour)	126
3.17	Regional Competition Law Enforcement in Developing Countries: A Case Study on the Degree of Centralization or Decentralization in the West African Economic and Monetary Union, the Andean Community and the Caribbean Community (Julia Molestina)	128
3.18	Gerechter Ausgleich und angemessene Vergütung – Dispositionsmöglichkeiten bei Vergütungsansprüchen aus gesetzlichen Lizenzen (Claudius Pflüger)	130
3.19	Der Schutz des Lieferanten als Marktgegenseite im Kartellrecht (Markus Raeder)	132
3.20	Remedies under Articles 7 and 9 of Regulation 1/2003: Market Design Powers of the Commission? (Korbinian Reiter)	134
3.21	Information als Infrastruktur – Zu einem wettbewerbs- und innovationsbezogenen Ordnungsrahmen für Informationen der öffentlichen Hand (Heiko Richter)	136
3.22	Der „ebenso effiziente Wettbewerber“ – Kosten-Preis-Vergleiche im Kartellrecht am Beispiel des Behinderungsmissbrauchs (David Roth)	138
3.23	The Construction of an EU Copyright Law: Towards a Balanced Institutional and Legal Framework (Franciska Schönherr)	140
3.24	Access to Medicine and Test Data Exclusivity: Safeguarding Flexibilities under International Law (Owais Hassan Shaikh)	142
3.25	Die Verbrauchergeneralklausel des UWG (Achim Spengler)	144
3.26	The Interface of Competition Law, Industrial Policy and Development Concerns – The Case of South Africa (Balthasar Strunz)	146
3.27	Capacity Withdrawals in the Electricity Wholesale Market: Between Competition Law and Regulation (Panagiotis Tsangaris)	148
3.28	Die urheberrechtliche Zwangslizenz (Hubertus Weber)	150
3.29	Intellectual Property Rights and Climate Change: Interpreting the TRIPS Agreement for Environmentally Sound Technologies (Wei Zhuang)	152
4	EIPIN Innovation Society European Joint Doctorate Programme	154

III Veröffentlichungen, Vorträge, geförderte Forschungsarbeiten, Lehrtätigkeiten, Ehrungen und Preise

1 Veröffentlichungen

1.1. Zeitschriften	
1.1.1 Zeitschriften des Instituts	160
1.1.2 Unter Mitwirkung von Institutsangehörigen herausgegebene Zeitschriften	160
1.2. Schriftenreihen	
1.2.1 Schriftenreihen des Instituts	161
1.2.2 Unter Mitwirkung von Institutsangehörigen herausgegebene Schriftenreihen	163
1.3. Veröffentlichungen von Institutsangehörigen	164
1.4. Herausgeberwerke	189

2 Vorträge der Institutsangehörigen

191

3 Geförderte Forschungsarbeiten

3.1. Abgeschlossene Forschungsarbeiten	
3.1.1 Habilitation	212
3.1.2 Dissertationen	212
3.2. Laufende Forschungsarbeiten	
3.2.1 Habilitationen	213
3.2.2 Dissertationen	213

4 Mitwirkung an Promotionsverfahren im Ausland

215

5 Lehrtätigkeiten

216

6 Ehrungen, Preise, sonstige Auszeichnungen

217

IV Veranstaltungen

1 Veranstaltungen der Abteilung und des Instituts

1.1. Tagungen und sonstige Veranstaltungen	220
1.2. Gastvorträge	
1.2.1 Asia Round Table	222
1.2.2 MIPLC Lecture Series	222
1.2.3 Patentrechtszyklus – Patentrecht in der Krise?	222
1.2.4 Kartellrechtszyklus	223
1.3. Empfang von ausländischen Delegationen	224

2 Teilnahme an Konferenzen, Kongressen und Tagungen

225

I Forschungsprofil der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung 236

II Projekte

1 Laufende Forschungsarbeiten

- 1.1 The Use of Copyright-Protected Creative Online Content by German Consumers
(Dietmar Harhoff, Reto M. Hilty, Roland A. Stürz, Alexander Suyer)..... 244
- 1.2 Supplementary Protection Certificates and the Direction of R&D (Dennis Byrski)..... 247
- 1.3 Patent Boxes and the Relocation of Intellectual Property (Laurie Ciaramella) 249
- 1.4 R&D Investments, Innovation and Corporate Taxation: Evidence from German Municipalities
(Ingo Isophording, Andreas Lichter, Max Löffler, Thu-Van Nguyen, Felix Poege, Sebastian Siegloch).. 251
- 1.5 Patents and Cumulative Innovation – Evidence from Post-Grant Oppositions (Fabian Gaessler,
Dietmar Harhoff, Stefan Sorg)..... 254
- 1.6 Social Ties for Labor Market Access – Lessons from the Migration of East German Inventors
(Matthias Dorner, Dietmar Harhoff, Karin Hoisl)..... 256
- 1.7 Knowledge Lost in Capital (Stefano H. Baruffaldi, Fabian Gaessler)..... 258
- 1.8 Tracing the Path from Science to Technology (Stefano H. Baruffaldi, Fabian Gaessler,
Dietmar Harhoff, Felix Poege)..... 260
- 1.9 Pressure in Crowdsourcing Contests (Jonas Heite, Karin Hoisl)..... 263
- 1.10 Openness as Platform Strategy – Evidence from a Quasi-Experiment in Crowdfunding
(Fabian Gaessler, Zhaoxin Pu)..... 266
- 1.11 Yes I Can! – A Field Experiment on Female Role Model Effects in Entrepreneurship Role Models
(Laura Aline Bechthold, Laura Rosendahl Huber) 268
- 1.12 Entrepreneurial Spawning in Turbulent Times: Evidence from the Decline of Nokia in Finland
(Magdalena Streicher)..... 271
- 1.13 The Effect of Compliance Time in Patent Examination – An Experimental Study
(Sven Fischer, Marco Kleine, Dan Zizzo) 273

Kurzberichte

- 1.14 Patents, Data Exclusivity and the Development of New Drugs (Fabian Gaessler, Stefan Wagner) .. 275
- 1.15 The Effects of Inventor Mobility on Productivity in Agglomerations and Teams –
Evidence Based on Linked Inventor Biography Data (Matthias Dorner, Fabian Gaessler,
Karin Hoisl, Felix Poege) 276
- 1.16 The Effects of Innovation Vouchers on Innovation Activity and Performance of SMEs in the UK –
A Randomized Controlled Trial (Jonas Heite, Marco Kleine, Laura Rosendahl Huber)..... 278
- 1.17 Distance and the Timing of Licensing (Laurie Ciaramella, Gaëtan de Rassenfosse) 279
- 1.18 Youth Start Entrepreneurial Challenges (Laura Rosendahl Huber, Magdalena Streicher)..... 280
- 1.19 The Impact of Language on Creativity, Cheating and Collaboration
(Marco Kleine, Stefan Nothelfer)..... 281
- 1.20 Internet-Based Technologies and Digital Business Models (Michael Chromik, Dietmar Harhoff,
Wolfgang Kellerer, Zhaoxin Pu, Monika Schnitzer, Matthias Wilhelm)..... 282

2 Dissertationen

Abgeschlossene Dissertationen

2.1 Labor Market Outcomes and Industrial Dynamics in the Knowledge Economy – Empirical Analyses of Germany (Matthias Dörner)	284
2.2 Enforcing and Trading Patents – Evidence for Europe (Fabian Gaessler)	286
2.3 Signaling Effects of Crowdfunding on Venture Investors’ Decision Making (Michael Mödl)	288
2.4 Equity Crowdfunding: Local Bias, Capital Structure and Venture Performance (Matthias Schmitt) ..	290
2.5 Personality, Social Networks and Performance of Inventors in Germany: Empirical Analyses of Survey and Patent Data (Christian Steinle)	292
2.6 Technological Distance: Theoretical Foundations, Statistical Analysis and Application to Mergers and Acquisitions (Florian Stellner)	294

Kurzberichte zu laufenden Dissertationen

2.7 Nature or Nurture? – Essays on Fostering Female Entrepreneurship (Laura Aline Bechthold)	296
2.8 Standard-Essential Patents and Technical Standards (Lorenz Brachtendorf)	296
2.9 Essays on Technology Change in Health Care and Pharmaceutical Markets (Dennis Byrski)	297
2.10 Essays on Entrepreneurship and Contests Using Experiments (Jonas Heite)	297
2.11 Foreign Language Effects on Creativity, Cheating and Cooperation (Stefan Nothelfer)	298
2.12 Essays on Corporate Innovation and the Public Sector (Felix Poege)	298
2.13 Innovation, Knowledge Spillovers and Digitalization (Zhaoxin Pu)	299
2.14 Essays on the Economics of Patents (Stefan Sorg)	299
2.15 Essays on Business Acceleration and Entrepreneurship (Magdalena Streicher)	300

3 Wissenschaftliche Politikberatung

3.1 Die Jahresgutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation	
3.1.1 Schwerpunkte im Jahresgutachten 2018 der Expertenkommission Forschung und Innovation	302
3.1.2 Schwerpunkte im Jahresgutachten 2017 der Expertenkommission Forschung und Innovation	302
3.1.3 Schwerpunkte im Jahresgutachten 2016 der Expertenkommission Forschung und Innovation	303
3.2 Urheberrecht und Innovation in digitalen Märkten – Studie im Auftrag des BMJV (Dietmar Harhoff, Reto M. Hilty, Laura Aline Bechthold, Claudius Jablonka, Stefan Nothelfer, Alexander Suyer)	304

III Veröffentlichungen, Vorträge, geförderte Forschungsarbeiten, Lehrtätigkeiten, Ehrungen und Preise

1 Veröffentlichungen

1.1. Zeitschriften	
1.1.1 Zeitschriften des Instituts	306
1.1.2 Unter Mitwirkung von Institutsangehörigen herausgegebene Zeitschriften	306
1.2. Schriftenreihen	
1.2.1 Schriftenreihen des Instituts	306
1.2.2 Unter Mitwirkung von Institutsangehörigen herausgegebene Schriftenreihen	306
1.3. Veröffentlichungen von Institutsangehörigen	307
1.4. Herausgeberwerke	314

2 Vorträge	316
------------------	-----

3 Geförderte Forschungsarbeiten

3.1. Abgeschlossene Forschungsarbeiten	328
3.2. Laufende Forschungsarbeiten	329

4 Mitwirkung an weiteren Promotionsverfahren

4.1. Zweitgutachten	329
4.2. Mitwirkung an Promotionsverfahren im Ausland	329

5 Lehrtätigkeiten	330
-------------------------	-----

6 Ehrungen, Preise, sonstige Auszeichnungen	331
---	-----

7 Projekte mit Drittmittelförderung	332
---	-----

IV Veranstaltungen

1 Veranstaltungen der Abteilung

1.1. Veranstaltungsreihen – Forschungsseminare	
1.1.1 Forschungsseminare	334
1.1.2 TIME Kolloquium	334
1.1.3 Munich Innovation Seminar (MIS)	335
1.1.4 Munich Summer Institute (MSI)	336
1.1.5 Brown-Bag-Seminare mit Gastvorträgen	337
1.2. Weitere Veranstaltungen	339

2 Teilnahme an Konferenzen, Kongressen und Tagungen	340
---	-----

D MUNICH INTELLECTUAL PROPERTY LAW CENTER (MIPLC) COOPERATION PROJECT

Munich Intellectual Property Law Center (MIPLC) Cooperation Project	348
---	-----

E ORGANISATION UND AUSSTATTUNG

I Publikationswesen	356
II IT Services	360
III Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	364
IV Bibliothek	366
V Gleichstellung und Chancengleichheit	374
VI Administration	378
VII Personalia, wissenschaftlicher Nachwuchs und Gastwissenschaftler	380
VIII Haushalt	386
Kuratorium	388
Fachbeirat	390

Dokumentation Institutsjubiläum	392
---------------------------------------	-----

Impressum	398
-----------------	-----



TÄTIGKEITSBERICHT
2015 – 2017

Institutsforschung im Kontext

I Die Welt im Wandel

Vor sechs Jahren hat das Institut im Tätigkeitsbericht 2010/2011 seine Forschungstätigkeit „im Lichte der rechtspolitischen Gemengelage“ retrospektiv und prospektiv erläutert. Die skizzierten Herausforderungen und Ansätze standen damals unter dem Vorzeichen der sich konkretisierenden **Erweiterung des Instituts** um eine wirtschaftswissenschaftliche Abteilung. Gleichzeitig fand die Internationalisierung besondere Aufmerksamkeit, zumal nach einer weitgehenden Stagnation der Fortentwicklung multilateraler Abkommen (allen voran die Bemühungen der WTO) vermehrt bilaterale und regionale Abkommen in den Vordergrund rückten. Weiten Raum nahm auch die strategische Nutzung von Schutzrechten ein, die schon seit Jahren zu den zentralen Themen des Instituts gehört. Es geht dabei um das Phänomen, dass bestimmte Akteure Schutzrechte zunehmend für Zwecke gebrauchen, die im Widerspruch zu den Gründen der Zuweisung rechtlicher Exklusivität stehen, woraus dysfunktionale Effekte resultieren können.

Ein Blick zurück

In der Zwischenzeit hat sich die Welt in mancher Hinsicht verändert, worauf in den folgenden Abschnitten näher eingegangen werden soll. Dieser anhaltende Wandel schlägt sich auch in der Schwerpunktsetzung der Institutsforschung nieder. Geblieben ist als eine der wichtigsten Konstanten, die Wirkungsweise jener Märkte zu erforschen, in denen Schutzrechte eine dominante Rolle spielen. Im Kern geht es darum, durch ein besseres Verständnis

der Wirkungszusammenhänge die innovations- und wettbewerbsfördernde Wirkung von Immaterialgüterrechten auf solchen Märkten abzusichern. Weil dafür – und gerade bei strategischen Nutzungen von Schutzrechten – ein **rechtswissenschaftlicher Blick** nicht ausreicht, ist es von zentraler Bedeutung für das Institut, dass sich seit 2013 auch die **wirtschaftswissenschaftliche Abteilung** aus eigener Perspektive mit dieser Thematik befassen kann.

Das Zusammenführen der beiden Disziplinen unter einem Dach erforderte ein **Adjustieren des gemeinsamen Untersuchungsgegenstandes**, was sich nicht zuletzt in einem geänderten Institutsnamen und in dem inzwischen gemeinsam verfassten Mission Statement abbildet. In diesem Mission Statement haben die jeweiligen eigenständigen Forschungsagenden der beiden Abteilungen, die auf eine Vielzahl weiterer Aspekte gerichtet sind, ebenso Platz wie die naturgemäß unterschiedlichen methodischen Ansätze.

Neue Herausforderungen

Blickt man auf die gegenwärtige **gesamtpolitische Gemengelage**, lassen sich neue Entwicklungen beobachten, welche die Rahmenbedingungen für die Grundlagenforschung des Instituts grundlegend beeinflussen. Der Trend zur Internationalisierung und Globalisierung des Handels ist zwar keineswegs gebrochen. Inzwischen zeigen sich aber auch gegenläufige Tendenzen, die mit erheblichen politischen Verschiebungen einhergehen. Zu erkennen ist ein Prozess der Rückbesinnung auf nationale Werte und

Interessen, der wirtschaftspolitisch zu erstarkendem Protektionismus führt. Dies wirkt sich insbesondere auf die auf globalen Handel ausgerichteten Volkswirtschaften aus. Sogar Wertegemeinschaften wie die Europäische Union werden durch Entwicklungen wie den Brexit vor Grundsatzfragen gestellt. Dazu kommt, dass sich über die Bestrebungen einzelner Mitgliedstaaten nach verstärkter nationaler Autonomie hinaus auch die internationale Kräftegeometrie verändert. Einzelne Länder wie China konnten in sehr kurzer Zeit ihre Innovationsfähigkeit verbessern und ihre ökonomische Position markant ausbauen.

Internationales Immaterialgüterrecht

Im Wandel befindet sich auch das internationale Immaterialgüterrecht, insbesondere das TRIPS-Übereinkommen. Das Institut hat sich in mehreren Projekten der Frage gewidmet, ob und inwiefern eine Neuvermessung und ggf. Rekonzeptionalisierung des internationalen Rechtsrahmens angebracht sein könnten, um nationale Märkte besser regulieren und nationalen Interessen besser Rechnung tragen zu können, ohne die Bedeutung des internationalen Handels als Integrations- und Wohlstandsfaktor zu untergraben.

→ Kapitel B II 1.2 · S. 53

Diese Veränderungen der gesamtpolitischen Lage gehen mit einer **rasanten technischen Entwicklung** einher. Diese brachte in vergleichsweise kurzer Zeit große wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen mit sich. Vor allem zu nennen ist die **Digitaltechnik**. Die weltweite Vernetzung durch das Internet läutete bereits vor rund einem Vierteljahrhundert eine ganz neue Epoche ein. Begünstigt wurde der vollständige Durchbruch der Digitalisierung durch den exponentiellen Ausbau von Speicher- und Rechenkapazitäten und die beispiellose Senkung ihrer Kosten.

Die Digitalisierung wirkt heute in alle erdenklichen Lebensbereiche hinein. Sie verändert das tägliche Leben des Einzelnen sowie seine sozialen Interaktionen fundamental. Wie jede Innovation bringt sie Gewinner und Verlierer hervor. So erlaubt die Digitaltechnik substantielle Effizienzsteigerungen und die Bewältigung unzähliger Probleme im Alltag. Ihr Einsatz führt aber auch zu **gänzlich neuen Herausforderungen**. Innovative Akteure drängen auf den Markt und verändern traditionelle Geschäftsfelder fundamental. Unternehmen, die nicht in der Lage sind, solche neuen Möglichkeiten zu nutzen, verlieren den wirtschaftlichen Anschluss. Angesichts zunehmender Automatisierung menschlicher Arbeit bangen viele Beschäftigte um

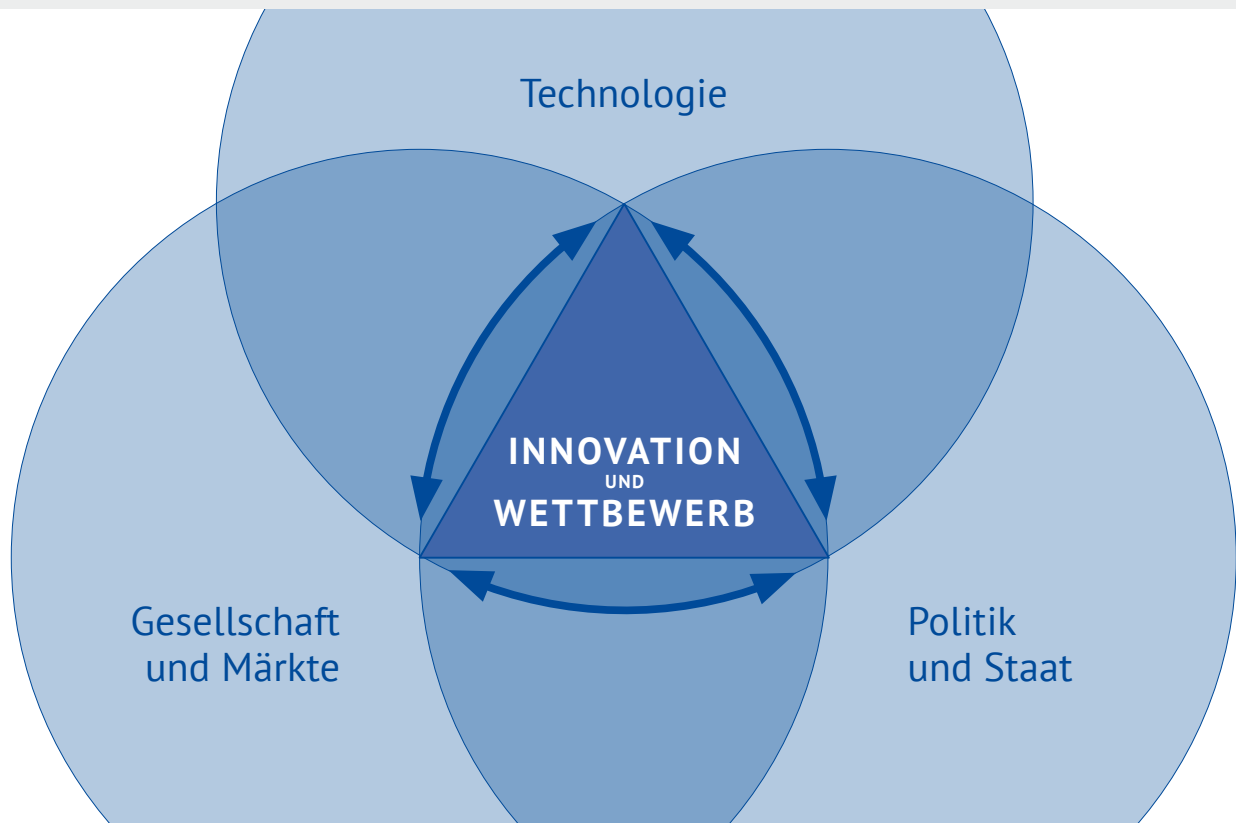
den Erhalt ihrer Arbeits- und Lebensgrundlage. Die ambivalente Wirkung der Digitalisierung verdeutlicht auch der Diskurs um soziale Netzwerke: Was zunächst als Instrument zum Meinungsaustausch und sogar zur Demokratisierung ganzer Gesellschaften gelobt wurde, wird inzwischen mit Schlagwörtern wie „Filterblasen“ und „Echokammern“ charakterisiert und als Treiber einer gesellschaftlichen Spaltung wahrgenommen.

Grundlagenforschung inmitten des Wandels

All dies beeinflusst die Mechanismen des Wettbewerbs sowie die Anreize und Determinanten für Innovation und deren Implikationen grundlegend – und damit auch die **Forschungsgegenstände des Instituts**. Der gemeinsame Blick auf die aktuell zu beobachtenden Veränderungen fördert in entscheidendem Maße das gegenseitige Verständnis der beiden Disziplinen. Er bildet zugleich die Basis für die in die Zukunft gerichtete Grundlagenforschung, die je nach Fragestellung in unterschiedlichem Grad intra- oder interdisziplinär geprägt sein kann, um möglichst hohe Relevanz und methodische Fundierung zu erzielen.

Geprägt ist der zu beobachtende Wandel von **verstärkten Wechselwirkungen** zwischen Technologie, Gesellschaft und Politik. So wirkt der technologische Wandel in die Gesellschaft hinein und beeinflusst somit den Lebensalltag des Menschen. Auch der politische Prozess lässt technische Innovationen nicht unbeachtet. Deren gesellschaftliche Auswirkungen können nach neuer Regulierung verlangen, die sich verschiedenen Herausforderungen gegenübersehen. Zu gewährleisten sind das Funktionieren wirtschaftlicher Märkte ebenso wie das Ausschöpfen des Potentials neuer Technologien, aber auch ein angemessener Schutz des einzelnen Menschen sowie die Wahrung grundlegender gesellschaftlicher Werte. Neue Regulierung setzt wiederum nicht einen Endpunkt, sondern wirkt sich ihrerseits auf den technologischen und den gesellschaftlichen Wandel aus.

In diesem hochdynamischen Spannungsfeld zwischen Technologie, Gesellschaft und Politik spielen **Märkte** eine entscheidende Rolle. In ihnen stehen sich Nachfrage und Angebot gegenüber. Nachfragepräferenzen bilden dabei den primären Treiber für Veränderungen, insbesondere für innovatives Verhalten und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Gleichzeitig entstehen gewisse Präferenzen erst mit vorhandenem Angebot.



Wechselwirkungen zwischen Technologie, Gesellschaft und Politik

Auch **staatliches Handeln** wirkt sich auf Präferenzen aus und vermag so die Wechselwirkungen zwischen Angebot und Nachfrage zu beeinflussen. Bezogen auf die Angebotsseite können fördernde Maßnahmen insbesondere auf die Schaffung zusätzlicher Anreize abzielen. Gleichzeitig können staatliche Eingriffe den Spielraum für innovative Geschäftsmodelle einerseits beschränken, andererseits aber auch gerade erfordern (so z.B. eine verschärfte Datenschutzgesetzgebung, deren Umsetzung technische Innovation voraussetzt). Beeinflusst staatliches Handeln das Nachfrageverhalten (etwa durch Statuierung eines Rechts auf Datenportabilität), so kann sich dies mittelbar auch auf der Angebotsseite auswirken.

Nicht selten versuchen politische Instanzen künftiges Verhalten zu antizipieren und es indirekt in eine bestimmte Richtung zu lenken. Dafür eignet sich die Vorgabe eines bestimmten Ordnungsrahmens mit ausreichend Freiraum für **Selbstregulierung**. Auf diese Weise lassen sich in ähnlicher Weise wie mittels klassischer Eingriffsregulierung Anreize für Interaktionen zwischen den betroffenen Akteuren schaffen. Prominentes Beispiel sind Mechanismen zur Entwicklung von Techno-

logiestandards durch Industriekonsortien. Auch Selbstregulierung ist freilich auf eine Flankierung durch eine wettbewerbspolitisch motivierte staatliche Regulierung angewiesen.

Die Eckpunkte des damit umrissenen Interaktionsdreiecks von Technologie, Gesellschaft und Politik bilden für beide am Institut vertretenen Disziplinen wichtige Ausgangspunkte für die **Wahl von Forschungsfragen und -kontexten**. Die **wirtschaftswissenschaftliche Forschung** legt den Fokus in erster Linie auf die Akteure in Innovationsprozessen und die Determinanten der Prozessergebnisse; von besonderem Interesse für das Institut ist dabei die Frage, welche Faktoren sich im Zusammenwirken mit den Mechanismen des Wettbewerbs positiv oder negativ auf Innovation auswirken. Demgegenüber konzentriert sich rechtswissenschaftliche Forschung im Kern auf regulatorische Aspekte und judikatives Handeln. Aber auch die Wirkungsweise des vertraglichen Instrumentariums ist von Interesse, liegt der Vorteil einer privatautonomen Regelung doch darin, dass sich die Marktbeteiligten ausreichend Spielraum bewahren, um flexibel auf den technologischen Wandel zu reagieren.

II Technologischer Wandel

Technologischer Wandel ergibt sich aus einer **Vielzahl von Innovationen**. Diese bieten neue Möglichkeiten der Problemlösung in allen Lebensbereichen. Die nachstehend beispielhaft geschilderten technischen Entwicklungen bilden Grundlage und Ausgangspunkt für die Institutsforschung, seien dies möglicherweise erforderliche, neue regulatorische Aspekte, seien es Untersuchungen aus industrieökonomischer Sicht.

Kennzeichen des technologischen Wandels

Wichtige technische Innovationen beruhen heutzutage vor allem auf Entwicklungen der Ingenieurwissenschaften, der Chemie, der Molekularbiologie sowie der Informatik. Sie beziehen sich auf „Dinge“, „Moleküle“, „Zellen“ und „Bits“, die ihrerseits nicht isoliert nebeneinanderstehen. Zu einem branchen- und technologieübergreifenden Innovationstreiber ist aber vor allem auch die Digitalisierung als „General Purpose Technology“ herangewachsen.

Mit der Digitalisierung gehen **strukturelle Verschiebungen** einher. Software- und internetbasierte Anwendungen und Geschäftsmodelle lösen derzeit weite Bereiche der „Old Economy“ ab. Software- bzw. Internetunternehmen dominieren mittlerweile die Spitzenplätze unter den Unternehmen mit den weltweit höchsten Börsenwerten.

In verschiedenen Technologiefeldern lassen sich gemeinsame Tendenzen beobachten, so etwa die **Verkleinerung**. Sie betrifft die Entwicklung von Halbleitern und Energiespeichern ebenso wie die Fortschritte in der Nanotechnologie und der Mikrobiologie. Auch eine **Beschleunigung** zeigt sich im Querschnitt der technologischen Felder. Sie äußert sich etwa in den immer höheren Geschwindigkeiten der Informationsübertragung, leistungsfähigeren Antriebstechniken und kürzeren Entwicklungszyklen. Daneben steht die **Vernetzung**, die mittlerweile nicht nur den Datenaustausch zwischen Menschen, sondern auch zwischen Dingen ermöglicht (Internet of Things). Netzwerke sind ebenso Grundlage für systembiologische „Network Medicine“ wie für die Blockchain-Technologie.

Allgegenwart der Digitalisierung

Die **Digitalisierung** wird von verschiedenen **technischen Entwicklungen** getragen. In ihrem Zusammenwirken erlauben diese die Erhöhung von Rechenleistungen, die Erweiterung und Vergünstigung von Speicherkapazitäten, die Miniaturisierung von Rechnern, die Verbesserung und Ausweitung der Datenübertragung sowie die Weiterentwicklung von Messtechnik und Sensorik. Begrenzte Ressourcen wie Rechenleistung lassen sich bündeln (High Performance Computing), durch Vernetzung und Mobilität entfällt die Gerätegebundenheit von Speichersystemen und Rechenleistungen (Cloud Computing). Geschaffen wird mit alledem nicht nur die Grundlage für eine umfassende und dezentrale Datenerhebung, sondern auch für die Analyse extrem großer Datensätze. Dies wiederum ermöglicht die Automatisierung von Entscheidungen und Arbeitsprozessen sowie den Einsatz autonomer Systeme und Verfahren der künstlichen Intelligenz.

Arbeitsgruppe „Datengetriebene Wirtschaft“

Die Entwicklung der Digitalwirtschaft wirft zahlreiche regulierungsbezogene Fragen auf. Das Institut hat darauf mit der Gründung der Arbeitsgruppe „Datengetriebene Wirtschaft“ im November 2015 reagiert. Den ersten Schritt bildete eine Bestandsaufnahme technischer Rahmenbedingungen und datenbezogener Geschäftsmodelle. Hierfür hat die Arbeitsgruppe regelmäßig Industriegespräche in Form von strukturierten Interviews mit Vertretern unterschiedlicher Unternehmen geführt. Dies erlaubte eine bessere Eingrenzung und Analyse von Regulierungsproblemen.

→ Kapitel B II 1.7 · S. 69

Die Digitalisierung erfasst inzwischen **nahezu alle Branchen**. Klassische Technologien oder technische Entwicklungen kommen kaum mehr ohne Vernetzung aus. Überholt erscheint die konventionelle Trennung in „analoge“ und „digitale“ Welt. Die Digitalisierung avanciert dadurch von einer begleitenden Querschnittsaufgabe zum maßgeblichen Innovationstreiber, u.a. in den Bereichen Automobilindustrie, Medizin, Banken und Versicherungen sowie der Landwirtschaft.

Die **Automobilindustrie** steht nicht nur vor der Herausforderung, zukunftsfähige Antriebstechniken zu entwickeln, sie muss vor allem dort in neue Bereiche der Technik vordringen, wo es um die Vernetzung von Fahrzeugen und Systemen geht. Automatisiertes Fahren stellt heute ein realistisches Modell für die Zukunft dar.

In der **Medizin** verhilft die Digitalisierung zu neuen Möglichkeiten der Tele- und Präzisionsmedizin. Als präventive Mittel erlauben etwa "Wearables" eine dauerhafte Überwachung körperlicher Funktionen. Durch die massenhafte Datenverfügbarkeit lassen sich Epidemien früher erkennen und Medikamente verbessern. Auch eine individuelle Anpassung der Wirkstoffe an die konkreten Bedürfnisse und Gene des Patienten wird möglich (personalisierte Medizin).

Banken nutzen im Wertpapierhandel Algorithmen, die selbständig, schnell und systematisch Investitionen und Transaktionen vornehmen können. Zur Erleichterung der Transaktionen kommen Blockchain und andere Formen von "Distributed Ledger Technology" zum Einsatz. Diese stellen eine neue Art dezentraler Datenbanken dar, deren Anwendung sich aus dem Finanzwesen rasant auf andere Wirtschaftsfelder ausbreitet. **Versicherungen** entwickeln dynamische Tarife, bei denen auf Grund von Big Data-basierten Datenanalysen individuelle Prämien zu bezahlen sind.

Dass sich die **Landwirtschaft** längst nicht mehr allein um Pestizide und Saatgut dreht, zeigt der Zusammenschluss von Bayer und Monsanto. Dort spielen die Sicherung des Zugangs zu den von Monsanto gehaltenen genetischen Daten sowie die Auswirkungen auf die Zukunftsmärkte für integrierte Softwarelösungen zur Ermöglichung eines "Smart Farming" eine wesentliche Rolle. Die Kontrolle über große Datensätze wird damit auch zum Thema der Wettbewerbspolitik für Unternehmen, die nicht originär der Internetwirtschaft zuzurechnen sind. Die gesellschaftspolitische Relevanz von Zusammenschlüssen steigert sich damit nochmals enorm. Es geht nicht mehr „nur“ um die Sicherung der Ernährung der Weltbevölkerung, sondern auch um Umweltschutz mittels der Digitalisierung der Landwirtschaft.

Die Digitalisierung kann in **Abhängigkeit vom jeweiligen Sektor unterschiedliche Folgen** mit sich bringen. Für die Forschung ergibt sich daraus die Notwendigkeit, ebenfalls sektorenspezifische Unter-

suchungen anzustellen, um die entsprechende Funktionsweise des digitalen Wandels greifbar machen zu können. Zu berücksichtigen ist etwa, dass die Digitalisierung die Eigenheiten einer Branche in besonderer Weise verstärken kann. So waren Versicherungen zwar schon immer daran interessiert, bestehende Risiken exakt einzuschätzen; dank der Möglichkeiten von Big Data-Analysen können sie dies nun perfektionieren. In andern Sektoren kann der digitale Wandel die Tätigkeit etablierter Akteure in Frage stellen, beispielsweise wenn Banken ihre exklusive Stellung als Intermediäre zur Absicherung von Transaktionen infolge der Einführung von Blockchain-Technologien verlieren. Ebenso können neue Aspekte in den Vordergrund rücken, etwa wenn die Kernkompetenzen im Fahrzeugbau nicht mehr im Motorenbau, sondern in der Energiespeicherung liegen, oder wenn die digitalen Technologien für autonomes Fahren und für Vernetzung zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor werden.

Bestimmte Phänomene der Digitalisierung werden mit den Schlagworten **Big Data, Internet der Dinge, Industrie 4.0 und künstliche Intelligenz** versehen. Hinter diesen Begriffen verbirgt sich letztlich ein Bündel verschiedener Aspekte der Digitalisierung als Grundlage für fundamentale Auswirkungen auf Gesellschaft und Märkte. So verdichtet sich seit etwa zehn Jahren unter dem Stichwort **Big Data** die Erkenntnis, dass die exponentiell steigende Menge an Daten, ihre vielseitige Verwendbarkeit und neue Analysemethoden es erlauben, zur Beantwortung spezifischer Fragen (z.B. nach Kundenpräferenzen) bislang verborgene Zusammenhänge zu ermitteln. Hinter dem Begriff **Internet der Dinge** steht die technische Entwicklung, über Sensoren Daten zu erheben, zu speichern und dann über Netzwerke weiterzuleiten, sodass Gegenstände im Wege des kontinuierlichen Datenaustauschs miteinander kommunizieren können. Die gesammelten Daten lassen sich regelmäßig in Echtzeit auswerten. Die "Smartwatch", über welche sich etwa die Temperatur des Schlafzimmers aus der Ferne regeln lässt, mag ein illustratives Beispiel für eine verbrauchernahe Anwendung sein. Doch wird auch die Vernetzung in Produktionsverfahren vorangetrieben. Sie findet in Deutschland unter dem Schlagwort **Industrie 4.0** ihren Niederschlag. Die Auswertung der Massen an Daten ermöglicht es, neue Anwendungen zu erschaffen, vor allem Algorithmen zu trainieren und dadurch passgenauere Problemlösungen zu finden. Sie mündet schließlich in Verfahren des maschinellen Lernens und der künstlichen Intelligenz.

Erhebliche Fortschritte in der Materialforschung und Biotechnologie

Wichtige Innovationen finden zudem in Technologiefeldern statt, die in keinem direkten Zusammenhang mit der Digitalisierung stehen, für diese aber mittelbar von erheblicher Bedeutung sein können. Dazu zählen traditionelle Bereiche der Patentierung wie etwa jener der **Materialforschung**. Beispielhaft zu nennen sind besonders effiziente Solarzellen, die eine höhere Dezentralisierung der Stromerzeugung ermöglichen, oder Batterien der nächsten Generation. Zusammen mit fortschrittlichen Antriebstechniken erlauben sie neue Formen der Mobilität, so etwa den Einsatz von Drohnen. Auch der Vormarsch von Nanotechnologien erlaubt die Verbesserung unzähliger Produkte, von Lacken über Medikamente bis hin zu Mikrochips. Die Entwicklung von Graphen als dünnstes existierendes Material mit hoher Leitfähigkeit revolutioniert vor allem Transistoren und Batterien.

Viele Innovationen liegen an der **Schnittstelle von Biotechnologie und Materialforschung**. Deutlich wird dies bei der Herstellung und Nutzbarmachung von Biopolymeren. In der 3D-Drucktechnologie werden nicht mehr ausschließlich Kunststoff, Metalle und Keramiken zur 3D-Modulation genutzt, sondern seit einiger Zeit auch biologische Strukturen. Dies ermöglicht gleichermaßen die massenhafte wie auch die präzise Produktion von biologischem Gewebe. Beispiele für Anwendungsgebiete sind klinische Transplantationen, die Herstellung proteinbasierter Nahrungsmittel sowie die regenerative Medizin. Ferner wird der Einsatz spezifisch genetisch-modifizierter Mikroben in der Metallgewinnung und Metaldetektion diskutiert. Heutzutage werden diese bereits zum Abbau von Sulfid-Mineralen zur Reinigung kontaminierten Minenwassers verwendet. In der Landwirtschaft sind rekombinante Technologien seit längerem etabliert, doch auch dort erschließen sich immer weitere neue Anwendungsmöglichkeiten.



Technologie

Seitdem die vollständige Sequenzierung des menschlichen Genoms den Beginn des 21. Jahrhunderts einläutete, beobachtet man eine rasante Entwicklung der **biotechnologischen Forschung**. Von Jahr zu Jahr werden tiefere Einblicke in komplexe molekulare Strukturen und Interaktionen gewonnen, neue Möglichkeiten für die Arzneimittelentwicklung geschaffen und die Anwendungsgebiete stetig erweitert.

Gleichzeitig ist der Durchbruch in den Biowissenschaften wiederum eng mit digitalen, rechnergestützten Systemen verknüpft, die es ermöglichen, sämtliche Forschungsergebnisse zu strukturieren, zu katalogisieren und zu kontextualisieren. Mit den Mitteln von Big Data schafft die **Bioinformatik** Ordnung in den Datenbanken – sie dient als Verwaltungs- und Analysetool zugleich.

Die **synthetische Biologie** vereinigt zahlreiche Fachgebiete der Biowissenschaften. Die prominenteste Entwicklung in diesem Bereich ist die **CRISPR/Cas-Methode** zur Isolierung und zielgenauen Entfernung von DNA-Sequenzen (Gen-Schere). Die Methode kann zur Behandlung von Infektionskrankheiten eingesetzt werden. Zugleich besteht mit ihr die Möglichkeit, wirkungsvolle **Gentherapien** zu entwickeln. Auch in der Landwirtschaft wird bereits der Einsatz der CRISPR/Cas-Methode zur Entwicklung widerstandsfähigerer Nutzpflanzen getestet. In all diesen Einsatzbereichen stellen sich besonders komplexe ethische Fragen.

Aufgrund ihrer Vielseitigkeit dringen Biotechnologien zunehmend in andere Industriesparten vor. Unter dem Begriff **weiße Gentechnik** versteht man die gezielte Veränderung der Genome von Mikroorganismen, Zellkulturen oder Enzymen zur industriellen Produktion. Die Anwendungsgebiete werden immer vielfältiger: Von Antibiotika über die Produktion von Biokunststoffen und Bioethanol bis hin zur monoklonalen Antikörperproduktion profitieren zahlreiche Industriesparten von dieser Schlüsseltechnologie. Der Einsatz zur Herstellung biotechnologischer Wirkstoffe lässt eine bislang unerreichte Produktion von großen und komplexen Molekülen zu.

Die **personalisierte Medizin** ist ein Behandlungskonzept, das Patienten zu einer individuell maßgeschneiderten und für sie spezifisch geeigneten Therapie verhilft. Neue diagnostische Verfahren können bereits für eine Reihe von Medikamenten patientenspezifisch die Wirksamkeit, Verträglichkeit und optimale Dosierung vorhersagen. Der Entwicklung individueller Behandlungskonzepte ist eine Suche nach aussagekräftigen **Biomarkern** vorgelagert. Hierbei handelt es sich um die genetischen, molekularen oder zellulären Besonderheiten, die es durch einen diagnostischen Test vor einer Verordnungsentscheidung zu untersuchen gilt. Die Suche nach entsprechenden Biomarkern ist innerhalb der letzten Jahre deutlich effizienter geworden und trug u.a. zu Erfolgen in der Krebstherapie bei.

SPC-Studie

Im Auftrag der Europäischen Kommission hat das Institut eine Studie zu ergänzenden Schutzzertifikaten (Supplementary Protection Certificates – SPCs) erstellt. Die Studie hatte drei Ziele: das geltende System unter Berücksichtigung der EuGH-Rechtsprechung zu evaluieren, die Interaktion zwischen Einheitspatentsystem und SPCs zu untersuchen und Optionen für die Schaffung eines einheitlichen SPC zu erläutern sowie die Einführung neuer Schrankenbestimmungen einschließlich eines "Manufacturing Waiver" für zertifikatgeschützte Produkte zu prüfen. Die Wirkung von SPCs auf die Anreize, Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten durchzuführen, wird auch in einem Projekt der ökonomischen Abteilung untersucht.

→ Kapitel B II 1.1 · S. 46

→ Kapitel C II 2.9 · S. 297

III Gesellschaft und Märkte im Wandel

Technische Entwicklungen wirken fundamental in die Gesellschaft hinein. Dass technischer Fortschritt und gesellschaftliche Entwicklung in einer **wechselseitigen Beziehung** zueinander stehen, ist keine neue Erkenntnis. Die Gesellschaft reagiert auf den technischen Fortschritt und bringt ihrerseits Innovationen hervor. Dies geschieht durch individuelle Leistungen oder mit Hilfe gesellschaftlicher Institutionen. Die gezielte Anwendung technischer Innovationen kann zur Lösung globaler Probleme herangezogen werden, wie etwa zur Herstellung von Ernährungssicherheit für eine wachsende Weltbevölkerung oder zur Abwendung von Pandemien. Gleichzeitig stellen die Auswirkungen neuer Technik die Gesellschaft vor grundsätzliche Herausforderungen. Das betrifft Umwälzungen im Arbeitsmarkt infolge der Automatisierung ebenso wie die entstehende Kluft zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen oder zwischen KMU und Großunternehmen (Digital Divide).

Digitalisierung

Die Wettbewerbsfähigkeit von Industrien hängt davon ab, ob neue technologische Möglichkeiten erfolgreich in Geschäftsmodelle und Wettbewerbsvorteile umgesetzt werden können. In welchem Maß das besonders bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) geschieht, ist noch weitgehend unbekannt. Ein Hauptgrund ist die eingeschränkte Datenlage – klassische Erhebungsmethoden wie amtliche Statistik und Marktforschung sind mit hohen Kosten und langen Vorbereitungsphasen verbunden. Das Projekt „Internetbasierte Technologien und Digitale Geschäftsmodelle“ erprobt neue, bisher kaum genutzte internetbasierte Verfahren zur Erfassung von Daten durch „Scraping“ der Webauftritte von Unternehmen. Mit einer skalierbaren Infrastruktur werden derzeit Daten von etwa 100.000 Webseiten von KMU in neun europäischen Ländern im Zwei-Monats-Rhythmus erhoben, um Investitionen in Webauftritte abbilden zu können. Geplant ist, auch Inhalte der Webseiten im Hinblick auf Innovationsaktivitäten zu analysieren.

→ Kapitel C II 1.20 · S. 282

Zu der intensivierten Debatte über Privatheit infolge der Vernetzung ist in jüngerer Zeit die Diskussion über Nutzen und Risiken der künstlichen Intelligenz und selbstlernender Algorithmen hinzugekommen.

Marktteilnehmer im Innovationswettbewerb

Eine überragende Rolle in der Wechselbeziehung zwischen Technologie und Gesellschaft spielt der **Markt**. Als Allokationsmechanismus sorgt er dafür, dass im Wettbewerb stehende Wirtschaftsakteure gesellschaftliche Bedürfnisse aufgreifen und befriedigen können. Technologien finden dadurch in den Lebensalltag hinein Verbreitung. Dabei setzt die angebotsorientierte Suche nach Absatzmärkten Anreize für die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, sodass Nachfrager innovative Produkte in Anspruch nehmen können. Der Markt, inklusive aller Formen von Marktversagen, bildet somit den Ausgangspunkt für die Untersuchung von Innovations- und Wettbewerbsprozessen und ihrer Regulierung.

Verschiedene technologische Entwicklungen, allen voran die Digitalisierung, führen zu einer **Veränderung der Rolle der Marktteilnehmer**. So sind Veränderungen in Bezug auf die Art und Weise der Hervorbringung von Innovationen durch Unternehmen feststellbar. Heute wird **Start-ups** eine besondere Innovationskraft und ein positiver Beitrag zum Innovationswettbewerb attestiert, sogar in Märkten, in denen etablierte Unternehmen mit großer Marktmacht agieren.

Start-ups/Entrepreneurship

Die Rolle von Entrepreneurship und Start-ups in nationalen Innovationssystemen ist ein wichtiges Thema der Innovationsökonomik geworden. In der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Instituts werden Fragen der Finanzierung, des Verlaufs der Wachstumsprozesse und der Rolle staatlicher Unterstützungsmaßnahmen untersucht. Zudem wird analysiert, in welcher Weise Entrepreneurship effektiv unterrichtet werden kann.

- Kapitel C I · S. 239
- Kapitel C II 1.11 · S. 268
- Kapitel C II 1.18 · S. 280
- Kapitel C II 2.7 · S. 296
- Box ‚Crowdfunding‘, siehe rechts

Dieses Potential können sie jedoch nur ausspielen, wenn sie eine ausreichende Finanzierung für ihre innovativen, aber zumeist risikobehafteten Geschäftsvorhaben erhalten. Auch hier ändern technologische

Entwicklungen die Spielregeln. Waren in der Vergangenheit Start-ups größtenteils auf Finanzierung durch Wagniskapitalgeber und Business Angels angewiesen, so können sie mittlerweile über internetbasierte Plattformen eine dezentrale Finanzierung in Form von Crowdfunding erhalten.

Crowdfunding

Crowdfunding ist eine junge Form der Unternehmensfinanzierung. Geldbeträge werden von einer Vielzahl an Personen (Crowd) gesammelt, in der Regel über Internetportale. Die Investoren erhalten eine finanzielle Gegenleistung als Gewinnbeteiligung (Equity Crowdfunding) oder materielle Vergütung, z.B. in Form des entwickelten Produkts (Reward-based Crowdfunding). Crowdfunding eröffnet Start-ups den Zugang zu einem Pool an potentiellen Investoren und ermöglicht, Produkte schon vor der Serienproduktion dem Zielpublikum bekannt zu machen. Aufgrund der Neuartigkeit dieser Finanzierungsmethode wirft der Crowdfunding-Markt noch viele Fragen auf, u.a. zur institutionellen Ausgestaltung von Crowdfunding-Plattformen, dem Verhalten von Investoren sowie zur Folgefinanzierung von Start-ups durch Wagniskapitalgeber.

- Kapitel C II 1.10 · S. 266
 - Kapitel C II 2.3 · S. 288
 - Kapitel C II 2.4 · S. 290
 - Kapitel C III 1.4 · S. 314 · Revolutionizing Innovation
 - Kapitel C IV 1.2 · S. 339 · Crowdinvesting Symposium
-

Zudem fällt es Start-ups vor dem Hintergrund neuer technologischer Entwicklungen leichter, Geschäftsmodelle kostengünstig am Markt auszuprobieren. Insbesondere der Einsatz von Cloud-Technologien ermöglicht jungen Unternehmen Flexibilität ohne hohe Fixkosten zu Beginn ihres Geschäftsvorhabens. Musste ein junges Unternehmen mit einer internetbasierten Geschäftsidee vor einigen Jahren noch eine eigene IT-Infrastruktur aufbauen, so kann es heute relativ kostengünstig die Infrastruktur von Cloudservice-Anbietern nutzen und diese nach Bedarf kurzfristig anpassen. Start-ups sind in diesem Sinne also gleichzeitig Nutznießer der digitalen Innovationen und mit ihren kreativen Ideen Innovationstreiber.

Allerdings führt der Markteintritt durch junge Unternehmen nicht automatisch zu Schumpeterschem Innovationswettbewerb, bei dem marktmächtige Unternehmen einer Technologiegeneration durch neue Unternehmen der nächsten Generation abgelöst werden. Der Großteil der erfolgreichen Start-ups entwickelt sich nicht zu großen selbständigen Unternehmen. Vielmehr erfolgen oft in der frühen Phase der Entwicklung von **Start-ups** Übernahmen (Trade

Sale). Für die meisten Start-ups ist nämlich eine Übernahme durch ein existierendes Unternehmen attraktiver als ein Börsengang und der Aufbau einer eigenständigen Marktpräsenz. Für den derzeitigen Zustand der Digitalwirtschaft erscheinen die Annahmen des Schumpeterschen Innovationswettbewerbs daher nur begrenzt anwendbar zu sein. Start-ups werden somit zu Quellen neuer Technologien und Geschäftsmodelle für große und am Markt etablierte Unternehmen. Anstatt der Bildung dominanter Positionen entgegenzuwirken, unterstützen Start-ups unter bestimmten Umständen sogar die Verfestigung solcher Positionen.

Unternehmen vertrauen im Innovationswettbewerb zudem nicht mehr allein auf die Innovationskraft ihrer eigenen Mitarbeiter. Unter dem Begriff **Open Innovation** wird aktiv in das Unternehmen ein- und ausdringendes Wissen gebündelt, um Innovationen zu generieren. Partnerschaften mit Universitäten spielen hier ebenso eine Rolle wie die Integration von Lieferanten in den Innovationsprozess. Zudem greifen Unternehmen vermehrt auch auf das Wissen und die Kreativität der Nutzer (und Kunden) ihrer Produkte und Dienstleistungen zurück. Die **Vorteile** liegen auf der Hand, wissen Nutzer doch am besten um die Bedürfnisse, die sie mit den Produkten und Dienstleistungen befriedigen möchten.

econlab

Die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung des Instituts untersucht die Rahmenbedingungen, unter denen Individuen und Gruppen zu kreativen Höchstleistungen bzw. zur Erbringung von Innovationsleistungen fähig und bereit sind. Die Rolle von materiellen und nicht-materiellen Anreizen ist ebenso Gegenstand der Forschung wie die Bedeutung von Persönlichkeitsmerkmalen. Im Zentrum stehen ökonomische Laborexperimente, die im 2015 neu gegründeten econlab, Max-Planck-Labor für Experimentalforschung der Sozialwissenschaften, durchgeführt werden.

- Kapitel C I · S. 240
 - Kapitel C II 1.13 · S. 273
 - Kapitel C II 1.19 · S. 281
-

Verringerte Kommunikationskosten, modulare Technologien und die digitale Entwicklung befördern die Auslagerung von Innovationsprozessen an Nutzer. So lassen sich zum Beispiel vereinfacht Nutzer-Communities organisieren und internetbasierte Innovationsturniere veranstalten. Interessanterweise sind es nicht (ausschließlich) direkte materielle Vorteile, aus denen heraus Nutzer bereitwillig ihre Kreativität

und Arbeitsleistung einbringen. Andere Anreize wie Status und Prestige in Communities oder auch eine genuine Freude an der (Mit-)Entwicklung von Neuem können ebenso wichtige Motivationskräfte darstellen. Diese Antriebskräfte vermögen auch zu erklären, warum Erfindungen und Innovationen nicht alleine in marktnahen Kontexten zu finden sind, sondern auch abseits des Marktes, abseits unternehmerischer Tätigkeit und abseits des Arbeitsplatzes.

Konsumenten und datengetriebene Wirtschaft

Eine besonders starke marktverändernde Wirkung geht von der **Digitalisierung** aus. Sie verändert auch die traditionelle Rolle des Konsumenten.

Urheberrecht im Internet

Im Projekt „Nutzung urheberrechtlich geschützter Inhalte im Internet durch deutsche Verbraucher“ haben die ökonomische und juristische Abteilung gemeinsam untersucht, wie sich die Nutzung urheberrechtlich geschützter Inhalte im Internet durch deutsche Verbraucher gestaltet, zu welchem Anteil dies illegal erfolgt und welche Beträge Konsumenten dafür auch im Vergleich zu Offline-Nutzung ausgeben. Dafür wurden mehr als 5.500 Personen zu Ihrem Nutzungsverhalten von Musik, Filmen, TV-Sendungen und Serien, Computersoftware, E-Books, Videospiele und E-Paper-Ausgaben von Zeitungen und Zeitschriften befragt. Die Studie hat einen ergebnisoffenen, explorativen Charakter und stellt für Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft eine neutrale Zahlenbasis bereit, die so bisher nicht vorlag.

→ Kapitel C II 1.1 · S. 244

Neue Transaktionsformen der digitalen Wirtschaft lassen sich nicht mehr einfach als Austauschverhältnis – Ware gegen Geld – erfassen. Personenbezogene oder vom Nutzer beim Gebrauch von intelligenten Produkten generierte Daten werden im Zuge der Digitalisierung zu einem wesentlichen Input für die Qualität der Leistung, die dem Konsumenten erbracht wird. So vermischen sich die traditionellen Rollen von „Produzent“ und „Verbraucher“. Als **Prosumer** erbringt der „Verbraucher“ einen eigenen Beitrag in einem Netzwerk, in dem ökonomischer Mehrwert generiert wird. Diese Rollenvermischung zeigt sich auch in der **Sharing Economy**. Der Einzelne kann hier zugleich die Rolle des Anbieters und Nachfragers einnehmen. Dies trifft etwa auch zu, wenn Internetnutzer auf YouTube Videos einstellen und sich Videos anderer ansehen, oder wenn sich Nutzer auf sozialen Plattformen über ihre politischen Meinungen austauschen. Der Einzelne agiert in diesen Fällen nicht nur als Nachfrager einer über Internet-Plattformen angebotenen Leistung,

sondern ist gleichzeitig kostengünstiger „Lieferant“ von Inhalten.

Daten spielen insgesamt eine zentrale Rolle für neue Geschäftsmodelle und die Funktionsweise von Märkten. Daten werden zunehmend als eigenständiges Wirtschaftsgut verstanden; sie ermöglichen individualisierte Dienstleistungen und lassen sich häufig für weitere Zwecke auf Sekundärmärkten nutzen. Aus ökonomischer Sicht hat die Nutzung von Daten zunächst kostensenkende Wirkung. So haben viele produzierende Unternehmen bereits flächendeckend die **Produktion** digitalisiert (Smart Manufacturing). Möglich werden dezentrale Produktionskontrollen, die Unterstützung der vorbeugenden Wartung durch künstliche Intelligenz sowie adaptives Produktionsmanagement für die zunehmende Produktindividualisierung. Dank der Digitalisierung stellt auch die **standortübergreifende Vernetzung von Teams** keine große Hürde mehr dar. Traditionelle Organisations- und Arbeitsstrukturen lösen sich auf, werden flexibler und ermöglichen neue Formen der Arbeitsorganisation und weitere Effizienzgewinne.

Neben Effizienzsteigerungen in bestehenden Wertschöpfungsketten und -netzwerken begünstigt die Digitalisierung aber auch **disruptive Änderungen der Organisation von Wertschöpfung**. Disruptive Auswirkungen lassen sich vor allem in der Plattform-Ökonomie beobachten. Plattformen als Intermediäre erlauben den Markteintritt neuer Anbieter von Produkten und Dienstleistungen und erhöhen für den Konsumenten die Transparenz über die am Markt angebotenen Leistungen und deren Preise. Dadurch ergeben sich für den Konsumenten erhebliche Produktivitätsvorteile und Zeitersparnisse. Uber und Airbnb sind prominente Beispiele für diese Entwicklungen. Beide Unternehmen stehen zudem für Geschäftsmodelle von Internetintermediären, die – ohne auf Eigentum an den physischen Wirtschaftsgütern (Fahrzeuge, Hotels) angewiesen zu sein – in disruptiver Weise auf die angestammten Geschäftsmodelle der “Old Economy” einwirken.

Die potentiell vorhandene Multifunktionalität von Daten löst aber auch die Grenzen zwischen den Wirtschaftssektoren auf. Daten können für die **Kontrolle verschiedenster Produktmärkte** relevant sein und erlauben daher Unternehmen, die über große und werthaltige Datensätze vor allem in Form personenbezogener Kundendaten verfügen, die Expansion in andere Produktmärkte. Außerdem sind mittlerweile bei einigen E-Commerce-Anbietern Produktion, Handel und Logistik kaum mehr zu unterscheiden. Von Unternehmen gesammelte Daten dienen häufig der

Ermittlung wichtiger Nachfrage- und Kundenparameter. Big Data-Analysen von Kundendaten versetzen Unternehmen in die Lage, ihre Angebote präziser und schneller zu platzieren. Es ergeben sich neue Möglichkeiten für Unternehmen in der Produkt- und Preisdifferenzierung. Waren und Dienstleistungen entsprechen den Präferenzen der Nachfrager immer mehr; die Bandbreite individualisierter Dienstleistungen nimmt stetig zu.

Datengetriebener Wettbewerb

Die beschriebenen Effekte haben weitreichende **Auswirkungen auf den Wettbewerb**. Skalen- und Netzwerkeffekte begünstigen die Bildung von dominanten Plattformen, gehen also mit einer Erhöhung der Konzentration auf Ebene der Intermediäre einher. Mehrseitige Märkte erfordern eigene Methoden der Marktabgrenzung. Vor allem werden Netzwerkeffekte zum entscheidenden Kriterium bei der wettbewerblichen Beurteilung. Mittlerweile erkannt ist auch, dass in datenbasierten Märkten aktuelle Umsätze keine ausreichenden Anhaltspunkte liefern können über die ökonomische Bedeutung eines Zusammenschlusses. Vielmehr werden im digitalen Zeitalter Unternehmenstransaktionen mehr denn je mit Blick auf die zukünftige Entwicklung und Transformation der Märkte vorgenommen und vergütet. Entsprechend wirkt sogar die Aussicht, ein Start-up in absehbarer Zeit teuer verkaufen zu können, als wesentlicher An-

reiz für Investitionen in innovative digitale Geschäftsmodelle. Gerade für das Kartellrecht ergibt sich ein dringender Bedarf an Grundlagenforschung in Bezug auf die Bedeutung von Daten für die Erlangung einer marktbeherrschenden Stellung, die Beurteilung des datengestützten Verhaltens zwischen Wettbewerbsbeschränkung und Innovation sowie die zu verhängenden Sanktionen.

EU Competition Law Remedies

In der jüngeren Vergangenheit wurden mehrere bedeutende Kartellrechtsverfahren gegen Unternehmen der Digitalwirtschaft geführt. Das Institutsprojekt beschäftigt sich mit den Schwierigkeiten nationaler Kartellbehörden, das europäische Kartellrecht auf datengetriebenen Märkten durchzusetzen. Im Mittelpunkt des Projekts steht die Frage, ob die bekannten kartellrechtlichen Schadenstheorien und Abhilfemaßnahmen einen angemessenen Umgang mit den Besonderheiten der Datenwirtschaft ermöglichen oder ob Anpassungen notwendig sind.

→ Kapitel B II 1.8 · S. 75

Auf der **Nachfrageseite** bedeutet die zunehmende Diversifizierung von Waren und Dienstleistungen zunächst eine bessere Bedürfnisbefriedigung. Kritisch zu diskutieren sind aber die Schattenseiten **individualisierter Werbung**, die oft aufgrund bloßer statistischer Erhebungen und der Gruppenzugehörigkeit des Einzelnen bestimmte Waren und Dienstleistungen anpreist. Im Kartellrecht beleben die Möglichkeiten der



Gesellschaft und Märkte

algorithmusgestützten Preisfestsetzung eine neue Diskussion um die wettbewerbsspolitische Beurteilung von Preisdiskriminierung sowie allgemeiner des Einsatzes des Kartellrechts als Instrument der Preiskontrolle.

Ein weiterer Vorteil für die Nachfrageseite liegt im **Angebot „kostenloser“ digitaler Dienstleistungen**. Allerdings verwertet der Plattformbetreiber dabei **Daten des Internetnutzers**, und zwar nicht nur, um die Dienstleistung an den Nutzern zu optimieren, sondern vor allem, weil ihnen besonderer Wert auf den Werbemärkten zukommt, über die der Plattformbetreiber das Geschäftsmodell finanziert. Diese persönlichen Daten von Kunden und Nutzern digitaler Dienste stellen eine wichtige strategische Ressource dar, da sie langfristig den Zugang zum Endkunden sichern. Übernahmen und Bewertungen von Unternehmen mit hohen Nutzerzahlen zeigen, dass Investoren in der Generierung und Nutzung persönlicher Daten wie schon in der Vergangenheit weiterhin einen hohen Wert sehen. Gleichzeitig wirkt die Rolle des Verbrauchers als „Datenlieferant“ ebenso Fragen des Datenschutzes als auch solche nach seiner wirtschaftlichen Beteiligung und der Transparenz über den Leistungsaustausch auf.

Tiefgreifende gesellschaftliche Auswirkungen

Die erwähnten Umformungen der Marktstrukturen haben – wie bereits bei den vorausgegangenen „industriellen Revolutionen“ – **tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen** zur Folge. Mit der Verwendung geräte- und anwendungsspezifischer Daten geht insbesondere eine **Reduktion der Privatsphäre** einher. Den starken privatwirtschaftlichen Anreizen der Anbieterseite zur Datensammlung stehen derzeit nur in geringem Ausmaß ökonomische Kräfte gegenüber, die Privatheit und Datenschutz fördern.

Personal Data – Arbeitertagung 2016

Die rechtliche Bedeutung von personenbezogenen Daten betrifft nicht mehr allein das Datenschutzrecht. Vielmehr sind Daten zum universellen Wirtschaftsgut geworden, sodass ihre rechtliche Behandlung eine ganzheitliche Betrachtungsweise erfordert. Die Arbeitertagung (Postdoc Conference) 2016 ging unter dem Titel „Personal Data in Competition, Consumer Protection and IP Law – Towards a Holistic Approach?“ übergreifenden Regulierungsansätzen für persönliche Daten auf den Grund.

→ Kapitel B II 1.9 · S. 77

Dabei ist die Kommerzialisierung der nutzerspezifischen Daten bei zahlreichen Diensten von außen nur schwer nachvollziehbar. Nutzer digitaler Systeme haben zwar die Möglichkeit, auf den Einsatz von Internettechnologien zu verzichten. In den Angeboten etablierter Anbieter gibt es jedoch kaum Möglichkeiten, Datenschutz in einfacher Form umzusetzen. Bei alledem ist ungewiss, inwiefern Konsumenten die langfristigen Folgen des Verlusts von Privatheit systematisch bewerten und in ihre Entscheidungen rational einbringen.

Eine fehlende Markttransparenz und die wachsende Abhängigkeit gegenüber digitalen Diensten wirft außerdem die Frage auf, ob sich die neu entstandenen Geschäftsmodelle ausschließlich positiv auf die **Konsumenteninteressen** auswirken. Das lässt sich zumindest dann bezweifeln, wenn eine Transparenz und Kontrolle der Internetdienste nicht durchgängig realisiert werden kann. Große Anbieter können Suchalgorithmen und kundenspezifische Empfehlungen leicht manipulieren. Beispielsweise kann die cloudbasierte und miniaturisierte digitale Überwachung der Vitalfunktionen einerseits zu einer besseren Vorsorge und Diagnose führen, andererseits sind diskriminierende Preisdifferenzierungen oder der obligatorische Einsatz dieser „Wearables“ seitens der Versicherer denkbar.

Big Data macht auch vor **staatlichen Akteuren** nicht halt. Ein Beispiel ist Singapur, wo ein datengestütztes Programm zur Terrorabwehr etabliert wurde, das nun aber wesentlichen Einfluss auf die Wirtschaft, Einwanderungspolitik, den Immobilienmarkt und die akademische Ausbildung der Bevölkerung hat. Daten von Privatpersonen wurden systematisch für weitere Applikationen ausgelesen.

Mit der Digitalisierung gehen auch erhebliche Umwälzungen im **Arbeitsmarkt** einher. Neben manuellen Tätigkeiten in der Produktion werden im digitalen Zeitalter erstmals wissensbasierte und kognitive Arbeitsprozesse schrittweise durch maschinengestützte Algorithmen ersetzt. Für die Interpretation und Analyse komplexer Datensätze bedarf es in vielen Fällen keiner Experten mehr; Aufgaben- und Kompetenzprofile ändern sich vermehrt. Hervorheben lassen sich angesichts des demographischen Wandels die Entlastung des Menschen von körperlicher wie geistiger Arbeit sowie die lernförderliche Gestaltung von Arbeitsprozessen als Voraussetzung für die dynamische Anpassung an die sich verändernden Arbeitsstrukturen. Mit den wachsenden Möglichkeiten der

Informationstechnologie und der zunehmenden Interaktion von Mensch und Maschine werden auch die Ansprüche an das Know-how der Mitarbeiter deutlich erhöht. Jedoch nimmt mit der Digitalisierung auch die Variabilität der Arbeitsverhältnisse zu. Flexible Arbeitsformen, Arbeitszeiten und Arbeitsorte bieten viele Vorteile für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, verlangen aber auch Koordination und Abstimmung auf beiden Seiten.

Die gesellschaftlichen Auswirkungen der aktuellen technologischen Entwicklungen stellen den Gesetzgeber vor zahlreiche Herausforderungen. So sieht sich die Gesellschaft mit neuen Formen **privater Macht** konfrontiert. Eine viel diskutierte Antwort hierauf ist die Machtausübungskontrolle über verhaltensbezogene Auflagen gegenüber Unternehmen wie Google. Derartige Balanceakte werden staatliche Kontrollorgane weiterhin beschäftigen. Dabei lautet die Kernfrage, ob nicht durch zusätzliche regulatorische Steuerungsmechanismen Anreize gesetzt werden müssen, die sicherstellen, dass wettbewerbliche Funktionsmechanismen auch in der datengetriebenen Wirtschaft Innovationen ermöglichen und fördern. So könnte etwa statt prohibitiver Eingriffe durch Kartellbehörden eine im zwingenden Vertragsrecht, dem Datenschutzrecht oder in der sektorspezifischen Regulierung verankerte Pflicht zur Ermöglichung einer Portabilität von Daten wettbewerbliche Bedenken oder gesetzliche Ansprüche auf den Zugang von Daten zumindest abmildern und kartellrechtliche Einzelinterventionen entbehrlich machen. Die neue Datenschutzgrundverordnung bietet bereits heute ein viel diskutiertes Beispiel für eine solche Gesetzgebung.

Die hohe Bedeutung von **personenbezogenen Daten** sowie Art und Ausmaß ihrer Verwendung in der digitalen Welt bringen die politischen Akteure in eine problematische Entscheidungslage: Geben sie der von vielen Akteuren der Wirtschaft aufgestellten Forderung nach Senkung der Vorgaben zum Schutz der Privatheit nach, fördern sie die Entwicklung der Internetwirtschaft. Dem stehen aber u.U. hohe gesellschaftliche Kosten des teilweisen Verlusts von Privatheit und der Einschränkung des Datenschutzes gegenüber. Geschäftsmodelle, die einen restriktiven Umgang mit Daten als besonderen Kundennutzen vermarkten, sind bisher nur in Nischenbereichen erfolgreich gewesen.

Schließlich erwächst aus der **sozialen Tragweite** der Digitalisierung eine tiefgreifende gesellschaftliche Herausforderung. So verdrängen etwa internet-

basierte Unternehmen zusehends traditionelle Geschäftsmodelle, indem sie – besonders im angelsächsischen Raum – „kreativ“ mit bestehenden Gesetzen und Industrienormen umgehen. Diejenigen, die über die Plattform vermittelt werden und ihre Arbeitsleistung einbringen, arbeiten ohne Tariflohn und ohne Sozialversicherungsschutz. Statt der herkömmlichen Angestellten mit Festvertrag dominieren Gigworker, Cloudworker und Crowdworker die Plattform-Ökonomie. Spätestens hier wird deutlich, dass die Frage des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels notwendigerweise eine gründliche Auseinandersetzung mit der Rolle von Politik und Staat erfordert.

Bislang noch wenig untersucht ist, wie schnell und wie stark die **internationale Verbreitung der neuen Technologien** voranschreiten wird. Gerade die rasante Entwicklung der Mobilfunktechnologie verspricht zwar, dass entfernteste Regionen und die ökonomisch Benachteiligten dieser Welt technologisch und gesellschaftlich aufschließen können. Gleichzeitig erfordert die „Vernetzung der Welt“ erhebliche Infrastrukturaufwendungen, die sich nicht alle Gesellschaften in gleicher Weise und gleich schnell leisten können. Bestimmte Technologien könnten vor allem Entwicklungsländern großen Nutzen bringen, insbesondere soweit sie helfen, den Bedarf nach knappen Ressourcen zu verringern und die Umwelt zu schützen. Diese Technologien sind jedoch oft patentgeschützt, was die Frage aufwirft, inwieweit Entwicklungsländer Zugang zu diesen haben werden. Dieser Aspekt dürfte die zu erwartende rechtspolitische Debatte in Bezug auf die derzeit im Fokus stehenden Innovationsfelder nicht unerheblich prägen.

Standardisierung im Internet der Dinge

Die zunehmende Integration von Informations- und Kommunikationstechnologien in etablierten Industrien stellt neue Herausforderungen an die Selbstregulierung von Märkten. Dies betrifft besonders das komplexe Zusammenspiel von Standardisierungsprozessen und vorhandenen Schutzrechten. In einem interdisziplinären Projekt gehen Wissenschaftler diesen Fragen nach, indem sie Standards und standardessentielle Schutzrechte im Kontext des „Internet of Things“ (IoT) hinsichtlich ihrer ökonomischen und regulatorischen Implikationen untersuchen.

Die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung arbeitet insbesondere an der Erstellung von Indikatoren, bei denen die semantische Ähnlichkeit zwischen Standardisierungsdokumenten und Patenten ausgewertet wird, um standardessentielle Patente identifizieren zu können.

→ Kapitel B II 1.10 · S. 79

IV Die Rolle von Politik und Staat

Besondere Bedeutung in den Forschungsarbeiten des Instituts finden **Regulierungsansätze**. Wettbewerbsordnung und Regulierung setzen als gesellschaftliche Institutionen den Rahmen für das Innovationsgeschehen und wirken somit unweigerlich auf den technischen und gesellschaftlichen Fortschritt ein. Der rasche Wandel ökonomischer, technischer und sozialer Gegebenheiten ist zwar keine neue, sich aber doch in neuer Qualität darstellende Herausforderung für den Gesetzgeber. Für ihn stellt sich laufend die Frage, ob der technologische und gesellschaftliche Wandel auch eine Anpassung des rechtlichen Rahmens erfordert, der sich auf innovatives Verhalten auswirkt.

EU Copyright-Reform

Im Oktober 2016 hat die EU-Kommission eine weitreichende Reform des europäischen Urheberrechts angestoßen. Die Vorschläge umfassen jeweils zwei Richtlinien und Verordnungen und behandeln zentrale Themen der Digitalgesellschaft. Hierzu zählen etwa die Haftung von Plattformbetreibern, das Leistungsschutzrecht für Presseverleger, der grenzüberschreitende Zugang zu Rundfunkinhalten in der EU sowie das Text- und Datamining. Zu allen Vorschlägen hat das Institut ausführlich Stellung genommen und den Gesetzgebungsprozess kritisch begleitet.

→ Kapitel B II 1.4 · S. 59



Politik und Staat

Staatliche Regulierung und Selbstregulierung

Aufgeworfen wird gleichzeitig die Frage nach **geeigneten Regulierungstechniken**. Zu beobachten ist, dass wirtschaftliche Akteure verstärkt auf **Selbstregulierungsmechanismen** zurückgreifen, nicht nur, um nationaler oder europäischer Regulierung zuvorzukommen. Selbstregulierungsmechanismen können staatlicher Regulierung auch überlegen sein, vor allem soweit sie für eine global vernetzte Wirtschaft staatenübergreifende Lösungen anbieten. Gerade neue, digitale Geschäftsmodelle sind auf weltweite Interoperabilität angewiesen, was **Standardisierungen** unabdingbar macht. Dafür ist die Möglichkeit zur Selbstregulierung eine zentrale Voraussetzung.

Selbstregulierung unterliegt ihrerseits Grenzen, die nicht zuletzt durch das Kartellrecht gesetzt werden. Über das **Kartellrecht** hinaus verlangt das Verfassungsrecht vom Gesetzgeber, wesentliche Fragen selbst zu regeln. Damit stellt sich die ganz grundlegende Frage nach der Notwendigkeit gesetzlicher Regulierung neuer Technologien, soweit diese ein erhebliches Schädigungspotential bergen und damit die Gefahr erheblicher Beeinträchtigungen Dritter einhergeht. Namentlich wenn im Einzelfall schwerwiegende **Grundrechtsgefährdungen** zu befürchten sind, rechtfertigt sich der Erlass spezifischer Marktzulassungsvorschriften, wie sie etwa im Bereich von Arzneimitteln bestehen. Überraschende Gemeinwohlbelange können der Selbstregulierung somit bereits im Ansatz entgegenstehen.

Gleichzeitig ist zu bedenken, dass gesetzgeberische Eingriffe ihrerseits Einfluss auf das Innovationsgeschehen haben können. **Regulatorische Rahmenbedingungen und Innovationsdynamik** stehen insoweit in einer **komplexen wechselseitigen Beziehung** zueinander, zumal staatliche Regulierung Innovation gleichermaßen fördern wie bremsen kann. Staaten und Staatengemeinschaften als Regulierer stehen damit vor der Herausforderung, das Ziel der Innovationsförderung mit Zielen wie dem Grundrechts- und Verbraucherschutz zu verbinden und gleichzeitig freie, wettbewerbliche Marktstrukturen zu bewahren.

Regulierung muss immer auch **gesellschaftliche Präferenzen** und normative, insbesondere **verfassungsrechtliche Werte** abbilden. Sie darf dabei aber nicht auf die Bewahrung statischer Prinzipien beschränkt bleiben, sondern muss sich ständig an neue techni-

sche und gesellschaftliche Gegebenheiten anpassen. Dazu zählt neben der Entscheidung für oder gegen eine Regulierung auch die Wahl des geeigneten **Regulierungsmittels**. So hat der europäische Gesetzgeber angesichts wachsender Bedenken hinsichtlich des Schutzes der Privatheit in der zunehmenden Digitalisierung entschieden, anstatt des bisherigen Ansatzes der Rechtsharmonisierung eine neue, direkt anwendbare Datenschutzgrundverordnung zu erlassen. Deren Auswirkungen werden aus Sicht der Industrie zum Teil begrüßt, zum Teil aber auch kritisch bewertet. Kritik wird insoweit laut, als gerade neue datengetriebene Geschäftsmodelle in der EU kaum noch erprobt werden können. Strengere, flächendeckende Regelungen zum Datenschutz tragen jedoch zum Grundrechtsschutz im Binnenmarkt bei und können sich außerdem als Vorteil im internationalen Wettbewerb erweisen, sofern entsprechende europäische Geschäftsmodelle kundenseitig auf mehr Akzeptanz stoßen. Es wird sich zeigen, ob eine einheitliche Regulierung nicht nur prohibitive, sondern letztlich auch wettbewerbsfördernde Wirkungen entfalten kann. Datenschutzrechtliche Vorgaben können überdies innovationsfördernd wirken, wenn entsprechende Regelungen Anreize für die Entwicklung entsprechender Technologien setzen, um den geforderten Datenschutz überhaupt zu ermöglichen.

Innovations- und wettbewerbspolitische Bedeutung weiterer staatlicher Maßnahmen

Über die Regulierung der Rahmenbedingungen von Innovation und Wettbewerb hinaus kann der Staat mit weiteren direkten und indirekten Maßnahmen in das Innovationsgeschehen eingreifen. Im Rahmen der **Forschungs- und Innovationspolitik** steht eine Reihe von Instrumenten zur Verfügung.

EFI-Gutachten

Die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) leistet wissenschaftliche Politikberatung für die Bundesregierung und legt regelmäßig Gutachten und Empfehlungen zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands vor. Die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung unterstützt diese Arbeiten durch Gutachten und Analysen, wenn ein thematischer Bezug zu den Forschungsprojekten des Instituts besteht.

→ Kapitel C II 3.1 · S. 302

Über die Projektförderung können Forschung und Innovation in der Wirtschaft finanziert werden. Zudem betreiben staatliche Einrichtungen wie namentlich Universitäten selbst Forschung und transferieren Forschungsergebnisse in die industrielle Praxis. Oft sind Innovationen, die die Gesellschaft nachhaltig verändern, das Resultat des Zusammenwirkens von privaten und staatlichen Akteuren.

Die Rahmenbedingungen für Innovation und Wettbewerb interagieren in komplexer Weise mit Maßnahmen der Forschungs- und Innovationspolitik und **anderer Politikbereiche** sowie mit privaten Entscheidungen der Unternehmen und Haushalte. Auch haben Politikmaßnahmen, die nicht unmittelbar der Forschungs- und Innovationspolitik zuzurechnen sind, Auswirkungen auf Innovationsprozesse. So beeinflusst etwa die staatliche Bildungspolitik, die auch die Ausbildung im Hinblick auf unternehmerische Tätigkeiten einschließen sollte, die Innovationsaktivitäten in einer Volkswirtschaft.

Entrepreneurship Education

Laut Empfehlung der EU-Kommission soll Jugendlichen bereits frühzeitig kreatives und unternehmerisches Denken vermittelt werden. Forscher der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung sind an einem europäischen Forschungsprojekt beteiligt, das die Effektivität von Bildungsmaßnahmen zur Förderung unternehmerischen Denkens und Handelns für Schüler verschiedener Altersgruppen in vier europäischen Ländern untersucht – dem Youth Start Entrepreneurial Challenges Projekt.

→ Kapitel C II 1.18 · S. 280

Steuerpolitische Maßnahmen können komplexe Veränderungen der privatwirtschaftlichen Rentabilität von Innovationsprojekten auslösen und somit betriebswirtschaftliche Entscheidungen verändern. Die Bereitstellung von Wagniskapital für junge Unternehmen kann durch staatlich finanzierte Fonds erleichtert werden. Schließlich kann der Staat Innovation mittelbar auch über die staatliche Beschaffung

fördern und Impulse für die Entwicklung und den Einsatz innovativer Produkte oder Dienstleistungen setzen. Insoweit hat auch das Vergabe- und Beihilferecht das Potential innovationsfördernder Wirkung.

Rechtsdurchsetzung und Gerichtsbarkeit

Die Durchsetzung von Rechtsnormen beschlägt einen weiteren zentralen Forschungsgegenstand. Im Trend moderner staatlicher Regulierung liegt es, die Durchsetzung auch dort privaten Akteuren zu überantworten, wo es nicht um individuelle Rechtspositionen geht. So wurden im Kartellrecht erst jüngst die Vorschriften zur Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen (**Private Enforcement**) auf europäischer Ebene harmonisiert und gestärkt. Grenzen finden muss dieser Ansatz jedoch dort, wo auch öffentliche Interessen von privater Rechtsdurchsetzung mitbetroffen sind. Dies ist etwa der Fall im Bereich der Durchsetzung standardessentieller Patente. Hier muss die private und vor allem intransparente Rechtsdurchsetzung im Rahmen privater Schiedsgerichtsbarkeit kritisch betrachtet werden.

Schiedsgerichtliche Verfahren

Schiedsgerichtliche Verfahren schützen aus Sicht der Parteien die Vertraulichkeit. Oft kommen dabei aber die Rechtsfortbildung und die Rechtssicherheit zu kurz, was besonders im Bereich standardessentieller Patente kritisch ist, da es die Entwicklung von Folgeinnovationen hemmen kann. Das Institut widmet ein Forschungsprojekt kartell- und immaterialgüterrechtlichen Streitigkeiten als Gegenstand schiedsgerichtlicher Verfahren. Das Projekt hat zum Ziel, einen praxistauglichen Lösungsvorschlag zur Förderung von Transparenz in Schiedsverfahren zu entwickeln.

→ Kapitel B II 1.13 · S. 90

Ohnehin bestehen gleichzeitig entgegengesetzte Tendenzen, die staatlichen Rechtsdurchsetzungsbefugnisse in Teilbereichen zu stärken, etwa bezogen auf Verbraucherschutzrechte.

V Herausforderungen und Perspektiven für die Forschung

Im gemeinsamen **Mission Statement** hat sich das Institut zum Ziel gesetzt, die Determinanten und Ergebnisse von Innovationsprozessen sowie den Einfluss und die Gestaltung des ökonomischen und rechtlichen Umfelds, insbesondere der wettbewerblichen Bedingungen, im Hinblick auf solche Prozesse zu untersuchen. Die Forschung des Instituts erschöpft sich folglich nicht in der Befassung mit den eben skizzierten Veränderungen. Gleichwohl beeinflusst der technologische, ökonomische, gesellschaftliche sowie gesamtpolitische Wandel die Auswahl der besonders relevanten Forschungsfragen erheblich.

In besonderem Maße gilt dies für die **Beschleunigung der Entwicklungszyklen innovativer Technologien, Organisationsformen und Geschäftsmodelle**. Im Kontext dieser Akzeleration setzt der Forschungsbedarf hinsichtlich der ökonomischen Grundlagen und der juristischen Implikationen schon in einem sehr frühen Stadium ein – oft lange bevor die damit verbundenen Herausforderungen politische Diskurse erreichen oder gar von Gerichten behandelt werden. Gleichzeitig bietet sich dem Institut mit diesem vorausblickenden Ansatz die Chance, mit seiner juristischen und ökonomischen Forschung Akzente zu setzen. Etwa bezogen auf standardessentielle Patente drehen sich die allgemeinen Debatten zwar noch schwergewichtig um Konflikte zwischen Smartphone-Herstellern; die Institutsforschung hingegen hat sich längst den Entwicklungen rund um das Internet der Dinge zugewendet, wo Standards noch eine viel größere Rolle spielen werden.

Das Beschleunigungsphänomen fordert auch den **Gesetzgeber**, was den Forschungsbedarf aus einer anderen Perspektive prägt. Nicht nur kann ein Rechtsakt, bis er in Kraft tritt, bereits veraltet sein und neue Fragen aufwerfen. Oft scheint auch die Versuchung der Politik groß, sich mit wissenschaftlich wenig fundierten Vorstößen zu profilieren. Beides kann die Funktionsfähigkeit von Märkten, die von solchen Interventionen betroffen sind, nachhaltig beeinträchtigen. Ein typisches Beispiel hierfür bildet die rechtliche Behandlung von **Daten**. Die politische Debatte dazu ist wesentlich von zwei unterschiedlichen Anliegen

geprägt, zwischen denen jedoch ein enger Zusammenhang besteht. Einerseits geht es darum, in der digitalen Wirtschaft ein effektives **Datenschutzrecht** zu gewährleisten; dieses Anliegen verfolgt die seit 25. Mai 2018 geltende Datenschutzgrundverordnung der EU (DSVGO). Andererseits liegt ein übergeordnetes Ziel darin, die Innovation in Europa zu fördern; paradigmatisch für letzteres steht der oft ins Feld geführte, aber letztlich nicht überzeugende Gedanke, eine Art „Dateneigentum“ zu schaffen.

Regulierung der datengetriebenen Wirtschaft

Die Arbeitsgruppe „Datengetriebene Wirtschaft“ begleitet datenbezogene Regulierungsvorhaben kontinuierlich. Wiederholt hat sie sich in der Öffentlichkeit zur umstrittenen Frage positioniert, ob Dateneigentums- oder Datenzugangsrechte geschaffen werden sollen. Während diese Überlegungen zunächst den europäischen Gesetzgeber beschäftigten, werden sie nun auch vom deutschen Gesetzgeber aufgegriffen. Die Arbeitsgruppe sucht nach Lösungsansätzen und bringt sich weiterhin in die wissenschaftliche und rechtspolitische Debatte zur Regulierung der datengetriebenen Wirtschaft ein.

→ Kapitel B II 1.7 · S. 69

Stehen die beiden eben genannten Beispiele – also die standardessentiellen Patente sowie die rechtliche Behandlung von Daten – stellvertretend für viele weitere, so kommt damit gleichzeitig zum Ausdruck, dass das Institut angesichts der hohen Dichte an Veränderungen laufend **Auswahlentscheidungen in der Forschungsplanung** zu treffen hat. Ein entscheidendes Kriterium sowohl für die ökonomische als auch die juristische Forschung ist dabei die Auswirkung solcher Veränderungen auf bestimmte Märkte. Der spezifische Fokus auf Märkte, die in besonderem Maße von der Wirkungsweise von Schutzrechten sowie von wettbewerbsrechtlichen Mechanismen geprägt sind, spiegelt sich auch in der nachstehend skizzierten juristischen Forschungsstrategie. Das Forschungsinteresse der ökonomischen Abteilung richtet sich aber auch auf neue Formen der Generierung von Innovationen, ergo Neuerungen in den Innovationsabläufen selbst.

Beispiele hierfür sind neue Modalitäten der Finanzierung oder auch die Nutzung von offenen Innovationsprozessen und Beiträgen von Produktnutzern zur Generierung von Ansätzen für Innovation.

Erfährt die **Digitalisierung** mit ihrem besonders hohen Innovationspotential in der hier vorgenommenen Kontextualisierung der Institutsforschung eine spezielle Betonung, so sind freilich auch in diesem Feld Auswahlentscheidungen unausweichlich. Denn als branchenübergreifende "General Purpose Technology" erfasst die Digitalisierung auch eine Vielzahl von Themenbereichen, die über die Kernkompetenz des Instituts hinaus Bedeutung entfalten. **Priorität** haben werden jene Forschungsaspekte, die auf die zugrunde liegenden Innovationsprozesse sowie die Bedeutung und Fortentwicklung der Schutzrechtssysteme und der Wettbewerbssicherung als Institutionen der dezentralen Innovationsförderung fokussieren. Zum wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsportfolio des Instituts werden zudem methodische Beiträge zur Entwicklung neuer Metriken und Indikatoren gehören, mit denen Wissenschaftler und Entscheidungsträger in der Praxis unterstützt werden können.

Semantische Algorithmen und Webscraping

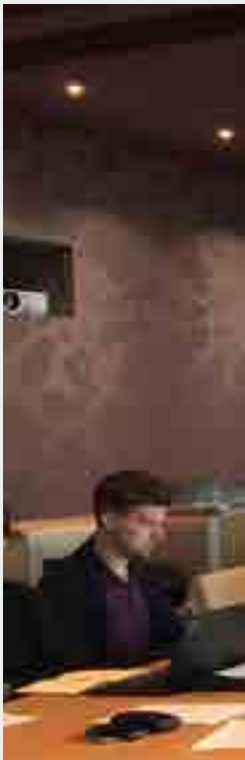
Algorithmen der semantischen Textanalyse erlauben inzwischen die Verarbeitung großer Datenmengen. Die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung experimentiert mit Ansätzen, bei denen Patenttexte miteinander verglichen werden. So lassen sich Bezüge zwischen Patentdokumenten innerhalb und zwischen den Patentportfolios von Unternehmen identifizieren und für ökonomische Analysen nutzbar machen. Mittelfristig sollen über semantische Analysen auch Bezüge von Patenten zu wissenschaftlichen Publikationen erfasst werden. Eine Anwendung erfahren diese Methoden bei der Analyse von Fusionsfällen, in denen die Wettbewerbsbehörden an der Überlappung der Patentportefeuilles der fusionierenden Firmen interessiert sind.

So rasch und ausgeprägt der Wandel, in dem sich die Welt derzeit befindet, vonstattengeht, so wichtig ist zu betonen, dass sich die Institutsforschung letztlich nicht von kurzzeitigen Entwicklungen vereinnahmen lassen kann und wird. Die immer tiefere **Ergründung von Innovationsförderinstrumenten und Wettbewerbsmechanismen** bildet seit jeher die **DNA des Instituts**, und sie bleibt auch künftig das **übergeordnete Ziel**. Angesprochen ist damit – über jene Veränderungen hinaus, die gegenwärtig besondere Aufmerksamkeit auf sich ziehen – nicht nur die vom Institut seit Jahrzehnten begleitete Integration des europäischen Binnenmarktes.

Einheitspatent und Einheitsgerichtsbarkeit in der EU

Als Rahmen für Innovation spielt nicht zuletzt die Gerichtsbarkeit zur Realisierung eingeräumter Rechtspositionen eine entscheidende Rolle. Das Institut beobachtet und begleitet die Implementierung des Regelwerks zu Einheitspatent und Einheitspatentgerichtsbarkeit in der Europäischen Union, um die Auswirkungen auf Innovation abschätzen zu können. Zugleich dient das Einheitspatent als Referenzpunkt für die Entwicklung von Durchsetzungsstrukturen außerhalb Europas.

- Kapitel B II 1.3 · S. 57
- Kapitel B II 1.12 · S. 88





Strategietagung vom 9. und 10. Oktober 2017 in Bernried am Starnberger See.

Es sind dies auch durchaus traditionelle und wenig modisch klingende Fragestellungen. Statt einer Vielzahl von Beispielen sei nur daran erinnert, dass die Funktionsfähigkeit eines Marktes entscheidend davon lebt, wie sich die Akteure selbst und ihre Waren und Dienstleistungen (z.B. durch Kennzeichnungen) voneinander abgrenzen können. Der – gerade auch interdisziplinäre – Forschungsbedarf in diesem und zahlreichen weiteren Bereichen besteht weiterhin. Neue Einsichten sind auch hier trotz weniger Publizität der Forschung von hoher sozialer und wirtschaftlicher Relevanz. Entsprechend ist die hier versuchte Kontextualisierung nicht für die Institutsforschung insgesamt repräsentativ; in seiner gesamten Breite spiegelt sich der **Wirkungsradius des Instituts** vielmehr in den nachfolgenden, auf einzelne Projekte bezogenen Berichten.

Dieser Gesamtblick auf die Institutsforschung spiegelt die Diskussion der gemeinsamen Strategietagung vom 9. und 10. Oktober 2017 in Bernried am Starnberger See. Er beruht wesentlich auf Vorarbeiten einer interdisziplinär besetzten Arbeitsgruppe, der Michèle Fink, Fabian Gaessler, Marco Kleine, Heiko Richter, Moritz Sutterer und Axel Walz angehörten. Die inhaltliche Verantwortung tragen allein die Direktoren.

Interdisziplinarität in der Institutsforschung

Die Erweiterung des bis dahin überwiegend rechtswissenschaftlich ausgerichteten Instituts um eine wirtschaftswissenschaftliche Abteilung im Jahre 2013 eröffnete ganz neue Forschungsperspektiven. Die dadurch ermöglichte gegenseitige Befruchtung erweist sich bei den vielschichtigen Themen, die am Institut erforscht werden, immer wieder als ein grundlegender Vorteil. Um die Zusammenarbeit von Ökonomen und Juristen angesichts ihrer unterschiedlichen methodischen Ansätze und Erkenntnisinteressen zum Erfolg zu führen, ist ein fortlaufender Prozess erforderlich.

Das Institut fördert diesen Prozess sehr bewusst. Seit Beginn der Zusammenarbeit bilden die jährlichen gemeinsamen Strategietreffen in Tagungszentren außerhalb Münchens einen Fixpunkt. War das erste Treffen noch stark vom Bedürfnis geprägt, sich gegenseitig kennenzulernen, und standen noch Fragen der Methodik, des Forschungsprofils oder der disziplinären Forschungsstrategien im Vordergrund, hat sich der Diskurs in der Folge immer deutlicher auf die thematische Ebene verlagert. Die Agenden werden von den Teilnehmern jeweils schon im Vorfeld am Institut entwickelt; sie erlauben Vertiefungen einzelner Aspekte in abteilungsübergreifenden Arbeitsgruppen und bieten viel Raum für ergebnisoffene Gespräche im Plenum. Fruchtbar ist dabei keineswegs nur die interdisziplinäre Begegnung, sondern auch das Zusammentreffen jahrzehntelanger Erfahrung mit unbelasteten Ideen von Promovierenden, die eben erst zum Institut hinzugestoßen sind.

Solche regelmäßigen Interaktionen liefern unentbehrliche Impulse; für ein erfolgreiches Zusammenwachsen reichen sie aber nicht aus. Damit immer wieder neue Keimzellen für disziplinübergreifende Kooperationen entstehen können, ist die tagtäglich gelebte Realität nicht weniger wichtig. Zahlreiche Seminare und Konferenzen am Institut spielen dafür eine zentrale Rolle; sie erlauben, sich regelmäßig mit Fragestellungen und Arbeitsweisen der anderen Disziplin zu beschäftigen. Grundlagenforschung lässt sich ohnehin nur bedingt planen; neue Ansätze entstehen oft aus Opportunitäten oder gar zufälligen Begebenheiten. Hierfür leistet ein im Jahr 2017 neu eingerichteter Begegnungspunkt im Foyer im zweiten Stockwerk des Institutsgebäudes große Dienste. Den ganzen Tag über treffen sich dort immer wieder wechselnde Gruppierungen, oft für informelle Bespre-

chungen, meist aber der daneben stehenden Kaffeemaschine wegen, die hohe Beliebtheit genießt. Hier verabredet man sich zu gemeinsamen Essen, trifft Gäste des Instituts oder lässt sich über aktuelle Entwicklungen informieren.

Ein Test, wie weit die Integration gelungen ist, war die Herausforderung, ein gemeinsames Mission Statement zu entwickeln. Bis dies gelang, dauerte es länger als zunächst gedacht, aber der Prozess war für alle Beteiligten wichtig. Greifbar wurde der Erfolg, als ein Text vorlag, bei dem nur noch über Begrifflichkeiten debattiert wurde. Vorausgegangen waren diesem Moment mehrere Anläufe aus dem Kreise der Mitarbeiter, das jeweilige Selbstverständnis auszuloten und in Worte zu fassen. Was auf diesem Wege entstanden ist, mag für nicht Beteiligte wenig revolutionär wirken. Das Mission Statement stellt jedoch nichts weniger als das kondensierte Selbstverständnis des Instituts dar.

Der Anspruch an disziplinübergreifende Zusammenarbeit darf indes nicht missverstanden werden. Interdisziplinäre Forschung zu betreiben bedeutet nicht, dass eine separate Gruppe von Aktivitäten zu definieren wäre – nebst jenen in den beiden Abteilungen. Auch Themen, die sich besonders gut für eine Kooperation eignen, haben regelmäßig einen stärkeren Bezug zur einen oder zur anderen Disziplin. Dieser Bezug kann sehr ausgeprägt sein, einem Forschungsprojekt also besonderes Gewicht verleihen, oder er kann relativ schwach sein, aber dennoch einen Mehrwert gegenüber einer stark disziplinär geprägten Forschung versprechen. Stets lässt sich der Schwerpunkt eines Projekts – auch im Hinblick auf Verantwortungen und operative Aspekte – letzten Endes jedoch näher bei der juristischen oder näher bei der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung verorten.

Vor diesem Hintergrund hat sich das Institut unter Abwägung der Vor- und Nachteile entschieden, im Rahmen dieses Tätigkeitsberichts auf eine Dreiteilung der wissenschaftlichen Berichterstattung zu verzichten. Dies hat wesentlich damit zu tun, dass eine Grenzziehung zwischen jenen Projekten, zu denen beide Disziplinen einen so ausgeprägten Beitrag beigesteuert haben, dass eine Klassierung als „interdisziplinär“ gerechtfertigt ist, gegenüber jenen, bei denen überwiegend eine Disziplin im Vordergrund steht, etwas Willkürliches anhaften würde. Hinzu kommt, dass auch der Empfängerkreis des Tätigkeitsberichts sich nicht sozusagen zwischen den am Institut betriebenen Disziplinen bewegt. Sinnvoll positionieren kann sich die Institutsforschung daher nur, wenn jene Vertreter der eigenen Disziplin ebenfalls erreicht werden, die selbst nicht interdisziplinär arbeiten. Besonders wichtig erscheint eine klare Zweiteilung gerade auch für die zahlreichen Nachwuchskräfte, die im Bericht zu Wort kommen. Gerade für sie ist es unerlässlich, dass sie gegenüber den Vertretern der eigenen Disziplin außerhalb des Instituts ein eindeutiges Profil vorweisen können. Dessen ungeachtet spielen gerade bei Promotionen Impulse über die Disziplinen hinweg oft eine prägende Rolle. Die Unterstützung aus dem eigenen Haus erlaubt auch immer häufiger die Adaption und Nutzbarmachung von Methoden der anderen Disziplin.

Sind die einzelnen Projekte aus diesen Erwägungen heraus im Folgenden der Abteilung zugeordnet, wo sie schwerpunktmäßig verantwortet wurden, soll damit nicht in den Hintergrund gedrängt werden, dass viele Arbeiten aus einer interdisziplinären Zusammenarbeit heraus entstanden. Als Beispiel kann auf der einen Seite die Studie über Ergänzende Schutzzertifikate dienen (vgl. B II 1.1, S. 46); obwohl dem Auftrag der EU-Kommission entsprechend letztlich eine im Kern rechtswissenschaftliche Untersuchung entstanden ist, ließen sich aus spezifischen Kenntnissen und der punk-

tuellen Zusammenarbeit mit Mitarbeitern aus der ökonomischen Abteilung erhebliche Mehrwerte erzielen. Auf der anderen Seite setzt das Konzipieren und die Auswertung der Studie über das Nutzerverhalten im Internet (vgl. C II 1.1, S. 244) wirtschaftswissenschaftliche Methoden voraus; hinsichtlich der Ausarbeitung der Fragen vor dem Hintergrund des geltenden Urheberrechts, bei der Interpretation der Ergebnisse sowie einem Vergleich mit einer Parallelstudie im Vereinigten Königreich waren jedoch die spezifischen Fachkompetenzen aus der juristischen Abteilung von grundlegender Bedeutung. Ähnliches gilt für eine von den Abteilungen gemeinsam durchgeführte Studie zur Bedeutung des Urheberrechts für junge Unternehmen (vgl. C II 3.2, S. 304).

Die gewählte Struktur des wissenschaftlichen Berichtsteils mit nach Disziplinen getrennten Kapiteln soll somit nicht darüber hinwegtäuschen, dass in zahlreichen Forschungsprojekten in unterschiedlicher Weise und variierendem Maße die Ergebnisse aus gelebter interdisziplinärer Zusammenarbeit eingeflossen sind. Daher sei sowohl dem juristisch wie auch ökonomisch interessierten Leser empfohlen, sich nicht auf „seinen“ Teil des Berichts zu beschränken. Beiden könnten sonst wichtige Einsichten aus der Institutsforschung entgehen, die sich im jeweils andern Teil finden.



Prof. Dr. Reto M. Hilty im Kreise von Mitarbeitern der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung

TÄTIGKEITSBERICHT
2015 – 2017



Immateriälgüter- und Wettbewerbsrecht

I Forschungsstrategie der rechtswissenschaftlichen Abteilung

Funktion der Forschungsstrategie

Die Verortung der Institutsforschung in einem weiteren technologischen, gesellschaftlichen und politischen Kontext, wie sie namentlich im Teil A dieses Berichts vorgenommen wurde (vgl. A, S. 17), ist in regelmäßigen Abständen erforderlich. Sie dient nicht nur dazu, längerfristige Trends zu eruieren sowie die naturgemäß beschränkten Mittel des Instituts zu bündeln und in eine zukunftssträchtige Richtung zu lenken. Als Ergebnis eines kollektiven Brainstormings, welches das Institut jährlich unter Beteiligung einer großen Zahl von Wissenschaftlern aus allen Erfahrungsstufen anstößt, verhilft es auch zu einer interdisziplinären Verständigung über die unterschiedlichen Forschungsaktivitäten und -methoden, die in verschiedenen Projektgruppen und Organisationseinheiten betrieben werden.

Dieses große Bild ersetzt aber nicht eine eigentliche Forschungsstrategie. Diese Strategie orientiert sich für die Rechtswissenschaftler am Institut zwar an jenen Zukunftsperspektiven, die im letzten Kapitel des Teils A angedeutet sind (vgl. A, S. 33); sie geht aber deutlich darüber hinaus. Ziel der Forschungsstrategie ist es letztlich, sich mit einem offenen Zeithorizont darauf zu verständigen, in welchen Forschungsfeldern personelle und finanzielle Ressourcen in den kommenden Jahren prioritär eingesetzt werden sollen.

Die Forschungsstrategie erfüllt auch insoweit eine eigenständige Funktion, als gewisse Forschungsschwerpunkte eine hohe Konstanz aufweisen und langfristig von grundlegender Bedeutung bleiben. Daher wird die Ausrichtung der rechtswissenschaftlichen Institutsforschung wesentlich durch Fragestellungen mitbeeinflusst, welche nicht von einer herausragenden Aktualität geprägt sind und daher nicht notwendigerweise im Rampenlicht von Teil A stehen. Das macht

sie freilich nicht weniger bedeutungsvoll. Genannt sei hierfür nur die fortlaufende und dringend notwendige Entwicklung des europäischen Rechts. Mit ihr gehen regulatorische Herausforderungen ebenso einher wie komplexe Verlagerungen von Kompetenzen, was zentrale Aspekte juristischer Grundlagenforschung berührt.

Die nachfolgend erläuterte Forschungsstrategie setzt vor diesem Hintergrund intradisziplinär an. Hierfür spricht unter anderem, dass die Rechtswissenschaftler des Instituts im ständigen Dialog mit Kollegen anderer, hochspezialisierter Forschungseinrichtungen stehen und auf höchstem fachlichem Niveau agieren und reagieren können müssen. Darüber hinaus muss die Forschungsstrategie auch auf jene – üblicherweise auf eine einzelne Disziplin konzentrierten – Projekte und Forschungsinteressen ausgerichtet sein, die über Förderungsanträge von Gastwissenschaftlern in großer Zahl an das Institut herangetragen werden. Auch hierfür ist ein erheblicher Ressourceneinsatz des Instituts notwendig und es bedarf passender Leitlinien für die Entscheidung darüber, welche der Anträge überhaupt gefördert werden können.

Vor allem mit Blick auf die zentrale Aufgabe der Nachwuchsförderung und bei Entscheidungen über den Einsatz der dafür vorgesehenen Mittel darf die interdisziplinäre Ausrichtung des Instituts nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in erster Linie die höchste Qualifikation in der eigenen Disziplin ist, welche über die Erfolgsaussichten einer akademischen Karriere entscheidet. Interdisziplinarität kann zu neuen Erkenntnissen in Bezug auf konkrete Forschungsfragen verhelfen; sie ist aber kein Selbstzweck und darf nicht zum Hemmschuh für die spätere Karriere innerhalb der eigenen Disziplin werden.

Neuausrichtung und übergreifende Konzeption der Strategie

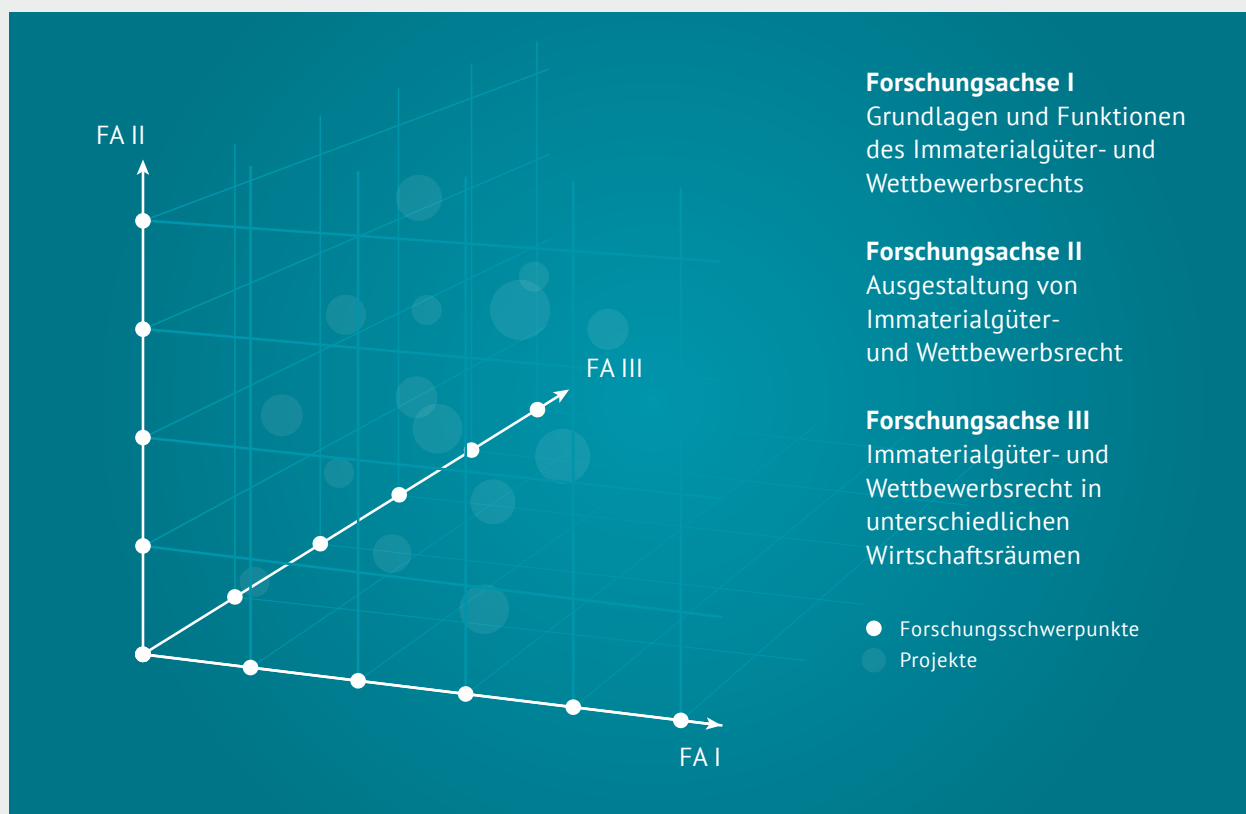
Die aktuelle juristische Forschungsstrategie wurde in einem längeren und mehrstufigen Prozess unter breiter Mitwirkung von Wissenschaftlern aller Karrierestufen im Laufe des Jahres 2017 finalisiert. Sie stellt eine substantielle Weiterentwicklung der Strategie aus dem Jahr 2011 dar, welche ihrerseits die inhaltliche Neuausrichtung des Instituts spiegelte, welche nach der Gründung und Verselbständigung des MPI für Steuerrecht und öffentliche Finanzen notwendig wurde. Die Überarbeitung jener Strategie drängte sich nicht nur im Lichte der enormen Entwicklungsdynamik der von unserem Institut betreuten Rechtsgebiete auf. Die neue Strategie verfolgt überdies das Ziel, die rechtswissenschaftliche Forschung konsequent auf die sich seit dem Jahr 2013 zunehmend verdichtende Zusammenarbeit mit der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung auszurichten und gleichzeitig das Profil genuin juristischer Aspekte der Institutsforschung zu akzentuieren.

Das Grundgerüst der juristischen Forschungsstrategie bildet eine dreidimensionale Matrix, die durch drei Forschungsachsen gebildet wird. Auf den einzelnen Forschungsachsen sind die Forschungsschwerpunkte zu verorten, die aufzeigen, wo die Ressourcen

im Hinblick auf Forschungsprojekte, die am Institut betrieben und gefördert werden sollen, in erster Linie hinzulenken sind.

Die drei Forschungsachsen stehen inhaltlich für unterschiedliche Fragestellungen. Zunächst geht es um die Zielsetzungen und Funktionen von Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht und damit die rechtspolitische Ausrichtung dieser Forschungsgebiete der Rechtswissenschaftler am Institut. Die zweite Achse wird durch die jeweilige konkrete Ausgestaltung der beiden Rechtsgebiete durch Gesetzgebung und Rechtsprechung gebildet, während sich die dritte auf geografische Unterschiede richtet und insbesondere die internationale Komponente der Institutsforschung einbezieht.

Die einzelnen Projekte liegen nicht notwendigerweise auf einer der drei Achsen; ebenso wenig brauchen sie in einem einzelnen Forschungsschwerpunkt lokalisiert zu werden. Typischerweise befindet sich ein einzelnes Projekt vielmehr in dem durch die drei Achsen gebildeten Raum, und es weist je nachdem Bezüge zu mehreren Forschungsschwerpunkten und



Dreidimensionale Matrix

unterschiedlichen Forschungsachsen auf. So kann ein Forschungsprojekt etwa die praktische Ausgestaltung des Rechts zum Gegenstand haben, dies jedoch gleichzeitig vor dem Hintergrund konkreter rechtspolitischer Zielsetzungen oder im Hinblick auf einen konkreten geografischen Bezug. Die Entscheidung, ob ein Projekt in Angriff genommen oder gefördert wird, hängt letztlich davon ab, ob es innerhalb des Raums liegt, der durch die drei Achsen gebildet wird, und ob es in relevantem Bezug zu einem oder mehreren der darauf enthaltenen Forschungsschwerpunkte steht (siehe Grafik links).

Gleichzeitig bedeutet die Erörterung denkbarer Fragestellungen innerhalb der einzelnen Forschungsschwerpunkte nicht, dass dort im Moment Projekte laufen; solche Projekte mögen vielmehr zum Teil schon abgeschlossen sein, oder sie sind möglicherweise noch nicht in Angriff genommen worden. Die jeweilige Umschreibung soll lediglich aufzeigen, wo ein besonderes Forschungs- und Erkenntnisinteresse gesehen wird, und dass vorzugsweise Projekte gefördert werden, die sich in diesen Schwerpunkten verorten lassen. Dabei kann es sich um Einzelprojekte wie Dissertationen handeln, oder es können übergreifende Projekte sein, die eine Vielzahl von Personen einschließen und möglicherweise auch disziplinübergreifend betrieben werden.

Die Forschungsstrategie beansprucht eine gewisse Allgemeingültigkeit und Geltungsdauer. Der ständigen Veränderung unterliegen hingegen die einzelnen Projekte, von denen im nachfolgenden Berichtsteil nur eine repräsentative Auswahl jener Projekte ab-

gebildet wird, die in der jüngeren Vergangenheit abgeschlossen wurden oder weit fortgeschritten sind (B II 1–4, S. 46–159). Eine umfassende Sammlung der

Umfassende Sammlung der Projekte
<https://www.ip.mpg.de/de/projekte.html>

Projekte nebst Beschreibungen ist auf der Webseite des Instituts zu finden. Enthalten sind dort sowohl bereits früher abgeschlossene als auch erst in jüngerer Zeit gestartete Projekte; laufende Projekte werden dort periodisch an den Stand der Entwicklung angepasst.

Auch die vollständige ausformulierte Forschungsstrategie mit vertieften Erläuterungen zu den drei Forschungsachsen sowie den zugehörigen jeweils vier bis fünf Forschungsschwerpunkten sind – zweisprachig – auf der Webseite zu finden.

Vollständig ausformulierte Forschungsstrategie
<https://www.ip.mpg.de/de/forschung/immaterialgueter-und-wettbewerbsrecht.html>

An dieser Stelle des Berichts soll mittels knapper Erläuterungen der Hintergründe lediglich ein allgemeiner Überblick über die strategische Ausrichtung der rechtswissenschaftlichen Forschung vermittelt werden. Verzichtet wird im Übrigen darauf, einzelne Projekte, die in diesem Bericht näher erörtert werden, bestimmten Forschungsschwerpunkten zuzuordnen, zumal die Mehrzahl von ihnen zu einem früheren Zeitpunkt als der Implementierung der aktuell gültigen Forschungsstrategie in Angriff genommen worden ist.

Überblick

Grundlagen und Funktionen des Immaterialgüter- und Wettbewerbsrechts

Bezieht sich die **erste Forschungsachse** auf die Grundlagen und Funktionen des Immaterialgüter- und Wettbewerbsrechts, so ist das verbindende Element dieser beiden für das Institut zentralen Rechtsgebiete ihre komplementäre Zielsetzung. Es geht darum, Anreize für Investitionen in Forschung und Entwicklung zu schaffen bzw. sicherzustellen, dass bestehende Anreize nicht von einzelnen Akteuren vernichtet werden. Hier besteht auch eine wichtige Schnittstelle zur wirtschaftswissenschaftlichen Forschung, indem die zur Verfügung stehenden Mechanismen kontinuier-

lich einer Bewertung unter anderem anhand ökonomischer Parameter zu unterziehen sind. Zielsetzung ist insbesondere festzustellen, wo Rechtsmechanismen nicht die erwünschten, sondern im Gegenteil dysfunktionale Effekte befördern. Lassen sich solche feststellen, liegt die Herausforderung darin, auf regulatorischer Ebene Gegenmaßnahmen zu ergreifen, insbesondere widerstrebende Interessen – neben jenen der Rechteinhaber also beispielsweise auch Drit-Interessen – durch geeignete Rechtsanordnungen in einen Ausgleich zu bringen. Hierfür können auch grundrechtliche oder ethische Wertungen eine entscheidende Rolle spielen. Auf dieser Achse finden sich fünf Forschungsschwerpunkte.

Ein **erster Forschungsschwerpunkt** fokussiert auf Innovation und damit ein vielschichtiges, kontextabhängiges und auch kulturspezifisches Phänomen, das auch im Zentrum der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung am Institut steht. Geht es dort primär um das Entstehen von Innovation sowie um deren Verbreitung, stellt sich aus juristischer Perspektive unter anderem die Frage nach ihrem rechtlichen Schutz. Innovation zeichnet sich aber auch durch soziale, ethische und damit rechtspolitische Implikationen aus, kann sie doch positive wie negative Auswirkungen auf die Gesellschaft, auf gesellschaftliche Strukturen, auf die Wirtschaft oder auf die Umwelt haben. Im Kern zielt dieser Forschungsschwerpunkt auf das Zusammenspiel und den Austausch zwischen Innovation und Gesellschaft ab.

Ein **zweiter Forschungsschwerpunkt** konzentriert sich auf das verbindende Element von Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, nämlich die Anreizmechanismen bzw. die Anreiztheorie; sie bilden aus heutiger Sicht den Kern der ökonomischen Begründung für die Notwendigkeit von Immaterialgüterrechten. Dabei richtet sich eine erste Prämisse darauf, dass ein unerwünschtes Ausmaß an Nachahmungen die Entstehung von neuen, gesellschaftlich wertvollen Ideen behindert. Eine zweite Prämisse der Anreiztheorie postuliert, dass ein System von exklusiven, befristeten Schutzrechten die beste Strategie darstellt, um diese Art des Marktversagens zu beheben. Diese Theorie wird nicht nur verfochten, sondern auch in Frage gestellt; Forschungsziel ist es daher zu eruieren, welche Auswirkungen gesetzgeberische Interventionen in der Form von Schutzrechten auf bestimmten Märkten haben.

Der **dritte Forschungsschwerpunkt** dreht sich um den Funktionswandel, dem Schutzrechte seit einiger Zeit zu unterliegen scheinen. Tatsächlich stimmt die vom Gesetzgeber angedachte (idealtypische) Funktion eines Schutzrechts nicht mehr unbedingt mit der Art und Weise überein, in der es von seinem Rechteinhaber in der Wirtschaftsrealität eingesetzt wird. Hier sind zum einen die Ursachen und Wirkungen bestimmter Schutz- und Wettbewerbsstrategien zu erfassen; darüber hinaus ist das Spannungsverhältnis zwischen dem Ziel und dem Mittel des Immaterialgüterschutzes aufzulösen, und schließlich geht es darum, die sich wandelnden und neu entwickelnden Funktionen des Immaterialgüterschutzes im Hinblick

darauf richtig zu verorten, dass die Reichweite des gesetzlich garantierten Rechtsschutzes neu auf seine Zielsetzung ausgerichtet wird.

Im **vierten Forschungsschwerpunkt** wird ausgelotet, inwiefern Fairness ein allgemeines Rechtsprinzip darstellt. So besteht im Grundsatz Einigkeit darüber, dass sich die Marktakteure im Rahmen ihrer wettbewerbsrechtlich relevanten Handlungen an gewisse Regeln der Fairness halten müssen. Auf internationaler, europäischer und oft auch auf nationaler Ebene findet sich dazu bereits ein gewisses Maß an Regulierung. Jedenfalls mittelbar prägt das Prinzip der Fairness aber auch die Ausgestaltung und Auslegung von Immaterialgüterrechten, etwa im Markenrecht der Tatbestand der „anständigen Gepflogenheiten“. Auch die neue Richtlinie zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen basiert auf diesem Prinzip. Ziel ist hier eine Eruierung der tragenden Grundsätze dieses Prinzips, um gestützt darauf ein einheitliches Wertesystem zu entwickeln.

Zielsetzung ist insbesondere festzustellen, wo Rechtsmechanismen nicht die erwünschten, sondern im Gegenteil dysfunktionale Effekte befördern.

Zur ersten Forschungsachse gehören schließlich die Methodenfragen als eigenständiger **fünfter Forschungsschwerpunkt**. Sie bilden ein Zentralelement der Rechtsordnung. Bereits bei der klassischen Funktion der Methodenlehre, eine konsistente Anwendung und Auslegung bestehender Rechtsnormen sicherzustellen, ergibt sich jedoch das Bedürfnis, auf Erkenntnisse aus anderen Disziplinen zurückzugreifen. Dies ist etwa bei der Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe oder bei der Ausrichtung einer Regelung an den Zielen des Rechtsgebietes der Fall. Erst recht sind Forschungsergebnisse aus anderen Fachrichtungen bei der Evaluierung von Rechtsnormen von Interesse, so etwa hinsichtlich der Frage nach der optimalen Ausgestaltung von Regelungen oder bei der Umsetzung der Ziele eines Rechtsgebietes.

Ausgestaltung des Immaterialgüter- und Wettbewerbsrechts

Die **zweite Forschungsachse** der Matrix zielt auf die Ausgestaltung des Immaterialgüter- und Wettbewerbsrechts ab. Besteht eine zentrale Funktion des Immaterialgüter- und Wettbewerbsrechts darin, im Einklang mit dem Grundsatz der freien Marktwirtschaft regulatorisch dafür zu sorgen, dass die Verteilung des Markteinkommens nach dem Leistungsprinzip erfolgt, so stehen die beiden Rechtsgebiete

im Dialog miteinander und darüber hinaus mit einer Vielzahl anderer Rahmenregelungen der marktwirtschaftlichen Ordnung. Die zweite Forschungsachse widmet sich vor diesem Hintergrund der Herausforderung, die Funktionsweise von Märkten zu analysieren und damit den Bedarf an einem regulatorischen Eingriff zu identifizieren und gegebenenfalls dessen Modalitäten zu definieren. Dabei bilden vier der fünf Forschungsschwerpunkte Märkte bzw. regulatorische Kontexte von besonderer Bedeutung ab, während sich der fünfte auf Fragen der Rechtsdurchsetzung und der Streitbeilegung konzentriert.

Technologiegetriebene Märkte, die im Blickpunkt eines **ersten Forschungsschwerpunktes** stehen, können hinsichtlich der jeweils herrschenden Wirtschafts- und Wettbewerbsbedingungen grundlegend unterschiedlich funktionieren. Entsprechend variiert namentlich die Rolle des Patentschutzes in solchen Märkten. Etwa in der Pharma- und Chemieindustrie sind Patente besonders wichtig, um Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen zu amortisieren; in anderen Industriezweigen hingegen mögen andere Funktionen in den Vordergrund treten. Auch die Digitalisierung der Wirtschaft führt zu einer radikalen Umwälzung traditioneller Industriezweige. Daraus können etwa neue Abhängigkeiten von fremden Schutzrechten aus anderen Technologien und damit verbunden höhere Transaktionskosten resultieren. Die Ausgestaltung des Immaterialgüterschutzes – eine der zentralen Fragen rechtswissenschaftlicher Grundlagenforschung – hat folglich nach Maßgabe der Besonderheiten einzelner Märkte differenziert zu erfolgen, um letztlich vergleichbare Effekte zu erzielen.

Eine Regulierung von Märkten für Inhalte – der Fokus des **zweiten Forschungsschwerpunktes** – muss insbesondere in der Lage sein, das Marktfunktionieren im Hinblick auf die fortschreitende Digitalisierung zu optimieren. Besonders wichtig für diesen Schwerpunkt sind Fragen des Urheberrechts, das seit jeher in einem ständigen Wettlauf mit der technischen Entwicklung steht. Die großen Herausforderungen liegen hier – auch über das Urheberrecht hinaus – in unterschiedlichen nationalen Rechtsordnungen, in der heterogenen Natur der betroffenen Industriezweige, in der großen Interessenvielfalt sowie in der hochdynamischen Entwicklung dieser Märkte. Dysfunktio-

onale Auswirkungen des derzeitigen Rechtsrahmens können die Folge sein. Solche zu eruieren, erfordert interdisziplinäre Ansätze; regulatorische Fehlstellung zu analysieren und Alternativen für besser geeignete Regulierung in unterschiedlichen inhaltsbezogenen Märkten zu entwickeln, ist genuin rechtswissenschaftliche Forschung. Zu berücksichtigen sind dabei allerdings nicht nur das Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, sondern zahlreiche andere Rechtsgebiete, die Einfluss auf das Marktgeschehen nehmen.

Ein **dritter Forschungsschwerpunkt** konzentriert sich demgegenüber auf die vernetzte Datenwirtschaft, die darauf ausgerichtet ist, große Mengen an Daten zu sammeln, zu analysieren und spezifischen Verwendungen zuzuführen. Die Auswirkungen dieser datengetriebenen Wirtschaft ergreifen nahezu alle Wirtschafts- und Lebensbereiche und führen zu ganz neuen regulatorischen Fragestellungen. Auch die Innovationen, die mit den darauf basierenden Geschäftsmodellen einhergehen, werfen zahlreiche wettbewerbs- und immaterialgüterrechtliche sowie datenschutzrechtliche Fragen auf. Im Kern der rechtswissenschaftlichen Forschung liegt dabei insbesondere die Herausforderung, den Zugang zu bestimmten Daten sicherzustellen. Am Horizont zeichnet sich hier zudem eine Vielzahl von Forschungsfragen unterschiedlichster Art rund um die „künstliche Intelligenz“ ab. Selbstlernende Algorithmen, die autonom Entscheidungen treffen und Ziele selbstständig verwirklichen, lassen klassische Rechtsfragen in ganz neuem Licht erscheinen.

In der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts mit ihrer zunehmenden Vernetzung verschiedener Märkte und Akteure wird ferner eine funktionierende kommerzielle Kommunikation immer wichtiger. Darauf zielt der **vierte Forschungsschwerpunkt** ab. Hier geht es namentlich um Marken und sonstige Kennzeichen. Sie ermöglichen den Wettbewerbern Produktdifferenzierung, schaffen für die Verbraucher eine gewisse Markttransparenz, fördern so den Preis- und Qualitätswettbewerb und erweisen sich damit als zentrales Element für den funktionierenden und unverfälschten Wettbewerb. Hinzu treten Regeln des Wettbewerbs- und Lauterkeitsrechts, die in diesem System eines unverfälschten Wettbewerbs die Aufgabe haben, die Freiheit und Lauterkeit der Marktkommunikation zu gewährleisten. Die entsprechenden rechtlichen In-

Eine zentrale Funktion des Immaterialgüter- und Wettbewerbsrechts besteht darin, im Einklang mit dem Grundsatz der freien Marktwirtschaft regulatorisch dafür zu sorgen, dass die Verteilung des Markteinkommens nach dem Leistungsprinzip erfolgt.

strumente lassen sich jedoch nur dann optimal ausgestalten, wenn die Marktmechanismen, auf die Einfluss genommen werden soll, verstanden werden.

Im **fünften Forschungsschwerpunkt** finden die Rechtsdurchsetzung und die Streitbeilegung als besondere Aspekte der Ausgestaltung von Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht Beachtung. Denn das materielle Recht und die Möglichkeiten seiner Durchsetzung sind zwei Seiten derselben Medaille. Wohl sind gerade im Immaterialgüter- und im Wettbewerbsrecht effektive Durchsetzungsmöglichkeiten entscheidend; gleichzeitig erwächst mit der vereinfachten Durchsetzung die Gefahr, eine materielle Rechtsposition zu überhöhen. Verfügt etwa jene Partei, die angeblich ein Schutzrecht verletzt, nicht über adäquate Verteidigungsmöglichkeiten, droht der Bereich überdehnt zu werden, der dem Rechteinhaber ausschließlich zugewiesen wurde. Dies würde die innovations- und wettbewerbsfördernde Zielsetzung des Immaterialgüterrechts ins Gegenteil verkehren. Im Spannungsfeld zwischen nicht ausreichend effektiver und dysfunktionaler Rechtsdurchsetzung sind folglich interessengerechte, ausgewogene Lösungen zu entwickeln; diese können je nachdem auch in Mediations- und Schiedsverfahren liegen.

Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht in unterschiedlichen Wirtschaftsräumen

Auf der **dritten Forschungsachse** wird das Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht in unterschiedlichen Wirtschaftsräumen betrachtet. Rechtswissenschaftliche Forschung hat sich hier mit einer spannungsgeladenen Interessenlage zu beschäftigen. Gleichzeitig trifft sie aufgrund aktueller politischer Entwicklungen auf neue Herausforderungen.

Ausgangspunkt ist zunächst der Grundsatz der Territorialität im Immaterialgüterrecht – und in gewissem Umfang auch im Wettbewerbsrecht –, der dem jeweiligen Gesetzgeber die Souveränität im Hinblick auf Existenz und Ausgestaltung der Rechte sichert. Die Internationalisierung von Kommunikation und Handelsströmen führt die Aufrechterhaltung dieses Grundsatzes zunehmend an seine Grenzen. Über das internationale Privatrecht hinaus verfolgt das supra- und internationale Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht daher traditionell das Ziel, mit den Mitteln der Rechtsharmonisierung und Rechtsvereinheitlichung die aus dem Territorialitätsgrundsatz resultierenden Friktionen zu überwinden. Wirtschafts- und rechtspolitisch zentral ist dabei stets die Frage nach dem richtigen Maß der rechtlichen Konvergenz zwi-

schen den beiden Extremen: Einerseits der autonomen Regelung, die auch in einer globalisierten Wirtschaft den Staaten die Freiheit zu einer dem eigenen Entwicklungsstand angepassten Gestaltung des Innovations- und Wettbewerbssystems belässt, und andererseits der Schaffung global einheitlicher Standards. Angesichts der enormen gesellschaftlichen Relevanz darf dabei vor allem das internationale Immaterialgüterrecht nicht isoliert betrachtet werden, denn es interagiert mit vielen anderen Teilgebieten und Abkommen des Völkerrechts.

Besonders herausgefordert wird die Forschung zum internationalen Recht durch das aktuelle Infragestellen des Systems des supranationalen und internationalen Wirtschaftsrechts aufgrund einer zunehmend national gefärbten Politik einzelner Staaten. Dabei wird auf der einen Seite die demokratische Legitimation der höheren Regelungsebene in Frage gestellt; auf der anderen Seite geschieht dies im rein nationalen Interesse ohne Rücksicht auf berechnete Belange anderer Staaten. Deshalb wird diese Politik keineswegs zu mehr Selbstbestimmung der einzelnen Staaten führen, sondern droht eher, einzelne, supranational organisierte Wirtschaftsräume im globalen Kontext zu schwächen sowie auf internationaler Ebene die Funktionsfähigkeit vor allem multilateral ausgerichteter internationaler Organisationen, die sich als Garanten des internationalen Immaterialgüter- und Handelsrechts herausgebildet haben, zu untergraben.

Gerade im Lichte dieser gesamtpolitischen Herausforderungen bleibt es eine vorrangige Aufgabe des Instituts, sich im Rahmen eines **ersten Forschungsschwerpunkts** zentral mit der Verwirklichung und den Perspektiven des europäischen Binnenmarktes zu beschäftigen. Im Lichte der wachsenden Europaskepsis in der Bevölkerung kommt es dabei mehr denn je darauf an, auf eine ausgewogene, alle relevanten Interessen und gesellschaftlichen Belange berücksichtigende Ausgestaltung des Immaterialgüter- und Wettbewerbsrechts hinzuwirken. Das einheitliche europäische Wettbewerbsrecht gehört seit jeher zu den Grundpfeilern der Binnenmarktpolitik und muss sich immer wieder – heute erst recht durch die zahlreichen gesellschaftlichen Implikationen der Digitalisierung – der Frage nach den zu verfolgenden Funktionen und Grenzen stellen. Im Immaterialgüterrecht steht die Frage im Raum, wie viel Harmonisierung überhaupt notwendig und angemessen ist bzw. ob und inwieweit auch Unionsschutzrechte über die bestehenden nationalen Schutzrechte hinaus erforderlich sind. Im Patentrecht wurden zwar die regulatorischen Grundlagen für ein einheitliches Patentrecht geschaffen. Sofern diese Vereinbarungen

tatsächlich in absehbarer Zeit in Kraft treten sollten, werden sie aber dennoch nur ein unvollkommenes und in verschiedener Hinsicht fragmentiertes System bilden. Ein einheitliches Unionsurheberrecht wird zwar von der Wissenschaft intensiv diskutiert. Im Rahmen der aktuell laufenden Ergänzung des *Acquis Communautaire* fehlt jedoch der Mut zu einem größeren Reformentwurf für den digitalen Binnenmarkt; im Zentrum stehen weiterhin kleinteilige Regelungen in einem immer weniger durchschaubaren Geflecht sich widersprechender Rechtsakte. Angesichts der Herausforderungen, die sich aus einer sich rasant verändernden Wirtschaft sowie einer fragmentierten Gesetzgebung in einem System mehrerer Ebenen ergeben, verdient sodann der wachsende Einfluss des EuGH auf die Weiterentwicklung des europäischen Immaterialgüter- und Wettbewerbsrechts besondere Aufmerksamkeit. Angereichert wird das regulatorische Amalgam des europäischen Binnenmarktes mit komplexen Verfahrensregeln, dem Kollisionsrecht, dem System der gerichtlichen Zusammenarbeit in Zivilsachen und dem sich punktuell verdichtenden Vertragsrecht.

Die Länder außerhalb der Europäischen Union weisen aufgrund unterschiedlicher soziokultureller und ökonomischer Kontexte naturgemäß eigene Marktstrukturen und Innovationsdynamiken auf. Gerade asiatische und vermehrt z.B. lateinamerikanische und teilweise afrikanische Regionen bilden einen traditionellen und weiterhin zentralen Forschungsschwerpunkt des Instituts. Der Pluralismus solcher Regionen resultiert oft in einer Diversifizierung von Marktangeboten und von Geschäftsmodellen, was wiederum einen Einfluss auf die Entwicklung des nationalen, regionalen und internationalen Rechtsrahmens im Bereich des Immaterialgüter- und Wettbewerbsrechts haben kann. Die rechtswissenschaftliche Forschung in diesem **zweiten Forschungsschwerpunkt** richtet sich zudem auf die Frage nach dem Einfluss sehr heterogener Regulierungen auf die Innovationskraft und den funktionierenden Wettbewerb auf globaler Ebene aus.

Ein **dritter Forschungsschwerpunkt** beschäftigt sich mit der übergeordneten regulatorischen Ebene, d.h.

Die Internationalisierung von Kommunikation und Handelsströmen führt die Aufrechterhaltung der Souveränität der einzelnen Gesetzgeber zunehmend an Grenzen.

mit den Strukturen und Entwicklungen internationaler Verträge und Abkommen. Ausgangspunkt ist hier, dass trotz globalisierter Wettbewerbs- und Innovationsprozesse im Laufe der vergangenen Jahrzehnte die Rechtsentwicklung über weite Strecken im staatlichen Souveränitätsgedanken gefangen geblieben ist. Dazu tragen auch unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen sowie potentiell konfligierende Staatsziele bei, wie z.B. öffentliche Gesundheit und Ernährung, Klimaschutz, Biodiversität, Bildung, Menschenrechte, soziale Stabilität oder nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Die damit verbundenen Herausforderungen sind nicht zuletzt auch darin begründet, dass die maßgeblichen Abkommen, Organisationen und sonstigen Akteure auf internationaler Ebene unzureichend interagieren. Erforderlich wäre eine Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit auf der Basis globaler Regeln, ohne die Souveränität einzelner Staaten in Frage zu stellen. Dabei liegt die größte aktuelle Herausforderung für die völkerrechtliche Forschung darin, dass diese Zusammenarbeit durch die Rückwendung mächtiger Staaten zu einer ausschließlich der Durchsetzung nationaler Interessen verpflichteten Politik gefährdet wird.

Rechtsordnungsübergreifende Fallkonstellationen prägen heute auch das Immaterialgüter- und namentlich das Wettbewerbsrecht. Die Herausforderungen dieser Interaktion von Rechtsordnungen liegen im Fokus des **vierten Forschungsschwerpunktes**. Denn die heutigen Ansätze, die etwa auf nationalen Regeln des Kollisionsrechts oder des internationalen Verfahrensrechts beruhen, führen nur begrenzt zu befriedigenden Ergebnissen. Zu den Instrumenten, die die Schwächen dieser traditionellen Ansätze überwinden helfen können, zählen die Erarbeitung von Modellregeln wie etwa die CLIP Principles, aber auch atypisch gestaltete Kollisionsregeln wie das Herkunftslandprinzip. Alternative Ansätze richten sich auf den internationalen Normenaustausch oder die Sachrechtsvereinheitlichung, ebenso wie die Erarbeitung eines gemeinsamen Wertungsfundaments für die Rechtssetzung und -anwendung innerhalb der jeweils interagierenden Rechtsordnungen.



II Projekte

1 Rechtswissenschaftliche Projekte

1.1 Study on the Legal Aspects of Supplementary Protection Certificates and Research Exemptions in the EU

Ziel des Projekts ist die Evaluierung des ESZ-Systems. Ferner wird die Interaktion zwischen dem Einheitspatent-system und den ESZ-Verordnungen untersucht, wobei der insoweit bestehende Anpassungsbedarf sowie die Optionen für die Schaffung eines ESZ mit einheitlicher Wirkung erläutert werden. Regelungsoptionen werden auch im Hinblick auf eine Erweiterung des Schranken catalogs aufgezeigt. Dies betrifft zum einen das sog. Bolar-Privileg sowie zum anderen die Möglichkeit der Herstellung ESZ-geschützter Produkte für Exportzwecke.

Hintergrund zu ergänzenden Schutzzertifikaten

Ergänzende Schutzzertifikate (ESZ) sind patentähnliche *Sui-generis*-Schutzrechte, die den Wirkstoff genehmigungspflichtiger Arznei- und Pflanzenschutzmittel zum Gegenstand haben. Ihre rechtliche Grundlage finden die ESZ in der Verordnung (EG) Nr. 1610/96 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 1996 über die Schaffung eines ergänzenden Schutzzertifikats für Pflanzenschutzmittel und der Verordnung (EG) Nr. 469/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über das ergänzende Schutzzertifikat für Arzneimittel (im Folgenden: ESZ-Verordnungen). Die beiden EU-Rechtsakte regeln die Voraussetzungen für die Erteilung und den Um-

fang von Schutzzertifikaten für Arznei- und Pflanzenschutzmittel separat, inhaltlich jedoch weitgehend übereinstimmend. Die Voraussetzungen für die Erteilung eines ESZ sind zum einen, dass der fragliche Wirkstoff patentgeschützt ist, und zum anderen, dass für den Wirkstoff eine nach regulatorischen Vorschriften notwendige Marktzulassung erteilt wurde. Bei erstmals zugelassenen Wirkstoffen nehmen die entsprechenden Genehmigungsverfahren und vor allem die für die Bereitstellung der dafür erforderlichen experimentellen und klinischen Daten vorzunehmenden Tests und Versuchsreihen regelmäßig mehrere Jahre in Anspruch. Der dem Grunde nach 20-jährige Patentschutz wäre damit signifikant verkürzt. Für diese Verkürzung des effektiven Patentschutzes schaffen ESZ einen Ausgleich.

Hauptziel der ESZ-Verordnungen war es, einen ausreichenden Schutz zur Förderung der pharmazeutischen Forschung und der Forschung an Pflanzenschutzmitteln in der EU zu gewährleisten. Zugleich sollten die ESZ-Verordnungen der europäischen Industrie einen gleichwertigen Schutz bieten wie ihn US-amerikanische und japanische Unternehmen in ihren Heimatmärkten genießen, um einer Abwanderung von Forschungszentren aus der EU entgegenzuwirken. Dabei sollten auch die Interessen der Allgemeinheit berücksichtigt werden. Aus diesem Grund sollte nur ein ESZ pro Wirkstoff möglich sein, und zwar aufgrund der zeitlich ersten Marktzulassung für den betreffenden Wirkstoff in dem betreffenden Erteilungsstaat (Art. 3 (c) und (d) der ESZ-Verordnungen). Diese Voraussetzungen bestimmen zugleich die Auswirkungen des Zertifikatschutzes; sie sind daher von signifikanter rechtspolitischer Bedeutung. Patent- und Schutzzertifikatschutz sollten nämlich nicht deckungsgleich sein. Letzterer sollte nicht für sämtliche patentierte Arznei- oder Pflanzenschutzmittel verfügbar sein, die auf den Markt gebracht wurden. Vielmehr sollte der Zertifikatschutz die Bereitstellung neuer Wirkstoffe für Arznei- oder Pflanzenschutzmittel fördern und hierauf beschränkt bleiben. Dementsprechend sollte die Anzahl der ESZ der damals durchschnittlichen Anzahl erstmals zugelassener neuer Wirkstoffe pro Jahr entsprechen (ca. 50). Wie im US-amerikanischen Recht, das bei der Konzeption der Verordnungen eine Vorbildfunktion einnahm, sollten neue Verwendungen oder Formulierungen bekannter und bereits zugelassener Wirkstoffe von einem Schutz durch ESZ ausgeschlossen bleiben. Die maximale Schutzdauer wurde auf fünf Jahre beschränkt. Durch diese Maßnahmen sollte die Gewährung von dysfunktionalem, zu weit gehendem Schutz vermieden werden.

Ihren rechtlichen Wirkungen nach bieten ESZ einen patentähnlichen Schutz; sie unterscheiden sich jedoch von Patenten in wirtschaftlicher und in rechtlicher Hinsicht. Während die überwiegende Zahl aller Patente nie benutzt, verletzt, lizenziert, angegriffen oder durchgesetzt wird und damit einen kaum messbaren wirtschaftlichen Wert hat, erweisen sich nahezu alle ESZ als wirtschaftlich höchst wertvoll. Dies liegt bereits an den Erteilungsvoraussetzungen: ESZ werden nur für Produkte erteilt, für die bereits kostspielige und zeitaufwendige klinische oder sonstige Tests und Versuchsreihen durchgeführt und entsprechende Genehmigungen erteilt wurden. Ein ESZ setzt somit die Existenz eines Produktes auf dem Markt voraus. ESZ sind überdies auch häufiger Gegenstand gericht-

licher Verfahren als Patente. Das entsprechend gesteigerte strategische Interesse an diesen Schutzrechten erklärt nicht zuletzt die politische Brisanz, die jedes Reformbestreben auf diesem Gebiet begleitet.

Patente sind nach aktueller Rechtslage nationale Rechte, die auf der Grundlage nationaler Patentgesetze oder des EPÜ erteilt werden. Das Unionsrecht spielt insoweit nur eine marginale Rolle. ESZ werden dagegen ähnlich wie Unionsmarken oder Gemeinschaftsgeschmacksmuster auf der Grundlage von EU-Verordnungen erteilt. Insoweit handelt es sich um subjektive Rechte, welche ihren Ursprung im Unionsrecht finden und somit dem Auslegungsmonopol des EuGH unterliegen. Anders als Unionsmarken und Gemeinschaftsgeschmacksmuster stellen ESZ jedoch keine Einheitsrechte dar; sie werden von nationalen Behörden erteilt und sind in ihrer Wirkung auf das Territorium des jeweiligen Erteilungsstaats beschränkt.

Die SPC-Studie

Ausgangspunkt

Dem Grunde nach ist unbestritten, dass ein zeitlicher Ausgleich für die zulassungsbedingte Verkürzung der Phase exklusiver Vermarktung von Arznei- und Pflanzenschutzmitteln sinnvoll ist. Sowohl von der Praxis als auch in der Literatur wird jedoch Kritik an einzelnen Aspekten des gegenwärtigen ESZ-Systems geübt sowie mehrfach begründeter Reformbedarf angemahnt.

Erstens hat die Rechtsprechung des EuGH – insbesondere in den letzten acht Jahren – unter Rückgriff auf eine teleologische Auslegung zentrale Vorschriften und Begriffe der ESZ-Verordnungen über den Wortlaut hinaus entwickelt und neu definiert. Diese Rechtsfortbildung erwies sich aus zwei Gründen als problematisch: Zum einen hat sie zu Unklarheiten und Inkonsistenzen geführt, zu deren Bereinigung es eventuell einer Intervention des Gesetzgebers bedarf. Zum anderen hat sie – zumindest in den Augen der generischen Industrie – zu einer bedenklichen Liberalisierung der Erteilungspraxis geführt und hiermit den vom Gesetzgeber durch die Formulierung der Voraussetzungen von Art. 3 der ESZ-Verordnungen intendierten Ausgleich der widerstreitenden sozialen und ökonomischen Interessen beeinträchtigt.

Zweitens ergibt sich ein möglicher Anpassungsbedarf aus dem Umstand, dass der Verordnungstext unter Berücksichtigung der klassischen Chemie und vor allem

im Hinblick auf Einzelmoleküle verfasst wurde. Neue Technologien und Produkte – wie etwa Biopharmazeutika oder Nanopartikel – konnten nicht berücksichtigt werden. Dies führt zu Schwierigkeiten bei der Anwendung der für herkömmliche kleine Moleküle konzipierten Vorschriften auf diese neuen Sachverhalte. Die ESZ-Verordnungen weisen ferner einige Ambiguitäten bei der Behandlung von Kombinationsprodukten auf, obwohl diese zur Zeit des Erlasses der ersten Verordnung Nr. 1798/1992 bereits als möglicher therapeutischer Ansatz neben oder statt der medikamentösen Therapie mit einem einzigen Wirkstoff bekannt waren.

Reformbedarf erwächst ferner aus der geplanten Einführung des Patents mit einheitlicher Wirkung im Binnenmarkt („Einheitspatent“), da die ESZ-Verordnungen ein entsprechendes einheitliches Schutzzertifikat bisher nicht vorsehen und die Interaktion zwischen den betreffenden Regelungskomplexen bei der Verabschiedung des Einheitspatentpakets nicht ausreichend berücksichtigt worden ist. Schließlich stellen sich auch Fragen im Zusammenhang mit denjenigen patentrechtlichen Schrankenbestimmungen, welche für den Pharmamarkt besonders relevant sind und die aufgrund der rechtsinkorporierenden Verweisung von Art. 5 der ESZ-Verordnungen auch auf ESZ Anwendung finden.

Im Auftrag der EU-Kommission hat das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb die insoweit anstehenden Fragen untersucht. Neben einer rechtswissenschaftlichen Analyse der Grundlagen der ESZ-Verordnungen und ihrer Fortentwicklung in Rechtsprechung und Praxis wurden mittels Umfragen bei Betroffenen (durchgeführt vom Institut für Demoskopie Allensbach) und bei nationalen Ämtern sowie durch strukturierte Interviews und Patentregisterauszüge empirische Daten erhoben. Darüber hinaus wurden die gewonnenen Erkenntnisse durch Workshops mit Vertretern der Patentämter und der Industrie überprüft und ergänzt. Ferner wurden im Rahmen der Studie umfangreiche Berichte zu außereuropäischen Rechtsordnungen erstellt, die als Hintergrundmaterial in die rechtlichen Betrachtungen einfließen. Rein ökonomische Untersuchungen blieben allerdings einer gesonderten, nicht vom Institut erstellten Studie vorbehalten.

Die Studie ist umfassend (ca. 700 Seiten zzgl. sechs Annexe). Aus der Vielzahl der Themen werden in der folgenden Darstellung lediglich diejenigen genannt, welche unter rechtspolitischen Aspekten bedeutsam erscheinen.

Analyse der Rechtsprechung des EuGH

Da ESZ für die beteiligten Unternehmen wirtschaftlich besonders wertvoll sind, werden dem EuGH relativ häufig Auslegungsfragen zu den ESZ-Verordnungen zur Vorabentscheidung vorgelegt. Die Ergebnisse dieser Rechtsprechung sind zum Teil bedenklich. Die Kritik richtet sich gegen zwei Aspekte von grundlegender Bedeutung.

Zum einen hat der EuGH Prüfungskriterien entwickelt, die inhaltlich nicht mit dem geltenden Patentsystem in Einklang stehen; zugleich wird jedoch von den Patentämtern verlangt, dass sie diese Kriterien auf einen bestimmten Sachverhalt unter Berücksichtigung des auf das Grundpatent anwendbaren Patentrechts anwenden. Dies gilt vor allem für Art. 3 (a) der ESZ-Verordnungen, der zentralen Vorschrift der Erteilungsvoraussetzungen, derzufolge das fragliche Produkt von einem Grundpatent geschützt sein muss. Nach der EuGH-Rechtsprechung soll die Erteilung eines ESZ nur dann möglich sein, wenn das betreffende Produkt in den Ansprüchen des Grundpatents „spezifiziert“ bzw. „identifiziert“ wird. Da das geltende Patentrecht eine Unterscheidung zwischen Produkten, die in den Patentansprüchen spezifiziert sind, und Produkten, die in den Patentansprüchen nicht spezifiziert sind, *prima facie* nicht kennt, hat diese Unterscheidung zu erheblichen Unsicherheiten geführt. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass während des Zeitraums, in dem die Studie verfasst wurde, dem EuGH in drei weiteren Fällen Fragen zur Bedeutung dieser Formel vorgelegt wurden.

Zum anderen hat der EuGH unter Rückgriff auf einen teleologischen Ansatz dort Schutz ermöglicht, wo ein solcher vom Unionsgesetzgeber womöglich gar nicht beabsichtigt war. So hat der EuGH das Prinzip, demzufolge nur ein ESZ pro Wirkstoff möglich sein soll (Art. 3 (c) der ESZ-Verordnungen), auf Fälle der Anmelderidentität beschränkt. Wortlaut, Entstehungsgeschichte und Arbeitsmaterialien zu Art. 3 (c) der ESZ-Verordnungen bieten allerdings keine Grundlage für eine solche Einschränkung. Den Grundsatz, dass die Erteilung eines ESZ nur dann möglich ist, wenn die Anmeldung sich auf die erste für den betreffenden Wirkstoff im Anmeldestaat erteilte Marktzulassung stützt, hat der EuGH ebenfalls relativiert. Für die Beantwortung der Frage, welche die erste erteilte Marktzulassung für einen Wirkstoff ist (Art. 3 (d) der ESZ-Verordnungen), soll es jetzt auf den Schutzbereich des Grundpatents ankommen. Wenn eine ältere als die eingereichte Marktzulassung für den Wirkstoff



Prof. Dr. Ansgar Ohly spricht auf der Veranstaltung "Supplementary Protection Certificates in Europe: Status Quo and Perspectives" im DPMA, 20.-21. März 2017

vorliegt, aber nicht in den Schutzbereich des Patents fällt, dann steht sie der Erteilung des ESZ nicht entgegen. Damit kann ein ESZ auch für Wirkstoffe in Betracht kommen, die bereits in der Vergangenheit zugelassen wurden. Dies läuft dem Ziel der Verordnung zuwider, den Schutz an die erstmalige Zulassung des Wirkstoffs zu koppeln. Auch in diesem Fall fand die Ergänzung der Voraussetzungen für die Anwendung von Art. 3 (d) der ESZ-Verordnungen – der Verweis auf den Schutzbereich des Patents – im Wortlaut der Vorschrift und in den darauf bezogenen Materialien keinerlei Grundlage. Die Auswirkungen dieser teleologischen Interpretation der ESZ-Verordnungen zeigen sich auch in der Interaktion mit weiteren Entscheidungen des EuGH. So lässt der EuGH in *Bio-gen* implizit die Erteilung des ESZ aufgrund fremder Marktzulassungen zu, unabhängig davon, ob zwischen Patent- und Zulassungsinhaber eine vertragliche Beziehung besteht, und ohne Rücksicht darauf, ob der Patentinhaber zur Erlangung der Marktzulassung beigetragen hat oder nicht. Das Zusammenspiel dieser Entscheidungen führt dazu, dass die Erteilung mehrerer Schutzzertifikate für denselben Wirkstoff ver-

schiedener Patentinhaber aufgrund derselben oder verschiedener Marktzulassungen möglich ist. Diese Rechtsprechung führt ferner dazu, dass der vom Unionsgesetzgeber festgelegte Grundsatz, nach dem 15 Jahre ab der erstmaligen Genehmigung eines Wirkstoffs als Arzneimittel ein Zertifikatschutz nicht mehr in Betracht kommen sollte, in der Praxis obsolet geworden ist.

Diese mehrfache Überschreitung der durch den Wortlaut der einschlägigen Vorschriften gezogenen Grenzen steht in diametralem Kontrast zur Zurückhaltung der EuGH-Rechtsprechung in der ersten Dekade nach Inkrafttreten der ESZ-Verordnungen. Seinerzeit hatten auch die Generalanwälte unter Hinweis auf die Absicht des Unionsgesetzgebers, die berechtigten Anliegen der pharmazeutischen Forschung gegen widerstreitende soziale und ökonomische Belange abzuwägen, vor einer über den Wortlaut hinausgehenden Auslegung von Art. 3 (d) oder Art. 1 (d) der ESZ-Verordnungen gewarnt. Diese alte EuGH-Rechtsprechung wurde in den neuen Entwicklungen kaum berücksichtigt.



Prof. Dr. Reto M. Hilty, "Supplementary Protection Certificates in Europe: Status Quo and Perspectives" im DPMA, 20.–21. März 2017

Prüfung möglichen Anpassungsbedarfs mit Blick auf neue technologische Entwicklungen

Die ESZ-Verordnungen wurden unter Berücksichtigung der herkömmlichen, durch chemische Synthese herstellbaren und durch chemische Formeln klar definierbaren Wirkstoffe verfasst. Seit dem Erlass der Verordnungen haben neue technische Entwicklungen stattgefunden. So werden heute vermehrt biotechnologische Produkte vertrieben, die aus Polypeptiden wie Antikörper bestehen, die eine sehr komplexe molekulare Struktur aufweisen und in biologischen Systemen hergestellt werden. Dies schließt aus – anders als bei klassischen, kleinen chemischen Molekülen, die aus einer überschaubaren Zahl von Atomen bestehen –, dass Wettbewerber ein identisches Nachahmerpräparat herstellen können. Anders als bei chemischen Syntheseverfahren sind biotechnologische Herstellungsverfahren nicht genau reproduzierbar, sodass zur Definition des Produktes die chemische Formel nicht ausreicht und der Herstellungsprozess maßgebend ist. Diese wesentlichen Unterschiede zwischen chemischen Molekülen und biologischen Produkten haben zu einer Anpassung des regulatorischen Rahmens geführt, während die Verordnung für Arzneimittel trotz der Kodifizierung in 2009 inhaltlich identisch geblieben ist. Dies wirft vor allem für den sachlichen Schutzbereich eines für einen Polypeptiden (wie ein Antikörper) erteilten Schutzzertifikats Rechtsfragen auf, die von der Rechtsprechung noch zu beantworten sind. So wird der Schutzbereich durch die Marktzulassung definiert, obwohl diese Genehmigungen, Anpassungen, Erweiterungen und Variationen erfahren dürfen, die auch den Herstellungsprozess betreffen und die für die Definition des biologischen Produktes sehr relevant sein können.

Die Entwicklung biotechnologischer Produkte war jedoch nicht die einzige Entwicklung, welche der Arzneimittelmarkt erfahren hat. Auch *intelligent pills*, nanomedizinische Produkte und Verfahren sowie Produkte der personalisierten Medizin sind Gegenstand zunehmender Investitionen und Umsätze. Zugleich befindet sich die Entwicklung von Antibiotika nach verbreiteter Einschätzung in einer Krise. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob das ESZ-System in seinem aktuellen Zuschnitt gesetzgebungstechnischer Anpassungen bedarf, um diesen neuen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Prüfung einer Erweiterung des ESZ-Regimes

Zu überprüfen war ferner, ob unter Beachtung des unions- und völkerrechtlich verankerten Diskriminierungsverbots ein Schutz durch ESZ auch weiteren zulassungsbedürftigen Produkten zugänglich gemacht werden muss, die aktuell von dem Anwendungsbereich der ESZ-Verordnungen ausgeschlossen sind. Dies gilt vor allem für Medizinprodukte. Hier stellen sich in erster Linie empirisch-ökonomische Fragen, welche die SPC-Studie nicht beantworten kann. Es ist jedoch möglich, die Kriterien zu definieren, welche für ein Tätigwerden des Gesetzgebers in diesem Bereich maßgeblich sind.

Entscheidend darf insoweit nicht allein die Existenz eines Zulassungsverfahrens sein. Denn ausschlaggebend für die Schaffung von ESZ war die Annahme des Unionsgesetzgebers, dass die faktische Reduzierung der Patentlaufzeit ohne Schutzzertifikate zu einem Marktversagen geführt hätte, d. h. zu einer Lähmung oder einem sub-optimalen Niveau von Investitionen in der Forschung (vgl. Egr. Nr. 4 der ESZ-Verordnungen). Ausschlaggebend ist daher, ob sich mit Blick auf weitere Produktkategorien, die einem Zulassungsverfahren unterworfen sind, die Gefahr eines Marktversagens ergibt, das regulatorisches Eingreifen erfordert. An diesem Maßstab ist auch zu überprüfen, ob das Versagen eines Zertifikatschutzes zu einer unions- und völkerrechtlich bedenklichen Diskriminierung führt.

Interaktion zwischen Einheitspatentsystem und ESZ: Einführung eines ESZ mit einheitlicher Wirkung

Aus der Verabschiedung des Einheitspatentpakets ergeben sich weitere Fragen für das geltende ESZ-System (B II 1.3, S. 57). *De lege lata* stellt sich unter anderem die Frage, ob aufgrund eines Patents mit einheitlicher Wirkung ein ESZ erteilt werden kann und mit welcher Schutzwirkung dieses ggf. ausgestattet ist. *De lege*

ferenda ist zu klären, ob neben einem Einheitspatent auch das Bedürfnis nach einem Einheitsschutzzertifikat besteht und wie das System zur Erteilung dieses Schutzrechts institutionell, verfahrens- und materiell-rechtlich auszugestalten ist. Für die Analyse dieser Problematik wurden Interessenvertreter und Patentämter befragt. Dabei wurden insbesondere die folgenden Fragen zur Diskussion gestellt:

- Welche Behörde kommt als Erteilungsbehörde in Betracht (z.B. EPA, EUIPO, EMA oder eine virtuelle Behörde, die auf europarechtlicher Grundlage konstituiert wird und sich aus Experten der nationalen Erteilungsbehörden zusammensetzt)?
- Welche Anpassungen erfordern die für einzelne Mitgliedstaaten geltenden materiellen Voraussetzungen bei deren Übertragung auf ein regionales einheitliches Schutzrecht? Wann soll ein ESZ mit einheitlicher Wirkung in Betracht kommen (nur wenn eine europaweit wirksame Genehmigung für ein Arznei- oder Pflanzenschutzmittel erteilt worden ist oder auch in bestimmten Fällen einzelner mitgliedstaatlicher Genehmigungen)?
- Wie lässt sich eine harmonische, koordinierte Entwicklung der Entscheidungspraxis einer für die Erteilung von Einheitsschutzzertifikaten zuständigen Stelle mit derjenigen der nationalen Ämter erreichen?

Bolar-Versuchsprivileg und Manufacturing Waiver

Der weltweit zu beobachtende, wiedererstarke Protektionismus hat auch das Patentrecht erreicht; auch die Überlegungen zu möglichen Reformen des ESZ-Systems werden dadurch beeinflusst. So sehen einige Länder etwa keinen Schutz für neue Verwendungen bekannter Stoffe vor (erste und zweite medizinische Indikation) und schränken den Schutz für neue Formen bekannter Substanzen stark ein. Während folglich in Europa ein Produkt noch unter Patentschutz stehen kann, kann dasselbe Produkt in entsprechenden Ländern – wie zum Beispiel Indien oder Brasilien, aber auch USA – bereits patentfrei sein; entweder, weil ein Patent von Anfang an nicht erteilt werden konnte, oder, weil kein Schutz durch ein ESZ möglich ist. Denn die rechtsvergleichende Analyse hat ergeben, dass die europäische Rechtsordnung aufgrund der Rechtsprechung des EuGH dem Patentinhaber einen besonders großzügigen Schutz gewährt: So kann in Europa ESZ-Schutz in Fallkonstellationen gewährt werden, in denen eine Verlän-

gerung des Patents nach US-amerikanischem Recht nicht in Betracht kommt – wie im Fall einer patentierten neuen Verwendung bekannter Stoffe oder einer Kombination, die bereits zugelassene Wirkstoffe enthält. Daraus entstehen Asymmetrien. Von dem in Europa bestehenden verlängerten Schutz profitieren sämtliche Anmelder – europäische ebenso wie nicht-europäische; die Kosten für einen entsprechenden Schutz werden jedoch nur von den europäischen Verbrauchern, Krankenkassen und Staaten getragen. Daraus ergeben sich auch industrielle Nachteile. So verzögert sich der Markteintritt durch in Europa ansässige Generikahersteller, während ausländische Hersteller früher mit der Produktion beginnen und auch früher – nach Ablauf des ESZ-Schutzes – in den europäischen Markt eintreten können. Dies könnte Anreize für eine Verlagerung von Produktionsstandorten schaffen. Die EU-Kommission überprüft daher, ob eine Erweiterung der existierenden Schranken aus dem Patentrecht („Bolar-Versuchsprivileg“) und die Schaffung neuer ESZ-spezifischer Schranken entsprechende Schieflagen und Asymmetrien abmildern können. Aufgabe der Studie ist es auch insoweit, die rechtlichen Aspekte dieser Initiativen zu beleuchten sowie Optionen und Lösungen aufzuzeigen. Indes kann die Studie nicht die volkswirtschaftlich relevante Frage beantworten, ob entsprechende Reformen Arbeitsplätze schaffen oder vernichten würden, wie es von den beteiligten Kreisen zum Teil behauptet oder befürchtet wird.

Schlussbetrachtung

Hauptziel der Studie war es, die rechtlich kritischen Aspekte des gegenwärtigen ESZ-Systems zu identifizieren und die Handlungsoptionen für den Gesetzgeber sowie ihre praktischen Implikationen zu erläutern. Bei der Formulierung spezifischer Empfehlungen bleibt die Analyse eher zurückhaltend: Letztendlich ist es eine rechtspolitische, von ökonomischen Erwägungen abhängige Frage, ob mehrere ESZ für dasselbe Produkt möglich sein sollen, ob neue Verwendungen bekannter und bereits zugelassener Wirkstoffe zertifikatsfähig sein sollen und ob der Schutz durch ESZ auch für Medizinprodukte zugänglich gemacht werden muss. Solche rechtspolitischen Entscheidungen sind vom Unionsgesetzgeber unter Abwägung aller betroffenen Interessen zu treffen. Entsprechendes gilt *a fortiori* für die materiell- und verfahrensrechtliche Ausgestaltung eines neuen Systems zur Erteilung eines ESZ mit einheitlicher Wirkung.

Es war insoweit auch ein politisches Anliegen der Studie, auf zwei problematische Implikationen hinzuweisen, welche ein großzügiger Einsatz der Rechtsfortbildung bei der Anwendung sekundären Rechts – vor allem in einem so sensitiven Bereich wie dem immaterialgüterrechtlichen Schutz für pharmazeutische Produkte – zur Folge haben kann. Zum einen droht die Entwicklung immer stärker in die Sphäre vorzudringen, die politischen Entscheidungen vorbe-

halten ist, was das Gleichgewicht zwischen den verfassungsrechtlichen Institutionen gefährden kann. Zum anderen birgt die Rechtsfortbildung die Gefahr von Wertungswidersprüchen; dies kann entweder dazu führen, dass die Behebung solcher Widersprüche weitere rechtsfortbildende Entwicklungen nach sich zieht oder dass Ungleichbehandlungen in Kauf genommen werden müssen.

Verantwortung

Prof. Dr. Reto M. Hilty
Dr. Roberto Romandini

Autoren der Studie

Pedro Henrique D. Batista, Dennis Byrski, Luc Desauettes, Marius Fischer, Dr. Fabian Gaessler, Prof. Dr. Annette Kur, Dr. Roberto Romandini (Projektleiter), Victoria Rivas, Peter R. Slowinski, Laura Valtere, Dr. Axel Walz

Autoren Annex I, EU-Berichte

Jason Bellia (UK Intellectual Property Office), Anais Collin (French National Institute of Industrial Property), Lawrence Cullen (UK Intellectual Property Office), Kim Fogtmann (Danish Patent and Trademark Office), Mirela Georgescu (Romanian State Office for Inventions and Trademarks), Gabriel González Limas (Spanish Patent and Trademarks Office), Andreas Gustafsson (PRV, Swedish Patent and Registration Office), Mathilde Junagade (FR), Dr. M.W. Martijn de Lange (Netherlands Patent Office), Philip Mountjoy (UK Intellectual Property Office), Carolina Palmcrantz (PRV, Swedish Patent and Registration Office), Ildikó Prohászka (Hungarian Intellectual Property Office), María Victoria Rivas Llanos, Joakim Sånglöf (PRV, Swedish Patent and Registration Office), Dr. Dorte Krehan Seir Petersen (Danish Patent and Trademark Office), Dovilė Tebelškytė (The State Patent Bureau of the Republic of Lithuania), Terese Sandström (PRV, Swedish Patent and Registration Office), Inês Cristóvão da Silva (Portuguese Institute of Industrial Property), Peter R. Slowinski, Wioleta Świerczyńska (Patent Office of the Republic of Poland), Dr. Laszlo Vass (Hungarian Intellectual Property Office), Fiona Warner (UK Intellectual Property Office), Michael Warren (UK Intellectual Property Office), Dr. Oliver Werner (German Patent and Trade Mark Office)

Autoren Annex II, Internationale Berichte

Tal Band (Adv. Partner at S. Horowitz & Co.), Prof. Andrew F. Christie (University of Melbourne), Prof. Giuseppina D'Agostino (Osgoode Hall Law School, York University), Prof. Susy Frankel (Victoria University of Wellington), Benjamin Hopper (University of Melbourne), Dr. Jessica C Lai (Victoria University of Wellington), Prof. Dr. Kung-Chung LIU (Singapore Management University/Renmin University of China) Prof. Masahumi Suzuki (Nagoya University), Prof. Ichiro Nakayama (Kokugakuin University), Prof. Jun-seok Park (Seoul National University), Prof. Elizabeth Siew-Kuan Ng (National University of Singapore) †, Prof. Yoshiyuki Tamura (Hokkaido University), Prof. John R. Thomas (Georgetown University), Joseph F. Turcotte, Ph.D (Osgoode Hall Law School, York University), Yair Ziv (Adv. Associate at S. Horowitz & Co.)

Experten

Dr. Christopher Brückner, Dr. Gordon Wright (Queen Mary-University of London)

Projektlaufzeit

November 2016 – Mai 2018

1.2 Internationales Immaterialgüterrecht im Wandel

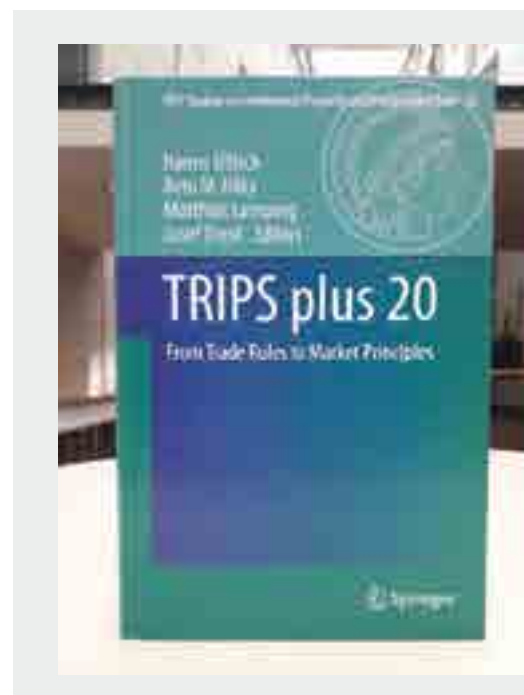
Am 15. April 1994 wurde in Marrakesch das TRIPS-Übereinkommen als Teil des Übereinkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation (WTO) unterzeichnet. Kurze Zeit später, am 1. Januar 1995, nahm die WTO ihre Tätigkeit auf. Im Hinblick auf den 20. Jahrestag dieses Ereignisses hat das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb bereits im Sommer 2013 unter dem Arbeitstitel "TRIPS 94 plus 20 – Beyond Trade Rules" ein Forschungsvorhaben für eine Buchveröffentlichung aufgelegt, mit der thematisch an frühere Auseinandersetzungen des Instituts mit dem TRIPS-Übereinkommen angeknüpft wurde (über die Beweggründe zu diesem Forschungsvorhaben wurde bereits im Tätigkeitsbericht 2012-2014, dort ab Seite 52, eingehend berichtet). Die Ergebnisse dieses Forschungsvorhabens wurden im Frühjahr 2016 im Rahmen eines Jubiläumsbandes mit dem Titel „TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles?“ veröffentlicht, zu dem 24 gegenwärtige und frühere Wissenschaftler des Instituts beigetragen haben.

Die Beiträge befassen sich – jeder auf seine eigene Weise – mit den regulatorischen Herausforderungen, denen sich das TRIPS-Übereinkommen angesichts der ökonomischen, politischen und technischen Entwicklungen der letzten 20 Jahre gegenüber sieht: Die Internationalisierung der Märkte, die mit großen Schritten vorangeschritten ist; einstige Entwicklungsstaaten, die zu ernstzunehmenden Handelsmächten aufgestiegen sind; und Unternehmen, die Staaten zunehmend die Kontrolle über die Modalitäten des Welthandels streitig machen. Gleichzeitig führt die Digitalisierung zu einer massiven Erschütterung der Bedingungen des internationalen Wettbewerbs, einschließlich tiefgreifender Veränderungen im Hinblick auf Produktionsstandorte, Handelswege und Wertschöpfungsketten. Hinzu kommt das allseits zunehmende Bewusstsein für die Gefährdung von Menschenrechten und Grundfreiheiten, die von einem dysfunktionalen Immaterialgüterschutz ausgeht. Bei alledem verliert die WTO zunehmend an Einfluss. Der Großteil der auf dem internationalen Parkett tonangebenden Staaten hat sich im Laufe der letzten 20 Jahre drauf zurückgezogen, nationale Interessen gegenüber Handelspartnern auf bilateraler Ebene durchzusetzen.

Das Buch befasst sich nicht im Detail mit all diesen Entwicklungen, sondern nimmt sie vielmehr zum Anlass für die Erörterung der Frage, wie darauf mit Blick auf die Auslegung und Anwendung des TRIPS-Übereinkommens zu reagieren ist, um das Übereinkommen als solches und die WTO insgesamt aus ihrer strukturellen Krise herauszuführen. Zentral ist dabei die übergeordnete Frage, ob das TRIPS-Übereinkommen weiterhin als Bestandteil eines Systems zur Regulierung des internationalen Handels gesehen werden oder ob es sich als eigenständiges ordnungspolitisches Rahmenwerk etablieren soll, in dessen Fokus die effiziente Regulierung nationaler Märkte

durch Immaterialgüterrechte und nicht die Beibehaltung des status quo zwischenstaatlicher Handels- und Wettbewerbsverhältnisse steht. Das Buch versucht insofern, die Rahmenbedingungen für eine Rekonzeptionalisierung der Ratio und der Funktionsweise des internationalen Immaterialgüterrechts zu definieren, ohne dieses jedoch grundlegend in Frage stellen zu wollen.

Das Buch besteht aus sechs Teilen, die sich mit den verschiedenen Facetten eines solchen Rekonzeptionalisierungsprozesses befassen. Am Anfang steht eine Auseinandersetzung mit dem Regelungszweck des TRIPS-Übereinkommens, insbesondere angesichts dessen historisch bedingter (aber rechtstechnisch nicht unbedingt optimaler) Einbettung in das internationale Handelsrecht. Der Wille des historischen



Gesetzgebers soll aufgearbeitet, gleichzeitig aber dem Wandel der Zeit unterworfen und ggf. angepasst werden. Der zweite und der dritte Teil setzen hier insofern an, als sie die aus dem Kontext des Handelsrechts resultierenden Einschränkungen im Hinblick auf die Ausgestaltung des nationalen Immaterialgüterrechts einer näheren Analyse unterziehen. Die Präponderanz des internationalen Handels gegenüber der nationalen Entwicklung, die in der Systematik des TRIPS-Übereinkommens scheinbar verbürgt ist, wird anhand verschiedener Beispiele

grundlegend in Frage gestellt. Der vierte Teil setzt sich sodann mit Regulierungskonflikten auseinander, die im Verhältnis von Immaterialgüterschutz und anderen Bereichen der öffentlichen Politik auftreten. Im fünften Teil geht es um die Frage des Zugangs und die Verwertung von immaterialgüterrechtlich geschützten Gütern. Der abschließende sechste Teil befasst sich schwerpunktmäßig mit Aspekten, die im TRIPS-Übereinkommen bisher nicht oder nur cursorisch geregelt sind, holistisch betrachtet jedoch nicht außen vor bleiben sollten.

Ziel des Projekts war die Rekonzeptionalisierung des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums als Rahmenregelung des internationalen Immaterialgüterrechts. Die Publikation nähert sich diesem Vorhaben aus verschiedenen Perspektiven an.

Herausgeber

Prof. Dr. Josef Drexl, Prof. Dr. Reto M. Hilty, Dr. Matthias Lamping, Prof. Dr. Hanns Ullrich

Autoren

Prof. Dr. Christoph Antons (University of Newcastle, Australia), Dr. Mor Bakhoun, Prof. Dr. Klaus D. Beiter (North-West University, South Africa), Dr. Beatriz Conde Gallego, Prof. Dr. William Cornish (University of Cambridge, United Kingdom), Prof. Dr. Josef Drexl, Seth Ericsson, Benjamin Franz (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf), Prof. Dr. Christophe Geiger (Université de Strasbourg, Frankreich), Dr. Henning Grosse Ruse-Khan (University of Cambridge, United Kingdom), Prof. Dr. Frauke Henning-Bodewig, Prof. Dr. Reto M. Hilty, Prof. Dr. Thomas Jaeger (Universität Wien), Dr. Kaya Köklü, Prof. Dr. Annette Kur, Dr. Matthias Lamping, Prof. Dr. Nari Lee (Hanken School of Economics, Helsinki), Prof. Dr. Matthias Leistner (Ludwig-Maximilians-Universität München), Adj. Prof. Dr. Silke von Lewinski, Dr. Kathleen Liddell (University of Cambridge, United Kingdom), Dr. Agnieszka A. Machnicka (Vrije Universiteit Amsterdam), Dr. Sylvie Nérisson (Université de Bordeaux, Frankreich), Prof. Dr. Ansgar Ohly (Ludwig-Maximilians-Universität München), Prof. Dr. Peter Picht (Universität Zürich), Prof. Dr. Rupprecht Podszun (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf), Dr. Gintarė Surblytė (Vilnius University), Prof. Dr. Hanns Ullrich, Max Wallot

In den weiteren Kontext des „TRIPS plus 20“-Projekts fügen sich zahlreiche Veranstaltungen ein, die im Berichtszeitraum zur „Declaration on Patent Protection – Regulatory Sovereignty under TRIPS“ (über die inhaltlich bereits im Tätigkeitsbericht 2012-2014, dort ab Seite 54, ausführlich berichtet wurde) ausgerichtet wurden. Die Patent Declaration wurde bereits am 20. Jahrestag der Unterzeichnung des TRIPS-Übereinkommens, nämlich am 15. April 2014, veröffentlicht, um dem von Seiten der Entwicklungsländer regelmäßig erhobenen Vorwurf zu begegnen, das internationale Recht raube den nationalen Gesetzgebern die Freiheit, das eigene Patentsystem auf den Entwicklungsstand und die Prioritäten eines Landes auszurichten.

Im Anschluss an die Veröffentlichung der Patent Declaration fand dazu eine besondere Veranstaltung an der University of California, Irvine, statt. Eine Reihe von Seminaren (in China, Brasilien, Peru, Südafrika, Indien und Deutschland) schlossen sich an, bei denen die Patent Declaration vorgestellt wurde und die darin aufgezeigten Handlungsspielräume im Kontext der nationalen Bedingungen und Bedürfnisse diskutiert wurden. Die Organisation erfolgte stets in Kooperation mit einer führenden nationalen Universität oder Forschungseinrichtung; zugrunde lag den Veranstaltungen eine jeweils ähnliche Agenda. Die Verantwortung für die Auswahl der Teilnehmer und die Diskussionsführung wurde dabei bewusst in die Hände der nationalen Kooperationspartner gelegt,

um den Verlauf der Debatte möglichst nicht vorwegzunehmen und so den Erkenntnisgewinn im Hinblick auf unterschiedliche nationale und regionale Perspektiven zu steigern. Das einstweilen letzte Seminar fand am 11. und 12. Juli 2017 in Berlin statt (dazu Peter Slowinski, Declaration on Patent Protection: Regulatory Sovereignty under TRIPS – Bericht zum Workshop in Berlin am 11. und 12.07.2017, GRUR Int. 2018, S. 30). Hier wurde besonders deutlich, dass das Patentsystem keineswegs nur in den Entwicklungs- und Schwellenländern problematisiert wird; auch in den Industrieländern wird es nicht mehr so unkritisch gesehen wie noch vor wenigen Jahren. Gerade in Deutschland wächst scheinbar das Bewusstsein dafür, dass sich für gewisse Teilbereiche des Patentsystems Anpassungen aufdrängen könnten, damit das System als Ganzes die ihm zugeordnete Funktion auch in Zukunft erfüllen kann.

Beteiligt waren bei allen bisher ausgerichteten Seminaren jeweils Vertreter aus der Wissenschaft, der Anwaltschaft, der Richterschaft, verschiedener Ministerien sowie Industriezweige, um ein möglichst breites Meinungsbild zum Stand der nationalen Debatte zu erhalten. Derzeit läuft die Planung für zwei weitere Seminare in England und Frankreich; zusätzliche Länder stehen mittelfristig auf der Agenda. Auf der Grundlage der gesammelten Anregungen und Erfahrungen soll zu gegebener Zeit eine Erweiterung und Aktualisierung der Patent Declaration vorgenommen werden.

Die Identifikation der nach internationalem Recht bestehenden Handlungsspielräume ist nicht bloß eine akademische Übung, sondern von hoher praktischer Relevanz. In den letzten Jahren haben diverse Staaten (Indien, Ecuador, Argentinien, Indonesien, Philippinen, Vietnam, Brasilien etc.) Gesetzesnovellen erlassen (oder zumindest in die Wege geleitet), die verschiedene der in der Patent Declaration hervorgehobenen Handlungsspielräume aufgreifen. Mehrheitlich handelt es sich dabei um Staaten, die an der Schwelle vom Entwicklungs- zum Industrieland stehen und daher einer Innovations- und Patentpolitik bedürfen, die den Herausforderungen eines solchen Übergangs Rechnung trägt; die sich also ggf. von der Schutzpolitik eines Industrielands, das einen anderen Entwicklungsstand aufweist, unterscheidet. Solche Reformvorhaben gehen häufig von der Annahme aus, dass das geltende Recht ausländischen Unternehmen und Handelspartnern eher zum Vorteil gereicht als der heimischen Industrie, die eigentlich im Zentrum der nationalen Patentpolitik stehen sollte. Bei alledem geht es folglich nicht zuletzt auch um eine stärkere Anbindung des nationalen Rechts an die Bedürfnisse der nationalen Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Wunsch nach Autonomie schlägt sich schließlich in abweichenden Schutzstandards nieder. Hervorzuheben sind im Bereich des materiellen Patentrechts etwa die Ausnahme neuer Verwendungen bekannter Stoffe vom Patentschutz oder die Einschränkung der Schutzfähigkeit chemischer Derivate, im Bereich des

Ziel des Projekts war die Klarstellung der nach internationalem Recht bestehenden Regelungsautonomie mit Blick auf die Ausgestaltung des nationalen Patentrechts. Im Rahmen der anschließenden Seminare wurde der Frage nachgegangen, inwiefern die Staaten von dieser Regelungsautonomie tatsächlich Gebrauch machen.

Leitung

Prof. Dr. Reto M. Hilty, Dr. Matthias Lamping

Teilnehmer

Prof. Dr. Annette Kur, Dr. Henning Grosse Ruse-Khan, Prof. Dr. Hanns Ullrich

Externe Kooperationspartner

Dr. Denis Borges Barbosa (Pontifícia Universidade Católica do Rio de Janeiro, Brasil) †, Dr. Pedro Marcos Nunes Barbosa (Pontifícia Universidade Católica do Rio de Janeiro, Brasil), Prof. Dr. Dan L. Burk (University of California, Irvine School of Law, USA), Prof. Biswajit Dhar (Jawaharlal Nehru University, India), Prof. Dr. N.S. Gopalakrishnan (Cochin University of Science and Technology, India), Prof. Chuntian Liu (Renmin University, China), Prof. Dr. Axel Metzger (Humboldt-Universität zu Berlin), Prof. Tana Pistorius (University of South Africa), Santiago Roca (Universidad ESAN, Perú)

Verfahrensrechts etwa die Eröffnung einer Einspruchsmöglichkeit vor und nach Erteilung des Patents.

Angestoßen durch diese Entwicklungen sind im Berichtszeitraum am Institut weitere Beiträge entstanden, die sich mit der völkerrechtlichen Zulässigkeit konkreter Reformvorhaben befassen. Dabei wurde deutlich, dass das TRIPS-Übereinkommen zwar weitreichende Handlungsspielräume einräumt, gleichzeitig aber auch klare Grenzen hinsichtlich der Ausgestaltung von Schutzvoraussetzungen und des Ausschlusses bestimmter Erfindungen vom Patentschutz vorgibt. Darüber hinaus wird in den genannten Beiträgen die grundlegende Frage thematisiert, ob und inwieweit Einschränkungen der Patentfähigkeit, durch die insbesondere sog. „sekundäre Patente“ für inkrementelle Innovationen verhindert werden

sollen, tatsächlich der Entwicklung der heimischen Industrie dienlich sind.

Die nationalen Sonderwege, die zum Teil beschränkt werden, zeugen jedenfalls von der großen praktischen Bedeutung, die der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den regulatorischen Rahmenbedingungen des internationalen Rechts – insbesondere mit dessen Grenzen im Hinblick auf die Ausgestaltung des nationalen Rechts – zukommt. Dabei kommt insbesondere die Tatsache zum Tragen, dass das TRIPS-Übereinkommen und andere Verträge mit Bezug zum Immaterialgüterrecht letztlich als integraler Bestandteil der internationalen Rechtsordnung und somit auch im Verhältnis zu den anderen hierdurch festgelegten Normen und Werten ausgelegt und angewendet werden müssen.

1.3 Einheitspatent und Europäisches Patentsystem

Nach langjähriger Vorbereitung traten am 20. Januar 2013 die beiden Verordnungen, die die Grundlage für das „europäische Patent mit einheitlicher Wirkung“ (Einheitspatent) bilden (VO (EU) Nr. 1257/2012 und VO (EU) Nr. 1260/2012), in Kraft. Parallel zur laufenden Ratifizierung des Übereinkommens über ein „Einheitliches Patentgericht“ (EPG) nahm das Preparatory Committee seine Arbeit auf, das mit der Aufgabe betraut wurde, Verfahrensregeln für das EPG zu entwerfen. Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb begleitet diese Entwicklungen von Beginn an (sie waren insoweit auch bereits Gegenstand des vorangegangenen Tätigkeitsberichts 2012–2014; siehe dort Seiten 61–65). Obwohl ursprünglich vorgesehen war, dass das EPG seine Tätigkeit im Jahr 2017 aufnehmen sollte, ist dies bisher nicht erfolgt. Hierzu fehlt es vor allem an einer Ratifizierung Deutschlands und Großbritanniens, ohne die das System nicht in Kraft treten kann.

In Deutschland wurden die notwendigen Vorbereitungen für die Ratifizierung mit dem „Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung patentrechtlicher Vorschriften auf Grund der europäischen Patentreform“ in Gang gesetzt. Zu diesem Entwurf veröffentlichte das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb am 6. April 2016 eine Stellungnahme, die sich kritisch mit der vorgesehenen Teilaufhebung des Doppelschutzverbotes, den ergänzenden Regelungen zur Einrede der doppelten Inanspruchnahme sowie den vorhandenen Spielräumen des EPG-Übereinkommens und des Europäischen Patentübereinkommens auseinandersetzt. Das Gesetz wurde vom Bundestag am 13. März 2017 indessen ohne Änderung verabschiedet; dessen Ausfertigung wurde vom Bundespräsidenten dann jedoch auf Bitten des Bundesverfassungsgerichts ausgesetzt. Grund hierfür war eine bis heute anhängige Verfassungsbeschwerde, die gegen das Umsetzungsgesetz eingereicht wurde.

Das zweite Hindernis, das dem Einheitspatentsystem in den Weg gelegt wurde, resultiert aus dem überraschenden Ausgang des Referendums vom 23. Juni 2016 über einen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Als Folge des anstehenden „Brexit“ stellt sich insbesondere die Frage, ob sich das Land weiterhin am Einheitspatentpaket oder Teilen desselben beteiligen kann, wenn es nicht mehr Mitglied der EU ist. Dies ist insbesondere im Licht des Gutachtes 1/09 des EuGH zum Entwurf des Übereinkommens über das Gericht für europäische Patente und Gemeinschaftspatente fraglich.

Die Meinungsvielfalt zu dieser Frage wurde unter anderem im Rahmen eines vom Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb vom 16. bis 18. März

2017 in Berlin organisierten Workshops zu Fragen der Europäischen Gerichtsbarkeit deutlich. Ob und inwieweit eine Beteiligung Großbritanniens am Einheitspatent und/oder am EPG-Übereinkommen nach dessen Austritt aus der EU weiterhin möglich sein wird, war außerdem Gegenstand einer Reihe individueller Beiträge. Letztlich ist dies nicht nur eine politische Frage, über die man geteilter Meinung sein kann. Darüber hinaus und insbesondere berührt dies Grundsatzfragen zum primären Unionsrecht, die folglich nur vom EuGH abschließend beantwortet werden können.

Trotz – oder gerade wegen – der erheblichen Zweifel an der Zukunft des Einheitspatentsystems haben sich weitere Institutsprojekte mit dem Thema befasst. So setzte sich die Projektgruppe, die mit der Ausarbeitung einer Studie zu Ergänzenden Schutzzertifikaten (*Supplementary Protection Certificates*, SPC) für die Europäische Kommission befasst war, mit den Auswirkungen des Einheitspatentspakets auf SPCs sowie auf die Schranken des Patentrechts auseinander (B II 1.1, S. 46). Im Vordergrund standen dabei die Fragen nach der Interaktion zwischen dem Einheitspatent und den SPCs, nach der Schaffung eines „Einheits-SPCs“ sowie nach einer möglichen Harmonisierung oder Vereinheitlichung der Vorschriften, die sich mit den Beschränkungen der Wirkungen aus dem Patent befassen. Der Schwerpunkt der Analyse lag aufgrund ihrer Bedeutung für den Arzneimittelmarkt auf dem Versuchs- und dem Bolar-Privileg. Auch bei den Überlegungen zur künftigen Ausgestaltung einer (einheitlichen) europäischen Gerichtsbarkeit für das Immaterialgüterrecht spielt das EPG eine zentrale Rolle, da es jenseits der bislang etablierten Gerichtssysteme einen neuen – nicht zwingend besseren oder schlechteren – Ansatz aufzeigt (B II 1.12, S. 88).

Unitary patent participants

■ EU members participating in the unitary patent regulation and ratifying the Unified Patent Court Agreement (application upon entry of force)

■ EU members participating in the unitary patent regulation, but which have not ratified the UPC agreement (derogation from application)

■ EU members not participating in the unitary patent regulation

■ Other European Patent Convention parties (no participation possible)



by L.tak (File:EUpatent.svg)

Ein weiteres Projekt hat sich ganz allgemein mit der Frage befasst, wie und zu welchem Zweck sich regionale Patentsysteme schaffen lassen. Die Untersuchung beleuchtet aus rechtstheoretischem Blickwinkel heraus die verschiedenen Kooperationsmodelle, die entweder in der Praxis erprobt oder in der Literatur angedacht wurden, und bewertet sie nach ihren Wirkungen und Zielen. Ausgangspunkt bildet die Frage, wie eine Zusammenarbeit unter den ASEAN-Staaten aussehen könnte; die kritische Würdigung des europäischen Patentsystems, das ein Element zur Integration nationaler Märkte bildet und dem daher oft eine Vorbildfunktion zugeschrieben wird, ist jedoch auch im Hinblick auf andere regionale Zusammenarbeitsvorhaben von Bedeutung.

Im Umfeld der Integrationsfunktion des Immaterialgüterrechts bewegt sich ein weiteres Projekt des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb, in dem es um den Stand und die Perspektiven des Immaterialgüterrechts in Lateinamerika geht („Smart IP for Latin America“). Hierzu hat im März 2018 ein – äußerst erfolgreicher – erster Workshop in Santiago de Chile stattgefunden (in Kooperation mit dem chilenischen Patentamt INAPI). Ziel des Workshops war es, eine Bestandsaufnahme der Funktionsweise der technologiegetriebenen und inhaltsbezogenen Märkte in Lateinamerika sowie der kommerziellen Kommunikation vorzunehmen, um auf dieser Grundlage den

Forschungsbedarf aus der Sicht des Immaterialgüterrechts näher definieren und konkrete Forschungsprojekte in die Wege leiten zu können, die vom Institut allein oder in Kooperation mit lateinamerikanischen Partnern durchgeführt werden können. An dem Workshop nahmen insgesamt über 50 Teilnehmer aus acht verschiedenen südamerikanischen Ländern teil – Akademiker, Politiker, Staatsbeamte, Künstler, Industrievertreter, Richter und Anwälte. Weitere Workshops sind bereits konkret angedacht.

Ziel des Projektes ist die Analyse des neuen einheitlichen Patentsystems in Europa einschließlich möglicher Implikationen für außereuropäische Jurisdiktionen.

Projektleitung

Prof. Dr. Reto M. Hilty

Projektteilnehmer

Dr. Matthias Lamping,
Dr. Roberto Romandini,
Prof. Dr. Hanns Ullrich

Projektlaufzeit

Seit 2012

1.4 Modernisation of the EU Copyright Rules

Position Statement of the Max Planck Institute for Innovation and Competition

Copyright harmonisation across the European Union has been a gradual and uneasy process, hampered not least by the controversial national implementation of directives. The first major step taken by the then European Community to harmonise copyright laws came – after the Computer Programs Directive in 1991 – with the Directive on the harmonisation of certain aspects of copyright and related rights in the information society in 2001. This Directive, however – subject to unprecedented lobbying – gave Member States significant freedom in certain aspects of transposition, leaving European copyright law largely unharmonised. In the last few years the EU has been focusing on the need to adapt copyright to the digital world while achieving a true approximation of the copyright laws of Member States within the digital single market. To address those aims, the European Commission in late 2016 published a suite of proposals that covers several subject-matters in the field of copyright. The package affects a broad range of topics, such as liability of media platforms, rights for press publishers and fair compensation, access to works for disabled persons and access to online content across borders, as well as text and data mining. The Institute has examined all the proposals in a Position Statement that serves as a guide for European policymakers, suggesting a number of alternatives in response to certain critical evaluations. The Statement adopts a normative and functional approach and is largely based on the results of the legal and economic research obtained by the Institute. Each part of the Position Statement has been published on the Institute’s website and the parts have been collected in an e-book published by the Max Planck Institute in open access in September 2017.

EU Copyright Reform

Background

The EU has made considerable efforts to achieve an approximation of the laws of Member States in the field of copyright. A number of Directives define European copyright law and the CJEU has been called upon to rule in several decisions on the interpretation of these Directives. But the creation of a European copyright law has suffered from insufficient harmonisation due to different national implementations of Directives and the national exercise of copyright, which continues to be based on a territorial restriction.

Faced with the abovementioned problems, the idea of a unitary copyright system including a single European copyright title arose at the policy level some years ago and was examined beforehand at the Max Planck Institute for Innovation and Competition (e.g., Reto M. Hilty, “Intellectual Property and the European Community’s Internal Market Legislation – Copyright in the Internal Market – Harmonisation vs. Community Copyright Law” IIC 35, 7 (2004), 760–775; Oliver Fischer, Perspektiven für ein europäisches Urheberrecht (Abhandlungen zum Urheber- und Kommunikationsrecht des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb, 58), Nomos, Baden-Baden 2014). The transition from a harmonised copyright

law to a unitary copyright law was supported by the Reda Report on the implementation of Directive 2001/29/EC (adopted by the European Parliament resolution of 9 July 2015). However, the European Commission has followed a more cautious path.

The European Commission’s Proposals

In conjunction with the implementation of the Digital Single Market strategy, on 14 September 2016 the European Commission published a copyright package that consists of two Directives and two Regulations. In a context where digital technologies are rapidly changing the way works and other protected subject-matter are created, produced, distributed and exploited, the proposed copyright package is aimed at reaching the following **objectives**:

- Functioning of the digital single market (Article 114 TFEU);
- Fostering European social and cultural development;
- Eliminating territorial fragmentation;
- Facilitating access to and circulation of content across Europe.

The **content** of the proposals has triggered a huge (still partly ongoing) public debate and has attracted substantial commentary and criticism from various sides. The package, which impacts horizontally on the

whole copyright *acquis*, covers indeed issues of high social and economic relevance which may affect the competitiveness of Europe on the international scene. The package revolves around three thematic areas:

- a) Exceptions to copyright. The Commission suggests introducing new mandatory exceptions in the areas of education, research and preservation of cultural heritage. Specifically, a new exception on illustration for teaching for the use of protected content in digitally supported and online teaching activities, including across borders, has been proposed together with a new mandatory exception for text and data mining carried out for the purposes of scientific research. Finally, the proposal includes a new exception for digital preservation by cultural heritage institutions that takes into account the need to have content in digital forms and the use of digital technology in preservation. In parallel, two legislative proposals have been adopted in relation to the implementation into EU law of the Marrakesh Treaty, which requires parties to introduce exceptions supporting people with print disabilities to access books and other print material in formats that are accessible to them.
- b) Use of protected content online and creation of a fair marketplace. The Commission proposed to introduce specific measures that are aimed at ensuring a

well-functioning marketplace for copyright and the equitable sharing of the value generated by new forms of online content distribution. With this the copyright package attempts to reinforce the position of rightholders to negotiate and be remunerated for the online exploitation of their content on sharing platforms such as YouTube. This appears to be one of the most debated components of the package alongside the suggestion of introducing a new neighbouring right for press publishers. Also, the Commission proposes to implement mechanisms by which Member States will be required to ensure that authors and performers are entitled to have their contract adjusted when the agreed remuneration is disproportionately low compared to the subsequent revenues and benefits derived from the exploitation of the works or performances.

- c) Widening access to content across the EU. The Commission proposed specific measures to foster the cross-border distribution of television and radio programmes online and facilitate licensing agreements. This aligns with measures taken to foster the cross-border portability of online content services.

The subject-matter of the copyright package affects a broad range of the legal instruments in the existing EU copyright *acquis* as shown in the table below.

Proposals	1) Covered Subject-Matter	2) Amended Directives	3) Concerned Directives of the <i>Acquis</i>
Prop. Dir. COM(2016) 593 final	<ul style="list-style-type: none"> • Exceptions and Limitations • Copyright Contract Law • Internet Service Providers • Rights in Publications 	Dir. 2001/29/EC (InfoSoc); Dir. 96/9/EC (Database)	Dir. 2014/26/EU (Collective anagement); Dir. 2012/28/EU (Orphan works); Dir. 2010/31/EU (E-Commerce); Dir. 2010/13/EU (Audiovisual); Dir. 2009/24/EC (Software); Dir. 2006/115/EC (Rental); Dir. 2004/48/EC (Enforcement); Dir. 2001/29/EC (InfoSoc); Dir. 96/9/EC (Database); Dir. 93/83/EEC (Satellite-Cable)
Prop. Reg. COM(2016) 594 final	Online transmissions of broadcasting organisations and retransmissions of television and radio programmes		
Prop. Reg. COM(2016) 595 final	Exceptions and Limitations (Marrakesh Treaty)	Dir. 2001/29/EC (InfoSoc)	
Prop. Dir. COM(2016) 596 final			

Figure 1 Table showing

- 1) Subject-matter covered by the proposals;
- 2) Directives that are amended by the proposals;
- 3) Directives on which the proposals under discussion are based, and which are relevant for the implementation of these proposals.

Part A General Remarks**Part B Copyright Exceptions and Limitations****Chapter 1: Text and Data Mining** (Article 3 COM(2016) 593 final)**Chapter 2: Digital and Cross-Border Teaching Activities** (Article 4 COM(2016) 593 final)**Chapter 3: Preservation of Cultural Heritage** (Article 5 COM(2016) 593 final)**Chapter 4: Implementation of the Marrakesh Treaty** (COM(2016) 596 final and COM(2016) 595 final)**Part C Out-of-Commerce Works** (Articles 7–9 COM(2016) 593 final)**Part D Copyright Contract Law** (Article 10 and Articles 14–16 COM(2016) 593 final)**Part E Protection of Press Publications Concerning Digital Uses** (Article 11 COM(2016) 593 final)**Part F Claims to Fair Compensation** (Article 12 COM(2016) 593 final)**Part G Use of Protected Content on Online Platforms** (Article 13 COM(2016) 593 final)**Part H Intra-European Content Circulation** (COM(2016) 594 final)*Figure 2 Table showing the contents of the Position Statement*

Position Statement

Content

All the proposals included in the copyright package have been analysed in a Position Statement, organised in parts and chapters including general remarks on the Commission's initiative as a whole, as well as comments on each subject-matter covered by the copyright package. The Statement examines whether the suggested provisions are appropriate for reaching their intended objectives. In response to certain critical evaluations, concrete alternatives are suggested in a manner that serves as a guide for European policymakers (see table above).

In the **General Remarks**, the Institute recognises the effective need for legislative intervention; while at the same time pointing out serious issues that might hinder the harmonisation of European Copyright law. Firstly, the existence of multiple proposals creates **additional** – but largely **unnecessary** – **legislative layers**. In fact, several proposals regulating the same subject-matter are superimposed on an already problematic regulatory framework, which might cause further **significant inconsistencies**. Secondly, the legislative approach adopted is not based on a systematic re-evaluation of European copyright. Consequently, important aspects of copyright are regulated in a non-systematic way, worsening the already existing **fragmentation** of European copyright law. At the same time, the proposals lack conceptualisation as well as semantic and linguistic consistency. Finally, the proposals reveal the lack of causal links between proposals and pursued

objectives. As an alternative the Institute suggests: 1) establishing legal measures that pursue a clear vision of EU copyright law; 2) simplifying legislative measures on copyright law, possibly replacing existing ones with a single new measure or, as a minimum requirement, including all mandatory exceptions and limitations – existing and new ones – in a single Directive.

The copyright package contains a number of measures; some of them did raise little discussion whilst others are fundamentally flawed although they heavily impact on the copyright *acquis*. Some specific themes are worth reporting here.

Text and Data Mining

Text and data mining (TDM) refers to analysis techniques using computers to automatically assess large amounts of digital information, thereby generating new knowledge. TDM is applied in a wide range of fields. Article 3 COM(2016) 593 final proposes an exception for TDM. In principle, a clear legal framework for TDM is to be welcomed. However, the proposal wrongly suggests that carrying out TDM is *per se* of relevance to copyright. Also, the proposed scope of the exception is too narrow, as it is limited to non-commercial research organisations and bound to research purposes. Due to these criticisms the Position Statement offers an alternative proposal:

- TDM is to be seen as a normal use of works and other protected subject-matter.
- Therefore, a field exemption is suggested allowing everyone to carry out TDM related to lawfully accessible works or other subject-matter, including

the permission to extract contents of databases and to make reproductions for the sole purpose of TDM.

- Since research organisations also need to carry out TDM regarding content to which they do not have lawful access, the proposal also includes a specific provision obliging rightholders who market works or other subject-matter primarily for research purposes to provide datasets suitable for TDM only, for which they may request a reasonable payment.

Marrakesh Treaty Implementation

Less problematic but extremely relevant are the provisions implementing the Marrakesh Treaty. Based on its previous Position Paper on the Implementation of the Marrakesh Treaty on facilitating access to published works in accessible formats for visually impaired persons, the Institute took a position on the proposals by the European Commission to implement this Treaty. While it welcomed the intention to implement the Treaty, the Institute criticised several points, in particular the regulatory approach of the Commission to choose both a directive and a regulation to implement different aspects of the Treaty, which would render the legal situation more complex. The Institute recommended using only a directive. Furthermore, where the Treaty allows scope for implementation, i.e., (1) for the provision (or not) of a remuneration right and (2) for the provision of access to works through commercial offers rather than exceptions to protection, the Institute criticised the Commission's approach of forbidding the provision of a remuneration right, as well as its approach of prohibiting a national preference for existing commercial offers. More detailed amendment proposals were also included.

Press Publishers Neighbouring Right

Over the last several years the online publishing sector has raised concerns about the risk of being taken over by new online market players that would benefit from the publishers' works without sharing the value generated from them. In the light of this, the European Commission in 2016 conducted a consultation on the possible introduction of an EU neighbouring right for publishers. Despite the fact that most replies expressed the concern that the adoption of a neighbouring right for publishers would have a negative impact in all respects, Article 11 COM(2016) includes such a right. The Position Statement, following the opinion already given by

the Institute on the occasion of the abovementioned public consultation and the principles expressed in the position paper of 2012 concerning the German proposal for publishers' neighbouring rights ("Stellungnahme zum Gesetzesentwurf für eine Ergänzung des Urheberrechtsgesetzes durch ein Leistungsschutzrecht für Verleger"), claimed that a new neighbouring right does not have any reasonable legal and economic basis and is extremely harmful to the public interest. As an alternative the Institute suggested focusing on publishers' need to easily license and enforce their rights. The legislature could create a presumption that a press publisher must be regarded as entitled to bring proceedings to enforce the copyright in any item if that publisher's name appears on the news publication in the usual manner.

Claims to Fair Compensation

Alongside the mentioned proposal, Article 12 COM(2016) 593 final suggests introducing claims to fair compensation in favour of all publishers. This measure was likely influenced by the *Reprobel* decision of the CJEU (C-572/13 – *Hewlett-Packard Belgium*), which led publishers to believe that they would lose their share of fair compensation for private copy and reprography. This provision, although in principle reasonable, opens a Pandora's box related to the European notion of fair compensation as well as its quantification and distribution system. The proposal impacts on the *acquis* without clarifying it, thereby causing further fragmentation of EU copyright law. The Position Statement suggests a more sound solution based on the following principles:

- Ensure that both authors (and performers) and derivative rightholders, including publishers, who make the investment for the work to yield revenues obtain a share of fair compensation in proportion to the harm resulting from use of the work;
- Ensure that authors obtain in any case a remuneration for the use of their work made under an exception or limitation where such use requires fair compensation.

Use of Protected Content on Online Platforms

The main objective of the provision in Article 13 COM(2016) 593 and the accompanying Recitals 38 and 39 is to improve the participation of rightholders in the profits generated by online services through the dissemination of copyright-protected material. This is not self-evident and could be *inter alia* a result



of an unclear legal situation regarding Article 14(1) of Directive 2000/31 and Article 3(1) of Directive 2001/29. In particular, rightholders should be able to better control and determine whether their works are available on online platforms or yet negotiate licensing agreements and remuneration for the use and publication of their works on the Internet. However, the Position Statement argues that the Proposal is not suitable for reaching its goals. Quite on the contrary, it creates considerable legal uncertainty and could lead to a disproportionate restriction of the freedom of expression and information. Therefore, it is inadvisable to adopt Article 13 and its respective Recitals, 38 and 39. Alternatively a comprehensive approach is suggested, based on:

- Specifying provider liability;
- Harmonising “notice and take down procedures” and introducing “counter notice procedures”;
- Implementing a mandatory exception for private, non-commercial exploitation of works in social networks not affecting the rightholder’s normal exploitation of works;
- Establishing a mandatory remuneration for the exploitation of works in social networks, payable by platform providers and
- Introducing mechanisms aimed at trans-European licensing simplification.

Structure and Approach

The copyright package is of particular interest to the Institute, which has been committed to the analysis of European copyright law throughout its stages of development. The optimal design of European

copyright law in connection with the international and national frameworks as well as its interplay with other legislative layers, including competition law, is a **central theme within the research strategy of the Institute**. In fact, the Institute constantly monitors the legislation and case law developments, sharing its knowledge and expertise with public institutions and all stakeholders involved. In recent years the Institute has provided guidance in the debate surrounding the evolution of European and national copyright law, taking a position on several occasions (see, for example, the mentioned Position Statement on the “Public consultation on the role of publishers in the copyright value chain” from 2016; the Position Statement concerning the “Implementation of the WIPO Marrakesh Treaty to Facilitate Access to Published Works for Persons Who Are Blind, Visually Impaired or Otherwise Print Disabled” from 2015 and the Position Statement on the recent German amendment of the Copyright Act, “Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Angleichung des Urheberrechts an die aktuellen Erfordernisse der Wissensgesellschaft (Urheberrechts- Wissensgesellschafts-Gesetz–UrhWissG) vom 01. Februar 2017 und dem Verleih von E-Books durch Bibliotheken (so-called “E-Lending”).

The Position Statement reflects the results of relevant research projects conducted at the Institute, including interdisciplinary projects (for example, the project on “Copyright and Innovation in Digital Markets”, led by Dietmar Harhoff and Reto M. Hilty. The coexistence of the legal and economic departments has fostered opportunities to carry out joint projects and encouraged **interdisciplinary scientific dialogues** in both formal and informal

contexts. In this context, the analysis of the provisions included in the copyright package has been based on both a **normative and functional approach**. While the former is mainly related to existing forms of protection as interpreted by the case law and doctrine and mostly relies on justice assessments, the functional approach focuses on the effects of rules and is based on the findings of other disciplines, such as economics and sociology. The Position Statement analyses the proposed provisions and what effects these have in connection with the functioning of the market and its outcomes in the interest of all market participants, including consumers, i.e. content users. For example, the suggested removal of the proposed new neighbouring rights for press publishers has been based on arguments resulting from the application of both methods: the Statement focuses on both the purely legal justification of the proposed new rights (e.g. consistency with the EU copyright *acquis* and the international framework) and potential effects of these rights on the press publishing market and the quality of journalism.

Wide Dissemination of the Statement

Given the specific nature of this work – based on scientific results but with an informative intent of being easily understood by experts and non-experts alike – the Position Statement was targeted at as wide an audience as possible. Each part and chapter was made available at the earliest possible stage on the Institute’s website so as to promptly **offer the legislative debate an independent and comprehensive vision** based on scientific principles. All parts have been collected in an e-book that was deposited in the German National Library and published in Open Access in September 2017 (available on the Max Planck Society Repository – MPG.PuRe – and Social Science Research Network – ssrn.com).

Impact of the Statement and Ways Forward

While the Marrakesh Treaty implementation proposals have been adopted, the debate is still ongoing for the Proposed Directive on copyright in the Digital Single Market – COM(2016)593. The proposal was referred to the European Parliament’s Committee on Legal Affairs (JURI). In March 2017 the rapporteur finalised her draft report, which suggested some major amendments to the Commission’s proposal. Some of them reflected the proposals made by the Institute. This is the case, for instance, of the recommended withdrawal of the neighbouring right for press publishers and the introduction, in its place, of the abovementioned

presumption entitling press publishers to enforce the copyright on news publications. Furthermore, the suggestions of the Max Planck Institute concerning the TDM exception were partly transposed in the JURI Committee proposals. However, as lobbies’ interests are enormous, it is possible that those amendments will in the end not be accepted. Over the past months the IMCO, ITRE, CULT and LIBE Committees have given their opinions as well, as have the EESC Committee and the Committee of the Regions. The legislative proposal has been under discussion in the Council since November 2016, but there are strong disagreements among Member States: some Member States’ Delegations, including the German one, have asked the Council legal service its opinion on a series of questions concerning the abovementioned Article 13. Answers to those specific questions have been formulated by the Institute and made available as an annex to the Position Statement. These answers were based on the opinions already expressed in Part G of the Statement and have been at the centre of the public debate on the proposed Article 13. The result of the legislative process is still uncertain in some regards and also far from implementing the EU-wide “copyright title”; quite the contrary – more fragmentation and new legal uncertainty are the expected outcome. It is the task of the Institute over the next few years to inform and support the legislature on its copyright development path.

The Institute has examined the proposals of the European Commission for the modernisation of the EU copyright rules and suggested a number of alternatives in response to certain critical evaluations

Project Lead

Prof. Dr. Reto M. Hilty

Project Coordinator

Dr. Valentina Moscon

Project Members

Andrea Bauer,
Adj. Prof. Dr. Silke von Lewinski,
Tao Li,
Ricarda Lotte,
Heiko Richter,
Moritz Sutterer

Project Term

2016 – 2017

1.5 Assistentenforum 2015: Herausforderung Koexistenz und Kumulation im Immaterialgüterrecht

Die Binnenmarktintegration führt zur sukzessiven Überlagerung mitgliedstaatlicher Regelungen durch Unionsrecht. Das Immaterialgüterrecht scheint sich dabei von sonstiger Binnenmarktgesetzgebung insoweit zu unterscheiden, als das Unionsrecht bestehenden nationalen Schutz in zahlreichen Fällen durch selbständige Systeme *sui generis* ergänzt, die alternativ oder zusätzlich zum nationalen Schutz angeboten werden. Gleichzeitig überlagert das Unionsrecht auch im Bereich des Immaterialgüterrechts die nationalen Systeme durch eigene Harmonisierungsvorgaben. Zum einen werden also auf Unionsebene neue Institutionen und Schutzrechtsregime geschaffen, die parallel zu den entsprechenden nationalen Systemen angeboten werden (Koexistenz der Systeme). Zum anderen entstehen im Rahmen dieser Regime sowie durch die reguläre Harmonisierungstätigkeit das nationale Recht betreffend Überlappungen zwischen verschiedenen Schutzrechtsregimen, wenn ein und derselbe Gegenstand durch verschiedene Immaterialgüterrechte geschützt werden kann (Kumulation von Schutzrechten). Insgesamt entsteht also ein Mehr an Optionen für Schutzrechtsinhaber, aber auch ein Mehr an Regulierung und potenziellen Funktionswidersprüchen oder zumindest Redundanz.

Die damit zusammenhängenden Fragen sind vielschichtig und rühren an die schutzrechtsübergreifenden Grundsätze von Immaterialgüterrechtsschutz an sich sowie an Grundfragen der europäischen Integration: Ist die Koexistenz der Systeme nur eine Folge nationaler Eitelkeiten, im Rahmen derer eine Abschaffung nationaler Systeme Tabu ist, oder entspringen parallele Schutzsysteme auf nationaler Ebene und Unionsebene einem legitimen Nutzerbedarf? Wie wirkt sich die Zersplitterung der Rechtsgrundlagen zwischen nationalem, europäischem und internationalem Recht auf die Funktionalität der Schutzrechtssysteme aus? Wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen nationalen und supranationalen Institutionen, die mit der Verwaltung der

Schutzrechtssysteme betraut sind? Führt die Kumulation von Schutzrechten zu einem Überschuss? Ist die Möglichkeit eines Doppelschutzes oder einer Kumulation verschiedener Schutzrechte stets ein Vorteil für die Rechtsinhaber? Kann sie stattdessen auch in ein Hindernis für die ökonomische und rechtsgeschäftliche Verwertung des Schutzgegenstands münden, z.B. dann, wenn die betreffenden Schutzrechte abweichenden Zuordnungs- und Übertragungsregelungen unterliegen? Ist Kumulation nur eine Folge nachlässiger Gesetzgebung ohne Blick für das Ganze oder lässt sie sich rechtlich, politologisch oder ökonomisch rechtfertigen?

Das Assistentenforum 2015, das am 11. Dezember im Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb stattfand, widmete sich diesen Fragen unter dem Generalthema der Ursachen und Wirkungen von Koexistenz und Kumulation. Als Referenten konnten Clemens Kaupa von der Freien Universität Amsterdam, Sebastian Stoll vom Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, Franz Hofmann von der Ludwig-Maximilians-Universität München, Lena Maute von der Technischen Universität München sowie Artur Geier von der Leibniz Universität Hannover gewonnen werden.

Das Assistentenforum 2015 widmete sich den Ursachen und Wirkungen der Koexistenz nationaler und europäischer Schutzrechtssysteme sowie der Kumulation von Schutzrechten.

Organisatoren

Prof. Dr. Thomas Jaeger,
Dr. Kaya Köklü,
Dr. Matthias Lamping

1.6 Principles of Unfair Competition Law

Die meisten Staaten kennen, so unterschiedlich der jeweilige Ansatz auch sein mag, rechtliche Instrumentarien zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbsverhaltens. Die gemeinsame Wurzel findet sich seit über einem Jahrhundert in einem internationalen Vertrag, Art. 10 bis der Pariser Verbandsübereinkunft. Seitdem sind jedoch nicht nur ökonomische und technische Entwicklungen über diesen Minimalstandard hinweggegangen. Auch die an das Wettbewerbsrecht angrenzenden Rechtsgebiete, das Kartellrecht, das Immaterialgüterrecht und das Vertragsrecht, haben sich signifikant weiter entwickelt und ihrerseits Gedanken der Fairness inkorporiert. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob (und welche) spezifischen Regelungen des Lauterkeitsrechts heute noch erforderlich sind. Was macht aus moderner Sicht den „hard core“ des Rechts zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs aus? Gibt es allgemeingültige, konsensfähige Prinzipien, die eine originäre Bedeutung des Lauterkeitsrechts nahelegen? Diese Fragen stehen im Fokus eines vom Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb 2014 begonnenen Forschungsprojekts, in dem es auch um die Schnittstellen zum Kartell-, Vertrags- und Immaterialgüterrecht geht.

Hintergründe

Trotz der in allen Staaten vorhandenen Erkenntnis, dass ein unverfälschter Wettbewerb sowohl frei als auch fair sein muss, gibt es unterschiedliche Ansätze zur Erreichung dieses Ziels. Sie sind zumeist rechtshistorisch begründet und weisen erhebliche Unterschiede auf. Gemeinsam ist ihnen jedoch die Festlegung bestimmter Standards, die typischerweise Unternehmen verpflichteten, beim Absatz ihrer Waren oder Dienstleistungen weder die Interessen von Mitbewerbern, Abnehmern oder der Allgemeinheit zu verletzen noch Marktmechanismen negativ zu beeinflussen.

Im Mittelpunkt stand dabei ursprünglich der Schutz des Unternehmers vor unlauteren Praktiken seiner Mitbewerber. Auf dieser Grundlage konnte bereits vor 100 Jahren mit Art. 10 bis Pariser Verbandsübereinkunft eine erste Grundlage in einem internationalen Vertrag geschaffen werden, die im engen Zusammenhang mit den Immaterialgüterrechten steht.

Dieses „unfair competition law in a nutshell“ hat in der Anfangsphase das Entstehen des nationalen Wettbewerbsrechts maßgeblich beeinflusst. Mittlerweile ist das Wettbewerbsrecht der meisten entwickelten Staaten jedoch über den dort gesetzten Minimalstandard hinausgegangen. Ursächlich hierfür waren stark veränderte Marktbedingungen, die insbesondere den Schutz der Verbraucher vor unlauteren geschäftlichen Handlungen in den Vordergrund rückten. Die Berücksichtigung des Verbraucherschutzes im nationalen Recht hat jedoch zu einer erneuten Auseinanderentwicklung der bereits ursprünglich divergierenden Ansätze geführt.

Versuche einer Harmonisierung erfolgten vor allem innerhalb der EU. In Verbindung mit der Rechtsprechung des EuGH wurden verschiedene Richtlinien und Verordnungen erlassen, die die Fairness von geschäftlichen Handlungen zum Gegenstand haben. Am umfassendsten ist hierbei die Richtlinie 2005/29/EG über unlautere Geschäftspraktiken (UPG-RL). Sie zeigt zugleich den Wandel des Schutzzwecks des europäischen Lauterkeitsrechts: ging es ursprünglich um den Schutz der Unternehmen, so kam später der Schutz der Verbraucher hinzu; mit der UPG-RL steht nunmehr der Schutz der Verbraucher im Fokus. Zusätzlich zu diesen unter der Headline des lautereren Wettbewerbs erlassenen Verordnungen und Richtlinien verabschiedete man parallel Regelungen zum Schutz der Verbraucher vor bestimmten Praktiken. Zugleich wurden jedoch auch die Immaterialgüterrechte immer stärker ausgebaut, wobei sie ihrerseits Gedanken der wirtschaftlichen Fairness inkorporierten, z.B. im Urheberrecht und im Markenrecht.

Problemstellung

Die bisherigen Fortentwicklungen des Lauterkeitsrechts, aber auch des Verbrauchervertragsrechts und des Immaterialgüterrechts, adressieren häufig Einzelfragen und nehmen keine oder nur eine unzulängliche Abgrenzung zu Regelungen in benachbarten Rechtsgebieten vor. Dieses Vorgehen lässt zunehmend Kohärenz und Systematik vermissen. Die ungeklärten Fragen des Verhältnisses des Lauterkeitsrechts zu benachbarten Rechtsgebieten beeinträchtigen dabei nicht nur die Verständlichkeit, Effizienz und Rechtssicherheit des Lauterkeitsrechts, sondern zunehmend auch die des Kartellrechts, Vertragsrechts und der Immaterialgüterrechte.

Damit wird die Klärung der Frage vordringlich, was eigentlich den „hard core“ des Lauterkeitsrechts ausmacht. In welchen Konstellationen ist ein originärer Schutz nach lauterkeitsrechtlichen Grundsätzen erforderlich, d.h. ein Schutz, den die angrenzenden Rechtsgebiete nicht oder nicht befriedigend zu gewähren vermögen? Auf die vor 100 Jahren konsensfähige Formel von den „anständigen Gepflogenheiten“ wird man sich kaum mehr verständigen können, aber was ist an ihre Stelle getreten? Eine rein funktionale, dem Kartellrecht angenäherte Sicht? Von der Beantwortung dieser Frage hängt maßgeblich der Bedarf nach originären Standards unter dem Gesichtspunkt des Lauterkeitsrechts ab.

Aber auch aus der Sicht der benachbarten Rechtsgebiete lassen sich Prinzipien, die positiv die Funktionen, Kriterien und Grundsätze des Lauterkeitsrechts erkennen lassen, entwickeln. Erst die Kombination beider methodischer Ansätze dürfte es jedenfalls erlauben, den Normzweck („objectives“) des modernen Lauterkeitsrechts zu erkennen sowie die allgemeinen wie besonderen Kriterien eines Verstoßes gegen das Recht des unlauteren Wettbewerbs herauszuarbeiten. Nach beiden Ansätzen geht es, vereinfacht ausgedrückt, darum, wie eng oder breit das „Delta“ des Lauterkeitsrechts im Verhältnis zu den angrenzenden Rechtsgebieten heute ist oder sein sollte.

Zielsetzungen

Während in der Wissenschaft intensiv über bestimmte Sachverhaltskonstellationen, die Gedanken der wirtschaftlichen Fairness berühren, diskutiert wird, fehlt eine grundlegende Auseinandersetzung mit der Frage, was eigentlich den Kern des modernen Lauterkeitsrechts ausmacht, wie das Verhältnis zu benachbarten Rechtsgebieten aussieht und wie – unter Berücksichtigung der Wertungen der Nachbargebiete – eine Regelung der heute originär zum Lauterkeitsrecht zählenden Rechtsfragen aussehen könnte.

Diese Aufgabe ist Gegenstand eines 2014 initiierten Forschungsprojekts des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb, das in vielen Punkten auf dem MPI-Projekt „Corporate Social Responsibility – Verbindliche Standards des Wettbewerbsrechts“ aufbauen konnte (Tätigkeitsbericht 2012–2014, B II 1.13, S. 93 ff.). Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass ein inadäquater Schutz unter dem Gesichtspunkt des unlauteren Wettbewerbs nicht nur zu einem Marktversagen führen kann, sondern auch die Stimmigkeit

und Kohärenz der angrenzenden Gebiete (IP-Rechte, Kartellrecht und Vertragsrecht) zu stören vermag.

Angestrebt wird die Ausarbeitung allgemeiner „Principles of Unfair Competition Law“, die Impulse für die künftige Entwicklung geben soll. Das Ziel besteht in der Entwicklung von Leitlinien für ein optimales Lauterkeitsrecht (und nicht lediglich in der Behebung von Inkonsistenzen), losgelöst von bestehenden Regelungswerken, Urteilen des EuGH und nationalen Besonderheiten. Die als erster Schritt angestrebte Formulierung von Prinzipien für ein europäisches Lauterkeitsrecht soll nicht nur einen Beitrag zum Harmonisierungsprozess leisten, sondern auch als Grundlage und Ausgangspunkt für eine Diskussion auf internationaler Ebene dienen. Die „Principles“ könnten zugleich Vorbildcharakter für andere Staaten haben, die dem Lauterkeitsrecht große Bedeutung beimessen (zum Beispiel die Volksrepublik China und andere Staaten Asiens sowie Lateinamerikas).

Stand der Arbeiten und Ausblick

Die Arbeiten an dem Projekt begannen 2014 im Kreise einer Arbeitsgruppe bestehend aus der institutsinternen Projektleitung und drei permanenten Projektteilnehmern. Diese Arbeitsgruppe bereitete u.a. zwei Workshops vor, an denen im Lauterkeitsrecht, Kartellrecht, Immaterialgüterrecht und Vertragsrecht spezialisierte Wissenschaftler teilnahmen.



So fand vom 9. bis 11. Oktober 2014 ein Workshop in Berlin statt, in dem es um die wichtigsten Schnittstellen des Lauterkeitsrechts zum Kartellrecht, zum Immaterialgüterrecht und zum Verbrauchervertragsrecht ging. Auf der Grundlage von drei Vorträgen zu den Schnittstellen des Lauterkeitsrechts zum Kartellrecht, Immaterialgüterrecht sowie Vertragsrecht mit Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland anhand von „issues und hypotheticals“ darüber, welche der Sachverhaltskonstellationen eine originäre Beurteilung durch das Lauterkeitsrecht erfordere. Obgleich hinsichtlich der Frage, wie groß das „Delta“ des Lauterkeitsrechts heute tatsächlich ist, verschiedene Auffassungen vertreten wurden, bestand Einigkeit darüber, dass es Fallgruppen gibt, die genuin lauterkeitsrechtliche Instrumente erfordern. Zugleich wurde aber auch betont, wie schwer es sei, die Reichweite spezifisch lauterkeitsrechtlicher Regeln festzulegen ist.

In einem weiteren Workshop vom 9. bis 11. April 2016 wurde deshalb der Fokus der Diskussion geändert:

Im Mittelpunkt stand nun die Frage, ob (und warum) die traditionell dem Lauterkeitsrecht zugeordneten Regelungen einer Art „Framing“ bedürfen, damit sie nicht die grundlegenden Prinzipien der angrenzenden Rechtsgebiete, insbesondere der Immaterialgüterrechte, des Kartellrechts und des Vertragsrechts unterminieren. Die Diskussion erfolgte anhand von Papers, die die Konfliktpunkte zu den genannten Rechtsgebieten aufzeigten.

Unter Einbeziehung der auf diesen beiden Workshops erarbeiteten Erkenntnisse erstellte die Arbeitsgruppe in mehreren Sitzungen „Principles“, die in einem weiteren Schritt mit den an den Workshops beteiligten Wissenschaftlern diskutiert und dann einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt werden sollen. Sie nehmen den europäischen Rechtsrahmen zum Ausgangspunkt, ohne jedoch spezifisch auf bestehende Regelungen abzustellen. Ziel ist es, durch ein Aufzeigen wesentlicher Grundsätze des Lauterkeitsrechts eine Grundlage für eine vertiefte Diskussion zu schaffen.

Ziel des Projekts ist die Erarbeitung von „Principles of Unfair Competition Law“, die die Frage beantworten sollen, welcher Regelungen zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs es heute noch bedarf.

Projektleitung

Prof. Dr. Frauke Henning-Bodewig, Prof. Dr. Josef Drexl, Prof. Dr. Reto M. Hilty

Projektteilnehmer

Prof. Dr. Matthias Leistner (Ludwig-Maximilians-Universität München), Prof. Dr. Ansgar Ohly (Ludwig-Maximilians-Universität München), Prof. Dr. Rupprecht Podszun (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf)

Externe Teilnehmer

Prof. Dr. Thomas Ackermann (Ludwig-Maximilians-Universität München), Prof. Dr. Antonina Bakardjieva Engelbrekt (University of Stockholm), Prof. Dr. Joachim Bornkamm (Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof, a.D.), Prof. Muriel Chagny (University of Versailles Saint-Quentin-en-Yvelines), Prof. Graeme Dinwoodie (Chicago-Kent College of Law), Prof. Philipp Fabbio (Mediterranea University of Reggio Calabria), Prof. Rafael García Pérez (University of A Coruña), Prof. Dr. Jochen Glöckner (Universität Konstanz), Prof. Dr. Hans Christoph Grigoleit (Ludwig-Maximilians-Universität München), Prof. Warren Grimes (Southwestern Law School), Prof. Dr. Christian Heinze (Leibniz Universität Hannover), Prof. Jean Lapousterle (University of Strasbourg), Prof. Dr. Hans-Wolfgang Micklitz (European University Institute), Prof. Raman Mittal (University of Delhi), Prof. Igor Nestoruk (Adam Mickiewicz University in Poznan), Prof. Paul Nihoul (Catholic University of Louvain), Dr. Achim Spengler (Rechtsanwalt), Prof. Jules Stuyck (Catholic University of Leuven; Rechtsanwalt), Prof. Dr. Florent Thouvenin (Universität Zürich), Prof. Dr. Hanns Ullrich, Prof. Feer Verkade (Generalanwalt am Hoge Raad, a.D.), Prof. Dirk J.G. Visser (Leiden University), Prof. Christopher Wadlow (University of East Anglia), Prof. Dr. Andreas Wiebe (Georg-August-Universität Göttingen), Prof. Dr. Herbert Zech (Universität Basel)

Projektlaufzeit

Seit 2014

1.7 Datengetriebene Wirtschaft – Regulierungsbedarf infolge von Digitalisierung

Digitalisierung ist ein derzeit allgegenwärtiger Begriff und längst zu einer Kraft avanciert, die nicht nur Wirtschaft, Gesellschaft und Politik grundlegend ändert, sondern auch deren Zukunft maßgeblich prägen wird. Dabei stand die datengetriebene Wirtschaft unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ schon früh im Fokus europäischer und nationaler politischer Initiativen und wurde mit dem Ziel der Schaffung eines digitalen Binnenmarkts zum zentralen Gegenstand europäischer Wirtschaftspolitik. Die mit der digitalen Transformation einhergehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen werfen die grundlegende Frage auf, ob und in welche Richtung der bestehende Rechtsrahmen unter Berücksichtigung neu entstehender Geschäftsmodelle zu entwickeln ist, sodass gleichermaßen die Vorteile der Digitalisierung realisiert und deren Herausforderungen für Unternehmen und Gesellschaft gemeistert werden können.

Einleitung

Die datengetriebene Wirtschaft wirkt auf nahezu sämtliche Wirtschafts- und Lebensbereiche ein. Geschäftsmodelle, welche durch die Verarbeitung personenbezogener und nicht personenbezogener Daten ermöglicht oder zumindest signifikant gefördert werden, sind heutzutage der Regelfall und in praktisch allen Sektoren zu finden. Die Analyse immer größerer Datensätze mit Hilfe von Algorithmen ermöglicht in den verschiedensten Kontexten eine bedeutende Wertschöpfung und kann zu zahlreichen Innovationen führen. Die Möglichkeit des Zugriffs auf Datenmassen kann – nicht zuletzt mit Blick auf das daraus zu gewinnende Wissen – zudem zu einer Verschiebung von Machtverhältnissen auf Märkten führen. Denn Daten sind Grundlage und Ausgangspunkt für die digitale Wirtschaft. Die Inhaberschaft an Daten und die Kontrolle über diese kann daher für Dritte eine Marktzugangsbarriere darstellen. Zusätzlich zum Wettstreit um den Zugang zu Daten kommt auch dem Wettstreit um die Weiterentwicklung von Algorithmen eine immer größere Bedeutung zu. Jene spielen sowohl bei der Verarbeitung als auch bei der Veredelung von Rohdaten und damit bei der Etablierung von datengetriebenen Geschäftsmodellen eine entscheidende Rolle.

Diese Entwicklungen sind auf verschiedene, teilweise zusammenhängende Gründe zurückzuführen. Hierzu zählen die zunehmende Verfügbarkeit großer Datenmengen, neue Methoden im Bereich Data Analysis und Cloud Computing sowie immer preisgünstigere, aber zugleich leistungsfähigere Hardware und Software. Die öffentliche Diskussion ist dabei geprägt von zahlrei-

chen Schlagworten, die für eine juristische Handhabung inhaltlich aber oft nur schwach konturiert sind, wie „Big Data“, „Internet of Things“ oder „Industrie 4.0“.

Alumni-Tagungen 2015 und 2016

Den Themen der Digitalisierung und der Datenwirtschaft widmeten sich auch zwei Tagungen in Kooperation mit dem Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb e.V.. Unter dem Titel „Digitale Wirtschaft“ wurde im Rahmen der Tagung 2015 eine breite Palette von Themen – von E-Books über die Vernetzung im Automobilbereich bis hin zu Patenten in der Internetwirtschaft – diskutiert. Die Tagung 2016 wiederum richtete den Fokus auf „Daten als Wertschöpfungsfaktor“ und die Frage, ob gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht.

Die Entwicklung der datengetriebenen Wirtschaft ist technisch wie wirtschaftlich im Fluss. Sie entzieht sich somit auf absehbare Zeit einer abschließenden, retrospektiven Bewertung und muss stattdessen als dynamischer Prozess behandelt werden. Mit Blick auf ihre mittel- und langfristige Entwicklung und die damit einhergehenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen bestehen folglich zum jetzigen Zeitpunkt bedeutende Unsicherheiten. In Ergänzung zur klassischen Rechtsanalyse ist demnach eine Erforschung der Rechtstatsachen, insbesondere der technologischen Veränderungen sowie der sich anschließenden neuen Geschäftsmodelle erforderlich, um fundierte Ratschläge für die weitere Entwicklung des Rechtsrahmens geben zu können.

Politischer und wissenschaftlicher Kontext – Diskussion über die Schaffung von „Dateneigentum“

Die rasante Entwicklung der datengetriebenen Wirtschaft löste in den vergangenen Jahren sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene verschiedene politische Initiativen aus. Eine prominente Rolle spielt die Strategie der Europäischen Kommission für einen digitalen Binnenmarkt für Europa (Digital Single Market Strategy, COM(2015) 192 final), welche im Mai 2015 ins Leben gerufen wurde und auf drei Säulen aufbaut, nämlich dem „Besseren Zugang zu digitalen Waren und Dienstleistungen“, „Optimalen Rahmenbedingungen für digitale Netze und Dienstleistungen“ und der „Digitalen Wirtschaft als Wachstumsmotor“. In der ursprünglichen Mitteilung wurde angekündigt, mit Blick auf die (mittlerweile inhaltlich konkretisierte) „Initiative zum ‚freien Datenfluss‘“ u.a. auf „die neuen Fragen des Eigentums an Daten“ einzugehen. Die Überlegung, dass angesichts der wachsenden Bedeutung der datengetriebenen Wirtschaft die Schaffung von Eigentums- oder Nutzungsrechten an Daten zu diskutieren ist, wurde auch auf nationaler Ebene im politischen Kontext insbesondere in Deutschland aufgegriffen und konkretisiert. So empfiehlt z.B. eine vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur in Auftrag gegebene Studie die Schaffung eines „Datengesetzes“, um Daten eigentumsfähig zu machen und entsprechende Verfügungsrechte einzuführen. Im Rahmen des politischen Diskurses wird die Diskussion über die wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten von Daten allerdings oft mit datenschutzrechtlichen Aspekten vermischt und auf eher plakative Forderungen heruntergebrochen („Meine Daten gehören mir!“).

Auch im wissenschaftlichen Diskurs wurde – wenn auch nahezu ausschließlich in Deutschland – die Schaffung von Eigentumsrechten an Daten diskutiert und die Einführung eines entsprechenden Immaterialgüterrechts vorgeschlagen. Dafür wurden beispielsweise persönlichkeitsrechtliche Überlegungen herangezogen, aber auch der Gedanke, dass die Anerkennung von „Datenrechten“ einen Anreiz für die Generierung von Daten darstellen könne. Trotz des Rufs nach gesetzgeberischem Handeln wurde von solchen Vorschlägen die Frage, ob die Schaffung von Ausschließlichkeitsrechten an Daten ökonomisch geboten und sinnvoll sei, regelmäßig übergangen. Dies ist umso erstaunlicher, als die bislang zu findenden Stimmen aus der ökonomischen Forschung der Schaffung eines Dateneigentums zurückhaltend bis ablehnend gegenüberstehen.

Für eine wissenschaftliche Analyse der Frage nach der Notwendigkeit der Einführung eines Datenei-

gentums spielt es in tatsächlicher Hinsicht u.a. eine Rolle, wie Wertschöpfung in der datengetriebenen Wirtschaft stattfindet und welche Geschäftsmodelle dabei (gegenwärtig und zukünftig) zum Einsatz kommen. Neben dem Prozess der Wertschöpfung ist zudem zu untersuchen, wer faktisch Zugriff auf Daten hat, in welchem Ausmaß und unter welchen Bedingungen ein Datenaustausch zwischen den Marktteilnehmern stattfindet und ob Marktteilnehmer regulatorische Defizite erkennen, die beispielsweise zu einer unbefriedigenden Ressourcenallokation führen oder Innovationen behindern. Aus rechtlicher Sicht ist zu berücksichtigen, dass mit der Schaffung eines Dateneigentumsrechts ein erheblicher Eingriff in die Berufs- und Wettbewerbsfreiheit einhergehen würde, der seinerseits einer hinreichenden Rechtfertigung bedürfte; und dies umso mehr, als die Einführung eines neuen Schutzrechts ohne Weiteres auch zu unerwünschten oder gar dysfunktionalen Effekten führen und damit letztlich dem eigentlichen Ziel schaden könnte.

Ausgangspunkt einer rechtlichen Untersuchung müssen dabei die bereits bestehenden Rechtsregeln und ihre Anpassungsfähigkeit an die faktischen Entwicklungen bilden. Ohne deren fundierte Analyse entbehrt die Forderung nach der Einführung eines neuen Eigentumsregimes der Grundlage. So stellt sich z.B. die Frage, wie die Datenbank-Richtlinie in der Digitalökonomie zu verstehen und anzuwenden ist, und – wenn sie nicht ausreichen sollte – ob Anpassungen zu erwägen sind. Außerdem gilt es zu prüfen, welche Tatbestände in der Datenwirtschaft die Geschäftsgeheimnis-Richtlinie erfasst und was die praktischen Folgen für die Marktteilnehmer sind. Falls vor diesem Hintergrund Handlungsbedarf erkennbar wird, stellt sich auch die Frage des optimalen Mittels. Zu klären ist insbesondere, ob anstelle der Schaffung von Eigentums- oder anderweitigen Rechten zugunsten gewisser Akteure die Einführung von allgemeinen oder sektorspezifischen Zugangsrechten vorzugswürdig wäre.

Gründung der Arbeitsgruppe „Datengetriebene Wirtschaft“

Vor dem Hintergrund der politischen und wissenschaftlichen Diskussionen und vor allem mit Blick auf die zum damaligen Zeitpunkt immer lauter werdende Forderung nach der Schaffung eines „Dateneigentumsrechts“ wurde am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb im November 2015 die Arbeitsgruppe „Datengetriebene Wirtschaft“ ins Leben gerufen. Sie wird geleitet von den beiden Direktoren der juristischen Abteilung des Instituts (Prof. Josef



Mitglieder der Arbeitsgruppe „Datengetriebene Wirtschaft“, v.l.n.r.: Leonard Hollander, Prof. Dr. Reto M. Hilty, Daria Kim, Jure Globocnik, Peter R. Slowinski, Dr. Michèle Finck, Klaus Wiedemann, Jörg Hoffmann, Heiko Richter, Luc Desaunettes, Prof. Dr. Josef Drexl

Drexl und Prof. Reto M. Hilty) und setzt sich aus Wissenschaftlern des Instituts (wissenschaftliche Referenten, Doktoranden und ein Student im fortgeschrittenen Semester) zusammen, deren eigene Forschungsthemen oder Interessenschwerpunkte einen Bezug zu den übergeordneten Fragestellungen haben. Seit Ende 2017 besteht auch eine informelle Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Recht des Geistigen Eigentums mit Informationsrecht und IT-Recht (Prof. Dr. Matthias Leistner) an der LMU München. Die Gruppe betreibt einen regen und regelmäßigen fachlichen Austausch. Sie wächst seit ihrer Gründung stetig, denn sie ist institutsintern für alle Wissenschaftler offen. Dieses offene Format und die Tatsache, dass die Mitglieder aus sehr unterschiedlichen Forschungsperspektiven an das Thema herantreten (z.B. Patentrecht, Datenschutzrecht, Kartellrecht, öffentliches Recht), ermöglicht eine besonders breite und ganzheitliche Betrachtung des Themengebietes. Gleichzeitig bietet dies gerade jungen Wissenschaftlern die Möglichkeit, ein eigenes wissenschaftliches Profil zu entwickeln. Die Arbeitsgruppe sieht ihr primäres Betätigungsfeld in der rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung. Sie wirkt aber auch konstruktiv am gesellschaftlichen und politischen Diskurs mit.

Gruppenprojekt: Industriegespräche

Die Arbeitsgruppe hat frühzeitig erkannt, dass in faktischer Hinsicht weitreichende Informationsdefizite bestehen und auch aus diesem Grund der Diskurs über die Regulierung der Datenwirtschaft häufig

nicht auf einer belastbaren Tatsachengrundlage geführt wird. Stattdessen werden Diskussionen über die wirtschaftliche Rolle und Nutzung von Daten häufig auf theoretischer bzw. uninformatierter Grundlage und ohne den Blick auf die realen Bedürfnisse und Probleme der betroffenen Unternehmen geführt. Aus diesem Grund führt die Arbeitsgruppe seit Ende 2016 regelmäßig strukturierte Industriegespräche mit Vertretern von Unternehmen durch, die in bedeutendem Umfang Daten verarbeiten und analysieren.

Diese vertraulichen Gespräche dienen dazu, tiefere Einblicke in die Zusammenhänge der datengetriebenen Wirtschaft zu bekommen. Um eine Vergleichbarkeit dieser Gespräche zu ermöglichen, wird ein detaillierter Gesprächsleitfaden verwendet, der an die jeweiligen Besonderheiten der Unternehmen angepasst werden kann. Der darin enthaltene Fragenkatalog ist breit gefächert und zielt u.a. darauf ab zu erfahren, wie Unternehmen an Daten gelangen, in welcher Form der Austausch von Daten zwischen Unternehmen stattfindet, welche Rolle datenschutzrechtliche Aspekte spielen und ob regulatorischer Handlungsbedarf gesehen wird, sei es in Form von eigentumsähnlichen Rechten an oder von Zugangsrechten zu Daten. Das Spektrum der befragten Unternehmen deckt unterschiedliche Größen (sowohl KMU, Start-ups als auch traditionelle Industrie- und Dienstleistungsunternehmen) und gänzlich verschiedene Sektoren (Branchen) ab. Zu den befragten Sektoren gehören u.a. die Automobilbranche, die Versicherungsbranche, der Medizin- bzw. Pharmasektor, der Maschinenbau und der Bereich Softwareentwicklung. Vor allem der vertrauliche Charakter der Gespräche



Mitglieder der Arbeitsgruppe „Datengetriebene Wirtschaft“, 1. Reihe v.l.n.r.: Franziska Greiner, Daria Kim, Heiko Richter, 2. Reihe v.l.n.r.: Peter R. Slowinski, Klaus Wiedemann, Jure Globocnik

erlaubt es der Gruppe oft, einen unmittelbaren Einblick in die Denkmuster der betroffenen Unternehmen zu erhalten und ihre praktischen Bedürfnisse sowie bestehende Problemlagen auszuloten.

Als wichtige (vorläufige) Erkenntnis der geführten Gespräche lässt sich festhalten, dass sämtliche befragte Unternehmen die Einführung eines Eigentumsrechts an Daten ablehnen, weil sie wegen verschiedener Gründe, z.B. erwarteter Rechtsunsicherheit, von eher negativen Effekten ausgehen. Auch der oft ins Feld geführte „Anreizgedanke“, wonach die Schaffung von Schutzrechten zur Generierung von mehr Daten führen würde, wurde von keinem der beteiligten Unternehmen bestätigt. Stattdessen zeigte sich, dass die befragten Unternehmen faktische Schutzmöglichkeiten in Kombination mit vertraglichen Mechanismen für ausreichend halten.

Positionspapiere und Veröffentlichungen der Gruppe

Eine erste Veröffentlichung der Arbeitsgruppe war das Positionspapier „Ausschließlichkeits- und Zugangsrechte an Daten“ vom 16. August 2016. Diese Stellungnahme des Instituts wurde vor dem Hintergrund der schwelenden öffentlichen Debatte über die Einführung eines Eigentumsrechts an Daten auf EU-Ebene veröffentlicht und verstand sich als Warnung an den Gesetzgeber vor einer übereilten und unreflektierten Einführung eines Ausschließlichkeitsrechts an Daten. Das Positionspapier weist darauf hin, dass *prima facie* keine ökonomische Rechtfertigung für die Schaffung eines Ausschließlichkeitsrechts an Daten ersichtlich ist und warnt u.a. vor der Schaffung von „Informationsmonopolen“, die durch die Ein-

führung von Eigentumsrechten entstehen könnten. Das Positionspapier verdeutlicht, dass weitergehende Forschung zu den wirtschaftlichen Folgen eines Dateneigentumsrechts notwendig ist. Zudem betont es, dass nach aktuellem Kenntnisstand die faktische Kontrolle von Daten ausreicht, um interessengerechte Lösungen zu schaffen. Ein neues Ausschließlichkeitsrecht würde die Rechtssicherheit daher kaum erhöhen, könnte aber zur Verfestigung bereits bestehender „Datenmonopole“ beitragen und letztlich zu Marktmacht führen. Das Positionspapier kommt nach Untersuchung der relevanten Rechtsgebiete zu dem Ergebnis, dass der Fokus der Diskussion nicht auf der Schaffung von Ausschließlichkeitsrechten an Daten liegen sollte, sondern auf der etwaigen Schaffung von (sektorspezifischen) Zugangsrechten.

Im Anschluss an die Veröffentlichung der Mitteilung der Kommission vom 10. Januar 2017 zum „Aufbau einer europäischen Datenwirtschaft“ nahm die Arbeitsgruppe im Namen des Instituts an der nachfolgenden Konsultation durch Abgabe eines weiteren Positionspapiers teil. Dieses Papier vom April 2017 baut inhaltlich auf dem vorgenannten Positionspapier auf und setzt sich vor allem mit dem nunmehr von der Kommission aufgeworfenen Gedanken eines „Datenherstellerrechtes“ auseinander. Während die Kommission in ihrer Mitteilung die Einführung eines Datenherstellerrechts als Mittel zur Förderung des Datenzugang in Erwägung zieht, weist das Positionspapier des Instituts auf die möglichen – überschießenden – Ausschließlichkeitwirkungen eines Dateneigentumsrechts hin und empfiehlt stattdessen für spezifische Problemlagen die Formulierung von marktöffnenden und nicht übertragbaren Datenzugangsrechten. Diese Positionierung kann inhaltlich als Bekräftigung und Weiterentwicklung der Position des Instituts angesehen werden, dass Ausschließlichkeitsrechte an Daten zu dysfunktionalen Effekten führen können und dass die Schaffung sektorspezifischer Zugangsregime, soweit im Einzelfall geboten, zu vorzugswürdigen Ergebnissen führt.

Was die Diskussion auf europäischer Ebene betrifft, stand die Arbeitsgruppe stets in einem regen Gedankenaustausch mit Mitarbeitern der Kommission. So nahm schon im März 2016 ein Mitglied der Gruppe als Experte an einer Anhörung von Industrievertretern durch die Kommission zur Erforderlichkeit der Einführung eines Dateneigentumsrechts teil. Die beiden Positionspapiere wurden im Rahmen eines kontinuierlichen Gedankenaustauschs mit Kommissionsmitarbeitern abgefasst und verstehen sich als Ausdruck aktiver Politikberatung. Vor allem aber wur-

de die Positionierung des Instituts vom April 2017 wesentlich beeinflusst durch Diskussionen mit zwei Vertretern der Europäischen Kommission, die noch Anfang April 2017 an einer vom Institut organisierten Tagung des European Intellectual Property Institutes' Network (EIPIN) zu Rechtsfragen der Datenwirtschaft teilgenommen hatten.

EIPIN-Tagung 2017

Der 18. EIPIN-Kongress, der vom 6. bis zum 8. April 2017 am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb stattfand, beschäftigte sich ebenfalls mit Themen der Digitalisierung und der Datenwirtschaft. Unter dem Titel „The New Data Economy between Data Ownership, Privacy and Safeguarding Competition“ wurden diese Themen mit zahlreichen Experten aus Sicht des Immaterialgüterrechts, des Vertragsrechts, des Datenschutzes und des Kartellrechts diskutiert.

→ Kapitel D · S. 348

Nicht nur durch solche Institutsveranstaltungen, sondern auch durch weitere Veröffentlichungen, die Mitarbeit in einschlägigen Arbeitsgruppen wissenschaftlicher Vereinigungen und Verbänden sowie die Teilnahme an Konferenzen und Workshops tragen Mitarbeiter der Arbeitsgruppe zur Forschung

Post-Doc-Konferenz 2016

Die rechtliche Bedeutung von personenbezogenen Daten betrifft nicht mehr allein das Datenschutzrecht. Vielmehr sind Daten zum universellen Wirtschaftsgut geworden, so dass ihre rechtliche Behandlung eine ganzheitliche Betrachtungsweise erfordert. Die Post-Doc-Konferenz 2016 ging dem auf den Grund und stand unter dem Titel „Personal Data in Competition, Consumer Protection and IP Law – Towards a Holistic Approach?“

→ Kapitel B II 1.9 · S. 77

im Bereich der datengetriebenen Wirtschaft bei. Die Dissertationsvorhaben der beteiligten Doktoranden haben zudem regelmäßig einen Bezug zur datengetriebenen Wirtschaft. Sie betreffen etwa die rechtliche Beurteilung personalisierter Werbung an der Nahtstelle von Datenschutz- und Lauterkeitsrecht, den Rechtsrahmen in Bezug auf den Zugang zu Daten, die im Rahmen klinischer Arzneimitteltests erzeugt werden, die Datenportabilität als neues Regu-

lierungsinstrument oder die Regulierung des Marktes digitaler Bezahlssysteme.

PR

Die Arbeitsgruppe zur datengetriebenen Wirtschaft war aktiv am politisch-gesellschaftlichen Diskurs beteiligt indem sie die Ergebnisse der Grundlagenforschung in vielfältigen Kanälen publizierte. Im Juli 2017 erstellte die Gruppe ein „Argumentarium“ zum sog. Dateneigentum, das die zuvor publizierten wissenschaftlichen Stellungnahmen für Politik und Medien anschaulich zusammenfasste. Diesem „Argumentarium“ folgten im Juli 2017 ein Radiointerview (Slowinski, mdr Aktuell) und im September 2017 ein Gastbeitrag in einer überregionalen Tageszeitung (Hilty, Süddeutsche Zeitung). Darüber hinaus wurden die wesentlichen Standpunkte auch in einem online abrufbaren Video zusammengefasst (Drexel).

Weiterentwicklung der Gruppe und Ausblick

Die Arbeitsgruppe „Datengetriebene Wirtschaft“ wurde vor dem Hintergrund der Diskussion über die Schaffung von Eigentumsrechten an Daten gegründet. Sie ist sowohl in fachlicher als auch in personeller Hinsicht stetig gewachsen und kann heute – vor allem auch mit Blick auf die verschiedenen wissenschaftlichen Hintergründe und Forschungsschwerpunkte ihrer Mitglieder – auf einen reichen Erfahrungsschatz, auf hohe Fachkompetenz und auf eine starke Vernetzung mit Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zurückgreifen.

Mittlerweile wird die politische Diskussion über „Dateneigentumsrechte“ – jedenfalls auf europäischer Ebene – unter anderen Vorzeichen geführt. Insbesondere scheint sich die ursprüngliche Tendenz, in der Etablierung von Ausschließlichkeitsrechten an Daten einen zukunftssträchtigen Ansatz zu sehen, eher verflüchtigt zu haben. Diese Zurückhaltung und der Umstand, dass bisher keine unreflektierten Gesetzesvorhaben vorangetrieben worden sind, darf als Erfolg der Arbeitsgruppe gewertet werden. Gleichwohl scheint die Schaffung von Eigentumsrechten an Daten für einzelne Interessengruppen immer noch eine reale Option zu sein. Auch auf nationaler Ebene – gerade in Deutschland – könnte das Thema noch nicht ganz vom Tisch sein. Die Arbeitsgruppe sieht daher eine weitere wichtige Funktion darin, diesen

laufenden Prozess zu beobachten und zu versuchen, konstruktiven Einfluss zu nehmen.

Darüber hinaus behält die Gruppe auch die weiteren rechtlichen Implikationen der datengetriebenen Wirtschaft im Blick. Zu denken ist z.B. an die momentan von der Europäischen Kommission durchgeführte Evaluierung der Datenbank-Richtlinie, die bevorstehende Umsetzung der Geschäftsgeheimnis-Richtlinie in den Mitgliedstaaten der EU oder weitere gesetzgeberische Initiativen, so z.B. den Verordnungsvorschlag „über einen Rahmen für den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten“ als Teil der „Free Flow of Data Initiative“ der EU-Kommission.

Mit der rasanten Entwicklung der digitalen Wirtschaft rücken aber auch ganz andere Aspekte ins Blickfeld der Grundlagenforschung, die die Arbeitsgruppe noch auf längere Sicht hinaus beschäftigen dürften. Dazu gehört beispielsweise jenes weite Feld, das mit dem eher schillernden Begriff „künstliche Intelligenz“ umschrieben wird. Darüber, was genau dazu zu zählen ist, scheint noch kaum ein Konsens zu herrschen, doch liegt auf der Hand, dass damit nicht nur unzählige Hoffnungen und Visionen einhergehen, sondern auch Befürchtungen und Gefahren. Die Diskussionen um „künstliche Intelligenz“ werden von einer Vielzahl unterschiedlichster Interessen beeinflusst und dürften früher oder später den Gesetzgeber auf den Plan rufen. Potenzielle regulatorische Fragestellungen dürften dabei in sehr unterschiedliche Kompetenzbereiche fallen. Dennoch ist schon heute absehbar, dass die angestammten Forschungsgebiete des Instituts eine sehr zentrale Rolle spielen werden. Allein die Frage, inwieweit das durch Computer autonom hervorgebrachte Neue – sei es eine Kreation, die im Falle der Schöpfung durch einen Menschen Urheberrechtsschutz genießen würde, sei es eine innovative technische Entwicklung – in gleicher oder ähnlicher Weise des Rechtsschutzes bedarf wie die Fälle, in denen menschliche Intelligenz im Spiel ist, berührt grundlegende Aspekte des IP-Rechts. Der Einsatz von Algorithmen in Kombination mit enormen Rechenkapazitäten wird aber beispielsweise auch das Potential haben, Entscheidungsprozesse von Verbrauchern in einer Weise zu beeinflussen, denen mit den traditionellen Ansätzen des Wettbewerbsrecht möglicherweise nicht mehr beizukommen ist.

Ein nochmals anderer Aspekt ist die sog. Blockchain-Technologie. Sie zielt darauf ab, dezentral organisierte Daten und Transaktionen zu erleichtern, die praktisch unveränderlich in die Blockchain ein-

getragen werden. Durch die Blockchain-Technologie soll garantiert werden, dass alle Marktteilnehmer die Regeln z.B. mit Bezug auf digitale Assets einhalten. Das Potential der Technologie geht weit über digitale Kryptowährungen hinaus. So wird erwartet, dass Transaktionen aufgrund der hohen Manipulationssicherheit und Vertrauenswürdigkeit der Technologie ohne neutrale Intermediäre oder Vermittlungsstellen nachvollzogen und verifiziert werden können. Noch ist diese Technologie gerade im Hinblick auf ihre Skalierbarkeit und Effizienz unterentwickelt. Sie könnte aber in unzähligen Bereichen Anwendung finden, was generell die Frage adäquater rechtlicher Rahmenbedingungen aufwirft. So stellen sich bereits jetzt Fragen der zivilrechtlichen Einordnung sog. Smart Contracts (die „Spielregeln“ ähnlich einem Protokoll abbilden), der finanzrechtlichen Einordnung von Tokens und Kryptowährungen, der Anwendung der DSGVO bezüglich personenbezogener Daten in der Blockchain und Fragen bezüglich des zivilprozessualen Beweiswertes von Daten und Transaktionen vor Gericht. Rechtswissenschaftliche Forschung wird den technischen Eigenschaften der Blockchain-Technologie, insbesondere der Integrität, der Verfügbarkeit, der Transparenz und der schweren Veränderlichkeit, Rechnung tragen müssen. Bereits jetzt deutet sich jedenfalls an, dass Blockchains auch immaterialgüterrechtliche und kartellrechtliche Implikationen haben, mit denen sich das Institut in den kommenden Jahren befassen wird.

Es ist Ziel des Projektes, etwaigen Regelungsbedarf infolge der digitalen Transformation aus rechtlicher und tatsächlicher Sicht zu untersuchen und laufende Regulierungsvorhaben wissenschaftlich zu begleiten.

Projektleitung

Prof. Dr. Josef Drexler, Prof. Dr. Reto M. Hilty

Projektteilnehmer

Luc Desaunettes, Dr. Michèle Finck, Jure Globocnik, Franziska Greiner, Jörg Hoffmann, Leonard Hollander, Daria Kim, Heiko Richter, Peter R. Slowinski, Dr. Gintarė Surblytė, Dr. Axel Walz, Klaus Wiedemann

Projektlaufzeit

Seit 2015

1.8 EU Competition Law Remedies in the Data-Driven Economy: “New Wine” in “Old Bottles”?

In recent years, high-profile competition law investigations have targeted a number of Big Data firms. The project investigates the challenges faced by competition authorities in enforcing EU competition law rules in the context of data-driven markets. In particular, the project discusses whether the traditional antitrust theories of harm and remedies fit with the peculiarities of the data economy, and thus whether any adaptation is required.

The past decade has witnessed a rapid proliferation of new business models that mainly rely on the processing of large amounts of user data, commonly known as “Big Data”. Operators of Internet search engines, social networks and e-commerce companies are examples of Big Data firms implementing such business models. Through their online platforms these firms do not only process data for the purpose of optimising their services to Internet users in order to generate revenue, they also exploit this information for advertising purposes on behalf of their customers and even make it available in downstream data markets. Furthermore, through the advent of the Internet of Things, data is increasingly collected by sensors installed in electronic devices that interact with each other. As a result of this development, industrial manufacturers and classical services providers representing an increasing number of different industries have also begun to collect, process and make available large amounts of data.

In recent years, high-profile competition law investigations have targeted a number of Big Data firms on both sides of the Atlantic. The recent EU Commission decision in the *Google* case and the *Facebook* investigations of the German Bundeskartellamt are examples of the growing relevance of competition law enforcement vis-à-vis Big Data firms. Similarly, data-related concerns have been at the heart of the EU Commission’s analysis in the recent *Google/Sanofi*, *Microsoft/LinkedIn* and *Facebook/WhatsApp* merger decisions. Furthermore, the current *Bayer/Monsanto* merger review shows that data-related concerns can even arise in the context of competition law enforcement in classical product and service sectors, such as agriculture, transportation, insurance and finance, science and research, as well as health care.

Objectives of the Project and Research Questions

The advent of the data revolution has generated a lively debate among competition scholars and practitioners on the role and extent of competition law enforcement in data-driven markets. Hence, without doubt, how to apply competition law to the digital economy has become the most discussed meta-topic in both scholarly writing as well as in policymaking on the level of competition agencies and even legislation.

In particular, the challenges as regards defining the relevant market and identifying market power based on the control of Big Data are broadly discussed. The interaction of competition and privacy rules in data-driven markets, including the legitimacy of taking privacy concerns into account as part of competition analysis, currently attracts increasing attention.



Members of the Project Group

First row from the left: Dr. Mor Bakhoun,

Dr. Beatriz Conde Gallego, Dr. Axel Walz,

Second row from the left: Prof. Dr. Josef Drexl,

Klaus Wiedemann, Dr. Dr. Mark-Oliver Mackenrodt

Third row from the left: Dr. Marco Botta, Jure Globocnik

An intensive discussion on whether and how competition law has to adjust to algorithmic decision-making based on the use of artificial intelligence is about to emerge.

In contrast, only limited attention has so far been paid to the theories of harm and remedies in data-driven markets. Therefore, the ongoing MPI project aims to fill this gap by addressing the challenges faced by competition authorities and courts in enforcing competition law rules in Europe in the context of data-driven markets. In other words, the project aims at assessing whether the “old bottles” represented by traditional competition rules can indeed accommodate the “new wine” represented by data-driven markets.

Methodology

To answer this overarching research question, the project adopts a two-step approach: First, it will clarify whether and to what extent the traditional theories of harm also apply to data-driven markets. Secondly, it will analyse the challenges faced by competition law enforcers in imposing competition law remedies in data-driven markets. In particular, the project will look at the role of fines as well as structural (e.g. divestiture of datasets and unbundling of business activities) and behavioural remedies (e.g. data portability obligations, obligations to share a dataset, opt-in rights for users and maximum data retention time) imposed or negotiated by competition agencies in the context of investigations concerning cartels, unilateral conducts and merger control.

The project is conducted by a team of scholars including both senior researchers and doctoral students. The research questions will be answered in the form of an edited book, whereby individual team members or members as co-authors will analyse the relevance of traditional competition law theories of harm and remedies in relation to a specific anticompetitive conduct. This includes the use of algorithms as cartel facilitators, collusion through the formation and operation of data pools and data-sharing platforms as well as exclusionary and exploitative practices. Furthermore, the project looks at the interaction of competition and data protection law in the data economy in terms of theories of harm and possible remedies. The team interacts through periodical coordination meetings with the objective of conceptualising the project, designing the common research approach and ultimately guaranteeing

coherence of the writing. The team relies on a common database of decisions adopted by the EU Commission and national competition agencies in Europe in which data-related remedies have been imposed.

The project is expected to run from April 2017 through 2019. The team’s work started with a discussion on a concept paper defining the objectives, research questions, methodology and potential outcomes of the project. First conceptual outlines of the book chapters were presented by the team members in December 2017. Initial drafts of the chapters are expected to be discussed in April 2018. The chapters will then be finalised in the course of 2018. Furthermore, the project team considers discussion of the writing at a workshop with invited researchers and competition law practitioners before finally publishing the book in 2019.

Links with Other Projects on the Data Economy

The project complements the ongoing research activities at the Institute in the context of the data economy (B II 1.7, p. 69), as well as the ongoing series of MPI workshops on standardisation in the context of the Internet of Things (B II 1.10, p. 79). It also links with the Post-Doc Conference on “Personal Data in Competition, Consumer Protection and IP Law: Towards a Holistic Approach?” (B II 1.9, p. 77).

The project aims at assessing whether and to what extent the traditional EU competition law remedies and theories of harm fit with the peculiarities of the data economy, and thus whether any modification is needed.

Project Lead

Prof. Dr. Josef Drexler

Project Coordinator

Dr. Marco Botta

Project Members

Dr. Mor Bakhoun, Dr. Beatriz Conde Gallego, Jure Globocnik, Jörg Hoffmann, Germán Johannsen, Dr. Dr. Mark-Oliver Mackenrodt, Dr. Axel Walz, Klaus Wiedemann

Project Term

Ongoing

1.9 Personal Data in Competition, Consumer Protection and IP Law – Towards a Holistic Approach?

Personal data and their use constitute a fundamental building block of the digital economy. An increasing number of business models rely on personal data as a key input. In exchange for sharing their data, users benefit from personalised and innovative services. At the same time, the collection, processing and use of personal data by firms raise questions involving privacy and fundamental rights. Moreover, given the large commercial and strategic value of personal data, their accumulation, control and use may raise competition concerns and negatively affect consumers. It is, thus, a challenging task to develop a legal framework that ensures an adequate level of protection of personal data while at the same time providing an open and level playing field for businesses to develop innovative, data-based services. With this objective in mind, this project examines the significance and legal treatment of personal data in different areas of law and seeks to identify shortcomings and common principles.

To what degree and why are different fields of law particularly blind or sensitive to personal data? How can the specific approach of one area of law towards personal data inspire or complement other fields of law? How can a holistic legal approach to personal data be developed? Under the guidance of these overarching questions, the Max Planck Institute held a Post-Doc Conference in October 2016. This event allowed young scholars from different jurisdictions and disciplines to present, discuss and finally publish their research in an edited volume with Springer.

The handling of personal data can be affected and, thereby, directly and indirectly regulated by different fields of law such as competition law, unfair competition law, consumer protection law and IP law. Instead of merely providing an isolated analysis of these areas of law and their respective regulatory perspectives, the conference focused on both synergies and tensions between them, exploring ways to develop an integrated legal approach to personal data. Under analysis was how the objectives and rationales of those areas of law can be and are being accounted for.

Starting with the fundamentals of personal data, Manon Ostveen and Kristina Irion (Amsterdam) highlighted the constitutional dimension of the protection of personal data and its character as an enabling right for other fundamental rights. Hence, the constitutional underpinnings should be perceived as going beyond what is expressly codified in the European General Data Protection Regulation (EU GDPR). Helena Ursic (Leiden) showed how the EU GDPR already reflects concepts from other legal fields such as the data subjects' rights to data portability,

the right to be forgotten and the right to information. In complement to the idea of a more integrated regulatory approach, Andreas Sattler (Munich) argued for an empowerment of data subjects by introducing "a right to one's data". This would result in a right with a dual character as it would be property-like while also integrating strong aspects of a personality right. Philipp Hacker (Florence) discussed the legitimacy and pitfalls of a regulatory approach where the legislature for its part analyses the behaviour of individual citizens by using algorithms in order to create a personalised law. Focusing on competition law and personal data, Inge Graef (Tilburg) stressed the complementarity of competition, consumer protection and data protection in as far as these fields of law promote different aspects of consumer welfare. In line with the investigation of the German Federal Cartel Office (Bundeskartellamt) in its *Facebook* case, she favoured the use of data protection and consumer law principles as benchmarks for analysing whether an abuse of dominance under competition rules exists. In accordance with such an approach, Anca Chirita (Durham) provided a detailed examination of the privacy policies of some of the most relevant online platforms. The need for a coherent legal framework for the digital economy is amplified by the advent of the Internet of Things (IoT). This novel technology relies even more upon the collection of data by sensor-enabled devices and, thereby, affects the dynamics of competition and concepts of privacy. As to the latter, these business models put the legal instrument of "notice and consent" into question. Jacopo Ciani (Milan) and Björn Lundqvist (Copenhagen) in their contributions elaborated on the manifold and complex legal issues raised by the emerging IoT.



Participants at the Post-Doc Conference, October 2016

Lennart Chrobak (Zurich) analysed how personal data are approached by the existing civil law rules and pointed to possible shortcomings. The book chapter by Mark-Oliver Mackenrodt (Munich) examines the legal treatment of personal data after the death of the data subject by different fields of law in order to explore and identify possible features of a holistic approach to personal data. Emmanuela Truli (Athens) examined the conditions under which a plaintiff who has suffered harm from a breach of data protection rules can sue for damages according to the EU GDPR. Milda Macenaite (Tilburg) focussed on the child-specific rules of the EU GDPR. She compared these newly created norms with the existing legal concepts of the protection of minors in EU consumer law. Matilde Ratti (Bologna) identified common features of the regulatory techniques used in data protection and in consumer protection law. Both fields of law seek to protect the weaker subject, they attribute specific rights like the right to withdrawal to the weaker subject, and create litigation rules in their favour. However, it should be taken into account that consumer protection rules aim to balance the contractual interests of the parties while the data protection rules seek to protect a fundamental right.

Widening the view to other legal fields, Davide Mula (Rome) dealt with the right to data portability, cloud computing and consumer laws. Francesco Banterle (Milan) explored the extent to which sets of personal data collected for commercial exploitation can be the subject of IPRs, particularly of trade secrets and database *sui generis* rights. He elaborated on the ownership regime set out by the intersection between data protection and IP laws. Addressing the specific issue of targeted advertising, Guido Noto La Diega (Northumbria University) critically reviewed current regulatory approaches while developing a

specific proposal to effectively empower users with the control of their data. Bianka Maksó (Miksolc) analysed the concept of Binding Corporate Rules. This newly created instrument of self-regulation seeks to ensure that data transfers are in compliance with data protection rules. Heiko Richter (Munich) applied the concept of “private power” to the treatment of personal data by different fields of law in order to achieve a more holistic regulation of personal data.

In sum, the identification of shortcomings, common features and possible synergies underlined the need and possible steps for developing a holistic regulatory approach with regard to personal data. Such an integrated approach would result from a trade-off between different objectives and values. Whereas developing new data-based innovative products and services is important, it is equally essential to consider the fundamental rights dimensions of personal data and the protection of privacy. From an institutional perspective, the objectives and rationale of each field of law contemplated should be duly taken into account.

The goal is to analyse the legal treatment of personal data by different fields of private law, to identify shortcomings and common principles and to develop a more holistic approach.

Project Members

Dr. Mor Bakhoun,
Dr. Beatriz Conde Gallego,
Dr. Dr. Mark-Oliver Mackenrodt,
Dr. Gintarė Surblytė

Project Term

2016 – 2017

1.10 Standard Essential Patents and Standards for the Internet of Things

As in the previous years, the Max Planck Institute for Innovation and Competition has continued its work on Standard Essential Patents (SEPs) in the framework of several individual and collective publications and projects. In addition, a group of researchers at the Institute organised a conference on SEP disputes in Asian jurisdictions. Yet the integration of information and communication technologies in traditional industries, including manufacturing, poses new challenges to the complex interplay of standards and exclusive rights, soliciting the attention of policymakers and scholars alike. In the light of this, the interdisciplinary research group on SEPs launched a new project to assess the economic, legal and regulatory aspects of standards and standard essential IPRs in the context of the Internet of Things (IoT).

Access to Standard Essential Patents (SEPs) – On the Way to FRAND Determination

In the last three years, questions related to the licensing and enforcement of SEPs have continued to attract the attention of policymakers, enforcers, practitioners and academics alike. Among the manifold and complex issues that SEPs raise, much of the debate has focused on the delineation of the economic and legal contours of the FRAND concept. Unlike *de facto* standards, the inclusion of a patented technology in a standard developed by a standard setting organisation (SSO) is commonly made dependent upon the patent holder's commitment to license it on fair, reasonable and non-discriminatory (FRAND) terms. While being clear about its underlying purpose – i.e. to strike a fair balance between the SEP holders' interest in receiving an appropriate return on their innovations and the standard implementers' interest in obtaining access to the standard – the mere existence of a FRAND declaration does not necessarily prevent disputes between SEP holders and standard users in which they reproach each other for engaging in patent holdup or holdout, respectively.

Attempts to concretise the meaning of FRAND by IEEE, a major US-based SSO in the ICT sector, triggered a heated debate worldwide. Basically, the IEEE's new IP policy has introduced a strict limitation on the patent holder's right to injunctive relief and gives guidance on a more specific definition of FRAND and the calculation of FRAND royalties. A newly established interdisciplinary SEP working group at the Max Planck Institute closely followed the developments at IEEE and sought the opportunity to directly exchange views with IEEE's representatives. Without commenting here on the details of the policy change, the controversies around them show the inherent

difficulties of SSOs to successfully align the diverging interests and incentives of various stakeholders involved in the standard setting process. At the same time, well-functioning and efficient standardisation processes very much depend on self-regulation by SSOs. An individual PhD project at the Max Planck Institute aims to explore the scope for an efficient and innovation-promoting SSO self-regulation, its institutional design as well as regulatory approaches – particularly those based on competition law – for the operation of SSOs.

Shortcomings on the part of SSOs underline the relevance of the courts' role in shedding light on FRAND determination. In July 2015, the CJEU handed down its judgment on the case *Huawei v. ZTE* (Case C-170/13 *Huawei Technologies*, EU:C:2015:477) and confirmed the general applicability of Art. 102 TFEU to the conduct of a dominant SEP holder seeking an action for prohibitory injunction against a licensee willing to conclude a license on FRAND terms. Beyond its overall significance for EU competition law and its interaction with IP protection, the *Huawei* decision



Participants at the Workshop "IoT Connectivity Standards", April 2017



Dr. Fabian Gaessler, "IoT Connectivity Standards"

works out a detailed conduct-based framework for FRAND negotiation processes. In various publications and conference talks, members of the Institute have elaborated on different aspects of the *Huawei* judgment while evaluating its potential implications. Some of this work emphasises on the scope opened up in *Huawei* for FRAND-based contractual approaches. Thus, by mostly relying on general civil law concepts, the CJEU has now established a broadly applicable standard of fairness that governs the interaction between participants in standard-based markets. Despite its relevance in this context, the question of the legal nature of a FRAND declaration has not yet been definitely answered. In line with the path followed by US courts, the UK High Court in its seminal decision in *Unwired Planet v. Huawei* (*Unwired Planet v. Huawei* 2017 EWHC 711 (Pat)) has affirmed the ability of standard implementers to rely not only on competition law in order to receive a FRAND license, but also on a contractual claim following directly from the FRAND declaration. This approach, which Birrs J. derives from his interpretation of French law as the law governing ETSI IPR policy, however, contrasts with the one commonly followed by German courts. Considering both the potential of an unambiguous recognition of the FRAND declaration as establishing a third-party beneficial contract for mitigating SEP/FRAND-related problems and the current legal uncertainty surrounding this issue, other members of the Institute have encouraged the introduction of specific European legislation in this respect.

Case law on SEP/FRAND has proliferated in the wake of *Huawei*. Besides the already mentioned landmark decision in *Unwired Planet*, national courts have gradually addressed the manifold questions left opened by the CJEU's ruling, thereby contributing to make its general procedural framework operational. A similar degree of concretisation

is missing, however, with regard to alternative dispute resolution procedures. Though expressly referring to the possibility of a private-autonomous resolution of disputes, the CJEU does not hint at its concrete procedural design. Indeed, the vague reference in *Huawei* to royalty determination by an independent third party poses more questions than answers. The Max Planck Institute, in collaboration with WIPO, LES and the Munich IPDR Forum, has developed guidelines on designing alternative dispute-resolution procedures in conformity with FRAND principles (FRAND ADR Case Management Guidelines, B II 1.13, p. 90). Moreover, apart from recognising the right of standard implementers to challenge the validity and essentiality of a given SEP in court, the CJEU's ruling is silent on the issue of SEP essentiality. Admittedly, given the specific nature of preliminary rulings and the fact that this question was not submitted to it, the Court cannot be blamed for its silence. Nonetheless, evidence has shown that over-declaration of SEPs is a widespread phenomenon, mainly due to the fact that patent holders are free to self-declare potentially essential patents. No further examination is conducted during the standard development process, which has far-reaching consequences for the implementation of standards, the licensing of SEPs and ultimately for innovation and competition. Two ongoing PhD research projects at the Max Planck Institute aim to shed more light on the issue of the actual essentiality of SEPs from an economic and legal perspective. A novel and objective approach to examine the relevance of patents declared as essential for the associated standards is being developed and will be utilised to answer questions related to patent holders' incentives to engage in such over-declaring behavior.

Conference on SEP Disputes in Asian Countries

Whereas legal developments in the United States and Europe still shape the discourse on SEP/FRAND-related issues, the number of jurisdictions worldwide dealing with SEP/FRAND licensing and litigation is steadily rising. The global nature of telecommunication standards together with an increased geographic dispersion of SEP ownership, the shift of manufacturing of telecommunications devices to Asian countries and the emergence of new powerful players – Chinese companies at the forefront – fuel this trend. Competition agencies in

emerging countries are now experimenting with new approaches to SEP-related competition policy. The *Qualcomm* decision of China's National Development and Reform Commission in February 2015 is just the most prominent example. An international conference co-organised by the Max Planck Institute examined specific Asian experiences from a comparative perspective, focusing on the extent to which they may provide inspiration for globally discussed questions. The conference contributions will be published in a book in 2018. Drawing from the experiences in the EU, the US and various Asian jurisdictions, the project further aims to develop guidelines in the form of a code of conduct for SEP-related disputes. This follows an approach of regulated self-regulation which may allow lawmakers around the world to set common standards while entrusting SSOs and other expert stakeholders with the actual resolution of the disputes. The project is co-organised with the Singapore Management University.

Asian and Global Perspectives on Fostering Innovation in Interconnectivity
 The goal is to develop a code of conduct for the resolution of SEP/FRAND disputes by drawing particularly from the experience of Asian countries.

Project Lead
 Prof. Dr. Reto M. Hilty

Project Member
 Peter R. Slowinski

Project Term
 Since 2017

Interdisciplinary Project: Standards for the Internet of Things (IoT)

Still deeply immersed in the effort to create a transparent and well-balanced legal framework for SEPs in the common ICT sector, stakeholders, law enforcers and policymakers face new challenges arising from the development and convergence of novel technologies. In particular, interoperability and interconnectivity standards are called upon to play a crucial role in supporting the digital economy in times of the IoT. Aware of the fundamental questions which these current developments raise for economic

and legal research, the interdisciplinary SEP working group at the Max Planck Institute decided to launch a project aimed at grasping the economic and regulatory implications of standards and standard-essential intellectual property rights in the IoT context. By turning the focus to the IoT, the working group has consciously broadened the scope of its research, even though SEPs still remain a focal point of interest.

Standards for the Internet of Things
 The goal is to assess the economic, legal and regulatory implications of standards and standard essential intellectual property rights in the context of the Internet of Things (IoT).

Project Lead
 Prof. Dr. Josef Drexler,
 Dr. Beatriz Conde Gallego,
 Dr. Fabian Gaessler
 Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.

Project Members
 Pedro Batista, Lorenz Brachtendorf,
 Prof. Dr. Peter Picht, Jurgita Randakevičiūtė,
 Dr. Axel Walz, Alina Wernick, Haris Tsilikas

Project Term
 Since 2016

Despite the global buzz around the IoT, there is no single definition. The Internet Society, in an attempt to bring out the common aspects of the multiple definitions, uses the term where network connectivity and computing capability extend to objects, sensors and everyday items, allowing these devices to collect and exchange data with minimal human intervention. Building on this definition, the working group, in a first step, identified three different kinds of standards relevant for the IoT:

- Connectivity standards, i.e. technical standards enabling interoperability between multiple devices and across different communication networks;
- Data standards, i.e. standards ensuring that data flows are interoperable between different networks and devices; and
- Ethical standards to be followed by artificial intelligence when making decisions in lieu of humans.

Each of these standards poses its own specific issues and questions. Likewise, standardisation activities, and the debate on them, are not equally evolved. Taking this into account, the project is designed to comprise a series of three workshops, each of them addressing connectivity, data and ethical standards separately. The purpose of the workshops is twofold: first, to acquire the necessary technical and business knowledge to fully understand the significance of IoT standards; and second, to explore and discuss with experts and representatives of organisations and firms the direction in which IoT standardisation will develop in these different fields. Taking these workshops as a basis, exploratory work will continue in the form of separate issues papers aimed at identifying the particular challenges that IoT standards pose and at assessing the need for policy, regulatory or legislative actions as well as for further research.

Interdisciplinary in nature, the project reflects the various research interests of both the economics and legal departments of the Max Planck Institute. With its focus on innovation and entrepreneurship processes, the economics department's primary interest lies in examining the determinants and outcomes of innovation processes of firms and across their organisational boundaries. From a legal perspective, special attention is given to the impact that the increased need for standard-based interoperability and the changing competitive conditions in emergent IoT markets have for the regulation of competition

mechanisms, which include intellectual property rights and firm behaviour.

IoT Connectivity Standards

Without devices being able to connect to each other and to the Internet, the IoT will not succeed. Connectivity-related technologies and standards enabling interoperability in this field are therefore of utmost importance. This fact alone, however, does not distinguish the IoT from more traditional telecommunication areas such as the mobile network. The IoT is distinct in at least two ways. First, connectivity becomes ubiquitous, not only in quantitative and spatial terms, but most importantly with respect to the vast number of economic sectors that will rely on it. Second, uses for which connectivity is needed are much more diverse. These two specific characteristics of the IoT largely determine how connectivity technologies and markets develop and call for a reconsideration of the current framework of ICT standardisation, particularly regarding access to standardised technology.

In April 2017, the Max Planck Institute hosted the first of three workshops in its series, this time focusing on IoT connectivity. The workshop, which had a marked exploratory character, was structured along three main blocks of topics. To this end, the working group received guidance from technology, standardisation and IP experts to conduct further analytical work. In a first session, industry representatives (Siemens,

Workshop IoT Connectivity Standards (April 2017)

The goal is to explore and discuss with technology, standardisation and IP experts the particular challenges that standardisation in the field of IoT connectivity poses.

Participants

AIOTI, BMW, BSH Hausgeräte, Ericsson, ETSI, European Commission (DG Connect), IP*SEVA, Nokia, Orange, Sigfox, Siemens, T-Mobile International

Topics covered

Technology and market landscape – What are the main connectivity technologies relevant for the IoT? How is the technology landscape evolving? What are its competitive dynamics? How is the IoT changing the business landscape, both in general and specifically with regard to connectivity?

Standardisation landscape – How do technology diversity and market complexity impact the current framework of ICT-standardisation? What are the optimal roles of SSOs, industry alliances and stakeholder groups in IoT standard development?

IPRs landscape – What role do IPRs play in the context of IoT? How is the IoT challenging traditional models for SEPs licensing?



Prof. Dr. Josef Drexel, "IoT Connectivity Standards"



BSH Hausgeräte) and policymakers (European Commission, DG Connect) provided insights into the evolving landscape of current and future connectivity technologies relevant for the IoT as well as on the changing business and market environment in general and with regard to the IoT connectivity market. Focusing on the challenges that the IoT creates for standardisation, in a second session, representatives of different SSOs, industry consortia and technology companies (ETSI, IEEE, AIOTI, Sigfox) explained the stage of standardisation activities in the field of IoT connectivity. Beyond this mapping exercise, more fundamental questions were addressed, such as how technology and market complexity affect standardization processes and what the optimal role is for SSOs, industry alliances and stakeholder groups in the IoT standards development. In a final session, IP lawyers from different stakeholders (Ericsson, Nokia, Orange, T-Mobile International, BMW, IP*SEVA and ETSI) presented their views on the role that patents will play in the IoT and, more specifically, on how it is challenging traditional licensing models in the context of SEPs.

Building on the useful insights gained from the presentations and discussions at the workshop, the working group plans to produce an issues paper on IoT connectivity standards in early 2018. A special focus of the analysis has been to work out the technological and market factors impacting IoT standardisation and the SEP regulatory framework. As a general finding,

the Max Planck Institute advises against transferring assumptions, insights and even judicial holdings valid for the pre-IoT ICT sector to the IoT context without careful consideration. This applies above all to the relationship between standard essentiality and market power.

Depending on the specific application area – e.g. industrial manufacturing, the automotive sector, agriculture, smart cities or wearables – companies deploying IoT solutions in their businesses have a wide array of connectivity technologies to choose from. In addition to traditional cellular (2G, 3G and 4G) and short range technologies such as Bluetooth and Wi-Fi, new Low Power Wide Area (LPWA) technologies have been developed to address the needs of many IoT applications for wide area coverage and low power consumption. Competition in and among these three technology categories is currently fierce. Particularly in the LPWA area, different standardised technologies, both cellular and non-cellular, fiercely compete for adoption. Though market leaders will eventually emerge, no single connectivity standard is expected to exist in the future. The adoption of 5G as the next generation of telecommunication standards will not fundamentally change this, despite its substantial improvements for massive IoT deployments and mission-critical applications (e.g. remote surgery). As connectivity providers and device makers can select between different connectivity technologies, the ability of SEP holders to leverage

on the standard essentiality of their patents is constrained. For many IoT use cases, the relationship between SEP ownership and market dominance will thus be less straightforward than currently assumed.

Even if this circumstance may lessen some of the hurdles faced by licensing parties in negotiations, problematic issues remain and may indeed be further complicated in IoT markets. Royalty stacking is, for instance, such an issue. As a matter of principle, competition between different connectivity technologies should lower the pressure from royalty rates. Nonetheless, companies deploying IoT solutions will face the need to implement multiple standardised technologies in parallel, either because they serve various applications and use cases with different connectivity requirements or because they serve the same application but in different environments or geographies. Current proposals to tackle the problem of royalty stacking stress the need to consider the cumulative royalty rate implementers would have to pay for accessing a standard. Considering only an aggregate rate for a single standard, however, risks underestimating the cost associated with the development of complex IoT solutions. Hence, the IoT may demand more comprehensive approaches looking at the entire standards landscape, all the more so as the cost of connectivity will be a decisive factor in attracting new players investing in IoT solutions.

IoT Data Standards

Connecting objects to the Internet is just a means to an end. The primary value of the IoT comes from collecting data from devices. Insights from analysing these data help improve decision-making and optimise products and production processes, constituting the base of innovative data-related services. While making use of both common data formats and interpretations of IoT data across systems is broadly recognised as a precondition for realising the full big data potential of the IoT, data interoperability still faces considerable challenges. Thus, much of the current IoT data are gathered in vertically oriented platforms, which promote their specific interfaces and data formats. To overcome barriers preventing data integration and use, specific

industry standards and more high-level architecture standards are being developed. Additionally, unified application programming interfaces (APIs) allow the integration of different types of data into a common format and structure.

The second workshop, planned for October 2018 and organised in cooperation with the Ludwig Maximilian University of Munich, seeks to assess the role that both data standards and APIs play in achieving IoT data interoperability. Along with ascertaining the characteristics of standardisation processes in this field, the workshop delves into the effect of data interoperability (or lack thereof) on the value of certain business models. The idea behind it is that the need for interoperability as well as the significance of harmonised data formats very much depend on the specific business model that a company implements. Likewise, understanding how APIs are used to create value and which factors influence a company's decision to adopt an open or closed API model (including the selection of API interoperability standards) are central aspects of the workshop.

The economic and legal implications of data interoperability standards still have to be further investigated. A highly relevant question is to what extent – if at all – APIs deserve copyright protection. In particular, what would be the implications of copyright protection for APIs, both in terms of incentives for their provision and advancement, and with regard to the effects on competition? From a competition perspective, as market participants increasingly appreciate the benefits of sharing their data and the advantages of enhanced data interoperability, questions arise as to what extent data access may become a relevant parameter in competition and how efforts within ecosystems to promote their own technical solutions for data interoperability and access mechanisms (i.e. APIs) impact competition. Moreover, questions regarding interoperability and standardisation of data largely determine the modalities of access of a conceivable special access regulation. In this respect, the project builds on and complements the research conducted by the data group of the Max Planck Institute (B II 1.7, p. 69).

1.11 Markets, Development and Competition Law in Sub-Saharan Africa

This project seeks to explore how competition policy can help markets in Sub-Saharan Africa work for the benefit of people by lowering prices and creating space in the economy for participation by those without power and thereby make the economic process inclusive. Methodologically, the project sorts countries in Sub-Saharan Africa in clusters for which it then provides a deeper understanding of the markets, the socio-economic and political contexts and the competition laws. Based on this discussion of facts and context, the normative part of the project analyses, depending on a country's state of development, how competition law should be designed and applied to unleash the competitive potential of its markets. A specific focus is put on how a pro-development, pro-inclusive competition law should look, and how it may be different from "international standards". Beyond competition law, the project produces general insights for designing policies to promote development and economic opportunities as well as to help alleviate poverty in an increasingly globalised world.

In cooperation with a leading competition law scholar from New York University, this project analyses the market conditions in Sub-Saharan Africa, what kinds of competition-related issues hinder the healthy functioning of markets, and how a suitable competition law and policy design can help Sub-Saharan countries unleash the competitive potential of their markets and thereby boost their economic development. More concretely, it explores the specific socio-economic and political situation in Sub-Saharan African countries at various stages of development, from the small and quite undeveloped countries of West Africa to the middle-class economy of South Africa. It describes the political economy and market conditions that exist and contemplates what competition law and policy can do to make markets work for the benefit of people. Furthermore, the project considers both the difficulties arising in the process of transplanting competition law from the developed world and, conversely, the difficulties countries encounter when designing tailor-made regulatory tools suitable to the local conditions. Ultimately, the project will demonstrate how countries at various stages of development can progress in realising the UN's post-millennium development goal of sustainable inclusive development.

Any sound policy recommendations in this field must build on facts and context. Hence, a thorough understanding of the market conditions in Sub-Saharan Africa is crucial. Thus, the projects attempt to provide a deep understanding of the specific situation of a set of African countries, what they do and what they can be expected to do in terms of competition law and policy. Then, the project looks at

the transplanting of "international standards" of competition law and policy, which nevertheless were originally created for developed economies, to try to elaborate recommendations for addressing their imperfect fit for countries in a development situation.

The results of the project will be presented in a co-authored book, which is expected to be published with Oxford University Press in 2018. Part I will begin with a discussion on developing countries, economic development, and markets. It identifies some of the most pressing impediments to development, including economic and political conditions that suppress market competition. The importance of the agricultural sector, the importance of the mining sector in some countries, highly concentrated markets with stable monopolies, strong State involvement in the markets with State ownership, strong State regulation of prices especially in West Africa, lack of competition culture, a large informal economy and high entry barriers are some of the socio-economic characteristics of the markets in Sub-Saharan Africa. Part I also identifies competitive opportunities and open markets as major and necessary tools to achieve sustainable inclusive development. Accordingly, the book will make the argument that



enforcement of competition law and policy that targets anticompetitive obstacles created by public and private players to free markets are critical to achieve growth and economic development.

In a next step, the book will adopt a global perspective on competition law and policy. It will evoke the specific national roots of this body of law, the law's original ambitions to provide for moral and political discipline on the one hand, and economic discipline on the other hand. Finally it will describe the internationalisation of competition law, its technocratisation as well as the ongoing endeavours to formulate international standards and, thereby, to achieve convergence of the 130 nations of the global "antitrust family".

Then, Part I will return to the African perspective. Subdividing Sub-Saharan Africa in three clusters, it analyses more closely the competition laws of eight nations of Francophone West Africa, nine nations of Anglophone and Creole Africa and, finally, South Africa, which has by far the most advanced competition law regime in the region. For each cluster, the book discusses the main characteristics of their markets, how and why competition laws were enacted, how functional they are, and how they were influenced by culture, by scarcity of resources, and other specificities of such countries.

Part I will conclude by describing the regional competition law regimes to which the sample countries belong and other forms of regional cooperation in Africa. Here, the book will identify the problems that the regional competition regimes address and seek to solve. It will also highlight the potentials and challenges that might either advance or frustrate the usefulness of the regional regimes. Softer cooperation between competition agencies in the framework of the African Competition Forum (ACF) and bilateral cooperation will also be discussed, and their promises and challenges will be explained.

In Part II, the book will undertake a normative analysis. This analysis will start with a topography of four sets of countries at different stages of development and explore what they need for, and can handle within, their system and what formulations of world competition rules would suit their context. Further, It explores the issue of what a pro-development, economically and socially inclusive competition law looks like. How would a standard law be drafted against the backdrop of the experience of developing

rather than developed countries? As an answer to this question, the book provides guidance on how Sub-Saharan African nations should approach the drafting of their substantive laws taking into account the specific context and facts discussed for the different clusters.

In the conclusion, the book will more generally reflect on the implications of the insights produced by it for development, opportunity and poverty alleviation in an increasingly globalised world.

While the book focuses on Sub-Saharan Africa, it should be noted that this region can be considered a microcosm for the development issues of the entire world. Hence, the analysis and conclusions can be generalised. As regards developing countries, a bottom-up approach is the best way to explore the problems, and Africa provides a good starting point because it comprises most of the least-developed countries and has the largest range of countries in various stages of development.

This project on competition law in Sub-Saharan Africa follows up on the work that has been carried out in recent years at the Institute on "Competition Law in Developing Countries". Directly related to the project on competition law in Sub-Saharan Africa are three PhD projects conducted at the Institute. One of these projects, which has reached its final stage, concerns merger control in Sub-Saharan Africa. The two other PhD projects have been concluded and are separately presented in this Report. The first one dealing with South Africa's competition policy in relation to industrial and development is in line with the approach adopted for the broader analysis of the development dimension of competition law in the context of Sub-Saharan Africa (B II 3.26, p. 146). The other thesis focuses on regional integration systems in developing countries (B II 3.17, p. 128). Building on a previous project conducted at the Institute, the thesis compares the regional competition regimes of WAEMU, Caricom and the Andean Community to develop general policy recommendations for designing regional competition laws particularly from a development perspective. This thesis is particularly relevant at a time when WAEMU is in the process of revising its institutional regional framework, ECOWAS is in the final stage of setting up a regional competition authority (with the issue of its co-existence with WAEMU), and COMESA is speeding up enforcement with a functional regional competition authority.

It should be noted that now, after adoption of national competition laws in all ASEAN Member States, a discussion is emerging on whether a more integrated competition law system is needed in Southeast Asia where the ASEAN Member States, being very sensitive about national sovereignty, have so far resisted the idea of introducing a supranational competition law. The Institute has contributed a chapter on the suitability of the EU competition law model for Southeast Asia to an edited book on the future of competition law integration in that region.

Finally, the research of three other theses by now concluded focuses on competition law and

competition law aspects in developing countries. One looks at the entry analysis in Latin American competition law enforcement from a development perspective (B II 3.2, S. 98). A thesis written and defended at the University of Montpellier critically analyses the transplantation of EU competition law in Morocco (B II 3.16, p. 126). Finally, a third thesis deals with the competition-related issues of regulating telecommunications markets in Sub-Saharan Africa against the backdrop of the experience in Uganda in particular, which provides interesting insights into how a competition-based regulatory policy can also promote innovation in markets of developing countries (B II 3.1, p. 96).

The objective of the project is to promote open markets in Sub-Saharan Africa by applying competition law and policy in order to achieve efficient inclusive development.

Project Lead

Dr. Mor Bakhoun

Other members of the Institute working on competition law in developing countries

Dr. Rachel Alemu, Francisco Beneke, Prof. Dr. Josef Drexler, Amine Mansour, Julia Molestina, Balthasar Strunz

Project Term

2014–2017

1.12 Gerichtsbarkeit in der Europäischen Union

In der Europäischen Union existieren mit den Verordnungen über die Gemeinschaftsmarke und heutige Unionsmarke, über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster und über den gemeinschaftlichen Sortenschutz seit Jahren Systeme zum Schutz unionsweiter Immaterialgüterrechte. Eine auf diese Rechte zugeschnittene Unionsgerichtsbarkeit konnte dagegen trotz vorhandener Rechtsgrundlage im Primärrecht bislang nicht geschaffen werden. Zuständig für gerichtliche Verfahren zur Durchsetzung unionsweiter Immaterialgüterrechte sind die Gerichte der Mitgliedstaaten. Für das Patentrecht wurde nach langem Ringen mit dem einheitlichen Patentgericht eine Lösung gefunden, die in mancherlei Hinsicht Modellcharakter für eine Gerichtsbarkeit im Bereich der Unionsschutzrechte haben könnte. Das Institutsprojekt zur Gerichtsbarkeit in der Europäischen Union soll diese Möglichkeit unter Einbeziehung der Fragen einer einheitlichen Gerichtsbarkeit für ein künftiges Unionsurheberrecht untersuchen.

Rechte sind ohne Möglichkeiten ihrer wirkungsvollen Durchsetzung wertlos. Dies gilt wegen ihrer leichten Verletzlichkeit in besonderem Maße für Immaterialgüterrechte. Eine effektive Rechtsdurchsetzung im Immaterialgüterrecht erfordert neben geeigneten und angemessenen Sanktionen, Verfahren und Rechtsbehelfen vor allem auch ein funktionierendes Gerichtssystem. In der Europäischen Union besteht das Gerichtssystem laut EU-Vertrag aus dem EuGH, dem Gericht und den Fachgerichten. In dessen Aufgabe, die Wahrung des Unionsrechts zu gewährleisten, sind aber auch die Gerichte der Mitgliedstaaten einbezogen. Verfahren in der Union, die unionsrechtlich geregelte Immaterialgüterrechte betreffen, bedürfen deshalb klarer Regeln zur gerichtlichen Zuständigkeit und insbesondere zur internationalen Zuständigkeit der Gerichte der Mitgliedstaaten.

Nach dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) besteht für unionsweite Immaterialgüterrechte wie die Unionsmarken, die Gemeinschaftsgeschmacksmuster und den unionsweiten Sortenschutz die Möglichkeit der Schaffung einer Unionsgerichtsbarkeit. Von ihr hat der Gesetzgeber bislang jedoch keinen Gebrauch gemacht. Zuständig für gerichtliche Verfahren, die diese unionsweiten Rechte betreffen, sind deshalb die Gerichte der Mitgliedstaaten. Deren internationale Zuständigkeit ist in den Verordnungen über diese Rechte und ergänzend in der Brüssel I-Verordnung geregelt, die aus dem Übereinkommen von Brüssel über die gerichtliche Zuständigkeit aus dem Jahre 1968 hervorgegangen ist. Dieses den Gerichten der Mitgliedstaaten übertragene Gerichtssystem für unionsweite Schutzrechte hat in der Praxis zu erheblichen Problemen geführt. Für das Europäische Patentsystem wurde nach langem Ringen mit dem einheitlichen Patentgericht eine andere Lösung gefunden.

Das Institutsprojekt über die Gerichtsbarkeit in der Europäischen Union nimmt diese divergierenden Systeme zum Anlass, die Möglichkeiten einer Unionsgerichtsbarkeit im Immaterialgüterrecht zu analysieren.

Mit einer bereits weit fortgeschrittenen empirischen Studie zu Verfahren wegen Verletzung von Unionsmarken in 13 ausgewählten Mitgliedstaaten (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Österreich, Polen, Schweden, Spanien, Tschechische Republik und Ungarn) soll festgestellt werden, inwieweit die Gerichte der Mitgliedstaaten in diesen Verfahren einheitlichen Grundsätzen folgen und das Einheitlichkeitsprinzip der Unionsmarke bei Verletzungen verwirklicht ist. In einem Workshop, den das Institut im März 2017 mit 40 Experten aus acht Mitgliedstaaten der Union, den USA und der Schweiz veranstaltet hat, wurden die Erfahrungen mit den gegenwärtigen Gerichtssystemen im Bereich der unionsweiten Immaterialgüterrechte und im Urheberrecht ausgetauscht und diskutiert. Besondere Impulse erhielt die Debatte durch das Modell des einheitlichen Patentgerichts und die Frage, ob sich dessen Strukturen für eine künftige Unionsgerichtsbarkeit eignen.

Das Inkrafttreten des Übereinkommens über ein einheitliches Patentgericht ist durch den bevorstehenden Austritt Großbritanniens aus der Union zwar in Frage gestellt (B II 1.3, S. 57). Die wissenschaftlichen Fragestellungen, die mit der unionsweiten Zuständigkeit dieses Gerichts im Patentrecht verbunden sind, einschließlich der Frage, ob und inwieweit das Patentgericht ein Vorbild für die Schaffung einer einheitlichen Gerichtsbarkeit für andere Immaterialgüterrechte darstellen könnte, haben dadurch aber nicht an Aktualität verloren.

Das einheitliche Patentgericht ist ein internationales Gericht, das seine Errichtung einem internationalen Übereinkommen zwischen denjenigen Mitgliedstaaten verdankt, die an der verstärkten Zusammenarbeit im Patentrecht teilnehmen. Mit diesem Übereinkommen konnte das Einstimmigkeitsprinzip des AEUV, das für die Begründung einer Unionsgerichtsbarkeit für Unionsrechte im Bereich des geistigen Eigentums die Zustimmung aller Mitgliedstaaten verlangt, überwunden werden. Das Patentgericht wird für Verfahren wegen Verletzung oder Nichtigkeit europäischer

Patente ohne und mit einheitlicher Wirkung ausschließlich zuständig sein. Ausgeklammert von dieser ausschließlichen Zuständigkeit sind Verfahren über rein nationale Patente. Diese Beschränkung beruht aber nicht auf der internationalen Rechtsgrundlage des Gerichts, sondern auf rechtspolitischen Erwägungen und den Interessen der Vertragsmitgliedstaaten. Denn in anderen Bereichen wie dem der ergänzenden Schutzzertifikate besitzt das Patentgericht durchaus Zuständigkeit für Rechte, die von nationalen Ämtern erteilt werden. Es wird ferner auch nationales Recht anwenden müssen. Allerdings enthält das Übereinkommen über das einheitliche Patentgericht in weiten Teilen einheitliche materiellrechtliche Vorschriften, insbesondere auch in Bereichen wie den Ansprüchen aus einer Schutzrechtsverletzung, wo die Verordnungen über die Unionsschutzrechte auf das nationale Recht verweisen.



Diese Zuständigkeit eines einheitlichen Gerichts auch für nationale Rechte wäre im Bereich des Markenrechts und des Designrechts wichtig, weil dort infolge des Koexistenzprinzips häufig parallele Unionsrechte und nationale Rechte bestehen und in gerichtlichen Verfahren kumulativ durchgesetzt werden. Ebenso werden in solchen Verfahren nicht selten Ansprüche wegen Verletzung dieser Rechte mit Ansprüchen aus dem UWG kombiniert. Das Ziel einer einheitlichen Gerichtsbarkeit, einheitliche Entscheidungen über identisch gelagerte Sachverhalte zu gewährleisten, wäre gefährdet, würde man die Zuständigkeit für Uni-

onsrechte und für nationale Rechte zwischen einem einheitlichen Unionsgericht und nationalen Gerichten aufteilen. Manche Lösung für das Patentgericht scheint auf eine einheitliche Gerichtsbarkeit für die existierenden Unionsrechte des geistigen Eigentums übertragbar zu sein und ihre Schaffung zu erleichtern.

Es gibt aber auch Bedenken gegen das System des einheitlichen Patentgerichts. Zum einen wird eingesetzt, das System sei nicht ausgewogen und biete dem Patentinhaber oder Lizenznehmer als Kläger ungerechtfertigte prozessuale oder materielle Vorteile.

Zum anderen wird kritisiert, die Verfasser des Einheitspatentpakets hätten aufgrund entsprechenden Drucks einiger Mitgliedstaaten versucht, die Rolle des EuGH so weit wie möglich zu beschränken. Ob dies gelungen ist, ist allerdings fraglich, da verschiedene Vorschriften des Übereinkommens dem Unionsrecht nachgebildet sind und das von dem Patentgericht zu beachtende TRIPS-Übereinkommen der Auslegungszuständigkeit des EuGH sowieso unterliegt. Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb wird die Relevanz dieser Bedenken und die Eignung des einheitlichen Patentgerichts als Vorbild für eine Gerichtsbarkeit im Bereich der Unionsschutzrechte wissenschaftlich analysieren. Dabei wird das Projekt auch die Frage nach der Ausgestaltung einer einheitlichen Gerichtsbarkeit für ein künftiges Unionsurheberrecht einbeziehen und die Zusammenhänge mit nationalen Urheberrechten berücksichtigen.

Ziel des Projekts ist es, Lösungsansätze für die Schaffung einer einheitlichen Gerichtsbarkeit für unionsweite Immaterialgüterrechte zu entwickeln.

Projektleiter

Prof. Dr. Reto Hilty, Dr. Roland Knaak, Dr. Roberto Romandini, Prof. Dr. Annette Kur

Teilnehmer des Workshops

Judge Richard Arnold, Dr. Fritz Blumer, Prof. Dr. Morten Broberg, Fernand De Visscher, Prof. Dr. Jacques De Werra, Prof. Dr. Graeme Dinwoodie, Prof. Dr. John F. Duffy, Dr. Fabian Gaessler, Panagiota Geraka, Prof. Dietmar Harhoff, Prof. Dr. Christian Heinze, Prof. Dr. Reto M. Hilty, Prof. Dr. Thomas Jaeger, Prof. Dr. Ruth Jamal, Dr. Roland Knaak, Prof. Dr. Annette Kur, Dr. Matthias Lamping, Prof. Dr. Matthias Leistner, Prof. Duncan N. Matthews, Prof. Dr. Axel Metzger, Dr. Valentina Moscon, Prof. Dr. Alexander von Mühlendahl, Prof. Dr. Jan Bernd Nordemann, Prof. Dr. Ansgar Ohly, Prof. Dr. Christian Osterrieth, Florian Paschold, Wouter Pors, Alfred Radauer, Prof. Dr. Marco Ricolfi, Dr. Roberto Romandini, Peter Slowinski, Prof. Dr. Winfried Tilmann, Prof. Dr. Paul Torremans, Prof. Luigi Carlo Ubertazzi, Prof. Dr. Hanns Ullrich, Łukasz Żelechowski

Projektlaufzeit

Bis 2021

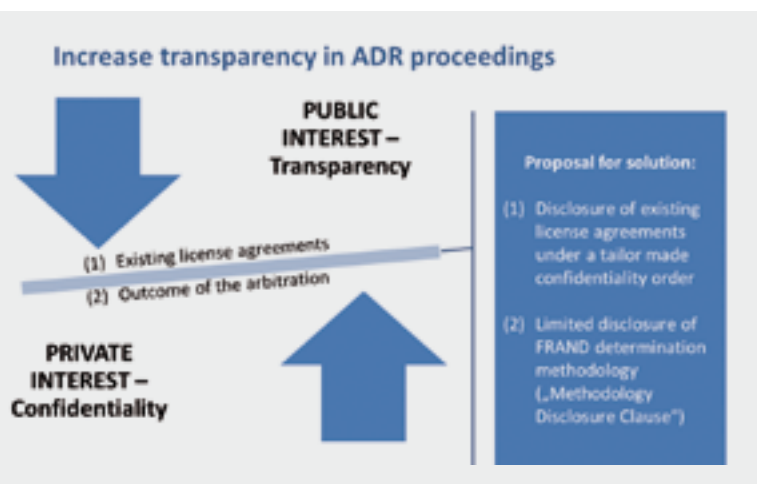
1.13 Immaterialgüter- und kartellrechtliche Streitigkeiten als Gegenstand schiedsgerichtlicher Verfahren

Alternative Streitlösungsverfahren begegnen gerade im Zusammenhang mit immaterialgüter- und kartellrechtlichen Streitigkeiten oftmals Bedenken. So wird die grundlegende Frage nach deren Schiedsfähigkeit nach wie vor nicht einheitlich beantwortet. Unter dem Gesichtspunkt fehlender Transparenz und fehlenden Beitrages zur Fortbildung des Rechts ergeben sich auch aus dem Blickwinkel des öffentlichen Interesses berechtigte Kritikpunkte. Dem steht ein in der Praxis steigendes Interesse an alternativen Streitlösungsmethoden gegenüber. In der rechtswissenschaftlichen Forschung führt die alternative Streitlösung bei immaterialgüter- und kartellrechtlichen Streitigkeiten noch ein Schattendasein. Diese Lücke möchte das vorliegende Forschungsprojekt schließen und dabei nicht nur einen Diskussionsbeitrag leisten, sondern zugleich praxistaugliche Lösungsvorschläge erarbeiten.

Neben staatlichen Gerichtsverfahren spielen für die Durchsetzung immaterialgüter- und kartellrechtlicher Ansprüche alternative Streitlösungsverfahren wie Mediation und Schiedsverfahren eine zunehmend wichtige Rolle. Dies zeigt sich bereits daran, dass staatliche Gerichte in den letzten Jahren insbesondere für patentrechtliche Streitigkeiten ihr autoritatives Streitlösungsinstrumentarium um gerichtsinterne Mediationen ergänzt haben. Insbesondere bei grenzüberschreitenden Konflikten kommt darüber hinaus auch den gängigen Mediations- und Schiedsinstitutionen im Bereich immaterialgüterrechtlicher Streitigkeiten, allen voran der WIPO und der ICC, eine wachsende Bedeutung zu. Die Gründe für die zunehmende Relevanz alternativer Streitlösung sind vielfältig. Neben allgemeinen Erwägungen betreffend die mit entsprechenden Verfahren verbundene größere Flexibilität der Verfahrensgestaltung, der Auswahl der das Verfahren steuernden und ggf. entscheidenden Personen sowie der Möglichkeit, parallel in verschiedenen Jurisdiktionen anhängige Streitigkeiten zu konsolidieren und damit widerstreitende Urteile zu vermeiden, stellt insbesondere der in aller Regel effektivere Vertraulichkeitsschutz einen Hauptgrund seitens der Parteien dar. Die Kehrseite der Medaille ist, dass die Erkenntnisse der im Rahmen von Schieds-

und Mediationsverfahren erfolgenden Rechtsfindung mangels Transparenz nicht der Allgemeinheit zu Gute kommen und daher nicht zur Rechtsentwicklung und Rechtssicherheit beitragen. Insbesondere bei Streitigkeiten mit erheblichen Auswirkungen auf öffentliche Interessen, wie dies bei immaterialgüterrechtlichen Bestands- und kartellrechtlichen Streitigkeiten generell der Fall ist, stellt dies ein erhebliches Defizit dar.

Das vorliegende Forschungsprojekt widmet sich derzeit schwerpunktmäßig den aus der Telekommunikationsindustrie bekannten Streitigkeiten um standardessentielle Patente. Die Schwerpunktsetzung geht aus wirtschaftlicher Sicht auf die zunehmende Bedeutung von Technologiestandards zurück. Mit Blick auf die zunehmende Vernetzung sämtlicher Wirtschafts- und Lebensbereiche ist davon auszugehen, dass Technologiestandards vermehrt eine industrieübergreifende Rolle spielen und insoweit auch weniger standardisierungserfahrene Parteien in entsprechende Streitigkeiten verwickelt werden. In einer ersten, nicht die klassische Telekommunikationsindustrie betreffenden Prozessserie hat der Chiphersteller Broadcom Ende 2017 die Automobilunternehmen Audi und VW wegen vermeintlicher Patentverletzung im Zusammenhang mit der Verwendung der Technologiestandards Bluetooth und WLAN verklagt. Dies dürfte indes nur der Auftakt für weitere, entsprechende Patentverletzungsprozesse sein. Über die Automobilindustrie hinaus basieren Innovationen in nahezu allen Wirtschaftssektoren immer mehr zu einem erheblichen Teil auf der Verfügbarkeit von Kommunikationsstandards, da nur so sichergestellt werden kann, dass Produkte über Unternehmens- und Industriegrenzen hinweg Daten miteinander austauschen können. Mit der industrieübergreifenden Relevanz von Streitigkeiten um standardessentielle Patente geht ein gesteigertes



Bedürfnis nach Verfügbarkeit entsprechender Technologiestandards und dementsprechender Rechtssicherheit einher. Die hinreichende Verfügbarkeit von Technologiestandards wird dabei in juristischer Hinsicht durch einen allgemein anerkannten, auf kartellrechtliche Erwägungen gestützten Kontrahierungszwang sichergestellt. Demzufolge sind Inhaber der für entsprechende Technologiestandards essentiellen Patente verpflichtet, die zu Grunde liegenden Erfindungen zu FRAND-Konditionen an interessierte Dritte zu lizenzieren, um Technologiestandards implementierende Folgeinnovationen zu ermöglichen. Während die Grundlagen der FRAND-Lizenzierungspflicht sowie deren Geltendmachung in gerichtlichen Streitigkeiten um patentrechtliche Unterlassungsverfügungen in gewissem Maße geklärt sind, ist nach wie vor unklar, wie konkrete FRAND-konforme Konditionen zu bestimmen und entsprechende Streitverfahren zur Festlegung von FRAND-Konditionen zu führen sind. Angesichts der Komplexität der Bemessung von FRAND-Lizenzgebühren wird insoweit der Ruf nach geeigneten, maßgeschneiderten Streitverfahren lauter. Zwar haben staatliche Gerichte aus rechtlicher Sicht zweifellos die Kompetenz, FRAND-Bedingungen zu bestimmen. Fraglich ist jedoch, ob staatliche Gerichte angesichts der oftmals vorwiegend an zeitlicher Effizienz orientierten Verfahrensgestaltung das geeignete Forum für FRAND-Streitigkeiten darstellen. Die Europäische Kommission hat bereits wiederholt auf die Schiedsgerichtsbarkeit als mögliches alternatives Streitlösungsinstrument verwiesen. Auch der EuGH zeigt in seinem wegweisenden Urteil vom 16.07.2015 (C-170/13, Tz. 68 – Huawei) die Möglichkeit einer privatautonomen Streitlösung auf, beschränkt sich aber für die Verfahrensgestaltung auf den (unklaren) Hinweis, dass „die Lizenzgebühren durch einen unabhängigen Dritten, der innerhalb einer kurzen Frist entscheidet, festgelegt werden“ können.

Um in diesem wirtschaftlich bedeutsamen Bereich die Rechtsklarheit zu fördern und einen Beitrag zur Steigerung der Effizienz der Streitlösung zu leisten, hat das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb gemeinsam mit dem Munich IP Dispute Resolution Forum e.V. als Kooperationspartner im Rahmen einer Reihe von Workshops (u.a. in München, London, Helsinki und Genf) Leitlinien erstellt, die Parteien, Richtern, Schiedsrichtern und Mediatoren dabei helfen sollen, Streitigkeiten um FRAND-Lizenzen und standardessentielle Patente effektiv und in kartellrechtskonformer Art und Weise zu lösen. Die „FRAND ADR Case Management Guidelines“ wollen dabei die Vorteile staatlicher und schiedsgerichtlicher Verfahren miteinander kombinieren und zugleich einen Ausgleich

zwischen dem vorwiegend von Seiten der Streitparteien gewünschten Vertraulichkeitsschutz und der im öffentlichen Interesse liegenden Verfahrenstransparenz erzielen. Die Guidelines schlagen daher neben verschiedenen verfahrensspezifischen Optionen für FRAND-spezifische alternative Streitverfahren (Mediation, Schiedsverfahren, Schiedsgutachten, hybride Verfahren) eine Litigation-Carve-Out Lösung vor. Während staatliche Gerichte für die Entscheidung zur Verletzung und Wirksamkeit von Patenten zuständig bleiben, wird die Bestimmung einer FRAND-Konditionen entsprechenden Lizenz einem alternativen Streitlösungsverfahren überantwortet. Generell sollen die Prozessbeteiligten angeregt werden, sich ihrer Prozessautonomie bewusst zu werden und diese durch eine flexiblere und einzelfallgerechte Gestaltung prozessualer Rahmenbedingungen nutzbar zu machen.

Mit Blick auf die notwendige Zugänglichkeit standardessentieller Technologien schlagen die Guidelines vor, im Rahmen alternativer Streitverfahren eine Transparenzklausel zu vereinbaren. Schiedsgerichte wären demnach etwa verpflichtet, die zur Bestimmung einer FRAND-Lizenz herangezogene Methodik zu veröffentlichen. Für künftige Standardnutzer bietet dies ein Mehr an Rechts- und damit Investitionssicherheit, da eine Berechnung der für die Nutzung eines bestimmten Technologiestandards anfallenden Kosten leichter möglich ist.

Auf Basis der Grundlagenforschung im Bereich der alternativen Streitlösung bei immateriälgüter- und kartellrechtlichen Streitigkeiten werden praxistaugliche Lösungsvorschläge im Zusammenhang mit der Gestaltung prozessualer Rahmenbedingungen erarbeitet.

Projektleitung

Dr. Axel Walz

Projektteilnehmer

Prof. Dr. Peter Picht

Kooperationspartner

Munich IP Dispute Resolution Forum e.V.

Projektlaufzeit

Seit 2016



2 Habilitation

Vom materiellen Wert des Immateriellen – Immaterialgüterrechte als Kreditsicherungsmittel im nationalen und internationalen Rechtsverkehr

Der Einsatz von Immaterialgüterrechten als Kreditsicherungsmittel nimmt national wie international an Bedeutung zu. Der Rechtsrahmen hat mit dieser Entwicklung aber in mancher Hinsicht nicht Schritt gehalten. Die hier vorgestellte Studie arbeitet die rechtlichen und ökonomischen Grundlagen solcher Transaktionen heraus, zeigt für ihre wichtigsten Facetten Schwachstellen der Rechtsordnung auf und unterbreitet jeweils detaillierte Lösungsvorschläge. Damit will sie auch einen Beitrag leisten zu übergreifenden Themen wie dem Einsatz von Schutzrechten als Transaktionsgegenstand – auch außerhalb der Kreditbesicherung – sowie der Frage nach dem richtigen Schutzzumfang von Immaterialgüterrechten in wirtschaftlicher Hinsicht.



Peter Picht

Betreuer
Prof. Dr. Josef Drexl

Der Einsatz von Immaterialgüterrechten (IP) als Mittel zur Besicherung von Krediten bietet sich einerseits für die Finanzierung von Startups an. Andererseits kann er eine wichtige Rolle in M&A-Transaktionen spielen, die typischerweise kreditfinanziert sind, wobei diese Kredite mit den Vermögenswerten der beteiligten Unternehmen besichert werden. Das immaterielle Vermögen von Unternehmen nimmt eine immer größere Bedeutung ein; Unternehmen gehören heute nicht mehr zu den wertvollsten der Welt wegen ihrer Maschinen oder Fabrikhallen, sondern wegen der Wertschätzung ihrer Marken und ihrer Innovationstätigkeit. Damit steigt das Interesse, Immaterialgüterrechte als Vermögensgegenstand im Rahmen unternehmerischer Transaktionen, einschließlich zum Zwecke der Kreditsicherung, zu nutzen. Rechtliche Fehlstellungen stehen jedoch einer noch größeren Akzeptanz und intensiveren Nutzung von Schutzrechten als Kreditsicherungsmittel im Wege. Die Studie analysiert unter Heranziehung empirischer Befunde (insbesondere Vertragsgestaltungen in realen Transaktionen) die verschiedenen Facetten der IP-Kreditbesicherung, identifiziert Schwachstel-

len und entwickelt Lösungsvorschläge. Sie leistet auch einen Beitrag zur übergeordneten Thematik des Einsatzes von Immaterialgüterrechten als Transaktionsgegenstände, wie beispielsweise beim Verkauf oder bei der Lizenzierung von Rechteportfolios.

Grundlagen

Im Grundlagenteil arbeitet die Studie vor allem heraus, dass der Einsatz von Immaterialgüterrechten zur Kreditbesicherung bei sachgerechter Ausgestaltung im Grundsatz durch das Recht zu fördern ist, weil – stark verkürzt gesagt – die Kreditbesicherung als solche eine Fehlverhalten abwehrende Kontrolle des Schuldnerverhaltens erlaubt und Transaktionen ermöglicht, die ohne Kreditbesicherung wegen des zu hohen Risikos nicht stattfinden würden. Damit trägt sie zugleich zu einem Kernziel des Immaterialgüterrechts bei, nämlich der Förderung einer innovativen, leistungsfähigen Volkswirtschaft. Der Einsatz von Immaterialgüterrechten als Sicherungsgut gibt ökonomische Potenziale frei und ermöglicht gerade in innovationsgetriebenen und immaterialgüterrechtlich geprägten Märkten überhaupt erst die Erreichung der beschriebenen Zwecke des Kreditsicherungs- und Immaterialgüterrechts. Allerdings muss die Rechtsordnung auch gegenläufige, schutzwürdige Interessen verteidigen, etwa diejenigen von unbesicherten Gläubigern oder in die Sicherungstransaktionen nicht involvierten Lizenznehmern.

In instrumenteller Hinsicht sollte für die Realisierung der Schutzzwecke der IP-Kreditbesicherung vorrangig auf die privatautonome Vertragsgestaltung gesetzt werden, subsidiär sind aber auch gesetzliche und richterrechtliche Auffangregeln und zwingende Grenzen der privatautonomen Gestaltung vorzuse-

hen. Die ökonomische Analyse trägt nicht zuletzt verhaltensökonomische Gesichtspunkte bei, welche die Erforderlichkeit von Leitplanken für das Verhalten der privaten Marktakteure unterstreichen.

Die Grundsatzfrage, ob sich Immaterialgüterrechte ihrem dogmatischen Wesen nach für den Einsatz als Kreditsicherheiten im Rahmen des geltenden Rechts überhaupt eignen, ist untrennbar verbunden mit der Frage nach dem Verhältnis des Immaterialgüterrechts zum allgemeinen Kreditsicherheitsrecht, womit zugleich das Verhältnis zum allgemeinen Zivilrecht überhaupt angesprochen ist. Obgleich die Regeln des BGB nicht auf Immaterialgüterrechte zugeschnitten sind, der Gesetzgeber durch die Schaffung immaterialgüterrechtlicher Sondergesetze eher den Weg einer Spaltung von Immaterialgüterrecht und allgemeinem Zivilrecht gegangen ist und die dogmatische Einordnung von Schutzrechten und Lizenzen in mancher Hinsicht als ungesichert angesehen werden muss, liegt zwischen dem Immaterialgüter- und dem allgemein-zivilrechtlichen Vermögensrecht keine Kluft, die eine komplementäre Anwendung der beiden Rechtsbereiche verbieten würde. Eine Formel zur Beschreibung des facettenreichen Verhältnisses von Immaterialgüterrechten und allgemeinem Vermögensrecht, namentlich Kreditsicherheitsrecht kann lauten, dass der Immaterialgüterrechtsgesetzgeber kein im Detail vorgefertigtes Rechtsinstitut „Eigentum“ aufoktroiert erhält. Vielmehr kann er in dem durch die Rechtsordnung, vor allem durch die ihrerseits normgeprägte Verfassung gezogenen Rahmen die Schutzrechte weitgehend frei nach den Funktionsbedürfnissen des Immaterialgüterrechts ausgestalten. Die Freiheit in der Ausgestaltung des Immaterialgüterrechts findet indes etwa dort eine Grenze, wo die Funktionsfähigkeit des Komplementärsystems aus allgemeinem Zivilrecht und Immaterialgüterrecht nicht mehr gewährleistet ist. Die Überzeugungskraft des in der Studie vertretenen „Funktionalisierungsansatzes“ zeigt sich unter anderem an der Entwicklung der Diskussion um die Dinglichkeit von Lizenzen, in der unter dem Druck der Sachzwänge die Transaktionseignung der Lizenz weitgehend unabhängig davon etabliert ist, wie sich die jeweiligen Diskursteilnehmer dogmatisch positionieren.

Entstehen der IP-Kreditsicherheit

Neben einer ganzen Reihe weiterer, hier nicht im Einzelnen darstellbarer Aspekte, legt der Teil der Studie zum Entstehen der Kreditsicherheit einen Schwerpunkt auf die Rolle der Schutzrechtsregister. Die normative Analyse dieser Register ergibt eine Lage, die in sehr wichtigen Aspekten nicht abschlie-

ßend geklärt ist und viel Rechtsunsicherheit für die Parteien einer konkreten Transaktion, aber auch den Rechtsverkehr mit sich bringt. Ein wesentlicher Quell dieser Situation ist die begrenzte, teils auch rein fakultative Rolle der Register, weil sie beständig in rechtlicher Perspektive die Frage nach dem genauen Verlauf der Grenzlinien der Registerwirkung aufwirft und in ökonomisch-tatsächlicher Hinsicht die Sorge des Rechtsverkehrs provoziert, inwieweit dem Register getraut werden kann. Zumindest für den Bereich der Europäischen Union erscheint als Reaktion auf diesen Befund eine Vereinheitlichung der Registerrechte als wünschenswert. Neben der Rechtsvergleichung sprechen insbesondere auch die jüngsten Entwicklungen im nationalen deutschen Immaterialgüterrecht dafür, bei dieser Vereinheitlichung Funktion und Bedeutung der Register gegenüber dem heute im deutschen Recht etablierten Niveau auszuweiten. Hinzu kommen die Befunde einer ökonomischen und Interessenanalyse, wonach der Transaktionskostensaldo durch eine Registerstärkung positiv verändert werden dürfte, ein Nichtregistrierungsinteresse der Sicherungsparteien als wenig schutzwürdig erscheint und sich im Gegenteil ein ausgeprägter Verkehrsschutz, auch durch die Möglichkeit eines gutgläubigen IP-Erwerbs, aufdrängt. Die Arbeit unterbreitet denn auch konkrete Vorschläge für eine Reform der Schutzrechtsregister.

Sicherungsphase

Die Sicherungsphase ist die Phase zwischen der Begründung des IP-Sicherheitsrechts und dem Ende der Vertragsbeziehung zwischen Sicherungsgeber und Sicherungsnehmer durch vollständige Rückzahlung des Kredits, Insolvenz des Sicherungsnehmers oder Verwertung der IP-Kreditsicherheit mittels Zwangsvollstreckung. Für diesen Zeitraum gilt es vor allem, die Befugnisse des Sicherungsgebers und des Sicherungsnehmers im Verhältnis zueinander sowie zu Dritten sinnvoll abzugrenzen. Das betrifft die Nutzung des Immaterialgüterrechts (etwa zur Herstellung von Produkten), die Verteidigung gegen rechtliche Angriffe, die Erteilung von Lizenzen an Dritte, aber auch die Möglichkeit zu einem gutgläubigen Erwerb des Sicherungsgegenstandes durch Dritte unter Wegfall des Sicherheitsrechts. Neben der Entwicklung von Lösungsansätzen für diese Fragen legt die Arbeit einen Schwerpunkt auf die sachgerechte Verteilung der Haftung für fehlerhafte IP-basierte Produkte sowie auf die Entwicklung von Verhaltenspflichten für das Dreiecksverhältnis zwischen Sicherungsgeber, Sicherungsnehmer und Lizenznehmern am IP-Sicherungsgegenstand.

Beendigung des Sicherungsverhältnisses

Im Hinblick auf das Ende des Sicherungsverhältnisses besteht ein Untersuchungsbedarf weniger in Bezug auf Konstellationen, in denen das Sicherungsverhältnis durch Tilgung der gesicherten Forderung endet, als vielmehr für die Fälle eines Verwertungszugriffs durch den Sicherungsnehmer sowie der Insolvenz des Sicherungsgebers. Das geltende Recht lässt hier schwerwiegende Mängel erkennen. Die Regelungen über die Pfandverwertung sind überhaupt nicht auf Immaterialgüterrechte ausgelegt. An einem kohärenten gesetzlichen Regelungsbestand für die Verwertung von IP-Sicherungseigentum fehlt es völlig. Die Behandlung von Immaterialgüterrechten in der Insolvenz krankt vor allem daran, dass es dem Gesetzgeber trotz mehrfacher Anläufe und inständigem Drängen durch Wissenschaft und Praxis nicht gelungen ist, eine sinnvolle Regelung für die Behandlung von Lizenzen zu schaffen. Aber auch die Ausgestaltung des grundsätzlichen Zustimmungsvorbehalts des Urhebers bei der Insolvenzverwertung von urheberrechtlichen Nutzungs- und Verwertungsrechten ist ungeklärt. Die Arbeit unterbreitet für alle diese Problembereiche detaillierte Reformvorschläge. Als Leitwertung muss hierbei die Verwertung von IP-Sicherheiten effektiv kompensieren, effektiv allozieren und dabei Funktionszusammenhänge wie etwa bestehende Lizenzen schützen. Rücksicht ist nicht nur auf die Interessen des Sicherungsgebers zu nehmen, sondern auch auf andere *stakeholder*, insbesondere drittbeteiligte Lizenzparteien.

Rechtsordnungsübergreifende Dimension

Schließlich geht die Studie auch der Frage nach, welches Recht auf die einzelnen Aspekte von IP-Besicherungen zur Anwendung kommt, wenn die Transaktion Bezüge zu mehr als einer Rechtsordnung aufweist, etwa weil Schutzrechte aus unterschiedlichen Ländern als Sicherungsgut herangezogen werden. In Auseinandersetzung mit dem geltenden deutschen und europäischen Kollisionsrecht sowie Modellentwürfen aus der Wissenschaft entwickelt die Arbeit „best practice“-Regeln insbesondere für das Darlehensvertragsstatut, das Sicherungsvertragsstatut, das Schutzrechtsstatut sowie das Kreditsicherungsstatut in konkreter Gestalt des Statuts für IP-Sicherungsgegenstände. Eine wichtige Leitwertung ist es hierbei, dass für eine sich zunehmend globalisierende Wirtschaft und damit auch zunehmend rechtsordnungsübergreifende Transaktionen Kollisionsregeln wenig helfen, welche den Vorgang in eine Vielzahl kleinteiliger,

durch nationale Rechte beherrschter Elemente zerlegen und damit Wertungswidersprüche und einen unter Umständen nicht mehr beherrschbaren Transaktionsaufwand generieren. Wenigstens für den Bereich der EU bedarf es vielmehr in materiellrechtlicher und verfahrensrechtlicher Hinsicht einer Vereinheitlichung oder wenigstens besseren Abstimmung der nationalen Rechtsregeln.

Immaterialgüterrechte als Transaktionsgegenstand

In einem abschließenden Ausblick fragt die Arbeit, welche Erkenntnisse aus der Analyse von Besicherungskonstellationen für den Einsatz von Immaterialgüterrechten als Transaktionsgegenstand in anderen Bereichen gezogen werden können und wo eine solche Transaktionsnutzung in Zukunft möglicherweise verstärkte Bedeutung gewinnen kann. Gerade die Kreditbesicherung zeigt, dass die Reallokation von Schutzrechten auch dann Triebkraft einer gesunden Wirtschaftsentwicklung sein kann, wenn sie weg vom Schöpfer und (ursprünglichen) Nutzer führt. Dies gilt freilich nur, wenn Schutzrechtstransaktionen in einen passenden Rechtsrahmen eingefügt werden. Schlagwortartige Vorgaben für diesen Rechtsrahmen sind die genügende Berücksichtigung mehrseitiger Rechtsverhältnisse (inklusive einer Klärung der Rechtslage im Hinblick auf Lizenzbeziehungen), eine Stärkung der Immaterialgüterrechtsregister, oder etwa auch eine maßvolle Rechtsvereinheitlichung auf europäischer Ebene. Neben dem Immaterialgüter- und dem Kreditsicherungsrecht müssen auch andere Rechtsbereiche einen Beitrag leisten, etwa das Steuer-, das Bilanzierungs- und das Wettbewerbsrecht. Das Recht kann freilich nicht mehr tun, als dem Markt einen möglichst sachgerechten Rahmen zu bieten. Außerrechtliche Faktoren entscheiden mit über die künftige Transaktionsnutzung von Immaterialgüterrechten. Zu ihrer Erforschung und Gestaltung sind – neben der Politik – Nachbardisziplinen wie die Wirtschaftspsychologie oder die Entrepreneurship-Forschung aufgerufen. Klargestellt sei aber auch: Mit diesen Überlegungen wird in keiner Weise einer Expansion von Schutzrechtsbestand und Schutzrechtstransaktionen um ihrer selbst willen das Wort geredet. Im Gegenteil verstärkt eine zunehmende Marktattraktivität von und Marktaktivität in Bezug auf IP-Transaktionen den ohnehin schon dringenden Bedarf nach einer besseren Qualitätskontrolle bei der Schutzrechtserteilung sowie nach einer kritischen Überprüfung der Befugnisse, die mit der Schutzrechtsinhaberschaft verbunden sind.



B

3 Dissertationen

3.1

Promoting Competition in the Telecommunications Markets of Sub-Saharan Countries through Liberalisation: An Analysis of the Regulatory Framework in Uganda

This study addresses the issue whether the existing regulatory framework governing the telecommunications sector in countries in Sub-Saharan Africa effectively deals with emerging competition-related concerns in the liberalised market. Within the space of two decades, the telecommunications industry in the region has gone from being characterised by poorly developed infrastructure with less than 1% of the population having access to telecommunications services in 1994, to having an 82% telephone penetration rate in 2016. This drastic change has been due to the opening-up of the telecommunications sector to competition. While the liberalisation of the telecommunications market has led to increased access to telecommunication services, it has also resulted in a number of competition-related regulatory concerns, key among which are: high interconnection rates, spectrum scarcity and anti-competitive behaviour. Using Uganda as a case study, the relevant provisions of the law governing competition in the telecommunications sector are analysed.

Purpose and Background

The introduction of competition in the telecommunications sector following the liberalisation of this sector has not taken away the need for regulatory intervention. In the absence of perfect competition, regulatory intervention is still needed to ensure a level playing field among competitors and maintain sustainable competition in the telecommunications markets. However, in contrast to the monopoly period where regulatory intervention focused on price control to ensure that the monopoly operator did not exploit its privileged position in the liberalised telecommunications market, regulatory intervention entails a significant change in the nature of oversight to an approach that focuses on, *inter alia*, fostering and maintaining competitive telecommunications markets.

However, the increasing number of competition-related regulatory concerns prevalent in the liberalised telecommunications sector in Sub-Saharan Africa including anti-competitive behaviour, high interconnection rates, and spectrum scarcity, suggest that the existing regulatory framework for competition in the telecommunications industry in different countries in the region does not reflect the change in regulatory requirements.

On that basis, this study focuses on the issue whether the existing regulatory framework for the telecommunications sector in countries in Sub-Saharan Africa effectively deals with emerging competition-related concerns in the liberalised industry. In order to address this issue, Uganda is used as a case study. The choice of Uganda among all other Sub-Saharan Africa countries is primarily because it is one of the pioneer countries in the region taking concrete steps to liberalise the telecommunications sector in the mid-1990s, with the industry regulator having significant experience in the post-liberalised telecommunications market. Furthermore, Uganda still relies exclusively on sector-specific rules to govern competition in the telecommunications industry. This approach is an exception to the norm (both at the regional and global level) whereby national competition legislation plays a role in the regulation of the telecommunications sector. Thus, by focusing on Uganda, one can establish whether exclusive reliance on sector-specific rules to govern the telecommunications industry is the appropriate regulatory approach for facilitating sustainable competition in the liberalised telecommunications sector.

Research Questions

In order to analyse the efficacy of the regulatory environment for competition in the telecommuni-

cations sector, the following questions are specifically addressed as having the greatest bearing on sustainable competition in the telecommunications market in Uganda:

- (1) Whether Uganda's regulatory framework for telecommunications provides sufficient measures to prevent or curb anti-competitive behaviour in the sector;
- (2) Closely connected to the first issue is whether the relevant sector-specific competition rules in Uganda are encompassing enough to deal with the anti-competitive conduct of large multinational telecommunications groups, particularly with regard to cross-border mergers;
- (3) Whether the regulatory framework promotes fair and efficient interconnection and network access;
- (4) Whether there is efficient spectrum management, specifically with regard to the spectrum for mobile services; and
- (5) Whether competition law should play a significant role in the sector, which is already subject to regulatory control by an independent regulator implementing sector-specific rules.

Key Findings and Conclusions

The analysis has led to three key findings. Firstly, while legislation on interconnection and spectrum management is comprehensive, inefficient enforcement of the legislation has perpetuated concerns surrounding spectrum scarcity and interconnection. Secondly, the legislative framework governing anti-competitive behaviour, though in line with the established principles of competition law, is not sufficient. Specifically, the framework is not equipped to govern conduct of multinational

telecommunications groups that have a strong presence in the telecommunications market. Key factors hampering efficient competition regulation are Uganda's sole reliance on sector-specific competition rules, limited remedies available, and a regulator with limited experience in enforcing competition legislation. The weaknesses in the framework strongly suggest the need for the adoption of an economy-wide competition law. Thirdly, wireless technology is the main means through which the population in Uganda accesses telecommunications services. Greater emphasis should be placed on regulating conduct in the wireless communications markets.

In conclusion, the telecommunications regulator in Uganda should be more engaged in the enforcement of legislation aimed at promoting competition in the telecommunications sector. Additionally, the enactment of a national competition law is needed to enhance competition regulation in the telecommunications market. Last but not least, as wireless technology is the essence of the telecommunications industry in Uganda, telecommunications policy should focus primarily on fostering the growth of wireless communications infrastructure and services. In particular, wireless technology is the most efficient means of providing services in rural areas. The analysis shows that, given the absence of a working network of landlines, Western telecommunications laws are not a sufficient model for Sub-Saharan regulation. Yet the analysis also shows that competition-oriented regulation can considerably contribute to the dissemination of modern wireless services in that country and, thereby, contribute to sustainable development.



Rachel Alemu

Doktorvater
Betreuer am Institut
Finanzierung
Auszeichnung

Prof. Dr. Josef Drexl

Dr. Dr. Mark-Oliver Mackenrodt

**Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb
Fakultätspreis der Juristischen Fakultät der
LMU München**

3.2

Entry Analysis in Latin American Competition Law Enforcement – Why Development Matters

There are socio-economic problems that are more intense or pervasive in developing countries and, at the same time, affect market entry decisions of firms. Some examples are weak public institutions and the uncertainty they generate, scarcity of skilled labor, and underdeveloped financial markets, which affect the profitability and viability of investment projects. There is a strong empirical case for the causal association flowing from these problems in lower investment and entry rates in the economy. On the other hand, some countries that have been able to overcome these issues present higher investment and entry rates vis-à-vis advanced economies. Therefore, competition authorities should take these factors into account if they are to avoid error costs when determining if there is ease of entry and, therefore, no market power concerns.

The study explores market entry analysis in a group of four Latin American countries – Mexico, El Salvador, Colombia and Chile – in order to examine whether the authorities explicitly or implicitly take into account the economic characteristics covered in the study – widespread corruption, political instability and policy uncertainty, political influence of incumbent firms, underdeveloped financial markets, and scarcity of skilled labor – when evaluating entry within unilateral conduct cases. The authorities' criteria regarding the assessment of market entry are compared to those of the EU and US authorities in order to establish the influence of the two latter jurisdictions and the extent to which it is justified in light of different socio-economic contexts. The dissertation also provides a framework on how antitrust authorities can incorporate the characteristics covered in the research into their decisions.

One important finding of the dissertation is that, with few exceptions, investment conditions and economic performance (1991–2015) in most of Latin America (including Mexico, El Salvador and Colombia) have been poor. Chile, however, has been one of the notable exceptions. These socio-economic differences are outside the radar of the competition authorities in the Latin American countries under study. That was certainly to be expected since competition scholarship is also oblivious to them.

The study also attempts to infer an implicit perception of good or bad investment conditions in the economy from the authorities' part based on their analysis of entry impediments. In some cases, it was clear that the competition agencies in Mexico, Colombia and El Salvador reached a finding of high entry barriers quite easily and without reference to evidence.

However, the criteria were not always uniform across cases and, in addition, there is still the possibility that such omissions were mere mistakes. Therefore, the question of whether the relative strictness is based on the disbelief that markets can generally correct themselves through the process of entry.

Chilean case law is similarly difficult to interpret in this sense. Its Competition Law Tribunal was indeed the only Latin American authority that, during the period under study (2011–2015), dismissed market power concerns on the basis of insufficient evidence of entry barriers (even though the market shares in questions were high by any standard). One possible explanation is that the Tribunal has a favorable perception of investment conditions grounded on the country's strong economic performance and institutions. On the other hand, this could also be due to the fact that Chile's adjudicating and prosecuting entities are entirely separate. This can lead the former to be more critical of the latter's (or a plaintiff's) arguments regarding entry barriers.

Another important finding is that EU case law has had a greater influence in the Latin American countries under study than US case law. Whether this influence is justified based on the different socio-economic conditions depends on each factor analysed.

For example, where financial constraints are at issue, some circuit courts in the US are concerned only if there is evidence of asymmetric funding costs between incumbents and entrants. The CJEU, for its part, has always shown apprehension for high capital requirements in themselves. This latter approach is the one followed by Mexico, El Salvador and Colombia. Theoretically, an entry barrier exists only if the funding

costs faced by entrants are higher than those faced by incumbents when, all else constant, the expected profitability is the same. The EU's approach, as well as that of the mentioned Latin American countries, is therefore conceptually wrong. In practice, however, the criterion may not be so far off the mark since in most cases capital markets do not work perfectly.

In this case, the EU approach, though conceptually wrong, can be, with some adjustments, more adequate for countries with an underdeveloped financial system. In these economies, the need for a substantial amount of capital in a market could trigger a rebuttable presumption of asymmetric costs, based on the fact that capital markets do not work properly. Then the defendant firms would have the burden of proving that such an asymmetry does not exist.

Another illustrative example analysed in the study relates to the role of competition law when there are market-specific regulations aimed at curtailing market power. In the interconnection of network cases that were analysed, the US showed greater reliance in the regulatory framework to solve market power problems. In contrast, the EU authorities were more ready to enforce competition laws.

The approach of the EU is more appropriate for countries with weak institutions. In addition, in the selected Latin American countries where there was an interconnection case, the records contained evidence that showed how inadequate the enforcement of the regulations was in ensuring competitive markets. In such a situation, the reasoning used in the US loses its validity because the additional benefits that competition law intervention can bring in the face of a dysfunctional regulatory scheme justify competition law enforcement.

Finally, the study proposes a framework on how to incorporate the socio-economic characteristics that have been analysed into entry analysis. The approach focuses on the specific channels through which entry is affected, the markets that will be more prone to certain problems, and the evidence that best portrays the intensity of the problem not only in the country but also in the market that is being analysed by the authority.

For example, heavily regulated industries in which entry causes substantial sunk costs are more prone to be affected by political instability and policy uncertainty. Profits in such markets depend to a large extent on public policy. The evidence that best describes the stability of the political situation is composite indexes, which capture the complexity of the phenomenon, as opposed to simple measures used in the empirical literature (e.g. number of coups). Regarding policy uncertainty, evidence composed of methodologically sound perception measures coupled with objective measures of policy volatility can be combined.

In the case of scarcity of skilled labour, markets that used highly specialised and complex technologies are the ones more prone to be affected by this problem. The evidence has to include both economy-wide and market-specific measures. As a first step, a macro problem of low levels of education can justify a more in-depth search on whether the specific market suffers from scarcity of skilled labour. Then the authority can proceed to obtain evidence on whether an entrant would be able to obtain the skilled workers it needs at the same cost as incumbents.



Francisco Beneke

Doktorvater
Betreuer am Institut
Finanzierung

Prof. Dr. Thomas Ackermann

Dr. Mor Bakhoun

Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb

3.3

Der Teileschutz im Urheberrecht

Die Entwicklung der digitalen Technologie ermöglicht die Verwendung auch kleinster Teile von urheberrechtlich geschützten Werken und von Schutzgegenständen der verschiedenen verwandten Schutzrechte. Angesichts dieser tatsächlichen Entwicklung stellt sich in rechtlicher Hinsicht die Frage, ob es eine de minimis-Grenze für den Schutz von Teilen dieser Schutzgegenstände gibt und, wenn ja, nach welchen Maßstäben sich diese Schutzgrenze richtet. Bisher ungeklärt ist zudem, ob für alle verwandten Schutzrechte einheitliche Maßstäbe für den Teileschutz gelten. Diese Fragen werden in Deutschland, Frankreich und im Vereinigten Königreich bislang nahezu ausschließlich auf der Ebene des nationalen Rechts diskutiert. Die vorliegende Arbeit zeigt dagegen, dass diesbezüglich eine weitgehende Harmonisierung eingetreten ist, und untersucht die insoweit geltenden unionsrechtlichen Maßstäbe. Auf dieser Grundlage wird ein allgemeiner Lösungsansatz für den Teileschutz im Urheberrecht und bei den verwandten Schutzrechten entwickelt.

Die Arbeit ist in zwei Teile gegliedert. Der erste Teil befasst sich mit dem Schutz von Werkteilen, der zweite Teil mit dem Teileschutz bei den zahlreichen und teilweise sehr unterschiedlichen verwandten Schutzrechten.

Den Ausgangspunkt der Arbeit bildet die Untersuchung der *Infopaq*-Rechtsprechung des EuGH zum Schutz von Werkteilen. In inhaltlicher Hinsicht wurde durch das *Infopaq*-Urteil und die Folgeurteile des EuGH festgelegt, dass ein Werkteil nur geschützt ist, wenn er für sich genommen die Voraussetzungen eines schutzfähigen Werks erfüllt, d. h. eine eigene geistige Schöpfung darstellt. Für die Entwicklung seiner Rechtsprechung knüpft der EuGH dabei an die Regelung des Vervielfältigungsrechts in Art. 2 RL 2001/29/EG an, der zufolge der Urheber auch gegen eine teilweise Vervielfältigung geschützt ist. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass es sich bei der Frage des Teileschutzes nicht um einen Aspekt der Verwertungsrechte handelt, sondern um einen Teilaspekt des Schutzzumfangs, der den einzelnen Verwertungsrechten systematisch vorgelagert und an der Schnittstelle zwischen dem Schutzgegenstand und den Verwertungsrechten zu verorten ist. Diese systematische Verortung hat jedoch zur Folge, dass mit der horizontalen Vollharmonisierung einzelner Verwertungsrechte auch eine Vollharmonisierung der Maßstäbe für den Teileschutz einhergeht. Zugleich bewirkt die vertikale Vollharmonisierung einzelner Werkarten auch insoweit eine Vollharmonisierung des Teileschutzes. Infolgedessen sind die Mitgliedstaaten inzwischen weitgehend an die unionsrechtlichen Maßstäbe für den Schutz von Werkteilen gebunden. Die Untersuchung der Rechtsprechung und Literatur in Deutschland, Frankreich

und im Vereinigten Königreich zeigt allerdings, dass die Vorgaben des EuGH im Wesentlichen den Maßstäben entsprechen, die bereits zuvor in Deutschland und Frankreich galten. Lediglich im Vereinigten Königreich ist eine entsprechende Anpassung der Auslegung der Regelung in Sec. 16(3)(a) CDPA 1988 erforderlich, wonach der Schutz sich auf die Gesamtheit oder einen wesentlichen Teil („substantial part“) eines Werks erstreckt.

Dagegen stellt sich der Meinungsstand zum Teileschutz bei den verwandten Schutzrechten sehr uneinheitlich dar. Diesbezüglich bestehen teilweise erhebliche Abweichungen sowohl zwischen den einzelnen Rechtsordnungen als auch zwischen den einzelnen Schutzrechten, die auf Unterschiede hinsichtlich des Ursprungs der Schutzrechte, ihres Schutzzwecks, ihrer Voraussetzungen, ihres Schutzgegenstands und der jeweils angeordneten Rechtsfolgen zurückgeführt werden können. Zudem fehlt es insoweit bisher – außer für das vollharmonisierte Datenbankherstellerrrecht – an expliziten unionsrechtlichen Vorgaben. Auch die einschlägigen internationalen Abkommen (GTA, Rom-Abkommen, TRIPS, WPPT und BTAP) enthalten lediglich in Art. 1 lit. c GTA eine ausdrückliche Regelung, der zufolge die Vertragsstaaten zumindest wesentliche Teile eines Tonträgers schützen müssen. Zunächst untersucht die Arbeit daher in separaten Länderberichten, welche Kriterien für die unterschiedlichen Schutzrechte in den nationalen Rechtsordnungen in Deutschland, Frankreich und im Vereinigten Königreich jeweils im Einzelnen vorgeschlagen werden. Auf dieser Grundlage werden verschiedene schutzrechtsübergreifende Lösungsansätze herausgearbeitet und auf ihre Tauglichkeit überprüft.

Die oben genannte Rechtsprechung des EuGH legt aber nahe, dass die Frage des Teileschutzes auch im Rahmen der verwandten Schutzrechte nunmehr ausschließlich nach unionsrechtlichen Maßstäben zu lösen ist, soweit vollharmonisierte Verwertungsrechte betroffen sind (horizontale Harmonisierung) oder die Entstehungsvoraussetzungen und der Schutzgegenstand eines verwandten Schutzrechts vollständig harmonisiert wurden (vertikale Harmonisierung). Daher müssen die für den Teileschutz vorgeschlagenen Maßstäbe insbesondere auf ihre Vereinbarkeit mit den unionsrechtlichen Grundrechten überprüft werden. Ein unbegrenzter Schutz auch kleinster Teile wäre dabei – auch unter Berücksichtigung der einschlägigen Schrankenregelungen des Art. 5 RL 2001/29/EG – mit der Kunstfreiheit (Art. 13 GRCh) der Nutzer unvereinbar. Zudem widerspräche ein derart weitreichender Schutz dem Zweck der verwandten Schutzrechte, den Schutzberechtigten (nur) eine angemessene, nicht eine höchstmögliche Vergütung zu gewährleisten.

Der in der Arbeit entwickelte Lösungsansatz unterscheidet für die Bestimmung des Maßstabs für den Teileschutz zwischen zwei Kategorien von Schutzrechten: Inhaltsrechten und Codierungsrechten.

Als Inhaltsrechte werden solche Schutzrechte bezeichnet, deren Schutzgegenstand ein spezifisches geistiges Produkt ist, für das bestimmte qualitative Anforderungen gelten, und deren Rechtsinhaber nicht nur gegen (unmittelbare oder mittelbare)

technische Übernahmen geschützt ist, sondern auch gegen Nachahmungen. Aus dieser Ausgestaltung der Inhaltsrechte folgt, dass Teile des Schutzgegenstands geschützt sind, wenn sie für sich genommen die Merkmale des Schutzgegenstands erfüllen und damit schon für sich genommen das Schutzrecht zur Entstehung bringen. Zu den Inhaltsrechten zählen das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte für Erstausgaben, für kritische und wissenschaftliche Ausgaben sowie für Datenbanken.

Dagegen ist ein Schutzrecht in die Kategorie der Codierungsrechte einzuordnen, wenn Schutzgegenstand eine konkrete Codierung von Inhalten ist und nur ein Schutz gegen technische Übernahmen besteht. Dies ist beim Schutz von Lichtbildern, ausübenden Künstlern, Tonträgerherstellern, Filmherstellern, Sendeunternehmen und Presseverlegern der Fall. Aufgrund der wettbewerbsrechtlichen Prägung der Codierungsrechte ist auch die Schutzzfähigkeit von Teilen der jeweiligen Schutzgegenstände anhand eines wettbewerbsrechtlich orientierten Maßstabs zu beurteilen. Ein Teil ist daher schutzfähig, wenn er in wettbewerblicher Hinsicht wesentlich ist, d. h. wenn er für den jeweiligen Schutzgegenstand qualitativ so prägend ist, dass durch seine Übernahme ein Produkt entsteht, das objektiv geeignet ist, den Schutzgegenstand zu substituieren, und daher zu diesem in Wettbewerb tritt. Außerdem ist der Schutzrechtsinhaber – zur Vermeidung von Missbrauch – auch gegen die isolierte Verwertung unwesentlicher Teile des Schutzgegenstands geschützt.



Sebastian Benz

Doktorvater
Betreuer am Institut
Finanzierung
Auszeichnung

Prof. Dr. Ansgar Ohly

Dr. Kaya Köklü, Dr. Valentina Moscon

**Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb
Fakultätspreis der Juristischen Fakultät der
LMU München**

3.4

Die Kohärenz der Harmonisierung irreführender vergleichender Werbung in Deutschland und England

Die Arbeit widmet sich der Einheitlichkeit des Harmonisierungsansatzes im europäischen Lauterkeitsrecht und seiner Umsetzung in den diametral unterschiedlichen Rechtsordnungen Deutschlands und Englands. Als Pars pro Toto für die Untersuchung der Kohärenz der Harmonisierung wurde der irreführende Werbevergleich gewählt, dessen rechtliche Beurteilung den Rechtsanwender aufgrund der Komplexität der unionsrechtlichen und nationalen Regulierung vor erhebliche Herausforderungen stellt und welchem in der alltäglichen Werbepraxis erhebliche Bedeutung zukommt. Die Untersuchung versucht dabei u.a. durch Regelungsvorschläge de lege ferenda, einerseits, und durch ausführliche Fallstudien, andererseits, nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die Rechtspraxis anzusprechen.

Inhalt

Im Rahmen des Teils zum Unionsrecht erfolgt eine systematische Darstellung der EuGH-Rechtsprechung zu irreführenden Werbevergleichen sowie eine Untersuchung der jeweiligen Übertragbarkeit von B2B- und B2C-Judikatur, der wechselseitigen methodologischen Übertragbarkeit von Richtlinienvorschriften, namentlich der Richtlinie 2005/29/EG (UGP-RL) und der Richtlinie 2006/114/EG (WerbeRL), und der Problemstellung, in welchem Umfang die Pflicht zur Angabe von Informationspflichten i. S. v. Art. 7 UGP-RL auf den Werbevergleich, insbesondere das Mitbewerberprodukt, Anwendung findet.

Für das deutsche Recht findet eine ausführliche Abgrenzung der Anwendbarkeit der §§ 5 III 1. Alt, 5 I, 5a I UWG und §§ 5 III 1. Alt, 5a II-IV UWG sowie eine systematisierte Analyse der bisherigen nationalen Rechtsprechung statt. Bezüglich des englischen Rechts erfolgt eine umfassende Darstellung des *Statutory Law*, des *Common Law* und der freiwilligen Selbstkontrolle, welche auch aktuelle Reformbestrebungen und das *Soft Law* der *Competition and Markets Authority* berücksichtigt. Ein Schwerpunkt liegt ferner auf einer umfangreichen Studie zur Fallpraxis in der freiwilligen Selbstkontrolle.

Abschließend zeigt die Arbeit gemeinsame Tendenzen und Unterschiede für den Harmonisierungsprozess in Deutschland und England auf und kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Irreführungsmaßstäbe in den Mitgliedstaaten nicht in dem Maße unterscheiden wie oft behauptet wird.

Methodik

Methodischer Ausgangspunkt der Untersuchung ist das europäische Primär- und Sekundärrecht und dessen Auslegung durch die Rechtsprechung des EuGH im Rahmen einer Fallstudie. Unter Heranziehung der europäischen Methodenlehre erfolgt eine Untersuchung der wechselseitigen Übertragbarkeit von Regelungen für den B2B- und B2C-Bereich und der hierzu ergangenen EuGH-Rechtsprechung, um Vorschläge für eine kohärente Anwendung zu formulieren. Auf Grundlage dieses Normenrahmens und der dazu ergangenen Rechtsprechung werden allgemeine Grundsätze zur Irreführung bei selektiven Auswahlentscheidungen erarbeitet.

Auf dem Fundament dieses europäischen Rechtsrahmens aufbauend werden die nationalen Rechtsordnungen in Deutschland und England unter Hervorhebung der jeweiligen nationalen Besonderheiten dargestellt. Die jeweils ergangene nationale Rechtsprechung wird dabei im Rahmen einer Fallstudie auf die Vereinbarkeit mit der Rechtsprechung des EuGH hin untersucht und es werden Lösungsansätze mittels einer richtlinienkonformen Auslegung vorgeschlagen und allgemeine Grundsätze zur Irreführung bei selektiven Auswahlentscheidungen herausdestilliert.

Die Untersuchung legt diese Analyse der beiden nationalen Rechtsordnungen dem abschließenden Rechtsvergleich zugrunde.

Thesen

Als zentrale Thesen benennt die Untersuchung zum einen Harmonisierungshindernisse auf europäischer und nationaler Ebene, zum anderen betont sie den materiell-rechtlichen Harmonisierungserfolg.

Als Harmonisierungshindernis wird erstens die beschränkte Kohärenz unionsrechtlicher Sekundärrechtsakte ausgemacht, die sich in der Verwendung inhaltlich äußerst unbestimmter Rechtsbegriffe, einer nicht eindeutigen Systematik innerhalb der UGP- und WerbeRL, widersprechenden Sprachfassungen, einer nicht hinreichenden Abstimmung der Anwendungsbereiche und Verzahnungen zwischen beiden Richtlinien äußert und durch eine begründungsarme EuGH-Rechtsprechung verschärft wird. Zweitens kann ein divergierendes Schutzniveau zwischen B2B- und B2C-Verkehr ausgemacht werden, dessen pauschalisierende Differenzierung nicht überzeugt. Drittens fungieren die historischen, mitgliedstaatlichen Regelungsansätze als Hindernis für die Harmonisierung. Die besonders schlanke Umsetzung durch das UWG in Deutschland führt teilweise zu einer Überschreitung der Grenzen der richtlinienkonformen Auslegung. In England wird demgegenüber das *Common Law* nicht als vom Anwendungsbereich der Richtlinien umfasst gesehen und die administrative Durchsetzung des *Statutory Law* führt dazu, dass der Schwerpunkt der Rechtspraxis im Bereich der freiwilligen Selbstkontrolle liegt. In engem Zusammenhang steht hierzu viertens die Steuerung des Harmonisierungsprozesses durch unterschiedliche Modelle der Rechtsdurch-

setzung. Die in England schwerpunktmäßig verwaltungsrechtliche Durchsetzung des *Statutory Law* führt aufgrund des hohen Aufgreifermessens der zuständigen Behörden zu einer nicht unerheblichen Beeinträchtigung der Effektivität der materiell-rechtlichen Umsetzung.

Diesen Harmonisierungshindernissen steht jedoch ein materiell-rechtlicher Harmonisierungserfolg gegenüber. So bestehen sowohl in der deutschen als auch englischen Rechtsordnung einheitliche Grundsätze zur Irreführung durch selektive Auswahlentscheidungen. Während in Deutschland Werbevergleiche in den letzten Jahren fast ausschließlich im Telekommunikationssektor zu finden sind, werden in England Werbevergleiche äußerst aggressiv in Märkten mit starkem Preiswettbewerb wie im Lebensmitteleinzelhandel forciert. Die unionsrechtlichen Vorgaben zur Irreführung durch Werbevergleiche werden in der Rechtspraxis beider Mitgliedstaaten weitgehend zutreffend umgesetzt. So ist in beiden Rechtssystemen eine Irreführung durch selektive Auswahlentscheidungen des Werbenden – in Deutschland in Grundzügen bereits vor der Rechtsprechung des EuGH – anerkannt. Das Vorurteil, in England herrsche eine „laxere“ Einstellung gegenüber Irreführungen, mag für das Richterrecht des *Common Law* zutreffen. Das in der Praxis die mit Abstand größere Rolle spielende System der freiwilligen Selbstkontrolle unterstellt Werbevergleiche indes einer umfassenden und nicht zu milden Irreführungskontrolle und verweist ausdrücklich auf die unionsrechtlichen Vorgaben.



Philipp Eckel

Doktorvater
Betreuerin am Institut
Finanzierung

Prof. Dr. Helmut Köhler

Prof. Dr. Frauke Henning-Bodewig

Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb

Veröffentlichung

Eckel, Philipp: Die Kohärenz der Harmonisierung von irreführender vergleichender Werbung in Deutschland und England (Schriftenreihe zum gewerblichen Rechtsschutz, 192), Carl Heymanns Verlag, Köln 2015, XXIX, 416 S.

Schutz von Informationen im Patentrecht? – Eine rechtsvergleichende Betrachtung des derivativen Erzeugnisschutzes unter besonderer Berücksichtigung von Daten

Der Begriff des derivativen Erzeugnisschutzes bezeichnet ein patentrechtliches Schutzinstrument, mit dem der Patentinhaber bzw. Lizenznehmer Dritten nicht nur die Anwendung des patentierten Verfahrens untersagen kann, sondern auch die Nutzung der durch ein patentiertes Verfahren hergestellten Erzeugnisse. Die Arbeit widmet sich der Frage, ob und unter welchen Umständen Informationen und Daten Gegenstand derivativen Erzeugnisschutzes sein können und sollen. Die Bedeutung dieser Frage ergibt sich bereits aus dem hohen wirtschaftlichen Stellenwert, der Informationen und Daten beigemessen wird. Die Frage erlangt weitere Relevanz vor dem Hintergrund des in jüngerer Zeit lauter werdenden rechtspolitischen Rufs nach einem Ausschließlichkeitsrecht für Daten. Denn eine fundierte Diskussion über die Schaffung neuer Ausschließlichkeitsrechte setzt stets Sicherheit darüber voraus, ob der in Rede stehende Schutzgegenstand bereits von bestehenden Exklusivitätsrechten erfasst wird. Nicht ausschließlich – aber auch – zu dieser Frage leistet die Arbeit einen Beitrag, indem sie analysiert, ob Informationen und Daten Gegenstand patentrechtlichen derivativen Erzeugnisschutzes sein sollen und können.

Ausgangspunkt der Arbeit ist die Definition und Beleuchtung des Untersuchungsgegenstands. Dieser setzt sich zusammen aus einer rechtlichen Komponente, dem Schutzinstrument des derivativen Erzeugnisschutzes, und einer tatsächlichen Komponente, dem Phänomen „Informationen“ mitsamt den verschiedenen Verfahren, mit deren Hilfe Informationen gewonnen werden. Zur Beleuchtung der rechtlichen Komponente werden die jeweiligen nationalen, europäischen und internationalen Rechtsquellen des derivativen Erzeugnisschutzes und ihr Verhältnis zueinander erörtert. Zudem wird der grundsätzliche Wirkmechanismus des derivativen Erzeugnisschutzes vorgestellt. Sodann konzentriert sich die Arbeit auf das Thema „Informationen“: Es wird das in der Arbeit verwendete Verständnis von Informationen definiert. Dabei wird klargestellt, dass Daten als computerlesbare Informationen und somit als eine Untergruppe von Informationen verstanden werden. Zudem werden die Charakteristika aufgezeigt, die Informationen im Vergleich zu anderen Gegenständen innewohnen. Um eine möglichst differenzierte Analyse der übergeordneten Forschungsfrage zu ermöglichen, werden schließlich die Besonderheiten der verschiedenen zur Anwendung kommenden Verfahren zur Gewinnung von Informationen herausgearbeitet und Fallgruppen gebildet.

Der zweite Teil der Arbeit befasst sich aus ökonomischer Sicht mit der Frage, ob derivativer Erzeugnisschutz für Informationen zu gewähren ist. Patente sollen Innovationen fördern und damit dynamische

Effizienz schaffen. Zugleich entstehen jedoch volkswirtschaftliche Kosten, weil der Imitationswettbewerb ausgeschlossen wird. Nur wenn der volkswirtschaftliche Nutzen die Kosten überwiegt, bleibt aus ökonomischer Sicht Raum für Patentschutz. Eine Quantifizierung von Nutzen, einerseits, und Kosten, andererseits, ist jedoch in den meisten Fällen kaum möglich. Die Arbeit wählt daher einen vergleichenden, zweistufigen Ansatz: In einem ersten Schritt werden volkswirtschaftlicher Nutzen und Kosten des derivativen Erzeugnisschutzes für körperliche Güter ermittelt. Axiomatisch legt die Arbeit zugrunde, dass die Kosten-Nutzen-Analyse des derivativen Erzeugnisschutzes für körperliche Güter im Allgemeinen positiv ausfällt. Dabei beeinflussen bestimmte Parameter das Ausmaß der Kosten und Nutzen. Jedoch bleibt der Saldo nach der axiomatischen Annahme grundsätzlich positiv. Lediglich bei Vorliegen bestimmter Störfaktoren gerät das System außer Balance, so dass die Kosten überwiegen können. Die Arbeit beschränkt sich bei der Benennung auf diejenigen Störfaktoren, welche für die Erfassung von Informationen relevant sind. Die so ermittelten Ergebnisse des ersten Schritts bilden den Referenzmaßstab für den sich anschließenden zweiten Schritt: Dort werden Kosten und Nutzen des derivativen Erzeugnisschutzes für Informationen anhand der gebildeten Parameter mit Kosten und Nutzen des derivativen Erzeugnisschutzes für körperliche Gegenstände verglichen. Zudem wird untersucht, ob und unter welchen Voraussetzungen Anhaltspunkte für das Vorliegen der benannten Störquellen identifiziert

werden können. Dabei ergibt sich, dass eine pauschalisierte Betrachtung von Informationen die gestellte Frage nicht beantworten kann. Vielmehr ist nach einzelnen Arten von Informationen und dem jeweiligen Kontext zu differenzieren.

Im dritten Teil der Arbeit wird die Rechtslage im US-amerikanischen Recht untersucht, wobei nicht nur auf den patentrechtlichen derivativen Erzeugnisschutz, sondern auch auf den außenwirtschaftsrechtlichen Schutz eingegangen wird. Nach einer Beleuchtung der Entstehungsgeschichte, wird in der Untersuchung festgestellt, dass die Rechtsprechung sowohl im Rahmen des patentrechtlichen als auch des außenwirtschaftsrechtlichen derivativen Schutzes die Körperlichkeit des Erzeugnisses zur entscheidenden Voraussetzung für ein Eingreifen des derivativen Erzeugnisschutzes macht.

Die Arbeit widmet sich im vierten Teil der deutschen und europäischen Rechtslage und untersucht die dortigen Voraussetzungen des derivativen Erzeugnisschutzes. Hierzu wird die Entstehungsgeschichte dargestellt und die Ratio der Normen ermittelt. Die sich anschließende Untersuchung geht insbesondere der Frage nach, ob die US-amerikanische Lösung eine praktikable Herangehensweise auch für das deutsche und europäische Patentrecht bilden kann.

Zudem wird analysiert, ob und inwieweit Verfahrenserzeugnisse die Voraussetzungen für ein Erzeugnispatent erfüllen müssen. Die Untersuchung wird dabei stets vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der ökonomischen Analyse vorgenommen. Die Arbeit kommt zu dem Ergebnis, dass eine bestimmte Teilmenge an Informationen aus bestimmten Gewinnungsverfahren dem derivativen Erzeugnisschutz zugänglich ist. Anschließend wird die Frage erörtert, ob der Grundsatz der Erschöpfung auch für – unkörperliche – Informationen gilt. Dabei wird auch untersucht, ob der strenge Objektbezug des Erschöpfungsgrundsatzes auch in diesem Rahmen Geltung erfahren sollte.

Abschließend werden die zur Rechtslage in den USA und in Deutschland und Europa gefundenen Ergebnisse aus verschiedenen Blickwinkeln verglichen und evaluiert. Als *tertium comparationis* dienen dabei die Ergebnisse der ökonomischen Analyse, die Vorschriften des TRIPS-Übereinkommens sowie deutsches und US-amerikanisches Verfassungsrecht. In einem letzten Schritt wird ein Ausblick gewagt und die Frage erörtert, ob und falls ja, welche Ergebnisse der Arbeit sich auf die Diskussion über die Schaffung eines Ausschließlichkeitsrechts an Daten übertragen lassen und welche Schlussfolgerungen hieraus zu ziehen sind.



Franziska Greiner

Doktorvater
Betreuer am Institut
Finanzierung

Prof. Dr. Christoph Ann
Dr. Roberto Romandini
Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb

3.6

Der Softwarevertrag: Urheberrecht – Schuldrecht – Rechtsvergleichung

Gegenstand der Arbeit sind Softwareverträge und deren vertrags- und urheberrechtlicher Rahmen. An Softwareverträgen werden die dauerhafte Überlassung (Zugang und Nutzung) von Standardsoftware, die Erstellung und Überlassung (Zugang und Nutzung) von Individualsoftware sowie die Nutzung von Software via Cloud Computing betrachtet. Der Blick richtet sich dabei auf Deutschland, Frankreich und England sowie auf europäische Entwürfe für ein Vertragsrecht, namentlich den Verordnungsvorschlag zum Gemeinsamen Europäischen Kaufrecht und den Richtlinienvorschlag über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte. Mit den Ergebnissen dieser rechtsvergleichenden – primär vertragsrechtlichen – Analyse wird auch der urheberrechtliche Rechtsrahmen für Software in Europa (EU-Richtlinie 2009/24/EG über den Rechtsschutz von Computerprogrammen) einer eingehenden Prüfung unterzogen, einschließlich der viel diskutierten UsedSoft vs Oracle-Entscheidung des EuGH.

Die Arbeit ist in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil werden rechtliche und tatsächliche Grundlagen bezüglich Software und Softwareverträgen sowie deren vertrags- und urheberrechtlicher Hintergrund erörtert. Einer der Schwerpunkte liegt dabei auf der Ergründung des Begriffs *Cloud Computing*, der in der Rechtsliteratur eine eher unspezifische Verwendung findet. Vor allem aber wird die urheberrechtliche Relevanz der Nutzung von Software untersucht und dabei auf die Ungereimtheiten hingewiesen, die sich aus dem üblichen Fokus auf die Vorgänge des „Ladens“ und „Laufenlassens“ ergeben. In Abgrenzung dazu wird auf das Wesen von Software als funktionales und nichtstatisches Werk abgestellt. Sprachwerke wie ein Roman werden bei deren Werkgenuss in einer immer gleichen – statischen – Ausdrucksform gelesen. Genau diese steht für den Leser im Mittelpunkt. Hingegen wird bei der Nutzung von Software der Programmcode – in der Regel nur einzelne, meist verschiedene Teile von diesem – von einem Computer gelesen. Für den Softwarenutzer ist allein die dadurch ermöglichte Verarbeitung von Daten von Relevanz. Der Programmcode selbst erfüllt hierfür eine Aufgabe, er ist funktional.

Bezüglich der Frage, inwieweit Art. 5 Abs. 1 Richtlinie 2009/24/EG ein für die Softwarenutzung zwingendes Nutzungsrecht einräumt, wird auf den vertragsrechtlichen Charakter der Norm hingewiesen. Somit ist dem Softwarenutzer vom Rechteinhaber stets eine vertragliche Lizenz einzuräumen, welche schließlich im Fokus des zweiten Teils der Arbeit steht.

Dieser zweite, rechtsvergleichende Teil beschreibt drei verschiedene, für Softwareverträge typische Sachverhaltskonstellationen. Diese sind

- die dauerhafte Überlassung (Zugang und Nutzung) von Standardsoftware,
- die Softwarenutzung via *Cloud Computing* und
- die Erstellung und Überlassung (Zugang und Nutzung) von Individualsoftware.

In einem ersten Schritt wird dargestellt, wie Literatur und Rechtsprechung in Deutschland, Frankreich und England diese Sachverhalte auffassen. Dadurch werden die zwei prägenden Rechtsordnungen des *Civil Law* unter die Lupe genommen, während mit dem englischen Recht ein Blick auf das *Common Law* geworfen wird. Mit der gleichen Fragestellung werden auch der EU-Verordnungsvorschlag zum Gemeinsamen Europäischen Kaufrecht vom 11. Oktober 2011 (KOM(2011) 635) sowie der EU-Richtlinienvorschlag über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte vom 9. Dezember 2015 (KOM(2015) 634) untersucht. Diese Rechtstexte repräsentieren die aktuellen Strömungen auf EU-Ebene und eröffnen insbesondere eine verbraucherrechtliche Perspektive.

In einem zweiten Schritt werden diese Rechtsordnungen einander gegenübergestellt, kategorisiert und kritisch bewertet, um die Sachverhaltskonstellation mit einem übergeordneten Ansatz phänomenologisch erfassen und letztlich Schlussfolgerungen

hinsichtlich der Rechtsnatur der jeweiligen Softwareverträge ziehen zu können. Mit einer solchen länderübergreifenden Betrachtung wird ermöglicht, nationale „Irrwege“ aufzuzeigen, zumal im Hinblick auf den Binnenmarkt eine Verständigung auf eine Rechtsnatur der einzelnen Vertragstypen erforderlich erscheint.

Tatsächlich haben gerade im deutschen Recht jahrelange Diskussionen über die Sachqualität von Software oder über die Frage, ob die Softwareerstellung unter einen Werkvertrag oder einen Werklieferungsvertrag zu subsumieren ist, den Blick darauf verstellt, worin ein zentraler Vertragszweck liegt, nämlich in der urheberrechtlichen Nutzungsermächtigung. Eine umfassende Auswertung der Rechtsprechung zeigt denn auch auf, dass überwiegend Sachverhalte mangelhafter Software zu beurteilen waren, was die Gerichte – unabhängig vom im Kern lizenzrechtlichen Charakter des Softwarevertrags – zu einem Rückgriff auf das Sachkaufrecht verleitete, welches bezogen auf die spezifischen Fragestellungen zwar adäquate Lösungen bieten mochte, eine vertragstypologische Subsumierung damit jedoch nicht präjudizierte. Der Blick auf das französische und englische Recht zeigt demgegenüber, dass in anderen Rechtsordnungen die urheberrechtliche Komponente bei Softwareverträgen im Vordergrund steht.

Im dritten Teil der Arbeit wird insbesondere unter Analyse der Richtlinie 2009/24/EG geprüft, ob die Ergebnisse des ersten und des zweiten Teils der Arbeit mit dem geltenden EU-Recht kompatibel sind. Im Zentrum steht dabei Art. 4 Richtlinie 2009/24/EG mit dem Begriff der „Programmkopie“ als Gegenstand des Softwarevertrags sowie jenem des „Erstverkaufs“ als Voraussetzung einer Erschöpfung des Verbreitungs-

rechts; in Art. 5 Richtlinie 2009/24/EG sodann steht der „rechtmäßige Erwerber“ im Mittelpunkt. Konkret bezieht sich diese Prüfung darauf, ob diese Normen nicht nur die Softwareüberlassung mittels eines Datenträgers zu erfassen vermögen, sondern auch jene mittels eines Downloads seitens des Nutzers sowie die Softwarenutzung via *Cloud Computing*. Von zentraler Bedeutung ist dabei das Urteil des EuGH in der Rechtssache *UsedSoft vs Oracle*, in dem dieser entschied, dass die Richtlinie 2009/24/EG auch die dauerhafte Überlassung von Standardsoftware mittels eines Downloads erfasst. Geprüft wird nicht nur die Vereinbarkeit dieser Rechtsprechung mit internationalem Recht, insbesondere dem WCT, der einer solchen Subsumtion grundsätzlich entgegensteht, sondern auch, ob das geltende Recht die technischen Realitäten bei der Nutzung von Software – namentlich die Softwarenutzung mittels *Cloud Computing* – überhaupt noch zu spiegeln vermag, bzw. welche Optionen bestehen, um den geltenden gesetzlichen Rahmen einer Interpretation zuzuführen, die ihn nicht obsolet werden lässt. Nötig ist dafür ein Perspektivwechsel weg von der Fokussierung auf das körperliche Werkstück hin zum urheberrechtlichen Nutzungsrecht. Als Folge ist auch der in der Richtlinie 2009/24/EG verwendete Verkaufsbegriff urheberrechtlich auszulegen, um die hinter der Norm stehenden Wertungen als Voraussetzung des urheberrechtlichen Erschöpfungsgrundsatzes zu verwirklichen. Im Ergebnis ist ein „Erstverkauf“ schließlich als die „Einräumung eines dauerhaften Nutzungsrechts gegen eine Einmalzahlung als angemessene Vergütung“ zu interpretieren. Bei Art. 5 Abs. 1 Richtlinie 2009/24/EG wird vorgeschlagen, von einem „rechtmäßigen Nutzer“ zu sprechen, denn von Relevanz ist nicht (mehr) der rechtmäßige käufliche Erwerb eines Werkstücks, sondern allein die rechtmäßige Einräumung eines Nutzungsrechts.



Fabian Hafenbrädl

Doktorvater
Betreuer am Institut
Finanzierung

Prof. Dr. Reto. M. Hilty

Dr. Kaya Köklü

Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb

3.7

Die Verwertungsrechte in der digitalen Welt: Eine urheberrechtliche Untersuchung unter Berücksichtigung des französischen, deutschen und europäischen Rechts

Das Internet verändert die Art und Weise, in der urheberrechtlich geschützte Werke und Leistungen genutzt werden. Das führt zu einer verringerten Nutzerakzeptanz des Urheberrechts. Damit werden viele Definitionen der Verwertungsrechte des geltenden Urheberrechts sowie deren Struktur in Frage gestellt, sind diese doch weitgehend noch anhand analoger Techniken entwickelt worden. Hieraus ergibt sich die der vorliegenden Arbeit zugrunde liegende Forschungshypothese: Die Struktur und die Definition der Verwertungsrechte sind an die digitale Welt nicht vollständig angepasst. Die allgemeine Fragestellung der Arbeit besteht dann darin, inwiefern ein Werkgebrauch als eine Werkverwertung im Sinne des Urheberrechts verstanden werden kann. Die Beantwortung erfordert als Bedingung die Antwort auf eine andere Frage: Welche Kriterien, die schon in der offline-Welt destilliert wurden, und welche Systematik der Rechte können im online-Bereich „übernommen“ werden?

Der Schwerpunkt der Arbeit besteht in einem deutsch-französischen Rechtsvergleich. Gerade die unterschiedliche Konzeption der Verwertung der Werke in Deutschland und in Frankreich begründet die Begrenzung des Themas auf die Analyse der Verwertungsrechte. Bezüglich der Struktur der Verwertungsrechte haben das deutsche und das französische System vor allem eines gemeinsam: die Struktur der Verwertungsrechte beruht in beiden Ländern auf einer *summa divisio*. Dies heißt, dass die Verwertungsrechte aus zwei Komponenten bestehen: erstens geht es um die Verwertungsrechte in *körperlicher Form* und zweitens um die Verwertungsrechte in *unkörperlicher Form*. Die *summa divisio* entspricht einem traditionellen Verständnis des Urheberrechts, deren Zeitgemäßheit in Frage gestellt wird. Ein wesentlicher Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich bezüglich der Verwertungsrechte besteht darin, dass wir es in Deutschland mit einer analytischen, in Frankreich mit einer synthetischen Konzeption ihrer Struktur zu tun haben. Deutschland segmentiert die Rechte; im Urheberrechtsgesetz wird zum Beispiel zwischen dem Vielfältigkeitsrecht (§ 16) und dem Verbreitungsrecht (§ 17) differenziert, was in Frankreich nicht der Fall ist. Darüber hinaus wird in Deutschland zwischen einer öffentlichen Zugänglichmachung (§19a UrhG) und einer Sendung (§ 20 UrhG) unterschieden, was in Frankreich ebenfalls nicht der Fall ist.

Während das deutsche Recht dank einer detaillierten Beschreibung der Rechte für mehr Rechtsicherheit,

für eine bessere Berücksichtigung des Interessenausgleiches und für eine vereinfachte und effizientere Verwertung der Rechte durch die Verwertungsgesellschaften sorgt, bestehen die Vorteile des französischen Rechtssystems darin, sehr anpassungsfähig zu sein und weniger Abgrenzungsprobleme der einzelnen Verwertungsrechte zu kennen; Vor- und Nachteile der jeweiligen Struktur der Verwertungsrechte in den beiden Ländern sind spiegelverkehrt. Man könnte meinen, dass es sich hier nur um einen methodischen Unterschied handelt, und dass die Abgrenzungsprobleme zwischen den Rechten in Frankreich auf die vertragliche Ebene verlagert werden. Die Arbeit zeigt jedoch, dass dies nicht immer der Fall ist. Gerade mit Blick auf die Vollharmonisierung der Verwertungsrechte auf der europäischen Ebene sind diese Unterschiede erstaunlich. Eine „neue“ Entwicklung besteht aber darin, dass der EuGH daran arbeitet, maßgebliche Begriffe der Richtlinien autonom und einheitlich für ganz Europa auszulegen. Doch wie lassen sich technische „Prozedere“ überhaupt mit Worten beschreiben? Wie können der Anfang und das Ende einer Werknutzung bestimmt werden? Es ist letztendlich sehr schwer zu entscheiden, in welchem Maße die Technik berücksichtigt werden muss, um einen Vorgang juristisch zu qualifizieren. Darum stellt sich die Frage, inwieweit auf einen funktionellen oder ontologischen Ansatz zurückgegriffen werden muss, da die Gefahr besteht, dass im Hinblick auf ein bestimmtes wirtschaftliches und politisches Ziel juristisch argumentiert wird.

Die Forschungsfragen der Arbeit können wie folgt formuliert werden:

1. Inwiefern beeinflusst die (analytische oder synthetische) Struktur der Rechte die Qualifikation eines Werkgebrauchs im *Internet*? Umfasst die Definition der Verwertungsrechte (in Deutschland, Frankreich und der EU) den einfachen Werkgenuss oder technische Vorgänge?
2. Ermöglicht der Beitrag des EuGH zum europäischen Urheberrecht eine Antwort auf die schwierige Qualifikation eines Werkverwertungsvorgangs in der digitalen Welt? Wie übernehmen die Gerichte in Frankreich und Deutschland die Argumentation des EuGH?
3. Wie kann eine gesetzliche Antwort auf neue Geschäftsmodelle in Frankreich, Deutschland und auf EU-Ebene formuliert werden?

Als Fazit könnten folgende Antworten formuliert werden:

1. Die Struktur sowie die Definition der Verwertungsrechte in Deutschland und in Frankreich sind wegen der Dematerialisierung und der Interaktivität überholt. Ein funktionelles Verständnis der Verwertungsrechte wird befürwortet. Es ist auch in

manchen Fällen für den Urheber von Vorteil, das Verwertungsrecht auf einen Vergütungsanspruch zu beschränken.

2. Die EuGH-Rechtsprechung sorgt für Verunsicherung, besonders was die juristische Qualifikation des Setzens eines *Links* und was die Reichweite der Erschöpfung der Rechte betrifft. Es muss unterstrichen werden, dass sich die Bestimmung von Kriterien, nach denen der EuGH eine öffentliche Wiedergabe definiert, als sehr komplex herausstellt. Allgemein ist zu bemerken, dass der EuGH nicht cartesianisch argumentiert, sondern die Kriterien von Urteil zu Urteil durchaus wechseln können. Kurz, die Differenzierung zwischen der Wiedergabe von Musik in Rehabilitationszentren, Hotels, Gaststätten, Wartezimmern von Arztpraxen und selbst größeren Privatfeiern scheint fragwürdig.
3. Das Eingreifen des Gesetzgebers ist *de lege ferenda* notwendig. Die öffentliche Wiedergabe sollte wie in Frankreich generalklauselartig formuliert werden und eine Begriffsdefinition der Öffentlichkeit wie in Deutschland beinhalten. Darüber hinaus sollten, falls eine restriktive Definition der Verwertungsrechte nicht möglich ist, neue Schranken eingeführt werden. Schließlich sollte ein EU-konformes Verbreitungsrecht in Frankreich eingeführt werden.



Lisa Heinzmann

Doktorvater/-mutter
 Betreuerinnen am Institut
 Finanzierung

Prof. Dr. Thomas Dreier, Dr. Agnès Lucas-Schloetter
 Dr. Sylvie Nérissou, Adj. Prof. Dr. Silke von Lewinski
 Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb,
 Promotionsförderung des Cusanuswerks,
 Mobilitätstipendium der UFA (Université franco-allemande)

Strafrechtliche Verantwortung im internationalen Kartellrecht – Eine Untersuchung zur Vermeidung zwischenstaatlicher Verwerfungen infolge der Kriminalisierungsbewegung

Die Einführung strafrechtlicher Sanktionen gegen an Kartellverstößen beteiligte natürliche Personen zählt seit vielen Jahren zu den zentralen Entwicklungen des internationalen Kartellrechts. Die vorliegende Arbeit beleuchtet die zwischenstaatlichen Verwerfungen, die sich aus der zunehmenden Verbreitung nationaler Kartellstrafregime und ihrem parallelen Eingreifen bei internationalen Kartellverstößen ergeben. In Vorarbeit hierzu werden Unterschiede zwischen den nationalen Kartellstraftatbeständen untersucht; ebenso wird analysiert, inwieweit die auf zwischenstaatlicher Ebene vereinbarten Mechanismen für die Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden und Kartellbehörden auf die Durchsetzung dieser nationalen Kartellstraftatbestände anwendbar sind. Dabei stellt sich zum einen heraus, dass der Grad an zwischenstaatlicher Koordination und Kooperation zwischen Strafverfolgungsbehörden allgemein über dem Niveau der Zusammenarbeit zwischen Kartellbehörden liegt. Zum anderen wird deutlich, dass die Anwendbarkeit zwischenstaatlicher Instrumente, wie etwa derjenigen aus der Verordnung 1/2003, für die Durchsetzung nationaler Kartellstraftatbestände bisher von erheblicher Unsicherheit geprägt ist, weshalb die Arbeit Vorschläge für die diesbezügliche Auslegung und Anwendung der Verordnung entwickelt.

Seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts lässt sich ein Trend zur Einführung von strafrechtlichen Sanktionen gegen an Kartellverstößen beteiligte natürliche Personen beobachten. Neue Kartellstraftatbestände in Australien, Brasilien, Großbritannien, Japan und Russland sind nur einige Beispiele hierfür.

Die vorliegende Arbeit bietet im Rahmen des ersten Kapitels zunächst einen Überblick über den Stand der Kriminalisierungsentwicklung und stellt die vorhandenen Kartellstrafregime in den G8- und den EU-Mitgliedstaaten dar. Dabei bestätigt sich, dass natürlichen Personen bereits in zahlreichen dieser Staaten strafrechtliche Sanktionen bei Kartellrechtsverstößen drohen, und dass diese strafrechtliche Sanktionsandrohung häufig nicht auf sog. *Hardcore*-Verstöße zwischen Wettbewerbern beschränkt ist, sondern alle Verstöße gegen das Kartellverbot erfasst.

Im zweiten Kapitel wird sodann die Diversität der verschiedenen Kartellrechtsordnungen im Allgemeinen und der Kartellstrafregime im Besonderen vertieft, und dabei insbesondere auf Unterschiede im Verbotsumfang und im Bereich des verfügbaren Kronzeugenschutzes eingegangen. Ebenfalls Gegenstand dieses Kapitels sind die Ausdehnung der nationalen Kartellstraftatbestände auf im Ausland begangene Handlungen, das fehlende Eingreifen nationaler *ne bis in idem*-Verbürgungen bei bereits erfolgter Strafverfolgung im Ausland und die Unzulänglichkeiten der nationalen Rechtshilfavorschriften.

Im dritten Kapitel wird sodann untersucht, inwieweit internationale Kooperations- und Koordinierungsmechanismen zwischen Strafverfolgungsbehörden, einerseits, und zwischen Kartellbehörden, andererseits, für die Durchsetzung nationaler Kartellstraftatbestände zur Verfügung stehen. Dabei wird auf strafrechtlicher Seite etwa auf das Eingreifen von bi- und multilateralen Auslieferungs- und Rechtshilfeabkommen und, für den Rechtsverkehr innerhalb der EU, etwa auf den Europäischen Haftbefehl und die Europäische Ermittlungsanordnung eingegangen. Hinsichtlich der Kooperations- und Koordinierungsinstrumente zwischen Kartellbehörden wird für den internationalen Rechtsraum insbesondere die Relevanz bilateraler Kooperationsabkommen verschiedener Generationen und, innerhalb der EU, die Verfügbarkeit der Mechanismen aus der Verordnung 1/2003 untersucht. Dabei wird u.a. aufgezeigt, dass die Anwendung der Verordnung 1/2003 auf mitgliedstaatliche Kartellstrafnormen bisher in Rechtspraxis und Forschung noch nicht ausreichend durchdrungen ist. Dabei stellt sich insbesondere die Frage, wann mitgliedstaatliche Kartellstraftatbestände als „einzelstaatliches Wettbewerbsrecht“ und mitgliedstaatliche Strafverfolgungsorgane als „Wettbewerbsbehörde der Mitgliedstaaten“ einzustufen sind. Hinsichtlich des Begriffs des „einzelstaatlichen Wettbewerbsrechts“ werden die Definitionsansätze in Art. 3 Abs. 3 und Erwägungsgrund 8 Verordnung 1/2003 untersucht. Sodann wird dargelegt, wieso diese für die Bestimmung der Reichweite der in der

Verordnung 1/2003 niedergelegten Kohärenzbindung ungeeignet sind. Anschließend werden eine eigene, teloskonforme und praktisch handhabbare Definition des Begriffs des „einzelstaatlichen Wettbewerbsrechts“ erarbeitet und verschiedene mitgliedstaatliche Straftatbestände, wie etwa Section 188 des britischen *Enterprise Act 2002*, hierunter subsumiert. Auch für den Begriff der „Wettbewerbsbehörde der Mitgliedstaaten“ wird eine eigene, funktionale Definition entwickelt, die die Mechanismen der Verordnung 1/2003 auch für nationale Behörden öffnet, welche von den Mitgliedstaaten bisher nicht ausdrücklich als mitgliedstaatliche Wettbewerbsbehörde benannt wurden.

Ausgehend von der Ausgestaltung der nationalen Kartellstrafregime und der Unzulänglichkeit der verfügbaren internationalen Koordinierungs- und Kooperationsinstrumente werden im vierten Kapitel die mit der Kriminalisierungsbewegung verbundenen internationalen Verwerfungen dargestellt. Dabei werden zunächst die sich aus der Normen- und Zuständigkeitskonkurrenz ergebenden Gefahren, insbesondere die Gefahr der Untergrabung großzügigerer Wettbewerbspolitiken und der Unterminierung von Kronzeugenprogrammen, untersucht. In diesem Bereich werden auch die Gefahr der Verschwendung öffentlicher Verfolgungsressourcen durch Parallel- und Zweitverfahren sowie der möglichen Beeinträchti-

gung von Ermittlungsverfahren durch im Ausland betriebene Verfahren besprochen. Im Anschluss wird, getrennt zwischen dem internationalen Rechtsraum und dem Rechtsraum innerhalb der EU, auf die Gefahr der Undurchsetzbarkeit kartellrechtlicher Straftatbestände infolge der Lückenhaftigkeit der verfügbaren Rechtshilfeeinstrumente eingegangen. Dabei wird deutlich, dass die Bedingung beiderseitiger Strafbarkeit und das in vielen *Civil Law*-Staaten geltende Verbot der Auslieferung eigener Staatsangehöriger häufig eine unüberbrückbare Schranke für die Durchsetzung nationaler Kartellstrafatbeständen bildet.

Zuletzt kommen dann Gefahren zur Darstellung, die sich aus der Ausgestaltung bestimmter Kooperations- und Koordinierungsinstrumente innerhalb der EU ergeben. Dabei wird insbesondere auf das Phänomen eingegangen, dass an geographisch umfänglicheren Kartellverstößen beteiligte natürliche Personen aufgrund des Vorrangs des Kommissionsverfahrens letztlich häufig weniger hart bestraft werden könnten als Beteiligte an räumlich beschränkteren Kartellverstößen. Ferner werden in diesem Abschnitt die Gefahr der Umgehung besonders strenger Kartellstrafregime durch täterseitiges *forum shopping* und die Gefahr der unterschiedlichen strafrechtlichen Bewertung ober- und unterhalb der Zwischenstaatlichkeitsschwelle behandelt.



Patrick Hildebrandt

Doktorvater
Betreuer am Institut
Finanzierung

Prof. Dr. Josef Drexl
Prof. Dr. Rupprecht Podszun
Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb

Veröffentlichung

Hildebrandt, Patrick, *Strafrechtliche Verantwortung im internationalen Kartellrecht – Eine Untersuchung zu zwischenstaatlichen Verwerfungen infolge der Kriminalisierungsbewegung* (Münchener Schriften zum Europäischen und Internationalen Kartellrecht, 35), Stämpfli, Bern, Nomos, Baden-Baden 2016, 419 S.

3.9

Deceptive Conducts Before the Patent Office: Challenges for Patent Law and Competition Law

In the patent infringement case of Les Laboratoires Servier v. Apotex, UK courts were asked to look into the validity of a patent whose owner had allegedly engaged in dishonest or deceptive conduct by withholding technical information that would have argued against the patent grant. Within this framework, courts prompted two general and far-reaching questions which pertain to the legal remedies available in such a case: the first question was connected to the available remedies under patent law itself, and the other one to the role that competition law should play in this particular scenario. The dissertation attempts to seize this opportunity in order to analyse deceptive conducts before the patent office from those two markedly different angles. The first part thus explores the question as to the alternatives that exist under patent law to cope with deceitful conducts before the patent office. To that end, it critically compares the models in place in the US and in Europe. The second part of the dissertation explores how competition laws in the US and in the EU have tackled this kind of behaviour thus far and attempts to identify the appropriate theory of harm in order to develop coherent standards for assessment.

The topic has not traditionally attracted much attention among European courts and scholars, although it seems to have gained some ground more recently, particularly as regards the application of competition law. In the US, the picture looks quite different. On the one hand, patent applicants in the US have a strict duty of candour, which includes, *inter alia*, the disclosure of relevant information for patentability, and US courts are repeatedly asked to delve into these questions within the context of inequitable conduct defences. On the other hand, the US Supreme Court expressly acknowledged several decades ago that fraud to the patent office can be a source of serious antitrust concern and lower courts and scholars have long strived to develop appropriate legal standards thereto.

Against this backdrop, the dissertation attempts to seize this opportunity to analyse deceptive conducts before the patent office from these two markedly different angles. The first part thus explores the question as to the alternatives that exist under patent law, either *de lege lata* or *de lege ferenda*, to cope with deceitful conducts before the patent office. To that end, it critically compares the models in place in the US and in Europe. The second part of the dissertation explores how competition laws in the US and in the EU have tackled this kind of behaviour thus far and attempts to identify the appropriate theory of harm to develop coherent standards for assessment.

In answering the first research question, the dissertation first describes the scenario under US law and thoroughly analyses the strict duty of candour that currently rests upon patent applicants and the inequitable conduct doctrine developed by the courts. Subsequently, the dissertation analyses the scenario in Europe, where there is no strict duty of candour especially as regards proceedings before the European Patent Office (EPO) and where the legal effects that deceptive conduct before the EPO can later have over the enforceability of a patent are hence extremely limited. Considering the significant differences between both legal systems, the question arises as to whether the approach taken by US law presents any benefits that would make it advisable to transpose it to the European context. The dissertation concludes that a strict duty of candour may bring forward a number of serious problems and that any amendment to the current rules of the EPC in connection with the role of the patent applicants during the examination procedure seems ill advised. In addition, the dissertation concludes that the remedies offered by an inequitable conduct doctrine are either superfluous or undesirable and that this doctrine unnecessarily raises the costs of patent litigation and diverts the attention from more important issues like the validity of the patent and its infringement.

In answering the second research question, the dissertation first compares EU and US competition

laws and how they have tackled unwarranted conducts during patent prosecution. In this particular area, the scenarios in Europe and the US are also rather different. US case law has long acknowledged that fraudulent conducts before the patent office can constitute antitrust violations and has developed certain standards, although those standards are not always entirely clear and seem overly focused on the ulterior enforcement of the patent rather than on the antitrust concerns of the fraudulent conduct itself. Under EU law, this area remained for a long time outside the radar of competition law, even though recent developments evidence that the scenario might be changing, particularly after the CJEU's *AstraZeneca* decision. Following this comparative analysis, the dissertation attempts to identify the theory of harm underlying these kinds of behaviours. To that end, it first distinguishes them from cases involving sham or vexatious litigation. Indeed, although similar and often overlapping, sham or vexatious litigation scenarios exhibit particular features which are not

necessarily present in the abuses under analysis. The dissertation thus attempts to look at the competition law assessment of misleading conducts before the patent office through different lenses and concludes that the standards developed by EU and US courts on the question of improper inducement of government action seem to be an appropriate starting point. However, given the singularities of this particular set of conducts, the dissertation analyses a number of important factors which must be taken into account before concluding that a violation of competition law really exists. These factors include: (i) the causal link between the governmental act that imposes restrictions on competition and the deceitful conduct of the private party; (ii) the conceptualisation of the misconduct; (iii) the margin of discretion enjoyed by the public authority when receiving input from private parties; (iv) the anticompetitive effects of the misconduct; and (v) the market power of the patent applicant.



Eugenio Hoss

Doktorvater
Betreuer am Institut
Finanzierung

Prof. Dr. Josef Drexl

Prof. Dr. Josef Drexl

Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb

3.10

Accountable, but not Liable: Injunctions Against Intermediaries

In the European Union, courts have been expanding the enforcement of intellectual property rights by employing injunctions to compel intermediaries to provide assistance, despite no allegation of wrongdoing against these parties. These prospective injunctions, designed to prevent future harm, thus hold parties accountable where no liability exists. At present, they can be observed in orders to compel website blocking, content filtering or disconnection, but going forward, their use is potentially unlimited. The research concludes that injunctions, as currently practiced in the EU, are effectively a new type of regulatory tool. They are distinct from the conventional secondary liability in tort by holding intermediaries accountable, also where they are not liable. Hence, these players are “accountable, but not liable”. The resulting thesis/book describes the origin and number of lessons that can be drawn from the history. It offers a law and economics analysis of intermediary liability to highlight the justification for different regulatory choices.

The research asks the following questions: How should we regulate injunctions against intermediaries in the EU? Is the emerging use of such injunctions a sign of new regulatory phenomenon? How did they historically develop in German, English and European law? What lessons can history offer for today? Are countries better off with or without such injunctions? And last but not least, if we were to keep these injunctions, how can they be designed to deliver socially optimal results? To answer these questions, the project relies on a mixture of doctrinal, historical and comparative legal research as well as law and economics literature.

The research first identifies the phenomenon and second uncovers economics driving this change. It highlights what efficiency opportunities and shortcomings are associated with the remedy and how it relates to other available policy options. By re-conceptualising the debate surrounding remedies, the research develops a common analytical framework for many of the enforcement practices whose origins have largely remained opaque to the international audience. In addition, it analyses how the legal instrument of injunctions against intermediaries influences the existing intermediary liability landscape. The analysis describes two main trends.

First, the instrument poses a major challenge to notice-and-takedown policies that organise enforcement into joint-care enforcement between intermediaries and right holders. Because injunctions are not grounded in liability, liability limitations of the E-Commerce Directive are becoming largely an

empty shell. Injunctions against these “proximate” intermediaries try to tilt a joint-care takedown process into the single responsibility of an intermediary – the so-called “stay-down principle”. The courts granting injunctions against intermediaries are rewriting the policy of notice and takedown. German case law presented in the book illustrates how the policy is being made and what its shortcomings are. Unexpectedly, the most important limitation of this novel type of enforcement is found in fundamental rights, and not principles of the secondary Union law. Second, the remedy also extends enforcement efforts to intermediaries who were not previously called upon to act because they were perceived as being too remote to third-party infringements (“remote” intermediaries). Internet access providers, payment intermediaries and domain name authorities are becoming increasingly involved in the enforcement of IP rights, which opens a novel set of problems.

This is followed by a legal analysis of European legal instruments. Apart from featuring the legislative history and undiscussed relationship(s) to other parts of EU law, the resulting work also broadly evaluates the case law of the Court of Justice of the European Union, outlines numerous open questions, and offers original normative solutions to the problems created by these new injunctions. Third, its analysis brings to light historical parallels in the development of injunctions in both the common law and civil law traditions of England and Germany. Most importantly, however, it presents a novel way to think about, apply and resolve issues surrounding Art. 8(3) of the Information Society Directive and Art. 11(III) of the Enforcement Directive.

The research concludes that injunctions, as currently practiced in the EU, are effectively a new type of regulatory tool. They are distinct from the conventional secondary liability in tort by holding intermediaries accountable, also where they are not liable. Hence, these players are “accountable, but not liable”. The resulting thesis/book describes the origin and number of lessons that can be drawn from the history. It offers a law and economics analysis of intermediary liability to highlight the justification for different regulatory choices. On the question of whether injunctions should be abolished, it concludes

that this is an empirical question that cannot be answered in abstract. At the same time, however, it offers a number of redesign proposals for the system, which could contribute to better decision-making before the courts. Most notably, it recommends that the costs of compliance with such injunctions should be borne by right holders. This will filter out enforcement measures that are, given the expected benefits, not worth the associated expenses. It is also recommended that courts pay closer attention to the innovation dimension of such measures.



Martin Husovec

Doktormutter
 Betreuerin am Institut
 Finanzierung
 Auszeichnung

Prof. Dr. Annette Kur
Prof. Dr. Annette Kur
**Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb,
 IMPRS-CI**
**Fakultätspreis der Juristischen Fakultät der
 LMU München**

Veröffentlichung

Husovec, Martin, Injunctions Against Intermediaries in the European Union. Accountable But Not Liable? (Cambridge Intellectual Property and Information Law, 41), Cambridge University Press, Cambridge 2017, XIX, 271 S.

3.11

Promoting Sustainable Innovations in Plant Varieties: Revisiting “Creative Destruction” and “Market Failure”

The study develops the term “sustainable innovations” and defines it, in the context of plant variety innovations, as innovations that by their very nature (i) permit in situ conservation, improvement and evolution of agrobiodiversity; (ii) maintain the rich genetic variability inherent in this agrobiodiversity in diverse geographic and climatic conditions; (iii) do not exclude any potential innovators from the process of innovation; and (iv) thereby ensure that both formal and informal innovations can continue to take place in the generations to come (in both the developed and developing world). The thesis studies the Indian Plant Variety Protection Act, the UPOV Acts and associated agricultural policies from a legal, philosophical, historical and economic perspective with the aim of determining the means of promoting sustainable innovations in plant varieties and identifying laws, policies and practices that are currently acting as impediments to promoting and accomplishing the same.

The study looked into the following research questions from a multi-disciplinary and/or empirical perspective: How should the study define the term “sustainable innovations”? What kind of market failures (if any) are seen in the plant varieties innovation sector? What regulations and policies (if any) are currently in place to address these market failures? What means (at the legal, policy and practical levels) are currently adopted (internationally) to promote any kind of innovation in plant varieties? Do these means also promote “sustainable innovations”? Are there any facts, circumstances, policies, laws or practices that make the accomplishment of the ideal of promoting sustainable innovations difficult or impossible? What are the trends vis-à-vis seed saving, seed improvement/innovation and in situ agrobiodiversity conservation among farmers of various regions in India for various crops?

The study adopted a partially mixed, concurrent and sequential, equal status design, i.e. mixed methods research, combining qualitative and quantitative research methods. Employing this method, at the heart of the study was an empirical and statistical investigation of two commonly made presumptions on which the current plant variety protection regime in India and under UPOV (1978 or 1991) are based:

(i) It is frequently presumed that seed saving by farmers to save costs associated with the purchase of new or improved seeds from the market is a necessary and an equally prominent trend among farmers in various regions of India, notwithstanding the land holding size, the level of education, and/or the crop being cultivated

by the farmers. The Indian Protection of Plant Varieties and Farmers’ Rights Act, 2001 (PPV & FR Act) as well as provisions in UPOV 1978 and similar legislations that support farmer-level seed saving (*inter alia*, for sowing subsequent generations of crops) presume that farmers, if given a choice between saving seeds from a harvest for sowing the next generation versus buying new (improved) seeds from the market in each subsequent sowing season, would choose to save seeds. Empirical research conducted as part of this study in two regions of India involving more than 200 farmers, agricultural extension officers and academic researchers suggests that this is not true; farmers, when faced with such a choice, choose improved seeds and abandon traditional in situ agrobiodiversity conservation and seed improvement efforts. This choice is guided and encouraged by the seed replacement policy of the government of India. Conservation trends are seen only in crops for which “improved” varieties are not available in the market. This finding calls into question the rationale of provisions codifying the farmers’ privilege, especially when parallel and stronger efforts are underway to encourage farmers’ purchase of formally improved varieties.

(ii) In the Indian context, it was expected that following the adoption of the Indian PPV & FR Act, the private and public sector’s interest in R&D will become more diversified to include self-pollinating crops and typical seeds, and will not continue to focus on crops whose floral biology is conducive to creating F1 hybrids that prevent farmer-level seed saving. A detailed statistical

analysis of the plant variety protection applications filed in India from 2007–2013 again revealed the opposite; even after the adoption of the PPV & FR Act, the private sector in India is engaged in R&D primarily for crops whose floral biology permits the creation of F1 hybrids (e.g. tetraploid cotton, maize, pearl millet). Private sector R&D is almost entirely absent in self-pollinating crops, especially pulses. Accordingly, the passage of the PPV & FR Act has not accomplished its aim of promoting private sector R&D, and those crops that were neglected by private sector (R&D) before the introduction of the Act, continue to be neglected even now. Further, technological development in the formal seed sector (private sector), which permits the creation of F1 hybrid seeds (as well as newer technologies engaging cytoplasmic genetic male sterility or GURT technologies) that do not reproduce true to type and preclude farmer seed saving, are, in themselves, adequate to incentivise private sector participation in plant varieties innovation.

The study found that from a normative perspective, neither the Indian PPV & FR Act nor the UPOV texts are equipped to address the market failures that are unique to the plant variety innovations sector in developed or developing countries; neither are they fully suited to promoting sustainable innovations in plant varieties. In fact, the Indian Plant Variety Protection Act and similar regimes that promote

optimal innovations in plant varieties tend to undermine and even actively disincentivise farmer-level seed innovation and in situ agrobiodiversity conservation. Indeed, since in situ agrobiodiversity conservation through saving and exchange of traditional as well as newer seed varieties is a perquisite and even a synonym of farmer-level seed innovations, intellectual property rights and associated policies such as the seed replacement policy of the Indian government act as “perverse incentives”, turning farmers away from their traditional role of conserving and improving seeds in situ.

National and international (government) policies and laws that are currently supporting private/public (formal) sector R&D and innovation in plant varieties over and above innovation in the informal (farmers’) sector have the effect of excluding farmers from the innovation eco-system. Farmers, that have traditionally been innovators, are rapidly reduced to the status of labourers. Modern, input-intensive agriculture that requires farmers to not only buy new seeds, but also pesticides, fertilizers and water to ensure the high performance of these seeds has also left farmers caught in a debt trap, leading, in some regions, to large scale farmer suicides. The innovation environment and eco-system needs therefore to be redesigned with a focus on promoting sustainable innovations, including especially in the informal (farmer) seed sector.



Mrinalini Kochupillai

Doktorvater
 Betreuer am Institut
 Finanzierung

Prof. Dr. Josef Drexl
Prof. Dr. Josef Drexl
 Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb,
 IMPRS-CI

Veröffentlichung

Kochupillai, Mrinalini, Promoting Sustainable Innovations in Plant Varieties (Munich Studies on Innovation and Competition, 5), Springer, Berlin 2016, XXI + 335 S.

3.12

Perspektiven des internationalen Immaterialgüterrechts – Der Dreistufentest und seine Einflüsse

Das internationale Immaterialgüterrecht, mit dessen Perspektiven sich die Arbeit beschäftigt, hat sich auf der Grundlage einer Vielzahl von internationalen, für das Immaterialgüterrecht relevanten Verträgen herausgebildet. Der Dreistufentest, der in der Wissenschaft seit langem heftig diskutiert wird, hat Eingang in die wichtigsten Verträge gefunden und ist als einer der wesentlichen Grundsätze des internationalen Immaterialgüterrechts anerkannt. Er wird immer häufiger als Maßstab für Schranken und Ausnahmen der im internationalen Immaterialgüterrecht geregelten Ausschließlichkeitsrechte herangezogen. Für seine Analyse und einheitliche Anwendung sind unterschiedliche Ansätze und Methoden denkbar; hier gilt es die richtige Auswahl zu treffen. Die Arbeit untersucht aber nicht nur den Dreistufentest als solchen, sondern richtet auch einen Fokus auf den Einfluss, den er auf das internationale Immaterialgüterrecht ausübt. Ziel der Arbeit ist es zu zeigen, wie sich das internationale Immaterialgüterrecht weiterentwickelt und wie der Dreistufentest dazu beiträgt.

Die Arbeit widmet sich der Beantwortung der Frage, ob, und wenn ja, wie sich das internationale Immaterialgüterrecht weiterentwickelt. Viele Rechtswissenschaftler hegen in dieser Hinsicht große Zweifel. Trotz des technischen Fortschritts und der Veränderung des Konsumverhaltens scheint das internationale Immaterialgüterrecht ohne nennenswerte Neuerungen stehen geblieben zu sein. So werden kaum noch internationale, das Immaterialgüterrecht betreffende Verträge geschlossen, und wenn, dann zielen sie nicht auf das optimale Schutzniveau ab. Das Fehlen internationaler Verträge und der Mangel an Verrechtlichung werden kritisiert, da sie dem Wohl der Nutzer und der Allgemeinheit nicht zuträglich sind.

Im Jahr 1967 hat die Staatengemeinschaft den Dreistufentest (Three-Step Test) „erfunden“, der als Maßstab für die den Ausschließlichkeitsrechten der Rechteinhaber zu setzenden Schranken in das internationale Immaterialgüterrecht aufgenommen wurde. Er besagt, dass die staatliche Kompetenz bezüglich der Schrankenregelungen begrenzt werden soll, weshalb er zuweilen auch als „Schranken-Schranke“ bezeichnet wird.

Erstmals eingeführt wurde der Test im Rahmen der RBÜ, in der Folge wurde er auf fast alle Gebiete des Immaterialgüterrechts erstreckt – vom TRIPS-Übereinkommen über die Internet-Verträge (WCT und WPPT) bis hin zu den Verträgen von Peking und Marrakesch. Damit gewinnt er den Stellenwert eines Standards oder einer Modellvorschrift zur Realisierung der Ausgewogenheit zwischen den Interessen der Rechteinhaber und denen der Allgemeinheit. Jedoch bedeutet dies nicht, dass damit konkret aus-

gewogene und unmittelbar verwendbare Maßstäbe etabliert wurden. Vielmehr ist festzustellen, dass die Suche nach einer Balance noch immer nicht beendet ist und auch künftig erforderlich sein wird.

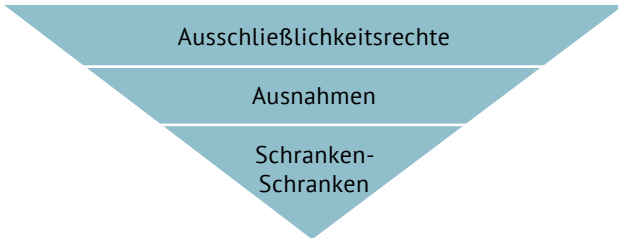
Der Dreistufentest baut auf den folgenden drei Kriterien auf, die kumulativ erfüllt werden müssen:

- Vorliegen eines bestimmten Sonderfalls,
- keine Beeinträchtigung der normalen Auswertung des Schutzobjekts,
- keine unzumutbare Verletzung der berechtigten Interessen des Rechteinhabers.

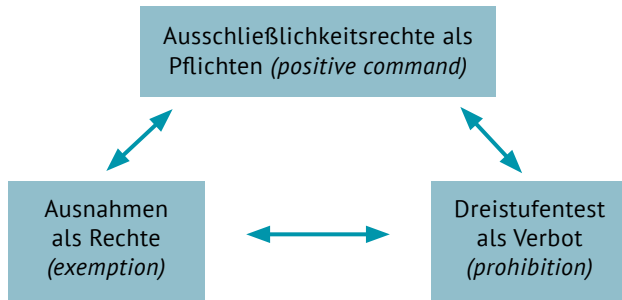
Es bestehen Zweifel, wie solche unbestimmten und daher ausfüllungsbedürftigen (Rechts-)Begriffe zu definieren und praktisch anzuwenden sind. Trotzdem herrscht allgemein die feste Überzeugung, dass sie „ausgelegt“ werden können, obwohl dies aufgrund ihrer großen Unbestimmtheit und des fehlenden Systems in der Praxis kaum möglich ist. In Rechtswissenschaft und Rechtsprechung steht zwar seit langem die Methodenlehre (d.h. die Lehre von den Methoden für die Rechts„anwendung“) als Tool-Box zur Verfügung, die mehr als einfache Auslegungsregeln enthält und gelegentlich auch auf den Dreistufentest angewendet wird. Es stellt sich aber die Frage, ob dies die richtige Methode für seine Auslegung ist.

Die Arbeit nimmt zum Ausgangspunkt, dass der Dreistufentest in Form einer völkerrechtlichen Norm entstanden ist bzw. sich entwickelt hat, und dass er als Folge davon mit Hilfe der völkerrechtlichen Methoden zu analysieren und anzuwenden ist. Dieser logischen und natürlichen Konsequenz folgt jener Teil der Lehre aber nicht, der das internationale Immaterialgüterrecht als einen besonderen Teil des nationa-

len Immaterialgüterrechts betrachtet. Besonders unter Immaterialgüterrechtlern wird das Verhältnis von Ausschließlichkeitsrechten, Schranken und Dreistufentest als Schranken-Schranke wie folgt gesehen:



Fraglich ist allerdings, ob ein derartiger systematischer Ansatz auch im völkerrechtlichen Kontext zu akzeptieren ist. Ohne festzustellen, dass dieses Verhältnis von den Staaten gemeinsam anerkannt wird, ist stattdessen auch das folgende, konfligierende Verhältnis denkbar, und sogar angemessener:



Darüber hinaus bietet der Test keinen klaren und scharfen Standard für das internationale Immaterialgüterrecht; vielmehr muss er konkretisiert werden. Diese notwendige Konkretisierung wird überwiegend durch Kooperation und Diskurs zwischen den Staaten erreicht; eine Aufgabe, welche die Staaten auch in Zukunft werden bewältigen müssen. In diesem Zusammenhang bietet der Test Chancen dafür, das internationale Immaterialgüterrecht weiterzuent-

wickeln und fortzuschreiben. Abweichend von dieser Erkenntnis werden teilweise unangemessene Interpretationen versucht und auch durch die Gerichte gerechtfertigt. Wünschenswert ist es aber abzuwarten und zu beobachten, wie offene internationale Normen wie der Dreistufentest von den Staaten ausgefüllt werden.

Die Akteure in der Völkergemeinschaft verpflichten sich außerdem dazu, den Test – und sogar das internationale Immaterialgüterrecht an sich – an die infrage kommenden Bedürfnisse und Veränderungen der gemeinschaftlichen Gegebenheiten anzupassen. Die Suche nach praktikablen Lösungen realisiert sich dabei nur im Zuge der zwischenstaatlichen Reduktion, d.h. präzise Bedürfnisse sind auf abstraktere Rechtsätze zurückzuführen und normativ zu dogmatisieren. In dieser Hinsicht stellt der Dreistufentest keine Grenze für die Vielfalt nationaler Rechtspolitiken oder die Kreativität bei der Rechtsgestaltung dar, sondern die Möglichkeit oder sogar Notwendigkeit, darüber weiter zu diskutieren. Voraussichtlich entwickelt sich der Test weiter, zumal seine Entwicklungsgeschwindigkeit von manchen für zu langsam gehalten wird. Was sich auf der Ebene der Rechtsverbindlichkeit konkret entwickelt, liegt bei den Völkerrechtssubjekten, überwiegend bei den Staaten, die durch ihren Konsens Rechtssätze und Rechtsdogmatiken erzeugen; die Staaten haben also das Ruder in der Hand.

Die Wissenschaft kann zu dieser Entwicklung ebenfalls einen Beitrag leisten. Insbesondere kann sie bei der Herausbildung von Rechtssätzen und Rechtsdogmatiken die bisherige Rechtsentwicklung präzisieren, zusätzliche Perspektiven veranschaulichen und *de lege ferenda* alternative Vorschläge ausarbeiten. Allerdings sollte der Einfluss dieser Möglichkeiten nicht überschätzt werden.



Il Ho Lee

Doktorvater
Betreuer am Institut
Finanzierung

Prof. Dr. Reto M. Hilty
Prof. Dr. Reto M. Hilty
Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb

Veröffentlichung

Lee, Il Ho, Perspektiven des internationalen Immaterialgüterrechts – Der Dreistufentest und seine Einflüsse (Schriftenreihe zum gewerblichen Rechtsschutz, 193), Carl Heymanns Verlag, Köln 2016, XVI + 370 S.

Adaptionsfähigkeit und Anpassungsbedarf des Urheberrechts an neue Kommunikationsformen des Lehrens und Lernens

*Wie können die Herausforderungen an das Urheberrecht bewältigt werden, die durch die Entwicklung neuer Kommunikationsformen entstehen? Trotz zahlreicher neuer Kommunikationskulturen von User Generated Content bis hin zu Crowdsourcing und der teils intensiv über sie geführten urheberrechtlichen Debatte ist diese Frage noch nicht beantwortet. Hierzu einen Beitrag zu leisten, ist Ziel dieser Arbeit. Fokussiert auf den Bereich der digitalen Bildung, in dem sich mit Massive Open Online Courses (MOOCs) ein Lehrformat mit veränderter Kommunikationsstruktur entwickelt hat, untersucht die Arbeit die Adaptionsfähigkeit des Urheberrechts *de lege lata* sowie den Anpassungsbedarf und die Anpassungsmöglichkeiten des Urheberrechts *de lege ferenda*. Sie zeigt anhand der neuen Kommunikationsformen des Lehrens und Lernens auf, dass das Urheberrecht kommunikationssensibel ist, und arbeitet Implikationen für die Setzung, Konkretisierung und Anwendung des Urheberrechts heraus.*

Die Arbeit gliedert sich in drei Kapitel. Das erste Kapitel beschreibt die Kommunikationsformen digitalen Lernens unter besonderer Berücksichtigung ihrer pädagogischen Einordnung und ökonomischen Aspekte und analysiert die Veränderungen der Kommunikation des Lehrens und Lernens durch MOOCs. Während bei traditionellen Lehrformaten die Kommunikation der Lehrinhalte regelmäßig einseitig von den Lehrenden zu den Lernenden hin stattfindet und letztere als bloße Rezipienten auftreten, generieren die Lernenden in MOOCs selbst Inhalte und kommunizieren diese sowohl untereinander als auch gegenüber den Lehrenden. Auf diese Weise öffnet sich die eindimensionale und starre Kommunikation und wandelt sich zu einer mehrdimensionalen, komplexen und flexiblen Kommunikationsstruktur.

Das zweite Kapitel der Arbeit behandelt die Adaptionsfähigkeit des Urheberrechts *de lege lata* an die neuen Kommunikationsformen des Lehrens und Lernens und identifiziert die Grenzen dieser Adaptionsfähigkeit. Die neuen Kommunikationsformen erfordern ein adaptionsfähiges Urheberrecht in zweifacher Hinsicht: Zum einen erstellen die Teilnehmer eines MOOCs selbst in offenen Produktionsprozessen digitale Inhalte, denen ein Schutz durch das Urheberrecht und der mit ihm verwandten Schutzrechte zukommen kann. Zum anderen sind die Kommunikationsprozesse von MOOCs urheberrechtlich relevant, wenn sie (un)veränderte urheberrechtlich geschützte Inhalte Dritter beinhalten. Das Urheberrecht *de lege lata* ist jedoch nur begrenzt adaptionsfähig, wie der Vergleich der Produktions- und Kommunikationsprozesse von E-Learning mit MOOCs zeigt.

Entstehen im Rahmen von E-Learning urheberrechtlich geschützte Inhalte, geschieht dies in geschlossenen Produktionsprozessen. Schwerpunktmäßig stellt sich dann die Frage, wem die Nutzungsrechte im Verhältnis zwischen Hochschule und Lehrenden zustehen. Die urheberrechtliche Verfügungsbefugnis lässt sich jedoch einzelnen Akteuren zuordnen. Zu Schwierigkeiten kommt es aber bei der Zuordnung der Verfügungsbefugnis an Inhalten, die das Ergebnis offener Produktionsprozesse bei MOOCs sind. Diese Produktionsprozesse verlassen die dem Urheberrecht zugrundeliegende Konzeption einer klaren Zuordnung der geistigen Tätigkeit zugunsten einer offenen Partizipationskultur. Es kann daher zahlreiche originäre Schutzrechtsinhaber geben, was zu einer hohen Komplexität der Nutzungsrechtseinräumung führt. Diese lässt sich jedoch reduzieren, indem die vertragliche Lösung der Praxis bei *Crowdsourcing* – die den MOOCs ähnlichste Form von *Open Innovation* – auf MOOCs übertragen wird. Eine Herausforderung, die weder auf vertraglicher Ebene noch durch eine veränderte Konkretisierung des Urheberrechts bewältigt werden kann, ist hingegen die Unsicherheit über Verfügungsbeschränkungen. Insbesondere bei angestellten oder minderjährigen Urhebern können Verfügungsbeschränkungen bestehen und zur Unwirksamkeit ihrer Nutzungsrechtseinräumung führen. Bei MOOCs ist die Wahrscheinlichkeit hierfür besonders groß, da der Anteil minderjähriger Teilnehmer weitaus höher ist als bei offenen Produktionsprozessen außerhalb des Bildungsbereichs.

Für die Kommunikationsprozesse bei MOOCs sind insbesondere die urheberrechtlichen Schranken-

regelungen von Bedeutung. Sowohl § 51 UrhG, der die Verwendung urheberrechtlich geschützter Inhalte zum Zwecke des Zitats privilegiert, als auch § 24 UrhG, der das für die Nutzung veränderter Inhalte bedeutsame Institut der freien Benutzung betrifft, erweisen sich dabei als adaptionsfähig. Eine kommunikationsoffene Konkretisierung dieser Normen, die hinsichtlich § 24 UrhG auch die Besonderheiten nutzergenerierter Inhalte im Bildungsbereich berücksichtigt, verhindert Reibungspunkte bei der Anwendung der Regelungen auf MOOCs. Nicht adaptionsfähig ist hingegen § 60a UrhG, der gerade die Nutzung moderner Kommunikationsformen für Unterricht und Wissenschaft ermöglichen soll.

Anknüpfend an die ermittelten Grenzen der Adaptionsfähigkeit des Urheberrechts *de lege lata* identifiziert das dritte Kapitel der Arbeit den Anpassungsbedarf des Urheberrechts und erarbeitet Anpassungsmöglichkeiten des Urheberrechts *de lege ferenda*. Maßstab für die Beurteilung existierender Lösungsvorschläge und potentieller Anpassungsmöglichkeiten sind die Interessen der Schutzrechtsinhaber und die Anforderungen der neuen Kommunikationsformen als soziale Erwartung an das Recht. Diesen Maßstab erfüllt die Ergänzung der InfoSoc-RL um eine Regelung, die Produktionsprozesse offener

Partizipationskulturen innerhalb und außerhalb des Bildungsbereichs erfasst. Darüber hinaus sollte eine Anpassung des Urheberrechts an die neuen Kommunikationsformen des Lehrens und Lernens durch eine kommunikationsoffenerere Ausgestaltung bereits existierender Schrankenregelungen erfolgen.

Abschließend leitet die Arbeit aus den gefundenen Ergebnissen weitergehende Implikationen ab. Die Untersuchung der neuen Kommunikationsformen verdeutlicht, dass das Urheberrecht kommunikationssensibel ist: Zum einen kann die Ursache von Reibungspunkten ein Spannungsverhältnis zwischen der Kommunikationsvorstellung des Rechts und der tatsächlichen Kommunikationspraxis seiner Umwelt sein. Zum anderen beeinflusst das Urheberrecht die Kommunikation der Praxis, indem es Kommunikationsformen fördert bzw. verhindert. Diese Kommunikationssensibilität ist bei der Setzung, Konkretisierung und Anwendung des Urheberrechts zu berücksichtigen. Nur wenn das Urheberrecht ebenso wandlungsfähig ist wie die Kommunikationspraxis seiner Umwelt, können die Anforderungen der Kommunikationskulturen der Praxis mit den Interessen der Schutzrechtsinhaber dauerhaft vereint und die Herausforderungen neuer Kommunikationsformen bewältigt werden.



Ricarda Lotte

Doktorvater
Betreuer am Institut
Finanzierung

Prof. Dr. Michael Grünberger

Dr. Kaya Köklü, Dr. Valentina Moscon

**Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb,
DFG-Graduiertenkolleg „Geistiges Eigentum und
Gemeinfreiheit“**

3.14

Patent Use Exception for User-Generated Ideas: the Maker Movement Meets Patent Law

In Munich, Milwaukee, in Brazilian favelas ... fab labs and maker spaces are opening in various and often unexpected places. The maker movement, a technology-based branch of the do-it-yourself culture, has enjoyed a tremendous global expansion within the last 10 years. Makers are recognised as active users and developers in fields such as 3D printing, electronics and robotics just to name a few. The maker movement occupies the same territory, namely technology and science, with the patent system, however, on completely different conditions. The core principle of making is sharing – being in a community and communal working – where ideas once made public belong to everyone. This approach contradicts the idea behind patent protection based on the exclusion of third parties from using an invention. This particular case incited an inquiry on the scope of limitations to patent exclusivity and of the freedom of making.

The efforts devoted to the development and growth of the patent system focused on strengthening the position of the patent holder and took into account the interests of third parties affected by the system, such as individual users, with rather unequal affection. In addition, given the credo of the maker movement and its approach toward innovating, which oppose the principles underlying the patent system, it was assumed that these two parallel worlds collide rather than collaborate. Another component of the research canvas was the fact that the patent system clearly prevails over the maker movement in terms of economic power. The project was stimulated by the strong ethical conviction of the need to protect the weaker parties, here understood as individual end users and inventors, on the IP playground with its fierce rules of conduct. The underlying hypothesis of the project challenged the functionality and effectiveness of existing patent limitations within the making scenario.

At its core, the study posed a very blatant question: to what extent are working on and with a patented solution allowed without previous permission (i.e. a license) from the patent holder? The study aspired to measure the flexibility of patent limitations against modern phenomena of innovation in the digital era, such as the maker movement. It sought to understand whether the construction of patent limitations allows for adapting to and embracing of the modern technological environment by assisting the progress of those affected by the patent system but not participating in it.

To determine the accuracy of the hypothesis, a classic form of legal investigation, namely the comparative

analysis of patent limitations, was adopted in order to illustrate the main trends and assumptions of this subject-matter. The comparison covered four patent systems of the following countries – Germany, the UK, the USA and Japan – selected for their significance in the global patent market. The analysis focused on law application and material legal aspects which dominated over procedural ones. The comparison did not serve to indicate the “better” system, but to outline general trends. Considering the global unification of IP protection within the legal framework provided by the TRIPS Agreement, it stands to reason that questions of patent limitations would underlie similar considerations in the analysed systems. The UPC Agreement served as a point of departure in the search for similar provisions in two non-European systems. Likewise, the German system served as a touchstone to seek for corresponding non-statutory limitations, i.e. legal doctrines in other jurisdictions. Another path of investigation was comprised of an empirical study of the makers’ experience with patents and patent law, which constitutes a measurable justification for this project. The survey was motivated to collect information on the willingness to patent solutions and on infringement claims against makers.

The comparative analysis proved the narrow application of exceptions and their inadequacy in supporting the activities of makers. None of the existing patent limitations could exhaustively assist makers and free them from the burden of patent due diligence while going “public” with their ideas, even for non-commercial purposes. The two limitations which were of particular interest, namely for private and non-commercial use and for experimental use,

together with the repair doctrine do not, in their current form, create a safe harbour for making.

The private and non-commercial use exception is an appealing option for makers when they basically work secretly, without revealing the idea to others (in the proverbial basement or garage). As long as making remains within the borders of private and personal use and without any indication of commercial or public application, the exception is applicable. Each situation in which the borders are blurred calls the exception into question, since the information might leak into the public sphere. Not to mention, the most common setting is when makers share their ideas and are engaged in community activities.

The space left by the private use exception is filled by that for experimental use, which at its core corresponds with the profile of making and, in addition, allows public activities. However, in its present form, the exception covers only a small portion of making activities and requires a careful and exact application that partially addresses the making scenario. Moreover, with open sharing of ideas, projects (prototypes) are being tested and re-made globally in various maker communities at the same time, which is much more than what is allowed by national legislations.

The repair doctrine could serve as protection for makers only under very specific conditions. The doctrine itself is vague, difficult to comprehend, and requires case-by-case analysis. And while certain guidelines can be extracted from the case law, accurate examination demands a profound understanding of patent claims and the scope of protection. Therefore, due to the high level of

uncertainty, the doctrine remains a less appealing option to rely on.

In addition to that, the current state of affairs in the patent field reinforces the opinion on the necessity to balance the disproportion that affects end users. As presented in the survey analysis, makers indeed face difficulties such as limited access to resources and legal barriers (i.e. the legal protection of ideas), and might be targeted by patent holders when they disclose their ideas publicly.

The study proposes a novel solution called a greenlight (limitation) which stands for “a green light to make” from a patent owner to allow public and non-commercial work on a patented solution. Its chief objective is to free the public sphere of making from any doubts and burdens resulting from neighbouring with the patent system. The mechanism of the greenlight is fairly simple: It is about expanding the non-commercial and private use over public uses. It embraces the variety of making operations and eliminates the restrictions placed on the quantity and quality of uses in the public sphere and within non-commercial applications.

The idea is accompanied by a concept of a freely accessible database with results delivered by makers – a greenbase – which would become a maker-driven source of prior art for patent prosecution. Solutions posted in the database would be protected (immune) by the greenlight limitation.

The author is firmly convinced of the necessity and feasibility of the greenlight proposal. The feedback collected until now has been overall positive and stresses both the importance as well as the need for further elaboration of the idea.



Natalia Lukaszewicz

Doktormutter
Betreuerin am Institut
Finanzierung

Prof. Dr. Annette Kur
Prof. Dr. Annette Kur
Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb,
GRUR

Online Music Distribution – How Much Exclusivity Is Needed? A Study of International, European, German and US Copyright Systems and Their Objectives

This research analyses and categorises the regulatory models in the field of online music distribution (OMD) in the US and Germany, taking a stand on numerous controversies in copyright scholarship and case law. It also examines the relevant provisions of international and EU law. The research then utilises the coexistence of different regulatory models in the OMD field to study the consistency of these models with the overarching regulatory objectives of music copyright law. The research comes to the conclusion that market-based statutory licensing is a regulatory model generally preferable in the field of OMD, formulating policy recommendations on how the laws of Germany, the EU and the US could be adapted to functionally resemble this solution without radically revamping established legal institutions.

Copyright law is built around the concept of exclusive rights. According to a widespread opinion, exclusivity has been and must remain the central tenet behind copyright regulation. Yet the truth is that a plethora of regulatory models reflecting different gradations of exclusivity have been established in the field of music copyright and now apply to online music distribution (OMD). These include:

- full exclusive rights (frequently subject to certain limits in the internal relationship between original and derivative rightholders);
- statutory limits of exclusivity in the form of compulsory licenses, statutory licenses or limitation-based remuneration rights; and
- collective rights management (CRM) in the OMD field, which also has implications for exclusivity.

Few attempts have been made to analyse and categorise these models from the standpoint of their applicability to OMD, and to examine their practical effects as well as their consistency with the overarching regulatory objectives of music copyright law. This research aims to fill that gap.

In doing so, this study focuses on the national music markets and legal systems of the US and Germany. Prior to addressing these legal systems, this study also looks at the provisions of international treaties applicable to OMD as well as at the respective provisions in EU law. The analysed copyright systems are first compared, as they stand now, with regard to their ability to make relevant OMD uses of rights in relevant subject-matter subject to a certain regime of exclusivity. In the second step, all existing regimes of exclusivity across the researched legal systems are compared with regard to their ability to reach overarching regulatory objectives, with the view to building a proper basis for respective policy recommendations. This normative legal research is conducted with the help of a normative reference framework, which formulates and discusses the regulatory objectives in the field of OMD based on the evidence of legislative intent, on “classical” copyright theories and on further normative considerations.

Part 1 of this study deals with the legal situation pertaining to the field of OMD from the international, European, German and US perspectives in a comprehensive manner, taking a stand on numerous controversies in copyright scholarship and case law. Overall, a mixed picture emerges from the analysis in Part 1. On the one hand, full exclusivity covers the economically most important uses of

	Permanent Downloading	Limited Downloading	Interactive Streaming	Non-Interactive Streaming
USA	A/R	A/R	A/R	A/R
	A/D	A/D	A/PP	A/PP
	P/R	P/R	P/R	P/R
	P/D	P/D	P/PP	P/PP
Germany	A/R	A/R	A/R	A/R
	A/D	A/MA	A/MA	A/B
	P/R	P/R	P/R	P/R
	P/D	P/MA	P/MA	P/B
	L/R	L/R	L/R	L/R
	L/D	L/MA	L/MA	L/B

Exclusivity →

A = Author **R** = Reproduction
P = Performer **D** = Distribution
L = Label (Producer) **PP** = Public Performance
 MA = Making Available On Demand
 B = Broadcasting

Example: **A/R** = Author's reproduction right

sound recordings/performances and phonograms by interactive services. On the other, the prominent role of statutory and compulsory licensing as well as of voluntary CRM, subject to comprehensive regulations, cannot be denied for the field of OMD. There are more rights and generally a higher degree of exclusivity in Germany than in the US, while non-interactive streaming is the use with the least exclusivity and the least control of rightholders in both the US and Germany (see figure on the left).

The subsequent normative analysis, conducted in Part 2, dispels some widespread myths about the impact of copyright regulation and the importance of exclusivity. While the music industry often becomes the battlefield for fierce copyright debates, our analysis of the available empirical evidence suggests that, in fact, music might be exactly the area where the incentive effect of copyright's economic rights for creative activity is modest at best. With regard to the objective of rewarding rightholders, the research reveals further common misconceptions about the desirability of exclusivity. Not only does full exclusivity have a very ambiguous impact on the reward objective, if one accounts for the tripolarity of the conflict of interests in the music field, full exclusivity also seems to fail to yield higher overall rewards to rightholders, with the available knowledge suggesting that it is on a par with market-based statutory licensing with regard to its rewarding effect. Our empirical analysis of musicians' royalties, which is admittedly very limited due to data constraints, even suggests that statutory licensing has a higher overall rewarding power than exclusivity, especially from the perspective of successful small-scale players.

Further insights are delivered by the examination of the objective of promoting a level playing

field among rightholders, or creative competition. Here, this study attempts to further develop this perspective and to embrace it more firmly as a goal of copyright protection, drawing parallels to regulation in other sectors such as print media or open Internet. From the perspective of creative competition, the advantage of statutory licensing over the regime of full exclusivity becomes particularly evident. A similar result is found for the objective of promoting dissemination. Here, the notion of "efficient dissemination" endorsed by the proprietary paradigm operates with questionable assumptions and appears misguided. The view of dissemination as the access component of the incentive-access paradigm is supported by better evidence and seems to be fundamentally correct – following this view, we find dissemination to be better promoted by limits of exclusivity than by exclusivity itself.

The overall better consistency of statutory licensing with the objectives pursued by copyright law justifies recommending it as a generally preferable regulatory model in the field of OMD. At the same time, not any statutory license deserves such endorsement. In this context, Part 3 of this study adopts the concept of market-based statutory licensing improved in a number of aspects. Elaborating on the in-depth knowledge of the examined copyright systems obtained in Part 1, we make specific recommendations on how the laws of Germany, the EU and the U.S. can be adapted to functionally resemble the proposed regulatory model without radically revamping established legal institutions. Finally, the study evaluates and confirms the admissibility of these specific recommendations from the standpoint of international law and other higher-ranking rules of law.



Nikita Malevanny

Doktorvater
Betreuer am Institut
Finanzierung

Prof. Dr. Reto M. Hilty

Dr. Sylvie Nérissou, Dr. Kaya Köklü

Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb,
IMPRS-CI

L'influence du droit de la concurrence français et européen sur la réglementation antitrust des pays arabes: l'exemple du Maroc

This research focuses on the influence of EU competition law on developing countries by taking Morocco and other Arabic countries as a case study. Developing countries intending to acquire a sound competition regime naturally turn to EU or the US models. Morocco, as a developing country, does not deviate from this rule and relies on the European experience. In this sense, the dissertation discusses the presumption that the Moroccan competition law (new/old Act) originates from the European competition law model. The focus is on analysing in an initial stage, the genesis of the process of influence, as well as how the EU influence spread over both substantive provisions of Moroccan competition law and its implementation. This dissertation pursues two objectives. First, by taking Morocco as a case study, it not only investigates the way the influence of EU law manifests itself, but also the factors allowing it to take root. Second, it critically assesses whether such influence is in line with the needs of developing countries such as Morocco.

With the widespread adoption of competition laws around the globe, the debate is increasingly focusing on the transferability of available competition law models, especially by comparing US antitrust law and EU competition law. In this context, Arabic and developing countries intending to implement a sound competition regime naturally turn to one of the available models. Morocco does not deviate from this rule and relies on the European experience. It becomes therefore relevant to explore the whys and wherefores of this phenomenon.

In this sense, the dissertation discusses the presumption that the Moroccan competition law, based on the original and recently reformed Competition Act, originates from the European competition law model. The focus is on analysing in an initial stage the genesis of the process of influence as well as how the EU influence spread over both substantive provisions of Moroccan competition law and its implementation.

By carrying out this analysis, the study provides an understanding of how deep the influence is and, at the same time, a substantive basis for a discussion concerning the questionable characteristics of such a process. As a central theme, the thesis advocates the need for developing countries to build an appropriate competition regime by only transposing international models to the extent that they allow them to meet their specific development needs. To this end, the thesis looks further into the issue relating to the suitability of the influence of EU competition law. This means that before orienting the analysis toward the research of an alternative

approach to competition law by Arabic countries such as Morocco, the dissertation identifies the economic and socio-political characteristics relevant to the design and implementation of such legal discipline in those countries.

On that basis, this thesis has proposed certain adjustments to the EU influence so as to reflect the needs of the influenced regime. With regard to the concept of competition, the analysis, based on a study of the Moroccan case, reaches a similar conclusion to that of Singh according to which the focus is more on achieving an optimal degree of competition on the market rather than a maximal one. In this same vein, the lack of competition as observed in many markets in developing countries requires competition authorities to go far beyond their traditional mission consisting of the protection of competition and look at the necessary conditions for its creation.

In addition, it seems absolutely essential to redefine the goals of competition law in developing countries. In fact, the heart of the conflictual relationship between the influenced and the influencing model lies in the latter's inability to integrate goals capable of reconciling competition law with other sectoral policies. As a consequence, this study seeks to reconcile competition and non-competition considerations by offering two different options.

On the one hand it is important to clarify the role of the developmental dimension in competition law. This implies a textual recognition of this dimension so as to release the full potential of

the various existing pro-development mechanisms in Moroccan antitrust legislation. In fact, the question is whether, as regards merger control or the ban on anticompetitive practices, Moroccan competition law provides for various, French and EU-inspired mechanisms that enable non-competition considerations to be fully taken into account. In particular, the Minister of Economy may declare an operation to be of strategic importance to the country in the name of considerations of general interest other than competition (industrial development, competitiveness of companies in relation to international competition, creating or maintaining employment). The same holds for the Competition Council, which may take into account non-competition considerations when investigating a given transaction. By ensuring a better balance between competition and non-competition considerations, those mechanisms eliminate the need to rethink merger control in the light of developmental considerations. A similar conclusion emerges with regard to the control of anticompetitive practices. While it is true that non-competition considerations are fully taken into account through substantive rules and various other exemptions, a better integration of those aspects is also possible mainly through an enhanced application of anticompetitive prohibitions, in particular the differentiation of penalties and prioritisation.

On the other hand, it is equally important to ensure that dynamic considerations are taken into account.

Considering the surrounding debate relating to the acquisition of dynamic efficiencies in developing countries, it has been found more appropriate to textually recognise dynamic efficiency as an express goal of competition law in those countries and then elaborate on the different aspects of its acquisition on the basis of a soft law instrument as the Moroccan Competition Council's experience develops.

From an institutional perspective, the thesis demonstrates the urgent need for adjusting the institutional architecture to national needs. In addition to risks relating to the independence and the credibility of the Competition Council, the newly enacted Moroccan competition law, as inspired by the French and EU models, raises a clear risk of overloading the regulator. Following the new reform, the Moroccan Competition Council's status has changed from a simple consultative body to one concentrating all the decision-making powers in the field of competition. Hence, the new Competition Act has now completed the gradual transfer of powers to the Competition Council. In view of this, the key solution to tackling the institutional deficiencies lies, on the one hand, in shielding the regulator from external influences so as to enhance its independence and, on the other hand, strengthening the Council's capabilities of ensuring the fulfilment of its tasks. Ultimately, this makes clear that the developing countries' systematic opposition to the introduction of an EU-inspired competition model is partly misplaced.



Amine Mansour

Doktorvater
Betreuer am Institut
Finanzierung

Prof. Daniel Mainguy

Dr. Mor Bakhom

**Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb,
Moroccan Government Scholarship**

Regional Competition Law Enforcement in Developing Countries: A Case Study on the Degree of Centralization or Decentralization in the West African Economic and Monetary Union, the Andean Community and the Caribbean Community

Die Bedeutung eines funktionierenden Kartellrechtssystems für Entwicklungsländer ist inzwischen anerkannt. In den letzten zwei Jahrzehnten haben viele Entwicklungsländer eigene Kartellgesetze erlassen oder sich supranationalen Kartellrechtssystemen im Rahmen regionaler Integrationsgruppen angeschlossen. Dennoch bleibt die praktische Anwendung dieses Kartellrechts oftmals unzureichend. An diesen Befund anschließend behandelt die Studie das Potenzial regionaler Kartellrechtssysteme als effektives Instrument zur Kartellrechtsanwendung in Entwicklungsländern. Anhand der unterschiedlichen Systeme der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion, der Andengemeinschaft und der Karibischen Gemeinschaft untersucht sie insbesondere die Verteilung der Kartellrechtskompetenzen. Zwar existiert nicht das eine optimale System; die Arbeit formuliert jedoch Richtlinien für die Ausgestaltung eines regionalen Kartellrechtssystems unter Berücksichtigung der besonderen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen in Entwicklungsländern.

Während der Erlass von Kartellrechtsgesetzen in Entwicklungsländern stetig voranschreitet, findet eine effektive Anwendung nur sporadisch statt. Das liegt nicht nur an mangelnden Ressourcen oder ineffektiven Institutionen. Vielmehr wurden häufig Regelungsmodelle erfahrener Kartellrechtsjurisdiktionen imitiert, ohne den lokalen ökonomischen Bedingungen ausreichend Rechnung zu tragen. Neben hoher Marktmachtkonzentration tragen u.a. eine geringe Größe der Märkte, hohe Zutrittsschranken, eine defizitäre Infrastruktur sowie ein unzureichender Zugang lokaler Unternehmen zu den Kapitalmärkten zu einem schwachen Wettbewerb in Entwicklungsländern bei.

Ein Ansatz, die Kartellrechtsanwendung in Entwicklungsländern effektiver zu gestalten, liegt darin, regionales Kartellrecht innerhalb regionaler Integrationsgruppen zwischen Entwicklungsländern zu implementieren. Diese Studie widmet sich der Analyse des regionalen Kartellrechts in der überwiegend französischsprachigen Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion, der Andengemeinschaft und der Karibischen Gemeinschaft.

Die Bildung einer regionalen Integrationsgruppe beruht auf einem Zusammenschluss mehrerer Länder zur Schaffung und Förderung eines gemeinsamen Marktes. Das zugrundeliegende Kalkül besteht darin, durch die Schaffung eines gemeinsamen Marktes mit ökonomischen Interdependenzen auch zu wirtschaftlicher Stabilität und Wachstum der beteiligten

Mitgliedstaaten beizutragen. In Hinblick auf eine effektive Kartellrechtsanwendung kann einem regionalen Kartellrecht einerseits eine Anreiz- bzw. Vorbildwirkung für die Mitgliedstaaten zukommen, ein eigenes Kartellrecht zu erlassen. Andererseits kann eine gemeinsame Anwendung zu einem effektiven Einsatz von Ressourcen – nicht nur finanzieller Art, sondern insbesondere von Expertise und Erfahrung – beitragen.

Dass der Verteilung der Kartellrechtskompetenzen innerhalb eines regionalen Kartellrechtssystems eine entscheidende Rolle zukommt, reflektiert bereits die Entwicklung der europäischen Kartellrechtsanwendung. Sie ist seit der Verordnung 1/2003 dezentral ausgestaltet, wohingegen zu einem frühen Zeitpunkt, in dem es vielen Mitgliedstaaten an eigenen Kartellgesetzen und entsprechender Erfahrung mangelte, weitreichende Kompetenzen auf der supranationalen Ebene konzentriert wurden. Auch die drei in dieser Arbeit untersuchten regionalen Kartellrechtssysteme haben sich für jeweils unterschiedliche Kompetenzverteilungen mit unterschiedlichen Anwendungserfolgen entschieden.

Während die Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion einen zentralisierten Aufbau verfolgt, bei dem die meisten Kartellrechtskompetenzen auf supranationaler Ebene liegen und der Anwendungsbereich des supranationalen Rechts sehr weitreichend ist, findet die Kartellrechtsanwendung in der Karibischen Gemeinschaft vorwiegend dezentral auf

der Ebene der Mitgliedstaaten statt. Die Andengemeinschaft hat einen Mittelweg gewählt, bei dem Mitgliedsstaaten, die bis dahin über kein eigenes nationales Kartellrecht verfügten, das regionale Recht als nationales Recht „downloaden“ können. Jedoch begegnen alle drei Systeme verschiedenen Schwierigkeiten, die auf die Verteilung der Kartellrechtskompetenzen zurückzuführen sind.

Die Arbeit unterteilt sich in zwei große Teile. Im ersten Teil werden die Bedingungen der Kartellrechtsanwendung in Entwicklungsländern (sog. *competition constraints*) und die Kartellrechtssysteme der drei untersuchten Integrationsgruppen analysiert. Dabei zeigt sich, dass sich sechs „Dimensionen“ auf die Rechtsanwendung auswirken: (1) der Anwendungsbereich des substantiellen Rechts, (2) die Gesetzgebungskompetenz, (3) die Organisation und Besetzung der supranationalen Kartellbehörden, (4) die konkreten Durchsetzungsbefugnisse und -verfahren sowie mögliche Kontrollinstanzen, (5) die allgemeinen zugrundeliegenden Rechtsprinzipien und (6) die zeitliche und dynamische Komponente. Die Verteilung der Kompetenzen in den Dimensionen und ihr Zusammenspiel bestimmen den Grad der zentralen oder dezentralen Kartellrechtsanwendung. So handelt es sich bei einem regionalen Kartellrechtssystem mit einem weiten Anwendungsbereich des regionalen Rechts nicht automatisch um ein zentralisiertes System, wenn gleichzeitig die Durchsetzungs- und Kontrollverfahren auf der nationalen Ebene verortet sind.

Die Analyse der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion, der Andengemeinschaft und der Karibischen Gemeinschaft zeigt, dass es nicht das eine optimale regionale Kartellrechtssystem gibt. Vielmehr ist die effektive Berücksichtigung der spezifischen ökonomischen, politischen und sozialen Bedingungen entscheidend. Eine überragende Stellung kommt dabei der Bedeutung des gemeinsamen Marktes zu und wie stark oder locker die wirtschaftlichen, politischen oder sozialen Verbindungen zwischen den Mitgliedstaaten der Integrationsgruppe ausgeprägt sind. Die Arbeit wendet daher eine juristisch geprägte institutionelle Analyse an, bei der die einzelnen Dimensionen innerhalb eines regionalen Kartellrechtssystems in Beziehung zu den jeweiligen vorherrschenden *competition constraints* gesetzt und daraufhin die möglichen Effekte einer bestimmten Kompetenzverteilung untersucht werden.

Die Arbeit entwickelt anhand dieser Methode Reformvorschläge für die drei untersuchten regionalen Kartellrechtssysteme und formuliert allgemeine Richtlinien zur Ausgestaltung eines regionalen Kartellrechtssystems unter Berücksichtigung der *competition constraints* in Entwicklungsländern. Diese Vorschläge beruhen auf allgemein formulierten Richtlinien, die helfen, Fehlstellungen zu erkennen und zu vermeiden. Diese Richtlinien können damit zu einer langfristigen effektiven Kartellrechtsanwendung in Entwicklungsländern und nicht zuletzt zu einer fairen und nachhaltigen Entwicklung beitragen.



Julia Molestina

Doktorvater
Betreuer am Institut
Finanzierung

Prof. Dr. Josef Drexl

Dr. Mor Bakhom

Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb

Gerechter Ausgleich und angemessene Vergütung – Dispositionsmöglichkeiten bei Vergütungsansprüchen aus gesetzlichen Lizenzen

Viele urheberrechtliche Schrankenbestimmungen im Unionsrecht und nationalen Recht sind ausgleichspflichtig ausgestaltet. Im deutschen Recht erhält der Urheber für die erlaubnisfreie Nutzung einen Anspruch auf eine „angemessene Vergütung“, im Unionsrecht als Ersatz für die Ausnahme oder Beschränkung einen „gerechten Ausgleich“. Zugleich geht die gesetzgeberische Tendenz auf nationaler und europäischer Ebene dahin, den Umfang erlaubnisfreier, aber vergütungspflichtiger Nutzungen fremder Werke auszudehnen. Dennoch stand bisher vorwiegend die Disponibilität der Schranken des Urheberrechts im Vordergrund, nicht jedoch die Möglichkeit vertraglicher Dispositionen über den gesetzlichen Vergütungsanspruch an sich. Die Dissertation leistet einen Beitrag dazu, diese Forschungslücke zu schließen. Sie beleuchtet Dogmatik, Funktionsweise und vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten von gesetzlichen Vergütungsansprüchen in den §§ 44a ff. UrhG bei individueller und kollektiver Wahrnehmung unter Berücksichtigung des Unionsrechts und internationaler Vorgaben.

Zu Beginn der Arbeit führt ein praktisches Beispiel in den Untersuchungsgegenstand ein. Es werden nur solche Vergütungsansprüche untersucht, die direkt gegenüber dem Nutzer erhoben werden. Die Geräteabgabe ist daher nicht Gegenstand der Arbeit. Außerdem wird die grundlegende Unterscheidung zwischen verwertungsgesellschaftspflichtigen und solchen gesetzlichen Vergütungsansprüchen getroffen, bei denen eine individuelle Wahrnehmung möglich ist.

Nach einer Untersuchung des wenig konkreten internationalen Rechtsrahmens richtet sich der Fokus auf die InfoSocRL. Als Kompensation für Ausnahmen und Beschränkungen vom Ausschließlichkeitsrecht sieht Art. 5 InfoSocRL teils zwingend, teils fakultativ, einen gerechten Ausgleich für den Rechtsinhaber vor. Die Mitgliedstaaten sind hierbei auch dann an die Vorgaben des Unionsrechts – einschließlich der Grundrechte – gebunden, wenn der gerechte Ausgleich in Art. 5 InfoSocRL nicht obligatorisch vorgesehen ist. Die Arbeit kommt zu dem Ergebnis, dass der Umstand, ob eine „Ausnahme“ oder „Beschränkung“ vorliegt, Auswirkungen auf den gerechten Ausgleich hat. Unter Beschränkungen fallen demnach insbesondere Zwangslizenz und Verwertungsgesellschaftspflichtigkeit des Ausschließlichkeitsrechts, unter Ausnahme wird dagegen die Aufhebung des Ausschließlichkeitsrechts zugunsten der Erlaubnisfreiheit verstanden. In Abhängigkeit hiervon ist der normative Schaden (engl.: *harm*) im Sinne der InfoSocRL zu bestimmen, den der gerechte Ausgleich zu kompensieren hat. Gerechter Ausgleich und Schadensbegriff sind dabei unionsrechtlich autonom und unabhängig von vorbestehenden nationalen

Vergütungssystemen auszulegen. In der Folge setzt sich die Arbeit intensiv mit der sehr fallspezifischen Rechtsprechung des EuGH auseinander und bevorzugt einen normativen Schadensbegriff, wobei der Schaden nutzungsorientiert zu ermitteln ist.

Vor diesem Hintergrund werden die Umsetzungsspielräume für die Mitgliedstaaten herausgearbeitet. Ausgangspunkt ist hierbei stets der individuell wahrnehmbare Vergütungsanspruch. Eine wichtige Erkenntnis ist die Notwendigkeit der Verkehrsfähigkeit des gerechten Ausgleichs, wenn und soweit sichergestellt wird, dass der originäre Rechtsinhaber einen wesentlichen Teil des Aufkommens aus dem gerechten Ausgleich tatsächlich und unbedingt erhält. Vertraglichen Dispositionen über den gerechten Ausgleich steht das Unionsrecht unter dieser Prämisse nicht entgegen.

Im UrhG setzt der Anspruch auf eine angemessene Vergütung den gerechten Ausgleich um. Nach Darstellung des Rahmens von Unions- und nationalem Verfassungsrecht wird der Vergütungsanspruch im allgemeinen Zivilrecht dogmatisch verankert. Zentral ist die Erkenntnis, dass für die Konkretisierung des Anspruchs auf eine angemessene Vergütung dem Urheber einseitiges Leistungsbestimmungsrecht zusteht, auf das im Wesentlichen § 315 BGB analog anzuwenden ist. Dies gilt auch für den Fall, dass Verwertungsgesellschaften gesetzliche Vergütungsansprüche wahrnehmen.

Grundrechtlich abgesichert steht sodann die Erkenntnis, dass auch im deutschen Urheberrecht die

gesetzliche Anordnung einer angemessenen Vergütung vertraglichen Abreden grundsätzlich nicht entgegensteht. Zunächst werden ausführlich die schuldrechtlichen Implikationen dargestellt, wenn der durch §§ 44a ff. UrhG privilegierte Nutzer die Werknutzung vornimmt, ohne sich vorab mit dem Urheber bzw. Rechtsinhaber über die angemessene Vergütung nach §§ 44a ff. UrhG vertraglich zu einigen.

Anschließend wird der Fokus auf mögliche vertragliche Vereinbarungen zwischen Rechtsinhaber und privilegiertem Nutzer gerichtet. Hierbei geht es zunächst um die Fragen der vertraglichen Festlegung der angemessenen Vergütung mit dem privilegierten Nutzer, aber auch um mögliche Nebenabreden.

Ein Vorausverzicht – und dem gleichgestellt: eine unentgeltliche Vorausabtretung – ist allerdings nach § 63a UrhG unzulässig. Möglich und mit § 63a UrhG vereinbar ist allerdings eine Vorausabtretung dann, wenn der Urheber einen angemessenen Gegenanspruch erhält, der ihn wesentlich an den Einnahmen aus dem gesetzlichen Vergütungsanspruch partizipieren lässt. Diese Lösung wird der tripolaren Interessenlage gerecht und ermöglicht eine Verlegerbeteiligung bei gleichzeitiger Sicherung der Interessen des – regelmäßig verhandlungsschwächeren – Urhebers.

Die Ergebnisse werden im Folgenden auf gesetzliche Vergütungsansprüche übertragen, die – fakultativ oder obligatorisch – von einer Verwertungsgesellschaft wahrgenommen werden. Hierbei zeigen die Vorschriften des VGG einige Besonderheiten für Verwertungsgesellschaften, die sich aber nahtlos in das gefundene, schuldrechtlich fundierte System einfügen lassen.

Abgerundet wird die Arbeit durch einen Vorschlag für die Novellierung von § 63a UrhG, der die gefundenen Lösungen kodifiziert. Die Vorausabtretung gesetzlicher Vergütungsansprüche soll hierbei nur dann möglich sein, wenn der Urheber einen angemessenen Gegenanspruch erhält. Die vorgeschlagene Lösung soll auf alle Verwerter anwendbar sein und damit künftigen Entwicklungen im digitalen Umfeld bereits jetzt Rechnung tragen.

Eine weitere zentrale Erkenntnis der Arbeit ist, dass individuell wahrgenommene gesetzliche Vergütungsansprüche – auch wenn sie ab März 2018 einstweilen in den §§ 44a ff. UrhG nicht mehr vorgesehen sind – in bestimmten Konstellationen ihre Berechtigung haben können und daher *de lege ferenda* im Blick behalten werden sollten. Dies gilt insbesondere dann, wenn Schrankenbestimmungen für wirtschaftlich relevante Einzelnutzungen in Betracht gezogen werden.



Claudius Pflüger

Doktorvater
 Betreuerin am Institut
 Finanzierung

Prof. Dr. Malte Stieper
Adj. Prof. Dr. Silke von Lewinski
Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb

Veröffentlichung

Pflüger, Claudius, Gerechter Ausgleich und angemessene Vergütung – Dispositionsmöglichkeiten bei Vergütungsansprüchen aus gesetzlichen Lizenzen (Abhandlungen zum Urheber- und Kommunikationsrecht, 61), Nomos, Baden-Baden 2017, 308 S.

Der Schutz des Lieferanten als Marktgegenseite im Kartellrecht

Das Kartellrecht verfolgt einen Schutz der Marktgegenseite. Obwohl die deutschen, europäischen und US-amerikanischen Normen einem solchen Schutz offen gegenüberstehen, lassen sich mehrere Fallgruppen feststellen, in denen Anbieter nicht genauso intensiv wie Nachfrager geschützt werden. Diese Asymmetrie geht vor allem zu Lasten kleiner Lebensmittelhersteller, landwirtschaftlicher Betriebe und Automobilzulieferer. Ihnen stehen typischerweise starke Nachfrager gegenüber. Es profitiert vermeintlich der Endverbraucher und der Handel von günstigen Preisen. Die Arbeit stellt zum einen anhand ökonomischer Modelle die Auswirkungen von Nachfragemacht dar. Zum anderen untersucht sie normativ, ob die Schutzzwecke des Wettbewerbsprozesses und der Wohlfahrt auch Lieferanten erfassen. Im Ergebnis bringt die Arbeit diese Schutzzwecke miteinander in Einklang, indem sie die Bedeutung der Marktgegenseite in der Wettbewerbsanalyse hervorhebt.

Die Diskussion um den Schutzzweck des Kartellrechts wird seit jeher leidenschaftlich geführt. Zentral wird entweder auf eine ergebnisorientierte ökonomische Vorteilhaftigkeit oder den Schutz des strukturorientierten Wettbewerbsprozesses abgestellt. Die Arbeit untersucht diese Diskussion sowie die praktische Kartellrechtsanwendung aus der Perspektive des Lieferanten. Dabei muss sich der Leser von der pauschalen Vorstellung von starken Unternehmen und schwachen Nachfragern lösen. Die Situation ist oft eine andere: Kleine und mittelständische Milchbauern stehen beispielsweise großen Molkereien gegenüber, diese wiederum dem beherrschenden Lebensmitteleinzelhandel. Auch in der Automobilzulieferindustrie sind die Lieferanten häufig von den Herstellern abhängig.

Die Kernaussagen der Studie lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Die ökonomischen Auswirkungen von Nachfragemacht können eine unterschiedliche (asymmetrische) Beurteilung von Angebots- und Nachfragemärkten nicht begründen. Vertreten werden zwei gegensätzliche Modelle, die sich mit den Auswirkungen von Nachfragemacht beschäftigen. Im Ergebnis zeigt sich jedoch, dass sich je nach Standpunkt des Betrachters immer ein passendes ökonomisches Modell findet, das die eigene Sichtweise stützt. Die Ökonomie kann eine normative Entscheidung über den Schutzzweck des Kartellrechts nicht ersetzen.
- Die normativen Grundlagen des Kartellrechts, also seine Ziele und Zwecke, bewegen sich zwischen der Effizienzförderung und dem Schutz des Wettbewerbsprozesses. Das Kartellrecht muss und kann beiden Wertungen dienen. Effizienz und Wettbewerb müssen auch aus Lieferantenperspektive kein Widerspruch sein.
- Das deutsche und das europäische Kartellrecht schützen in ihrer übergreifenden Konzeption den

Wettbewerbsprozess als Instrument für rechtlich verankerte Zwecke, wozu die Binnenmarktintegration oder die effiziente Ressourcenallokation gehören. Der Wettbewerb ist dabei kein positiv erfassbarer Prozess. Er ist vielmehr negativ vor Beeinträchtigungen seiner Funktionen und Bedingungen zu schützen. Aus Lieferantenperspektive stellt die Auswahl der Marktgegenseite die maßgebliche Bedingung von Wettbewerb dar.

- Das europäische und das deutsche Kartellrecht verfolgen das Ziel, eine effiziente Ressourcenallokation zu fördern. Dabei berücksichtigen die kartellrechtlichen Tatbestände Effizienzen in einer Auswirkungsanalyse. Effizienzvorteile sind nicht nur am Verbraucher, sondern allgemein an der Marktgegenseite zu messen, um auch potenziell wettbewerbswidriges Nachfrageverhalten erfassen zu können. Auch das deutsche GWB verfolgt in seiner Grundkonzeption eine gesellschaftspolitisch freiheitsorientierte und eine die Ressourcenallokation steigernde ökonomische Funktion.
- In Bezug auf die Frage, was unter Effizienzen zu verstehen ist, können weder die Argumente für die Gesamtwohlfahrt noch die für die Konsumentenwohlfahrt vollumfänglich überzeugen. Die Orientierung an Verbraucherinteressen greift zu kurz. Denn der einzelne Verbraucher kann gleichzeitig als Anteilseigner und Eigentümer von Unternehmen auch auf der Anbieterseite stehen. Ebenso verdienen die meisten Verbraucher ihr Geld als Arbeitnehmer auf der Anbieterseite des Arbeitsmarktes. Im Sinne eines Wirtschaftskreislaufs kann deshalb eine starre Orientierung am Unternehmer/Verbraucher-Verhältnis nicht zu einer realistischen Auswirkungsanalyse führen. Entsprechend ist die Wohlfahrt im Kartellrecht an der Marktgegenseite zu messen.
- Die kartellrechtlichen Begriffe sind entsprechend funktional zu verstehen. Das Tatbestandsmerkmal des „Verbrauchers“ ist folglich im Kartellrecht rollenbezogen auf die Marktgegenseite zu beziehen.

Die Arbeit liefert nicht nur einen weiteren Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion der Schutzzwecke des Kartellrechts. Ihre Kernaussage wird auch durch die kartellrechtliche Praxis, insbesondere durch die jüngere Entscheidung des Bundeskartellamts zur Fusion von Edeka/Kaiser's Tengelmann bestätigt.

Darüber hinaus kommt dem gleichberechtigten Schutz von Lieferanten eine gesellschaftspolitische Dimension zu. Die Arbeit bezieht zu einer von Industrie und Politik häufig idealisierten Nachfragemacht deutlich Stellung: Konsumenten können zwar durchaus von starken Nachfragern profitieren, da die Preise sinken werden. Doch ist auffällig, dass jenseits billigerer Preise typischerweise hohe gesellschaftliche Kosten entstehen können. So ist es gerade im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion häufig kaum möglich, ohne staatliche Subventionen die Betriebskosten zu decken. In Entwicklungsländern, deren Landwirtschaft von der Nachfragemacht westlicher Unternehmen in noch stärkerem Maße betroffen ist, kann der Staat solche Ausgleichszahlungen nicht leisten. Die Arbeit deutet an, dass die westliche konsumierende Gesellschaft Effizienzgewinne und niedrige Preise auf Kosten von produzierenden Ländern, typischerweise von Entwicklungsländern, realisiert.

Auch auf dem Arbeitsmarkt stockt der Staat Löhne von Arbeitnehmern auf, die von ihrer Arbeit selbst nicht leben können. Typischerweise trifft das Arbeiter aus unteren Einkommensschichten mit nur geringer Qualifikation. Sie haben keine Verhandlungsmacht gegenüber ihrem Arbeitgeber, sie haben kein Alleinstellungsmerkmal auf Grund ihrer Qualifikation, ihrer Bildung oder ihres handwerklichen Geschicks. Sie sind beliebig austauschbar und von ihrem Arbeitgeber abhängig. Jeder Verbraucher ist gleichzeitig Lieferant seiner Arbeitskraft. Und als solcher ist er in einer nachfragemachtfreundlichen Rechtsordnung in einer

schwachen Position. Nachfragemacht verspricht nicht nur niedrige Preise für die Konsumenten; sie kann auch gesellschaftliche Kosten verursachen.

Die Arbeit kommt zu dem Ergebnis, dass die ökonomischen Auswirkungen von Nachfragemacht nicht unbedingt dafür sprechen, sie zu fördern. Zwar sinken die Preise, doch leiden je nach Betrachtung dynamische Parameter wie Qualität und Innovation. Gesicherte Erkenntnisse deuten in die Richtung, dass Machtpositionen im Markt generell zu vermeiden bzw. zu kontrollieren sind. Normativ sprechen die Ziele des Kartellrechts dafür, sowohl den Wettbewerbsprozess als auch Effizienzen zu fördern. Dafür muss die Marktgegenseite den Maßstab bilden. Entsprechend kann auch der Lieferant Verbraucher im Sinne des Kartellrechts sein.



Markus Raeder

Doktorvater
Betreuer am Institut
Finanzierung
Auszeichnung

Prof. Dr. Josef Drexl
Prof. Dr. Rupprecht Podszun
Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb
Fakultätspreis der Juristischen Fakultät der
LMU München

Veröffentlichung

Raeder, Markus, Der Schutz des Lieferanten als Marktgegenseite im Kartellrecht (Münchner Schriften zum Europäischen und Internationalen Kartellrecht, 36), Stämpfli, Bern; Nomos, Baden-Baden 2017, 361 S.

Markus Raeder
Doktorvater
Prof. Drexl
Betreuer am Institut
Dr. Podszun
Finanzierung
Auszeichnung
MPI

Der kartellrechtliche Schutz der Marktgegenseite aus Sicht vorgelagerter Anbieter

I. Inhalt

In einzelnen Fallgruppen bietet das Kartellrecht keinen spiegelbildlichen Schutz von Anbietern und Nachfragern:

- **Art. 101 AEUV: Horizontallitellen 2011**
Die Kommission beurteilt die wettbewerbsbeschränkende Wirkung von Einkaufskooperationen maßgeblich nach der Stellung der Parteien auf dem Verkaufsmärkten.
- **Art. 102 AEUV: Diskussions- und Prioritätenspapier**
Die Kommission verlangt als zusätzliches Tatbestandsmerkmal des Missbrauchsverbots einen Verbrauchernachteil.
- **Art. 102 AEUV: „Unternehmen“**
Die Beschäftigten der öffentlichen Hand erfüllen nur dann unternehmerisch, wenn sie die Produkte wirtschaftlich und nicht hoheitlich verwendet (EuGH, FENIN).

Nachfragemärkte haben eine eigenständige Bedeutung. Zudem verweist das ökonomische Monopsonmodell einen Zusammenhang zwischen der Stellung der Nachfrager auf Verkaufsmärkten und der Weitergabe von Einkaufsvorteilen an die Konsumenten.

Dieses Tatbestandsmerkmal erschwert Lieferanten den Nachweis eines Missbrauchs durch Nachfrager. Der EuGH lehnt diese Verengung des Schutzzwecks ab, denn sobald der Wettbewerbsprozess leidet, leiden mittelbar auch die Verbraucher.

Es besteht keine Veranlassung, einzelne Beschäftigtenmärkte von der kartellrechtlichen Kontrolle auszunehmen. Dennoch folgt das OWB umfassend dem europäischen Unternehmensbegriff.

Angebot
viele kleine Anbieter
z. B. Milchbauern

Beschaffungsmarkt

Nachfrage
Monopsonist
z. B. Molkereien

↓

Monopsonist

Angebot
viele kleine Anbieter
z. B. Molkereien

Verkaufsmarkt

Nachfrage
viele kleine Nachfrager
z. B. Endverbraucher

II. Methodik

- Vergleich des Monopsonmodells mit dem Modell der Verhandlungsmacht zur Auswirkung von Nachfragemacht auf repräsentative Märkte
- Der Schutz der Marktgegenseite ist normativ sowohl im befristeten Wettbewerbsprozess als auch in der Effizienzsteigerung angelegt.

III. Ausblick

- Das US-amerikanische Recht schützt auf Beschaffungsmärkten die Lieferanten unabhängig von Auswirkungen auf nachgelagerten Verbrauchermärkten. „Consumer“ bedeutet dann „leading partner“.
- Ein Schutzzweck des Kartellrechts, der alle Marktteiligen erfasst, ist insbesondere für Entwicklungsländer von Bedeutung, die typischerweise Rohstoff- und Produktlieferanten der westlichen nachfragenden Welt sind.

References
Bachmann/Henrichs in: Leifert/Franziska, 2010
Euros Wettbewerbsrecht, 16. von Ruppel/Dr. Philipp Franziska
Wettbewerbsrecht, 2017, 361 S. 361-362

König/Dörner über Arbeitsrecht, 2018, 10. Aufl., 10. Aufl.
Wettbewerbsrecht, 2017, 361 S. 361-362

markus.raeder@ip.mpg.de

II · 3 Dissertationen

133

Remedies under Articles 7 and 9 of Regulation 1/2003: Market Design Powers of the Commission?

In EU competition law, the Commission's remedies practice is exposed to fierce criticism. In a nutshell, the critics claim that the recourse to Art. 9 instead of Art. 7 leads to overly broad remedies, undermines procedural safeguards and reduces legal certainty. Ultimately, they fear that remedies do not serve the legitimate purpose to protect competition, but as an instrument to "design" markets. This criticism was fuelled by the Alrosa judgment of the Court of Justice, which is perceived as having given "carte blanche" to the Commission and, thus, as a lost opportunity to align competition remedies with the rule of law. Based on an in depth analysis of the Commission's practice and the relevant case law, the study uses Art. 7 as a normative benchmark to assess to what extent this criticism is justified and whether there is need for reform. It suggests that both questions merit a negative answer.

Under the current enforcement regulation, the Commission may adopt remedies on the basis of Arts. 7 and 9. Broadly speaking, such remedies constitute measures by which a firm that is found or is suspected to violate Arts. 101 or 102 TFEU can be obliged to act in a way that puts the infringement to an end. Such remedies can for instance consist of a simple obligation to cease and desist anticompetitive conduct, of an obligation to grant access, an obligation to respect a certain minimum or maximum price – or even of an obligation to break up a company. While Art. 7 empowers the Commission to impose injunctions against the will of the concerned undertaking subsequent to the finding of an infringement, Art. 9 provides it with the opportunity to make binding commitments that are offered by the concerned undertakings with a view to eliminate the Commission's concerns.

The study identifies three main reasons for which the Commission's use of commitment instead of infringement decisions is criticised: (1) the relaxation of the link between harm and remedy, (2) the relaxation of procedural safeguards, and (3) the negative impact on legal certainty. With respect to each of these reasons, the study finds, however, that critics tend to overstate the degree to which the Commission's commitment practice lags behind the standards of infringement decisions. They overemphasise both the rigour of the Art. 7 and the laxness of the Art. 9 procedure. The study readjusts this line of argument, submitting that there is an important amount of flexibility enjoyed by the Commission in Art. 7 procedures and that Art. 9 procedures are subject to significant limitations. The remaining inconsistencies between the Commission's

commitment practice and the standards for Art. 7 decisions can, it is submitted, be justified with the consensual nature of commitment decisions and their underlying goal of procedural economy. This conclusion is even more supported by the broadly accepted need for some sort of consensual mechanism to close antitrust investigations and in view of the lack of convincing proposals to improve the current legal framework for the adoption of remedies.

First, the study shows that the link between harm and remedy is only modestly relaxed. Art. 7 vests the Commission with broad and flexible powers. In particular, the latter provision allows the Commission to adopt remedies that are prescriptive and prospective; to address on-going and imminent anticompetitive conduct; to eliminate the causes of future anticompetitive conduct; to eliminate subsisting effects of past anticompetitive behaviour; and to impose ancillary obligations to ensure the effective implementation of a remedy. Compared to this standard, Art. 9 entails only a modest risk that the Commission adopts remedies that go beyond what it could have imposed under Art. 7. In particular, the *Alrosa* judgment of the Court of Justice can and must be interpreted restrictively. The Commission can only make commitments binding that go beyond what it could have imposed under Art. 7 provided that the interests of third parties are respected and provided that the Commission is not aware of any less burdensome alternatives that are manifestly equally effective. A detailed assessment of the Commission's commitment practice against the normative benchmark of Art. 7 does not reveal any concrete indicia that the remedies adopted on

the basis of Art. 9 go systematically beyond what the Commission could have imposed on the basis of Art. 7. This applies in particular to the often-criticised so-called “structural” remedies. Excessive Art. 9 remedies remain the isolated exception rather than the general rule.

Second, the study also finds that the procedural safeguards are only modestly relaxed. The adoption of a remedy on the basis of Art. 9 instead of Art. 7 only moderately curtails the rights of the concerned undertakings, complainants, and other third parties during the administrative procedure. In particular, the concerned undertakings have a right to access to the file, notwithstanding the fact that a full exercise of this right will in practice normally be waived. The interests of complainants and other affected third parties are, in the context of Art. 9, protected by the mandatory conduction of a market test pursuant to Art. 27(4). As far as judicial review is concerned, the conditions for the admissibility of actions against Art. 9 decisions are not more restrictive than the conditions for the admissibility of actions against Art. 7 decisions. The scope of judicial review of Art. 9 decisions is influenced by the slightly less strict requirements regarding the substantive and procedural requirements for the adoption of such a decision. Apart from that, the adoption of an Art. 9 instead of an Art. 7 decision does not entail an additional relaxation of the scope of judicial review.

Third, the study demonstrates that there is at most a modest negative impact on legal certainty. The most valid concern remains that the use of commitments does not entail the positive externalities of adjudication. However, this concern appears less alarming than is often contended, in particular in view of the considerable amount of case law outside the cartel area that continues to be produced by EU courts in annulment and preliminary reference procedures. Moreover, all potential disadvantages of the Art. 9 procedure in terms of legal certainty must be balanced against an important advantage: The fact that commitments result in precise and enforceable obligations without sacrificing the concerned undertakings’ freedom to choose how to stop the infringement in question.

Fourth, the study finds that there are no viable alternatives. In particular the suggestions to exclude the application of the Art. 9 procedure in novel, controversial or particularly serious cases or to subject the adoption of a commitment decision to prior approval by EU courts are not convincing.

Overall, the study concludes that the modest relaxation of the link between harm and remedy and of the procedural safeguards and the moderately negative impact on legal certainty must be accepted in view of the consensual nature of commitments, the goal of procedural economy that underlies the Art. 9 procedure and the lack of viable alternatives.



Korbinian Reiter

Doktorvater
Betreuer am Institut
Finanzierung

Prof. Dr. Thomas Ackermann
Dr. Dr. Mark-Oliver Mackenrodt
**Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb,
IMPRS-CI**

3.21

Information als Infrastruktur – Zu einem wettbewerbs- und innovationsbezogenen Ordnungsrahmen für Informationen der öffentlichen Hand

Informationen der öffentlichen Hand (Public Sector Information, PSI) sind im Alltag allgegenwärtig: die Wetter-App auf dem Smartphone, das Navigationsgerät im Auto, der digitale Museumskatalog – all diese Mehrwertinformationsdienste basieren auf staatlich gesammelten Informationen und haben einen immensen Wert. Die Nutzbarkeit von PSI wird europaweit durch die PSI-Richtlinie geregelt. Gleichzeitig gelten aber auch die Regeln zum Schutz des Wettbewerbs, des Immaterialgüterrechts und spezielle Informationszugangsregime. Öffentliche Stellen operieren zunehmend als Informationsanbieter, während private Unternehmen vermehrt Informationen in Konkurrenz zum Staat sammeln und bereitstellen. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Frage, wie sich Wettbewerb und Innovation in Bezug auf PSI unter Berücksichtigung des technischen Fortschritts entwickeln und welche Folgen sich hieraus für ihre Regulierung ergeben. Die Arbeit ermittelt gesetzgeberischen Änderungsbedarf und zeigt konkrete Umsetzungsmöglichkeiten auf. Dabei formuliert sie einen Ordnungsrahmen, der als „Infrastrukturansatz“ sowohl Wettbewerbs- und Innovationsaspekte als auch Gemeinwohlbelange vereint.

Für die Erstellung PSI-basierter Dienste ist der Wettbewerb zu stimulieren und zu schützen, denn er ist Haupttreiber von Innovation. Ausgehend von informationsökonomischen Prämissen erforscht die Arbeit anhand von 20 ausgesuchten rechtlichen Auseinandersetzungen die Wirkweise des geltenden Ordnungsrahmens. Besondere Berücksichtigung finden die technisch-ökonomischen Konfliktursachen. Dabei decken die Fälle verschiedenste wettbewerbskritische Situationen ab; etwa wenn Gerichte ihre Urteile im maschinenlesbaren Format nur einem ausgesuchten Akteur überlassen, wenn ein staatlicher Wetterdienst eine App kostenlos anbietet, wenn private Akteure Paralleldatenbanken von öffentlichen Patentregistern anlegen oder wenn eine Behörde Basisdaten für Telefonbücher an Staatsunternehmen zu günstigeren Konditionen als an Dritte übermittelt. Die Analyse ergibt, dass das allgemeine Wettbewerbsrecht in Bezug auf seine Anwendbarkeit auf solche Fälle unklar ist und auch in der Sache häufig zu kurz greift. Zur Korrektur von systematischem Marktversagen bedarf es daher der PSI-Richtlinie als Sonderregime. Die Richtlinie ist aber an neuralgischen Punkten zu präzisieren oder zu ändern, denn sie erweist sich als lückenhaft oder uneindeutig und gründet teilweise auf überholten Annahmen.

Regulierungsansätze haben bislang die Anreize auf der Stufe der Informationserzeugung vernachlässigt. Innovation ist bei PSI nur zu einem gewissen Grad wettbewerbsgetrieben; ansonsten ist sie das Ergebnis staatlicher Lenkung. Mangels Wettbewerb als Innovationstreiber müssen öffentliche Stellen alternative Mechanismen zielgerichtet einsetzen, um bedarfsgerecht zu innovieren. Besonders wichtig sind hierbei Informationsqualität und -integrität. Diese

erfahren in der Untersuchung eine systematische Aufarbeitung. Damit korrespondiert die Frage nach der Funktion des Immaterialgüterrechts im Rahmen der staatlichen Datenerzeugung. Auf PSI trifft die informationsökonomische Grundannahme der Herstellung von Ausschließlichkeit zwecks Investitionsamortisation meistens nicht zu.

Die Erkenntnisse münden in einem „Infrastrukturansatz“. Er vereint den Wettbewerbs- und Innovationsbezug mit dem öffentlichen Informationsversorgungsauftrag. Der keinesfalls allgemeingültig definierte Begriff der Infrastruktur muss dafür zunächst justiert werden. Maßgeblich sind zum einen ökonomische Charakteristika von Infrastrukturressourcen, wie etwa ihre begrenzte Rivalität im Konsum, ihre vielseitige Verwendbarkeit oder ihre Engpassfunktion. Außerdem lässt sich zu einem gewissen Grad auf die Regulierungserkenntnisse in den liberalisierten Netzwirtschaften (Gas, Strom, Telekommunikation) zurückgreifen, wie etwa die Herausforderung, den Wettbewerb auf Infrastrukturstufe offen zu halten sowie die Gefahr der privaten Vermachtung infolge von Deregulierung. Begreift man PSI als Infrastruktur, legt man ein deutlich dynamischeres Marktverständnis zugrunde als der bestehende Ordnungsrahmen. Insbesondere lässt sich auch der (potentielle) Wettbewerb auf Stufe der Informationserzeugung abbilden. Gleichzeitig indiziert der Begriff der Infrastruktur die für die Gesellschaft überragend wichtige Bedeutung von Informationen und stellt ihre Marktfähigkeit in den Dienst des Gemeinwohls.

Vier konkretere Prinzipien tragen den Infrastrukturansatz: Erstens sollten klare Regeln für die Zugänglichkeit der Informationen bestehen – das bedeutet



Zugang für jedermann, für alle Nutzungen und zu nichtdiskriminierenden Bedingungen (insbesondere, was den Zeitpunkt, das Format und den Bearbeitungsstand anbelangt). Ausnahmen von diesem Grundsatz sind denkbar, sie erfordern aber eine Rechtfertigung und eine Dokumentation. Zweitens sind die äußeren Grenzen staatlicher Betätigung bei der Informationsbereitstellung zu klären, insbesondere für die weitverbreitete öffentlich-private Zusammenarbeit. „Frühwarnsysteme“ können Märkte gerade bei beabsichtigtem Eintritt offen halten und Wettbewerb ermöglichen. Drittens bedarf es einer genaueren Konturierung und Kontrolle von Informationsausschließlichkeit. Das dient auch dem Zweck, einer privaten „Re-Monopolisierung“ von Informationen vorzubeugen. Schließlich ist viertens die innovative Erzeugung von Informationen sicherzustellen. Nachfrageorientierung und Erzeugungsanreize werden durch Finanzierungs- und Immaterialgüterrechtsregime aufgegriffen, die stets aufeinander abgestimmt sein sollten. Vorgeschlagen wird, im Grundsatz eine Gemeinfreiheit staatlicher Datenbanken festzuschreiben. Allenfalls optional sollen öffentliche Stellen ein Schutzrecht geltend machen

dürfen, vorausgesetzt, sie können die Anreizrelevanz für die Erzeugung darlegen. Gleiches gilt für die Finanzierung, die entsprechenden Innovationsbezug aufweisen muss. Die Arbeit diskutiert Möglichkeiten zur Verrechtlichung dieser Prinzipien.

Die Ergebnisse der Untersuchung lassen sich zu einem gewissen Grad auf die Regulierung nicht-staatlicher Informationen übertragen. Der Infrastrukturansatz stellt eine alternative Fortentwicklung der Informationsregulierung dar, denn er vermeidet es, an gängige, aber zugleich als problematisch identifizierte Dichotomien anzuknüpfen, wie etwa Rohdaten vs. Mehrwertdienste und Information als Haupt- vs. Nebenprodukt. Stattdessen betont der funktionale Ansatz Marktrelevanz sowie Anreize und sieht Rechtfertigungs- und Optionslösungen ebenso wie Transparenzpflichten vor. Angesichts der funktionsweise und der hohen Dynamik der Datenwirtschaft muss ein Ordnungsrahmen die notwendige Flexibilität und Entwicklungsoffenheit gewährleisten, während gleichzeitig sicherzustellen ist, dass der Staat seine informationsbezogenen Aufgaben effektiv erfüllen kann.



Heiko Richter

Doktormutter
Betreuer am Institut
Finanzierung

Prof. Dr. Heike Schweitzer
Dr. Dr. Mark-Oliver Mackenrodt
Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb



Der „ebenso effiziente Wettbewerber“ – Kosten-Preis-Vergleiche im Kartellrecht am Beispiel des Behinderungsmisbrauchs

Welchen Stellenwert haben Kosten-Preis-Vergleiche bei der Prüfung des Behinderungsmisbrauchs? Die kartellrechtliche Beurteilung des Preissetzungsverhaltens marktmächtiger Unternehmen ist von anhaltenden Kontroversen geprägt. Nicht zuletzt im Rahmen des „more economic approach“ hat der Beurteilungsmaßstab des „ebenso effizienten Wettbewerbers“ große praktische Bedeutung erlangt. Die Arbeit geht auf seine historischen und ökonomischen Hintergründe ein, untersucht die Anwendungsgeschichte und gibt auf dieser Grundlage eine kritische Bewertung ab. Sie ist rechtsvergleichend und stark interdisziplinär ausgerichtet, wobei sie einen bedeutenden Beitrag zum Fragenkomplex leistet, wie Erkenntnisse der Industrieökonomik angesichts vielfältiger Beschränkungen in einen praktikablen Rechtsrahmen gegossen werden können. Die Arbeit vergrößert die Klarheit bei der Auslegung des anspruchsvollen Verbots des Behinderungsmisbrauchs, indem sie wichtige Hilfestellungen für die Anwendung des „ebenso effizienter Wettbewerber“-Tests leistet.

Die Arbeit beginnt im ersten Teil mit einem Überblick über die industrieökonomischen Grundlagen. Hierbei ist sie bemüht, den allgemein anerkannten Kernbestand unter Verwendung einer konsistenten Terminologie für den weiteren Gang der Untersuchung aufzubereiten. Daran anschließend beurteilt sie die wettbewerbstheoretischen Schutzziele aus verfassungsrechtlicher Perspektive. Die verschiedenen Wettbewerbstheorien werden in wohlfahrts- und systemtheoretische kategorisiert. Die Arbeit kommt zu dem Schluss, dass beide Kategorien über eine verfassungsrechtliche Legitimation verfügen, namentlich wenn mit einem wohlfahrtstheoretischen Ansatz die langfristige Gesamtwohlfahrt durch eine Steigerung der dynamischen Effizienz gefördert werden soll; zuweilen steht einem solchen Vorgehen aber die eingeschränkte technische Operationalität entgegen.

Die Arbeit wendet sich in der Folge den Reformbestrebungen der Europäischen Kommission bei der Auslegung des Verbots des Behinderungsmisbrauchs zu. Sie erläutert das in der Prioritätenmitteilung propagierte Eingreifkriterium einer *likely anti-competitive foreclosure* und untersucht die Voraussetzungen für dessen Schutzziel- und Rechtsprechungskonformität: Eine aller Wahrscheinlichkeit nach wettbewerbswidrige Marktverschließung liegt vor, wenn der Zugang zu Lieferquellen oder Abnehmern auf einem benachbarten, vor- oder nachgelagerten Markt oder einem Segment desselben Marktes beeinträchtigt wird, besagte Beeinträchtigung bei gegebenen strukturellen Voraussetzungen im Rahmen einer Gesamtbetrachtung als erheblich qualifiziert und zusätzliche Anhaltspunkte vorliegen; ein

„Verbrauchernachteil“ wird als mutmaßlicher Effekt eingeordnet, nicht hingegen als Tatbestandsmerkmal.

Mit Blick auf die im zweiten Teil erfolgende integrale Beurteilung des Beurteilungsmaßstabs eines *as efficient competitor* (AEC) stellt die Arbeit weiter fest, ob bzw. inwieweit europarechtlich inspiriertes schweizerisches Recht auch europafreundlich ausulegen ist: Sie kommt zu dem Schluss, dass der Frage keine entscheidende Bedeutung zukommt, ob eine unilaterale Konvergenzschaffung als „autonomer Nachvollzug“ zu qualifizieren ist; vielmehr sprechen Gleichbehandlung und Rechtssicherheit gegen die Unterschreitung des Mindeststandards von Art. 102 AEUV, (relative) Besonderheiten des schweizerischen Binnenmarkts vermögen eine strengere Auslegung begründen.

Im zweiten Teil der Arbeit werden einleitend die Bezugnahmen auf einen AEC bei der industrieökonomischen Beurteilung kompetitiver Preissetzungsstrategien dargestellt: Der AEC wird als Nachweiskriterium für *predatory pricing* erörtert. In einem weiteren Sinne ist hierunter die strategische Unterbietung der kurzfristigen gewinnmaximierenden Preishöhe zu verstehen, wovon verschiedene Ausgestaltungen des preisbezogenen behinderungsmisbräuchlichen Verhaltens erfasst werden können.

Daran anschließend werden die wohlfahrtsökonomischen Implikationen der Verwendung eines AEC als „Referenzpunkt“ kritisch geprüft sowie untersucht, inwieweit eine Berücksichtigung von Größen- und Verbundvorteilen sowie dynamischen Effekten

möglich und angezeigt ist. Zumal die unternehmensinterne produktive Effizienz des Marktbeherrschers maßgeblich durch die Ausnutzung von marktinhärenten Gegebenheiten geprägt wird, sind seine Konkurrenten regelmäßig vergleichsweise ineffizient, sofern sie dasselbe Output-Niveau nicht erreichen bzw. Komplementaritäten in der Produktion oder Netzwerkeffekte nicht zu nutzen vermögen. Lerneffekte können im Rahmen einer dynamischen Betrachtung weiter ungleichmäßig auftreten. Die Arbeit spricht sich derweil gegen einen vorschnellen Rückgriff auf einen *reasonably efficient competitor* als Beurteilungsmaßstab aus: Seine inhaltliche Konkretisierung kann nämlich nur einzelfallweise erfolgen, was der Rechtssicherheit in den meisten Fällen äußerst abträglich wäre; dynamische Effizienzen lassen sich schwerlich quantifizieren, und eine derart gestaltete Rechtsanwendung wäre folglich fehleranfällig.

Die vorhergehenden Untersuchungen ermöglichen nun, einen AEC bzw. den aus ihm abgeleiteten Test genauer zu erfassen: Ein AEC ist eine hypothetische Person, welche über dieselbe unternehmensinterne produktive Effizienz wie das inkriminierte Unternehmen verfügt. Sie besitzt die gleichen Produktions- und Kostenstrukturen und produziert mithin bei statischer Betrachtung ein bestimmtes Output-Niveau zu denselben Kosten. Bei einem AEC-Test wird der von einem Unternehmen gesetzte Preis mit den Kosten eines AEC verglichen. Der AEC-Test taugt lediglich sehr

beschränkt für den Nachweis von strukturellen Voraussetzungen für eine *likely anti-competitive foreclosure* (Informationsasymmetrien sowie imperfekte Marktbestreitbarkeit). Hingegen eignet er sich geradezu prototypisch zur Beurteilung der sachlichen Erheblichkeit; im Hinblick auf die räumliche und zeitliche Erheblichkeit ist der AEC-Test gleichfalls bedeutsam. Während der AEC-Test untauglich ist, eine direkte Verdrängungsabsicht nachzuweisen, kann er bei einer qualifizierten Kostenunterbietung Beleg für ein *sacrifice* sein. Beim weiteren Nachweis von zusätzlichen Anhaltspunkten für eine aller Wahrscheinlichkeit nach wettbewerbswidrige Marktverschließung kommt dem AEC-Test wiederum eine bloß untergeordnete Bedeutung zu.

Bei der Durchführung eines AEC-Tests erweist sich die Kosten- und Preisbestimmung als äußerst anspruchsvoll. Namentlich die Preisbestimmung hat bisher weniger Beachtung erfahren, steht der Kostenbestimmung indes in nichts nach. Mittels Rückgriff auf die betriebswirtschaftliche Preistheorie identifiziert die Arbeit statische und dynamische Preiselemente. Darüber hinaus sind bei Kosten-Preis-Vergleichen temporale Aspekte bedeutsam, welche gleichfalls untersucht werden. Die sich hierbei ergebenden Schwierigkeiten mögen auch ein Grund dafür sein, weshalb die Rechtsprechung bislang bei gewissen Formen des *predatory pricing* auf den AEC-Test verzichtet hat bzw. sich damit begnügt, potenzielle wettbewerbschädigende Wirkungen nachzuweisen.



David Roth

Doktorvater
Betreuer am Institut
Finanzierung
Auszeichnung

Prof. Dr. Andreas Heinemann

Prof. Dr. Reto M. Hilty

Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb,
Schweizerischer Nationalfonds SNF

Issekutz Preis der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich

Veröffentlichung

Roth, David, Der „ebenso effiziente Wettbewerber“ – Kosten-Preis-Vergleiche im Kartellrecht am Beispiel des Behinderungsmissbrauchs (Münchener Schriften zum Europäischen und Internationalen Kartellrecht, 37), Stämpfli, Bern; Nomos, Baden-Baden 2017, 422 S.

3.23

The Construction of an EU Copyright Law: Towards a Balanced Institutional and Legal Framework

European construction in the field of copyright is a dynamic process. Is a form of “codification” or even unification of national copyright laws the ultimate objective of that process? While the idea of “codifying” and ultimately unifying national laws is not new, it remains heavily criticised. Creating an EU copyright common to all 28 Member States is considered by many as not feasible, not necessary and not the right path to follow. In order to better understand the challenges of EU copyright law-making, a broader view must be adopted. Addressing these challenges is not only a matter of revising substantive copyright law: the “institutional framework” in which the debate takes place and in which norms are developed and applied, is also decisive. Recommendations for a more balanced framework are made in relation to different aspects of these two interconnected areas.

The *acquis* of EU copyright, that is, the patchwork of directives as interpreted by a body of case law of the Court of Justice of the EU (CJEU), is a source of legal complexity, which has been criticised for its lack of coherence and balance. A “legal framework” for copyright law is characterised by choices made as to the general components of the copyright system, for example, rules relating to substantive copyright law, neighbouring rights, copyright contracts, enforcement, and collective management of rights. It is also characterised by choices in relation to the individual substantive aspects, that is, the policy orientation given to aspects such as certain exclusive rights, the term of protection, or limitations and exceptions. However, those choices are directly connected to an “institutional framework” surrounding them: choices that shape the copyright system are made at the policy, legislative and judicial levels. A variety of stakeholders, both institutional and representing the private sector, as well as civil society, are in one way or another involved in the debate. They will deploy different strategies to influence the debate and the shaping of policies and rules in a way that best suits their interests.

The structure of the thesis reflects these two main aspects of the set of problems: the institutional framework, and the legal framework of EU copyright law. First, the challenges of constructing EU copyright law are set out under the angle of the institutional framework in which this dynamic process takes place. In this context, rationales and objectives of EU copyright law, and stakeholders and interests within it are discussed. Second, the thesis gives an outlook. It outlines how the construction of EU copyright law could be taken further, both in terms of “form” (i.e. regarding the choice of legal instruments and the

relation to national copyright laws), and in terms of contents.

In order to achieve a balanced framework, the rationales underlying EU copyright law, as well as the objectives it should achieve, must be defined more clearly. Clear objectives and transparency as to the purpose of the rules adopted could ultimately help decrease the complexity of the copyright landscape, interpretation of the rules by national and EU judges could be more coherent and predictable, and the way forward more certain. Since its beginning, EU copyright has notably been constructed following an “internal market rationale”. This cautious and fragmented approach can be explained by competency issues and difficulties in reaching a compromise between different legal traditions. Focussing solely on the dogmatic debate might not be sufficient to define the purpose of EU copyright. In a field in which so many interests clash, and in which changing circumstances play such an influential role, objectivity, for instance provided by empirical data, is crucial. EU copyright law, like any European copyright law, must be enabled to fulfil its functions. Next to an economic and a social function, EU copyright law also has a cultural function.

In practice, the rationales and objectives of EU copyright law are influenced and shaped by a variety of stakeholders and interests. As to institutional stakeholders, courts play a decisive role in interpreting EU rules and in adapting them to a changing environment. Foremost, the role of the CJEU in shaping or even advancing the EU copyright *acquis* has been much discussed and critiqued. At least to a certain extent, the guidance provided by the Court helps ensure the uniform application of EU

law. However, future legislative proposals must also adopt a broader perspective of the construction of EU copyright, and not merely codify decisions of the CJEU. European case law has been providing some guidance on the balancing of interests in copyright law from a fundamental rights perspective. Next to institutional stakeholders, interest groups or “lobbyists” have become an integral part of law-making at the EU level. Through different channels, European citizens are also included in the process of constructing EU copyright. Possible ways of further channelling or institutionalising this immense and varied input are suggested. Considering all sides of a democratic debate is necessary in order to achieve a balanced outcome acceptable to the larger public.

A future, balanced legal framework will first depend on choices regarding the form of an EU copyright law. Advancing the *acquis* and envisaging “codification” must be duly justified – in terms of necessity and proportionality. It is argued that in the light of the Treaties, advancing the project of constructing EU

copyright law is legitimate. Giving concrete form to “codification” of EU copyright entails several challenges: The vision of an “optional unitary title” presents a number of opportunities, notably in terms of feasibility and compromise. However, a more simplified framework could better be achieved by substituting at least certain aspects of national copyright laws by EU provisions by means of (a) directly applicable regulation(s). A differentiated approach in terms of timing and content is suggested.

Finally, some recommendations as to the possible contents of an EU copyright law are made. A balanced legal framework could follow two imperatives: to recognise and protect the authors’ interests; and promote access to works and cultural diversity within the Union. These two imperatives derive from copyright’s cultural function. In a non-exhaustive manner, the thesis suggests priorities in relation to, amongst other, authorship/ownership, exclusive rights and remuneration of authors, limitations, and the possible role of regulatory bodies in EU copyright.



Franciska Schönherr

Doktorvater
Betreuerin am Institut
Finanzierung

Prof. Dr. Christophe Geiger
Adj. Prof. Dr. Silke von Lewinski
Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb,
VG Wort,
Centre d’Études Internationales de la Propriété
Intellectuelle (CEIPI)

3.24

Access to Medicine and Test Data Exclusivity: Safeguarding Flexibilities under International Law

This dissertation explores the concept of test data exclusivity protection for medicinal products. Focusing on Art. 39.3 of the TRIPS Agreement, relevant provisions in selected free trade agreements (FTAs) and national laws, it combines normative, historical, comparative and economic analysis of test data exclusivity protection. At the heart of the dissertation is the development of the novel and original Index of Data Exclusivity and Access (IDEAS), which analyses the effectiveness of test data exclusivity provisions in FTAs and national laws both on the strength of exclusivity as well as on access to medicine. IDEAS provides a framework for the assessment of current test data exclusivity protection standards on the basis of their proximity to Article 39.3 of the TRIPS Agreement, the scope of exclusivity and the flexibilities in FTAs, and subsequently in national laws. The dissertation aims to broaden national and international policymakers' grasp of the various nuances of test data exclusivity protection. Furthermore, it provides practical recommendations with regard to designing an appropriate legal system with a strong focus on promoting access to medicine for all.

Test data exclusivity refers to the statutory right provided to the producer of test or clinical trials data normally for a new medicinal product or a new use, dosage or regimen of an already approved medicinal product. Depending on the jurisdiction, the right holder can prevent a producer of a generic medicinal product from relying on its test or clinical trials data for the purpose of gaining approval for its product.

It is argued that, similar to patents, test data exclusivity is imperative for incentivising development of innovative medicinal products. Moreover, allowing generics manufacturers to rely on others' test data would also be unfair by resulting in price competition for the new pharmaceutical product. The counter-argument stems from concerns regarding reduced access to medicines in the absence of competition by generic medicinal products. In addition, it is averred that requiring generics manufacturers to retest the same compound would endanger animal and human lives and would result in waste of financial and temporal resources.

On normative grounds, the dissertation argues that, with regard to test data exclusivity, the "incentivising innovation argument" is a weak one. Clinical trials data, at best, is an intermediate good for the production of the final product, the new medicine. The production of new medicine is already incentivised by the patent system, which is an appropriate mechanism for incentivising innovation. The evidence from independent studies of new US FDA approvals for

over the past half century also does not support such an argument. On the other hand, studies from developing countries such as Guatemala, Jordan and Colombia show that the introduction of test data exclusivity had even a negative impact on access to affordable medicine.

In the domain of international trade law, Art. 39.3 TRIPS contains an obligation to protect clinical trials data without specifying the mode of protection. Applying the treaty interpretation rules enshrined in Articles 31 and 32 of the Vienna Convention of the Law of Treaties, the dissertation shows that Article 39.3 TRIPS allows countries to adjust their obligation in view of their socio-economic needs: WTO Members may choose between unfair competition or exclusionary rules to protect clinical trials data.

At the heart of this dissertation is IDEAS, which has been instrumental in answering the research question: Do countries sufficiently make use of TRIPS and FTA flexibilities while implementing test data exclusivity provisions in their national laws?

Applying qualitative empirical method of classical content analysis, the dissertation assesses test data exclusivity provisions in 35 FTAs signed by the USA, the EU and the European Free Trade Association with 23 other countries. Furthermore, the analysis is extended to the implementation of these provisions through the national laws of these countries. By analysing the FTAs and national law

provisions on the 25 questions underlying IDEAS, the dissertation concludes that countries do not sufficiently make use of TRIPS and FTA flexibilities while implementing test data exclusivity provisions in their national laws. In particular, the national laws of the FTA partners of the USA, the EU and the EFTA were found to be stricter than required by the test data exclusivity provision in their respective FTAs.

Continuing the content analysis, it is shown that certain FTA provisions may even inhibit access to new medicinal products in the jurisdiction of the developing country partner. This may lead to a complete access “blackout” for both new and generic medicines for an extended period of time in that partner country, though the new, and in some cases, generic medicinal product may be available in the other party to the FTA.

Based on the doctrinal as well as empirical analysis of the test data exclusivity provisions in FTAs and

in the implementing national laws, the dissertation provides recommendations to trade negotiators as well as national policymakers. As test data exclusivity is not an obligation in the multilateral trade regime, and as there is no global best practice available for national test data exclusivity systems, countries have the flexibility to construct the test data exclusivity regime keeping in perspective their socio-economic imperatives. Specifically, countries must compare the test data exclusivity provisions in other FTAs of the trading partner. This may provide new interpretative insights in terms of the implementation of the obligation in their national laws. The dissertation also recommends that FTAs of the trading partner should be analysed before the negotiation commences in order to better understand the position of the trading partner. Similarly, countries should ideally accept test data exclusivity in the FTA only if they receive specific concessions for access to medicine to mitigate any negative impact of the regime.



Owais Hassan Shaikh

Doktorvater
Betreuer am Institut
Finanzierung

Prof. Dr. Josef Drexl
Dr. Henning Grosse Ruse-Khan
Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb

Veröffentlichung

Shaikh, Owais Hassan, Access to Medicine versus Test Data Exclusivity – Safeguarding Flexibilities under International Law (Munich Studies on Innovation and Competition, 4), Springer, Berlin 2016, XVI + 256 S.

3.25

Die Verbrauchergeneralklausel des UWG

Die Verbrauchergeneralklausel in § 3 Abs. 2 UWG stellt zwar eine zentrale Norm des Lauterkeitsrechts dar, gilt aber als „weißer Fleck auf der Landkarte des UWG“. Der Anwendungsbereich, die Auslegung der Tatbestandsmerkmale sowie die praktische Relevanz der Vorschrift sind bislang weitgehend ungeklärt. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund der Vorgaben des Unionsrechts und der Neuerungen der UWG-Novelle 2015.

Die Ziele der Arbeit sind die Klärung des Anwendungsbereichs der Norm, die Entwicklung von Fallgruppen und die Darstellung der Auswirkungen der UWG-Novelle 2015, stets unter besonderer Berücksichtigung des Unionsrechts.

Die wesentlichen Ergebnisse der Arbeit

Erstens: Die Verbrauchergeneralklausel dient der Umsetzung des Art. 5 Abs. 2 UGP und ist entsprechend richtlinienkonform auszulegen. Dies betrifft auch und gerade das Verhältnis zu den Spezialtatbeständen des UWG. Eine wichtige Rolle für die Anwendung des § 3 Abs. 2 UWG spielen das Verbraucherleitbild des Unionsrechts und der besondere Maßstab des § 3 IV 2 UWG, denn Verstöße gegen die unternehmerische Sorgfalt sind meist nur in Ausnahmefällen und / oder gegenüber besonders schutzbedürftigen Verbrauchern denkbar.

Zweitens: Der Reformprozess 2015 verlief kontrovers. Referentenentwurf, Regierungsentwurf und endgültige Fassung der Novelle wichen erheblich voneinander ab. Ein zentraler Streitpunkt im Bereich der Generalklausel des § 3 UWG war die Lösung von Fällen mit sog. „Doppelrelevanz“. Das UWG 2015 kann diese Fälle nun zufriedenstellend lösen und bietet insgesamt eine verbesserte Umsetzung der UGP-Richtlinie. Allerdings wurden auch viele Chancen zur Reform des UWG ungenutzt gelassen. Was die Verbrauchergeneralklausel als solche angeht, ergeben sich keine Änderungen, die nicht ihrem materiellen Gehalt nach bereits unter Geltung des UWG 2008 im Wege der richtlinienkonformen Auslegung zu berücksichtigen waren. In der Praxis könnte es unter dem UWG 2015 dennoch vermehrt zu Fällen der Verbrauchergeneralklausel kommen, da § 4 Nr. 1 UWG 2008 gestrichen wurde. Die herrschende Meinung ordnete Rabatte, Zugaben, Gewinnspiele etc. bisher dieser Norm zu. Um eine allzu extensive Auslegung des § 4a UWG zu vermeiden, wird eine nähere Befassung mit der Verbrauchergeneralklausel in Rechtsprechung und Literatur stattfinden müssen.

Drittens: Der Anwendungsbereich des § 3 Abs. 2 UWG ist begrenzt. Der Streit um die Abgrenzung von § 3 I UWG hat sich mit dem UWG 2015 weitgehend erledigt. Von größter Bedeutung ist das Verhältnis zum Rechtsbruchtatbestand (§ 3a UWG). Es ist von einem Vorrang des Rechtsbruchs auszugehen, sofern die UGP-Richtlinie nicht entgegensteht. Da es kaum Fälle von Marktverhaltensregelungen innerhalb des Anwendungsbereichs der UGP-Richtlinie gibt, kann jedenfalls für die Praxis von einem grundsätzlichen Vorrang des § 3a UWG gesprochen werden. Diese Einordnung hat stark beschränkende Auswirkungen auf den Anwendungsbereich der Verbrauchergeneralklausel. Es gibt letztlich nur vier Anwendungsfälle innerhalb des harmonisierten Bereichs (und keinen einzigen außerhalb).

Viertens: Diese Anwendungsfälle der Verbrauchergeneralklausel lauten: (a) Verkaufsförderungsmaßnahmen, die weder irreführend noch aggressiv sind, wie beispielsweise „gewöhnliche“ Rabatte; (b) Herabsetzung von Mitbewerbern gegenüber Verbrauchern; (c) Lauterkeitsrechtliche Verkehrspflichten und unterlassene Sicherung von Zugangsdaten sowie (d) die Verweigerung berechtigter Ansprüche von Verbrauchern ohne Begründung. Den wichtigsten Anwendungsfall für die Verbrauchergeneralklausel stellen Verkaufsförderungsmaßnahmen dar, die weder irreführend noch aggressiv sind. Solche sind grundsätzlich zulässig. Ein Verstoß gegen § 3 Abs. 2 UWG kommt regelmäßig nur bei sehr knapper zeitlicher Befristung der Maßnahme oder gegenüber besonders schutzbedürftigen Verbrauchern im Sinne des § 3 Abs. 4 S. 2 UWG in Betracht.

Fünftens: Weitere Anwendungsfälle der Rechtsprechung erweisen sich regelmäßig als verfehlt. Letzteres gilt auch für andere Mitgliedstaaten der Union. So gibt es zwar bereits Fallmaterial zu den jeweiligen Umsetzungsnormen des Art. 5 II UGP. Diese Fälle wären aber richtigerweise stets über die Spezialtatbestände zu lösen gewesen.

Der Gang der Darstellung

Zunächst (1. Kapitel) werden die unionsrechtlichen Grundlagen erörtert. Es geht sowohl um die Vorgaben der richtlinienkonformen Auslegung im Allgemeinen als auch um die konkreten Vorgaben des Art. 5 Abs. 2 UGP-Richtlinie. Die Klärung der methodischen Prämissen erscheint vor dem Hintergrund der vollharmonisierenden Wirkung der UGP-Richtlinie zwingend.

Sodann (2. Kapitel) wird der Reformprozess des UWG im Jahr 2015 dargestellt. Die Verbrauchergeneralklausel selbst blieb hierbei zwar weitgehend unangetastet, jedoch änderte sich die Systematik der angrenzenden Normen. Insbesondere die Einführung eines Tatbestands für aggressive geschäftliche Handlungen (§ 4a UWG als Umsetzung der Art. 8, 9 UGP-Richtlinie) warf neue Abgrenzungsfragen auf. In der Arbeit wird eine Einordnung der Verbrauchergeneralklausel innerhalb dieses neuen Gefüges vorgenommen.

Weiterhin (3. Kapitel) werden der persönliche und sachliche Anwendungsbereich der Verbrauchergeneralklausel geklärt. Angesichts der zahlreichen Streitfragen in diesem Bereich handelt es sich um ein zentrales Kapitel der Dissertation. Die Arbeit geht vertieft auf das äußerst schwierige Verhältnis der Verbrauchergeneralklausel zur „großen“ Generalklausel des § 3 Abs. 1 UWG sowie zu den Spezialtatbeständen des UWG ein. Hierbei werden die komplexen Auswirkungen der teils voll-, teils

mindestharmonisierenden Richtlinien im Bereich des Verbraucherschutzrechts berücksichtigt.

Im Folgenden (4. Kapitel) werden die einzelnen Tatbestandsmerkmale der Verbrauchergeneralklausel näher beleuchtet. Zentral ist der Begriff der „unternehmerischen Sorgfalt“, der die eigentliche *terra incognita* des Lauterkeitsrechts darstellt. Erneut sind die Vorgaben des Unionsrechts (Art. 2 lit. h UGP-Richtlinie) zu berücksichtigen. Die Arbeit zeigt anhand unionsrechtlicher Argumente auf, dass jedem Tatbestandsmerkmal der Definition der unternehmerischen Sorgfalt eine spezifische Bedeutung zukommt, und stellt sich damit Stimmen in der Literatur entgegen.

Weiterhin (5. Kapitel) werden die relevanten Anwendungsfälle der Verbrauchergeneralklausel erörtert. Im Mittelpunkt stehen dabei die sog. Verkaufsförderungsmaßnahmen und die von der Rechtsprechung entwickelten wettbewerbsrechtlichen Verkehrspflichten.

Zuletzt (6. Kapitel) wirft der Verfasser einen rechtsvergleichenden Blick auf diejenigen Mitgliedstaaten, die wie Deutschland den sog. „integrierten Ansatz“ verfolgen (Österreich, Spanien und Schweden). Hieraus zieht der Verfasser Schlussfolgerungen für die Auslegung und Fortentwicklung der Verbrauchergeneralklausel. Außerdem werden Behörden- und Gerichtsentscheidungen aus anderen Mitgliedstaaten untersucht, die sich mit der Verbrauchergeneralklausel befassen.



Achim Spengler

Doktorvater
Betreuerin am Institut
Finanzierung
Auszeichnung

Prof. Dr. Helmut Köhler
Prof. Dr. Frauke Henning-Bodewig
Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb
Fakultätspreis der Juristischen Fakultät der
LMU München,
Promotionspreis der Münchner Juristischen
Gesellschaft e.V.

Veröffentlichung

Spengler, Achim Georg, Die Verbrauchergeneralklausel des UWG (Schriftenreihe zum gewerblichen Rechtsschutz, 194), Carl Heymanns Verlag, Köln 2016, XX, 286 S.

The Interface of Competition Law, Industrial Policy and Development Concerns – The Case of South Africa

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit dem Zusammenspiel von Kartellrecht, Industriepolitik und wirtschaftlicher Entwicklung. Der Zusammenhang dieser drei Bereiche wird dabei am Beispiel Südafrikas untersucht. Die Arbeit ist zweigeteilt: Der theoretische erste Teil befasst sich mit den Konzepten der jeweiligen Teilbereiche sowie mit vorhandener Literatur zu deren Zusammenspiel. Diese Besprechung dient als Einführung für den sich auf Südafrika beziehenden zweiten Teil der Arbeit, der insbesondere den folgenden drei Forschungsfragen nachgeht: (1) Hat die Anwendung des südafrikanischen Kartellgesetzes von 1998 dazu beigetragen, das Erbe der Industriepolitik des Apartheidregimes zu bekämpfen? (2) Erlaubt das Kartellgesetz die Berücksichtigung industrie- und entwicklungspolitischer Belange, und inwiefern spiegelt sich eine Berücksichtigung in seiner Anwendung wider? (3) Hat die Anwendung des Kartellgesetzes dazu beigetragen, entwicklungspolitische Ziele zu verwirklichen?

In Teil 1 der Arbeit werden zunächst Natur, Rechtsfertigung und Form von Industriepolitik besprochen, mit besonderem Augenmerk auf aus Sicht des Kartellrechts relevante Politikbereiche. Dies beinhaltet die Unterscheidung traditioneller von moderner Industriepolitik. Im Gegensatz zu herkömmlicher Industriepolitik, die vor allem die Förderung bestimmter Industriebereiche verfolgt, legt letztere den Fokus vermehrt auf die Kooperation von Staat und Privatsektor, die „Entdeckungsprozesse“ anstoßen soll.

Zum anderen werden die Grundlagen des Kartellrechts thematisiert. Im Hinblick auf die spätere Untersuchung Südafrikas wird hierbei vertieft das Verständnis des öffentlichen Interesses (*public interest*) sowie die Marktmissbrauchskontrolle behandelt.

Schließlich geht es um die Überschneidung von Industriepolitik auf der einen und Wettbewerbsfragen und Kartellrecht auf der anderen Seite. Hier wird unterschieden zwischen Auswirkungen staatlicher Regulierung auf den Wettbewerb und auf das Kartellrecht. Auswirkungen auf den Wettbewerb sind weitreichend und nur schwer messbar, insbesondere ziehen sie regelmäßig keine Aktivitäten der Kartellbehörden nach sich (z.B. Förderung bestimmter Unternehmen). Auswirkungen für das Kartellrecht ergeben sich insbesondere dadurch, dass dieses teils bewusst herbeigeführten Marktsituationen zu begegnen hat. Untersucht werden konkret (1) die Politik zugunsten nationaler Champions, (2) die Integration wettbewerbsfremder Ziele in das Kartellrecht, (3) die Reichweite des Kartellrechts hinsichtlich industriepolitisch gewünschter Aktivitäten, (4) die politische Einflussnahme bei der Anwendung des

Kartellrechts, (5) die Aufnahme wettbewerbsfremder Abwägungskriterien direkt in das Kartellrecht sowie (6) die Anwendung des Kartellrechts, um Auswirkungen von Industriepolitik zu bekämpfen.

In Teil 2 der Arbeit wird dann zunächst die jüngere Industriepolitik Südafrikas untersucht. Dabei fällt für die Zeit bis zur Machtübernahme Mandelas insbesondere die staatliche Förderung des sog. „Mineralien-Energie-Komplexes“ auf, in dessen Zentrum der Abbau von Rohstoffen steht. Im Anschluss wird auf die jüngere Entwicklung des südafrikanischen Kartellrechts eingegangen. Näher vorgestellt wird insbesondere das lokale Fusionskontrollregime, das sich durch die Einbeziehung nicht kartellrechtlicher Belange auszeichnet (*public interest*-Klausel).

Im Anschluss wird in Anlehnung an die drei formulierten Forschungsfragen das Zusammenspiel der beiden Politikbereiche näher beleuchtet. All dies geschieht vor dem Hintergrund der Debatte um die Ausgestaltung von Kartellrecht in Entwicklungsländern, die aufgrund der inzwischen weiten Verbreitung von Kartellgesetzen in diesen Ländern hohe Bedeutung hat.

Bei der ersten dieser Fragen geht es um die Rolle des Kartellrechts, dem Ergebnis der früheren Industriepolitik, d.h. vor allem hoher Marktkonzentration, zu begegnen. Im Vordergrund stehen hier die Regeln zum Marktmissbrauch. Es werden acht Unternehmen vorgestellt, die ihre Marktposition der Politik des Apartheidregimes verdanken, sowie deren Versuch, sich Verurteilungen durch die Kartellgerichte zu entziehen. Die Bilanz erweist sich dabei als gemischt.

Während einige dieser Unternehmen inzwischen verurteilt wurden (Telkom, SAA, Senwes), sind andere Unternehmen bisher davongekommen (Mittal). Dies liegt vor allem an der generellen Komplexität einer Missbrauchskontrolle sowie den Verteidigungsmöglichkeiten finanzstarker Unternehmen.

Die zweite und dritte Forschungsfrage betreffen die „ganzheitliche“ Anwendung des Kartellrechts, die den Schutz des Wettbewerbs zu verzahnen versucht mit nicht kartellrechtsbasierten Zielen, wie z.B. moderner Industriepolitik und sozioökonomischen Belangen. Konkret beziehen sich die beiden Fragen darauf, wie das Kartellgesetz von 1998 als solches sowie seine Anwendung diese Belange berücksichtigt.

Hinsichtlich der zweiten Forschungsfrage ergibt die Untersuchung, dass das Kartellgesetz die Berücksichtigung industrie- und entwicklungspolitischer Belange zulässt. Es tut dies auf prozeduraler wie materieller Ebene. So hat die Kartellrechtsbehörde in einigen Fällen erfolgreich ihre Arbeit priorisiert. Mehr als zwei Drittel der von der Behörde an das Tribunal verwiesenen Fälle fielen zwischenzeitlich in sog. Prioritätssektoren. Dies geht einher mit einer von der Regierung artikulierten Erwartung, Tätigkeitsschwerpunkte entlang der von ihr verfolgten

Industriepolitik auszurichten. In materieller Hinsicht erlaubt das Kartellgesetz die Gewährung von Freistellungen sowie die Berücksichtigung kartellrechtsfremder Erwägungen im Rahmen der Fusionskontrolle. Ersteres hatte insgesamt bisher eine überschaubare Wirkung. Größere Bedeutung kommt hier dem Fusionsregime zu. In etwa 6,7 Prozent der Fusionsfälle zog die Anwendung der entsprechenden Vorschrift eine Auflage nach sich, die meistens den Erhalt von Arbeitsplätzen betraf. Während dies theoretisch die Gefahr politischer Beeinflussung birgt, ist insgesamt festzustellen, dass sich die Fusionskontrolle (noch) fest an Gesichtspunkten von Effizienz und Konsumentenwohlfahrt orientiert.

Hinsichtlich der dritten Forschungsfrage ergibt die Untersuchung, dass die Anwendung des Kartellrechts auch entwicklungspolitischen Nutzen hat. Dies ist offensichtlich vor allem im Hinblick auf die Verfolgung antikompetitiven Verhaltens im Bereich der Nahrungs- und Pharmaindustrie. In beiden Bereichen hat die Anwendung des Kartellrechts zu bemerkenswerten Ergebnissen geführt. Herauszuheben sind hier Verurteilungen im sog. Brotkartell sowie die nach Anstrengung von Missbrauchsfällen erreichte Gewährung von Lizenzen zur Herstellung von HIV-Generika.



Balthasar Strunz

Doktorvater
Betreuer am Institut
Finanzierung

Prof. Dr. Josef Drexl

Dr. Mor Bakhoun

Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb

Capacity Withdrawals in the Electricity Wholesale Market: Between Competition Law and Regulation

The dissertation examines the issue of capacity withdrawals in the electricity wholesale market. Electricity generators can exercise market power in the wholesale market either by withdrawing generation capacity or by pricing above competitive levels in order to achieve a higher market price and, thereby, increase revenues. After a comprehensive explanation of capacity withdrawal practices and the issues that arise when proceeding under competition law, the study analyses whether an increased state of transparency as provided for in Regulation (EU) No 1227/2011 on wholesale energy market integrity and transparency (REMIT) and Regulation (EU) No 543/2013 on submission and publication of data in electricity markets could facilitate the efficient functioning of electricity wholesale markets and the investigation of capacity withdrawal practices. It also examines the effect of the prohibition of market manipulation as prescribed in the REMIT in dealing with abusive capacity withdrawals in the electricity wholesale market.

The price formation process in the electricity short-term markets in combination with the essential features of electricity, in particular price-inelastic demand and the fact that electricity cannot be easily or efficiently stored makes it possible for undertakings to engage in physical and/or economic withdrawal of capacity. In the price formation process in short-term markets, generation technologies are used sequentially with respect to their production costs. The economic theory suggests that on a perfectly competitive short-term electricity market with no generation capacity constraints, prices would be set up by the short-run marginal cost of the plant which produces the last unit of electricity required to meet demand at that time of day. Ranking plants in ascending order with respect to their short-run marginal cost of production so that the ones with the lowest marginal cost are the first ones to operate to meet demand and the plants with the highest marginal cost are the last ones to go on stream gives the electricity aggregated supply curve the form of a so-called “merit order” curve.

Electricity generators, depending on their market share and the composition of their power plants’ portfolio, may withdraw capacity from the market either by fully withdrawing a plant or, more discreetly, by running it below its full nameplate capacity. As a result, the power plant which stands next to the marginal one in the merit order necessarily comes into play to fill up the shortage in supply caused by the capacity withdrawal. In this way, it becomes pivotal as the new marginal plant and the market price rises to the level of its short-run marginal cost. In contrast to physical withdrawal, in economic

withdrawal the capacity is made available to the market and not withdrawn, but it is offered at a supra-competitive price.

Both capacity withdrawal practices are severely detrimental to consumers as they lead to increased prices for wholesale electricity and subsequently for consumers. They are primarily conceived and explained as unilateral profit maximisation strategies under competition law and Art. 102 TFEU. Proving these practices is, however, a very complex and demanding task.

The communication of fundamental and transactional data to ACER (Agency for the Cooperation of Energy Regulators) and NRAs (national regulatory authorities) according to Regulation 1227/2011 on wholesale energy market integrity and transparency (REMIT) will facilitate the investigation and detection of capacity withdrawal practices, as competent authorities will have regular and timely access to all the data necessary to effectively monitor the market. It will therefore be possible to better assess whether the restrictions on the produced capacity could indeed be attributed to technical restrictions and/or the provision of control or reserve energy as claimed by the generators or whether they conceal abusive capacity withdrawals.

Regulation 543/2013 on fundamental electricity data, however, which provides for transparency in the market, goes too far with regard to its transparency requirements in relation to generation. While the publication of fundamental electricity data on a central information transparency platform

supports competition, enhances the reliability of the price formation process and facilitates market integration, the principle of secret competition should be respected. The obligation to publish hourly information on a unit-by-unit level on planned and unplanned unavailabilities one hour after the operational period and the actual generation output of generation units five days after the operational period enhances the risk of capacity withdrawal practices. The ability for electricity generators to know their competitors' actual generation output and the planned and unplanned outages of their generation units enhances the risk of coordinated and unilateral anticompetitive behaviour.

The REMIT prohibits any act of market manipulation. Even though it explicitly states that it is without prejudice to the application of competition law to the practices covered by it, defining the market and establishing dominance may induce having recourse to the REMIT to deal with capacity withdrawal practices. In the pursuit of market integration, the implementation of market coupling mechanisms and the strengthening of interconnections between adjacent markets increases market integration. Since there are no uniform, clearly defined and generally accepted rules on when markets are sufficiently interconnected so as to be considered as constituting a single relevant geographic market, there might be uncertainties and disagreements among NCAs on the geographic delineation of the market. Even

when markets are considered as constituting a single relevant geographic market for competition law purposes, expansion of the geographic market to include neighbouring countries would increase the resources and time required to investigate the market. Establishing market dominance may also be problematic. In electricity wholesale markets, market power might not be constant but might occur only during some hours of the day. The intermittent nature of market power in electricity wholesale markets differs from the traditional notion of dominance as a constant and stable position of power. Electricity-specific indices take the intermittent nature of market power into account by measuring the indispensability of a specific generator relative to the load in every particular hour. Even though NCAs may be willing to use electricity-specific indices to measure market power, courts may not accept a finding of dominance, especially if it is solely based on electricity-specific indices and is not supported by a large market share.

The REMIT is also beneficial from the perspective of remedies. In cases of market manipulation, the REMIT and the involvement of NRAs could signal a shift towards more insightful, carefully designed, and also behavioural remedies tailored to the abuse under review. NRAs could either take the lead and investigate and proceed against capacity withholding practices under the REMIT or cooperate with NCAs for the purpose of monitoring compliance with imposed remedies.



Panagiotis Tsangaris

Doktorvater
Betreuerin am Institut
Finanzierung

Prof. Dr. Thomas Ackermann
Dr. Sylvie N erisson
IMPRS-CI

Ver offentlichung

Tsangaris, Panagiotis: Capacity Withdrawals in the Electricity Wholesale Market – Between Competition Law and Regulation (Munich Studies on Innovation and Competition, 7), Springer, Berlin 2017, XI, 208 S.

Die urheberrechtliche Zwangslizenz

Das Urheberrecht verhindert ein Marktversagen, indem es Werke ausschließlich und damit marktfähig macht. Allerdings hat es eine Kehrseite. Anders als eine Sache kann ein immaterielles Gut parallel genutzt werden. Die Nicht-Rivalität der Nutzung erlaubt einen Wettbewerb, der bei materiellen Dingen von vornherein ausgeschlossen ist: den Wettbewerb der Nutzungen. Dieser Wettbewerb ist erwünscht, weil er Nutzungen auf den Markt bringt, die sonst „unentdeckt“ blieben: Neuauflagen vergriffener Werke, innovative Werknutzungen (z.B. als E-Book) oder schlicht billigere Nutzungen (z.B. von wissenschaftlichen Aufsätzen). Das Verbotsrecht beschränkt diesen Wettbewerb, weil es die Nutzungen von der Zustimmung des Rechtsinhabers abhängig macht. Verbietet dieser die Nutzungen, ohne sie selbst vorzunehmen, liegen vergriffene Werke brach, werden Innovationen behindert und wissenschaftliche Zeitschriften prohibitiv verteuert – es droht ein neues, urheberrechtsbedingtes Marktversagen. Abhilfe könnte die urheberrechtliche Zwangslizenz schaffen.

Ein urheberrechtsbedingtes Marktversagen kann behoben werden, indem das „überschießende“ Ausschließlichkeitsrecht beschränkt wird. Allein, es gibt kein Allheilmittel. Die Fälle des Marktversagens sind viel zu unterschiedlich, als dass es eine Lösung für *alle* Probleme gäbe. Während bekannte Schutzbeschränkungen wie die gesetzliche Lizenz oder die kartellrechtliche Zwangslizenz eingehend untersucht worden sind, führt die urheberrechtliche Zwangslizenz in der Literatur noch immer ein Schattendasein. Diese Lücke in der urheberrechtlichen Forschung zu schließen, ist Ziel der Arbeit. Dabei stellen sich zwei Forschungsfragen: Zum einen ist zu klären, ob und – wenn ja – in welchen Fällen bzw. Fallgruppen der deutsche Gesetzgeber eine urheberrechtliche Zwangslizenz *de lege ferenda* regeln sollte. Zum anderen stellt sich die (Folge-)Frage, wie diese Zwangslizenz(en) ausgestaltet sein sollte(n). Da sich der Gesetzgebungsvorschlag an den deutschen Gesetzgeber richtet, steht jeweils das deutsche Recht im Mittelpunkt. Angesichts der aktuellen Harmonisierungsbestrebungen wird aber auch das französische Recht behandelt.

Die urheberrechtliche Zwangslizenz ist eine im Urheberrechtsgesetz geregelte, besondere Art des Kontrahierungszwangs. Der Rechtsinhaber muss eine Lizenz erteilen, kann aber die Lizenzbedingungen verhandeln. An den beiden Forschungsfragen orientiert sich der Gang der Untersuchung. Zunächst wird das Problem analysiert (1. Kapitel). Dazu definiert der Verfasser in einem ersten Schritt – rechtsphilosophisch und rechtsökonomisch – den abstrakt angestrebten Zustand („normative Effizienz“), indem er individualistische und utilitaristische Begründungsansätze zusammenführt. In einem zweiten Schritt

werden – rechtsvergleichend und rechtstatsächlich – konkret vorhandene Zustände untersucht und am Maßstab konkret angestrebter Zustände als negativ bewertet. Die Problemanalyse führt zu der Erkenntnis, dass bei bestimmten Fallgruppen (keine Nutzung / vergriffene Werke; keine innovative Nutzung von Werken, z.B. als E-Books, in Internet-Büchersuchen oder -Videorekordern) und in bestimmten Fällen einer konkurrierenden Nutzung (z.B. wissenschaftliche Aufsätze, *Sole-source*-Datenbanken, *Must-match*-Ersatzteildesigns) das Urheberrecht zu beschränken ist.

Im Anschluss werden – zunächst auf einer abstrakten, dann auf einer konkreten Ebene, und erneut rechtsvergleichend – unterschiedliche Lösungsansätze diskutiert (2. Kapitel). Formell realisierbare Schranken, wie sie das deutsche und französische Urheberrecht vorsähen, sind zwar in hohem Maße effektiv, da Dritte rechtssicher, sofort und ohne wesentliche Transaktionskosten mit der Verwertung beginnen können. Umgekehrt sind sie aber wenig flexibel und kaum einzelfallgerecht, weil das Ausschließlichkeitsrecht für die jeweilige Nutzungshandlung ausnahmslos aufgehoben und der Rechtsinhaber entweder überhaupt nicht oder nur pauschal oder zu einem Preis vergütet wird, der erst im Nachhinein ausgehandelt wird (mit der Folge, dass sich der Rechtsinhaber in einer schwächeren Verhandlungsposition befindet und das Zahlungsausfallrisiko trägt). Eine Schrankengeneral Klausel wie der US-amerikanische *fair use* ist zwar flexibel und – soweit die Rechtsprechung bestimmte Fallgruppen präjudiziert – auch rechtssicher, mithin effektiv, aber aus denselben Gründen wie die formell realisierbaren Schranken wenig einzelfallgerecht. Die Wahrnehmungsfiktion und die erweiterte kollektive Lizenz ohne Widerspruchsrecht haben praktisch den-

selben Effekt wie die formell realisierbare Schranke, sind also in hohem Maße effektiv, aber kaum einzelfallgerecht. Etwas abgeschwächt gilt dies auch für die Verwertungsgesellschaftspflicht. Dagegen sind die Wahrnehmungsvermutung und die erweiterte kollektive Lizenz mit Widerspruchsrecht zwar deutlich mildere Schutzbeschränkungen, aber wenig effektiv, weil sie keine rechtssichere Nutzungserlaubnis bewirken. Das Zweitverwertungsrecht stellt zwar einen sehr milden Eingriff dar, ist aber wenig effektiv, weil der Urheber seinem Vertragspartner, dem Verwerter, im Zweifel keine Konkurrenz machen will. Die kartellrechtliche Preiskontrolle erlaubt ein hohes Maß an Flexibilität und Einzelfallgerechtigkeit, ist aber angesichts der Schwierigkeiten, einen angemessenen Preis festzustellen, rechtsunsicher, mithin ineffektiv. Die kartellrechtliche Zwangslizenz, das Rechtsmissbrauchsverbot (*abus de droit*) und der Verhältnismäßigkeitsvorbehalt (*four-factor test*) sind ebenfalls kaum effektiv, weil sie im Gegenzug für die große Flexibilität und Einzelfallgerechtigkeit, die sie ermöglichen, wenig rechtssicher und mit hohen Transaktionskosten verbunden sind. Dagegen ist die urheberrechtliche Zwangslizenz in ihrer formell realisierbaren Variante zwar wenig flexibel, aber in hohem Maße rechtssicher und einzelfallgerecht, weil der Rechtsinhaber angemessen vergütet wird, diese Vergütung individuell ausgehandelt bzw. richterlich bestimmt wird und ein Ausnahmegewinn geregelt werden kann. Die Transaktionskosten sind nur

bedingt von Nachteil, weil sie stets in Relation zum Transaktionsvolumen zu bewerten sind; wenn der Lizenzpetent von einer überschaubaren Anzahl an Rechtsinhabern „Lizenzbündel“ für eine Vielzahl von Werken erwerben will, sind sie eher zu vernachlässigen. Daher ist die formell realisierbare urheberrechtliche Zwangslizenz je nach Transaktionsvolumen und Ausgestaltung des einstweiligen Rechtsschutzes durchaus effektiv. Hingegen ist die materiell realisierbare Variante zwar in hohem Maße flexibel und einzelfallgerecht, aber – vorbehaltlich einer richterrechtlichen Konkretisierung – weniger rechtssicher und effektiv. Als Zwischenergebnis wird festgehalten, dass die urheberrechtliche Zwangslizenz fast alle zuvor analysierten Probleme angemessen lösen könne.

Im Hinblick auf die zweite Forschungsfrage wird zunächst rechtsvergleichend die Rechtsfigur der urheberrechtlichen Zwangslizenz beleuchtet (3. Kapitel). Dabei werden der konventions-, unions- und verfassungsrechtliche Rahmen bestimmt, den keine urheberrechtliche Zwangslizenz überschreiten darf, und die dogmatischen Konturen der urheberrechtlichen Zwangslizenz als eines besonderen Kontrahierungszwangs geklärt. Anschließend werden konkrete urheberrechtliche Zwangslizenzen *de lege ferenda* vorgeschlagen und auf ihre Vereinbarkeit mit Konventions- und höherrangigem Recht geprüft (4. Kapitel). Die Untersuchung schließt mit einer Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse in Form von Thesen.



Hubertus Weber

Doktorvater
Betreuerin am Institut
Finanzierung

Prof. Dr. Reto Hilty

Dr. Sylvie Nérissou

Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb

Intellectual Property Rights and Climate Change: Interpreting the TRIPS Agreement for Environmentally Sound Technologies

Climate change is “a common concern of mankind”. It is alleged that innovation and transfer of environmentally sound technologies (ESTs), which form part of the solution to climate change, have not taken place fast enough to effectively mitigate climate change. To the extent that ESTs are protected by intellectual property rights (IPRs), there is a growing recognition that the TRIPS Agreement could play a more important role in mitigating climate change. This dissertation seeks to make TRIPS a more efficient and effective instrument for facilitating innovation and transfer of ESTs, mainly through legal interpretative devices. It mainly addresses two research questions: (1) whether and, if so, to what extent do the minimum IPR standards established by TRIPS facilitate innovation and transfer of ESTs? (2) whether and, if so, to what extent can the TRIPS flexibilities be interpreted to facilitate innovation and transfer of ESTs?

Part I of the dissertation, entitled “Intellectual Property Rights, Innovation and Transfer of ESTs”, addresses the first research question. Section 2 finds that ESTs needed to mitigate climate change are asymmetrically distributed at the global level. In particular, innovation of ESTs is highly concentrated in developed countries. International transfer of ESTs primarily occurs between developed countries, whereas ESTs are seldom transferred to developing countries, particularly least developed countries.

Section 3 concludes that the role played by TRIPS in innovation and transfer of ESTs has been one contentious issue in international climate change negotiations. Some policymakers in developing countries contend that the global IPR regime based primarily on TRIPS constitutes a barrier to the transfer of ESTs and thus advocate the use and expansion of the TRIPS flexibilities and push for stronger language on compulsory licensing or even the exclusion of ESTs from patentability. In contrast, multinational companies owning cutting-edge ESTs often cite insufficient IPR protection as a barrier to innovation and transfer of ESTs and suggest stronger IP protection.

Section 4 is an in-depth study on the implications of minimum IPR standards for innovation and transfer of ESTs. It finds that strong IPR protection is a double-edged sword: on the one hand, IPRs confer exclusive power on technology creators to exploit their own technologies and to prevent free-riding, thereby incentivising innovation and transfer of ESTs and stimulating patent disclosure. On the other hand, strong IPRs restrict the use of ESTs and are likely to lead to anti-competitive practices, thereby hindering

follow-on innovation and slowing down the transfer of ESTs. Therefore, IPRs can be an incentive as well as a barrier in the process of innovation and transfer of ESTs.

Despite the long-standing debate regarding the role of strong IPR protection, TRIPS does leave policy space to accommodate public interest concerns. Indeed, while setting forth mandatory minimum IPR standards, TRIPS provides WTO Members with the flexibility to design their IP laws in order to mitigate the exclusive effects of IPRs or to adopt appropriate measures to address the IPR-related abusive and anti-competitive practices that may exist in the process of EST transfer.

With a view to making TRIPS a more efficient and effective instrument for ESTs, Part II of the dissertation proposes a balanced and pro-competitive interpretation of TRIPS. Section 5 systematically examines the contextual elements that can be used in interpreting TRIPS for facilitating innovation and transfer of ESTs. Under the general interpretative rules established by Arts. 31 and 32 of the Vienna Convention on the Law of Treaties, the terms of TRIPS shall be interpreted in good faith in accordance with their ordinary meaning in their context and in the light of the WTO’s sustainable development objective and the object and purpose of TRIPS.

Section 6 proposes a balanced interpretation of the patent-related flexibilities. As to the patentable subject matter under Art. 27, Section 6.2 concludes the following: (1) the non-discrimination principle in Art. 27.1 leaves WTO Members room to provide differential treatment for ESTs by permitting bona

vide exceptions for “certain product areas”; and (2) developing countries should adopt stricter patentability requirements rather than blanket exclusions of ESTs from patent protection which cannot be justified by Art. 27.2.

Turning to limits on patent rights, Section 6.3 finds that Art. 30 exceptions have the potential to safeguard public interests. Societal interests in combating climate change fall within the scope of “legitimate interests of third parties” in Art. 30. Thus, such interests shall be considered when determining the scope of legitimate exceptions for ESTs. Further, experimental use exceptions could be adopted under Art. 30 to allow firms to “invent around” patent claims and to gain access to patented EST technological knowledge. In addition, countries with a lower level of technological advancement should make full use of the flexibility provided by Art. 6 and allow parallel imports so as to ensure the lowest cost source of supply of patented ESTs.

Moreover, Section 6.4 finds that climate change provides a valid ground for the compulsory licensing of patented ESTs needed to combat climate change. WTO Members may well argue that climate change constitutes “a national emergency” or another circumstance of “extreme urgency” within the meaning of Art. 31(b), therefore justifying compulsory licences for certain EST-related patents. The use of

compulsory licensing and the mere threat thereof can serve as a means of ensuring access to ESTs throughout the world, in particular when foreign firms refuse to deal despite being offered reasonable commercial terms.

Section 7 proposes a pro-competitive interpretation of competition-related provisions in TRIPS. IPR-related abusive or anti-competitive practices may occur in the process of EST transfer. Articles 8.2, 31(k) and 40 of TRIPS give WTO Members leeway to enact and apply national competition laws to control and correct such practices. This section finds that under the general interpretive rules, such competition-related provisions can be interpreted to facilitate innovation and transfer of ESTs, thus contributing to reconciling the public interest in tackling climate change with the private sector’s interests in IP protection.

With a view to making the balanced and pro-competitive interpretation of TRIPS more authoritative, Section 8 additionally proposes a Declaration on Intellectual Property Rights and Climate Change. In order to further remedy the insufficiency of treaty interpretation, it briefly recommends international guidelines for licensing of IPR-protected ESTs as a possible pathway to improve the current international IP regime for facilitating innovation and transfer of ESTs.



Wei Zhuang

Doktorvater/Doktormutter

Betreuer am Institut
Finanzierung

Prof. Dr. Jacques de Werra,
Prof. Dr. Gabrielle Marceau

Dr. Matthias Lamping

Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb,
GRUR,
WTO Support Programme for Doctoral Studies

Veröffentlichung

Zhuang, Wei, *Intellectual Property Rights and Climate Change – Interpreting the TRIPS Agreement for Environmentally Sound Technologies*, Cambridge University Press, Cambridge 2017, XXXIX, 427 S.

4 EIPIN Innovation Society European Joint Doctorate Programme



Societal demands on the innovation ecosystem have fundamentally altered the perception of intellectual property (IP) from a mere legal title that confers a right to exclude others to a complex adaptive system, which exhibits properties and behaviours different from those of its underlying parts. This means that classical paradigms of legal research are no longer sufficient to describe or predict the role of IP in an innovative society, let alone place research findings in the wider context of policy or business development. An understanding of the role and effects of IP on

innovation is particularly needed in Europe where research centres are developing breakthrough technologies, but the domestic commercial follow-up is still not where it should be, leaving the continent behind in terms of innovation. Thus, as a part of the European Union's (EU) "2020 strategy", the European Commission has articulated the desire to bring European research closer to business and underlined the importance of industries based on immaterial assets and new technologies for the economy. In response to this situation, the European Intellectual Property Institutes Network (EIPIN), with the participation of the Munich Intellectual Property Law Center (MIPLC) cooperation project and the Max Planck Institute, established the EIPIN Innovation Society European Joint Doctorate (EJD) whose primary objective is to provide European political leaders and stakeholders with reliable conclusions and recommendations in the form of doctoral research on how to improve the normative environment for incentivising ingenious efforts, securing economic benefits and upholding justice in the innovation society.

The EIPIN Innovation Society EJD, officially launched on 1 March 2017 and planned to continue until the end of February 2021, is financed by the EU through the prestigious Horizon 2020 Programme under the Marie Skłodowska Curie Action, Innovative Training Network-European Joint Doctorate. EIPIN was granted EU funding in summer 2016 after having submitted the funding application for the second time.

The innovative EIPIN Innovation Society doctoral programme initiated by the EIPIN partners, to fulfil the afore-indicated objective, is characterised by the following main aspects:

- A multidisciplinary, applied and holistic research approach allowing to address the role of IP as a complex adaptive system in innovation, including research methodology and transferrable skills;
- A tailor-made training programme that addresses these changed realities, with co-supervision arrangements that expose the doctoral candidates ("Early Stage Researchers" (ESRs)) to diverse European research cultures; and
- The conferral of a Joint Doctoral Degree from two of the five participating EIPIN partners.

Partners and Cooperation

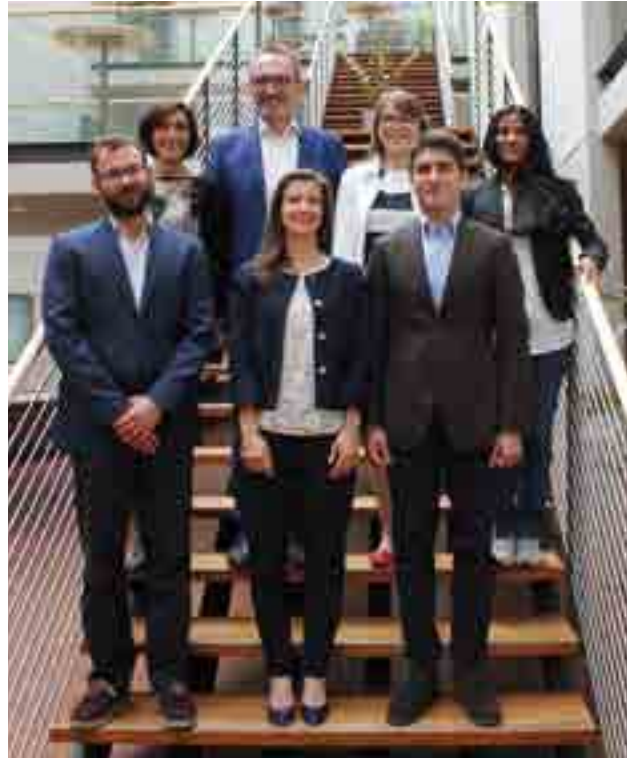
The members of the EIPIN, a consortium of leading IP research and training centres, founded in 1999, are the academic partners and the driving force behind the EIPIN-Innovation Society project. These academic partners are: (1) the MIPLC cooperation project (MIPLC, with the University of Augsburg as the applicant for the EJD and the MPI as one of its partners), (2) Queen Mary Intellectual Property Research Institute (University of London), (3) University of Alicante with its Magister Lucentinus, (4) Maastricht University (acting as the programme coordinator for the EIPIN Innovation Society project), (5) Center for International Intellectual Property Studies (CEIPI, University of Strasbourg). Each academic partner recruits, hosts and supervises three ESRs as the Primary Institution and supervises three other ESRs as the Secondary Institution.

As part of the application process, the Max Planck Institute closely cooperated with the University of Augsburg as the co-applicant for EU funding acting on behalf of the MIPLC cooperation project. The ESRs allocated to the MIPLC cooperation project are enrolled at the University of Augsburg. The latter is also the institution that will finally grant the doctoral

degree. Yet the Max Planck Institute has committed to supervising the six ESRs by one of its directors (three under primary supervisions; three under secondary supervision) allocated to the University of Augsburg. Hence, supervision is fully concentrated at the Max Planck Institute. Due to its interdisciplinary character at the intersection of law and economics with the research focus on IP and competition law, on the one hand, and innovation and entrepreneurship, on the other hand, the Max Planck Institute plays a vital role in contributing to research excellence within the EIPIN-Innovation Society EJD.

The six out of 15 ESRs that are supervised at the Max Planck Institute come from India, Italy, Slovakia and Spain. In addition to the Director, senior researchers at the Institute act as third supervisors of the ESRs. Apart from the supervisory support, the Max Planck Institute offers to ESRs first class research facilities with the most comprehensive library on IP law in the world, a wide interdisciplinary research community focusing on various topics of innovation, and a large course programme at the MIPLC that includes classes on IP law, economic and managerial aspects of innovation system. The Max Planck Institute has also committed to organise elements of the training programme at its premises, including training sessions on the economics of IP as well as a literature seminar to be held in September 2018.

As part of the funding scheme, the EIPIN partners cooperate with non-academic partner organisations. These organisations can be divided in three sub-categories: (1) public institutions (EUIPO and CPVO), (2) organisations and companies from innovation-intensive industries (ASTP Proton, CISAC, EFPIA, EPI, Ericsson, ESA, ETSI, GEMA, Hovione and ORIGIN), and (3) non-profit public interest organisations (ICTSD, InSciTe and Kennisland). They are responsible for fulfilling advisory tasks, offering trainings and providing six-month internships to ESRs. Through the internships, these non-academic advisors significantly contribute to the EIPIN-Innovation Society programme by providing practical input to each doctoral research and by offering broader professional networks in the fields where ESRs may potentially work after acquiring the PhD degree, thereby increasing their employability in the EU job market.



EIPIN-IS Project Team at the Institute

First row from the left:

Vicente Zafrilla, Letizia Tomada, Niccolò Galli

Second row from the left:

Dr. Beatriz Conde Gallego, Prof. Dr. Josef Drexler, Jurgita Randakevičiūtė, Dr. Mrinalini Kochupillai

Admission Procedure to the Doctoral Programme

The recruitment of the ESRs for the doctoral programme took place in the first six months after the EIPIN Innovation Society project was launched. The call for applications included a list of 15 research topics proposed by the academic partners. The primary goal of the recruitment strategy was to achieve excellence by admitting applicants of the highest quality from a wide range of backgrounds. Due to the high number of applications, the selection process for a large part of the 15 research topics was highly competitive. Each applicant was assessed on the basis of the research project and academic merit by ensuring equal opportunities, openness and transparency of the selection process. Short-listed candidates were invited for interviews on 15–17 May 2018 and by the end of that month a list of 15 accepted ESRs from nine different countries was announced.



EIPIN-IS meets in Alicante to select candidates 15–17 May 2017

First row from the left:

Prof. Dr. Meir Pugatch, IPKM Professor of Valorisation, Entrepreneurship and Management, University of Maastricht, and Chair of the Health Systems Administration and Policy Division, School of Public Health, University of Haifa

Dr. Noam Shemtov, Senior Lecturer in IP and Technology Law, CCLS at Queen Mary University of London

Prof. Dr. Manuel Desantes, Professor of International Private Law, University of Alicante, Former Vice-President of the European Patent Office

Prof. Dr. Pilar Montero, Professor of Commercial Law and Director of the Magister Lvcentinvs, University of Alicante

Dr. Anke Moerland, Assistant Professor of Intellectual Property Law, Maastricht University

Dr. Ana Ramalho, Assistant Professor of Intellectual Property Law, Maastricht University

Dr. Beatriz Conde Gallego, Senior Research Fellow, Max Planck Institute for Innovation and Competition

Prof. Dr. Anselm Kamperman Sanders, Professor of Intellectual Property Law, Director of the advanced masters Intellectual Property Law and Knowledge Management and Academic Director of the Institute for Globalisation and International Regulation, Maastricht University

Second row from the left:

Oleksandr Bulayenko, Research Assistant and Doctoral Candidate, CEIPI, University of Strasbourg

Prof. Dr. Christophe Geiger, Professor of Law, Director General and Director of the Research department, CEIPI, University of Strasbourg

Prof. Dr. Guido Westkamp, Professor of Intellectual Property and Comparative Law, CCLS at Queen Mary University of London

Dr. Aurelio Lopez-Tarruella, Senior Lecturer of Private International Law, Magister Lvcentinvs, University of Alicante

Prof. Dr. Josef Drexler

Mr. Dimitris Botis, Deputy Director of Legal Affairs, International Cooperation and Legal Affairs Department, EUIPO

Prof. Dr. Julian Lopez, Professor of Civil Law at the University of Alicante, Magister Lvcentinvs, University of Alicante

General Structure of the Doctoral Programme

The EIPIN Innovation Society doctoral programme is structured for a period of three years (from 1 September 2017 to 31 August 2020) during which ESRs are to fulfil a variety of degree requirements. Joint supervision is one of the significant features of this programme. The supervision is structured in working groups composed of two supervisors and one co-supervisor each of them being based at one of the academic partners. Together, they are responsible for the planning and implementation of the ESR's individual training and research project. The supervision encompasses regular meetings between one or more supervisors and the ESR. In addition, each ESR has one or two advisors from non-academic partner organisations. The two supervising academic partners of each ESR will grant a joint doctoral degree, together with a common EIPIN diploma supplement setting out the training and research components of the EIPIN Innovation Society.

Despite the fact, that ESRs can design a tailor-made curriculum corresponding their individual research project, the completion of the EIPIN Innovation Society doctoral programme requires active participation in a number of mandatory activities that will enable the ESRs to reach an excellent level of doctoral research:

- Academic training which encompasses (1) modules on IP and innovation, (2) network-wide conferences on topical IP issues, (3) network-wide doctoral seminars, and (4) network-wide methodology seminars providing scientific knowledge on the role of IP as a complex adaptive system as well as on interdisciplinary methodology needed to carry out cutting-edge research;
- Skills training, such as (1) "Getting started", (2) "Presenting and publishing", (3) "Preparing for the labour market" and (4) "Career Day" focusing on transferrable skills that ESRs need for their careers in an academic or non-academic environment;
- Internship programme enabling ESRs to gain practical experience in addition to academic knowledge and to build a network of potential employers in the field where the ESRs could work after graduation; and

- Lectures by visiting scientists who share hands-on knowledge and industry-specific professional expertise complementing the EIPIN faculty.

Since the perception of IP as a complex adaptive system entails that there is no one-size-fits-all solution for each company and industry, the relationships in the stages of the innovation lifecycle and in various industry sectors in the EIPIN-IS programme are addressed by four substantive work packages (WPs). While WP 1 "IP as a Complex Adaptive System" tackles the new reality of IP as a complex adaptive system as such, WP 2 "Governance of Production and Technologies", WP 3 "Adjudication, Justice and Enforcement" and WP 4 "Allocation of Rights, Actors and Institutions" focus in particular on the functioning, actors, subject-matter and rights as well as governance and adjudication. Each ESR is allocated to one of these WPs and is expected to coordinate the research actions among other ESRs within the same WP. Each academic partner is in charge of one substantive WP, with the exception of the coordinating partner Maastricht University, which leads two administrative WPs, management, training and joint degree management, as well as dissemination, outreach and exploitation.

Mobility is one of the pivotal aspects of the EIPIN-IS reflected in each activity of the doctoral programme. For this reason, all ESRs must spend a substantial amount of time at the two academic partners of their primary and secondary supervisors, visit each academic partner in the framework of EIPIN Congresses, doctoral seminars, methodology and skills trainings as well as carry out a part of their research at their non-academic advisors' premises for a period of six months.

Research Activities

The EIPIN-Innovation Society project not only encourages the collaboration among ESRs within the substantive WPs, but also organises numerous research activities and financially supports the ESRs in reaching out to the international scholarly community through workshop or seminar attendance, research stays, presentation and publication of their research results. So far, the EIPIN Congress and the EIPIN doctoral seminar could be regarded as the most significant from the latter activities taking place in the first year of the programme and including all the 15 ESRs.



Representatives of the EIPIN-IS academic partners and partner organisations in Alicante 15–17 May 2017

The EIPIN Conference of 2015 on the Innovation Society in Munich

Twice a year, the EIPIN network traditionally organises international conferences with active participation of their master's students.

Prior to the grant of EU funding and as an instrument to prepare for the project, the first EIPIN Congress addressing the role of IP in the innovation society was already organised in 2015, consisting of two conferences organised by Maastricht University and the Max Planck Institute. Thereby, the Munich conference focussed on aspects of IP where the positive effects of the exclusivity of rights are doubtful or at least ambiguous, also with the objective of sharpening the mind of the participating master's students of the five EIPIN partners for the potential adverse effects of extensive IP protection on innovation.

This conference was divided into three modules. The first module concentrated on IP rights systems at the fringes of classical IP with the purpose of assessing their impact on innovation, namely, clinical test data exclusivity, utility patents and UPOV-style plant variety protection. All three fields of law first developed in Western industrialised countries but are nowadays especially discussed as part of innovation systems of

developing and emerging economies. As part of the second module, speakers looked at the need to protect the public domain to safeguard positive effects on innovation and creativity, critically analysed the impact of protecting the prestige of trade marks against free-riding on innovation, discussed the need for limiting protection for standard-essential patents for the sake of innovation and finally reviewed the most recent case law from the USA, which upheld and confirmed the necessary role of the patent misuse doctrine as a separate tool to limit the scope of IP protection. Finally, the third module aimed to explore the need for new paradigms of innovation in IP law with regard to both the concept of collective innovation as well as transformative use and user-generated content in copyright law. The proceedings of this conference are expected to be published in form of an edited book in the course of 2018.

As of 2018, for a period of three years, the EIPIN Congresses will be exclusively dedicated to the research of the EIPIN Innovation Society project. The Congresses will address the role of IP as a complex adaptive system in different stages of the innovation life cycle, particularly exploring each one from the afore-specified WPs in more detail. At the same time, the Congresses will be used to allow the ESRs to present their ongoing research to a larger audience.

Doctoral Seminars

The EIPIN Innovation Society EJD programme contains three doctoral seminars where ESRs present parts of their research project (research proposal, theoretical and methodological framework, preliminary findings). The content of each presentation will be analysed and discussed by the supervisors, co-supervisors, the ESR peer group and EIPIN senior researchers, visiting scientists or practitioners specifically invited for the event. This ensures an excellent quality of the research projects and that ESRs receive regular valuable feedback for their doctoral research.

Expected Results

Apart from the research results of the individual theses, the innovative and multifaceted EIPIN Innovation Society programme is expected to produce the following general benefits:

- Establish a new approach to IP as a complex dynamic system, which will help the law and policymaking institutions in Europe design an IP regulatory framework that has the potential of enhancing Europe's innovation capacity and the commercial follow-up in the global economy;
- Educate a new type of researcher who is able to articulate the current complexities of the IP system and its role within the innovation cycle and at the same time being adequately ready for both an academic or non-academic career in innovation-intensive fields; and
- Setting a future standard for a new type of joint doctoral programme on IP and innovation in Europe characterised by a multidisciplinary, applied and holistic approach as well highly individualised attention to each doctoral research.

The EIPIN Innovation Society European Joint Doctorate aims to improve the normative framework for intellectual property as a complex adaptive system for incentivising ingenious efforts, securing economic benefits and upholding justice in the innovation society.

Responsible Director/Primary and Secondary PhD Supervisor

Prof. Dr. Josef Drexl

Third Supervisors at the Institute

Dr. Beatriz Conde Gallego, Dr. Mrinalini Kochupillai

Doctoral Students ("Early Stage Researchers")

Niccolò Galli, Letizia Tomada, Vicente Zafrilla

Academic Coordinator at the Institute

Jurgita Randakevičiūtė

Project Term

2017–2020



III Veröffentlichungen, Vorträge, geförderte Forschungsarbeiten, Lehrtätigkeiten, Ehrungen und Preise

1 Veröffentlichungen

1.1. Zeitschriften

1.1.1 Zeitschriften des Instituts

Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil, Hefte 1–12 (2017), C.H. Beck, München, XXVIII + 1112 S.

Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil, Hefte 1–12 (2016), C.H. Beck, München, XXVII + 1192 S.

Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil, Hefte 1–12 (2015), C.H. Beck, München, XL + 1200 S.

International Review of Intellectual Property and Competition Law, Nos. 1–8 (2017), C.H. Beck, München, Springer, Heidelberg, 1005 S.

International Review of Intellectual Property and Competition Law, Nos. 1–8 (2016), C.H. Beck, München, Springer, Heidelberg, 1002 S.

International Review of Intellectual Property and Competition Law, Nos. 1–8 (2015), C.H. Beck, München, Springer, Heidelberg, 1001 S.

1.1.2 Unter Mitwirkung von Institutsangehörigen herausgegebene Zeitschriften

Hilty, Reto M. et al. (Hg.)

sic! – Zeitschrift für Immaterialgüter-, Informations- und Wettbewerbsrecht
Schulthess, Zürich

MMR – MultiMedia und Recht, Zeitschrift für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht
C.H. Beck, München

Molengrafica Series
Intersentia nv, Antwerpen

Jaeger, Thomas (Hg.)

European State Aid Law Quarterly – ESaL
Lexxion, Berlin
(bis 2015)

Podszun, Rupprecht (Hg.)

euvr – Zeitschrift für europäisches Unternehmens- und Verbraucherrecht/Journal of European Consumer and Market Law
Verlag Österreich, Wien

Wirtschaft und Wettbewerb (WuW)
Handelsblatt Fachmedien Verlag
(seit 2016)

Journal of European Consumer and Market Law (EuCML)
C.H. Beck, Nomos, Kluwer Law International, München,
Baden-Baden, Alphen aan den Rijn
(seit 2015)

von Lewinski, Silke (Hg.)

Cahiers de la Propriété Intellectuelle
Editions Yvon Blais, Cowansville (Québec, Kanada)

Journal of the Copyright Society of the USA
The Copyright Society of the USA, New York

1.2 Schriftenreihen

1.2.1 Schriftenreihen des Instituts

MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law

Volume 27

Liu, Kung-Chung; Hilty, Reto M. (Hg.)

Remuneration of Copyright Owners – Regulatory Challenges
of New Business Models.
Springer, Berlin 2017, XII, 327 S.

Volume 25

**Ullrich, Hanns; Hilty, Reto M.; Lamping, Matthias;
Drexl, Josef (Hg.)**

TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles.
Springer, Berlin 2016, XVII, 760 S.

Volume 24

Antons, Christoph; Hilty, Reto M. (Hg.)

Intellectual Property and Free Trade Agreements in the
Asia-Pacific Region.
Springer, Berlin 2015, VIII, 438 S.

Volume 23

Surblyté, Gintarė (Hg.)

Competition on the Internet.
Springer, Berlin 2015, IX, 108 S.

Schriftenreihe zum gewerblichen Rechtsschutz

Band 195

Keim, Clemens

TRIPS-plus Patentschutzklauseln in bilateralen
Freihandelsabkommen der EU – ihre Auswirkungen auf den
Zugang zu Arzneimitteln und das internationale Regime
zum Schutz geistigen Eigentums.
Carl Heymanns Verlag, Köln 2017, XVII, 344 S.

Band 194

Spengler, Achim Georg

Die Verbrauchergeneralklausel des UWG.
Carl Heymanns Verlag, Köln 2016, XX, 286 S.

Band 193

Lee, Il Ho

Perspektiven des internationalen Immaterialgüterrechts –
Der Dreistufentest und seine Einflüsse.
Carl Heymanns Verlag, Köln 2016, XVI, 370 S.

Band 192

Eckel, Philipp

Die Kohärenz der Harmonisierung von irreführender
vergleichender Werbung in Deutschland und England.
Carl Heymanns Verlag, Köln 2015, XXIX, 416 S.

Band 191

Barros-Grasbon, Gilda

Marken- und wettbewerbsrechtliche Probleme von
Abgrenzungsvereinbarungen.
Carl Heymanns Verlag, Köln 2015, XIX, 378 S.

Band 190

Zajacová, Jana

Tschechisches und slowakisches Lauterkeitsrecht im Lichte
der europäischen Rechtsangleichung.
Carl Heymanns Verlag, Köln 2015, XXX, 563 S.



Münchener Schriften zum Europäischen und Internationalen Kartellrecht

Band 37

Roth, David

Der „ebenso effiziente Wettbewerber“ – Kosten-Preis-
Vergleiche im Kartellrecht am Beispiel des Behinderungs-
missbrauchs.
Stämpfli, Bern; Nomos, Baden-Baden 2017, 422 S.

Band 36

Raeder, Markus

Der Schutz des Lieferanten als Marktgegenseite im
Kartellrecht.
Stämpfli, Bern; Nomos, Baden-Baden 2017, 361 S.

Band 35

Hildebrandt, Patrick

Strafrechtliche Verantwortung im internationalen
Kartellrecht – Eine Untersuchung zu zwischenstaatlichen
Verwerfungen infolge der Kriminalisierungsbewegung.
Stämpfli, Bern; Nomos, Baden-Baden 2016, 419 S.

Band 34

Fischmann, Filipe

«Reverse Payments» als Mittel zur Beilegung von Patentstreitigkeiten – Ein Verstoß gegen das Kartellrecht? Stämpfli, Bern 2016, XXV, 598 S.

MIPLC Studies

Volume 29

Tsilikas, Haris

Antitrust Enforcement and Standard Essential Patents – Moving beyond the FRAND Commitment. Nomos, Baden-Baden 2017, 78 S.

Volume 28

Rogowski, Mikołaj

Socialistic Brands – A unique Category of Vintage Brands. Nomos, Baden-Baden 2017, 85 S.

Volume 27

Randakevičiūtė, Jurgita

The Role of Standard-Setting Organizations with Regard to Balancing the Rights Between the Owners and the Users of Standard-Essential Patents. Nomos, Baden-Baden 2015, 66 S.

Volume 26

Punchi Hewage, Nishantha Sampath

Promoting a Second-Tier Protection Regime for Innovation of Small and Medium-Sized Enterprises in South Asia. Nomos, Baden-Baden 2015, 331 S.

Volume 25

Mitsuuchi Kunisawa, Viviane Yumy

The TRIPS Agreement Implementation in Brazil – Patents in the Pharmaceutical Area. Nomos, Baden-Baden 2015, 274 S.

Volume 24

Niedersüß, Carl Dominik J.

I Don't Even Recognize You Anymore – The Limits of the Protection of Alteration and Modernisation of Fictitious Characters. Nomos, Baden-Baden 2015, 72 S.

Munich Studies on Innovation and Competition

Volume 7

Tsangaris, Panagiotis

Capacity Withdrawals in the Electricity Wholesale Market – Between Competition Law and Regulation. Springer, Berlin 2017, XI + 208 S.

Volume 5

Kochupillai, Mrinalini

Promoting Sustainable Innovations in Plant Varieties. Springer, Berlin 2016, XXI + 335 S.

Volume 4

Shaikh, Owais H.

Access to Medicine versus Test Data Exclusivity – Safeguarding Flexibilities under International Law. Springer, Berlin 2016, XVI + 256 S.

Volume 3

Busch, Friederike

Protection of Traditional Cultural Expressions in Latin America – A Legal and Anthropological Study. Springer, Berlin 2015, XXV + 452 S.

Volume 2

Weinreich-Zhao, Tingting

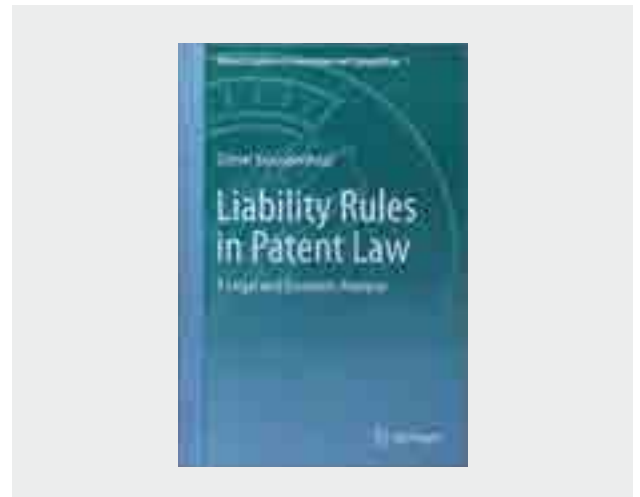
Chinese Merger Control Law – An Assessment of Its Competition-Policy Orientation after the First Years of Application. Springer, Berlin 2015, XIX + 393 S.



Volume 1

Krauspenhaar, Daniel

Liability Rules in Patent Law – A Legal and Economic Analysis. Springer, Berlin 2015, XIX + 233 S.



Abhandlungen zum Urheber- und Kommunikationsrecht

Band 62

Amini, Seyavash

Digitale Kultur zum Pauschaltarif? – Anlass, Inhalt und Grenzen einer Vision für das Urheberrecht der Zukunft.
Nomos, Baden-Baden 2017, 377 S.



Band 61

Pflüger, Claudius

Gerechter Ausgleich und angemessene Vergütung –
Dispositionsmöglichkeiten bei Vergütungsansprüchen aus
gesetzlichen Lizenzen.
Nomos, Baden-Baden 2017, 308 S.

Band 60

Trumpke, Felix

Exklusivität und Kollektivierung – Das skandinavische
Modell der Erweiterten Kollektiven Lizenz (Extended
Collective Licensing).
Nomos, Baden-Baden 2016, 742 S.

Band 57

Mešević, Iza Razija

Urheberrechtssysteme und kollektive Rechtswahrnehmung
in Südosteuropa.
Nomos, Baden-Baden 2015, 622 S.

1.2.2 Unter Mitwirkung von Institutsangehörigen heraus- gegebene Schriftenreihen

Cornish, William R. (Hg.)

Cambridge Intellectual Property and Information Law.
Cambridge University Press, Cambridge

Hilty, Reto M. (Hg.)

Literatur zum europäischen Immaterialgüter- und
Wettbewerbsrecht.
Helbing & Lichtenhahn, Basel

Hilty, Reto M.; Rehlinger, Manfred (Hg.)

Schriften zum Medien- und Immaterialgüterrecht.
Stämpfli, Bern

B

1.3 Veröffentlichungen von Institutsangehörigen

A

Angwenyi, Vincent, Hold-up, Hold-out and F/Rand: The Quest for Balance, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 66, 2 (2017), 105 - 114.

Antons, Christoph, What is ‚Asian Law‘? Asia in Law, the Humanities and Social Sciences, in: Christoph Antons (Hg.), The Routledge Handbook of Asian Law, Routledge, London, New York 2017, 3 - 27.

- Legal and Cultural Landscapes: Cultural and Intellectual Property Concepts and the ‚Safeguarding‘ of Intangible Cultural Heritage, in: Christoph Antons (Hg.), The Routledge Handbook of Asian Law, Routledge, London, New York 2017, 250 - 268.
- Geographical Indications, Heritage, and Decentralization Policies: The Case of Indonesia, in: Irene Calboli, Ng-Loy Wee Loon (Hg.), Geographical Indications at the Crossroads of Trade, Development and Culture: Focus on Asia-Pacific, Cambridge University Press, Cambridge 2017, 485 - 507.
- Intellectual Property in Asia: ASEAN, East Asia, and India, in: Rochelle Cooper Dreyfuss, Justine Pila (Hg.), The Oxford Handbook of Intellectual Property Law, Oxford University Press, Oxford 2017, 1 - 40.
- Article 27(3)(b) TRIPS and Plant Variety Protection in Developing Countries, in: Hanns Ullrich et al. (Hg.), TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 25), Springer, Berlin, Heidelberg 2016, 389 - 414.
- Epistemic communities and the „people without history“: the contribution of intellectual property law to the ‚safeguarding‘ of intangible cultural heritage, in: Irene Calboli, Srividhya Ragavan (Hg.), Diversity in Intellectual Property: Identities, Interests and Intersections, Cambridge University Press, New York 2015, 453 - 471.

Antons, Christoph; Rosy Antons-Sutanto, The Construction of Ethnicity in Colonial Law and its Legacy: The Example of the Peranakan Chinese in Indonesia, in: Christoph Antons (Hg.), The Routledge Handbook of Asian Law, Routledge, London, New York 2017, 398 - 419.

Antons, Christoph; Rajeswari Kanniah, The Regulation of Innovation in Agriculture and Sustainable Development in India and Southeast Asia, in: Christoph Antons (Hg.), The Routledge Handbook of Asian Law, Routledge, London, New York 2017, 287 - 309.

Antons, Christoph; Reto M. Hilty, Introduction: IP and the Asia-Pacific ‚Spaghetti Bowl‘ of Free Trade Agreements, in: Christoph Antons, Reto M. Hilty (Hg.), Intellectual Property and Free Trade Agreements in the Asia-Pacific Region (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 24), Springer, Heidelberg, New York, Dordrecht, London 2015, 1 - 23.

Antons, Christoph; Dilan Thampapillai, An Overview of Free Trade Agreements in the Asia-Pacific Region with a Particular Focus on Intellectual Property, in: Christoph Antons, Reto M. Hilty (Hg.), Intellectual Property and Free Trade Agreements in the Asia-Pacific Region (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 24), Springer, Heidelberg, New York, Dordrecht, London 2015, 27 - 53.



Antons, Christoph; Kui Hua Wang, Well-known trade marks, foreign investment and local industry: A comparison of China and Indonesia, Deakin Law Review 20, 2 (2015), 185 - 219.

B

Bakhoun, Mor, The Informal Economy and its Interface with Competition Law and Policy, in: Josef Drexler et al. (Hg.), The Economic Characteristics of Developing Jurisdictions: Their Implications for Competition Law, Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2015, 177 - 196.

- Abuse Without Dominance in Competition Law: Abuse of Economic Dependence and its Interface with Abuse of Dominance (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 15-15), 2015, 31 S., <http://ssrn.com/abstract=2703809>, 14.12.2015.

Bakhoun, Mor; Beatriz Conde Gallego, TRIPS and Competition Rules: From Transfer of Technology to Innovation Policy, in: Hanns Ullrich et al. (Hg.), TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 25), Springer, Heidelberg, Berlin 2016, 529 - 559.

Bakhoun, Mor; Michal Gal, Introduction, in: Josef Drexler et al. (Hg.), The Economic Characteristics of Developing Jurisdictions: Their Implications for Competition Law, Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2015, 1 - 14.

Batista, Pedro Henrique D.; Gustavo Cesar Mazutti, Comment on „Huawei Technologies“ (C-170/13): Standard Essential Patents and Competition Law – How Far Does the CJEU Decision Go? Court of Justice of the European Union, 15.07.2015 - C-170/13, IIC - international review of intellectual property and competition law [IIC] 47, 2 (2016), 244 - 253.

Bauer, Andrea

siehe auch **Hilty, Reto M.; Andrea Bauer**

Beiter, Klaus Dieter, Establishing Conformity Between TRIPS and Human Rights: Hierarchy in International Law, Human Rights Obligations of the WTO and Extraterritorial State Obligations Under the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, in: Hanns Ullrich et al. (Hg.), TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 25), Springer, Berlin, Heidelberg 2016, 445 - 505.

Botta, Marco, Competition Policy: safeguarding the Commission's competences in State aid control, in: Gerda Falkner (Hg.), EU Policies in Times of Crisis, Routledge, London, New York 2017, 47 - 60.

- The Draft Directive on the Powers of National Competition Authorities: the Glass Half Empty and Half Full, European Competition Law Review [ECLR] 38, 10 (2017), 470 - 477.
- The Principle of Passing on in the Aftermath of the Damages Directive, European Review of Private Law [ERPL] 25, 5 (2017), 881 - 907.
- The Ruling of the Court of Justice in Genentech – The Arbitrability Paradox in EU Competition Law, IIC - international review of intellectual property and competition law [IIC] 48, 2 (2017), 235 - 244.

Botta, Marco; Rozeta Karova, Sanctioning Excessive Energy Prices as Abuse of Dominance; Are the EU Commission and the National Competition Authorities on the Same Frequency? in: Pier Luigi Parcu, Giorgio Monti, Marco Botta (Hg.), Abuse of Dominance in EU Competition Law: Emerging Trends, Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2017, 169 - 184.

Botta, Marco; Giorgio Monti; Pier Luigi Parcu, Introduction, in: Pier Luigi Parcu, Giorgio Monti, Marco Botta (Hg.), Abuse of Dominance in EU Competition Law: Emerging Trends, Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2017, 1 - 11.

Botta, Marco; Alexandr Svetlicinii, Enforcement of Competition Rules in Regulated Industries: Abuse of Dominance Practices in the New EU Member States, Candidate Countries and Potential Candidates, in: Fabiana Di Porto, Josef Drexl (Hg.), Competition Law as Regulation (ASCOLA competition law), Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2015, 206 - 238.

Buchalska, Joanna, Star Athletica v. Varsity Brands – nowe wyzwanie dla fashion law, Themis Polska Nova 2017,1, 12 (2017), 86 - 100.

C

Conde Gallego, Beatriz, Uber in Spain, Journal of European Consumer and Market Law 4, 1-2 (2015), 62 - 63.

siehe auch **Grosse Ruse-Khan, Henning; Beatriz Conde Gallego**

siehe auch **Bakhom, Mor; Beatriz Conde Gallego**

Cornish, William R.; Carlo D'Adda; Yuri Kapitsa; Paul O'Brien; Are Stenvik; Joseph Straus; Alain Strowel; Ünal Tekinalp; Tomasz Twardowski; Feer Verkade; Sylvester Vizi, ALLEA Statement on Patent-Related Aspects of CRISPR-Cas Technology, ALLEA Secretariat, Berlin 2016, 7 S., http://www.allea.org/wp-content/uploads/2016/08/Statement_CRISPR_web_final-1.pdf, 04.08.2016.

Cornish, William R.; Kathleen Liddell, The Origins and Structure of the TRIPS Agreement, in: Hanns Ullrich et al. (Hg.), TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 25), Springer, Heidelberg, Berlin 2016, 3 - 51.

D

de Franceschi, Alberto; Michael Lehmann, Data as Tradeable Commodity and New Measures for their Protection, The Italian Law Journal 1, 1 (2015), 51 - 72.

de Luca, Jacopo, Informazioni scorrette, perdita di valore dell'investimento del socio e responsabilità aquiliana della società, Nota a: Tribunale di Roma, sentenza 24 ottobre 2014, n. 21193; English translation: Corporate false financial statements which prevented shareholders from promptly divesting their shares and non-contractual liability of the corporation, comments to the judgment n. 21193 held by the Rome Tribunal on the 24th of October 2014, Rivista di diritto societario [RDS] 2 (2016), 363.

Desaunettes, Luc, Employees, Trade Secrets and Restrictive Covenants in France, in: Christopher Heath, Anselm Kamperman Sanders (Hg.), Employees, trade secrets and restrictive covenants, Wolters Kluwer, Alphen aan den Rijn 2017, 135 - 155.

Desaunettes, Luc; Christophe Geiger, Les articles 7 et 8, Belle au bois dormant de l'accord sur les ADPIC, in: Christophe Geiger (Hg.), Le droit international de la propriété intellectuelle lié au commerce (Collection de CEIPI, 65), LexisNexis, Paris 2017, 65 - 88.

siehe auch **Drexl, Josef; Luc Desaunettes; Franziska Greiner; Reto M. Hilty; Daria Kim; Heiko Richter; Gintarė Surblytė; Klaus Wiedemann**

siehe auch **Geiger, Christophe; Luc Desaunettes; Jean Lapousterle; Norbert Olszak**

Dietz, Adolf, Grußwort, in: Kreativität und Charakter. Recht, Geschichte und Kultur in kreativen Prozessen. Festschrift für Martin Vogel zum siebzigsten Geburtstag (Schriftenreihe Studien zum Gewerblichen Rechtsschutz und zum Urheberrecht, 138), Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2017, 15 - 17.

- Grußwort an Gernot Schulze – den ehrlichen Urheberrechtsmakler, in: Anwalt des Urheberrechts. Festschrift für Gernot Schulze, C.H. Beck, München 2017, XV - XVI.
- The Influence of EU Copyright Harmonization Directives on the Construction of Postsocialist Copyright Law in Central and Eastern Europe, in: Hannes Siegrist, Augusta Dimou (Hg.), Expanding Intellectual Property. Copyrights and Patents in Twentieth-Century Europe and Beyond (Leipzig Studies on the History and Culture of East Central Europe, 4), Central European University Press, Budapest, New York 2017, 231 - 245.

- Teil „Germany“ [Update 2014/15], in: Paul Edward Geller (Hg.), *International Copyright Law and Practice*, Release 26, LexisNexis, Newark, NJ 2015, GER-1.
 - Schutz der Kreativen (der Urheber und ausübenden Künstler) durch das Urheberrecht oder Die fünf Säulen des modernen kontinentaleuropäischen Urheberrechts, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 64, 4 (2015), 309 - 319.
 - Zusammenhänge zwischen Vertragsdauer und Schutzdauer (insbesondere am Beispiel der jüngsten Schutzdauererläuterung bei ausübenden Künstlern) - Gewidmet dem langjährigen Freund und Weggefährten Gerhard Schricker, dem Mitstreiter für Gerechtigkeit im Urheberrecht – Beitrag zum Festheft für Gerhard Schricker, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 64, 7/8 (2015), 635 - 648.
 - Rezension: Gross, Heidrun: *Kulturelle Vielfalt und Urheberrecht. Urheberrecht als Instrument im Rahmen des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen*, (Dresdner Schriften zu Recht und Politik der Vereinten Nationen Bd. 18), Peter Lang GmbH, Frankfurt/Main 2013, XXVII + 428 S., ISBN 978-3-631-64413-3, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 64, 1 (2015), 96 - 99.
 - Rezension: Fischer, Oliver: *Perspektiven für ein Europäisches Urheberrecht (Abhandlungen zum Urheber- und Kommunikationsrecht des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb, Bd. 58)*, Nomos, Baden-Baden 2014, 535 S., ISBN 978-3-8487-1442-1, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 64, 12 (2015), 1186 - 1190.
- Drexl, Josef**, Wahrnehmungs- und Abschlusszwang im europäischen Wahrnehmungsrecht, in: *Kreativität und Charakter – Recht, Geschichte und Kultur in schöpferischen Prozessen*, Festschrift für Martin Vogel zum siebzigsten Geburtstag (Schriftenreihe Studien zum Gewerblichen Rechtsschutz und zum Urheberrecht, 138), Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2017, 227 - 253.
- Privatrechtsdogmatik und Kartellrecht, in: *Privatrechtsdogmatik im 21. Jahrhundert. Festschrift für Claus-Wilhelm Canaris zum 80. Geburtstag*, De Gruyter, Berlin, Boston 2017, 1019 - 1055.
 - An Institutional Perspective on the European Intellectual Property System: Will It Get Any Better? in: Christophe Geiger (Hg.), *The Intellectual Property System in a Time of Change (Collection du CEIPI, 64)*, LexisNexis, Paris 2017, 69 - 99.
 - On the Future EU Legal Framework for the Digital Economy: A Competition-based Response to the 'Ownership and Access' Debate, in: Sebastian Lohsse, Reiner Schulze, Dirk Staudenmayer (Hg.), *Trading Data in the Digital Economy: Legal Concepts and Tools*, Nomos and Hart, Baden-Baden and Oxford 2017, 223 - 243.
 - Neue Regeln für die Europäische Datenwirtschaft? Ein Plädoyer für einen wettbewerbspolitischen Ansatz – Teil 2, NZKart – Neue Zeitschrift für Kartellrecht [NZKart] 5, 8 (2017), 415 - 421.
 - Neue Regeln für die Europäische Datenwirtschaft? Ein Plädoyer für einen wettbewerbspolitischen Ansatz – Teil 1, NZKart – Neue Zeitschrift für Kartellrecht [NZKart] 5, 7 (2017), 339 - 344.
 - Bedrohung der Meinungsvielfalt durch Algorithmen – Wie weit reichen die Mittel der Medienregulierung? *Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht [ZUM]* 61, 7 (2017), 529 - 543.
 - Designing Competitive Markets for Industrial Data – Between Propertisation and Access, *Journal of Intellectual Property, Information Technology and Electronic Commerce Law* 8.4 (2017), 257 - 292.
 - La portée économique et politique du droit de la concurrence dans le secteur des médias dans les pays en développement, in: *Le droit économique entre intérêts privés et intérêt général – Hommage à Laurence Boy*, PUAM, Presses Universitaires d'Aix-Marseille, Aix-en-Provence 2016, 106 - 125.
 - Einheitlicher Patentschutz durch Kollisionsrecht, in: *Rechtsdurchsetzung – Rechtsverwirklichung durch materielles Recht und Verfahrensrecht. Festschrift für Hans-Jürgen Ahrens zum 70. Geburtstag*, Carl Heymanns Verlag, Köln 2016, 165 - 179.
 - The concept of trade-relatedness in times of post-TRIPS bilateralism, in: Hanns Ullrich et al. (Hg.), *TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 25)*, Springer, Heidelberg, Berlin 2016, 53 - 83.
 - An institutional perspective on the European intellectual property system: Will it get any better? in: Christophe Geiger (Hg.), *The Intellectual Property System in a Time of Change: European and International Perspectives – 50 Years of CEIPI Anniversary Volume (Collection du CEIPI, 64)*, LexisNexis, Paris 2016, 71 - 101.
 - Regulierung der Cyberwelt – Aus dem Blickwinkel des internationalen Wirtschaftsrechts, in: *Deutsche Gesellschaft für Internationales Recht (Hg.), Freiheit und Regulierung in der Cyberwelt – Rechtsidentifikation zwischen Quelle und Gericht (Berichte der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht, 47)*, C.F. Müller Verlag, Heidelberg 2016, 95 - 158.
 - The interaction of private and public enforcement in European competition law, in: Hans-W. Micklitz, Andrea Wechsler (Hg.), *The Transformation of Enforcement – European Economic Law in Global Perspective*, Hart Publishing, Oxford 2016, 135 - 159.
 - Consumer actions after the adoption of the EU Directive on damage claims for competition law infringements, in: Luigi Ubertazzi (Hg.), *AIDA – Anali italiani del diritto di autore, della cultura e dello spettacolo 2015*, Guiffirè, Mailand 2016, 126 - 153.
 - Patent exhaustion and free transit at the interface of public health and innovation policies: lessons to be learned from EU competition law practice, in: Irene Calboli, Edward Lee (Hg.), *Research Handbook on Intellectual Property Exhaustion and Parallel Imports (Research Handbooks in Intellectual Property)*, Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2016, 249 - 270.
 - European and International Intellectual Property Law between Propertization and Regulation: How a Fundamental-Rights Approach Can Mitigate the Tension, *The University of the Pacific Law Review* 47, 2 (2016), 199 - 219.

- Internationales Lauterkeitsrecht (IntLautR), in: Roland Rixecker, Franz Jürgen Säcker (Hg.), Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch (Band 11): Internationales Privatrecht II, Internationales Wirtschaftsrecht, Art. 25-248 EGBGB, 6. Aufl., C.H. Beck, München 2015, 1133 - 1217.
- Internationales Immaterialgüterrecht (IntImmGR), in: Roland Rixecker, Franz Jürgen Säcker (Hg.), Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch (Band 11): Internationales Privatrecht II, Internationales Wirtschaftsrecht, Art. 25-248 EGBGB, 6. Aufl., C.H. Beck, München 2015, 1219 - 1361.
- The European Unitary Patent System: On the ‚Unconstitutional‘ Misuse of Conflict-of-Law Rules, in: Zwischenbilanz – Festschrift für Dagmar Coester-Waltjen, Gieseking-Verlag, Bielefeld 2015, 361 - 374.
- Les règlements amiables de type « pay-for-delay »: plaidoyer pour une réforme du système réglementaire des brevets pharmaceutiques en Europe, in: Droit, économie et valeurs – Hommage à Bernard Remiche (Droit économie international), Larcier, Brüssel 2015, 413 - 437.
- Consumer welfare and consumer harm: adjusting competition law and policies to the needs of developing jurisdic, in: Michal S. Gal et al. (Hg.), The Economic Characteristics of Developing Jurisdictions – Their Implications for Competition Law, Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2015, 265 - 295.
- The Competition Dimension of the European Regulation of Public Sector Information and the Concept of an Undertaking, in: Josef Drexl, Vicente Bagnoli (Hg.), State-Initiated Restraints of Competition (ASCOLA competition law), Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2015, 64 - 100.
- Déséquilibres économiques et droit de la concurrence, in: Laurence Boy (Hg.), Les déséquilibres économiques et le droit de l'économie (Droit économie international), Larcier, Brüssel 2015, 33 - 47.
- Competition Law in Media Markets and its Contribution to Democracy – A Global Perspective, World competition 38, 3 (2015), 367 - 393.
- Wolfgang Fikentscher zum Gedenken, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 64, 6 (2015), 517 - 519.
- Stellungnahme des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz vom 9. Juli 2015 für ein Gesetz über die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten durch Verwertungsgesellschaften (Verwertungsgesellschaftengesetz - VGG) 2015, 31 S.
- Zugang zu standardessenziellen Patenten als moderne Regulierungsaufgabe: Wie reagiert das EU-Kartellrecht auf Patentkriege zwischen chinesischen Unternehmen? (Access to Standard-Essential Patents as a Modern Regulatory Challenge: How does EU Competition Law React to Patent Wars among Chinese Firms?) (Max Planck Institute for Innovation & Competition Discussion Paper, No. 5), 2015, 50 S., <https://ssrn.com/abstract=2688023>, 20.11.2015.

Drexl, Josef; Jure Globocnik; Franziska Greiner; Reto M. Hilty; Daria Kim; Heiko Richter; Peter R. Slowinski; Gintarė Surblytė; Axel Walz; Klaus Wiedemann, Position Statement of the Max Planck Institute for Innovation and Competition of 26 April 2017 on the European Commission's „Public consultation on Building the European Data Economy“, (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 17-08), 2017, 17 S., <https://ssrn.com/abstract=2959924>, 27.05.2017.

Drexl, Josef; Luc Desauettes; Franziska Greiner; Reto M. Hilty; Daria Kim; Heiko Richter; Gintarė Surblytė; Klaus Wiedemann, Ausschlusslichkeits- und Zugangsrechte an Daten – Positionspapier des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb vom 16.8.2015 zur aktuellen europäischen Debatte, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 65,10 (2016), 914 - 918.

Drexl, Josef; Luc Desauettes; Franziska Greiner; Reto M. Hilty; Daria Kim; Heiko Richter; Gintarė Surblytė; Klaus Wiedemann, Data Ownership and Access to Data – Position Statement of the Max Planck Institute for Innovation and Competition of 16 August 2016 on the Current European Debate, (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 16-10), 2016, 12 S., <https://ssrn.com/abstract=2833165>, 16.08.2016.

siehe auch **Hilty, Reto M.; Josef Drexl; Matthias Lamping; Hanns Ullrich**

siehe auch **Hilty, Reto M.; Josef Drexl; Kaya Köklü; Annette Kur; Silke von Lewinski; Sylvie Nérisson**

Drexl, Josef; James Killick; Atilano Jorge Padilla, Standard-setting organizations and processes: Challenges and opportunities for competition and innovation – Introduction, Concurrences No. 3 (2015).

Druschel, Johannes, Die Regelung digitaler Inhalte im Gemeinsamen Europäischen Kaufrecht (GEKR), Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 64, 2 (2015), 125 - 137.

E

Eckel, Philipp, Markenrechtliche Zulässigkeit vergleichender Werbung in Deutschland und Großbritannien, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 64, 5 (2015), 438 - 444.

siehe auch **Richter, Heiko; Philipp Eckel**

Endrich, Tobias, Die Entscheidung des EuGH in der Rs. EUGH Aktenzeichen C-433/16 – BMW/Acacia im Kontext der geschmacksmusterrechtlichen Torpedoklage, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 66, 10 (2017), 854 - 859.

Ericsson, Seth, The Commodification of Internet Intermediary Safe Harbors: Avoiding Premature Harmonization Around a Suboptimal Standard, in: Hanns Ullrich et al. (Hg.), TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 25), Springer, Heidelberg, Berlin 2016, 245 - 277.

F

Fan, Xiaoliang, Recast of EU Choice of Law Rules on Financial Contracts, in: Xiaoliang Fan (Hg.), Global Challenges for Consumer Protection: Proceedings of International Forum on „Justice and Consumer Rights: UN Guidelines for Consumer Protection“, 1. Aufl., Wuhan University Press, Wuhan 2015.

Fan, Xiaoliang; Qingming Li, Comparative Study on Selected Aspects of the Latest Private International Law Legislation across Taiwan Straits, *Frontiers of Law in China* 10, 2 (2015), 316 - 342.

Fikentscher, Wolfgang, *Law and Anthropology*, 2. Aufl., C.H. Beck, Hart, Nomos, Munich, Oxford, Baden-Baden 2015, 653 S.

Filgueiras, Sofia, Case Note on “Loudspeakers in Bars” and “Sociedade Portuguesa de Autores” - Decisions of the Supreme Court (Supremo Tribunal de Justiça) – 13 November 2013 – Case No. 15/2013 and of the European Court of Justice (Third Chamber) – 14 July 2015 – Case No. C-151/15, *IIC - international review of intellectual property and competition law [IIC]* 47, 1 (2016), 125 - 131.

Finck, Michèle, *Subnational Authorities and EU Law (Oxford Studies in European Law)*, Oxford University Press, Oxford 2017, 240 S.

- The Impact of EU Law in Luxembourg: Does Size Matter? in: Caroline Morris, Petra Butler (Hg.), *Small States in a Legal World (The World of Small States, 1)*, Springer, Cham 2017, 65 - 85.
- The Principle of Loyalty in Federations, in: Rüdiger Wolfrum, Frauke Lachenmann, Rainer Grote (Hg.), *Max Planck Encyclopaedia of Comparative Constitutional Law (MPECCoL)*, Oxford Constitutional Law, Oxford 2017.
- Blockchains and Data Protection in the European Union (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 18-01), 2017, 31 S., <https://ssrn.com/abstract=3080322>, 06.12.2017.

Fischmann, Filipe, Patent Enforcement in Brazil, in: Christopher Heath (Hg.), *Patent Enforcement Worldwide – Writings in Honour of Dieter Stauder*, 3. Aufl., Hart Publishing, Oxford and Portland, Oregon 2015, 515 - 535.

- Patent litigation and cost shifting in Europe: critical appraisal and proposal of alternative solutions, *Journal of intellectual property law & practice [JIPLP]* 10, 2 (2015), 98 - 108.

Förtsch, Beate; Christian Koenig, Forfaitierungsgeschäfte bei gleichzeitigem Einrede- und Einwendungsverzicht eines öffentlichen Schuldners – ein Beihilfentatbestand!, *Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht [EWS]* 2 (2015), 61 - 66.

G

Geiger, Christophe, Postface, in: *Regards sur la propriété intellectuelle en Afrique – Mélanges en l'honneur du Dr. Paulin Edou Edou pour l'OAPI (Droit de l'OAPI)*, Editions Juriscope, Poitiers 2017, 323 - 325.

- Avant-propos, in: Christophe Geiger (Hg.), *Le droit international de la propriété intellectuelle lié au commerce: L'accord ADPIC, bilan et perspectives (Collection of the CEIPI, 65)*, LexisNexis, Paris 2017, XVII.



- Statutory Licenses as Enabler of Creative Uses, in: Reto M. Hilty, Kung-Chung Liu (Hg.), *Remuneration of Copyright Owners (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 27)*, Springer, Heidelberg, Berlin 2017, 305 - 327.
- Copyright as an Access Right, Securing Cultural Participation Through the Protection of Creators' Interests, in: Rebecca Giblin, Kimberlee Weatherill (Hg.), *What if we could reimagine copyright? Australian National University (ANU) Press, Canberra 2017, 73 - 109.*
- Freedom of Artistic Creativity and Copyright Law: A Compatible Combination? (Centre for International Intellectual Property Studies (CEIPI) Research Paper, No. 2017-08), 2017, 52 S.
- Droit d'auteur et liberté d'expression, in: Zonder tegenspraak, *Liber amicorum in honour of Dirk Voorhoof (Tegenspraak, 30)*, Die Keure Professional Publishing, Brugge 2016, 170.
- Towards a Balanced International Legal Framework for Criminal Enforcement of Intellectual Property Rights, in: Hanns Ullrich et al. (Hg.), *TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 25)*, Springer, Berlin, Heidelberg 2016, 645 - 679.
- Taking the Right to Culture Seriously: Time to Rethink Copyright Law, in: Christophe Geiger (Hg.), *Intellectual Property and Access to Science and Culture: Convergence or Conflict? (CEIPI/ ICTSD publication series on „Global Perspectives and Challenges for the Intellectual Property System“, Issue 3)*, International Centre for Trade and Sustainable Development (ICTSD)/Center for International Intellectual Property Studies (CEIPI), Geneva/Strasbourg 2016, 84 - 91.
- Introduction, in: Christophe Geiger (Hg.), *Intellectual Property and Access to Science and Culture: Convergence or Conflict? (CEIPI-ICTSD Publication Series on Global Perspectives and Challenges for the Intellectual Property System, Issue 3)*, ICTSD, International Centre for Trade and Sustainable Development/CEIPI, Centre d'Études Internationales de la Propriété Intellectuelle, Geneva/Strasbourg 2016, 11 - 14.

- Foreword, in: Christophe Geiger (Hg.), *The Intellectual Property System in a Time of Change: European and International Perspectives - 50 Years of CEIPI Anniversary Volume* (Collection du CEIPI, 64), LexisNexis, Paris 2016, 27 - 33.
 - Moving out of the Economic Crisis: what Role and Shape for Intellectual Property Rights in the European Union? in: Harri Kalimo, Max S. Jansson (Hg.), *EU Economic Law in a Time of Crisis*, Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2016, 135 - 150.
 - The Role of the Court of Justice of the European Union: Harmonizing, Creating and sometimes Disrupting Copyright Law in the European Union, in: Irini Stamatoudi (Hg.), *The Future of Copyright – A European Union and International Perspective* (Information law series, 35), Kluwer Law International, Alphen aan den Rijn 2016, 435 - 446.
 - Comment of Sect. 29.21 of the Canadian Copyright Modernization Act of 2012 on „User generated content“, *Propriétés intellectuelles [Pi]* 58 (2016), 91 - 92.
 - Comment of the decision of the Swiss Supreme court of 28 November 2014, *Propriétés intellectuelles [Pi]* 58 (2016), 92 - 95.
 - Introduction, in: Christophe Geiger (Hg.), *Research Handbook on Human Rights and Intellectual Property*, Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2015, 1 - 5.
 - Multilateralism vs. Plurilateralism in International IP Law: Lessons to Be Learned from the Failure of the Anti-Counterfeiting Trade Agreement, in: Christophe Geiger (Hg.), *Rethinking International Intellectual Property Law: What Institutional Environment for the Development and Enforcement of IP Law?* (CEIPI-ICTSD Publication Series on Global Perspectives and Challenges for the Intellectual Property System, Issue 1), ICTSD, International Centre for Trade and Sustainable Development/CEIPI, Centre d'Études Internationales de la Propriété Intellectuelle, Geneva/Strasbourg 2015, 43 - 56.
 - Overcoming the Copyright Crisis: What Fundamental Rights can add to the Debate, in: José Carlos Costa Netto et al. (Hg.), *Direito Autoral Contemporâneo, Volume I*, Elsevier Editora, Rio de Janeiro 2015, 333.
 - Reconceptualizing the Constitutional Dimension of Intellectual Property, in: Paul L. C. Torremans (Hg.), *Intellectual Property and Human Rights* (Information Law Series, 34), 3. Aufl., Kluwer Law International, Austin, Boston, Chicago, New York 2015, 115 - 161.
 - Comment of the decision of the ECtHR (Grand Chamber) of 11 January 2007, „Anheuser-Busch“, in: Michel Vivant (Hg.), *Les grands arrêts de la propriété intellectuelle* (Grands arrêts), 2. Aufl., Dalloz, Paris 2015, 19.
 - Comment of the decision of the ECtHR, 10 January 2013, „Ashby Donald“, in: Michel Vivant (Hg.), *Les grands arrêts de la propriété intellectuelle* (Grands arrêts), 2. Aufl., Dalloz, Paris 2015, 19.
 - Implementing Intellectual Property Provisions in Human Rights Instruments: Towards a New Social Contract for Protection of Intangibles, in: Christophe Geiger (Hg.), *Research Handbook on Human Rights and Intellectual Property* (Research Handbooks in Intellectual Property), Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2015, 661 - 689.
 - Adaptando as „exceções“ aos direitos de autor ao ambiente digital: a busca por diretrizes principiológicas, in: *Direito Civil, Estudos Em Homenagem A José de Oliveira Ascensão*, Vol. 1, Editora Atlas, São Paulo 2015, 226.
 - O Direito de Autor como um Direito ao Acesso, Garantindo a participação cultural por meio da proteção dos interesses dos criadores, *Revista de Propriedade Intelectual – Direito Contemporaneo e Constituição* (PIDCC) 9, 2 (2015), 1.
 - Implementando disposições de Propriedade Intelectual em Instrumentos de Direitos Humanos: Rumo a um novo Contrato Social para a Proteção de Intangíveis, *Revista de Propriedade Intelectual- Direito Contemporaneo e Constituição* (PIDCC) 9, 3 (2015), 1.
 - Comment on the decision of the French Supreme Court of 15 May 2015, *La semaine juridique / Édition générale* 2015.
- Geiger, Christophe; Oleksandr Bulayenko**, General report: Scope and Enforcement Tools to Ensure Remuneration – Exclusivity vs. Other Approaches, in: Silke von Lewinski (Hg.), *Remuneration for the Use of Works – Exclusivity vs. Other Approaches*, De Gruyter, Berlin, Boston 2017, 112 - 133.
- Geiger, Christophe; Oleksandr Bulayenko; Giancarlo Frosio**, Opinion of the CEIPI on the European Commission's Proposal to Reform Copyright Limitations and Exceptions in the European Union (Centre for International Intellectual Property Studies (CEIPI) Research Paper, No. 2017-09), 2017, 29 S., https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3053983, 09.10.2017.
- Geiger, Christophe; Oleksandr Bulayenko; Giancarlo Frosio**, The Introduction of a Neighbouring Right for Press Publisher at EU Level: The Unneeded (and Unwanted) Reform, *European intellectual property review [EIPR]* 39, 4 (2017), 202 - 210.
- siehe auch **Desaunettes, Luc; Christophe Geiger**
- Geiger, Christophe; Natalia Kapyrina**, Les procédures pénales dans l'accord sur les ADPIC: A la recherche de l'équilibre, in: Christophe Geiger (Hg.), *Le droit international de la propriété intellectuelle lié au commerce: L'accord ADPIC, bilan et perspectives* (Collection of the CEIPI, 65), LexisNexis, Paris 2017, 375 - 398.
- Geiger, Christophe; Leonardo Machado Pontes**, Trade Mark Registration, Public Policy, Morality and Fundamental Rights (Centre for International Intellectual Property Studies (CEIPI) Research Paper, No. 2017-01), 2017, 29 S., <https://ssrn.com/abstract=3009170>, 27.07.2017.
- Geiger, Christophe; Franciska Schönherr**, Consumers' frequently asked questions (FAQs) on Copyright – a summary report – Study for the European Observatory on Infringement of Intellectual Property Rights of the EUIPO, 2017, <https://euipo.europa.eu/ohimportal/en/web/observatory/news/-/action/view/3423769>, 24.01.2017.
- Geiger, Christophe; Luc Desaunettes; Jean Lapousterle; Norbert Olszak**, What Protection for Trade Secrets in the European Union? A Comment on the Directive Proposal, *European intellectual property review [EIPR]* 38, 5 (2016), 255 - 261.

Geiger, Christophe; Séverine Dusollier; P. Bernt Hugenholtz; Martin Kretschmer, The European Commission's public consultation on the role of publishers in the copyright value chain: a response by the European Copyright Society, *European intellectual property review* [EIPR] 38, 10 (2016), 591 - 595.

Geiger, Christophe; Elena Izyumenko, The Role of Human Rights in Copyright Enforcement Online: Elaborating a Legal Framework for Website Blocking, *American University International Law Review* 32, 1 (2016), 43.

Geiger, Christophe; Natalia Kapyrina, Legal review of industrial design protection in Europe, Report on design protection in France – Study for the European Commission directed by Queen Mary University (London, UK), DG Internal market, MARKT 2014/083/D, Brussel 2016, 138 S., 15.04.2016.

Geiger, Christophe; Linhua Lu; Xavier Seuba, The evaluation and modernisation of the legal framework for the enforcement of intellectual property rights, Comments of the CEIPI on the EU Commission's public consultation of December 2015, with a focus on the issue of specialization of IP courts, 2016, 8 S., http://www.ceipi.edu/uploads/media/Comments_CEIPI_EU_Commission_consultation_December_2015_02.pdf, 12.05.2016.

Geiger, Christophe; Ricardo Meléndez-Ortiz, Foreword, in: *Specialized Intellectual Property Court – Issues and Challenges* (CEIPI-ICTSD Publication Series on Global Perspectives and Challenges for the Intellectual Property System, Issue 2), ICTSD, International Centre for Trade and Sustainable Development/CEIPI, Centre d'Études Internationales de la Propriété Intellectuelle, Geneva/Strasbourg 2016, 5 - 6.

Geiger, Christophe; Michel Vivant, Joint comment of the decision of the French Supreme Court of 15 May 2015 and Dutch Supreme Court (Hoge Raad) of 3 April 2015, *Propriétés intellectuelles* [Pi] 58 (2016), 89 - 90.

Geiger, Christophe; Lionel Bently; Jonathan Griffiths; Martin Senftleben; Raquel Xalabarder, The European Copyright Society's „Opinion on the Judgment of the CJEU in Case C-201/13 Deckmyn“, *European intellectual property review* [EIPR] 37, 3 (2015), 127.

Geiger, Christophe; Lionel Bently; Jonathan Griffiths; Martin Senftleben; Raquel Xalabarder, Limitations and Exceptions as Key Elements of the Legal Framework for Copyright in the European Union – Opinion of the European Copyright Society on the Judgment of the CJEU in Case C-201/13 Deckmyn, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 46, 1 (2015), 93 - 101.

Geiger, Christophe; Lionel Bently; Graeme B. Dinwoodie; Jonathan Griffiths; Annette Kur; Ansgar Ohly; Alexander Peukert; Marco Ricolfi; Jens Schovsbo; Martin Senftleben; Katja Weckström; Lukasz Zelechowski, Recommendation on Measures to Safeguard Freedom of Expression and Undistorted Competition in EU Trade Mark Law, *European intellectual property review* [EIPR] 37, 6 (2015), 337 - 343.

Geiger, Christophe; Oleksandr Bulayenko; Théo Hassler; Elena Izyumenko; Franciska Schönherr; Xavier Seuba, The Resolution of the European Parliament of 9 July 2015: Paving the Way (finally) for a Copyright Reform in the European Union? *European intellectual property review* [EIPR] 37, 11 (2015), 683 - 701.

Geiger, Christophe; Daniel Gervais; Martin Senftleben, Understanding the „Three-Step Test“, in: Daniel Gervais (Hg.), *Research Handbook on International Intellectual Property Law* (Research Handbooks in Intellectual Property Series), Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2015, 167 - 189.

Giovanella, Federica, Effects of Culture on Judicial Decisions: Personal Data Protection vs. Copyright Enforcement, in: Roberto Caso, Federica Giovanella (Hg.), *Balancing Copyright Law in the Digital Age – Comparative Perspectives*, Springer, Berlin, Heidelberg 2015, 65 - 98.
– Liability Issues in Wireless Community Networks, *Journal of European Tort Law* [JETL] 6, 1 (2015), 49 - 68.

Globocnik, Jure, Smartphone wars und Missbrauch marktbeherrschender Stellung durch Inhaber standardessentieller Patente, *Podjetje in delo – Revija za gospodarsko, delovno in socialno pravo* Revija za gospodarsko, delovno in socialno pravo 43, 3/4 (2017), 566 - 597.
– Laesio enormis – institut preteklosti? [Laesio enormis – ein Rechtsinstitut der Vergangenheit?], *Pravnik* 71, 1-2 (2016), 5 - 28.

siehe auch **Drexl, Josef; Jure Globocnik; Franziska Greiner; Reto M. Hilty; Daria Kim; Heiko Richter; Peter R. Slowinski; Gintarė Surblytė; Axel Walz; Klaus Wiedemann**

Greiner, Franziska

siehe auch **Drexl, Josef; Jure Globocnik; Franziska Greiner; Reto M. Hilty; Daria Kim; Heiko Richter; Peter R. Slowinski; Gintarė Surblytė; Axel Walz; Klaus Wiedemann**

siehe auch **Drexl, Josef; Luc Desautettes; Franziska Greiner; Reto M. Hilty; Daria Kim; Heiko Richter; Gintarė Surblytė; Klaus Wiedemann**

Grosse Ruse-Khan, Henning, The Principle of Integration in WTO/TRIPS jurisprudence, in: Marie-Claire Cordonier Segger, Judge C.G. Weeramantry (Hg.), *Sustainable Development Principles in the Decisions of International Courts and Tribunals 1992-2012* (Routledge research in international environmental law), Routledge, London 2017, 398 - 424.

– Fair Use and Compulsory Licensing, in: Thomas Cottier, Krista Nadakavukaren (Hg.), *Elgar Encyclopedia of International Economic Law*, Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2017, 529 - 531.
– Toward Ceilings and Graduation of Intellectual Property Obligations, in: Thomas Cottier, Krista Nadakavukaren (Hg.), *Elgar Encyclopedia of International Economic Law*, Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2017, 534 - 538.

- The Private International Law of Access and Benefit-Sharing Contracts (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 17-14), 2017, 63 S., <https://ssrn.com/abstract=3070271>, 15.11.2017.
- From TRIPS to FTAs and Back: Re-Conceptualising the Role of a Multilateral IP Framework in a TRIPS-Plus World (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 18-02), 2017, 61 S., <https://ssrn.com/abstract=3082718>, 26.11.2017.
- The Protection of Intellectual Property in International Law, Oxford University Press, Oxford 2016, XXXII + 507 S.
- IP and Trade in a Post-TRIPS Environment, in: Hanns Ullrich et al. (Hg.), TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 25), Springer, Heidelberg, Berlin 2016, 163 - 183.
- Challenging Compliance with international Intellectual Property Norms in Investor-State Dispute Settlement, Journal of International Economic Law – Special Issue on Intellectual Property and Investment Protection [JIEL] 19, 1 (2016), 241 - 277.
- The Protection of Intellectual Property and International Investment Law – Guest Editorial for Special Issue on Intellectual Property and Investment Protection, Journal of International Economic Law – Special Issue on Intellectual Property and Investment Protection [JIEL] 19, 1 (2016), 87 - 90.
- Investment Law and Intellectual Property Rights, in: Marc Bungenberg et al. (Hg.), International Investment Law, Hart Publishing, Beck, Nomos, Oxford, München, Baden-Baden 2015, 1692 - 1714.
- Intellectual Property Offences, in: Neil Boister, Robert J. Currie (Hg.), Routledge Handbook on Transnational Criminal Law (Routledge Handbooks), Routledge, Oxford 2015, 312 - 327.

Grosse Ruse-Khan, Henning; Beatriz Conde Gallego, Relation of Intellectual Property Rights to Trade, Investment and Anti-Trust Rules, in: Thomas Cottier, Krista Nadakavukaren (Hg.), Elgar Encyclopedia of International Economic Law, Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2017, 527 - 529.

Grosse Ruse-Khan, Henning; Teemu Alexander Puutio, A Handbook on Negotiating Development Oriented Intellectual Property Provisions in Trade and Investment Agreements, UNESCAP, United Nations Economic and Social Commission for Asia and the Pacific, Bangkok 2017, XIII + 94 S.

Grosse Ruse-Khan, Henning; Roberto Romandini, Patentability of Pharmaceutical Inventions Under TRIPS: Domestic Court Practice as a Test for International Policy Space, in: Bryan Mercurio, Daria Kim, Contemporary Issues in Pharmaceutical Patent Law – Setting the Framework and Exploring Policy Options (Routledge research in intellectual property), Routledge, London, New York 2017, 9 - 46.

Grosse Ruse-Khan, Henning; Kathleen Liddell; Michael Waibel, Amicus Curiae Submission in NAFTA Proceedings *Eli Lilly v. Canada* (University of Cambridge Faculty of Law Research Paper, No. 13/2016), 2016, 22 S., <http://ssrn.com/abstract=2740415>, 12.02.2016.

Grosse Ruse-Khan, Henning; Ronald J. Mann; Paul Torremans, Life Technologies Corporation vs Promega Corporation. On writ of Certiorari to the United States Courts of Appeals for the Federal Circuit. Brief of Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V., Henning Grosse Ruse-Khan, and Paul L.C. Torremans as Amici Curiae in Support of Petitioners (Supreme Court of the United States, No. 14-1538), 2016, 25 S., <http://www.scotusblog.com/wp-content/uploads/2016/09/14-1538-amicus-petitioner-bundesverband.pdf>, 08.09.2016.

Grosse Ruse-Khan, Henning; Chantal Onanaiwu, The Cariforum – EU Economic Partnership Agreement, in: Simon Lester, Bryan Mercurio, Lorand Bartels (Hg.), Bilateral and Regional Trade Agreements Volume 2: Case Studies, Cambridge University Press, Cambridge 2016, 133 - 160.

H

Hartmann, Thomas, Open Access rechtlich absichern – warum es ein Opt-in braucht, in: Konstanze Söllner, Bernhard Mittermaier (Hg.), Praxishandbuch Open Access, De Gruyter Saur, Berlin 2017, 45 - 52.

- Eine juristische Agenda für digitale Inhalte, Recht, Bibliothek, Dokumentation [RBD] 46, 1 (2016), 21 - 39.
- Interview zu: Urheberrecht in der Bildungspraxis, Diskurs: das Magazin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes 2 (2015), 26 - 27.

Heinzmann, Lisa, Zurück zum Kernkonzept der Verwertung der Werke im Urheberrecht!, in: Jürgen Taeger (Hg.), Internet der Dinge – Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft – Tagungsband Herbstakademie 2015, OIWiR, Oldenburger Verlag für Wirtschaft, Informatik und Recht, Oldenburg 2015, 599 - 616.

Henning-Bodewig, Frauke, „Sexistische Werbung“ – ein Fall für den Gesetzgeber? Jahrbuch Deutscher Werberat 2017 (2017), 12 - 15.

- Befugnisse des Bundeskartellamts im UWG? Wettbewerb in Recht und Praxis [WRP] 63, 4 (2017), Editorial.
- Ausländisches Recht – Belgien, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 273 - 280.
- Ausländisches Recht – Dänemark, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 288 - 295.
- Ausländisches Recht – Frankreich, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 305 - 314.
- Ausländisches Recht – Griechenland, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 314 - 319.

- Ausländisches Recht – Italien, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 336 - 343.
 - Ausländisches Recht – Kroatien, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 343 - 344.
 - Ausländisches Recht – Luxemburg, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 353 - 359.
 - Ausländisches Recht – Malta, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 359 - 361.
 - Ausländisches Recht – Niederlande, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 362 - 369.
 - Ausländisches Recht – Österreich, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 370 - 378.
 - Ausländisches Recht – Portugal, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 385 - 390.
 - Ausländisches Recht – Slowakische Republik, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 408 - 413.
 - Ausländisches Recht – Slowenien, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 413 - 417.
 - Ausländisches Recht – Spanien, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 417 - 424.
 - Ausländisches Recht – Tschechische Republik, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 424 - 431.
 - Ausländisches Recht – Zypern, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 436 - 438.
 - Anh. § 3 Abs. 3, Nr. 19, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 814 - 817.
 - Anh. § 3 Abs. 3, Nr. 26, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 834 - 835.
 - TRIPS and Corporate Social Responsibility: Unethical Equals Unfair Business Practices? in: Hanns Ullrich et al. (Hg.), TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 25), Springer, Berlin, Heidelberg 2016, 701 - 724.
 - Distance Sales of Heating Oil and the Consumer's Right of Withdrawal – A Fair Balance? Journal of European Consumer and Market Law [EuCML] 5, 2 (2016), 87 - 91.
 - Diskriminierende Werbung, „public policy issues“ und das UWG, Wettbewerb in Recht und Praxis [WRP] 62, 7 (2016), Editorial.
 - Corporate Social Responsibility, the VW Scandal and the UCP Directive, Journal of European Consumer and Market Law [EuCML] 5, 4 (2016), 153 - 154.
 - Lauterkeit im B2B-Verhältnis – „anständige Marktgepflogenheiten“, nicht „fachliche Sorgfalt“, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 64, 6 (2015), 529 - 534.
 - Die Gewinnabschöpfung nach § 10 UWG – ein Flop? Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht [GRUR] 117, 8 (2015), 731 - 739.
 - Enforcement im deutschen und europäischen Lauterkeitsrecht, Wettbewerb in Recht und Praxis [WRP] 61, 6 (2015), 667 - 674.
 - Tagungsbericht „A Common European Law of Unfair Competition – Europeanization and Integration. From harmonizing Misleading Advertising to Unfair Commercial Practices“, Kopenhagen, 30.1.2015, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 64, 4 (2015), 334 - 336.
- Henning-Bodewig, Frauke; Rupprecht Podszun; Hans Schulte-Nölke**, Evaluierung der Verbraucherschützenden Regelungen im Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz – Schlussbericht, BMJV, Berlin 2017, 253 S.
- Henning-Bodewig, Frauke; Antonina Barkadjjeva Engelbrekt**, Ausländisches Recht – Estland, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 295 - 298.
- Ausländisches Recht – Lettland, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 345 - 348.
 - Ausländisches Recht – Litauen, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 349 - 353.

- Ausländisches Recht – Polen, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 378 - 384.
- Ausländisches Recht – Rumänien, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 390 - 395.
- Ausländisches Recht – Ungarn, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl., C.H. Beck, München 2016, 431 - 436.

Henning-Bodewig, Frauke; Achim Georg Spengler, Conference Report – „Framing – The Hard Core of Unfair Competition Law“, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 65, 10 (2016), 911 - 914.

Hilty, Reto M., Die freie Benutzung nach §24 UrhG – Grenzen und Potential, in: Anwalt des Urheberrechts. Festschrift für Gernot Schulze zum 70. Geburtstag, C.H. Beck, München 2017, 127 - 136.

- Welcome Speech, in: Silke von Lewinski (Hg.), Remuneration for the Use of Works - Exclusivity vs. Other Approaches, De Gruyter, Berlin, Boston 2017, 9 - 11.
- Daten zu verkaufen – Die Politik will Eigentumsrechte schaffen und Informationen zum handelbaren Gut machen – ein riskanter Vorstoß, Süddeutsche Zeitung 11.09.2017.
- Ways Out of the Trap of Article 1(1) TRIPS, in: Hanns Ullrich et al. (Hg.), TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 25), Springer, Heidelberg, Berlin 2016, 185 - 210.
- The Role of Enforcement in Delineating the Scope of Intellectual Property Rights, in: Hans-W. Micklitz, Andrea Wechsler (Hg.), The Transformation of Enforcement – European Economic Law in a Global Perspective (Hart Studies in Comparative Public Law), Hart Publishing, Oxford 2016, 227 - 243.
- Are New Modes of Criminal and Civil Enforcement a New Form of Intellectual Property? in: Susy Frankel, Daniel Gervais (Hg.), The Internet and the Emerging Importance of New Forms of Intellectual Property (Information Law Series, 37), Wolters Kluwer, Alphen aan den Rijn 2016, 303 - 326.
- „Exhaustion“ in the Digital Age, in: Irene Calboli, Edward Lee (Hg.), Research Handbook on Intellectual Property Exhaustion and Parallel Imports (Research Handbooks in Intellectual Property Series), Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2016, 64 - 82.
- IP and private ordering (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 16-15), 2016, 48 S., <https://ssrn.com/abstract=2875621>, 18.11.2016.
- Patente und Patentschutz – Segen oder Fluch für den Innovationsstandort Deutschland? Audit Committee Quarterly I/2015 (2015), 22 - 23.

Hilty, Reto M.; Andrea Bauer, Part G – Use of Protected Content on Online Platforms (Article 13 COM(2016) 593 final), in: Reto M. Hilty, Valentina Moscon (Hg.), Modernisation of the EU Copyright Rules – Position Statement of the Max Planck Institute for Innovation and Competition (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 17-12), Max Planck Institute for Innovation and Competition, Munich 2017, 99 - 112.

Hilty, Reto M.; Valentina Moscon, Part A – General Remarks, in: Reto M. Hilty, Valentina Moscon (Hg.), Modernisation of the EU Copyright Rules – Position Statement of the Max Planck Institute for Innovation and Competition (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 17-12), Max Planck Institute for Innovation and Competition, Munich 2017, 13 - 23.

- Part D – Copyright Contract Law (Article 10 and Articles 14-16 COM(2016) 593 final), in: Reto M. Hilty, Valentina Moscon (Hg.), Modernisation of the EU Copyright Rules – Position Statement of the Max Planck Institute for Innovation and Competition (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 17-12), Max Planck Institute for Innovation and Competition, Munich 2017, 71 - 78.
- Part E – Protection of Press Publications Concerning Digital Uses (Article 11 COM(2016) 593 final), in: Reto M. Hilty, Valentina Moscon (Hg.), Modernisation of the EU Copyright Rules – Position Statement of the Max Planck Institute for Innovation and Competition (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 17-12), Max Planck Institute for Innovation and Competition, Munich 2017, 79 - 88.
- Part F - Claims to Fair Compensation (Article 12 COM(2016) 593 final), in: Reto M. Hilty, Valentina Moscon (Hg.), Modernisation of the EU Copyright Rules – Position Statement of the Max Planck Institute for Innovation and Competition (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 17-12), Max Planck Institute for Innovation and Competition, Munich 2017, 89 - 98.
- Article 13 of the Proposal for a Directive on Copyright in the Digital Single Market – Answers to Questions Raised by Member States 2017, 16 S.

siehe auch **Drexl, Josef; Jure Globocnik; Franziska Greiner; Reto M. Hilty; Daria Kim; Heiko Richter; Peter R. Slowinski; Gintarė Surblytė; Axel Walz; Klaus Wiedemann**

Hilty, Reto M.; Alfred Früh, Lizenzkartellrecht – Schweizer Recht, gespiegelt am US-amerikanischen und europäischen Recht, Stämpfli, Bern 2017, XIII + 339 S.

Hilty, Reto M.; Silke von Lewinski; Valentina Moscon, Part B – Copyright Exceptions and Limitations, Chapter 4: Implementation of Marrakesh Treaty (COM(2016) 596 final and COM(2016) 595 final), in: Reto M. Hilty, Valentina Moscon (Hg.), Modernisation of the EU Copyright Rules – Position Statement of the Max Planck Institute for Innovation and Competition (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 17-12), Max Planck Institute for Innovation and Competition, Munich 2017, 51 - 60.

Hilty, Reto M.; Tao Li, Control Mechanisms for CRM Systems and Competition Law, in: Kung-Chung Liu, Reto M. Hilty (Hg.), Remuneration of Copyright Owners – Regulatory Challenges of New Business Models (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 27), Springer, Berlin, Heidelberg 2017, 157 - 176.



Hilty, Reto M.; Tao Li; Valentina Moscon, Part B – Copyright Exceptions and Limitations, Chapter 3 – Preservation of Cultural Heritage (Article 5 COM(2016) 593 final), in: Reto M. Hilty, Valentina Moscon (Hg.), Modernisation of the EU Copyright Rules – Position Statement of the Max Planck Institute for Innovation and Competition (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 17-12), Max Planck Institute for Innovation and Competition, Munich 2017, 45 - 50.

– Part C – Out-of-Commerce Works (Articles 7-9 COM(2016) 593 final), in: Reto M. Hilty, Valentina Moscon (Hg.), Modernisation of the EU Copyright Rules – Position Statement of the Max Planck Institute for Innovation and Competition (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 17-12), Max Planck Institute for Innovation and Competition, Munich 2017, 61 - 70.

Hilty, Reto M.; Ricarda Lotte, Stellungnahme des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Angleichung des Urheberrechts an die aktuellen Erfordernisse der Wissensgesellschaft (Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz-UrhWissG) vom 01. Februar 2017 und dem Verleih von E-Books durch Bibliotheken (sog. „E-Lending“) 2017, 15 S.

– Part B – Copyright Exceptions and Limitations, Chapter 2: Digital and Cross-Border Teaching Activities (Article 4 COM(2016) 593 final), in: Reto M. Hilty, Valentina Moscon (Hg.), Modernisation of the EU Copyright Rules – Position Statement of the Max Planck Institute for Innovation and Competition (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 17-12), Max Planck Institute for Innovation and Competition, Munich 2017, 35 - 44.

Hilty, Reto M.; Heiko Richter, Part B – Copyright Exceptions and Limitations, Chapter 1: Text and Data Mining (Article 3 COM(2016) 593 final), in: Reto M. Hilty, Valentina Moscon (Hg.), Modernisation of the EU Copyright Rules – Position Statement of the Max Planck Institute for Innovation and Competition (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 17-12), Max Planck Institute for Innovation and Competition, Munich 2017, 25 - 34.

Hilty, Reto M.; Roberto Romandini, Developing a Common Patent System – Lessons to Be Learned from the European Experience, in: Elizabeth Siew-Kuan Ng, Graeme W. Austin (Hg.), International Intellectual Property and the ASEAN Way – Pathways to Interoperability, Cambridge University Press, Cambridge (UK) 2017, 254 - 290.

Hilty, Reto M.; Moritz Sutterer, Part H, Intra-European Content Circulation (COM(2016) 594 final), in: Reto M. Hilty, Valentina Moscon (Hg.), Modernisation of the EU Copyright Rules – Position Statement of the Max Planck Institute for Innovation and Competition (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 17-12), Max Planck Institute for Innovation and Competition, Munich 2017, 100 - 113.

Hilty, Reto M.; Laura Bechthold; Dietmar Harhoff; Claudius Jablonka; Stefan Nothelfer; Alexander Suyer, Urheberrecht und Innovation in digitalen Märkten – Studie im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München 2016, IV + 227 S., http://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/Service/StudienUntersuchungenFachbuecher/Studie_Urheberrecht_digitales_Zeitalter_2.pdf?__blob=publicationFile&v=4

siehe auch **Drexl, Josef; Luc Desauettes; Franziska Greiner; Reto M. Hilty; Daria Kim; Heiko Richter; Gintarė Surblytė; Klaus Wiedemann**

Hilty, Reto M.; Josef Drexl; Matthias Lamping; Hanns Ullrich, Preface, in: Hanns Ullrich et al. (Hg.), TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 25), Springer, Berlin, Heidelberg 2016, V - VII.

Hilty, Reto M.; Kaya Köklü, Chapter 10: Limitations and Exceptions to Copyright in the Digital Age. Four Cornerstones for a Future-Proof Legal Framework in the EU, in: Irini A. Stamatoudi (Hg.), New Developments in EU and International Copyright Law (Information Law Series, 35), Wolters Kluwer, Alphen aan den Rijn 2016, 283 - 298.

Hilty, Reto M.; Kaya Köklü; Valentina Moscon, Position Statement of the Max Planck Institute for Innovation and Competition on the „Public consultation on the role of publishers in the copyright value chain“ 2016, 9 S.

siehe auch **Lamping, Matthias; Reto M. Hilty**

siehe auch **Romandini, Roberto; Reto M. Hilty; Matthias Lamping**

Hilty, Reto M.; Oliver Schmid; Markus Weber, Urheberrechtliche Beurteilung von „Embedding“, sic!: Zeitschrift für Immaterialgüter-, Informations- und Wettbewerbsrecht [sic!] 20, 5 (2016), 237 - 250.

Hilty, Reto M.; Alexander Faid; Kaya Köklü; Philipp Müller, Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur verbesserten Durchsetzung des Anspruchs der Urheber und ausübenden Künstler auf angemessene Vergütung vom 7. September 2015, 2016, 18 S.

siehe auch **Antons, Christoph; Reto M. Hilty**

Hilty, Reto M.; Thomas Dreier, Vorwort, in: Vom Magnettonband zu Social Media. Festschrift 50 Jahre Urheberrechtsgesetz (UrhG), C.H. Beck, München 2015, IV - X.

Hilty, Reto M.; Josef Drexli; Kaya Köklü; Annette Kur; Silke von Lewinski; Sylvie Nérison, Positionspapier des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb vom 1. Mai 2015 zur Umsetzung des WIPO-Vertrags von Marrakesch über eine zwingende urheberrechtliche Schranke zugunsten von Blinden, Sehbehinderten und Menschen mit Leseschwäche 2015, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 64, 7/8 (2015), 704 - 708.

Hilty, Reto M.; Thomas Jaeger, Legal Effects and Policy Considerations for Free Trade Agreements: What is Wrong with FTAs? in: Christoph Antons, Reto M. Hilty (Hg.), Intellectual Property and Free Trade Agreements in the Asia-Pacific Region (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 24), Springer, Berlin 2015, 55 - 84.

Hilty, Reto M.; Martin Senftleben, Rückschnitt durch Differenzierung? – Wege zur Reduktion dysfunktionaler Effekte des Urheberrechts auf Kreativ- und Angebotsmärkte, in: Vom Magnettonband zu Social Media. Festschrift 50 Jahre Urheberrechtsgesetz (UrhG), C.H. Beck, München 2015, 317 - 338.

Hilty, Reto M.; Peter R. Slowinski, Standardessentielle Patente – Perspektiven außerhalb des Kartellrechts, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 64, 9 (2015), 781 - 792.

Hoffmann, Jörg, German Legislators Dismiss E-Money Concerns Over 4th AMLD (Interview), Payments Compliance, Compliance Online 2017 24.05.2017.

Hu, Jingjing, Determining Damages for Patent Infringement in China, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 47, 1 (2016), 5 - 27.

Husovec, Martin; Miquel Peguera, Much Ado about Little – Privately Litigated Internet Disconnection Injunctions, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 46, 1 (2015), 10 - 37.

J

Jaeger, Thomas, Distinguishing State and Private Subsidies: A Closer Look at the State Character Test, in: Josef Drexli, Vicente Bagnoli (Hg.), State-Initiated Restraints Of Competition (ASCOLA Competition Law Series), Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2015, 296 - 312.

- The EU Approach to IP Protection in Partnership Agreements, in: Christoph Antons, Reto M. Hilty (Hg.), Intellectual Property and Free Trade Agreements in the Asia-Pacific Region (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 24), Springer, Heidelberg, Berlin 2015, 171 - 210.
- Aktuelle Herausforderungen der Missbrauchskontrolle: Brauchen wir einen „more technological approach“? in: Thomas Eilmannberger, Studiengesellschaft für Wirtschaft und Recht, WiR (Hg.), Wettbewerb und Recht 2015, 123 - 172.
- Nach l'Europe à la carte nun la loi européenne à la carte? – Zur Erlaubnis der Umgehung der Unionsmethode nach dem Urteil in Rs. C-146/13 u.a., Europarecht [EUR] 50, 4 (2015), 387 - 522.
- Rolling Pennies on the Road? EU law conformity of road charges for light vehicles, European Journal of Legal Studies [EJLS] 8, 2 (2015), 127 - 156.
- Von Leistungen und ihrem Schutz – Bemerkungen zur UrhG-Nov 2015, Ecolex 8 (2015), 681 - 686.
- Brauchen wir das Kartellrecht noch? Kartellrechtsanwendung im digitalen Umfeld am Beispiel Google, Wirtschaft und Wettbewerb [WuW] 65, 07/08 (2015), 702 - 716.
- From Santander to LuxLeaks – And Back, European state aid law quarterly [EStAL] 14, 3 (2015), 345 - 357.
- Solidarität und Wettbewerb, Zeitschrift für Öffentliches Recht 2 (2015), 313 - 350.
- The Unitary Patent: New Rules for Internal Market Lawmaking? (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 15-06), 2015, 21 S., <http://ssrn.com/abstract=2622056>, 23.06.2015.
- Rezension: Enchelmaier, Stefan: Übertragung und Belastung unkörperlicher Gegenstände im deutschen und englischen Privatrecht, (Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht; 106), Mohr Siebeck, Tübingen 2014, XXI + 709 S., ISBN 978-3-16-152760-9, Archiv für Urheber- und Medienrecht [UFITA] 2015/2 (2015), 553 - 558.
- Rezension: Lichtenegger, Moritz: Verwertungsgesellschaften, Kartellverbot und Neue Medien – der wahrnehmungsrechtliche Grundsatz und seine Konsequenzen für die kartellrechtliche Bewertung der Verwertungsgesellschaften in Europa (Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht; 98), Mohr Siebeck, Tübingen 2014, XXIV, 515 S. - ISBN 978-3-16-153653-3, Archiv für Urheber- und Medienrecht [UFITA] 2015/1 (2015), 269 - 274.

Jaeger, Thomas; Magdalena Bigonski; Birgit Haslinger; Jonas Weller, Wesentliche Legislativakte und ausgewählte Anwendungspraxis, in: Thomas Jaeger, Birgit Haslinger (Hg.), Jahrbuch Beihilferecht 2015, NWV, Wien 2015, 17 - 228.

siehe auch **Hilty, Reto M.; Thomas Jaeger**

K

Karakilic, Hasan, Piyasa Ekonomisi Açısından Rekabet ve Haksız Rekabet Hukuku İlişkisi (Competition Law and Unfair Competition Law Relationship in Market Economy), Banka ve Ticaret Hukuku Dergisi (Banking and Commercial Law Journal) 32, 3 (2016), 107 - 151.

- Katzenberger, Paul**, Neukommentierung des § 32b – Zwingende Anwendung, in: Gerhard Schricker, Ulrich Loewenheim (Hg.), Urheberrecht – Kommentar, 5. Aufl., C.H. Beck, München 2017, 893 - 910.
- Neukommentierung des § 133 – Tonträger, in: Gerhard Schricker, Ulrich Loewenheim (Hg.), Urheberrecht – Kommentar, 5. Aufl., C.H. Beck, München 2017, 2768 - 2769.
 - Neukommentierung des § 137h – Übergangsregelung bei der Umsetzung der Richtlinie 93/83/EWG, in: Gerhard Schricker, Ulrich Loewenheim (Hg.), Urheberrecht – Kommentar, 5. Aufl., C.H. Beck, München 2017, 2800 - 2803.
 - Eugen Ulmer (1903-1988), in: Simon Apel, Louis Pahlow, Matthias Wießner (Hg.), Biographisches Handbuch des Geistigen Eigentums, Mohr Siebeck, Tübingen 2017, 267 - 271.
 - Inländerbehandlung ausübender Künstler nach dem Rom-Abkommen: ein Volltreffer des BGH mit Kollateralschäden – Zugleich Anmerkung zu BGH, Urteil vom 21.4.2016, BGH Aktenzeichen I ZR 43/14 – An Evening with Marlene Dietrich, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 66, 4 (2017), 315 - 320.
 - Deutsche Zweckübertragungsregelung (§ 31 Abs. 5 UrhG) keine international zwingende Bestimmung – Hi Hotel II – Anmerkung zu Bundesgerichtshof, Urt. v. 24.9.2014 – I ZR 35/11, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 64, 4 (2015), 381 - 384.

Kępiński, Jakub, Jakie zmiany czekają prawo znaków towarowych w świetle dyrektywy 2015/2436? in: Experientia Docet. Księga jubileuszowa ofiarowana Pani Profesor Elżbiecie Traple, Wolters Kluwer Polska, Warszawa 2017, 525 - 542.

- Faworyzowanie/dyskryminowanie najemców lokali w centrach handlowych przy obliczaniu wysokości opłat wspólnych jako czyn nieuczciwej konkurencji (art. 15 ust. 1 pkt 3 i art. 3 ust. 1 ZNKU), Monitor Prawniczy 10 (2017), 531 - 540.
- Ochrona prawnoautorska dla wzorów przemysłowych. Glosa krytyczna do wyroku SN z 6.03.2014 r., V CSK 202/13, Acta Iuris Stetinensis 2(18) (2017), 135 - 154.
- Instytucja sprzedaży premiowanej z punktu widzenia prawa zwalczania nieuczciwej konkurencji. Polska regulacja w świetle orzecznictwa TSUE, in: Prawo konkurencji 25 lat – Pierwszy Polski Kongres Prawa Konkurencji, Wolters Kluwer, Warszawa 2016, 678 - 694.
- Zbiorowe zarządzanie prawami autorskimi w prawie autorskim i Dyrektywie PE i Rady 2014/26/UE z dnia 26.02.2014, in: Jakub Kępiński (Hg.), Zbiorowe zarządzanie prawami autorskimi i pokrewnymi w zw. z implementacją Dyrektywy PE i Rady 2014/26/UE, WSUS, Poznań 2016, 31 - 50.
- Pobieranie innych niż marża handlowa opłat za przyjęcie towaru do sprzedaży po wyroku TK z 16.10.2014 r., Monitor Prawniczy 15 (2016), 796 - 803.

- Użycie znaku towarowego jako słowa kluczowego w reklamie, in: Jakub Kępiński, Katarzyna Klafkowska-Wasniowska, Rafat Sikorski (Hg.), Własność intelektualna w obrocie elektronicznym (Zarys prawa własności intelektualnej), C.H. Beck, Warszawa 2015, 121 - 142.
- Copyright protection for designs. The impact of the CJEU decision in case C-168/09 Flos v Semeraro on the Polish legislation, in: Randall R. Rader et al. (Hg.), Law, Politics and Revenue Extraction on Intellectual Property, Cambridge Scholar Publishing, Newcastle upon Tyne 2015, 83 - 97.
- Czy znak towarowy może być utworem? Ruch Prawniczy, Ekonomiczny i Społeczny 2/2015 (2015), 177 - 191.
- Porównanie cen produktów w reklamie porównawczej oraz stosunek klauzuli generalnej do szczególnych deliktów nieuczciwej konkurencji. Glosa do wyroku Sądu Najwyższego z 13.12.2013 r. (III CSK 65/13), Glosa – Prawo Gospodarcze w Orzeczeniach i Komentarzach 2/2015 (2015), 27 - 33.

Kępiński, Jakub; Mateusz Radziński, Obowiązki operatorów systemów dystrybucyjnych będących częścią przedsiębiorstw zintegrowanych pionowo w zakresie komunikacji i marki. Uwagi na gruncie art. 26 ust. 3 dyrektywy 2009/72/WE, in: Wyzwania dla ochrony konkurencji i regulacji rynku. Księga jubileuszowa dedykowana Profesorowi Tadeuszowi Skocznemu, Wydawnictwo C. H. Beck, Warszawa 2017, 767 - 781.

Kępiński, Jakub; Marian Kępiński, Nowa dyrektywa w sprawie ochrony tajemnic przedsiębiorstwa, in: Wyzwania dla ochrony konkurencji i regulacji rynku. Księga jubileuszowa dedykowana Profesorowi Tadeuszowi Skocznemu, Wydawnictwo C. H. Beck, Warszawa 2017, 661 - 673.

- Wzornictwo przemysłowe i znaki towarowe. Klauzula naprawa w świetle orzecznictwa TSUE, in: Z badań nad prawem prywatnym. Księga pamiątkowa dedykowana Profesorowi Andrzejowi Kochowi, UAM – Wydawnictwo Naukowe Uniwersytetu Adama Mickiewicza, Warszawa 2017, 121 - 140.
- Jakie zmiany czekają prawo znaków towarowych w świetle dyrektywy 2015/2436? in: Experientia Docet. Księga jubileuszowa ofiarowana Pani Profesor Elżbiecie Traple, Wolters Kluwer Polska, Warszawa 2017, 525 - 542.
- Reklama z użyciem słów kluczowych identycznych lub podobnych do zarejestrowanego znaku towarowego, in: Aktualne wyzwania prawa własności intelektualnej i prawa konkurencji – Księga pamiątkowa ku pamięci Prof. Michała du Valla, Wolters Kluwer, Warszawa 2015, 194 - 219.
- Czy istnieje potrzeba przywrócenie instytucji pierwszeństwa z wystawienie na krajowej wystawie publicznej w polskim prawie własności przemysłowej? Białostockie Studia Prawnicze 19 (2015), 143 - 162.

Kim, Daria, No One's Ownership as the Status Quo and a Possible Way Forward: A Note on the Public Consultation on Building a European Data Economy, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 66, 8/9 (2017), 697 - 705.



siehe auch **Drexl, Josef; Jure Globocnik; Franziska Greiner; Reto M. Hilty; Daria Kim; Heiko Richter; Peter R. Slowinski; Gintarė Surblytė; Axel Walz; Klaus Wiedemann**

siehe auch **Drexl, Josef; Luc Desauettes; Franziska Greiner; Reto M. Hilty; Daria Kim; Heiko Richter; Gintarė Surblytė; Klaus Wiedemann**

Knaak, Roland, Geographical Indications and Their Relationship with Trade Marks in EU Law, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 46, 7 (2015), 843 - 867.

Kochupillai, Mrinalini, Patentability Criteria and the 'Utility' of Section 3(D): From 'Strong' IP Regimes to 'Stronger' R&D Regimes, 2017, <https://ssrn.com/abstract=3068706>, 10.11.2017.

- Mixed Methods Research: Assessing its Utility for Multi-disciplinary and Empirical Legal Research, 2017.
- Market Failure As a Justification Against Intellectual Property Protection in Plant Varieties: An Empirical Study from India, 2017.

Köklü, Kaya, Rezension: Dana Beldiman (ed.), Access to Information and Knowledge – 21st Century Challenges in Intellectual Property and Knowledge Governance. Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2013. 328 S. ISBN: 978-1-78347-047-1, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 46, 2 (2015), 267 - 270.

siehe auch **Hilty, Reto M.; Kaya Köklü**

siehe auch **Hilty, Reto M.; Alexander Faid; Kaya Köklü; Philipp Müller**

siehe auch **Hilty, Reto M.; Kaya Köklü; Valentina Moscon**

Köklü, Kaya; Sylvie Nérissou, How Public Is the Public Domain? The Perpetual Protection of Inventions, Designs and Works by Trademarks, in: Hanns Ullrich et al. (Hg.), TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 25), Springer, Heidelberg, Berlin 2016, 561 - 599.

siehe auch **Hilty, Reto M.; Josef Drexl; Kaya Köklü; Annette Kur; Silke von Lewinski; Sylvie Nérissou**

Köklü, Kaya; Matthew Fisher; Penny Gilbert; Ruprecht Hermans; Henrik Holzapfel; Matthias Lamping; Sylvie Nérissou; Isabelle Romet, Block 1: Procedures to obtain a patent and legal framework, in: Patent Litigation A-Z, Europäisches Patentamt, München 2015.

Kopp, Caroline

siehe auch **Picht, Peter; Caroline Kopp**

Kosaka, Junki, Architectural Drawing works and Copyright Trend – Focusing on the Problems on the Work Properties of the Architectural Design Diagram, in: Morgenröte of Intellectual Property Law – Professor Kazushi Dohi's Memorial Collection 2017, 399 - 416.

- Copyright for Beginners – Introduction to Legal Precedents Giving Insights into the Borderline Between the Legality and Illegality of Copyrights: Vol. 1 Significance of learning copyright case, Copyright 2017, 74 - 75.
- Copyright for Beginners – Introduction to Legal Precedents Giving Insights into the Borderline Between the Legality and Illegality of Copyrights: Vol. 2 Literary Works (Part 1) – Protection of Phrases Without Design Property, Copyright 673 (2017), 36 - 38.
- Copyright for Beginners – Introduction to Legal Precedents Giving Insights into the Borderline Between the Legality and Illegality of Copyrights: Vol. 3 Literary Works (Part 2) – Protection of Phrases With Design Property, Copyright 2017, 52 - 54.
- Copyright for Beginners – Introduction to Legal Precedents Giving Insights into the Borderline Between the Legality and Illegality of Copyrights: Vol. 4 Copyrighted Maps, Copyright 675 (2017), 64 - 67.
- Copyright for Beginners – Introduction to Legal Precedents Giving Insights into the Borderline Between the Legality and Illegality of Copyrights: Vol. 5 Architectural Drawing works, Copyright 2017, 76 - 78.
- Copyright for Beginners – Introduction to Legal Precedents Giving Insights into the Borderline Between the Legality and Illegality of Copyrights: Vol. 6 Applied Arts, Copyright 2017, 61 - 64.
- Copyright for Beginners – Introduction to Legal Precedents Giving Insights into the Borderline Between the Legality and Illegality of Copyrights: Vol. 7 Photographic works, Copyright 2017, 56 - 60.
- Copyright for Beginners – Introduction to Legal Precedents Giving Insights into the Borderline Between the Legality and Illegality of Copyrights: Vol. 8 Cinematographic works, Copyright 2017, 59 - 61.
- Copyright for Beginners – Introduction to Legal Precedents Giving Insights into the Borderline Between the Legality and Illegality of Copyrights: Vol. 9 Musical works, Copyright 2017, 37 - 40.
- Football business and Intellectual property, Jurist 2017, 32 - 36.
- Copyright Compliance for Surviving the Era of Viral Media – Five (5) Tips Which Can Be Used Right Away, Intellectual Property Management 2017, 603 - 608.
- Introduction of Flexible Limitations on Copyright and the Impact on innovation, Jurist 2016, 16 - 23.
- Review of the Right of Publication after the Amendment to the Copyright Act in 2014 and Consideration Regarding Legal Practice under the Enforcement, Journal of Japanese IP Academic Society 2015, 44 - 51.

Kosmides, Timoleon, Kap. A IV.: Kundendatenschutz, in: Jochen Schneider (Hg.), Handbuch des EDV-Rechts – IT-Recht mit IT-Vertragsrecht, Datenschutz, Rechtsschutz und E-Business, 5. Aufl., Otto Schmidt Verlag, Köln 2017, 258 - 321.

- Kap. B: E-Business: Fernabsatz – E-Commerce – E-Werbung – Provider-Haftung, in: Jochen Schneider (Hg.), Handbuch des EDV-Rechts – IT-Recht mit IT-Vertragsrecht, Datenschutz, Rechtsschutz und E-Business, 5. Aufl., Otto Schmidt Verlag, Köln 2017, 427 - 745.
- Kap. W: Vertragsrecht der Internet-Dienstleistungen, in: Jochen Schneider (Hg.), Handbuch des EDV-Rechts – IT-Recht mit IT-Vertragsrecht, Datenschutz, Rechtsschutz und E-Business, 5. Aufl., Otto Schmidt Verlag, Köln 2017, 2888 - 3020.

- Teil XII, Kapitel 3: Haftungsrisiken und deren Versicherung, in: Nikolaus Forgó, Marcus Helfrich, Jochen Schneider (Hg.), *Betrieblicher Datenschutz – Rechtshandbuch*, 2. Aufl., C.H. Beck, München 2017, 1224 - 1260.
 - Lizenzverträge über die Exploration und Produktion von Kohlenwasserstoffen: Allgemeine Theorie und Anwendungen (auf griechisch), in: Nikolaos E. Farantouris, Timoleon Kosmides (Hg.), *Recht der Kohlenwasserstoffe*, Nomike Bibliothek, Athen 2015, 245 - 288.
- Kosmides, Timoleon; Marcus Helfrich**, Teil VIII Kap. 2 B.: E-Commerce: Bonitätsbewertung im Rahmen des BDSG, in: Nikolaus Forgó, Marcus Helfrich, Jochen Schneider (Hg.), *Betrieblicher Datenschutz – Rechtshandbuch*, 2. Aufl., C.H. Beck, München 2017, 892 - 902.
- Kosmides, Timoleon; Christos Chasapis**, Zivilrechtliche Haftung bei der Produktion von Kohlenwasserstoffen und anderen verwandten Aktivitäten (auf griechisch), in: Nikolaos E. Farantouris, Timoleon Kosmides (Hg.), *Recht der Kohlenwasserstoffe*, Nomike Bibliothek, Athen 2015, 407 - 504.
- Kraßer, Rudolf**, Erfindungsrecht des wissenschaftlichen Personals, in: Michael Hartmer, Hubert Detmer (Hg.), *Hochschulrecht – ein Handbuch für die Praxis*, 3. Aufl., C. F. Müller, Heidelberg 2017, 831 - 872.
- Rezension: Thomas Kühnen (Hrsg.): 80 Jahre Patentgerichtsbarkeit in Düsseldorf. Festschrift zum 80-jährigen Bestehen des Patentgerichtsstandortes Düsseldorf am 1. Oktober 2016, Carl Heymanns Verlag, Köln 2016. XII, 617 S., ISBN 978-3-452-28784-7., *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht [GRUR]* 119, 11 (2017), 1104.
 - Die Beteiligung von Verlegern an Vergütungen für gesetzlich zugelassene Vervielfältigungen verlegter Werke, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht [GRUR]* 118, 2 (2016), 129 - 137.
 - Berührungspunkte zwischen Anspruchsauslegung und Prüfung der Schutzwürdigkeit im Patentrecht, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int]* 64, 7/8 (2015), 670 - 677.
- Krupar, Felix**, Die rechtliche Behandlung algorithmischer Kommunikate, in: Jürgen Taeger (Hg.), *Tagungsband Herbstakademie 2017 – Recht 4.0 – Innovationen aus den rechtswissenschaftlichen Laboren*, OIWR, Oldenburger Verlag für Wirtschaft, Informatik und Recht, Edewecht 2017, 275 - 287.
- Krupko, Svetlana**, Transferability of Intellectual Property Rights: Problems of Determination of the Applicable Law, *Chozjajstvo i pravo (Business and Law)* 2016,3 (2016), 109 - 128.
- Criticism of the Theory of Strict Territoriality of Intellectual Property Rights, *Gosudarstvo i pravo (State and Law)* 2015,12 (2015), 102 - 106.
 - Legal Connection of the Private Relationships arising on the Results of Intellectual Activity and Means equated to them of Individualization with Foreign Law, *Chozjajstvo i pravo (Business and Law)* 2015,11 (2015), 105 - 116.
 - The Specifics of the Delimitation of the Sovereign's Power exercising of Regulatory Functions in the Sphere of Intellectual Property, *Trudy Instituta gosudarstva i prava (Proceedings of the Institute of State and Law of the RAS)* 2015,6 (2015), 125 - 133.
 - The Spatial Scope of the Law in Private International Law: the Aspect of Intellectual Property, *Trudy Instituta gosudarstva i prava (Proceedings of the Institute of State and Law of the RAS)* 2015,4 (2015), 149 - 159.
 - Formation of the Legal Regime of Intellectual Property Rights of Foreign Authors and Owners, *Trudy Instituta gosudarstva i prava (Proceedings of the Institute of State and Law of the RAS)* 2015,3 (2015), 103 - 110.
 - The Role of International Treaties in the Unification and Harmonization of Intellectual Property Rights, *Trudy Instituta gosudarstva i prava (Proceedings of the Institute of State and Law of the RAS)* 2015,3 (2015), 92 - 102.
 - Bringing of Goods to Market from the Aspect of the Civil Violation of the Intellectual Property Rights. Choice of Law Issues, *Gosudarstvo i pravo (State and Law)* 7 (2015), 58 - 67.
 - Bringing of Goods to Market from the aspect of Evidencing civil Violation of Intellectual Property Rights. The Experience of Russia, Germany and the European Union, *Gosudarstvo i pravo (State and Law)* 4 (2015), 35 - 44.
 - Cross-Border Intellectual Property Infringements: Some Aspects, *Chozjajstvo i pravo (Business and Law)* 2015,1 (2015), 41 - 55.
- Kur, Annette**, Dysfunktionaler Markenschutz gemeinfreier Werke? Bemerkungen zum „Vigeland-Fall“, in: *Anwalt des Urheberrechts. Festschrift für Gernot Schulze zum 70. Geburtstag*, C.H. Beck, München 2017, 475 - 484.
- Ersatzteilschutz im Licht von Design- und Kartellrecht – Überlegungen zum deutschen und europäischen Recht, in: *Experientia docet. Księga jubileuszowa ofiarowana Pani Profesor Elżbiecie Traple*, Wolters Kluwer, Warschau 2017, 543 - 556.
 - Einleitung zum Markenrecht, in: Annette Kur, Verena von Bomhard, Friedrich Albrecht (Hg.), *Markenrecht – Markengesetz, Verordnung über die Unionsmarke (UMV)*, Kommentar, C.H. Beck, München 2017, 1 - 74.
 - § 3 MarkenG, in: Annette Kur, Verena von Bomhard, Friedrich Albrecht (Hg.), *Markenrecht – Markengesetz, Verordnung über die Unionsmarke (UMV)*, Kommentar, C.H. Beck, München 2017, 112 - 142.
 - § 8 MarkenG: Grundsätzliches, in: Annette Kur, Verena von Bomhard, Friedrich Albrecht (Hg.), *Markenrecht – Markengesetz, Verordnung über die Unionsmarke (UMV)*, Kommentar, C.H. Beck, München 2017, 247 - 270.
 - Rubik's Cube – Würfelzauber am Ende? *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht [GRUR]* 119, 2 (2017), 134 - 141.
 - Gemeinfreiheit und Markenschutz – Bemerkungen zur Entscheidung des EFTA-Gerichtshofs im „Vigeland“-Fall, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht [GRUR]* 119, 11 (2017), 1082 - 1090.
 - Probleme im Überschneidungsbereich von Marken und Designs, *MarkenR – Zeitschrift für deutsches, europäisches und internationales Kennzeichenrecht* 19, 5 (2017), 185 - 194.
 - From Minimum Standards to Maximum Rules, in: Hanns Ullrich et al. (Hg.), *TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 25)*, Springer, Heidelberg, Berlin 2016, 133 - 162.
 - § 3 – Markenrecht, in: Helmut Eichmann, Annette Kur (Hg.), *Designrecht – Praxishandbuch*, 2. Aufl., Nomos, Baden-Baden 2016, 103 - 166.

- § 13 – Designschutz im Ausland und im internationalen Recht, in: Helmut Eichmann, Annette Kur (Hg.), Designrecht – Praxishandbuch, 2. Aufl., Nomos, Baden-Baden 2016, 435 - 474.
- Ersatzteilfreiheit zwischen Marken- und Designrecht, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht [GRUR] 118, 1 (2016), 20 - 30.
- Brand Symbols, the Consumer, and the Internet (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 16-01), 2016, 24 S., <https://ssrn.com/abstract=2721740>, 05.01.2016.

Kur, Annette; Martin Senftleben, European Trade Mark Law – a commentary, Oxford University Press, Oxford 2017, LXVII + 796 S.

siehe auch **Geiger, Christophe; Lionel Bently; Graeme B. Dinwoodie; Jonathan Griffiths; Annette Kur; Ansgar Ohly; Alexander Peukert; Marco Ricolfi; Jens Schovsbo; Martin Senftleben; Katja Weckström; Łukasz Żelechowski**

siehe auch **Hilty, Reto M.; Josef Drexl; Kaya Köklü; Annette Kur; Silke von Lewinski; Sylvie Nérisson**

L

Lamping, Matthias, Intellectual Property Harmonization in the Name of Trade, in: Hanns Ullrich et al. (Hg.), TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 25), Springer, Berlin, Heidelberg 2016, 313 - 358.

- § 4 – Kartellrechtliche Rahmenbedingungen, in: Günter Henn, Louis Pahlow (Hg.), Patentvertragsrecht – Grundprinzipien, Vertragsformen, Rechtsgestaltung (Wirtschaftsrecht), 6. Aufl., C.F. Müller, Heidelberg 2016, 29 - 111.
- Rezension: Götting, Horst-Peter / Hetmank, Sven / Schwipps, Karsten: Patentrecht. C.H. Beck, München 2014, XIX, 211 S., ISBN 978-3-406-66619-3, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 64, 3 (2015), 300.
- Rezension: Adler, David B.: US-discovery und deutscher Patentverletzungsprozess. Duncker & Humblot, Berlin 2014, 536 S., ISBN 978-3-428-14254-5., Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 64, 4 (2015), 409 - 410.

siehe auch **Hilty, Reto M.; Josef Drexl; Matthias Lamping; Hanns Ullrich**

Lamping, Matthias; Reto M. Hilty, Patent Declaration: Reasons and Purposes, UC Irvine Law Review 16, 3 (2016), 469 - 482.

siehe auch **Romandini, Roberto; Reto M. Hilty; Matthias Lamping**

siehe auch **Köklü, Kaya; Matthew Fisher; Penny Gilbert; Ruprecht Hermans; Henrik Holzapfel; Matthias Lamping; Sylvie Nérisson; Isabelle Romet**

Lehmann, Michael, A European Market for Digital Goods, in: Alberto de Franceschi (Hg.), European Contract Law and the Digital Single Market – the Implications of the Digital Revolution, Intersentia, Cambridge; Antwerp; Portland 2016, 111 - 126.

- § 14 Immaterialgüterrechtliche Aspekte, in: Georg Borges, Jan Geert Meents (Hg.), Cloud Computing – Rechtshandbuch, C.H. Beck, München 2016, 441 - 472.
- Digitalisierung, Cloud Computing und Urheberrecht, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 64, 7/8 (2015), 677 - 680.

siehe auch **de Franceschi, Alberto; Michael Lehmann**

Lewinski, Silke von, Guoji banquan falv yu zhengce (Chinesische Ausgabe von: International Copyright Law and Policy, OUP, 2008), Zhishi Chanquan Chubanshe, Beijing 2017, 527 S.

- Die Vorschläge der Europäischen Kommission zum so genannten „Value Gap“, in: Anwalt des Urheberrechts. Festschrift für Gernot Schulze zum 70. Geburtstag, C.H. Beck, München 2017, 381 - 385.
- Grundlagen und Systematik des Urheberrechts – grenzüberschreitende Bezüge, in: Josef Limper, Christian Musiol (Hg.), Handbuch des Fachanwalts Urheber- und Medienrecht, 2. Aufl., Carl Heymanns Verlag, Köln 2017, 230 - 271.
- EU Authors' Rights Legislation – The Battle Goes On, in: Liber Amicorum Jan Rosén, eddy.se ab, Visby 2016, 477 - 486.
- The WTO/TRIPS Dispute Settlement Mechanism: Experiences and Perspectives, in: Hanns Ullrich et al. (Hg.), TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 25), Springer, Berlin, Heidelberg 2016, 603 - 620.
- The Marrakesh Treaty, in: Irini A. Stamatoudi (Hg.), New Developments in EU and International Copyright Law (Information law series, 35), Wolters Kluwer, Alphen aan den Rijn 2016, 123 - 142.
- La qualification d'oeuvre de l'esprit à l'épreuve de la jurisprudence européenne: une notion harmonisée? – Actes de colloque, in: Alexandra Bensamoun, Françoise Labarthe, Agnès Tricoire (Hg.), L'oeuvre de l'esprit en question(s) – Un exercice de qualification, Mare & Martin, Paris 2015, 209 - 223.
- L'expérience juridique des humanités numériques en Allemagne, in: Alexandra Bensamoun, Arnaud Latil (Hg.), Propriété littéraire et artistique et humanités numériques (Collection des Presses Universitaires de Sceaux), Mare & Martin, Paris 2015, 21 - 39.
- Europäisches Urheber- und Leistungsschutzrecht, in: Mathias Schwarz, Andreas Peschel-Mehner (Hg.), Recht im Internet, 45. Lf., Verlag Recht und Wirtschaft, Frankfurt am Main 2015, 1 - 54.
- Recent Developments of German Authors' Rights Law (Part I), Auteurs & media 2 (2015), 158 - 169.
- Recent Developments of German Authors' Rights Law (Part II), Auteurs & media 3-4 (2015), 237 - 249.
- Es war einmal – wozu wir Verwertungsgesellschaften brauchen, Politik und Kultur – Dossier Verwertungsgesellschaften 2015, 10 - 11.
- Le „prêt“ public électronique – quelques réflexions, Les cahiers de Propriété Intellectuelle 27, 3 (2015), 1233 - 1238.

siehe auch **Hilty, Reto M.; Silke von Lewinski; Valentina Moscon**

siehe auch **Hilty, Reto M.; Josef Drexl; Kaya Köklü; Annette Kur; Silke von Lewinski; Sylvie Nérisson**

Lewinski, Silke von; Jörg Reinbothe, The WIPO Treaties on Copyright – A Commentary on the WCT, the WPPT, and the BTAP, 2. Aufl., Oxford University Press, Oxford 2015, XL + 814 S.

Li, Tao, On the Value Base and Control Improvement of the Monopolistic CMOs (Chinese), *Intellectual property* 30, 6 (2016), 39 - 46.

- The Protection of Press Publishers' Rights in the Context of Media Convergence – A Study of German Legislation on Publishers' Neighboring Rights (Chinese), *Legal Science* 4 (2016), 99 - 110.
- Recent developments and comments in Chinese Copyright law, *Revue internationale du droit d'Auteur [RIDA]* 3 (2015), 369 - 471.
- German Law and Policy Analysis of 3D Printing in the Background of Industrial 4.0: Discussion of Law and Policy Dealing with 3D Printing in China, *Journal of Science, Technology and Law* 2 (2015), 322 - 338.
- Study on Antitrust Regulation of Copyright Collective Management Organizations, *Intellectual Property* 38, 2 (2015), 34 - 40.
- Study on Legal framework of Collective Management of Copyright of Non-member in China – A comparative study with German law, *Studies in Law and Business* 3 (2015), 184 - 192.
- Aufsicht über Missbrauch marktbeherrschender Stellung in China: Anmerkung zu der Entscheidung NDRC v. Qualcomm, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int]* 64, 5 (2015), 444 - 445.

siehe auch **Hilty, Reto M.; Tao Li**

siehe auch **Hilty, Reto M.; Tao Li; Valentina Moscon**

Lotte, Ricarda, Herausforderungen offener Partizipationskulturen an das Urheberrecht, in: Louisa Specht, Anne Lauber-Rönsberg, Maximilian Becker (Hg.), *Medienrecht im Medienumbruch. Junge Wissenschaft zum Gewerblichen Rechtsschutz, Urheber- und Medienrecht*, Nomos, Baden-Baden 2017, 67 - 91.

- Anmerkung zu BGH, Urteil vom 28. Juli 2016 – I ZR 9/15 – auf fett getrimmt, *Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht [ZUM]* 60, 11 (2016), 991 - 993.
- Rezension: Thomas Hartmann, *Urheberrecht in der Bildungspraxis*, W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2014, 120 S., ISBN 978-3-7639-5441-4, *MMR-Aktuell* 10 (2015).

siehe auch **Hilty, Reto M.; Ricarda Lotte**

M

Mackenrodt, Mark-Oliver, Denationalisierung und Europäisierung im Informationsmodell des UWG – die Irreführung durch Unterlassen zwischen Transparenzgebot und Wahrheitsgebot (*Schriften zum Wirtschaftsrecht*, 296), Duncker & Humblot, Berlin 2017, 295 S.

- Kartellschadensersatz: Vergleiche und Schadensersatz bei mehreren Mitschädigern, in: Christian Kersting, Rupperecht Podszun (Hg.), *Die 9. GWB-Novelle – Kartellschadensersatz, Digitale Ökonomie, Fusionskontrolle, Bußgeldrecht, Verbraucherschutz*, C.H. Beck, München 2017, 213 - 243.

- Privilegierung von Kronzeugen sowie von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bei der Gesamtschuld, in: Christian Kersting, Rupperecht Podszun (Hg.), *Die 9. GWB-Novelle – Kartellschadensersatz, Digitale Ökonomie, Fusionskontrolle, Bußgeldrecht, Verbraucherschutz*, C.H. Beck, München 2017, 173 - 211.
- Der „digitale Nachlass“ und die Verweigerung des Zugangs zu einem Internetaccount gegenüber den Erben, *Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht – Rechtsprechungsdienst [ZUM-RD]* 21, 10 (2017), 540 - 542.
- Technologie statt Vertrag? – Sachmangelbegriff, negative Beschaffenheitsvereinbarungen und AGB beim Kauf digitaler Güter (*Studien zum Privatrecht*, 45), Mohr Siebeck, Tübingen 2015, XX + 302 S.

Mora González, Jesús-Iván, Do trade mark holders need a copyright to deal with trade mark label trafficking in the marketplace? *Journal of intellectual property law & practice [JIPLP]* 10, 9 (2015), 663 - 665.

- Criminal Enforcement of Counterfeiting in Post-Sale Contexts, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int]* 64, 9 (2015), 880 - 881.
- Criminal Enforcement of Counterfeiting in Post-Sale Contexts, *Journal of intellectual property law & practice [JIPLP]* 10, 10 (2015), 732 - 734.

Moscon, Valentina, Proprietà intellettuale e scienza aperta, in: Giovanni Pascuzzi (Hg.), *Il diritto dell'era digitale (Manuali)*, Il Mulino, Bologna 2016, 289 - 304.

- Academic Freedom, Copyright, and Access to Scholarly Works: A Comparative Perspective, in: Roberto Caso, Federica Giovanella (Hg.), *Balancing Copyright Law in the Digital Age*, Springer, Berlin, Heidelberg 2015, 99 - 135.

siehe auch **Hilty, Reto M.; Valentina Moscon**

siehe auch **Hilty, Reto M.; Tao Li; Valentina Moscon**

siehe auch **Hilty, Reto M.; Silke von Lewinski; Valentina Moscon**

Moscon, Valentina; Roberto Caso; Rossana Ducato; Paolo Guarda; Thomas Margoni, Open Access, Open Science, Open Society, in: Fernando Loizides, Birgit Schmidt (Hg.), *Positioning and Power in Academic Publishing: Players, Agents and Agendas: Proceedings of the 20th International Conference on Electronic Publishing*, IOS Press, Amsterdam 2016, 75 - 86.

Moscon, Valentina; Roberto Caso, Open Access Implementation: From a Bottom-up Order to a Top Down Disorder? The Italian Work, in: Raquel de Román Pérez (Hg.), *Propiedad Intelectual en las Universidades Públicas: Titularidad, Gestión y Transferencia*, Editorial Comares, Albolote (Granada) 2016, 377 - 393.

siehe auch **Hilty, Reto M.; Kaya Köklü; Valentina Moscon**

Moscon, Valentina; Vanessa Ravagni, The University as a Developer and Keeper of Open Science – The Role of Research Managers and Administrative Staff, *European Association of Research Managers and Administrators Newsletter March – May 2016* (2016), 1 - 3, http://www.earma.org/resources/Documents/Newsletters/EARMA%20Newsletter_201604_final.pdf, 12.05.2016.

N

Nagakoshi, Yuzuki; Katsuya Tamai, Licensing Organizations and the Formation of Patent Pools in the Age of Digital Broadcasting, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil* [GRUR Int] 64, 9 (2015), 792 - 801.

Nagel, Christopher, Wiederkehrende Argumente in der urheberrechtlichen Debatte um neue Technologien, in: Louisa Specht, Anne Lauber-Rönsberg, Maximilian Becker (Hg.), *Medienrecht im Medienumbruch – junge Wissenschaft zum gewerblichen Rechtsschutz, Urheber- und Medienrecht: 1. Assistententagung Grüner Bereich, Köln 2016, Nomos, Baden-Baden 2017*, 111 - 127.

Nérisson, Sylvie, La transposition de la directive 2014/26/UE: aperçu du projet de loi allemand du 11 novembre 2015, in: *Liber Amicorum en l'honneur de Gilles Vercken*, Cabinet Vercken & Gaullier, Paris 2017, 233 - 246.

- Remaining Scopes for Collective Management of Copyright in the Online World, in: Kung-Chung Liu, Reto M. Hilty (Hg.), *Remuneration of Copyright Owners – Regulatory Challenges of New Business Models* (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 27), Springer, Berlin, Heidelberg 2017, 71 - 83.
- Collective Management and Exclusive Rights: Friends or Foes? in: Paul Torremans (Hg.), *Research Handbook on Copyright Law* (Research Handbooks in Intellectual Property), Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2017, 417 - 441.
- L'article 5.7 de la directive 2014/26/UE, une introduction diabolique du droit des contrats dans le droit d'auteur de l'Union européenne, in: Silke von Lewinski (Hg.), *Remuneration for the Use of Works - Exclusivity vs. Other Approaches*, De Gruyter, Berlin, Boston 2017, 259 - 265.
- La réception du financement participatif par la propriété intellectuelle: jusqu'ici tout va bien, *Droit et patrimoine* 274 (2017), 41 - 46.
- Rezension: Jane C. Ginsburg and Edouard Treppoz: *International Copyright Law U.S. and E.U. Perspectives – Text and Cases*. Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2015. 880 S. ISBN 978-1-78347-797-5, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 48, 1 (2017), 124 - 127.
- Collective Management of Copyright in France, in: Daniel Gervais (Hg.), *Collective Management of Copyright and Related Rights*, Wolters Kluwer, Alphen aan den Rijn 2016, 175 - 203.
- 2016, une année riche en jurisprudence sur le droit de prêt, I2D – information, données et documents 2016/4 (2016), 27.
- Les contours de l'exception au droit d'auteur en faveur des personnes handicapées, I2D – information, données et documents 2016/3 (2016), 25 - 26.
- Le droit d'exploitation secondaire de l'auteur scientifique, I2D – information, données et documents 2016/3 (2016), 27.
- Du riffi dans l'équitable de la photocopie, I2D – information, données et documents 2016/2 (2016), 27.
- Le domaine public en question(s), I2D – information, données et documents 2016/1 (2016), 27.

- Rezension: Brad Spitz: *Guide to Copyright in France – Business, Internet and Litigation*, Kluwer Law International, Alphen aan den Rijn, 2015. xxxviii + 233 Seiten. ISBN: 978-90-411-5287-9, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 47, 1 (2016), 132 - 133.
- Recent EU Regulation on Collective Management of Authors' Rights: The Forgotten Author, in: R. Birštonas Ramūnas, J. Usonienė (Hg.), *Autorių teisių ir gretutinių teisių kolektyvinio administravimo reforma Europoje: konferencijos pranešimų rinkinys*, Mykolo Romerio universitetas, Vilnius 2015.
- La gestion collective des droits numériques des „livres indisponibles du XXe siècle“ renvoyée à la CJUE: le Conseil d'État face aux fondamentaux du droit d'auteur, *Recueil Dalloz* 191, 7649 (2015), 1427 - 1431.
- Last Year at Marienbad: The ECJ OSA Decision: Milestones on the Way to a European Law of Copyright and of its Management, *European intellectual property review* [EIPR] 37, 6 (2015), 399 - 405.
- Has Collective Management of Copyright Run Its Course? Not so Fast, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 46, 5 (2015), 505 - 507.

siehe auch **Köklü, Kaya; Sylvie Nérisson**

siehe auch **Hilty, Reto M.; Josef Drexler; Kaya Köklü; Annette Kur; Silke von Lewinski; Sylvie Nérisson**

siehe auch **Köklü, Kaya; Matthew Fisher; Penny Gilbert; Ruprecht Hermans; Henrik Holzapfel; Matthias Lamping; Sylvie Nérisson; Isabelle Romet**

O

Olmedo Peralta, Eugenio, La incidencia de las acciones por daños sobre la efectividad de los programas de clemencia y la estabilidad de los cárteles en el Derecho Europeo de la Competencia (The incidence of damage claims on the effectivity of leniency programs and the stability of cartels in European Competition Law), in: Juan Ignacio Ruiz Peris (Hg.), *La compensación de los daños por infracción de las normas de competencia tras la Directiva 2014/104/UE – directiva y propuesta de transposición*, Aranzadi, Madrid 2016.

- A legal approach to Kone decision. Does the private enforcement of European Competition Law need an umbrella? IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 47, 6 (2016), 697 - 722.
- Las licencias obligatorias de patentes para poner remedio a prácticas anticompetitivas (Análisis sistemático del art. 94 de la nueva Ley de Patentes) – Patents Compulsory Licensing as a Remedy against Anticompetitive Practices (a Systematic Analysis of article 94 of the New Spanish Law), *Actas de derecho Industrial y derecho de Autor* [ADI] 36 (2016), 197 - 221.
- La protección del pasajero frente a las restricciones a la competencia de las compañías aéreas, in: Guerrero Lebrón (Hg.), *La responsabilidad del transportista aéreo y la protección del pasajero*, Marcial Pons, Madrid 2015, 453 - 507.

- Las políticas europeas de transporte y medio ambiente: un nuevo entorno jurídico y económico para la competencia en el sector aéreo, in: Petit Lavall, Puetz (Hg.), La eficiencia del transporte como objetivo de la actuación de los poderes públicos: liberalización y responsabilidad, Marcial Pons, Madrid 2015, 623 - 638.
- Alianzas aéreas y joint ventures: barreras de entrada al mercado de transporte aéreo transoceánico y medidas correctoras en la aplicación del Derecho Europeo de la Competencia (Strategic Airlines Alliances and Joint Ventures: Barriers to Entry to the Transoceanic Air Transport Market and Corrections in the Implementation of European Competition Law), in: Juan Ignacio Gracia Peinado (Hg.), Nuevos enfoques del Derecho Aeronáutico y Espacial, Marcial Pons, Madrid 2015, 149 - 168.

P

Pagenberg, Jochen; Christof Karl; Jan Krauss; Tilman Mueller-Stoy; Christoph Rademacher; Toshiko Takenaka, Patent Enforcement in the US, Germany and Japan, Oxford University Press, Oxford 2015, LIX + 461 S.

Pereira, Alexandre L. Dias, Direito de autor: história, fundamentos, continuidade, in: Alexandre L. Dias Pereira et al., Direito de Autor: Que Futuro na Era Digital? Guerra e Paz Editores, Lisboa 2016, 19 - 25.

- Licenças de software livre, Direito e Informação na Sociedade em Rede, in: Luísa Neto, Fernanda Ribeiro (Hg.), Atas IV Colóquio Luso-Brasileiro Direito e Informação, Faculdade de Direito e Faculdade de Letras da Universidade do Porto, Porto 2016, 111 - 125.
- Mandatory Arbitration for Patents vs. Generics in Portuguese Law, Medicine and Law [Med Law] 35, 4 (2016), 525 - 540.
- Portugal: broadcast works in bars and restaurants: ‚resistant‘ case-law to the CJUE’s rulings, Queen Mary Journal of Intellectual Property 6, 4 (2016), 503 - 513.
- Private enforcement of competition law in Portugal – before and after the Damages Directive, Global Competition Litigation Review [G.C.L.R.] 9, 2 (2016), 43 - 49.
- Da Arbitragem Necessária de Litígios Entre Patentes e Medicamentos Genéricos no Direito Português, BFDUC – Boletim da Faculdade de Direito da Universidade de Coimbra 92, 2 (2016), 827 - 848.
- A compensação equitativa pela cópia privada, RDI – Revista de Direito Intelectual 2016/2 (2016), 7 - 57.
- Novos direitos do consumidor no mercado único digital, EDC – Estudos de Direito do Consumidor 10 (2016), 155 - 174.
- O novo regime das obras órfãs, RDI – Revista de Direito Intelectual 2016/1 (2016), 21 - 49.
- O „Marco Civil da Internet“ e seus Reflexos no Direito da União Europeia, Revista da ABPI 142 (2016), 2 - 21.
- As licenças de software livre e open source (FOSS) como ferramenta de equidade tecnológica [Free software and open source licenses (FOSS) as a tool of technological fairness], in: A. Pinto Monteiro (Hg.), O contrato na gestão do risco e na garantia da equidade [Contract in risk management and guarantee of fairness], Instituto Jurídico, Coimbra 2015, 111 - 131.

Picht, Peter, Unwired Planet v. Huawei: A Seminal SEP/FRAND Decision from the UK, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 66, 7 (2017), 569 - 579.

- „FRAND wars 2.0“ – Rechtsprechung im Anschluss an die Huawei/ZTE-Entscheidung des EuGH („FRAND wars 2.0“ – Survey of court decisions in the aftermath of Huawei/ZTE) (Max Planck Institute for Innovation & Competition Discussion Paper, No. 7), 2017, 62 S., <https://ssrn.com/abstract=2916544>, 17.02.2017.
- Rezension: Peter Chrocziel; Boris Kasolowsky; Robert Whitener; Wolrad Prinz zu Waldeck und Pyrmont: International Arbitration of Intellectual Property Disputes – A Practitioner’s Guide, C.H. Beck, München 2017. XIII, 184 S., ISBN 978-3-406-69421-9, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht [GRUR] 119, 7 (2017), 679 - 680.
- From Transfer of Technology to Innovation Through Access, in: Hanns Ullrich et al. (Hg.), TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 25), Springer, Heidelberg, Berlin 2016, 509 - 527.
- The ECJ Rules on Standard-Essential Patents: Thoughts and Issues Post-Huawei, European Competition Law Review [ECLR] 37, 9 (2016), 365 - 375.
- „Wo die Liebe Wohnsitz nimmt“ – Schlaglichter auf deutschschweizerische Ehegattenerbfälle in Zeiten der EuErbVO, in: Zwischenbilanz – Festschrift für Dagmar Coester-Waltjen zum 70. Geburtstag, Verlag Ernst und Werner Gieseking, Bielefeld 2015, 619 - 631.
- Der Erb-trust und die neue EU-Erbverordnung, in: Liber Amicorum Makoto Arai, Nomos, Baden-Baden 2015, 535 - 553.
- „Stifterwille“ im angelsächsischen Recht – Eine vergleichende Betrachtung am Beispiel von family firm trust und unternehmensverbundener Stiftung, in: Europäisches Institut für Rechtspsychologie (Hg.), Der Stifterwille – Ein Phänomen zwischen Gegenwart und Ewigkeit (Schriften zur Rechtspsychologie, 14), Stämpfli, Bern 2015, 199 - 228.
- Verletzung der Informationspflicht aus § 477 BGB bei Internetkäufen – die Rechtsnatur von eBay-Offerten ist wieder im Fokus, Juristische Rundschau [JR] 8 (2015), 405 - 411.

Picht, Peter; Jorge L. Contreras, Patent Assertion Entities and Legal Exceptionalism in Europe and the United States, a Comparative View (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 17-11), 2017, 8 S., <https://ssrn.com/abstract=3036578>, 15.09.2017.

Picht, Peter; Caroline Kopp, Die internationale Zuständigkeit für Immaterialgüterrechtsverletzungen im Internet nach den EuGH-Entscheidungen Hejduk und Pinckney, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 65, 3 (2016), 232 - 236.

Picht, Peter; Julia Molestina, Conditional Rebate Schemes and the More Economic Approach: Back to the Future? IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 46, 2 (2015), 203 - 211.



Pilicheva, Anna, Patentschutz für Arzneimittel, Infotropic Media, Moskau 2016, 175 S.

- Über die rechtliche Definition von „Medizin“, in: Sammlung von Vorträgen des 2. Moskauer Rechtsforums „Staatsouveränität und der Rechtsstaatlichkeit: internationale und nationale Dimensionen“, Prospekt, Moskau 2015, 186 - 190.
- Die Laufzeit des Patents für Arzneimittel, Geistiges Eigentum. Gewerblicher Rechtsschutz (Intellektual'naja sobstvennost' / Promyšlennaja sobstvennost') 8 (2015), 47 - 56.

Pilicheva, Anna; D. Afanasiev; B. Bulaevskii; V. Golofaev; E. Grin; V. Lambina; S. Mikhailov; V. Nagrodskaya; L. Novoselova; K. Paximadia; M. Rozhkova; M. Samartseva; A. Snegur; E. Ulyanova; A. Vorozhevich; A. Yartsev, Geistiges Eigentum. Ein Lehrbuch für Studenten, Kutafin Moskauer Staatliche Universität, Moskau 2016, 302 S.

Pless, Viola; Claudia Feller; Raffael Probst, Munich IP Dispute Resolution Forum: "The UPC Mediation and Arbitration Centre" – Munich, 2 February 2016, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 65, 8-9 (2016), 766 - 768.

- Podszun, Rupprecht**, Die 9. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) – Stellungnahme als Sachverständiger im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages zur Vorbereitung der Anhörung am 23.1.2017 – Ausschussdrucksache 18(9)1092, Düsseldorf 2017, 63 S.
- Kommentierung zu §§ 32-32e GWB, in: Jan Busche, Andreas Röhling (Hg.), Kölner Kommentar zum Kartellrecht, Band 1: Deutsches Kartellrecht, §§ 1-34a GWB Besondere Wirtschaftszweige: Stromwirtschaft, Gaswirtschaft, Gesundheitswesen, Carl Heymanns Verlag, Köln 2017, 1282 - 1398.
 - Kolloquium zum Jahresthema „Anerkennung im Streit – Krisenkommunikation in Zeiten von Twitter, Terror und Trolls“, in: Theodor-Heuss-Stiftung (Hg.), Anerkennung im Streit, Stuttgart 2017, 91 - 113.
 - Unentgeltliche Leistungen, in: Christian Kersting, Rupprecht Podszun (Hg.), Die 9. GWB-Novelle – Kartellschadensersatz, Digitale Ökonomie, Fusionskontrolle, Bußgeldrecht, Verbraucherschutz, C.H. Beck, München 2017, 1 - 16.
 - Pressekooperationen, in: Christian Kersting, Rupprecht Podszun (Hg.), Die 9. GWB-Novelle – Kartellschadensersatz, Digitale Ökonomie, Fusionskontrolle, Bußgeldrecht, Verbraucherschutz, C.H. Beck, München 2017, 69 - 83.
 - Kartellbehörden als Teil des medienrechtlichen Regulierungsnetzwerks: Zusammenarbeit mit KEK und Datenschutzbehörden, Fusionskontrolle im Rundfunksektor, in: Christian Kersting, Rupprecht Podszun (Hg.), Die 9. GWB-Novelle – Kartellschadensersatz, Digitale Ökonomie, Fusionskontrolle, Bußgeldrecht, Verbraucherschutz, C.H. Beck, München 2017, 351 - 364.
 - Öffentlichkeitsarbeit des Bundeskartellamts, in: Christian Kersting, Rupprecht Podszun (Hg.), Die 9. GWB-Novelle – Kartellschadensersatz, Digitale Ökonomie, Fusionskontrolle, Bußgeldrecht, Verbraucherschutz, C.H. Beck, München 2017, 365 - 370.
 - Muss das Kartellrecht schneller werden? Wirtschaft und Wettbewerb [WuW] 12 (2017), 577.

- Freibrief für Verwertungsgesellschaften? Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht [ZUM] 61, 10 (2017), 732 - 740.
- SEP Litigation and Huawei: Negotiations in the Shadow of Competition Law, The Antitrust bulletin 62, 4 (2017), 786 - 805.
- Competition and Data, Zeitschrift für Geistiges Eigentum [ZGE] 9, 3 (2017), 406 - 410.
- Update für das Kartellrecht: Auswirkungen der 9. GWB-Novelle auf die IT- und Medienbranche, Kommunikation und Recht [K & R] Beilage 1 zu Heft 7/8 (2017), 39 - 47.
- Institution im Wandel: Die 9. GWB-Novelle und das Bundeskartellamt, Wirtschaft und Wettbewerb [WuW] 67, 5 (2017), 266 - 269.
- BGH: Strenge Anforderungen an Werbe-E-Mails – und die Folgenbeseitigung (Urteil vom 14.3.2017 - VI ZR 721/15), Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht [GWR] 9, 12 (2017), 244.
- Kommentierung zu § 1 UWG, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) – mit Preisangabenverordnung – Kommentar, 4. Aufl., C. H. Beck, München 2016, 557 - 579.
- Kommentierung zu § 3 UWG, in: Henning Harte-Bavendamm, Frauke Henning-Bodewig (Hg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) – mit Preisangabenverordnung – Kommentar, 4. Aufl., C. H. Beck, München 2016, 687 - 741.
- Rethinking competition law after the financial crisis, in: Carlos Esplugues Mota, Jessica Schmidt, Rafael Arenas García (Hg.), EU Law after the Financial Crisis, Intersentia, Cambridge 2016, 163 - 186.
- Die Marktordnung für Public Sector Information: Plädoyer für eine wettbewerbsorientierte Auslegung der Richtlinie, in: Thomas Dreier et al. (Hg.), Information der öffentlichen Hand (Studien zur Informationsfreiheit, 3), Nomos, Baden-Baden 2016, 335 - 360.
- Engagement durch Hilfe vor Ort – Laudatio zur Verleihung des Hildegard Hamm-Brücher-Preises an die Stadtteilschule am Hafen St. Pauli, in: Helmut Radermacher, Werner Wintersteiner (Hg.), Jahrbuch Demokratiepädagogik 2016/17, Wochenschau-Verlag, Schwalbach am Taunus 2016, 251 - 252.
- Digitalisierung, Medienvielfalt und die Rolle des allgemeinen Wirtschaftsrechts – Schnittstellenfragen von Medienregulierung und Kartellrecht, Zeitschrift für Geistiges Eigentum [ZGE] 8, 3 (2016), 350 - 367.
- Aktuelle Fallpraxis im Medienkartellrecht: das Bundeskartellamt und der digitale Wandel, Kommunikation und Recht [K & R] 09, Beilage (2016), 54 - 59.
- Postmoderne Kreativität im Konflikt mit dem Urheberrechtsgesetz und die Annäherung an »fair use«, Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht [ZUM] 60, 7 (2016), 606 - 612.
- The Arbitrariness of Market Definition and an Evolutionary Concept of Markets, The Antitrust bulletin 61, 1 (2016), 121 - 132.
- Die Ministererlaubnis – Einbruch der Politik ins Recht der Wirtschaft, Neue Juristische Wochenschrift [NJW] 69, 9 (2016), 617 - 619.
- Die Freiheit wird im Admiralspalast verteidigt, Denkzeichen CXVIII (2016), https://www.volksbuehne-berlin.de/deutsch/denkzeichen/denkzeichen_2015_16/, 06.06.2016.

- Politics of Antitrust Law, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 47, 4 (2016), 383 - 385.
 - Rettet den Qualitätsjournalismus!, Wettbewerb in Recht und Praxis [WRP] 62, 1 (2016).
 - BVerfG: Sampling kann auch ohne Lizenz des Tonträgerherstellers erlaubt sein (Urteil vom 31.5.2016 – 1 BvR 1585/13), Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht [GWR] 8, 12 (2016), 256.
 - OLG München: Steuerberater muss Ausländer über Kirchensteuer aufklären (Urteil vom 23.12.2015 – 15 U 2063/14), Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht [GWR] 8, 14 (2016), 302.
 - LG Dortmund: Paypal kann sich für Kontosperrung nicht auf Kuba-Embargo stützen (Urteil vom 15.1.2016 – 3 O 610/15), Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht [GWR] 8, 10 (2016), 211.
 - LG Berlin: Rechtsnachfolge zum digitalen Nachlass (Urteil vom 17.12.2015 - 20 O 172/15), Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht [GWR] 8, 2 (2016), 37.
 - BGH: Belieferungspflicht bei unternehmensbedingter Abhängigkeit (Urteil vom 6.10.2015 – KZR 87/13), Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht [GWR] 7, 23 (2016), 500.
 - Wandlungen des Schutzgegenstands, in: Vom Magnettonband zu Social Media. Festschrift 50 Jahre Urheberrechtsgesetz (UrhG), C.H. Beck, München 2015, 361 - 378.
 - The More Technological Approach – Competition Law in the Digital Economy, in: Gintarė Surblytė (Hg.), Competition on the Internet (MPI Studies on Intellectual Property, Competition and Tax Law, 23), Springer, Heidelberg, New York 2015, 101 - 108.
 - Lauterkeitsrechtliche Rechtsdurchsetzung – ein Erfolgsmodell? in: Martin Schmidt-Kessel, Christoph Strüncik, Malte Kramme (Hg.), Im Namen der Verbraucher? Kollektive Rechtsdurchsetzung in Europa (Schriften zu Verbraucherrecht und Verbraucherswissenschaften, 5), Jenaer Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Jena 2015, 207 - 236.
 - Unternehmerische Freiheit in der Rechtsordnung, in: Dominik H. Enste, Theresa Eyerund (Hg.), Unternehmerische Freiheit in Gefahr? – Ein internationaler Vergleich unter 28 OECD-Staaten, Roman-Herzog-Institut e.V., München 2015, 9 - 11.
 - UBER – A Pan-European Regulatory Challenge, Journal of European Consumer and Market Law [EuCML] 4, 1-2 (2015), 59 - 60.
 - Open Government Data und Wettbewerb – kartell- und lauterkeitsrechtliche Aspekte der Bereitstellung öffentlicher Daten am Beispiel der Schweizer OGD-Strategie, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 64, 4 (2015), 327 - 334.
 - Procedural autonomy and effective consumer protection in sale of goods liability: Easing the burden for consumers (even if they aren't consumers) – Comment on Case C-497/13, Froukje Faber v Autobedrijf Hazet Ochten BV, Judgment of the Court of Justice (First Chamber) of 4 June 2015, ECLI:EU:C:2015:357, Journal of European Consumer and Market Law [EuCML] 4, 4 (2015), 149 - 153.
 - Theater vor Gericht, Kommunikation und Recht [K & R] 18, 4 (2015), 287 - 288.
 - Lufthansa darf Verkauf von Bonus-Meilen verbieten (Urteil vom 28.10.2014 – X ZR 79/13), Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht [GWR] 7, 2 (2015), 31.
 - BGH: Schadensersatzpflicht bei Abgabe von Rx-Arzneien ohne Rezept (Urteil vom 8.1.2015 – I ZR 123/13), Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht [GRUR-Prax] 7, 16 (2015), 346.
 - Rezension: Florian Bien (Hg.), 8. GWB-Novelle, Wirtschaft und Wettbewerb [WuW] 65, 3 (2015), 261 - 262.
- Podszun, Rupprecht; Benjamin Franz**, Nach Huawei/ZTE: Die kartellrechtliche Zwangslizenz im Patentverletzungsprozess, Zeitschrift für Wettbewerbsrecht [ZWeR] 15, 3 (2017), 205 - 239.
- Regulatory Innovation and the Institutional Design of the TRIPS Agreement, in: Hanns Ullrich et al. (Hg.), TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 25), Springer, Heidelberg, Berlin 2016, 279 - 311.
 - Das Aufsichtsregime über Verwertungsgesellschaften – Implikationen der Richtlinie 2014/26/EU für das nationale Recht, Zeitschrift für Geistiges Eigentum [ZGE] 7, 1 (2015), 15 - 48.
 - Was ist ein Markt? – Unentgeltliche Leistungsbeziehungen im Kartellrecht, NZKart – Neue Zeitschrift für Kartellrecht [NZKart] 3, 3 (2015), 121 - 127.
- siehe auch **Henning-Bodewig, Frauke; Rupprecht Podszun; Hans Schulte-Nölke**
- Podszun, Rupprecht; Christian Kersting**, Vorwort, in: Christian Kersting, Rupprecht Podszun (Hg.), Die 9. GWB-Novelle – Kartellschadensersatz, Digitale Ökonomie, Fusionskontrolle, Bußgeldrecht, Verbraucherschutz, C.H. Beck, München 2017, V - VIII.
- Podszun, Rupprecht; Stephan Kreifels**, Ministererlaubnis und Verfahrensrecht, in: Christian Kersting, Rupprecht Podszun (Hg.), Die 9. GWB-Novelle – Kartellschadensersatz, Digitale Ökonomie, Fusionskontrolle, Bußgeldrecht, Verbraucherschutz, C.H. Beck, München 2017, 331 - 349.
- Kommt der Ausforschungsanspruch? – Anmerkungen zum geplanten § 33 g GWB, Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht [GWR] 9, 4 (2017), 67 - 72.
 - Digital Platforms and Competition Law, Journal of European Consumer and Market Law [EuCML] 5, 1 (2016), 33 - 39.
- Podszun, Rupprecht; Stephan Kreifels; Gregor Schmieder**, Streitpunkte der 9. GWB-Novelle, Wirtschaft und Wettbewerb [WuW] 67, 3 (2017), 114 - 120.
- Podszun, Rupprecht; Lorenz Marx**, Kommentierung zu § 30 GWB, in: Jan Busche, Andreas Röhling (Hg.), Kölner Kommentar zum Kartellrecht, Band 1: Deutsches Kartellrecht, §§ 1-34a GWB Besondere Wirtschaftszweige: Stromwirtschaft, Gaswirtschaft, Gesundheitswesen, Carl Heymanns Verlag, Köln 2017, 1152 - 1184.
- Podszun, Rupprecht; Christoph Palzer**, Ausbeutungsmissbrauch bei Kabelkanalgebühren? Frei ausgehandelte Preise unter richterlichem Zugriff, NZKart – Neue Zeitschrift für Kartellrecht [NZKart] 5, 11 (2017), 559 - 567.
- Machtprobe zwischen Markt und Staat? – Rekommunalisierung und Kartellrecht, Neue Juristische Wochenschrift [NJW] 68, 21 (2016), 1496 - 1500.

Podszun, Rupprecht; Gregor Schmieder, Verbraucherrechtliche Befugnisse des Bundeskartellamts, in: Christian Kersting, Rupprecht Podszun (Hg.), Die 9. GWB-Novelle – Kartellschadensersatz, Digitale Ökonomie, Fusionskontrolle, Bußgeldrecht, Verbraucherschutz, C.H. Beck, München 2017, 85 - 113.

Podszun, Rupprecht; Ullrich Schwalbe, Zulässigkeit von Pressekooperationen in der 9. GWB-Novelle: Eine juristische und ökonomische Analyse, Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht [ZUM] 61, 4 (2017), 339 - 346.

– Digitale Plattformen und GWB-Novelle: Überzeugende Regeln für die Internetökonomie? NZKart – Neue Zeitschrift für Kartellrecht [NZKart] 5, 3 (2017), 98 - 106.

Podszun, Rupprecht; Michael Grünberger, Die Entwicklung des Immaterialgüterrechts im Recht der Europäischen Union 2015 – Teil 1, Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht [GPR] 13, 1 (2016), 23 - 33.

– Die Entwicklung des Immaterialgüterrechts im Recht der Europäischen Union 2015 – Teil 2, Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht [GPR] 13, 2 (2016), 87 - 93.
– Die Entwicklung des Immaterialgüterrechts im Recht der Europäischen Union in den Jahren 2013/14 – Teil 2, Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht [GPR] 12, 2 (2015), 79 - 91.
– Die Entwicklung des Immaterialgüterrechts im Recht der Europäischen Union in den Jahren 2013/14 – Teil 1, Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht [GPR] 12, 1 (2015), 11 - 25.

Podszun, Rupprecht; Michael de Toma, Datenschutz durch Wettbewerbsrecht, in: Markus Möstl, Heinrich Amadeus Wolff (Hg.), Datenschutz in der betrieblichen Praxis (Bayreuther Studien zum Wirtschafts- und Medienrecht, 9), JWV, Jenaer Wissenschaftlicher Verlag, Jena 2016, 71 - 98.
– Die Durchsetzung des Datenschutzes durch Verbraucherrecht, Lauterkeitsrecht und Kartellrecht, Neue Juristische Wochenschrift [NJW] 69, 41 (2016), 2977 - 3056.

Podszun, Rupprecht; Marius Leber, Internetkartellrecht, Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht [KSzW] 6, 4 (2015), 316 - 328.

– Kommerzielle Tätigkeiten öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten und der Grundsatz der Marktkonformität, Kommunikation und Recht [K & R] 18, 12 (2015), 777 - 783.

Prifti, Viola, Plant Variety Protection: Options under the TRIPS Agreement, in: Carlos M. Correa, Yusuf Abdulqawi (Hg.), Intellectual Property and International Trade: the TRIPS Agreement, 3. Aufl., Kluwer Law International, Alphen aan den Rijn 2016, 303 - 324.

– Die Rolle des Allgemeininteresses an Pflanzenpatenten – eine europäische Perspektive, in: Stephan Schleissing, Barbara Brandl (Hg.), Biopatente – Saatgut als Ware und öffentliches Gut, Nomos, Baden-Baden 2016, 55 - 74.
– The Breeder's Exception to Patent Rights – Analysis of Compliance with Article 30 of the TRIPS Agreement (International Law and Economics), Springer, Cham 2015, XXIV + 176 S.
– The Role of Public Interest in Plant-Related Patents: A European Perspective, 2015, 18 S., <http://ssrn.com/abstract=2542640>, 15.07.2015.

R

Rampazzo, Natale, Ad impossibilia nemo tenetur. Spunti comparatistici su una presunta regula, in: Regulae iuris. Ipotesi di lavoro tra storia e teoria del diritto, Jovene editore, Napoli 2016, 87 - 103.

Richter, Heiko, „Open Government Data“ für Daten des Bundes – Die Open-Data-Regelung der §§ 12 a, 19 E-Government-Gesetz, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 36, 19 (2017), 1408 - 1413.

– Reconsidering the Exemption for Educational and Research Establishments Under the Directive on Re-Use of Public Sector Information (2003/98/EC; 2013/37/EU) – Possible Ways and Legal Consequences (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 17-15), 2017, 50 S., <https://ssrn.com/abstract=3090337>, 19.12.2017.
– Anmerkung zu BGH, Urteil vom 10.11.2016 - I ZR 29/15, Schaufensterware ohne Preis verstößt nicht gegen PAngV, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht [GRUR-Prax] 9, 3 (2017), 83.
– Anmerkung zu BVerwG, Urteil vom 20.10.2016 – 7 C 6/15, Kosten für die Gewährung von Informationszugang, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht [NVwZ] 36, 7 (2017), 487 - 488.
– Rezension: Daly, Angela, Private Power, Online Information Flows and EU Law: Mind the Gap, Oxford, Portland/Oregon: Hart (2016), International journal of law and information technology [Int J Law Inform Technol] 25, 3 (2017), 239 - 241.
– Zur Weiterverwendung von Informationen der öffentlichen Hand: BVerwG klärt erstmals grundsätzliche Anwendungsvoraussetzungen des IWG, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht [NVwZ] 35, 16 (2016), 1143 - 1146.
– Comment on „Central Negotiating Mandate“ - Decision of the Federal Supreme Court (Bundesgerichtshof) 6 October 2015 – Case No. KZR 17/14, IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC] 47, 3 (2016), 373 - 381.
– Anmerkung zu EuGH, Urteil vom 19.10.2016 – C-582/14, Speicherung von IP-Adressen beim Besuch einer Website, Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht [EuZW] 27, 23 (2016), 912 - 914.
– Anmerkung zu BVerwG, Urteil vom 29.6.2016 – 7 C 32/15, Informationszugang zu Unterlagen aus einem Vertragsverletzungsverfahren, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht [NVwZ] 35, 21 (2016), 1570 - 1572.
– Anmerkung zu VG Köln, Urteil vom 22.9.2014 – 13 K 4674/13, Pflicht zur Herausgabe einer indizierten Filmpkopie durch die BPjM, Multimedia und Recht [MMR] 2 (2015), 127 - 131.

siehe auch **Drexel, Josef; Jure Globocnik; Franziska Greiner; Reto M. Hilty; Daria Kim; Heiko Richter; Peter R. Slowinski; Gintarė Surblytė; Axel Walz; Klaus Wiedemann**

siehe auch **Hilty, Reto M.; Heiko Richter**

siehe auch **Drexel, Josef; Luc Desaunettes; Franziska Greiner; Reto M. Hilty; Daria Kim; Heiko Richter; Gintarė Surblytė; Klaus Wiedemann**

Richter, Heiko; Philipp Eckel, Die kartellrechtliche Unwirksamkeit von Schiedsvereinbarungen: Zur Gewährleistung von Verfahrensgarantien mittels des europäischen und deutschen Kartellrechts, *Wirtschaft und Wettbewerb [WuW]* 11 (2015), 1078 - 1093.

Richter, Heiko; Michael W. Müller, Anmerkung zu BVerwG, Urteil vom 25.6.2015 – 7 C 1/14, Informationszugang zu Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags, *Neue Juristische Wochenschrift [NJW]* 68, 44 (2015), 3262 - 3263.

Romandini, Roberto, La brevettabilità del materiale biologico ottenuto da partenoti, *Giurisprudenza italiana* 8/9 (2016), 1897 - 1906.
– Flexibilities Under TRIPS: An Analysis of the Proposal for Reforming Brazilian Patent Law (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 15-08), 2015, 77 S., <http://ssrn.com/abstract=2689610>, 12.11.2015.

siehe auch **Grosse Ruse-Khan, Henning; Roberto Romandini**

siehe auch **Hilty, Reto M.; Roberto Romandini**

Romandini, Roberto; Reto M. Hilty; Matthias Lamping, Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Anpassung patentrechtlicher Vorschriften auf Grund der europäischen Patentreform, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int]* 65,6 (2016), 554 - 560.

S

Slowinski, Peter R., Case Note on: „United Video Properties“, *IIC – international review of intellectual property and competition law [IIC]* 48, 3 (2017), 373 - 377.

– Comment on the German Federal Supreme Court Decision „Raltegravir“ – Patent Act, Secs. 24, 85(1), *IIC – international review of intellectual property and competition law* 2017, 1 - 6, DOI: 10.1007/s40319-017-0662-2, 18.12.2017.

siehe auch **Drexl, Josef; Jure Globocnik; Franziska Greiner; Reto M. Hilty; Daria Kim; Heiko Richter; Peter R. Slowinski; Gintarė Surblytė; Axel Walz; Klaus Wiedemann**

Slowinski, Peter R.; Clemens Heusch; Björn Joachim; Karsten Königer; Wolrad Prinz zu Waldeck und Pyrmont; Benjamin Raue; Tim Reinhard; Michael Schneideri; Ludwig von Zumbusch, Study Question 2017 – Quantification of monetary relief, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int]* 66, 8-9 (2017), 737 - 744.

siehe auch **Hilty, Reto M.; Peter R. Slowinski**

Spengler, Achim Georg, Die lauterkeitsrechtlichen Schranken von In-App-Angeboten, *Wettbewerb in Recht und Praxis [WRP]* 10 (2015), 1187 - 1195.

– Referendarexamensklausur Zivilrecht: BGB AT, Schuldrecht und Sachenrecht – Nutzung eines fremden eBay-Kontos, *Juristische Schulung [JuS]* 6 Beil. (2015), 22 - 28.

Strader, Jay Matthew, Multiple Product Discounts: A Comparative EU/US Competition Law Perspective, *World competition* 40, 3 (2017), 421 - 457.

Straus, Joseph, Some Thoughts on Complexities and Deficiencies of Patent Protection for Pharmaceuticals, in: *Festschrift for Prof. Kyung Han Sohn, Science, Technology and the Law Journal*, Bd. XIII, 2016 2017, 263 - 281.

- How Efficient is Patent Protection for Diagnostic Methods? in: *Izzivi prava v življenjski resničnosti = Challenges of law in life reality: Liber Amicorum Marko Ilešič*, Univerza v Ljubljani, Pravna fakulteta, Ljubljana 2017, 437 - 488.
- Patentability and Scientific Progress: Modern Biotechnology as an Example, in: *Accademia Nazionale dei Lincei (Hg.), Giurisprudenza e scienza – convegno, Roma, 9-10 marzo 2016 (Atti dei Convegni Lincei, 310)*, Bardi Edizione, Rome 2017, 199 - 240.
- Intellectual property rights and bioeconomy, *Journal of intellectual property law & practice [JIPLP]* 12, 7 (2017), 576 - 590.
- Research, Exploitation and Patenting in the Area of Human Embryonic Stem Cells in Europe – A Case of Concern Causing Inconsistency, *European review* 25, 1 (2017), 107 - 120.
- The ‚Bolar‘ Exemption and the Supply of Patented Active Pharmaceutical Ingredients to Generic Drug Producers – An Attempt to Interpret Article 10(6) of Directive 2004/27 (Chinese translation: Bolar li wai yi ji xiang fang zhi yao chang shang ti gong zhuan li huo xing yao wu cheng fen – dui di 2004/27 hao zhi ling di 10 tiao di 6 kuan de jie du), *Zhi Shi Chan Quan Yu Jing Zheng Fa Yan Jiu (IP and Competition Law Review)* 3 (2017), 129 - 164.
- The ‚Bolar‘ Exemption and the Supply of Patented Active Pharmaceutical Ingredients to Generic Drug Producers – An Attempt to Interpret Article 10(6) of Directive 2004/27/EC, in: *European Intellectual Property Law (Critical Concepts in Intellectual Property Law, 13)*, Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2016, 165 - 179.
- Some Thoughts on Complexities and Deficiencies of Patent Protection for Pharmaceuticals, in: *Slobodan M. Markovic, Dusan V. Popovic (Hg.), The Current Issues of Intellectual Property Law and Competition Law: A View from the Balkans – collected papers of the International Scientific Conference „The Role of Intellectual Property in Positioning the Economy of the Western Balkans in the Global Market“*, Faculty of Law of the University of Belgrade, Belgrade 2016, 11 - 27.
- Friedrich-Karl Beier (1926-1997), in: *Simon Apel, Louis Pahlow, Matthias Wießner (Hg.), Biographisches Handbuch des Geistigen Eigentums*, Mohr Siebeck, Tübingen 2016, 41 - 45.
- Patenting, in: *Henk ten Have (Hg.), Encyclopedia of Global Bioethics*, Springer International Publishing, Cham 2016, 2148 - 2157.
- How Much Patenting is Needed for Sustainable Global Competitiveness? The Case of Italian Mechanical Engineering Industry, *Journal of intellectual property law & practice [JIPLP]* 11, 6 (2016), 450 - 459.
- Can Antitrust Adequately Assess Patent Settlement Agreements Disconnected from Patent Law Relevant Facts? – The Servier Case – Its Public Perception and its Underlying Facts, *European intellectual property review [EIPR]* 38, 9 (2016), 533 - 544.

- „Pay for Delay“ – A Subtly Hidden, Overlooked or Ignored Transatlantic Divide – Exemplified on the Actavis Decision of the US Supreme Court and the Servier Decision of the EU Commission, *Zbornik znanstvenih razprav (Collection of Scientific Essays) LXXVI* (2016), 197 - 234.
- Gewerblicher Rechtsschutz im Recht der Europäischen Union, in: *Izbrani vidiki razvoja slovenskega gospodarskega in civilnega prava od srede 20. stoletja do danes (Selected Aspects of the Development of Slovenian Commercial and Civil Law from the Mid of 20th Century to Today)*, Liber Amicorum Bojan Zabel, Pravna fakulteta, Ljubljana 2015, 23 - 39.
- Courts as Pacemakers of Innovation – As Reflected in Case Law on Patentable Subject Matter, in: *gLEn, een bekend begrip*, Wolters Kluwer Publishers, Deventer 2015, 351 - 365.
- I brevetti come fattori determinanti per una competitività sostenibile. Il caso dell'industria meccanica italiana, in: *Alberto Quadrio Curzio, Marco Fortis (Hg.), Il ruolo strategico del sistema metalmeccanico Italiano. Dai metalli alla meccatronica*, Società editrice Il Mulino, Bologna 2015, 143 - 181.
- Some Thoughts on how to Improve Effective Protection of Pharmaceuticals and Lower their Costs, in: *Slobodan M. Markovic, Dusan V. Popovic (Hg.), The Role of Intellectual Property in Positioning the Economy of the Western Balkans in the Global Market*, Faculty of Law of the University of Belgrade, Belgrade 2015, 131 - 133.
- Intellectual Property Rights: Ethical Aspects, in: *James D. Wright (Hg.), International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*, Vol. 12, 2. Aufl., Elsevier, Oxford 2015, 262 - 265.
- Medicine Between Ethics and Scientific Progress: How Much Ethics Needs Medicine, How Much Ethics Can it Afford? *Medicine, Law & Society* 8, 1 (2015), 47 - 76.

Straus, Joseph; William R. Cornish; Carlo D'Adda; Yuriy Kapitsa; Paul O'Brien; Are Stenvik; Alain Strowel; Ünal Tekinalp; Tomasz Twardowski; Feer Verkade; Sylvester Vizi, ALLEA Statement on Patent-Related Aspects of CRISPR-Cas Technology, ALLEA Secretariat, Berlin 2016, 7 S., http://www.allea.org/wp-content/uploads/2016/08/Statement_CRISPR_web_final-1.pdf, 04.08.2016.

- Surblyté, Gintarė**, Data-Driven Economy and Artificial Intelligence: Emerging Competition Law Issues, *Wirtschaft und Wettbewerb [WuW]* 67, 3 (2017), 120 - 127.
- Enhancing TRIPS: Trade Secrets and Reverse Engineering, in: *Hanns Ullrich et al. (Hg.), TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 25)*, Springer, Berlin, Heidelberg 2016, 725 - 760.
 - Data Mobility at the Intersection of Data, Trade Secret Protection and the Mobility of Employees in the Digital Economy, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int]* 65, 12 (2016), 1121 - 1129.
 - Data as a Digital Resource (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 16-12), 2016, 40 S., <https://ssrn.com/abstract=2849303>, 06.10.2016.
 - 6th GRUR Int. / JIPLP Joint Seminar: “Internet search engines in the focus of EU competition law – a closer look at the broader picture”, Munich, 28 October 2015, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int]* 65, 2 (2016), 127 - 130.

- Competition Law at the Crossroads in the Digital Economy: is it all about Google? *Journal of European Consumer and Market Law [EuCML]* 4, 5 (2015), 170 - 179.
- Online Compilation of the Legal Sources of Intellectual Property and Competition Law, 2015, 10 S., http://www.ip.mpg.de/fileadmin/ipmpg/content/allgemein/Legal_Sources_of_IP_and_Competition_Law_Online_Compilation_Surblyte_2015.pdf, 22.09.2015.

siehe auch **Drexl, Josef; Jure Globocnik; Franziska Greiner; Reto M. Hilty; Daria Kim; Heiko Richter; Peter R. Slowinski; Gintarė Surblyté; Axel Walz; Klaus Wiedemann**

siehe auch **Drexl, Josef; Luc Desautettes; Franziska Greiner; Reto M. Hilty; Daria Kim; Heiko Richter; Gintarė Surblyté; Klaus Wiedemann**

Surblyté, Gintarė; Sarunas Keserauskas; Dina Lurje, Chapter 10B: Lithuania, in: *Frank L. Fine (Hg.), European Competition Laws – A Guide to the EC and Its Member States*, Matthew Bender & Co., Newark, NJ 2016.

- Chapter 10B: Lithuania, in: *Frank L. Fine (Hg.), European Competition Laws – A Guide to the EC and Its Member States*, Matthew Bender & Co., Newark, NJ 2015.

Sutterer, Moritz, Der Verordnungsvorschlag COM(2016) 594 final – das Ursprungslandprinzip und seine Auswirkungen auf Rechtevergabe und Rechtsdurchsetzung, in: *Moritz Hennemann, Andreas Sattler (Hg.), Immaterialgüter und Digitalisierung – Junge Wissenschaft zum Gewerblichen Rechtsschutz, Urheber- und Medienrecht: 2. Assistenten-tagung Grüner Bereich*, Freiburg 2017, Nomos, Baden-Baden 2017, 145 - 162.

- Prozessuale Bedeutung des europäischen Sendelandprinzips – Anmerkung zu OLG Wien, *Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht – Rechtsprechungsdiens* [ZUM-RD] 21, 5 (2017), 304 - 308.

siehe auch **Hilty, Reto M.; Moritz Sutterer**

T

Tang, Yi Shin, Direito Internacional e Análise Econômica: Quais os Limites e como Explorar? in: *Michelle Rattón Sanchez Badin, Adriane Brito, Deisy Ventura (Hg.), Direito Global e suas Alternativas Metodológicas: Primeiros Passos (Coleção acadêmica livre)*, Fundação Getúlio Vargas, São Paulo 2017, 401 - 412.

Tang, Yi Shin; Caroline Heide-Jørgensen, Second Tobacco Products Directive: proportionality of public health measures against potential competition distortions, *European Competition Law Review [ECLR]* 38, 1 (2016), 1 - 2.

Tang, Yi Shin; João Paulo Hernandes Teodoro, The Politics and Outcomes of Preferential Trade Strategies: Evidence from TRIPS-Plus Provisions in US-Latin America Relations, *Journal of world trade* 50, 6 (2016), 1061 - 1084.

Thépot, Florence, Rezension: Pauer, Nada Ina: The Single Economic Entity Doctrine and Corporate Group Responsibility in European Antitrust, (*International Competition Law Series*; 57), Kluwer Law International, Aalphen aan den Rijn 2014, XVII + 280 S., ISBN 978-90-411-5262-6, *World competition* 38, 1 (2015), 179 - 180.

Tomada, Letizia; Barbara Sartori, CJEU rules on whether password protection of an open Wi-Fi network can be ordered, *Cyber Security Practitioner* 2, 10 (2016).

Tsilikas, Haris, Huawei v. ZTE in Context – EU Competition Policy and Collaborative Standardization in Wireless Telecommunications, *IIC – international review of intellectual property and competition law* [IIC] 48, 2 (2017), 151 - 178.

Tyagi, Kalpana, Blurred Lines, *Indian Business Law Journal* March 2015 (2015), 20.

- A competition saga of Flipkart, Amazon and other e-retailers, *Corporate Professionals Today* 33, 4 (2015), 121 - 126.
- Merger Control in Times of Financial Crisis: An Expedient Instrument to Heal the Fledgling Economy or an Object of Abuse? (RILE- BACT Working Paper Series, No. 2015/5), 2015, 34 S., <http://ssrn.com/abstract=2614861>, 05.06.2015.

Tyagi, Kalpana; Subhashish Gupta, Convergence in ICT Industries: A Challenge for Competition Law Authorities (IIM Bangalore Research Paper, No. 483), 2015, 21 S., <http://ssrn.com/abstract=2592310>, 09.04.2015.

U

Ullrich, Hanns, Le système de protection du brevet unitaire de l'Union après le Brexit: désuni, mais unifié? *Propriétés intellectuelles* [Pi] 64 (2017), 27 - 38.

- EuGH und EPG im Europäischen Patentschutzsystem: Wer hat was zu sagen? – Versuch einer Standortbestimmung – (CJEU and UPC in the European System of Patent Protection. Who Has What to Say?) (Max Planck Institute for Innovation & Competition Discussion Paper, No. 8), 2017, 38 S., <https://ssrn.com/abstract=2942199>, 13.03.2017.
- FRAND Access to Open Standards and the Patent Exclusivity: Restating the Principles (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 17-04), 2017, 48 S., <https://ssrn.com/abstract=2920660>, 17.02.2017.
- Le contrôle juridictionnel limité de l'obtention et de la validité de la protection des variétés végétales par la Cour de justice de l'Union européenne ou les limites d'une autolimitation juridictionnelle en matière de propriété industrielle communautaire, in: *Le droit économique entre intérêts privés et intérêt général – Hommage à Laurence Boy*, Presses Universitaires d'Aix-Marseille, Aix-en-Provence 2016, 179 - 202.
- The Political Foundations of TRIPS Revisited, in: *Hanns Ullrich et al. (Hg.), TRIPS plus 20 – From Trade Rules to Market Principles* (MPI Studies on Intellectual Property and Competition Law, 25), Springer, Heidelberg, Berlin 2016, 85 - 129.
- The Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP): Extending Trade Policy to Domestic Markets, *Revue internationale de droit économique* [RIDE] 2016, 4 (2016), 421 - 453.
- The European Patent and Its Courts: An Uncertain Prospect and an Unfinished Agenda, *IIC – international review of intellectual property and competition law* [IIC] 46, 1 (2015), 1 - 9.

siehe auch **Hilty, Reto M.; Josef Drexler; Matthias Lamping; Hanns Ullrich**

V

Vives-Vallés, Juan Antonio, Derecho de los cultivos transgénicos – el conflicto entre el derecho español y comunitario y el derecho a la libertad de empresa, a la luz de la nueva normativa opt-out, *Dykinson*, Madrid 2016, 167 S.

W

Walz, Axel, Schadensersatz und Einheitspatentsystem – Rechtliche Grundlagen und Systematik des Schadensersatzanspruchs im künftigen Einheitspatentsystem, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil* [GRUR Int] 65, 6 (2016), 513 - 530.

- „Jaguar-Vertragswerkstatt“ – Commentary on BGH (Federal Supreme Court) decision of 26 January 2016, case no. I KZR 41/14, *Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht* [EWiR] 32, 15 (2016), 481.

siehe auch **Drexler, Josef; Jure Globocnik; Franziska Greiner; Reto M. Hilty; Daria Kim; Heiko Richter; Peter R. Slowinski; Gintarė Surblytė; Axel Walz; Klaus Wiedemann**

Wan, Yong, Deep linking does not constitute a “Making Available to the Public”: The perspective of Beijing Intellectual Property Court, *Computer Law & Security Review* [CLSR] 33, 6 (2017), 876 - 883.

Wang, Wenmin, Chinese Unfair Competition Law – The Draft Amendment of 2017, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil* [GRUR Int] 66, 8/9 (2017), 706 - 710.

- Unfair Competition Law Protection of the “Hot News” Under the Background of News Aggregator, *China Publisher* (CSCI) 16 (2017), 49 - 53.
- Copyright Protection of Application Programming Interface – New progress of Oracle v. Google, *China Copyright* 12, 12 (2016), 85 - 89.

Wiedemann, Klaus; Lars Dittrich, Zwischen Berufsfreiheit und Ausbildungsmonopol – rechtliche Vorgaben für den Wechsel des Bundeslandes als Rechtsreferendar, *JURA – Juristische Ausbildung* [JURA] 38, 6 (2016), 674 - 685.

siehe auch **Drexler, Josef; Jure Globocnik; Franziska Greiner; Reto M. Hilty; Daria Kim; Heiko Richter; Peter R. Slowinski; Gintarė Surblytė; Axel Walz; Klaus Wiedemann**

siehe auch **Drexler, Josef; Luc Desautettes; Franziska Greiner; Reto M. Hilty; Daria Kim; Heiko Richter; Gintarė Surblytė; Klaus Wiedemann**

Y

Yamaguchi, Atsuko, “International Jurisdiction of the Unified Patent Court” (Report of the 2013FY Industrial Property Research Promotion Project (2013FY-2015FY) Entrusted by the Japan Patent Office, IIP, Institute of Intellectual Property, Tokyo 2015.

Yu, Yang, The Analysis of the Factor of Statutory Public Interest in U.S. Section 337 Investigations and the New Option for Chinese Enterprises (Chinese article), *International Business (CSSCI)* 2 (2015).
 – Comparative Analysis of the Legal Adoptability of the “Contemporary Meaning” in the Treaty Interpretation In WTO And ICJ Cases (English article), *China and WTO Review* 03 (2015).

Z

Zhang, Yi, Das chinesisches Lizenzvertragsrecht, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil [GRUR Int] 64, 2 (2015), 109 - 119.

1.4 Herausgeberwerke

Antons, Christoph, *Routledge Handbook of Asian Law*. Routledge, London, New York 2017, XIV + 431 S.

Antons, Christoph; William Logan, *Intellectual Property, Cultural Property and Intangible Cultural Heritage (Key Issues in Cultural Heritage)*. Routledge, London, New York 2017, XIV + 264 S.

Bakhom, Mor; Josef Drexler; Eleanor M. Fox; Michal Gal; David Gerber, *The Economic Characteristics of Developing Jurisdictions: Their Implications for Competition Law*. Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2015, XVII + 402 S.

Botta, Marco; Giorgio Monti; Pier Luigi Parcu, *Abuse of Dominance in EU Competition Law: Emerging Trends*. Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2017, XV + 192 S.

Drexler, Josef; Eric Balate; Séverine Menétrey; Hanns Ullrich, *Le droit économique entre intérêts privés et intérêt public – Hommage à Laurence Boy*. PUAM, Presses Universitaires d’Aix-Marseille, Aix-en-Provence 2016, 374 S.

Drexler, Josef; Vicente Bagnoli, *State-initiated restraints of competition (ASCOLA Competition Law)*. Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2015, XX + 331 S.

siehe auch **Bakhom, Mor; Josef Drexler; Eleanor M. Fox; Michal Gal; David Gerber**

Drexler, Josef; Fabiana Di Porto, *Competition Law as Regulation (ASCOLA Competition Law Series)*. Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2015, XXX + 426 S.

Fan, Xiaoliang; Wenwen Liang; Robin Simpson; Bowen Xie; Mingyou Yu; Ying Yu, *Global Challenges for Consumer Protection: Proceedings of International Forum on „Justice and Consumer Rights: UN Guidelines for Consumer Protection“*, 1. ed. Wuhan University Press, Wuhan 2015, 370 S.

Geiger, Christophe, *Trade Related International Intellectual Property Law: The TRIPS Agreement, Assessment and Perspectives/ Le droit international de la propriété intellectuelle lié au commerce: L'accord sur les ADPIC, bilan et perspectives (Collection du CEIPI, 65)*. LexisNexis, Paris 2017, XX + 436 S.

- *Intellectual Property and Access to Science and Culture: Convergence or Conflict? (CEIPI/ ICTSD publication series on „Global Perspectives and Challenges for the Intellectual Property System“, Issue 3)*. International Centre for Trade and Sustainable Development (ICTSD)/Center for International Intellectual Property Studies (CEIPI), Geneva/Strasbourg 2016, 96 S.
- *The Intellectual Property System in a Time of Change: European and International Perspectives (Collection of the CEIPI, 64)*. LexisNexis, Paris 2016, XVII + 324 S.
- *Research Handbook on Human Rights and Intellectual Property (Research Handbooks in Intellectual Property)*. Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2015, XXIV + 727 S.



Giovanella, Federica; Roberto Caso, *Balancing Copyright Law in the Digital Age - Comparative Perspectives*. Springer, Heidelberg, Berlin 2015, XI + 135 S.

Henning-Bodewig, Frauke, Quan qiu fan bu zheng dang jing zheng fa zhi yin - 全球反不正当竞争法指引. Law Press, Beijing 2015, 1 + 2 + 25 + 810 S.

Henning-Bodewig, Frauke; Henning Harte-Bavendamm, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar, 4. Aufl. C.H. Beck, München 2016, XX + 2898 S.

Hilty, Reto M.; Valentina Moscon, Modernisation of the EU Copyright Rules - Position Statement of the Max Planck Institute for Innovation and Competition (Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 17-12) Max Planck Institute for Innovation and Competition, Munich 2017, 208 S.

Hilty, Reto M.; Thomas Dreier, Vom Magnettonband zu Social Media – Festschrift 50 Jahre Urheberrechtsgesetz (UrhG). C.H. Beck, München 2015, XIII + 437 S.



Jaeger, Thomas; Birgit Haslinger, Jahrbuch Beihilferecht 2015. NWV, Wien 2015, 584 S.

Kosaka, Junki; Rikiya Sato, Comprehensive List of Intellectual Property Legal Precedents Vol. 2. Seirin Shoin 2016, 530 S.
– Comprehensive List of Intellectual Property Legal Precedents Vol. 1. Seirin Shoin 2016, 498 S.

Kosmides, Timoleon; Nikolaos E. Farantouris, Recht der Kohlenwasserstoffe (auf griechisch). Nomike Bibliothek, Athen 2015, 688 S.

Kur, Annette; Friedrich Albrecht; Verena von Bomhard, Markenrecht - Markengesetz, Verordnung über die Unionsmarke (UMV), Kommentar. C.H. Beck, München 2017, XXXVIII + 2392 S.

Kur, Annette; Helmut Eichmann, Designrecht – Praxishandbuch, 2. Aufl. Nomos, Baden-Baden 2016, 516 S.

Lewinski, Silke von, Remuneration for the Use of Works – La Rémunération de l'Utilisation des Œuvres, ALAI Congress 2015 / Conference Proceedings - Congrès de l'ALAI 2015 / Actes de la Conférence.

De Gruyter, Berlin, Boston 2017, XI + 464 S.

– Copyright Throughout the World (Loseblatt) - Lieferung 2016 (International series).

Thomson Reuters, St. Paul/Minnesota 2016.

– Copyright Throughout the World (Loseblatt) - Lieferung 2015 (International series).

Thomson Reuters, St. Paul/Minnesota 2015.

Moscon, Valentina

siehe auch **Hilty, Reto M.; Valentina Moscon**

Podszun, Rupprecht; Christian Kersting, Die 9. GWB-Novelle – Kartellschadensersatz, Digitale Ökonomie, Fusionskontrolle, Bußgeldrecht, Verbraucherschutz. C.H. Beck, München 2017, XXXVII + 494 S.

Ullrich, Hanns; Peter Drahos; Gustavo Ghidini, Kritika - Essays on Intellectual Property - Volume 2. Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2017, XV + 195 S.



– Essays on Intellectual Property - Volume 1. Edward Elgar Publishing, Cheltenham (UK), Northampton, MA (USA) 2015, 329 S.

2 Vorträge der Institutsangehörigen

Antons, C.

Copyright Law Reform and Asian Development; invited seminar presentation, Applied Research Centre for Intellectual Assets and the Law in Asia, School of Law, Singapore Management University, Singapur, Dezember 2017

Intellectual Property Related to Plant Material and Free Trade Agreements in Asia; invited presentation at the conference 'The Future of Asian Trade Deals and IP', Applied Research Centre for Intellectual Assets and the Law in Asia, School of Law, Singapore Management University, Singapur, Dezember 2017

Intellectual Property Law Reform and Asian Development; Keynote presentation at the 3rd Higher Degree by Research (HDR) Colloquium, Faculty of Business and Law, University of Newcastle, Callaghan, November 2017

Copyright Law Reform and Asian Development; Keynote presentation at the 3rd Annual Asia Pacific Copyright Association Conference, University of Technology Sydney, Sydney, Oktober 2017

Intellectual property rights and intangible cultural heritage; public lecture, Faculty of Law, Airlangga University, Surabaya, August 2017

Developing evidence-based approaches to law reform in postcolonial societies: lessons from international and comparative law research (with Amy Maguire); presentation at the Symposium on Evidence-Based Law and Practice, Newcastle Law School, University of Newcastle, Callaghan (Australien), Mai 2017

Cross-border implications of intellectual and cultural property in intangible cultural heritage; Seminar, Ahmad Ibrahim Kulliyah of Laws, International Islamic University Malaysia, Kuala Lumpur, September 2016

Intangible Cultural Heritage Across Borders; Law School Research Forum, Deakin University, Melbourne, Oktober 2015

Intellectual property rights in indigenous and local knowledge in emerging resource management regimes; The role of traditional culture/knowledge in food and agriculture systems, Monash University, Melbourne, September 2015

Intellectual and cultural property in Indonesia's intangible cultural heritage claims and their cross-border implications; Intangible Cultural Heritage Across Borders: Laws, Structures and Strategies in China and its ASEAN Neighbours, Deakin University, Melbourne, April 2015

Geographical indications in the context of Indonesian decentralisation policies; Geographical Indications at the Crossroads of Trade, Development and Culture in Asia-Pacific, Centre for Asian Legal Studies, Faculty of Law, National University of Singapore, Singapur, März 2015

Bakhom, M.

The Informal Economy and the Competition Dynamics in Developing Countries; International seminar on „Competition Law and Economic Development: a Universal Solution“, Superintendencia de Competencia, San Salvador (El Salvador), November 2017

The Interface Between IPRs and Competition Law: An Introduction; The Gambian Competition Authority Workshop, The Gambian Competition Authority, Banjul (Gambia), Februar 2017

Competition law and Policy in Developing Countries: Exploring the „Development“ Dimension of Competition Law; The Gambian Competition Authority Workshop, The Gambian Competition Authority, Banjul (Gambia), Februar 2017

Regional Perspectives on Tools for Competition Effectiveness on Regional Level: Case Studies on Coordinated Conducts – WAEMU and the Gambia; Workshop on strengthening competition in West Africa, The World Bank, Dakar (Senegal), Dezember 2016

Regional Perspective on Competition Policy: Panel Discussion on the World Bank/ACF Report: „Breaking Down Barriers: Unlocking Africa's Potential Through Vigorous Competition Policy“; Workshop on strengthening competition in West Africa, The World Bank, Dakar (Senegal), Dezember 2016

Regional Perspectives on tools for Competition Policy Effectiveness on Regional Level; Workshop on strengthening competition in West Africa, The World Bank, Dakar (Senegal), Dezember 2016

Improving the Access to Affordable Medicine in Developing and LDCs: Between Regulation and Competition; 7th Conference of the Research Partnership Platform (RPP), UNCTAD, Genf, Oktober 2016

The Innovation Process and Potential Distortions of Competition; MPI Workshop on Innovation and Competition, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, Oktober 2016

Competition Law and Policy in Developing Countries: Exploring the “Development” Dimension of Competition Law; Gastvortrag an der Philipps-Universität Marburg, Marburg, Juni 2016

Approaching Competition Law as a Pro-Development Policy: Promises and Challenges; Eleanor Fox Scholarship Symposium, Global Competition Law Center, College of Europe, Brüssel, Juni 2016

Precedent, Stare Decisis & and Introduction to Using Precedent in Common Law; Gastvortrag an der Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Münster, Januar 2016

The Economic Characteristics of Developing Jurisdictions: Their Implications for Competition Law; 6th Conference of the Research Partnership Platform (RPP), UNCTAD, Genf, Juli 2015

Abuse Without Dominance in Competition Law: Abuse of Economic Dependence and its Interface with Abuse of Dominance; 10th ASCOLA Conference, ASCOLA, Meiji University, Tokio, Mai 2015

Batista, P.

Standard-essentielle Patente und Wettbewerbsrecht? Gastvortrag an der Juristischen Fakultät der Universität von São Paulo, São Paulo, April 2016

Sham Litigation based on Copyrights – A Possibility in the EU? CopyCamp Conference 2015, Modern Poland Foundation, Warschau, November 2015

Biopiracy: New Boundaries for the Patent Law? Law and Economics of Intellectual Property Rights, Philipps-Universität Marburg, Marburg, Oktober 2015

Bauer, A.

User Generated Content (UGC) – aktuelle Rechtslage in Kanada und Deutschland; MPI für Innovation und Wettbewerb, Bordeaux, Mai 2017

User Generated Content (UGC) – aktuelle Rechtslage in Kanada und Deutschland; 2nd Joint Research Workshop on Prosumerism and Copyright, Abteilung Innovation and Entrepreneurship Research, Donau-Universität Krems, Fachbereich Geistiges Eigentum und Datenschutz, Wirtschaftsuniversität Wien, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, Juli 2017

Beiter, K. D.

Patentability and Disclosure; On the Declaration on Patent Protection – Regulatory Sovereignty under TRIPS, Research Seminar, South African Research Chair in Law, Society and Technology, College of Law, University of South Africa, Pretoria, April 2016

Compulsory Licenses and Government Use under TRIPS; On the Declaration on Patent Protection – Regulatory Sovereignty under TRIPS, Research Seminar, South African Research Chair in Law, Society and Technology, College of Law, University of South Africa, Pretoria, April 2016

Please Mind the Gap! – Drafting a Declaration on Establishing Conformity between Intellectual Property Regimes and International Human Rights Law; 34th Annual ATRIP Congress: Intellectual Property in Action in Society – New Perspectives from the North, the South and the Cloud, ATRIP, Kapstadt, September 2015

Beneke F.

Entry analysis in competition law enforcement – Why economic and social development matter; International Seminar Competition Law and Development – A Universal Solution?, San Salvador (El Salvador), November 2017

Benz, S.

Neighbouring rights and the protection of parts; IPR Nordic Network Meeting 2015 – IP Openings under the Nordic Lights, Universität Helsinki, Pyhänturi, April 2015

Botta, M.

The Dark Matter in EU Competition Law: Non-Infringement Decisions in the New EU Member States Before and After Tele2 Polska; 12th annual conference of the Italian Society of Law and Economics, University of Turin, Turin, Dezember 2017

The European Inquisition is not too Bad: The Application of the Right of Defense by the European Commission and the Competition Authorities of the New EU Member States; 12th ASCOLA Conference, ASCOLA, University of Stockholm, Stockholm, Juni 2017

The European Inquisition is not too Bad: The Application of the Right of Defense by the European Commission and the Competition Authorities of the New EU Member States; Workshop organized by the “Competition Law Scholars Forum” (CLASF), University of Warsaw, Warschau, April 2017

The Dark Matter in EU Competition Law: Non-Infringement Decisions in the New EU Member States Before and After Tele 2 Polska; 11th ASCOLA Conference “The Role(s) of Innovation in Competition Analysis”, ASCOLA, Leiden University, Leiden, Juli 2016

Private Enforcement of Competition Law, the Chinese Way; Seminar: Private Enforcement of Competition Law in China, University of Macau, Macau, Februar 2016

Private Enforcement of Competition Law, the Chinese Way; Seminar: Private Enforcement of Competition Law in China, Honk Kong City University, Hongkong, Februar 2016

De Luca, J.

Professioni intellettuali regolamentate e diritto della concorrenza; Annual Conference: L'influenza del diritto europeo sul diritto commerciale italiano: valori, principi, interessi, Associazione Orizzonti del Diritto Commerciale, Rome Tre University, Economics Department, Rom, Februar 2016

Desaunettes, L.

Geheimshäre und Theorie der Unternehmung; Law Faculty of the University of Ferrara, Ferrara, November 2017

The legal protection of trade secrets; EIPIN Doctoral Conference, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, Juli 2017

Trade Secrets (EU initiatives in Other Fields of IP); EUIPO IP Executive Week, EPA, EUIPO, München, Juli 2016

Panel zum Regelungsbedarf; Daten als Wertschöpfungsfaktor: Gesetzgeberischer Handlungsbedarf? Tagung in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, Juni 2016

Legal understanding of trade secrets – between IP and unfair competition law; First European Workshop for Junior Researchers in IP Law, KU Leuven, SciencesPO, MPI für Innovation und Wettbewerb, Juni 2016

Justifications for a legal protection of trade secret; Law and Economics of Intellectual Property Rights, Philipps-Universität Marburg, Marburg, Oktober 2015

Dietz, A.

Reminiszenzen aus 30 Jahren Tätigkeit im sog. Ostreferat des MPI – Das grandiose Scheitern der sowjetisch inspirierten Idee von der freien Nachnutzbarkeit von Erfindungen; Tagung über „Aktuelle Fragen des geistigen Eigentums im deutsch-russischen Rechtsverkehr“, Deutsch-Russische Juristenvereinigung, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, Juni 2017

Drexl, J.

Big Data – Un nouvel enjeu de régulation; Panel-Teilnahme, Tagung der Autorité de la Concurrence: Données, algorithmes et transparence des plateformes – Quels impacts sur la concurrence? Quels enjeux pour la régulation? Autorité de la Concurrence, Paris, November 2017

On the Future Regulation of the Data Economy – The Goals of Innovation and Competition; MaCCI Law and Economics Conference on Big Data, Universität Mannheim, Mannheim, November 2017

Innovation aus kartellrechtlicher Sicht; Sitzung des Arbeitskreises Kartellrecht des Bundeskartellamts: Innovationen – Herausforderung für die Kartellrechtspraxis, Bonn, Oktober 2017

Fake News – Ein unvermeidbares Übel der digitalen Informationsgesellschaft? Gesamtsitzung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften: Faktizität der Welt – Skizzen eines Forschungsprojekts, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Eichstätt, Juni 2017

Regulating Digital Markets in Times of Post-Truth Politics; Ethics in Innovation Conference 2017, MPI für Innovation und Wettbewerb, World Forum for Ethics in Business, EPA, TUM, DPMA, München, Juni 2017

The 'Competition-based approach' approach: The alternative to the 'Ownership v. Access' Debate for Regulating the New Digital Economy; Münster Colloquia on EU Law and the Digital Economy: Trading Data in the Digital Economy: Legal Concepts and Tools, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Münster, Mai 2017

The future – politics, democracy and autonomy; Conference: Online Markets and Offline Welfare Effects – The Internet, Competition, Society and Democracy; University of Oxford, Centre for Competition Law and Policy, Oxford, Mai 2017

From Trading to Sharing Data – Governance of Data Streams as a Legal Paradigm; 18th EIPIN Congress (Part II): The New Data Economy between Data Ownership, Privacy and Safeguarding Competition, EIPIN, EPA, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, April 2017

Bedrohung der Meinungsvielfalt durch Algorithmen und Personalisierung: Wie weit reichen die Mittel der Medienregulierung? Interdisziplinäres Symposium „Der Code als Gatekeeper: Vielfaltssicherung in Zeiten von Such- und Entscheidungsalgorithmen, Personalisierung und Fake News“, Institut für Urheber- und Medienrecht, München, April 2017

News: Fact or fake? The rise of fake news and filter bubbles; Panel Discussion, Europäisches Parlament, Fraktion der Europäischen Volkspartei, MEP Michal Boni, in Zusammenarbeit mit dem European Publishers Council und The Guardian, Europäisches Parlament, Brüssel, März 2017

Do we need expanded property rights to deal with big data?; Panel Discussion, 18th EIPIN Congress (Part I): The New Data Economy between Data Ownership, Privacy and Safeguarding Competition, EIPIN, EPA, MPI für Innovation und Wettbewerb, Queen Mary University of London, London, Januar 2017

Is the Data-Driven Economy in Need of New Property Rights? Informazione, industrial e big data tra innovazione e mercato, Università di Teramo, Teramo, Dezember 2016

The Data-Driven Economy: A Need for Promoting Access? Data, Big Data e algoritmi tra innovazione, mercato e concorrenza, Autorità Garante della Concorrenza e del Mercato, Rom, Dezember 2016

Daten als Wirtschaftsgut – Rechtliche Zuordnung von Daten und Kartellrecht; GRUR-Jahrestagung 2016, Vereinigung für Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht (GRUR) e.V., München, Oktober 2016

The Theory of Harm Behind Seeking Injunctive Relief for Standard-Essential Patents – A Legal Perspective; International Conference: Innovation, Intellectual Property, Competition and Standard Setting in the ICT, Jindal Global Law School, Neu Delhi, August 2016



Innovation as a Parameter of Competition and its Implications for Competition Law Application; 11th ASCOLA Conference “The Role(s) of Innovation in Competition Analysis”; ASCOLA, Leiden University, Leiden, Juli 2016

The Potential Role of Competition Policy in Regulating Digital Markets for Ideologies; Eleanor Fox Scholarship Symposium, Global Competition Law Center, College of Europe, Brüssel, Juni 2016

Designing Competitive Markets for Industrial Data – Between Porterization and Access; Antitrust in Transnational Markets, University of Haifa, Haifa, Juni 2016

Innovation in Competition Law; Wissenschaftliches Symposium im Rahmen der Jubiläumsfeier zum 50-jährigen Bestehen des MPI, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, Mai 2016

Assessing Most-Favoured National Clauses of Hotel Reservation Platforms – The German Approach; Break-out Session, Annual Conference 2016, International Competition Network (ICN), Singapur, April 2016

The Transplantability of the EU's Competition Law Framework into the ASEAN Region; The Regionalisation of Competition Law and Policy: Implications for the ASEAN Economic Community, National University of Singapore, Singapur, April 2016

Standard-Essential Patents: Trends in Antitrust and IP Law; Regulating Patent Hold-Up? – An Assessment in Light of Recent Academic, Policy and Legal Evolutions, Liège Competition and Innovation Institute, Brüssel, Februar 2016

The Role of ISPs in the New Online Markets: The Perspective of Competition Law; Gastvortrag an der Universitat Oberta de Catalunya (UOC), Barcelona, Dezember 2015

SEPs and EU Competition Law: On the Limited Contribution of the Huawei Judgment to Innovation; Tagung: Standardization and Innovation, Tilburg Law and Economics Center (TILEC), Amsterdam, Dezember 2015

Competition Law in Developing Countries (Gemeinsam mit Michal S. Gal); Festive Event: 50 Years of Diplomatic Relations between Israel and Germany, German-Israeli Foundation (GIF), Berlin, Dezember 2015

Standard-essential patents – The long way from Huawei to arbitration; First Munich IP Dispute Resolution Forum Meeting, Is arbitration a promising way to settle disputes about standard-essential patents, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, November 2015

The Future of Supervision of Collecting Societies – A German and European Outlook; Die Zukunft der Aufsicht über Verwertungsgesellschaften – ein deutscher und europäischer Ausblick, Deutsches Patent- und Markenamt, München, Oktober 2015

Consumer actions after the adoption of the EU Directive on damage claims for competition law infringements; Verso il ricepimento della Direttiva 2014/104/UE sul risarcimento del danno antitrust, Università Europea di Roma, Università LUISS Guido Carli, Rom, September 2015

Ratification and Implementation of the UPC: What is on the Check list?; 3rd Annual Conference: Unitary Patent and Unified Patent Court 2015: The Last Miles, EPA, München, Juli 2015

Standard-setting organizations and processes: Challenges and opportunities for competition and innovation – Introduction; New Frontiers of Antitrust, Zeitschrift “Concurrences”, Paris, Juni 2015

Consumer actions after the adoption of the EU Directive on damage claims for competition law infringements; XXVII incontro di Aida: La direttiva antitrust, La direttiva enforcement antitrust, University of Pavia, Mailand, Mai 2015

‘Consumer Welfare’: A Common Goal of Competition Law and Consumer Law; Standards of ‘Consumer Welfare’: Are Competition Law and Consumer Law Complements or Substitutes? Jean Monnet Center for International and Regional Economic Law and Justice, New York University und MPI für Innovation und Wettbewerb, New York, Mai 2015

Regulierung der Cyberwelt – Aus dem Blickwinkel des internationalen Wirtschaftsrechts; 34. Zweijahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht: Freiheit und Regulierung in der Cyberwelt – Rechtsidentifikation zwischen Quelle und Gericht, Universität Gießen, Gießen, März 2015

Intellectual Property between Propertization and Regulation: How a Fundamental Rights Approach Could Solve the Tension; The Promise and Peril of International Property Law, Pacific McGeorge School of Law, Sacramento (USA), März 2015

Recht und Ökonomie aus Sicht der Rechtswissenschaften; 48. Forschungsseminar Radein zum Vergleich von Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen: „Recht und Ökonomie“, Forschungsseminar Radein e.V., Radein, Februar 2015

The European Max Planck Group on Conflict of Laws in Intellectual Property (CLIP); Open Forum on IP and Private International Law, WIPO, Genf, Januar 2015

Galli, N.

Patent Aggregation Research Proposal Presentation; Macao IP Seminar, Institute of European Studies of Macao, Macao, November 2017

Patent Aggregation Advanced Research Proposal Presentation; MIPLC Scientific Advisory Board, MPILC, München, November 2017

Geiger, C.

Copyright and Freedom to Create; Presentation in the context of the Seminar on International Copyright Law & Policy, National University of Singapore (NUS), Singapur, Oktober 2017

Copyright as an Access Right; 36th Annual ATRIP Congress: The Object and Purpose of Intellectual Property, ATRIP, Victoria University of Wellington, Wellington, Oktober 2017

The Geography of Fair Use: Towards a European Open-Ended Copyright Limitation Grounded in Fundamental Rights (with E. Izyumenko); 12th Annual Conference of the EPIP Association (European Policy for Intellectual Property), University of Bordeaux, Bordeaux, September 2017

Human Rights and Intellectual Property: Exploring and conceptualizing the interactions; Presentation in the framework of the Turku-IP day and IPR Summer School on the topic "Fundamental Rights and Intellectual Property Law", University of Turku, Turku, Juni 2017

Courts as new norm setting entities in the field of intellectual property: the European Example; The Global Debate on Intellectual Property, Trade and Development: Past, Present and Future, a Conference in Honour of Pedro Roffe, University of Minnesota Law School, The Faculty of Law of the University of Geneva, Centre for International Governance Innovation, Genf, Juni 2017

Securing Access and Participation: Ethics, Human Rights and Intellectual Property; Ethics in Innovation Conference 2017, MPI für Innovation und Wettbewerb, World Forum for Ethics in Business, EPA, TUM, DPMA, München, Juni 2017

EU competence for building a unitary copyright in the EU, including the enhanced cooperation; Building a EU unitary copyright, European Copyright Society (ECS), Paris, Mai 2017

Copyright as Private Censorship? How to reconcile free artistic creation with copyright law in an international and regional legal context; International Intellectual Property Law Roundtable, NYU School of Law, New York, April 2017

Appropriation, the Remix Culture and Copyright Law; Work in progress workshop, Spangenberg Center for Law, Technology & the Arts, Case Western Reserve University School of Law, Cleveland, März 2017

Trademark law and fundamental rights after the EU trademark law reform: from external to internal balancing; Annual Conference of the Trademark Law Institute (TLI): Selected Problems of the EU Trademark Law Reform, Vrije Universiteit Amsterdam, Amsterdam, November 2016

Internet Service Provider's Involvement in Copyright Enforcement Online and Its Effects on Fundamental Rights: The Example of Website Blocking; 11th ed. of the "Rendez-vous européens de Strasbourg", Pôle européen d'administration publique (PEAP), CEIPI, European Audiovisual Observatory, Council of Europe, Straßburg, November 2016

Rethinking copyright as a vehicle for cultural participation and social progress; Faculty colloquium, University of San Diego, San Diego, Oktober 2016

Conceptualizing the interactions between Human Rights and Intellectual Property: Lessons from Europe; Center for Intellectual Property Law, Whittier Law School, Costa Mesa, Oktober 2016

Freedom of Artistic Creativity and Copyright: A Compatible Combination? Intellectual Property and Human Rights, University of California Irvine School of Law, Irvine, Oktober 2016

The Role of Human Rights in Copyright Enforcement Online: Elaborating a Legal Framework for Website Blocking; 11th Annual Conference of EPIP, University of Oxford, Oxford, September 2016

Creative Uses and Derivative Works: Friend or Foe under Copyright law? Work in progress seminar, Applied Research Centre for Intellectual Assets and the Law in Asia (ARCIALA), Singapore Management University, School of Law, Singapur, September 2016

Moving the Intellectual Property System out of its Legitimacy Crisis: What Human Rights Can Add to the Debate; Public Lecture at the Applied Research Centre for Intellectual Assets and the Law in Asia (ARCIALA), Singapore Management University, School of Law, Singapur, September 2016

Towards a Modern Framework for Copyright in the Information Society? The Current Reform Process in the European Union and its Main Challenges; Applied Research Centre for Intellectual Assets and the Law in Asia (ARCIALA), Singapore Management University, School of Law, Singapur, September 2016

Current EU legal developments on enforcement of intellectual property; Intellectual Property Law and Practice Summer Institute, Center for Advanced Study and Research on Innovation Policy (CASRIP), University of Washington School of Law, Seattle, Juli 2016

The TTIP: Threat or opportunity for European cultural diversity? A critical analysis; 54th session of the High French-German Council, European parliamentary association, Straßburg, Juni 2016

The Intersection of Human Rights and Intellectual Property Law, Framework of the DLA Piper IP Lecture Series, Bucerius Law School, Hamburg, Juni 2016

The Social Function of Intellectual Property Rights; Pan-European Seal IP Campus 2016, European Union Intellectual Property Office, Alicante, Mai 2016

The Role of the Court of Justice regarding Limitations to Copyright Law: aiming at Proportionality and Flexibility? Copyright Law for the EU, An open debate with the European Copyright Society, Universitat Oberta de Catalunya (UOC), CosmoCaixa, Barcelona, Mai 2016

Fragmented, inflexible, and often irrelevant: towards needed copyright reform in the EU? The Oxford Intellectual Property Speaker Series, University of Oxford, St Peter's College, London, April 2016

Reconciling freedom to create with copyright law; Faculty workshop of Vanderbilt Law School, Vanderbilt University, Nashville, März 2016

Fair use vs. codified exceptions and limitations: comparing the flexibilities in US and European Copyright law; Faculty workshop of Vanderbilt University, Vanderbilt University, Nashville, März 2016

The ongoing process of copyright reform in the EU; The Future of International Copyright, American University Washington College of Law, Program on Information Justice & Intellectual Property, Washington D.C., März 2016

User Rights, Copyright Website Blocking Injunctions and their Human Rights Implications; International and Comparative User Rights in the Digital Economy, American University Washington College of Law, Program on Information Justice & Intellectual Property, Washington D.C., März 2016

Freedom of art and copyright law: where lies the balance? ZiF Research Group Workshop: Balancing Intellectual Property Claims and the Freedom of Art and Communication, Universität Bielefeld, Bielefeld, März 2016

Towards a "modern, more European copyright framework"? Gastvortrag an der University of Luxembourg, Luxembourg, Februar 2016

Intellectual Property in front of the European Court of Human Rights; 17th EIPIN Congress (Part I): Intellectual Property and the Judiciary, EIPIN, CEIPI, Spangenberg Center for Law, Technology & the Arts, Case Western Reserve University School of Law, Straßburg, Januar 2016

Derivative works, dependent creations and "User-generated content": time to reimagine copyright law? Presentation at the Hanken School of Economics, Helsinki, November 2015

Droit d'auteur et liberté d'expression: quelles interactions? À propos de l'arrêt de la Cour de cassation du 15 mai 2015; Presentation at the seminar of the AFPIDA (French branch of ALAI), Société des Gens de Lettres, Paris, November 2015

Designing a Limitation for Creative Use in Copyright Law; Presentation at the Centre for Intellectual Property Policy & Management, Bournemouth University, Bournemouth, September 2015

Geographical indications and food quality – introduction; Centre for Intellectual Property Policy & Management Conference on Geographical indications in the EU: policy aspects and future regulation, Bournemouth University, Bournemouth, September 2015

Legal issues of alternative compensation systems in copyright law; Panel presentation during the Symposium on Alternative Compensation Systems for Digital Copyright, Institute for Information Law, IViR, Amsterdam, Juli 2015

Statutory licenses as an enabler of creative uses; Exploring Sensible Ways for Paying Copyright Owners Conference, Institutum Iurisprudencia, Academia Sinica, MPI für Innovation und Wettbewerb, College of Law National Taiwan University, Taipei, Juni 2015

Scope and enforcement tools to assure remuneration in the case of statutory remuneration rights; ALAI International Congress: Remuneration for the use of works: Exclusivity vs. Other Approaches, ALAI Deutschland e.V., Bonn, Juni 2015

Copyright law, a vehicle for access to culture? International CEIPI roundtable: Intellectual property and access to science and culture: convergence or conflict?, CEIPI, University of Strasbourg, Straßburg, Mai 2015

Alternatives to tougher enforcement in the digital environment: towards a new and ambitious copyright remuneration system; Gastvortrag an der University of Valencia, University Valencia, Valencia, April 2015

Copyright and the Digital Single Market, What Reform at EU level? High Level roundtable The Lisbon council: Copyright and the Digital Single Market, Brüssel, März 2015

The Unified Patent Court and the Role of the Court of Justice of the European Union; CEIPI and CASRIP Conference: Latest Developments in Patent Litigation in Europe and the United States: Perspectives from the Judiciary, University of Strasbourg, Straßburg, März 2015

Geographical indications and innovation: some comments on a complicated relationship; 16th EIPIN Congress (Part I): The Innovation Society and Intellectual Property", EIPIN, University of Maastricht, Maastricht, Januar 2015

Geraka, P.

Empirical Insights on EU Trade Mark Infringement; MPI Workshop: European Intellectual Property Rights and Jurisdiction in Need of a Grand Design? MPI für Innovation und Wettbewerb, Berlin, März 2017

First Analysis of Empirical Data; Doktorandenseminar, MPI für Innovation und Wettbewerb, Berching, September 2016

Giovanella, F.

Tort law failure? Civil liability rules and wireless community network; 3rd Private Law Consortium, McGill University Faculty of Law, Montreal, Juli 2015

Grosse Ruse-Khan, H.

The Concept of Sustainable Development in International IP Law – New Approaches from EU Economic Partnership Agreements? Hanken School of Economics, Helsinki, Dezember 2017

Does One Size Fit All? Declaration on Patent Protection – Regulatory Sovereignty under TRIPS; MPI für Innovation und Wettbewerb, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, Juli 2017

From TRIPS to FTAs and Back: The Role of a Multilateral IP Framework in a TRIPS-plus World; The Global Debate on Intellectual Property, Trade and Development: Past, Present and Future – A Conference in Honour of Pedro Roffe, University of Geneva, Genf, Juni 2017

Linking Intellectual Property and Human Rights: Concepts, Perspectives, and Tools for Integration; Turku-IP day and IPR Summer School – Fundamental Rights and Intellectual Property Law, Academy of Finland, IPR University Centre, Turku, Juni 2017

Intellectual Property Obliges? Expert Workshop of the Research Project: Constitutional Hedges of Intellectual Property, University of Sussex, Brighton, Mai 2017

A Right to Regulate to Protect Public Health? The Role of Customary International Law for International IP Treaties; Texas A&M University School of Law, Fort Worth, März/April 2017

Limits for Inter-se modification of international IP Treaties – towards a constitutional Framework embedded in the TRIPS Objectives? American University College of Law, Washington D.C., März 2017

Linking Intellectual Property and Human Rights: Concepts, Perspectives, and Tools for Integration; Annual Conference of the Centre for Intellectual Property and Information Law (CIPIIL), Intellectual Property and Human Rights, Faculty of Law, University of Cambridge, Cambridge, März 2017

From TRIPS to FTAs and Back: The Role of a Multilateral IP Framework in a TRIPS-plus World; Gastvortrag an der Queen Mary University of London, London, Februar 2017

Intellectual Property Aspects of the Tobacco Packaging Cases; Workshop: The Tobacco Packaging and Tuna/Dolphin Cases: Quo Vadis? Lauterpacht Centre for International Law, Cambridge, November 2016

The Concept of Impairment – Comments; International Workshop: Unfair Competition within (and beyond) IP, Hanken School of Economics, Helsinki, November 2016

Seizure of Goods in Transit: From Internal Market Control to World Policing; Workshop: Selected Problems of the EU Trademark Law Reform, Vrije Universiteit Amsterdam, Amsterdam, November 2016

Facilitating Innovation and Creativity in Islam and in the West; Gastvortrag an der Avicenna Summer School, Granada, August 2016

Challenging Compliance with International IP Norms in Investor – State Dispute Settlement; Gastvortrag an der Oxford University, St Peter's College, Oxford, Mai 2016

Challenging Compliance with International IP Norms in Investor – State Dispute Settlement; Gastvortrag an der University of Sussex, Brighton, April 2016

Intellectual Property and Economic Development; Global Conference on Intellectual Property and Development, WIPO, Genf, April 2016

Conflict-of-Laws Approach to Competing Rationalities in International Law: The Case of Plain Packaging between IP, Trade, Investment and Health; Hanken School of Economics, Helsinki, März 2016

The Three-Step-Test and Systemic Integration of Human Rights and other International Law; Workshop: The Marrakesh Treaty on Copyright Exceptions for Visually Impaired Persons, IVIR, University of Amsterdam, Amsterdam, Januar 2016

Private International Law Approaches for Public International Problems: Regime Conflicts and Overlaps in Trade, Investment and IP Law; 44th Annual Conference of the Canadian Council on International Law: International Law – Coherence or Chaos? Ottawa, November 2015

An International Trade Perspective on National Copyright Expansions; IP and Information Law Conference, Centre for Intellectual Property Law, Danzig, November 2015

Litigating IP in Investor State Dispute Settlement; Free Trade Agreements and Intellectual Property, Hanken School of Economics, Helsinki, November 2015

IP Treaties in Investor-State Dispute Settlement; Exploring the IP – Investment Interfaces, King's College, Cambridge, April 2015

Innovation, Trade and Public Health Interfaces; National IP Strategy Workshop, WIPO, Islamabad, April 2015

Towards a Common Multilateral Framework in International IP Law? The Limits on Inter-se Modifications of the TRIPS Agreement; CIPIIL 10th Anniversary Conference, CIPIIL, University of Cambridge, Cambridge, April 2015

Marginalization of Traditional Knowledge in the Nagoya Protocol and the CBD; Biodiversity Science, Policy & Law Interfaces, University of Cambridge, Cambridge, Februar 2015

A Global Trade Perspective on Linking IP and Production; IP and Production Workshop, Wolfson College, Cambridge, Januar 2015

Hartmann, T.

Urheberrecht und Möglichkeiten der Zweitveröffentlichung; Workshoptagung für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Leibniz-Gemeinschaft, Institut für Deutsche Sprache (IDS), Mannheim, September 2016

Rechtsfragen für Medienrepositorien; Resource Space Community Meeting, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, Juni 2016

Meins bleibt meins? Vortragsabend, Evangelische Studierendengemeinde (ESG) Berlin, Berlin, Mai 2016

Freier Zugang zu digitalen Archiven und Sammlungen – muss das eine Utopie bleiben? Juristische Kollisionen bei der Archivnutzung? Urheberrecht und Nutzerverhalten im Wissenschaftsarchiv; Universitätsarchiv der Universität Bayreuth, Forschungsstelle für Geistiges Eigentum, Gemeinfreiheit und Wettbewerbsrecht an der Universität Bayreuth, Archiv der MPG, Universität Bayreuth, Bayreuth, April 2016

Sollen wir das Thema Eigentumsklärung treiben lassen? Zu den Chancen, bei Forschungsdaten festgefahrene Verwertungs- und Rechteketten aufzubrechen; 13. InetBib-Tagung, Universität Stuttgart, Stuttgart, Februar 2016

Offener Zugang zu Bildung (Open Educational Resources): Stolpersteine erkennen und Chancen nutzen; 2. Offener IT-Gipfel, Grüne Fraktionen im Bundestag und Berliner Abgeordnetenhaus, Berlin, November 2015

Zitate, Zweitverwertungsrecht, Leseplatz; Herbsttagung der Bibliotheken der Biologisch-Medizinischen Sektion (BMS) der MPG, MPI für Immunbiologie und Epigenetik, Freiburg, November 2015

Zitate, Zweitverwertungsrecht, Leseplatz; Herbsttagung der Bibliotheken der Biologisch-Medizinischen Sektion (BMS) der MPG, MPI für Kohlenforschung, Mülheim an der Ruhr, November 2015

Copyright law as a part of your scholarly work; MPI für Wissenschaftsgeschichte, Berlin, Oktober 2015

Sind Bildung, Wissenschaft und Vergütung europäische oder nationale Aspekte des Urheberrechts? Jahrestagung Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“, Wikimedia, Berlin, Oktober 2015

Der Wissenschaft und dem Urheberrecht verpflichtet: Legal und (vor allem) digital den Erwartungen von Forschung, Lehre und Öffentlichkeit gerecht werden; Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft für medizinisches Bibliothekswesen (AGMB), Universität Basel, Basel, September 2015

Zweitveröffentlichungsrechte in den DACH-Staaten (Moderation); Open Access Tage 2015, Universität Zürich, Zürich, September 2015

Medien & Recht; HU-Web-Day 2015, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, Juni 2015

Urheberrecht in der Lehre – Medien legal nutzen; 30. Fielmann Akademie, Herausforderung Lehre – zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Fielmann Akademie Schloss Plön – gemeinnützige Bildungsstätte der Augenoptik, Plön, Juni 2015

Update zum Zweitveröffentlichungsrecht und neue Rechtsprechung für elektronische Leseplätze; XXXVIII. Bibliothekstagung der MPG, MPG, Berlin, Mai 2015

Creative Commons Lizenzen; XXXVIII. Bibliothekstagung der MPG, MPG, Berlin, Mai 2015

Offene Lizenzen – ein Werkstattbericht zu den rechtlichen Herausforderungen im Jahr 2015; Offene Lizenzen in den Digitalen Geisteswissenschaften, Bayerische Akademie der Wissenschaften, München, April 2015

Henning-Bodewig, F.

Private und behördliche Rechtsdurchsetzung: Handlungsoptionen des Gesetzgebers; Behördliche Rechtsdurchsetzung von Verbraucherrecht? BMWi, Berlin, Dezember 2017

Abmahnungen im Urheberrecht, insbesondere Wirksamkeit der Transparenzvorschriften und Kosten der Rechtsverfolgung; Evaluierung der verbraucherschützenden Regelungen im Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken, BMJV, Berlin, Juni 2017

Free Speech and Free Enterprise – the Foundations for the Law Against Unfair Competition; A Common European Law of Unfair Competition-Europeanization and Integration, University of Copenhagen, Kopenhagen, Januar 2016

Hilty, R. M.

Welcome, Introduction and Chair; Innovation, Economic Development and IP in India and China, IP School of Renmin University of China, ARCIALA, School of Law, Singapore Management University (SMU), Jindal Global University, MPI für Innovation und Wettbewerb, Peking, Dezember 2017

Opening and Welcome and Chair; SEPs, SSOs and FRAND – Fostering Innovation in Interconnectivity – Asian and Global Perspectives, Singapore Management University (SMU), MPI für Innovation und Wettbewerb, Singapur, November 2017

The Many Purposes of Trade Marks (Chair: Session 4); 36th Annual ATRIP Congress: The Object and Purpose of Intellectual Property, ATRIP, Victoria University of Wellington, Wellington, Oktober 2017

Kontrolle der digitalen Werknutzung zwischen Vertrag und Erschöpfung; Jahrestagung, GRUR e.V., Hamburg, September 2017

Vorsitz mit Einführung; Declaration on Patent Protection – Regulatory Sovereignty under TRIPS, MPI für Innovation und Wettbewerb, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, Juli 2017



Protection of Trade Secrets in the EU; Unfair Competition Law and the Legislation on Trade Secrets in China, Huazhong University of Science & Technology, Wuhan, Juni 2017

Der Schutz des Geschäftsgeheimnisses in der EU und in China – neuere Entwicklungen; Universität Shenzhen, Shenzhen, Juni 2017

The role and regulation of claims to fair compensation; GRUR meets Brussels Workshop – The Digital Single Market Copyright Directive Proposal and beyond: Towards a ‚toolbox‘ for future European Copyright Law, GRUR, Brüssel, Juni 2017

Comments; Second Workshop for Junior Researchers in IP Law, KU Leuven, SciencesPo, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, Juni 2017

Welcome; Second Workshop for Junior Researchers in IP Law, KU Leuven, SciencesPo, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, Juni 2017

Substance of a unitary copyright; ECS Conference – Building a EU unitary copyright, European Copyright Society, Paris, Mai 2017

Big Data – Ownership and use in the digital age; Intellectual Property and Digitalization, MCEIPI, BETA, I3PM, Straßburg, Mai 2017

Comments on the ‚value gap‘ and on Text and Data Mining; Opinions of the European Copyright Society on the proposed Copyright Reform, European Commission, Brüssel, April 2017

Welcome; 4th VIPP Roundtable, East China University of Political Science and Law, Shanghai, April 2017

Introduction; Supplementary Protection Certificates in Europe: Status Quo and Perspectives, MPI für Innovation und Wettbewerb, DPMA, München, März 2017

Welcome and Introduction; MPI Workshop: European Intellectual Property Rights and Jurisdiction in Need of a Grand Design? MPI für Innovation und Wettbewerb, Berlin, März 2017

Conclusions; European Intellectual Property Rights and Jurisdiction in Need of a Grand Design? MPI Workshop, MPI für Innovation und Wettbewerb, Berlin, März 2017

Economic rationale for neighboring rights and the preliminary evaluation of a new proposal; Internal Workshop on the academic evaluation of the copyright reform proposal, Europäisches Parlament, Brüssel, Oktober 2016

Welcome Greeting; 3rd VIPP Roundtable, National Taiwan University, Taipeh, Oktober 2016

State Innovation and IPR Policy und Concluding Remarks; Innovation, Economic Development and IP in India and China, Singapore Management University (SMU), O.P. Jindal Global University and Renmin University of China, Neu Delhi, September 2016

Role of the Court of Justice of the European Union: Law Development and Influence on National Decisions – General Structure; Empfang einer Delegation der China Intellectual Property Law Society, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, September 2016

Permitted Uses in Copyright Law – Need for an International Instrument? Comparative Dimensions of Limitations & Exceptions in Copyright Law, National University of Singapore, Centre for Law & Business, Faculty of Law, University of Pennsylvania Law School, The University of Hong Kong, Singapur, Juli 2016

The Way Forward; Workshop on Declaration on Patent Protection: Regulatory Sovereignty under TRIPS, Inter-University Centre for IPR Studies, Cochin University of Science Technology, MPI für Innovation und Wettbewerb, Centre for Economic Studies and Planning, Jawaharlal Nehru University, Institute for Studies in Industrial Development, Neu Delhi, Juli 2016

Copyright Law for the EU – How to do it? Copyright Law for the EU; An open debate with the European Copyright Society, Universitat Oberta de Catalunya, Barcelona, Mai 2016

Property; Wissenschaftliches Symposium im Rahmen der Jubiläumsfeier zum 50-jährigen Bestehen des MPI, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, Mai 2016

The Patent Declaration: Introductory Comments and General Discussion; The Patent Declaration – Regulatory Sovereignty under TRIPS Agreement, University of South Africa (UNISA), Pretoria, April 2016

General Discussion and Closing Remarks; Framing – The Hard Core of Unfair Competition Law, MPI Workshop, MPI für Innovation und Wettbewerb, Berlin, April 2016

La Declaración de Patentes: Alcances y Motivaciones; Innovación, Sistema Internacional de Patentes y Desarrollo, Centro de Propiedad Intelectual, Competencia y Comercio (CEPIC), Universidad ESAN, MPI für Innovation und Wettbewerb, Lima, März 2016

Exhaustion – A Guiding Concept in the Digital World? HKU Lecture in Intellectual Property, Faculty of Law, The University of Hong Kong, Hong Kong, März 2016

Exhaustion – A Guiding Concept in the Digital World? CLE Seminar – Exhaustion – A Guiding Concept in the Digital World? Singapore Management University (SMU), School of Accountancy/Law, Singapur, März 2016

The Max Planck Declaration on a Balanced Interpretation of “The Three-Step Test” in Copyright Law: Past, Present, and Future; Roundtable, Singapore Management University (SMU), School of Law, Singapur, März 2016

Geistiges Eigentum im digitalen Zeitalter; Industrie 4.0: Digitale Wirtschaft – analoges Recht, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI), NOERR, Berlin, Februar 2016

Declaration on Patent Protection – Regulatory Sovereignty under TRIPS; Declaração sobre a Proteção através de Patentes, Soberania Regulatória nos termos de TRIPS, Escola da Magistratura Regional Federal da 2ª Região (EMARF), Rio de Janeiro, November 2015

Declaration on Patent Protection – Regulatory Sovereignty under TRIPS; UCI – TRIPS – Symposium, University of California, Faculty of Law, Irvine, Oktober 2015

Rechtsfragen im digitalen Zeitalter; Schweizerischer Juristentag 2015, Rechtsfragen im digitalen Zeitalter, Schweizerischer Juristenverein, St. Gallen, September 2015

Developing a Common Patent System – Lessons Learned from the European Experiences; Asean IP Public Conference 2015: IP Interoperability: Asean & Beyond, National University of Singapore, Faculty of Law, Singapur, August 2015

Control Mechanisms for CRM Systems and Competition Law; 6th Euro-Asia IP Conference: Exploring sensible ways for paying copyright owners, Institutum Iurisprudentiae, Academica Sinica, MPI für Innovation und Wettbewerb, National Taiwan University, Taipeh, Juni 2015

Ways out of the dilemma of IP regulation; 2015 Asia-Pacific Intellectual Property Forum, National Taiwan University, Taipeh, Juni 2015

IP and Competition Law in Relation to Patent Declaration; 2015 Seminar on Patent Declaration, Tongji University, Shanghai, April 2015

Building a powerful IP Country; 2015 IPR Nanhu Forum, Nanjing University, Nanjing, April 2015

Copyright and the Digital Single Market; Roundtable on the digital single market, Lisbon Council, Brüssel, März 2015

Innovation & Competition – The New Paradigm in IP Law? Intellectual Property and the Public Domain; Universität Bayreuth, Bayreuth, Februar 2015

Kochupillai, M.

Patentability Criteria and the 'Utility' of Section 3(d): From "Strong" IP Regimes to "Stronger" R&D Regimes; International Conference on Intellectual Property Law & Policy: A Device for R&D, Bhopal (India), November 2017

IP Policy in Agriculture Beyond the Green Revolution: Re-thinking the Seed Replacement Policy; Sustainable Seed Innovation Roundtable, Bangalore (India), September 2017

Re-thinking the ‚Ethics‘ in ‚Innovation‘: Case Studies in Culture Specific Innovations; World Youth Forum 2017; Ethics in Innovation Conference 2017, MPI für Innovation und Wettbewerb, World Forum for Ethics in Business, EPA, TUM, DPMA, München, Juni 2017

Law & Policy for the Protection of Farmers' Seed Varieties: Bt Cotton & Seed Replacement Rates; Natural Farming Summit: Innovative Approaches for World Nutrition & Food Security, Bangalore (India), Mai 2017

IP Pluralism in Plant Variety Protection: Empirical Findings from India; 35th Annual ATRIP Congress: Intellectual Property as Functional Pluralism: The Parameters, Challenges and Opportunities of Variations, ATRIP, Krakau, Juni 2016

Promoting Inclusive and Sustainable Innovations in Plant Varieties; Global Congress on Intellectual Property and Public Interest, National Law University, Neu Delhi, Dezember 2015

Revisiting „Market Failures“ for Sustainable Innovations in Plant Varieties; Cultivating Innovation Conference: How (and How Not) to think About Intellectual Property in Agriculture and Plant Sciences, Cultivating Innovation, John Innes Center, Norwich, April 2015

Is UPOV a Good fit for Developing Countries? 16th EIPIN Congress (Part II): The Innovation Society and Intellectual Property, EIPIN, EPA, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, April 2015

Kosaka, J.

Legal practice for Germany / EU advancement; TMI Associates and ARQIS Rechtsanwälte, Tokio, November 2017

Die Rolle der Sondervoten in Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs Japans; Deutsch-Japanische Juristenvereinigung e.V., Augsburg, Februar 2017

Copyright Law of Japan and practice; Deutsch-Japanische Juristenvereinigung e.V., München, November 2016

Kosmides, T.

Exploration und Produktion von Kohlenwasserstoffen; Energie: Juristische und technische Fragen, Gesellschaft von Juristen aus Nordgriechenland, Thessaloniki, April 2016

Die Lizenzverträge über die Exploration und Produktion von Kohlenwasserstoffen aus Sicht des Zivilrechts; Aktuelle Fragen des Energievertragsrechts, Griechische Zivilrechtlervereinigung, Athen, Juni 2015

Ausgewählte vertrags- und urheberrechtliche Probleme beim Vertrieb von E-Books; Rückblick auf das 12. Alumni-Treffen und die gemeinsame Jahrestagung des Alumni-Vereins und des Instituts zum Thema „Digitale Wirtschaft“, Freunde und ehemalige Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, Juni 2015

Lamping, M.

Zugang zu den neuen molekularbiologischen Techniken und den Produkten – ökonomische und sozioökonomische Auswirkungen? 3. Dialogveranstaltung zu den neuen molekularbiologischen Techniken, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Berlin, November 2017

Patent Declaration; Declaration on Patent Protection – Regulatory Sovereignty under TRIPS, MPI für Innovation und Wettbewerb, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, Juli 2017

Promoting Competition and Innovation through Access to Non-Voluntary Licensing: The Pharmaceutical Industry Perspective; St. Petersburg Legal Forum, Ministry of Justice of the Russian Federation, St. Petersburg, Mai 2017

Der Vergleich im Bestandsverfahren – im Namen des Volkes oder im Interesse der Parteien?; LES/VPP Frühjahrstagung – Patentsettlements und Streitbeilegung im IP-Kontext, Licensing Executives Society (LES), Vereinigung von Fachleuten des Gewerblichen Rechtsschutzes (VPP), Frankfurt a.M., März 2017

Patentes de Invención y Soberanía Regulatoria; Universidad de Buenos Aires, Buenos Aires, Oktober 2016

Patent Declaration; Workshop on Declaration on Patent Protection: Regulatory Sovereignty under TRIPS, Inter-University Centre for IPR Studies, Cochin University of Science Technology; MPI für Innovation und Wettbewerb, Centre for Economic Studies and Planning, Jawaharlal Nehru University, Institute for Studies in Industrial Development, Neu Delhi, Juli 2016

The Legal Space for Increasing Responsiveness; Patent Ethics – Responsiveness in European Patent Practices, Oslo and Akerhus University College, King's College London, Universität Hamburg, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, Mai 2016

Patent Declaration; The Patent Declaration – Regulatory Sovereignty under TRIPS Agreement, University of South Africa (UNISA), Pretoria, April 2016

Declaración sobre Protección de Patentes; Innovación, Sistema Internacional de Patentes y Desarrollo, Centro de Propiedad Intelectual, Competencia, Consumidor y Comercio (CEPIC), Universidad ESAN, MPI für Innovation und Wettbewerb, Lima, März 2016

Patent Declaration; Escola da Magistratura Regional Federal da 2a Regiao (EMARF), Rio de Janeiro, Dezember 2015

Patent Declaration; Renmin University, Peking, Juli 2015

IP Treaties and Harmonisation – Economic Friend or Foe? FICPI World Congress 2015, FICPI, Kapstadt, April 2015

von Lewinski, S.

Kritische Würdigung der EuGH-Rechtsprechung zur öffentlichen Wiedergabe; Tagung „Der Begriff der Öffentlichkeit im Recht der öffentlichen Wiedergabe aus europäischer, deutscher und österreichischer Sicht“, ALAI Deutschland e.V., München, November 2017

Urheber und Verleger – Interessengemeinschaft oder Marktgegner; Internationale Gesellschaft für Urheberrechte e.V., München, November 2017

Implication of the ‚Stichting Ienrecht‘ case of the CJEU; Workshop „Interconnected Intellectual Property: Essays in Honour of Sam Ricketson“, University of Melbourne, Melbourne, Oktober 2017

The Value Gap Situation – Ways to Improve the Situation in the EU; Seoul Copyright Forum 2017, Ministry of Culture, Sports and Tourism, Republic of Korea, Korea Copyright Commission, Seoul, Oktober 2017

Modernisation of the EU Copyright rules to facilitate Access to culture and heritage; Estonian Presidency of the Council of the European Union, Estonian National Museum, Tartu, Juli 2017

The Rule of Law and Modernization of IP Law: How the European Commission and the Court of the EU adapt Copyright law to new challenges; Nanhu Forum: International Conference „New Developing Idea and the Rule of Law Modernization of the Intellectual Property Rights“, Shanghai Institute of Technology, Center for Studies of Intellectual Property Rights, Zhongnan University of Economics and Law, Shanghai, April 2017

25 Years of Copyright: Where Has It Been? Where Is It Going? 25th Annual Intellectual Property Law & Policy Conference, Fordham Intellectual Property Law Institute, Emily C. & John E. Hansen Intellectual Property Institute, New York, April 2017

Copyright exceptions and limitations in the digital age – e-lending after the Stichting Ienrecht case of the CJEU; Subregional Seminar „Copyright in the Digital Age“, WIPO, HIPO, Budapest, April 2017

Communication/making available to the public – questions regarding UUC platforms under EU law; Subregional Seminar „Copyright in the Digital Age“, WIPO, HIPO, Budapest, April 2017

Solutions innovantes pour faciliter l'accès aux contenus éducatifs; Regional Meeting for the Heads of Copyright Offices in the Arab Region, WIPO, OTDAV (Organisme tunisien des droits d'auteur et des droits voisins), Tunis, März 2017

Neuere Rechtsprechung und Rechtsetzungsinitiativen im europäischen Urheberrecht – Eine Führung durch den Dschungel; 16. Josef-Kohler Vortrag, Humboldt-Universität zu Berlin, GRUR e.V., Berlin, Februar 2017

Évolutions possibles en matière d'exceptions; Colloque international „L'évolution du droit d'auteur en Europe“, AFPIDA (Association Française pour la Protection Internationale du Droit d'Auteur), Paris, Februar 2017

The EU Copyright Package: Platform Liability and Text and Data Mining; Mid-winter meeting, The Copyright Society of the USA, Napa, Februar 2017

Copyright in the EU: The Role and Influence of the European Court of Justice; Mid-winter meeting, The Copyright Society of the USA, Napa, Februar 2017

Internetplattformen – Herausforderungen an das Urheberrecht: Vergütungsgerechtigkeit auf Online-Plattformen; Institut für Urheber- und Medienrecht, München, Januar 2017

Limitations and exceptions within the framework of copyright reform; Shaping the future of IP, Ministry of Culture and IPO of the Slovak Republic, European Commission, EUIPO, Bratislava, November 2016

Derecho de la competencia y gestión colectiva de la propiedad intelectual; Jornada sobre Competencia y Propiedad Intelectual, El Instituto de Derecho de Autor, Madrid, Juni 2016

Les normes réformées: Les exceptions au droit d'auteur; La Réforme du droit d'auteur dans la société de l'information, CERDI, Université Paris Sud, Université Rennes 1, Paris, Februar 2016

Intellectual property rights in the digital era; Meeting of the Committee on Culture, Science, Education and Media, Parliamentary Assembly of the Council of Europe, Paris, Dezember 2015

Anmerkungen zu geplanten Gesetzesvorhaben in Deutschland; Die Zukunft des Urheberrechts, Initiative Urheberrecht, Institut für Urheber- und Medienrecht, Berlin, Dezember 2015

Collective Rights Management as a Vehicle for Access to Digital Archives and Libraries; Digital Frontiers – Access to Digital Archives and Libraries through Cross Border Collective Rights Management of Copyright, National Library of Sweden, Stockholm University, Stockholm, November 2015

Remuneration for authors and performers and other elements of current discussions; Working Group on IPRs and Copyright Reform, Committee on Legal Affairs, European Parliament, Brüssel, Juni 2015

How could contract law mechanisms be developed to improve economic protection of creators and performers? The model of Article 4 EC Directive 92/100; Internationaler ALAI-Kongress 2015: Vergütung für die Nutzung von Werken – Ausschließlichkeit gegenüber anderen Ansätzen, ALAI Deutschland e.V., Bonn, Juni 2015

Copyright – Developments in the EU; European ICT-policy Conference on the Digital Single Market, Norwegian Ministries of Local Government and Modernisation, Transport and Communication and Trade, Industry and Fisheries, Oslo, Mai 2015

The EU legal framework for exceptions and limitations under the Information Society Directive: Setting the scene; Copyright Exceptions and Limitations within the Scope of the Review of EU Copyright Framework, Latvian Presidency of the Council of the European Union, Ministry of Culture, Latvian Republic, Riga, März 2015

Comment assurer une rémunération équitable au sein des contrats déséquilibrés? – L'exemple de l'auteur et les défis posés par sa rémunération; Université Toulouse Capitole, Institut Fédératif de Recherche, Toulouse, März 2015

Li, T.

Aktuelle Entwicklungen im Recht der Verwertungsgesellschaften; Jahresabschluss-Symposium, Tagung in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, Dezember 2016

Die Verwertungsgesellschaften im deutschen und chinesischen Recht; Doktorandenseminar, MPI für Innovation und Wettbewerb, Universität Zürich, Rom, Oktober 2016

Wahrnehmungspflichten der Verwertungsgesellschaften; Unterricht für die Mitarbeiter der Chinesischen VG Wort, Chinesische VG Wort, Peking, April 2016

Rechtsstellung der Verwertungsgesellschaften und die Rechtsbeziehung zwischen Rechteinhabern; Werknutzer und Verwertungsgesellschaften, Unterricht für die Mitarbeiter der Chinesischen VG Wort, Chinesische VG Wort, Peking, April 2016

Merkmale von „Bestätigung als Verwertungsgesellschaft im Sinne der Urheberrechtswahrnehmungsregelung ohne erforderliche Erlaubnis“; Einige aktuelle Probleme bei der kollektiven Wahrnehmung des Urheberrechts in China, Chinesische VG Wort, Tsinghua University, Peking, April 2016

Analysierung der deutschen UWG-Reform 2015 – Wie sollte die Generalklausel im chinesischen UWG aufgebaut werden? Einige Fragen zu der chinesischen UWG Novellierung 2016; Legislative Affairs Office of State Council of China, Peking, April 2016

Förderung des 3D Druckers im Zusammenhang mit der Richtlinie für „Innovation der Massen und Unternehmertum“ – Ein rechtspolitischer Vergleich mit der deutschen „Industrie 4.0“ Politik; 3D Drucker und Innovationspolitik, Zhongnan University, Ministry of Industry and Information Technology of China, State Intellectual Property Office of China, Changshang, April 2016

Funktion der Verwertungsgesellschaften; Gastvortrag an der Huazhong University of Science & Technology, Wuhan, November 2015

Juristische wissenschaftliche Tätigkeit in Deutschland; Gastvortrag an der Huazhong University of Science & Technology, Wuhan, November 2015

Wahrnehmung des Urheberrechts von den Nichtmitgliedern – Erfahrungen und Analysen Deutschlands und der EU; IP Key: Aktuelle Entwicklungen im Bereich des Wahrnehmung des Urheberrechts in EU und Deutschland, Europäische Kommission, MPI für Innovation und Wettbewerb, VG Wort, München, Juli 2015

Control Mechanisms for CRM Systems and Competition Law; The 6th Conference on European and Asian Intellectual Property: Exploring Sensible Mechanisms for Paying Copyright Owners, Institutum Iurisprudentiae, Academia Sinica, MPI für Innovation und Wettbewerb, Taipeh, Juni 2015

Recent developments and comments in Chinese Copyright law; Asia Round Table, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, April 2015

Lotte, R.

Herausforderungen offener Partizipationskulturen an das Urheberrecht; Junge Wissenschaft – Kolloquium zum Gewerblichen Rechtsschutz, Urheber- und Medienrecht, Deutsche Vereinigung für Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht e.V. (GRUR), Universität zu Köln, Juni 2016

Moscon, V.

Where does copyright law end and do neighbouring rights begin? Online Distribution of Content in the EU, University of Helsinki – Faculty of Law, Helsinki, November 2017

New Neighbouring Rights for Press Publishing; 36th Annual ATRIP Congress: The Object and Purpose of Intellectual Property, ATRIP, Victoria University of Wellington, Wellington, Oktober 2017

Critical Aspects of the European Proposals on Copyright Law in the Digital Market; 2nd Joint Research Workshop on Prosumerism and Copyright, Abteilung Innovation and Entrepreneurship Research, Donau-Universität Krems, Fachbereich Geistiges Eigentum und Datenschutz, Wirtschaftsuniversität Wien, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, Juli 2017

European Copyright Law and Information Technology; XI. Transatlantische Summer Academy zum Geistigen Eigentum, "Internet Technology, Intellectual Property and International Economic Law (Internettechnologie, Geistiges Eigentum und internationales Wirtschaftsrecht)", Bocconi Universität, Mailand, Juli 2017

Harmonization of EU Copyright Rules; Curso Breve dos Direitos de Autor na Comunicação Social, University of Coimbra – Faculty of Law, Coimbra, April 2017

The Modernization of EU Copyright Rules; Absolventenkurs zum Thema Geistiges Eigentum, University of Lisbon – Faculty of Law, APDI, Lissabon, März 2017

Towards an International Instrument on "Permitted Uses" in Copyright Law; Annual Meeting and Symposium: Global Expert on Copyright User Rights, American University – College of Law, Washington D.C., März 2017

Wissenschaftsschranken. Europäische Vorschläge: Text and Data Mining; Wissenschaftsschranke – Neue Vorschläge aus Berlin und Brüssel, ALAI Deutschland e.V., Berlin, November 2016

Open Access: In Search for a Comprehensive Regulatory Approach; Propiedad Intelectual en las Universidades Públicas, Universidad de Burgos – Facultad de Derecho, Burgos, Oktober 2016

Open Access, Open Science, Open Society; 20th International Conference on Electronic Publishing, Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen, Juni 2016

Open Access e Open Data in Europa e in Italia; Workshop: Progetti di ricerca Nazionali, Europei e internazionali, CODAU (Convegno dei Direttori Generali delle Amministrazioni Universitarie), University of Turin, Turin, März 2016

Open science in Italia e in Europa: a che punto siamo? Nostra res agitur: la scienza aperta come questione sociale, Universität Pisa, Fakultät für Politikwissenschaft, Pisa, Oktober 2015

New Challenges in Intellectual Property and International Trade; IX. Transatlantic Intellectual Property Summer Academy (TIPSA), Universität Barcelona, Mailand, Juni 2015

Il plagio musicale: un processo simulato; Akademisches Seminar, Trento Bonporti Musikakademie, Trento, April 2015

Nagel, C

How I Debunk a Copyright Myth; Fullbright Visiting Researchers Day, Fulbright Kommission, San Francisco, Januar 2017

Neumann, M.

Patentrecht und Staatliche Grundlagenforschung; Ökonomisierung der Wissenschaft, Forschen Verantworten, FH Frankfurt, Heinrich-Böll-Stiftung, Frankfurt a.M., Januar 2017

Industry 4.0: The next Patent War Frontier? INDUSRTY 4.0 – Between Standardization and Intellectual Property Protection. What Role for European Governance? IEEE, Brüssel, April 2017



The Value of Commons Theory for studying IP in Practice; 2nd Workshop for Junior Researchers in IP Law, KU Leuven, SciencesPo, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, Juni 2017

Multipolar Patenting Interests in Public Basic Science; Brown-bag Seminar, CiTIP, KU Leuven, Leuven, August 2017

Functions and Conflicts of Patents in Public Basic Science; Brown-bag Seminar, ETH Zürich, Zürich, September 2017

Patents in Public Basic Science – Motives and Functions; Brown-bag Seminar, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, September 2017

Nérisson, S.

Darstellung der neuen Bestimmungen der kollektiven Rechtewahrnehmung nach der Umsetzung der Richtlinie 2014/26; Sitzung der AFPIDA, (La gestion collective au lendemain de la réforme de l'ordonnance du 22 décembre 2016), SGDL, Paris, Oktober 2017

New EU Developments in Collective Management of Copyright; TILTing perspectives 2017: Regulating a connected world, Tilburg University, Tilburg, Mai 2017

Vergleichende Darstellung der Richtlinie und der Verordnung vom 22. Dezember 2016 bzgl. der kollektiven Rechtewahrnehmung; CECOJI-UP und AEMDTIC, Université de Poitiers, Poitiers, April 2017

Remaining scopes for CRM in the online world; Internationale Konferenz: 6th Euro-Asia IP Conference: Exploring Sensible Ways for Paying Copyright Owners, Institutum Iurisprudentiae, Academia Sinica, MPI für Innovation und Wettbewerb, Taipei, Juni 2015

L'article 5.7 de la directive 2014/26/UE, une introduction diabolique du droit des contrats dans le droit d'auteur de l'Union européenne; Internationaler ALAI-Kongress 2015: Vergütung für die Nutzung von Werken – Ausschließlichkeit gegenüber anderen Ansätzen, ALAI Deutschland e.V., Bonn, Juni 2015

Recent EU Regulation of Collective Management of Authors' and Neighbouring Rights: The Forgotten Author; Gastvortrag an der Mykolas Romeris University, Vilnius, April 2015

Olmedo Peralta, E.

Una vuelta a la aplicación de la doctrina de las facilidades esenciales (essential facilities) a la propiedad intelectual e industrial; International Conference on the Challenges for the New Spanish Commission for the Markets and Competition (CNMC), Madrid, November 2016

The Regulation of Competition and Innovation in the European Union and Spain: Opportunities for the Philippines and the ASEAN; International Scientific Congress on Private Law of the Philippines and Spain, Ateneo de Manila University School of Law, Manila, Juni 2016

La incidencia de las acciones por daños sobre la efectividad de los programas de declamencia y la estabilidad de los cárteles en el Derecho Europeo de la Competencia (The incidence of damage claims on the effectivity of leniency programs and the stability of cartels in European Competition Law); International Conference on Competition and Damages: the Transposition of Directive 2014/104/UE, University of Valencia, Valencia, November 2015

Oprysk, L.

Development of the Secondary Market for E-books: the Case of Amazon; International Conference on Regulation and Enforcement in the Digital Age (REDA 2017), University of Cyprus, Zypern, November 2017

Pacud, Z.

Data exclusivity as an instrument of legal protection for pharmaceuticals; 36th Annual ATRIP Congress: The Object and Purpose of Intellectual Property, ATRIP, Victoria University of Wellington, Wellington, Oktober 2017

The role of data exclusivity in the legal protection of medicinal products; 36th Annual Seminar for Patent Attorneys of Higher Education Entities, Polish Patent Office, Cedzyna, September 2017

Paschold, F.

Principles of procedure in litigation before the Unified Patent Court; IPR Nordic Network Meeting 2015 – IP Openings under the Nordic Lights, Universität Helsinki, Pyhänturi, April 2015

Pereira, A. L.

As licenças de software livre e open source (FLOSS) como ferramenta de equidade tecnológica; O contrato na gestão do risco e na garantia da equidade, Group Contract and Social Development, Institute for Legal Research, Faculty of Law, University of Coimbra, Coimbra, November 2015

Picht, P.

Alternative Dispute Resolution (ADR): An Actual Litigation Alternative for SEP Holders? Standards, Patents, and Competition: Law and Litigation 2017, InformaPLC, London, Dezember 2017



Dateneigentum und Datenzugang – Schutz von Geschäftsgeheimnissen als Alternative? Dateneigentum und Datenzugang: Herausforderungen in der Praxis, Schweizer Forum für Kommunikationsrecht (SF) & Center for Information Technology, Society, and Law (ITSL), Zürich, November 2017

Good faith ex post breach of FRAND assurances – an antitrust issue? 61st Annual IP Conference: Current Developments in Intellectual Property, Information Technology & Privacy Law, The John Marshall School of Law, Chicago, November 2017

WIPO/Munich IPDR “FRAND” Arbitration Case Management Guidelines; Genf, Juni 2017

Rechtsrahmen für das autonome Fahren; SATW-Forum Autonomes Fahren, SATW (Schweizerische Akademie der Technischen Wissenschaften), Zürich, Juni 2017

Innovation and Competition in Life Sciences Law; Gastvortrag an der Universität Basel, Basel, Juni 2017

IP Arbitration & the UPC Arbitration Center; Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS) e.V., München, Juni 2017

The IPR Landscape; IoT & Connectivity Standards, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, April 2017

Patent Litigation in Germany and Europe; Phoenix, März 2017

Industry 4.0 and FRAND Licensing; IPDR Forum, Munich IPDR Forum, München, März 2017

IP Arbitration – ein Überblick; DIS40, Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS) e.V., Frankfurt a.M., März 2017

Relative Marktmacht und Fair-Preis-Initiative; Zürich, März 2017

International Arbitration of Intellectual Property Disputes (Book Presentation); 15. Petersberger Schiedstage, Bergisch Gladbach, Februar 2017

Verjährungshemmung durch Mediation – (Irr-)Wege der Rechtsprechung im Umgang mit dem neuen deutschen Verjährungsrecht (Habilitationvortrag); LMU München, München, Februar 2017

Machine decisions causing harm – who is liable? 5th Risk Center Dialogue Event on Decision-Making in Complex Environments: From Humans to Machines, ETH, Zürich, Januar 2017

Patent Assertion Entities and Privateering in Patent Law; 10th Annual Conference on Patents, Standards, and Competition, Informa PLC, London, Dezember 2016

Marktmacht und Marktmachtmissbrauch im UWG; Jubiläum im Lauterkeits-, Kartell- und Preisüberwachungsgesetz – Ein Blick zurück in die Zukunft des gemeinsamen Wettbewerbschutzes, Carnot-Cournot-Netzwerk, Bern, November 2016

Die Anerkennung von Common Law-Stiftungen – Neue Fragen im Internationalen Privatrecht? 4. Zürcher Stiftungsrechtstag, Universität Zürich, Zürich, Juni 2016

Lebensmittelmarkt und Kartellrecht; Seminar der Forschungsstelle für Deutsches und Europäisches Lebensmittelrecht der Universität Bayreuth, Universität Bayreuth, München, Juni 2016

Follow the money – Wettbewerbsrechtliche Aspekte einer Selbstverpflichtung von Werbetreibenden; ALAI-Tagung: Perspektiven der Rechtsdurchsetzung im Internet – Haftung von Access-Providern und “follow the money”, Goethe-Universität Frankfurt am Main, ALAI Deutschland e.V., Frankfurt a.M., März 2016

Big Data and artificial intelligence: a new frontier for competition law? 5th AIJA Annual Competition Conference 2016, AIJA, Valencia, März 2016

Pilicheva, A.

Generic als eine besondere Art von Medikamenten; IV. Internationale Wissenschaftliche Konferenz: Wissenschaft und moderne Welt, Archivar, Kiew, Januar 2016

Patentschutz für Arzneimittel: der aktuelle Stand in Europa und Russland; Seminar für die Lomonosov- und Kant- Stipendiaten 2015/2016, Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Russisches Ministerium für Bildung und Wissenschaft, Bonn, Oktober 2015

Podszun, R.

Behördliche Befugnisse im Verbraucherrecht? Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin, Dezember 2017

Taking all Circumstances into Account: Is Effects-Based Analysis Back? CRA Annual Brussels Conference: Economic Developments in European Competition Policy, CRA, Brüssel, Dezember 2017

Innovation, Vielfalt und Wahlfreiheit: Neue Regeln für die Marktplätze der digitalen Wirtschaft; Für einen fairen Wettbewerb – gegen die Macht der digitalen Plattformen, Finanzplatz München Initiative/Bayerische Börse, München, Dezember 2017

Verbraucherschutz und Kartellrecht, Münchner Kartellrechtsforum e.V., MPI für Innovation und Wettbewerb, München, Dezember 2017

Moderation des Panels mit Generaldirektor Johannes Laitenberger; EU Competition Conference, CMS Competition & EU Group, Brüssel, Oktober 2017

Innovationen und Kartellrecht; DICE Workshop, Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf, September 2017

- The Data Economy: Competition Law Strategies to React to New Business Models; EuCML Research Conference, EuCML, Utrecht, September 2017
- Trostpreise im Wettbewerb und die digitale Ökonomie; Antrittsvorlesung, Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf, Juli 2017
- Unerwünschte Werbung per Telefon und E-Mail: Evaluierung des Gesetzes gegen unseriöse Geschäftspraktiken; Einzelvortrag am BMJV, Berlin, Juni 2017
- (Un)Fair Play? – Die Vermarktung des Sports und das Recht; Ringvorlesung: Vélomanie, Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf, Mai 2017
- Postmoderne Kreativität und Urheberrecht; Interdisziplinäre Tagung: Die Referenz als Teil der Kunstform: Zeitenwende im Urheberrecht? Universität Siegen, Siegen, Mai 2017
- Auswirkungen der 9. GWB-Novelle auf die Medienbranche; 16. @Kit-Kongress – 6. Forum: Kommunikation & Recht, @Kit, Kommunikation & Recht, Köln, Mai 2017
- Nachgespräch zur Theateraufführung „Terror“; Deutsches Nationaltheater, Weimar, Mai 2017
- Globales Kartellrecht; EU Kartellrecht im globalen Kontext, Universität Würzburg, Würzburg, Mai 2017
- Data-Sharing Platforms – Between Anti-Competitive Information Sharing Among Competitors and Pro-Competitive Access Regimes; 18th EIPIN Congress (Part II): The New Data Economy between Data Ownership, Privacy and Safeguarding Competition, EIPIN, EPA, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, April 2017
- Moderation des Kolloquiums zum Theodor-Heuss-Preis; Theodor-Heuss-Stiftung, Stuttgart, März 2017
- Free Flow of Data and Competition Law; CCP, University of East Anglia, Norwich, März 2017
- Free Movement of Data and Competition Law; Gastvortrag an der University of Exeter, Exeter, März 2017
- Contextualising the IP versus competition law clash – an evolutionary approach to the Huawei case; CIPIL Seminar, University of Cambridge, Centre for Intellectual Property and Information Law, Cambridge, März 2017
- Evolutionary Legal Thinking; Consumer Law Research Conference, City University, Hong Kong, Februar 2017
- Anhörung zur GWB-Novelle als Sachverständiger im Wirtschaftsausschuss; Deutscher Bundestag, Berlin, Januar 2017
- Mittagstisch Gute Lehre; Kompetenzzentrum Juristisches Lernen und Lehren, Universität zu Köln, Köln, Dezember 2016
- Zugang zu Daten; Workshop: Big Data, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin, November 2016
- Kartellrechtskonforme Gestaltung von Datenpools; Arbeitskreis Kartellrecht, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Düsseldorf, Oktober 2016
- Data Pools and Dynamic Efficiencies in Competition Law; Workshop Innovation and Competition, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, Oktober 2016
- Regelsetzung durch Gerichte; Regelsetzung im Privatrecht, Center for Advanced Studies, LMU München, München, Oktober 2016
- Verbraucherverhalten und Verbraucherinteressen aus kartellrechtlicher Perspektive; Professorentagung des Bundeskartellamts, Bundeskartellamt, Bonn, Oktober 2016
- Kartellrecht und Public Policy; WuW Fachtagung Kartellrecht, Wirtschaft und Wettbewerb (WuW), Köln, September 2016
- Staatliche Wirtschaftstätigkeit im IT-Sektor und wettbewerbsrechtliche Grenzen; Jahrestagung Databund, Databund, Hemer, September 2016
- Neues Denken – altes Denken; Geschäftsmodelle der digitalen Welt, Forschungsstelle für Verbraucherrecht, Universität Bayreuth, Bayreuth, Juli 2016
- Dankesrede anlässlich der Verleihung des Ars Legendi-Fakultätenpreises Rechtswissenschaften; Universität zu Köln, Köln, Juni 2016
- Kartellrecht und digitale Ökonomie; Informationsgespräch, Arbeitskreis Kartellrecht der GRUR, Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission, Brüssel, Juni 2016
- Weltkartellrecht; Gastvortrag an der Universität Würzburg, Würzburg, Juni 2016
- Neue Entwicklungen im Medienkartellrecht; 13th Debating Competition Dinner: Medien- und Telekommunikationsmärkte im Wandel – Kartellrechtliche Herausforderungen, Debating Competition, Zürich, Juni 2016
- Wirtschaftsrecht und Medienrecht: Schnittstellen aus wirtschaftsrechtlicher Perspektive; Jahrestagung 2016: Schnittstellen zwischen Medienrecht und Wirtschaftsrecht, Institut für Rundfunkrecht, Institut für Medienrecht und Kommunikationsrecht, Köln, Mai 2016
- Innovation in Competition Law; Wissenschaftliches Symposium im Rahmen der Jubiläumsfeier zum 50-jährigen Bestehen des MPI, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, Mai 2016
- Urheberrecht und Theater; Akademietag der Bayerischen Theaterakademie, Bayerische Theaterakademie, München, Mai 2016
- Netzneutralität und Wettbewerb; Jenaer Medienrechtliche Gespräche, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, April 2016
- Medienkartellrecht – die aktuelle Fallpraxis; 15. @kit-Kongress: Internet und Recht und Freiheit, @kit, Berlin, April 2016



Intersections of Antitrust and Unfair Competition Law; Framing – The “Hard Core” of Unfair Competition Law, MPI Workshop, MPI für Innovation und Wettbewerb, Berlin, April 2016

Neue Entwicklungen im Bereich des Artikel 102 AEUV; Internationales Forum EU-Kartellrecht, Studienvereinigung Kartellrecht, Brüssel, März 2016

Braucht das moderne Theater ein neues Urheberrecht? Brecht-Tage, Literaturforum, Berlin, Februar 2016

Die kommerziellen Tochtergesellschaften von ARD und ZDF im Wettbewerb; Media Workshop, Universität Bayreuth, Bayreuth, Januar 2016

Chart your Art; WiWis wollen's wissen, Fachschaft der Universität Bayreuth, Bayreuth, Dezember 2015

Digital Platforms and Competition Law; Platform Services in the Digital Single Market: Common Legal Issues of Platform Services, European Legal Studies Institute, Osnabrück, November 2015

Dankesrede anlässlich der Verleihung des Preises für gute Lehre des Freistaats Bayern; Preise für gute Lehre an den staatlichen Universitäten in Bayern, Iwalewahaus Universität Bayreuth, Bayreuth, November 2015

UWG und Datenschutz; 13. Bayreuther Forum Wirtschafts- und Medienrecht: Datenschutz in der betrieblichen Praxis, Universität Bayreuth, IHK für Oberfranken Bayreuth, FWMR, BFM Bayreuth, Bayreuth, November 2015

Evolutionary Legal Theory; Gastvortrag an der Hanken School of Economics, Helsinki, November 2015

IP and Competition Law; Gastvortrag an der Hanken School of Economics, Helsinki, November 2015

Dankesrede anlässlich der Verleihung des Michael-Althen-Preises; Deutsches Theater, Berlin, Oktober 2015

Anhörung als Experte der Regierungsfractionen zum Medienkartellrecht; Deutscher Bundestag, Berlin, September 2015

State-related restraints of competition; Gastvortrag an der University of Dar es Salaam, Dar es Salaam, August 2015

Anhörung als Experte in der Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz; Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin, Juli 2015

Digitale Vernetzung im Auto – die rechtliche Perspektive; Rückblick auf das 12. Alumni-Treffen und die gemeinsame Jahrestagung des Alumni-Vereins und des Instituts zum Thema „Digitale Wirtschaft“, Freunde und ehemalige Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, Juni 2015

Wirtschaftsrecht: Ermöglichung oder Begrenzung ökonomischen Handelns? Gastvortrag an der Universität Bayreuth, Bayreuth, Juni 2015

The Pitfalls of Market Definition – Towards an Open Concept of Markets; Ascola-Conference, Meiji University, Tokio, Mai 2015

Competition Law and the Financial Crisis; DAAD-Konferenz, Escuela Diplomática, Madrid, Mai 2015

Public Interest as an Argument in Antitrust and Merger Cases; 22nd St. Gallen International Competition Forum, St. Gallen ICF, St. Gallen, April 2015

Ordnungsökonomische Perspektiven aus rechtstheoretischer Sicht; Koreferat, Konferenz „Legitimation wirtschaftlicher Ordnungen“, Walter-Eucken-Institut, Wilhelm-Röpke-Institut, Weimar, Januar 2015

Rampazzo, N.

Regulación internacional y de la Unión europea sobre las indicaciones geográficas y las denominaciones de origen; Einzelvortrag, Universidad de las Islas Baleares – Law Department, Palma de Mallorca, September 2017

Tutela del know how; Seminars on Strumenti e strategie per le idee di valore: innovare per crescere; Confindustria Campania, Gruppo Giovani imprenditori, Salerno, Juli 2015

Richter, H.

Is the PSI Directive suitable for research establishments? Participatory workshop on Open Research Data within the context of the Public Sector and Information Re-use Directive (Directive 2003/98/EC), Europäische Kommission, Brüssel, Dezember 2017

Text and data mining and the EU copyright reform; Debate on text and data mining – A key technology for Europe's competitiveness, BITKOM, Brüssel, März 2017

The Private Power Paradigm in Private Law – Towards a Holistic Regulation of Personal Data; Personal Data in Competition, Consumer Protection and IP Law: Towards a Holistic Approach? Post-Doc-Konferenz 2016, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, Oktober 2016

Slowinski, P.

Fields of Self-Regulation and Codes of Conduct; SEPs, SSO and FRAND – Fostering Innovation in Interconnectivity: Asian and Global Perspectives; Applied Research Centre for Intellectual Assets and the Law in Asia, Singapore Management University, Singapur, November 2017

The Legal Nature of FRAND-declaration – EU-Perspective; SEPs, SSO and FRAND – Fostering Innovation in Interconnectivity: Asian and Global Perspectives, Applied Research Centre for Intellectual Assets and the Law in Asia, Singapore Management University, Singapur, November 2017

Standard Essential Patents – Beyond Competition Law; International Symposium on Legal Reforms in Standard Essential Patents, Intellectual Property Law Center, School of Law Tsinghua University, Peking, November 2015

The New European Unitary Patent and the Unified Patent Court; University of Arizona James E. Rogers College of Law, Tuscon, Oktober 2015

Straus, J.

Ethical, Legal and Economic Aspects of Research and Development in the Area of Human Embryonic Stem Cells; Gastvortrag an der Tsinghua University School of Law, Peking, November 2017

Ethical, Legal and Economic Aspects of Research and Development in the Area of Human Embryonic Stem Cells; Gastvortrag an der Huazhong University of Science and Technology, Wuhan, November 2017

Industry and Country Specific Use of Patents as Development Indicators, Considerations Based on Patent Statistics; Gastvortrag an der Huazhong University of Science and Technology, Wuhan, November 2017

How Much Patenting is Needed for Sustainable Global Competitiveness – The Case of Italian Mechanical Engineering Industry; Gastvortrag an der Hubei Normal University (HBNU), Huangshi, November 2017

Ethical, Legal and Economic Aspects of Research and Development in the Area of Human Embryonic Stem Cells; Gastvortrag an der Jinan University, Guangzhou, November 2017

How Much Patenting is Needed for Sustainable Global Competitiveness – The Case of Italian Mechanical Engineering Industry; Gastvortrag an der Fujian University of Technology, Fuzhou, November 2017

Priority Right in the Practice of the European Patent Office; Gastvortrag an der Tsinghua University School of Law, Peking, November 2017

Report on Activities of the Permanent Working Group on IP since the last ALLEA General Assembly; Hungarian Academy of Sciences, Budapest, September 2017

Government and Courts as Pacemakers of Sustainable Innovation; 2017 Guangdong Intellectual Property Trade Expo & Pearl River Forum, Guangzhou, August 2017

Ethical, Legal and Economic Aspects of Research and Development in the Field of Human Embryonic Stem Cells; Slovenian Academy of Sciences and Arts (SAZU), Ljubljana, Mai 2017

Ethical, Legal and Economic Aspects of Research and Development in the Field of Human Embryonic Stem Cells, Faculty of Law and Faculty of Medicine, University of Maribor, Maribor, Mai 2017

Complexities and Deficiencies of Patent Protection for Pharmaceuticals; State Intellectual Property Office (SIPO), Peking, Dezember 2016

Scientific Progress, Law and Ethics – In the Light of the Protection of Medicinal Inventions; Tsinghua University School of Law, Peking, Dezember 2016

Antitrust Aspects of Patent Settlement Agreements, The “Pay for Delay” or “Reverse Payment” Settlements; Tsinghua University School of Law, Peking, Dezember 2016

Scientific Progress, Law and Ethics – In the Light of Medicinal Inventions; The Day of the Faculty of Law, Faculty of Law and Faculty of Medicine, University of Maribor, Maribor, Oktober 2016

Intellectual Property and Modern Society; I. State High School, Maribor, Oktober 2016

Importance of IP Policy and IP Management in an Emerging Economy – With Special Emphasis on South Africa; Seminar: Managing Intellectual Property to the Benefit of Industry and National Economy, Department of Science and Technology, NIPMO and UNISA, UNISA Brooklyn Campus, Pretoria, Juli 2016

Report on the Activities of the Permanent Working Group on IPRs of the European Federation of Academies of Sciences and Humanities (ALLEA); ALLEA General Assembly 2016, Austrian Academy of Sciences, Wien, April 2016

Industry and Country Specific Use of Patents as Development Indicators, Considerations Based on Patent Statistics; 2016 IPR Nanhu Forum: International Conference on Intellectual Property Rights Protection and the Building of IP Power, Center for Studies of Intellectual Property Rights of the Zhongnan University of Economics and Law (ZUEL), Peking, April 2016

Patentability and Scientific Progress: Modern Biotechnology as an Example; Giurisprudenza e Scienza, Accademia Nazionale dei Lincei, Rom, März 2016

European and International Development in the IP Area; Round Table Discussion, American Chamber of Commerce, Ljubljana, Januar 2016

Report on the Activities of the Working Group on IPRs since the last ALLEA General Assembly; ALLEA Board Meeting, All European Academies (ALLEA), The Royal Irish Academy, Dublin, Dezember 2015

Some Thoughts on how to Improve Effective Protection of Pharmaceuticals and Lower their Costs; The Role of Intellectual Property in Positioning the Economy of the Western Balkans in the Global Market, University of Belgrade, Faculty of Law, Belgrad, November 2015

The Indicative Value of Patent Statistics; 34th Annual ATRIP Congress: Intellectual Property in Action in Society – New Perspectives from the North, the South and the Cloud, ATRIP, Kapstadt, September 2015



Patenting and Exploitation of Results in Human Embryonic Stem Cell Research; 27th Annual Conference of Academia Europaea: Symbiosis – Synergy of Humans & Technology, Academia Europaea, Darmstadt, September 2015

Future Reinforced Activities Between the EU and China on IP Matters; Celebrating 10 years of the EU-China IP Dialogue Mechanism, EU-Commission, Brüssel, Juni 2015

La propensione ai brevetti in Italia alla luce degli sviluppi globali (Italy's Propensity Towards Patenting in the Light of Global Developments); L'industria al centro: un'agenda per la crescita, Aspen Seminars for Leaders, Aspen Institute Italia, Venedig, Mai 2015

Creating Innovative Cultures and Intellectual Property; IP Key – Suzhou Forum: INSIGHT IP – 10 years of EU-China Cooperation in IP – Future perspectives, Renmin University, Suzhou, Mai 2015

The Role of Academics in Developing Intellectual Property; IP Key – Renmin University Round Table Discussion, Renmin Universität, Suzhou, Mai 2015

Report on Activities of the Permanent Working Group on IP since the Last ALLEA; 16th ALLEA General Assembly, Academy of Science of Lisbon, Lissabon, April 2015

South Africa and Intellectual Property – Observations of an Interested Academic; Managing Intellectual Property – An Important Determinant of Economy, University of South Africa (UNISA), Pretoria, April 2015

Subramanian, S.

Car Spare Parts – Indian Competition Commission Decision and Implications; 10th ASCOLA Conference “Abuse Regulation in Competition Law – Past, Present and Future”, Meiji University, Tokio, Mai 2015

The New (Draft) Indian Intellectual Property Rights Policy: Ignoring US Pressure?; Munich Intellectual Property Law Centre Asia Roundtable, Munich Intellectual Property Law Centre (MIPLC), München, Juni 2015

Surblytė, G.

The Protection of Non-personal Data and the Role of Algorithms in the Digital Economy; Lietuvos Respublikos Konkurencijos taryba, Competition Council of the Republic of Lithuania, Vilnius, Dezember 2016

Assessing Innovation in the Digital Economy: Artificial Intelligence and Machine-Generated Innovation Driven by Data; 11th ASCOLA Conference “The Role(s) of Innovation in Competition Analysis”, Leiden University, Leiden, Juli 2016

Data Protection and Platform Competition in the EU: a Co-Regulatory Approach? RegGov2016 – ECPR Standing Group on Regulatory Governance Sixth Biennial Conference: Between Collaboration and Contestation: Regulatory Governance in a Turbulent World, Tilburg University, Tilburg, Juli 2016

Regelungsbedarf: Daten als Wertschöpfungsfaktor: Gesetzgeberischer Handlungsbedarf? Tagung in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, Juni 2016

Trade secret protection in the EU: implications for employee mobility and competition; Seminar: Unfair competition in and beyond IP, IPR Summer School 2016, IPR University Center, Hanken School of Economics, Helsinki, Juni 2016

Property Rules v. Liability Rules in IP and Competition Law; Discussion Series on Fundamental Works, Munich Intellectual Property Law Center (MIPLC), München, April 2016

Market Definition and the Assessment of Mergers in the Digital Economy; Lietuvos Respublikos Konkurencijos taryba (Competition Council of the Republic of Lithuania), Vilnius, Dezember 2015

Trade Secrets, Employee Mobility and Innovation: ‘in Search of the Philosopher’s Stone’; 34th Annual ATRIP Congress: Intellectual property in action in society: new perspectives from the North, the South and the Cloud, ATRIP, Kapstadt, September 2015

Commitment Decisions in the Digital Economy; Kolloquium zum Recht des Geistigen Eigentums und Wettbewerbsrecht für Nachwuchswissenschaftler, LMU München, München, Juli 2015

Internet and Regulation: the Debate on Net Neutrality; Building the Legal Infrastructure of the Digital Single Market, The Italian Association of Young Lawyers (AIGA), Europäisches Parlament, Brüssel, Juli 2015

Zur Zukunft der Internet-Wirtschaft: Wieso brauchen Unternehmen Patente? Rückblick auf das 12. Alumni-Treffen und die gemeinsame Jahrestagung des Alumni-Vereins und des Instituts zum Thema „Digitale Wirtschaft“, Freunde und ehemalige Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, Juni 2015

Dominance in the Digital Economy; 10th ASCOLA Conference “Abuse Regulation in Competition Law – Past, Present and Future”, Meiji University, Tokio, Mai 2015

Digital Dominance: How to Deal with Internet Giants? 3rd E.CA Competition Law and Economics Expert Forum: Digital Dominance, Brüssel, Mai 2015

Platform Competition in the Digital Economy; Competition Law Trends: What is Important for the Business Today, RAIDLA LEJINS & NORCOUS, The Lithuanian Confederation of Industrialists, Vilnius, April 2015

Sutterer, M.

Der Verordnungsvorschlag COM(2016)594 – das Ursprungslandprinzip und seine Auswirkungen auf Rechtevergabe und Rechtsdurchsetzung; Tagung: Junge Wissenschaft – Kolloquium zum Gewerblichen Rechtsschutz, Urheber- und Medienrecht, Immaterialgüter und Digitalisierung, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Freiburg, Juni 2017

Collective Rights Management in Europe; Gastvorlesung als Teil der Vorlesung „Dritto d'autore e arte“, Universität Trento Juristische Fakultät, Trento, Mai 2017

Das Kollisionsrecht der kollektiven Rechtswahrnehmung; Jahresabschluss-Symposium, Tagung in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, Dezember 2016

Tomada, L.

The impact of the UPC on incentives for innovative start-ups; Advanced Research Proposal Presentation, Macao IP Seminar, Institute of European Studies of Macao, Macao, November 2017

The impact of the UPC on incentives for innovative start-ups; Advanced Research Proposal Presentation, MIPLC Scientific Advisory Board, München, November 2017

Ullrich, H.

Protecting Patents Beyond Their Limits; Gastvortrag an der ETH Zürich, Center for Law & Economics, Zürich, Oktober 2017

The European Union's Patent System After the Brexit: Unitary Protection Everywhere? Gastvortrag an der ETH Zürich, Center for Law & Economics, Zürich, Oktober 2017

Fake News Flooding the Internet – Behavioural Remedies in the Public Interest; Fake News Flooding the Internet: Remedies Without Censorship, Fondazione Centro Nazionale di Prevenzioni e Difesa Sociale, Mailand, Mai 2017

Le système de protection du brevet unitaire de l'Union après le Brexit: désuni, mais unifié? Brexit et Propriété intellectuelle: Perspectives et réalités, Institut de recherche en propriété intellectuelle, Université de Paris II, Paris, April 2017

EuGH und EPG im europäischen Patentschutzsystem: Wer hat was zu sagen? Symposium: Methodenfragen des Patentrechts, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, Dezember 2016

Intellectual Property (Patents), Competition Law and Standards under EU Law; EU – China Innovation Policies Roundtable, Xiamen University, Xiamen, Dezember 2016

Intellectual Property Protection in the EU: A Law for its Own Community Only; Workshop: The EUI Law Department and the next 40 years of legal research, Europäisches Hochschulinstitut, Florenz, Juni 2016

General Introduction; Academic Workshop: The Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) – Issues and Perspectives for International Commercial Law, College of Europe, Law Department, and Association internationale de droit économique, Brügge, April 2016

The Prospect of a Transatlantic Trade and Investment Partnership and Intellectual Property: Globalizing Bilateral Deep Integration? International Conference: Free Trade Agreements and Intellectual Property, Hanken School of Economics and IPR University Center, Helsinki, Juni 2015

Walz, A.

Was ist zu beachten beim FRAND- & SEP-Licensing? IP Summit 2017, Bundesverband der Unternehmensjuristen (BUJ), München, November 2017

FRAND ADR Case Management Guidelines; WIPO ADR Workshop 2017, WIPO und MPI für Innovation und Wettbewerb, München, November 2017

Regulatory Implications of the Ethics of Electric Mobility; Electrical Mobility is Coming – Get Behind the Wheel, EU Business School, München, Oktober 2017

Implementing Ethics into Artificial Intelligence Applications; Ethics in Innovation Conference 2017, MPI für Innovation und Wettbewerb, World Forum for Ethics in Business, EPA, TUM, DPMA, München, Juni 2017

Case law post Huawei in Germany; Gastvortrag an der University of Helsinki, Helsinki, März 2017

Standards, Patente und FRAND Lizenzen: Ein Blick hinter die Kulissen der Streitigkeiten um Technologiestandards; 15. Petersberger Schiedstage 2017 – Schiedsverfahren um Geistiges Eigentum (IP Arbitration), Bergisch Gladbach, Februar 2017

Die Janusköpfigkeit der Vertraulichkeit bei Schiedsverfahren mit IP-Bezug; Vortragsreihe DIS40, Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS), München, Juli 2016

Industrie 4.0; Erster KWM Future Trends Talk – Panel-diskussion, King & Wood Mallesons, München, April 2016

Wernick, A.

Die Innovationsfreundliche Zwangslizenz; Big Data: Welche Rechtsregeln brauchen wir?, Doktorandenseminar, MPI für Innovation und Wettbewerb, Universität Zürich, Bordeaux, Mai 2017

Wiedemann, K.

Data Protection and Credit Scoring in the US and the EU – A Comparative Perspective; Gastvorlesung als Teil der Vorlesung „Comparative Law“ von Frau Prof. Dr. Laura Carlson, Universität Stockholm, Stockholm, Dezember 2017

Automated Processing of Personal Data for the Evaluation of Personality Traits – Legal and Ethical Issues; Ethics in Innovation Conference 2017, MPI für Innovation und Wettbewerb, World Forum for Ethics in Business, EPA, TUM, DPMA, München, Juni 2017

The current Debate on Data Ownership and Access to Data: First lessons from in-depth Industry Interviews (zusammen mit Franziska Greiner); Konferenz „The Many Dimensions of Data“, Télécom ParisTech, Paris, Juni 2017

Zur Zulässigkeit von Profiling als Teil der digitalen Wirtschaft – Bestandsaufnahme und Ausblick; Jour Fixe des Instituts für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Heidelberg, Februar 2017

Academic Freedom and the Rights to University Teaching Materials: A Comparison of Swedish, American and German Approaches; Gastvorlesung als Teil der Vorlesung „Comparative Law“, Juristische Fakultät der Universität Stockholm, Stockholm, Dezember 2016

Daten als Wertschöpfungsfaktor: Gesetzgeberischer Handlungsbedarf? Daten als Wertschöpfungsfaktor: Gesetzgeberischer Handlungsbedarf? Tagung in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, Juni 2016

Academic Freedom and the Rights to University Teaching Materials: A Comparison of Swedish, American and German Approaches; Comparative Law, Juristische Fakultät der Universität Stockholm, Stockholm, Dezember 2015

Yamaguchi, A.

The Unified Patent Court and Legal Issues; 118th Annual Conference of the Japanese Society of International Law, Japanese Society of International Law, Nagoya, September 2015

Zafrilla, V.

Estrategias de Patentamiento en Europa: Consecuencias prácticas de la futura patente unitaria; WIPO Summer School, IMPI, Mexico City, Mexico, Juni 2017

Protección Unitaria de los DPI en Europa; Latin America IPR SME Helpdesk, INAPI, Santiago de Chile, Chile, Mai 2017

3 Geförderte Forschungsarbeiten

3.1 Abgeschlossene Forschungsarbeiten

3.1.1 Habilitation

Prof. Dr. Josef Drexl

2017

Peter Picht: Vom materiellen Wert des Immateriellen – Immaterialgüterrecht als Kreditsicherungsmittel im nationalen und internationalen Rechtsverkehr

3.1.2 Dissertationen

Prof. Dr. Josef Drexl

2017

Balthasar Johann Strunz: The Interface of Competition Law, Industrial Policy and Development Concerns – The Case of South Africa

2016

Rachel Alemu: Promoting Competition in the Telecommunications Markets of Sub-Saharan Countries through Liberalisation: An Analysis of the Regulatory Framework in Uganda

Markus Raeder: Schutz des Lieferanten als Marktgegenseite im Kartellrecht

Veröffentlichung in:
Münchener Schriften zum Europäischen und Internationalen Kartellrecht, 36,
Stämpfli, Bern; Nomos, Baden-Baden 2017, 361 S.

2015

Patrick Hildebrandt: Strafrechtliche Verantwortung im internationalen Kartellrecht – Eine Untersuchung zur Vermeidung zwischenstaatlicher Verwerfungen infolge der Kriminalisierungsbewegung

Veröffentlichung in:
Münchener Schriften zum Europäischen und Internationalen Kartellrecht, 35,
Stämpfli, Bern; Nomos, Baden-Baden 2016, 419 S.

Filipe Fischmann: 'Reverse Payments' als Mittel zur Beilegung von Patentstreitigkeiten – Ein Verstoß gegen das Kartellrecht?

Veröffentlichung in:
Münchener Schriften zum Europäischen und Internationalen Kartellrecht, 34,
Stämpfli, Bern 2016, XXV, 598 S.

Mrinalini Kochupillai: Promoting Sustainable Innovations in Plant Varieties – Revisiting 'Creative Destruction' and Market Failure in the Agricultural Seeds Sector, with Special Reference to India

Veröffentlichung in:
Munich Studies on Innovation and Competition, 5,
Springer, Berlin 2016, XXI + 335 S.

Owais Hassan Shaikh: Free Trade Agreements and Test Data Exclusivity for Drugs: Locating Flexibilities to Ensure Continued Access to Medicine

Veröffentlichung in:
Munich Studies on Innovation and Competition, 4,
Springer, Berlin, Heidelberg 2016, XVI + 256 S.

Prof. Dr. Reto M. Hilty

2017

Hubertus Weber: Zwangslizenzen im Urheberrecht

2016

Il Ho Lee: Perspektiven des internationalen Immaterialgüterrechts – Der Dreistufentest und seine Einflüsse

Veröffentlichung in:
Schriftenreihe zum gewerblichen Rechtsschutz, 193,
Heymanns, Köln 2016, XVI + 370 S.

2015

Felix Trumpke: Exklusivität und Kollektivierung – Das skandinavische Modell der Erweiterten Kollektiven Lizenz (Extended Collective Licenses)

Veröffentlichung in:
Abhandlungen zum Urheber- und Kommunikationsrecht, 60
Nomos, Baden-Baden 2016, 742 S.

Prof. Dr. Annette Kur

2017

Luping Duan: Gleichnamigkeit im Kennzeichenrecht – Eine vergleichende Untersuchung zwischen Deutschland und China

Veröffentlichung in:
Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, 823
Utz, München 2017, XI + 264 S.

2016

Seyavash Amini: Digitale Kultur zum Pauschaltarif? Anlass, Inhalt und Grenzen einer Vision für das Urheberrecht der Zukunft

Veröffentlichung in:
Abhandlungen zum Urheber- und Kommunikationsrecht, 62
Nomos, Stämpfli, Baden-Baden, Bern 2017, 377 S.

Martin Husovec: Accountable, not liable: Injunctions against intermediaries

Veröffentlichung in:
Cambridge Intellectual Property and Information law, 41,
Cambridge University Press, Cambridge 2017, XIX + 271 S.

Natalia Weronika Lukaszewicz: Patent Use Exceptions for User-Generated Inventions – the Maker Movement Meets Patent Law

Prof. Dr. Michael Lehmann

2017

Katharina Heinlein: Die Bekämpfung des Zweitmarkenirrtums (Titel der Dissertation: Die Bekämpfung des Zweitmarkenirrtums durch das Marken- und Wettbewerbsrecht – eine objektiv rechtliche Beurteilung der Nachahmungsfälle: Neuer Täuschungssachverhalt in Gestalt des Zweitmarkenirrtums)

Veröffentlichung in:
Europäische Hochschulschriften. Reihe 2,
Rechtswissenschaft, 5946
PL Academic Research, Frankfurt am Main 2017, 366 S.

2016

Stefanie Fuchs: Glücksspielrecht und Internet (Titel der Dissertation: Das neue Glücksspielrecht unter besonderer Berücksichtigung von Online-Glücksspielen)

Veröffentlichung in:
Schriftenreihe zur Glücksspielforschung, 17
PL Academic Research, Frankfurt am Main 2017, XL + 550 S.

2015

Markus Kaulartz: Cloud Computing und Vertragsrecht

Veröffentlichung in:
Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, 808
Utz, München 2017, XVI + 266 S.

Prof. Dr. Joseph Straus

2016

Radadiana Taric: Genetische Ressourcen und die Angabe ihrer Herkunft in Patentanmeldungen als Problem des modernen Patentrechts

Veröffentlichung in:
Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, 812
Utz, München 2016, XVIII + 381 S.

2015

Claus Färber: Patentfähigkeit angewandter Algorithmen

Veröffentlichung in:
Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, 806
Utz, München 2015, XXIX, 192 S.

Viviane Kunisawa: The World Trade Organization and the Implementation of the patent provisions of the TRIPS Agreement in Brazil (Titel der Dissertation: The TRIPS agreement implementation in Brazil – Patents in the pharmaceutical area)

Veröffentlichung in:
MIPLC Studies, 25
Nomos, Baden-Baden 2015, 274 S.

Prof. Dr. Frauke Henning-Bodewig

2015

Matthias Ringer: Anwaltswerbung in Deutschland und England

Veröffentlichung in:
Erlanger juristische Abhandlungen für Anwaltsrecht und Anwaltspraxis, 5
Heymanns, Köln 2016, XX + 372 S.

3.2 Laufende Forschungsarbeiten

3.2.1 Habilitationen

Prof. Dr. Josef Drexl

Mark-Oliver Mackenrodt: Netzwerkeffekte und dynamischer Wettbewerb

Axel Walz: Das öffentliche Interesse im Zivilrechtsstreit

Prof. Dr. Reto M. Hilty

Matthias Lamping: Patentrecht

Roberto Romandini: Bürgerliches Recht/Prozessrecht

3.2.2 Dissertationen

Prof. Dr. Josef Drexl

Vincent Angwenyi: Merger Control in Eastern and Southern Africa

Lizbeth Carolina Banda: The Future Legal Framework for E-Healthcare in the European Union

Fabian Böttger: Geistiges Eigentum im US-FTA mit den CAFTA-Ländern und der Dominikanischen Republik

Seth Ericsson: Cultural Diversity and Marketing Models for Works for Music in the US and Europe

Jure Globocnik: Die Rolle der Datenportabilität in der datengetriebenen Wirtschaft zwischen Rechtsschutz und Zugang

Niccolò Galli: Patent Aggregation in Patent and Competition Law

Kan He: Shaping Copyright Policies for the Music Online Sector in China

Jörg Hoffmann: Innovation and Competition in Digitalized Payment Systems

Eugenio Hoss: Deceptive Conducts Before the Patent Office: Challenges for Patent Law and Competition Law

Germán Oscar Johannsen: Competition Law Enforcement against Algorithmic Personalized Price Discrimination in Data Economy

Shraddha Kulhari: Global Trade in Data: Envisaging the Rise of the Global Data Economy from the Ashes of Existing Norms

Sunimal Mendis: A Copyright Gambit – Is there a need to introduce inclusive rights over digitized versions of rare public domain materials in Europe?

Julia Molestina: Regional Competition Law Enforcement in Developing Countries – An Institutional Analysis of the West African Economic and Monetary Union, the Andean Community and the Caribbean Community

Tilman Quarch: The sum of all I can, I have disclosed – Do patent applicants owe an obligation of truth?

Moritz Sutterer: Das Kollisionsrecht der kollektiven Rechtswahrnehmung

Letizia Tomada: Unitary Patent Protection and its Impact on the Incentives for Innovation on Start-ups

Haris Tsilikas: Private Ordering through Standard-Setting Organizations – Regulating the Private Regulator

Kalpana Tyagi: Promoting ‘Competition in Innovation’ through Effective Merger Control in the Information and Technology Sector: A Comparative and Inter-disciplinary Study

Ali Seyhan Ugurlu: The Patent Exhaustion Doctrine and its Applicability to New Selfreplicating Technology

Gabrielé Venskaitytė: Defensive and Offensive Patenting of Pharmaceuticals from a Perspective of European Competition Law

Wang Tien-Hsin: The Future Framework of SEP Licensing of Mobile Telecommunications Technology in the Global Context

Klaus Wiedemann: Rechtliche Probleme der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten zwecks Bewertung von Persönlichkeitsmerkmalen

Vicente Zafrilla: The Impact of SEP declaration of Innovation and Competition

Prof. Dr. Reto M. Hilty

Dominik Angstwurm: Open Source-Recht (Arbeitstitel)

Andrea Bauer: Spezifische Schranke für Kreativmärkte – Kanada als Vorbild für Deutschland und die EU (Arbeitstitel)

Pedro Henrique Batista: Biopiraterie: Neue Grenzen für das Patentrecht? (Arbeitstitel)

Luc Desaunettes: Der rechtliche Schutz von Wirtschaftsgeheimnissen

Adrian Gautschi: Stoffschutz im Patentrecht (Arbeitstitel)

Michael Haefeli: 3D printer enabled online product design – a comparative law and economics analysis of implications for unregistered intellectual property rights regimes

Fabian Hafenbrädl: Die schuldrechtliche Einordnung des Softwarevertrages (Arbeitstitel)

Antje Heuer: Nanotechnologie und Patentrecht (Arbeitstitel)

Robert Kordic: Patent Pools – Wettbewerbsrechtliche Analyse und Aufbau

Nikita Malevanny: Music Copyright in the Age of the Internet: A Comparative Analysis of United States, German and Russian Law

Mario Minder: Unkörperlichkeit und Urheberrecht – Folgen der Digitalisierung für das Verhältnis der Urheberrechtsinhaberschaft zum Eigentum am Werkexemplar

Christopher Nagel: Grundelemente der urheberrechtlichen Debatte um neue Technologien (Arbeitstitel)

Marcin Rodek: Patente im Chemiebereich

Oliver Schmid: Lizenzvertragsrecht (Arbeitstitel)

Peter Slowinski: Durchsetzung schwacher Rechte

Max Wallot: Misuse of IP Rights

Alina Wernick: The Incentives of Authors and Their Employers to Engage in Open World?

Fabian Wigger: Der Schutzzumfang als Funktion der Schutzvoraussetzungen?

Prof. Dr. Annette Kur

Jason DuMont: Measuring Innovation in the Field of Industrial Designs

Panagiota Geraka: Enforcing Community Trade Marks in Court – How ‘Unified’ is the System?

Nicole van der Laan: Adword selling as trade mark infringement (in Kooperation mit M. Senftleben, Vrije Universiteit Amsterdam)

Teresa Trallero Ocana: Secrecy: Considerations in the light of the Trade Secrets Directive

Peter Stingel: Vertragliche Nutzungsbeschränkungen gemeinfreier Werke

Lizhou Wei: Scope of Trademark Protection in China – from Statutes to Jurisprudence

Lars Eggersdorfer: Filesharing und Abmahnwesen

Prof. Dr. Michael Lehmann

Miriam Finetto: Electronic commerce in der EU (Italien)

Dodo Shengelia: Urheberrecht in Georgien

Stephanie Fay: Individualklage bei UWG-Verstoß

Prof. Dr. Joseph Straus

Jonas Mark: Das Hochschullehrerprivileg im Patentrecht – historische Entwicklung und Auswirkungen in der Praxis

Clara Sattler de Sousa e Brito: Der Begriff menschliches Lebewesen im Patentrecht unter biologisch-medizinischen, ethischen und rechtlichen Gesichtspunkten

Yixing Wu: Das Kartellrecht als Mittel zur Verhinderung des Missbrauchs von Immaterialgüterrechten aus Sicht des chinesischen Antimonopolgesetzes

Zhoumin Wu: Der Schutz biotechnologischer Erfindungen in V.R. China, unter Berücksichtigung internationaler Entwicklungen

B

4 Mitwirkung an Promotionsverfahren im Ausland

Prof. Dr. Josef Drexl

External Examiner der Dissertation und deren Verteidigung, University College London: **Amber Darr**, Parallel Pasts, Divergent Destinies – A Comparative Analysis of Transferring and Implementing Competition Laws in India and Pakistan, 20. Dezember 2017

Mitglied der Kommission zur Verteidigung der Dissertation, Université d'Aix-Marseille: **Walid Chaiehloudj**, Les accords de report d'entrée – Contribution à l'étude de la relation du droit de la concurrence et du droit des brevets, 7. Dezember 2017

Mitglied der Kommission zur Verteidigung der Dissertation, Université de Montpellier: **Amine Mansour**, L'influence du droit français et de l'UE de la concurrence sur la réglementation antitrust des pays arabes: l'exemple du Maroc, 23. November 2017

5 Lehrtätigkeiten

Prof. Dr. Christoph Antons

Deakin Law School

Dr. Eva-Marina Bastian

LMU

Pedro Batista

LMU

Dr. Mor Bakhoun

MIPLC, WIPO/Yaoundè II/OAPI

Prof. Dr. Klaus Dieter Beiter

North-West University (Potchefstroom, Südafrika)

Dr. Marco Botta

Universität Wien

Dr. Beatriz Conde Gallego

Centre d'Études Internationales de la Propriété Intellectuelle (CEIPI), LMU

Prof. Dr. Josef Drexl

LMU, MIPLC, Université Paris 2 Panthéon-Assas

Luc Desaunettes

Universität Straßburg, LMU

Seth Ericsson

MIPLC

Dr. Filipe Fischmann

LMU, MIPLC

Prof. Dr. Christophe Geiger

Universität Straßburg

Jure Globocnik

LMU

Dr. Henning Grosse Ruse-Khan

CEIPI, Freie Universität Berlin, MIPLC, University of Cambridge, Hanken School of Economics, University of Alicante

Thomas Hartmann

Beuth Hochschule für Technik Berlin, Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin, Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin

Prof. Dr. Frauke Henning-Bodewig

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Universität Bamberg

Prof. Dr. Reto M. Hilty

LMU, MIPLC, Universität Zürich

Jörg Hoffmann

LMU

Dr. Mrinalini Kochupillai

MIPLC, EU Business School, Franklin Pierce Law Center

Dr. Kaya Köklü

LMU

Prof. Dr. Timoleon Kosmides

LMU, Aristoteles-Universität-Thessaloniki, Universität Piräus, Universität Makedonien

Prof. Dr. Dr. h.c. Annette Kur

MIPLC, Universität Stockholm, Hanken School of Economics, Universität Alicante, Universität Zürich, CEIPI/Universität Straßburg

Dr. Matthias Lamping

LMU, MIPLC, Europa-Kolleg Hamburg

Prof. Dr. Michael Lehmann

LMU, MIPLC, Universität Ferrara, Universität Padua, Santa Clara Summer School

Adj. Prof. Dr. Silke von Lewinski

MIPLC, Universität Toulouse 1

Dr. Dr. Mark-Oliver Mackenrodt

LMU

Dr. Valentina Moscon

Universität Trient, Universität Verona

Dr. Sylvie Nérissou

MIPLC, Humboldt-Universität zu Berlin, IUT Michel de Montaigne Bordeaux

Prof. Dr. Peter Picht

Universität Zürich, LMU

Prof. Dr. Rupprecht Podszun

Universität Bayreuth, Universität Zürich, Heinrich-Heine Universität Düsseldorf, Rechtsanwaltskammer Hamm, MIPLC

Dr. Roberto Romandini

MIPLC

Peter R. Slowinski

Stanford Law School, MIPLC

Prof. Dr. Dres. h.c. Joseph Straus

George Washington University Law School, MIPLC, Tsinghua University (Peking), University of South Africa (UNISA)

Dr. Gintarė Surblytė

LMU, MIPLC, Vilnius University, Universität Ss. Cyril and Methodius, Skopje und Universität Straßburg

Prof. Dr. Hanns Ullrich

College of Europe, Brügge

Dr. Axel Walz

LMU, Universität Bayreuth

6 Ehrungen, Preise, sonstige Auszeichnungen

2017

Frau Dr. Rachel Alemu hat im Jahr 2017 für ihre Dissertation den Fakultätspreis der Juristischen Fakultät der LMU München zuerkannt bekommen.

Herr Niccolò Galli ist für seine Dissertation "Standard essential patents litigation and abuse of a dominant position – The FRAND defense in the EU competition law context" von der Elena Messina-Vereinigung der gleichnamige Preis verliehen worden.



Preisverleihung an Niccolò Galli

Herr Prof. Dr. Timoleon Kosmides hat für das Jahr 2017 die Forschungsförderung für junge Universitätsangehörige durch den Forschungsausschuss der Aristoteles-Universität-Thessaloniki erhalten.

Frau Shraddha Kulhari hat im Jahr 2017 den Oehm Prize des Munich Intellectual Property Law Centre (MIPLC) erhalten.

Frau Jurgita Randakevičiūtė hat im Jahr 2017 mit dem Aufsatz Patent ambush: the commitment decision of the European Commission in the Rambus case den 4iP Council Research Award (3. Platz) erhalten.

Herr Dr. Achim Spengler hat im Jahr 2017 für seine Dissertation den Promotionspreis der Münchener Juristischen Gesellschaft e.V. erhalten.

Herr Prof. Dr. Dres. h.c. Joseph Straus wurde 2017 zum Auswärtigen Mitglied der Accademia Nazionale dei Lincei Rom, in der Klasse Moral, Historical and Philological Sciences, (Category Law) ernannt. Des Weiteren erhielt er im selben Jahr eine Anerkennung für sein Lebenswerk vom Verband der Juristenvereinigungen Sloweniens.

2016

Herr Dr. Filipe Fischmann hat den Deutschen Studienpreis 2016 der Körber-Stiftung für die Dissertation „Reverse Payments als Mittel zur Beilegung von Patentstreitigkeiten – Ein Verstoß gegen das Kartellrecht?“ erhalten.

Herr Niccolò Galli hat 2016 den Donato Menichella Dissertation Award (Honorable Mention) der Bank of Italy erhalten.

Herr Prof. Dr. Reto Hilty wurde 2016 zum Gastprofessor an der Singapore Management University ernannt.

Herr Dr. Martin Husovec hat im Jahr 2016 für seine Dissertation den Fakultätspreis der Juristischen Fakultät der LMU München zuerkannt bekommen.

Frau Prof. Dr. Dr. h.c. Annette Kur hat von der International Trademark Association (INTA) die Pattishall Medal for Teaching Excellence 2016 erhalten.

Herr Prof. Dr. Rupprecht Podszun hat von dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, dem Deutschen Juristen-Fakultätentag und dem Kompetenzzentrum für juristisches Lernen und Lehren (Universität zu Köln) den Ars legendi-Fakultätenpreis Rechtswissenschaften 2016 erhalten.

Herr Dr. Markus Raeder hat im Jahr 2016 für seine Dissertation den Fakultätspreis der Juristischen Fakultät der LMU München zuerkannt bekommen.

Herr Dr. Achim Spengler hat im Jahr 2016 für seine Dissertation den Fakultätspreis der Juristischen Fakultät der LMU München zuerkannt bekommen.

Herr Ivan Stepanov hat im Jahr 2016 den Oehm Prize des Munich Intellectual Property Law Centre (MIPLC) erhalten.

2015

Herr Dr. Filipe Fischmann hat im Jahr 2015 für seine Dissertation den Fakultätspreis der Juristischen Fakultät der LMU München zuerkannt bekommen.

Herr Prof. Dr. Alberto De Franceschi hat im Jahr 2015 den Ladislao Mittner-Preis des DAAD erhalten.

Herr Prof. Dr. Reto Hilty wurde im Jahr 2015 zum Ehrenprofessor der Tongji University in Shanghai und zum Gastprofessor und Mitglied des Akademischen Ausschusses an der Renmin University in Peking ernannt.

Herr Dr. Christian von Köckritz hat im Jahr 2015 für seine Dissertation den Fakultätspreis der Juristischen Fakultät der LMU München zuerkannt bekommen.

Herr Dr. Dr. Mark-Oliver Mackenrodt hat im Jahr 2015 den Promotionspreis der Münchener Juristischen Gesellschaft e.V. und den Fakultätspreis der Juristischen Fakultät der LMU München erhalten.

Herr Dr. Felix Trumpke hat 2015 die Otto-Hahn-Medaille der MPG erhalten. Im gleichen Jahr hat er für seine Dissertation den Fakultätspreis der Juristischen Fakultät der LMU München zuerkannt bekommen.

Herr Haris Tsilikas hat im Jahr 2015 den Oehm Prize des Munich Intellectual Property Law Centre (MIPLC) erhalten.

Herr Prof. Dr. Rupprecht Podszun hat 2015 den Preis für gute Lehre des Freistaats Bayern erhalten, sowie den Preis für exzellente Lehre der Universität Bayreuth. Zudem wurde ihm der Michael-Althen-Preis der FAZ verliehen.





B



IV Veranstaltungen

1 Veranstaltungen der Abteilung und des Instituts

1.1 Tagungen und sonstige Veranstaltungen

2017

WIPO ADR Workshop 2017: WIPO Arbitration and Mediation Center, Munich IP Dispute Resolution Forum und MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 9.–10. November 2017

Supplementary Protection Certificates in Europe: Stakeholders Seminar, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 11. September 2017



Teilnehmer des "2nd Workshop for Junior Researchers in IP Law"

Declaration on Patent Protection – Regulatory Sovereignty under TRIPS, MPI für Innovation und Wettbewerb, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, 11.–12. Juli 2017

Aktuelle Fragen des geistigen Eigentums im deutsch-russischen Rechtsverkehr, Deutsch-Russische Juristenvereinigung, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 30. Juni 2017

Ethics in Innovation Conference 2017, MPI für Innovation und Wettbewerb, World Forum for Ethics in Business, EPA, TUM, DPMA, München, 26.–27. Juni 2017

2nd Workshop for Junior Researchers in IP Law, KU Leuven, SciencesPo, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 8.–9. Juni 2017

IoT Connectivity Standards, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 25. April 2017

18th EIPIN Congress (Part II): The New Data Economy between Data Ownership, Privacy and Safeguarding Competition, EIPIN, EPA, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 6.–8. April 2017

ALAI-Tagung: Die angemessene Vergütung auf Online-Plattformen – §§ 32, 32 a UrhG als tauglicher Ansatz, MPI für Innovation und Wettbewerb, ALAI Deutschland e.V., München, 22. März 2017

Supplementary Protection Certificates in Europe: Status Quo and Perspectives, MPI für Innovation und Wettbewerb, DPMA, München, 20.–21. März 2017

European Intellectual Property Rights and Jurisdiction in Need of a Grand Design? MPI Workshop, MPI für Innovation und Wettbewerb, Berlin, 16.–18. März 2017

2016

Jahresabschluss-Symposium, Tagung in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, 14. Dezember 2016



Vorstand Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V. mit Prof. Dr. Josef Drexl

Personal Data in Competition, Consumer Protection and IP Law: Towards a Holistic Approach? Post-Doc-Konferenz 2016, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 21. Oktober 2016

Mediation in IP Disputes – FRAND and other Challenges for IP ADR Institutions, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 28. Juni 2016

Daten als Wertschöpfungsfaktor: Gesetzgeberischer Handlungsbedarf? Tagung in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, 18. Juni 2016

1st Workshop for Junior Researchers in IP Law, KU Leuven, SciencesPO, MPI für Innovation und Wettbewerb, Leuven, Juni 2016

50-jähriges Jubiläum – Festakt und Symposium, Residenz München, 12.–13. Mai 2016

→ Siehe auch Dokumentation Institutsjubiläum, S. 392

Framing – The Hard Core of Unfair Competition Law, MPI Workshop, MPI für Innovation und Wettbewerb, Berlin, 7.–9. April 2016

Munich IP Dispute Resolution Forum: The UPC Mediation and Arbitration Center, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 2. Februar 2016

2015

Jahresabschluss-Symposium, Tagung in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde und ehemaligen Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, 16. Dezember 2015

Assistentenforum, Koexistenz und Kumulation im Immaterialgüterrecht, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 11. Dezember 2015

Promoting Competition-in-Innovation through effective merger control in the innovation-led ICT sector, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 8. Dezember 2015

Is arbitration a promising way to settle disputes about standard-essential patents? First Munich IP Dispute Resolution Forum Meeting, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 11. November 2015

Presence and Future of GI Protection in Europe, MPI Workshop, MPI für Innovation und Wettbewerb, Berlin, 29.–31. Oktober 2015

Internet Search Engines in the Focus of EU Competition Law – a Closer Look at the Broader Picture, 6th GRUR Int. / JIPLP Joint Seminar, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 28. Oktober 2015

Towards a Partnership, Zukunftsbrücke – Chinese-German Young Professional Campus, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 19. Oktober 2015

Reflexion zur Zukunft des Urheberrechts, Übergabe der Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum des Urheberrechtsgesetzes, Festvortrag des Bundesministers der Justiz und für Verbraucherschutz zu aktuellen Fragen der Urheberrechtspolitik, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 21. September 2015



Übergabe der Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum des Urheberrechtsgesetzes, v.l.n.r. Dr. Hans Dieter Beck, Heiko Maas, Prof. Dr. Thomas Dreier, Prof. Dr. Reto M. Hilty

Rückblick auf das 12. Alumni-Treffen und die gemeinsame Jahrestagung des Alumni-Vereins und des Instituts zum Thema „Digitale Wirtschaft“, Freunde und ehemalige Mitarbeiter des MPI für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht e.V., München, 26.–27. Juni 2015

16th EIPIN Congress (Part II): The Innovation Society and Intellectual Property, EIPIN, EPA, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 9.–11. April 2015

16th EIPIN Congress: EIPIN Doctoral Meeting, EIPIN, EPA, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, 8.–9. April 2015

1.2 Gastvorträge

1.2.1 Asia Round Table

The Asia Roundtable aims to bring together MPI visiting scholars, or experienced academics or professionals visiting Munich and working on issues of Asian intellectual property or competition law, for informal interactions with other MPI researchers working in related fields. The roundtable commences with a presentation by the visiting scholar/academic/professional, which usually provides country updates from a legislative or judicial (case law) perspective. Following the presentation, the audience, which comprises primarily of MPI researchers, is free to ask questions, provide comments/feedback or give updates from a legislative/case law perspective from other Asian countries that their own research focusses on.

Yukun Xiao, LMU, "Enforcement of Anti-Monopoly Law in China: Analysis of the upcoming Chinese Anti-Monopoly Guideline on Intellectual Property Abuse", 14. März 2017

Vikas Kathuria, MPI für Innovation und Wettbewerb, "Pharmaceutical Mergers and their Effect on Access and Efficiency: A Case of Emerging Markets", 2. November 2015

Zhongmei Wang, Institute of World Economy – Shanghai, "Enforcing Chinese Anti-Monopoly Law in the Internet Industry: The Case of Baidu.com, the 'Chinese Google'", 8. September 2015

Prabuddha Ganguli, Ministry of Human Resources Development, "Recent Trends in IPR Related Decisions by the Competition Commission of India and Indian Courts", 10. August 2015

Yuzuki Nagakoshi, MPI für Innovation und Wettbewerb, "Development of the case law concerning FRAND patents in Japan", 22. Juli 2015

Sujitha Subramanian, University of Bristol School of Law, "The New Indian Intellectual Property Rights Policy: Ignoring US Pressure?", 24. Juni 2015

Tao Li, MPI für Innovation und Wettbewerb, "Comment and an Analysis of the Amendments to the Chinese Copyright law in 2014", 5. Mai 2015

1.2.2 MIPLC Lecture Series

Zur MIPLC Lecture Series werden rund vier- bis fünfmal pro Jahr Wissenschaftler und namhafte Praktiker eingeladen, um zu aktuellen Themen aus ihrer Forschung oder beruflichen Tätigkeit zu referieren. Die Reihe richtet sich nicht nur an die Studierenden des MIPLC, sondern an alle Wissenschaftler des Instituts sowie die breitere Fachöffentlichkeit (siehe auch D, S. 355).

Tobias Holzmüller, Gema Liability of Online Platforms in the Digital Single Market: A Closer Look at the 'Transfer of Value' Discussion, 30. Januar 2017

Sarah Columbia, McDermott Will & Emery LLP, "MIPLC Lecture Series: The Most Important Intellectual Property Developments in the US and How They Impact Your Business", 12. Juni 2017

Jan Walter, (IP) Negotiations as Multi-Party Joint Decision-Making, 30. November 2015

Benjamin J. Hauptman, Lowe Hauptman & Ham LLP, "Ten Common Mistakes to Avoid When Drafting and Prosecuting US Patent Applications", 6. Juli 2015

Michael Madison, University of Pittsburgh, "Governing Knowledge Commons", 8. Juni 2015

Sarah Columbia, McDermott Will & Emery LLP, "After the America Invents Act – The State of US Patent Infringement Litigation", 20. Mai 2015

Alexander Clelland, "Computer-Implemented Inventions in Europe", 21. April 2015

1.2.3 Patentrechtszyklus – Patentrecht in der Krise?

Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb veranstaltet seit 2012 eine Reihe von Abendveranstaltungen, die sich mit aktuellen Fragen des Patentrechts und der Patentpolitik befassen. Die Reihe firmiert unter der durchaus provokativ – das heißt, nicht a priori affirmativ – gemeinten Fragestellung „Patentrecht in der Krise?“. Eine der vielen Bedeutungen des aus dem griechischen stammenden Wortes Krisis ist Entscheidung. Es geht insofern nicht notwendigerweise um die Frage, ob sich das Patentsystem an einem Tiefpunkt bzw. einer Daseinskrise befindet, sondern vielmehr darum, ob eventuell ein Wendepunkt absehbar ist. Entsprechend vielschichtig sind mithin auch die Erkenntnisse, zu denen die Referenten gelangen; der oder die eine startet mit einer besorgniserregenden Hypothese, kommt dann aber zu dem Schluss, dass alles doch gar nicht so schlimm sei, während andere optimistisch an die Fragestellung herangehen, um dann doch bei einer düsteren Diagnose bzw. Prognose zu enden. Der Teilnehmerkreis besteht aus einer bunten Mischung von Akademikern und Praktikern aus der Münchner Szene des gewerblichen Rechtsschutzes, wobei die Anzahl der Teilnehmer aus anderen Bundesländern und den deutschsprachigen Nachbarländern gerade bei den teilweise sehr prominenten Sprechern stetig zunimmt.

Louis Pahlow, Goethe-Universität Frankfurt am Main, „Priorität und Prioritätsrecht“, 1. Dezember 2017

Christoph Ernst, Ministerialdirigent im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, „Das europäische Patentsystem der Zukunft – Gedanken und Ausblick“, 13. Oktober 2017

Tilman Müller-Stoy, Bardehle Pagenberg, „Aktivlegitimation im Verletzungsprozess – Theorie & Praxis bzw. Fluch & Segen“, 30. Juni 2017

Siegfried Broß, ehem. Richter des BVerfG, „Die Patenterteilungspraxis nach dem EPÜ – Erosion des Rechtsstaates?“, 12. Mai 2017

Matthias Ziggan, Vorsitzender Richter am Landgericht München I (Patentstreitkammer), „Das Münchener Verfahren in Patentstreitsachen und der Anspruch beider Parteien auf ein faires Verfahren – ein Gegensatz?“, 25. November 2016

Felix Addor, Stellvertretender Direktor, Rechtskonsulent und Leiter der Abteilung Recht & Internationales des Eidgenössischen Instituts für Geistiges Eigentum (IGE), „Ein paar ‚Schwalben‘ machen noch keine Krise – aber auch noch keinen Frühling!“, 24. Juni 2016

Hans-Jürgen Papier, ehem. Präsident des Bundesverfassungsgerichts, „Verfassungsrechtliche Anforderungen an den Patentschutz“, 18. Dezember 2015

Matthias Leistner, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, „Mittelbare Patentverletzung und der Wettbewerb in abgeleiteten Märkten für Recycling, Verbrauchsmaterialien und Ersatzteile“, 18. September 2015

Irene Pakuscher, Leiterin des Referats Patentrecht im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, „Aktuelles aus dem internationalen und europäischen Patentrecht“, 17. Juli 2015

Axel Metzger, Humboldt-Universität zu Berlin, „Von Brokkoli und Tomaten – Zur Patentfähigkeit von Pflanzen und biologischen Züchtungsverfahren“, 29. Mai 2015

Christian Osterrieth, Universität Konstanz, „Geht im Patentrecht wirklich alles mit gerechten Dingen zu?“, 13. März 2015

1.2.4 Kartellrechtszyklus

Der Kartellrechtszyklus dient dazu, in München vor Ort ein Forum für Vorträge und Diskussionen zu aktuellen kartellrechtlichen und wettbewerbspolitischen Fragestellungen und Entwicklungslinien zu schaffen.

Dabei werden – auf der Seite der Teilnehmer wie auch auf der Seite der Vortragenden – über den engeren akademischen Kreis hinaus Kartellrechtspraktiker aus Wirtschaftskanzleien und Unternehmen aus München angesprochen. Dies erfolgt insbesondere durch Kooperation mit dem Münchner Kartellrechtsforum e.V.

Das Veranstaltungsformat umfasst Einzelvorträge, Panelveranstaltungen sowie Ko-Vorträge – insbesondere durch Vertreter unterschiedlicher Disziplinen oder unterschiedlicher inhaltlicher Standpunkte.

Auch die Auswahl der Vortragenden zielt darauf ab, die Perspektive unterschiedlicher Akteure des Wettbewerbsrechts und der Wettbewerbspolitik zu diskutieren. So zählten zu den Vortragenden im Berichtszeitraum etwa Vertreter nationaler und europäischer Stellen (etwa der



Präsident und weitere Mitglieder des deutschen Bundeskartellamtes, der Präsident der französischen Kartellbehörde, ein Generalanwalt, mehrere Vertreter der Europäischen Kommission), in- und ausländische Professoren, Wirtschaftsanwälte und Wettbewerbsökonomien.

Carsten Becker, Bundeskartellamt, Rupprecht Podszun, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, „Verbraucherschutz und Kartellrecht“, 4. Dezember 2017

Susanne Amenda, Siemens AG, Andreas Boos, Milbank, Hans W. Friederiszick, E.CA Economics, Panelveranstaltung: Aktuelle Fragen im Zusammenhang mit der privaten Kartellrechtsdurchsetzung (private enforcement), 8. November 2017

Richard Markovits, University of Texas, Austin Economics, „Competition Law, and Competition Policy“, 13. Juli 2017

Johannes Dittrich, Linde AG, Gordon Christian, Siemens AG, Philip Matthey, Volkswagen Truck & Bus / MAN, Dietmar Prechtel, Osram AG, Panelveranstaltung: Kartellrechtliche Compliance Systeme, 2. Mai 2017

Thilo Klein, Compass Lexecon, „Wettbewerbsfolgen von Beschränkungen des Internetvertriebs – ökonomische Grundlagen“, 7. November 2016

Thomas Kramler, Europäische Kommission, „Sektoruntersuchung e-Commerce“, 20. September 2016

Armin Jungbluth, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie – Referat Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik, „Stand der 9. GWB-Novelle – Der Referentenentwurf zur 9. GWB-Novelle“, 6. Juli 2016

Luc Peepkorn, Europäische Kommission, „A Coherent Application of Articles 101 and 102: A Realistic Prospect or an Elusive Goal?“, 21. Januar 2016

Kartellrechtszyklus

1) v.l.n.r.: Dr. Robert Schulz, Dr. Bettina Leupold, Lars Kjolbye, Dr. Dr. Mark-Oliver Mackenrodt

2) v.l.n.r.: Dr. Robert Schulz, Professor Dr. Rupprecht Podszun, Dr. Dr. Mark-Oliver Mackenrodt, Mark-E. Orth, Eva Bonacker, Florian Engel



Aster Kamp-van de Welden, ASICS Europe, Johannes Dittrich, BSH Hausgeräte, Andreas Gayk, Markenverband, Gerhard Pischel, Heussen Rechtsanwaltsgesellschaft, Panelveranstaltung: Kartellrechtliche Fragen des Online Handels, 10. Dezember 2015

Carsten Becker, von Geldern-Crispendorf, „Vertikale Preisbindung im Lebensmitteleinzelhandel – die Bußgeldverfahren des Bundeskartellamts“, 22. September 2015

Frank Montag, Freshfields Bruckhaus Deringer, „EU-Fusionskontrolle für Minderheitsbeteiligungen“, 18. Mai 2015

Bruno Lasserre, Président Autorité de la Concurrence (France), “Effective tools, convergent views, consistent outcomes: Hopes for the next decade of competition policy”, 18. Februar 2015

1.3 Empfang von ausländischen Delegationen

2017

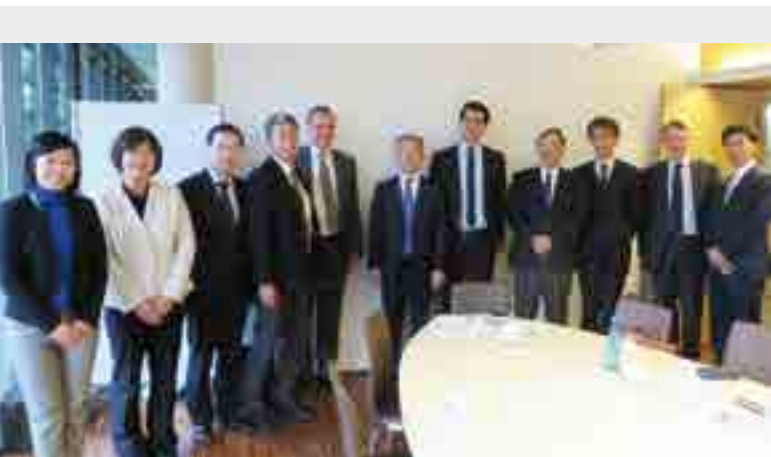
Delegation des Korean Ministry of SMEs and Startups (MSS), Empfang und Begleitung durch **Seth Ericsson** und **Matthias Fink**, 29. November 2017

Delegation des State Intellectual Property Office of China (SIPO), Empfang und Begleitung durch **Prof. Dr. Josef Drexl**, **Seth Ericsson**, **Matthias Fink** und **Prof. Dr. Reto M. Hilty**, 19. September 2017

Delegation des Schweizerischen Bundesverwaltungsgerichts, Empfang und Begleitung durch **Prof. Dr. Annette Kur** und **Claus Schönberner**, 14. September 2017

2016

Delegation des Patent Examination Cooperation Centers Tianjin of SIPO, Empfang und Begleitung durch **Prof. Dr. Josef Drexl**, **Seth Ericsson**, **Matthias Fink** und **Margit Hinkel**, 28. September 2016



Delegation der Japan Analytical Instruments Manufacturers' Association (JAIMA), 30. Oktober 2015

Delegation der State Administration of Press, Publication, Radio, Film and Television of the People's Republic of China (Copyright Administration), Empfang und Begleitung durch **Prof. Dr. Adolf Dietz** und **Tao Li**, 13. September 2016

Delegation der China Intellectual Property Law Society, Beijing IP Court und Beijing People's Court, Empfang und Begleitung durch **Prof. Dr. Reto M. Hilty**, **Dr. Roland Knaak**, **Tao Li**, **Dr. Valentina Moscon**, **Claus Schönberner**, **Peter Slowinski** und **Dr. Axel Walz**, 12. September 2016

Delegation des BMBF, Empfang und Begleitung durch **Dr. Marco Kleine**, **Sylvia Kortüm** und **Peter Weber**, 9. September 2016

Delegation des Supreme People's Court (SPC) of the People's Republic of China, Empfang und Begleitung durch **Prof. Dr. Josef Drexl**, 24. Mai 2016

Delegation des State Intellectual Property Office of China (SIPO), Empfang und Begleitung durch **Dr. Beatriz Conde Gallego**, **Prof. Dr. Josef Drexl**, **Dr. Fabian Gaessler**, **Dr. Matthias Lamping**, **Tao Li**, **Dr. Filipe Fischmann**, **Dr. Mrinalini Kochupillai**, **Claus Schönberner**, 24. Mai 2016

Delegation des Norwegian Industrial Property Office (NIPO), Empfang und Begleitung durch **Prof. Dr. Josef Drexl**, **Seth Ericsson**, **Dr. Fabian Gaessler**, **Prof. Dietmar Harhoff**, **Ph.D.**, **Dr. Roberto Romandini** und **Claus Schönberner**, 2. März 2016

Delegation der Japan Patent Attorney Association (JPAA), Empfang und Begleitung durch **Matthias Fink** und **Dr. Mrinalini Kochupillai**, 19. Februar 2016

2015

Delegation des Patent Examination Cooperation Center (PECC), SIPO, Peking, Empfang und Begleitung durch **Prof. Dr. Josef Drexl** und **Matthias Fink**, 22. Dezember 2015

Delegation der Japan Analytical Instruments Manufacturers' Association (JAIMA), Empfang und Begleitung durch **Seth Ericsson**, **Dr. Roberto Romandini**, **Claus Schönberner**, 30. Oktober 2015

Delegation des State Intellectual Property Office (SIPO), Empfang und Begleitung durch **Dr. Mrinalini Kochupillai** und **Tao Li**, Training Program for the State Intellectual Property Office of the People's Republic of China, Training des MIPLC, 31. August 2015 – 10. September 2015.

Delegation der MUST-Studenten (Munich University Summer Training), Empfang und Begleitung durch **Dr. Beatriz Conde Gallego**, **Dr. Mrinalini Kochupillai**, **Sylvia Kortüm**, **Claus Schönberner** und **Dr. Gintarė Surblytė**, 23. Juli 2015

Delegation der State Administration of Press, Publication, Radio, Film and Television of the People's Republic of China (Copyright Administration), Empfang und Begleitung durch **Tao Li**, 13. Juli 2015

2 Teilnahme an Konferenzen, Kongressen und Tagungen

2017

- Behördliche Rechtsdurchsetzung von Verbraucherrecht?, BMWi, Berlin, Dezember 2017 (**Henning-Bodewig**)
- CRA Annual Brussels Conference, CRA, Brüssel, Dezember 2017 (**Podszun**)
- Standards, Patents, and Competition: Law and Litigation 2017, Informa PLC, London, Dezember 2017 (**Picht**)
- The Future of Asian Trade Deals and IP, Applied Research Centre for Intellectual Assets and the Law in Asia, School of Law, Singapore Management University, Singapur, Dezember 2017 (**Antons**)
- 12th annual conference of the Italian Society of Law and Economics, University of Turin, Turin, Dezember 2017 (**Botta**)
- Konferenz zur Verteilung von Online Content, Universität Helsinki – Juristische Fakultät, Helsinki, November 2017 (**Moscon**)
- Regulation and Enforcement in the Digital Age, REDA 2017, University Cyprus, REDA, Nikosia, November 2017 (**Oprysk**)
- International Conference on Intellectual Property Law & Policy: A Device for R&D, National Law University Bhopal, Bhopal (India), November 2017 (**Kochupillai**)
- Competition Law and Economic Development – A Universal Solution? Competition Superintendence Antitrust Authority, San Salvador (El Salvador), November 2017 (**Beneke, Bakhoum**)
- European Big Data Value Forum 2017, Big Data Value Association, Europäische Kommission, Versailles, November 2017 (**Globocnik, Hoffman**)
- International Workshop on Competition Law Enforcement in Energy and Telecom Industries, University of Valencia, Valencia, November 2017 (**Botta**)
5. Urheberrechts-Konferenz: Verantwortung der Plattformen gegenüber Urheber*innen und Künstler*innen, Initiative Urheberrecht in Kooperation mit ALAI Deutschland e.V., Berlin, November 2017 (**von Lewinski**)
- Verträge über digitale Inhalte – Überblick & Auswirkungen auf das Urheberrecht, Institut für Urheber- und Medienrecht e.V., München, November 2017 (**Bauer**)
- Urheber und Verleger: Interessengemeinschaft oder Marktgegner?, INTERGU-Tagung 2017, INTERGU, München, November 2017 (**Bauer**)
- MaCCI Law and Economics Conference on Big Data, Universität Mannheim, Mannheim, November 2017 (**Drexl**)
- Workshop on the draft ECN + Directive, Assonime, Italian Antitrust Association, Rom, November 2017 (**Botta**)
- Digital Justice – Lack of Consumer Protection due to Digitization, Oxford Internet Institute, Oxford, November 2017 (**Hoffmann**)
- 61st Annual IP Conference: Current Developments in Intellectual Property, The John Marshall Law School – Center for Intellectual Property, Information & Privacy Law, Chicago, November 2017 (**Picht**)
- Der Begriff der Öffentlichkeit im Recht der öffentlichen Wiedergabe aus europäischer, deutscher und österreichischer Sicht, ALAI Deutschland e.V., München, November 2017 (**von Lewinski**)
- WIPO Standing Committee on Copyright and Related rights, WIPO, Genf, November 2017 (**von Lewinski**)
- EU Competition Conference, CMS Competition & EU Group, Brüssel, Oktober 2017 (**Podszun**)
- 36th Annual ATRIP Congress: The Object and Purpose of Intellectual Property, ATRIP, Victoria University of Wellington, Wellington, Oktober 2017 (**Drexl, Geiger, Hilty, Kochupillai, Kur, Moscon**)
- Kollektive Rechtswahrnehmung nach der Umsetzung der Richtlinie 2014/26 (La gestion collective au lendemain de la réforme de l'ordonnance du 22 décembre 2016), AFPIDA, Paris, Oktober 2017 (**Nérisson**)
- Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Forschungsinstituts für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) e.V., Bonn, Oktober 2017 (**Drexl**)
- Get Together, European Joint Doctorate Innovation Society, Universität Maastricht, Maastricht, Oktober 2017 (**Drexl**)
- Les marchés de droit, Association Internationale de Droit Economique (AIDE), Université de Rennes, Rennes, Oktober 2017 (**Drexl**)
- 3rd Annual Asia Pacific Copyright Association Conference, University of Technology Sydney, Sydney, Oktober 2017 (**Antons**)
- Die neue Geschäftsgeheimnis-Richtlinie, Institut für Recht und Technik der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Erlangen, Oktober 2017 (**Kraßer**)
- 1st Session UNCTAD-Intergovernmental Group of Experts on E-Commerce and the Digital Economy, UNCTAD, Genf, Oktober 2017 (**Hoffmann**)

- Interconnected Intellectual Property Workshop: Essays in Honour of Sam Ricketson, University of Melbourne, Melbourne, Oktober 2017 (**von Lewinski**)
- EU Business School Conference „Electrical Mobility is Coming – Get Behind the Wheel“, EU Business School, München, Oktober 2017 (**Walz**)
- DICE Workshop, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Düsseldorf, September 2017 (**Podszun**)
- EuCML Research Conference, EuCML, Utrecht, September 2017 (**Podszun**)
- Tagung der Zivilrechtslehrervereinigung – Digitalisierung und Privatrecht, Zivilrechtslehrervereinigung, Zürich, September 2017 (**Hilty**)
- Jahrestagung der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht (GRUR) e.V., GRUR e.V., Hamburg, September 2017 (**Batista, Bauer, Drexl, Globocnik, Hilty, Hoffmann, Kraßer, Mackenrodt, Nagel, Wiedemann**)
- 12th Annual Conference of the EPIP Association: Claims on Area: The Geography – JP Interface, EPIP, Bordeaux, September 2017 (**Geiger**)
- Center for Information Technology, Society and Law, International Exploratory Workshop on Data Ownership, Universität Zürich, Schaffhausen, Juli 2017 (**Wiedemann**)
- Evaluierung der Verbraucherschützenden Regelungen im Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken, BMJV, Berlin, Juni 2017 (**Henning-Bodewig**)
- Junge Wissenschaft – Kolloquium zum Gewerblichen Rechtsschutz, Urheber- und Medienrecht: Immaterialgüter und Digitalisierung, GRUR e.V., Freiburg, Juni 2017 (**Sutterer**)
- 12th ASCOLA Conference: Competition in the Digital Economy, ASCOLA e.V., University of Stockholm, Stockholm, Juni 2017 (**Botta, Drexl**)
- The Many Dimensions of Data, Télécom ParisTech, Paris, Juni 2017 (**Wiedemann**)
68. Jahresversammlung der Max-Planck-Gesellschaft, Weimar, Juni 2017 (**Drexl**)
- Celebrating EU China IP Cooperation IP Key: Today and Tomorrow, IP Key, Brussels, Juni 2017 (**Wan**)
- The Global Debate on Intellectual Property, Trade and Development: Past, Present and Future, a Conference in Honour of Pedro Roffe, University of Minnesota Law School, The Faculty of Law of the University of Geneva, the Centre for International Governance Innovation, Genf, Juni 2017 (**Geiger**)
- International Law Association, Committee on Intellectual Property and Private International Law, Arbeitsgruppensitzung, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, Juni 2017 (**Drexl**)
- 8th GRUR meets Brussels Workshop 2017: The Digital Single Market Copyright Directive Proposal and beyond: Towards a ‘toolbox’ for future European Copyright Law, GRUR e.V., Brüssel, Juni 2017 (**Kosaka, Hilty**)
16. @Kit-Kongress: Kommunikation und Recht, @Kit, Köln, Mai 2017 (**Podszun**)
- Online Markets and Offline Welfare Effects – The Internet, Competition, Society and Democracy, Pembroke College, Oxford, Mai 2017 (**Drexl, Menzel**)
- TILTING perspectives 2017: Regulating a connected world, Tilburg University, Tilburg, Mai 2017 (**Nérisson**)
- Munich International Patent Law Conference 2017: Preliminary Injunctive Relief Against Patent Infringements, TUM, Bayerisches Staatsministerium der Justiz, DPMA, München, Mai 2017 (**Kraßer**)
- Annual Conference 2017, International Competition Network (ICN), Porto, Mai 2017 (**Drexl**)
- European Joint Doctorate Innovation Society, Meeting of Selection Committee, Universität Alicante, Alicante, Mai 2017 (**Drexl**)
- China, US and Intellectual Property Protection, US, China and International Law, Penn Wharton China Center, Peking, Mai 2017 (**Wan**)
- Symposium on Evidence-Based Law and Practice, Newcastle Law School – The University of Newcastle, Newcastle upon Tyne (Australia), Mai 2017 (**Antons**)
- ALAI 2017 Congress: Copyright – to be or not to be, ALAI, Kopenhagen, Mai 2017 (**von Lewinski, Kosaka**)
- Fake News Flooding the Internet: Remedies Without Censorship, Fondazione Centro Nazionale di Prevenzione Difesa Sociale, Mailand, Mai 2017 (**Ullrich**)
- ECS Conference – Building a EU unitary copyright, European Copyright Society, Paris, Mai 2017 (**Geiger, Hilty**)
- WIPO Standing Committee on Copyright and Related Rights, WIPO, Genf, Mai 2017 (**von Lewinski**)
- Roundtable zur kollektiven Rechtswahrnehmung nach der Umsetzung der Richtlinie 2014/26, CECOJI-UP und AEMDTIC, Université de Poitiers, Poitiers, April 2017 (**Nérisson**)
- CodeX Future Law Conference, Stanford Center for Legal Informatics – Stanford Law School, Stanford, April 2017 (**Nagel**)
- Subregional Seminar: Copyright in the Digital Age, WIPO, HIPO, Budapest, April 2017 (**von Lewinski**)
- Brexit et Propriété intellectuelle: Perspectives et réalités, Université de Paris II – Institut de recherche en propriété intellectuelle, Paris, April 2017 (**Ullrich**)



International Intellectual Property Law Roundtable, NYU School of Law, New York, April 2017 (**Geiger**)

European Copyright – Quo Vadis? European University Institute, Refettorio, Badia Fiesolana, April 2017 (**Bauer**)

4th VIPP Roundtable, East University of Political Science and Law, Shanghai, April 2017 (**Hilty, Wan**)

Agri-Food Messe und Tagungen, Cibus Connect, Parma, April 2017 (**Rampazzo**)

Intellectual property and digitalization: challenges for Intellectual Property Management, Université de Strasbourg (CEIPI, BETA, I3PM), April 2017 (**Desaunettes**)

International Conference: New Developing Idea and the Rule of Law Modernization of the Intellectual Property Rights, Shanghai Institute of Technology, Center for Studies of Intellectual Property Rights, Shanghai, April 2017 (**von Lewinski**)

Online Platforms and Intermediaries in Copyright Law, LMU München, München, März 2017 (**Bauer, Kosaka**)

European Joint Doctorate Innovation Society, Kick-Off Meeting, MIPLC, Brüssel, März 2017 (**Drexel**)

Regional Meeting for the Heads of Copyright Offices in the Arab Region, WIPO, OTDAV, Tunis, März 2017 (**von Lewinski**)

Consumer Law Research Conference, City University, Hong Kong, Februar 2017 (**Podszun**)

Competition Law and Policy in Developing Countries, The Gambian Competition Authority, Banjul (Gambia), Februar 2017 (**Bakhoun**)

Status und Perspektiven der Störerhaftung und der Haftung für Hyperlinks nach den EuGH-Urteilen in Sachen McFadden und GS Media: Der EuGH auf dem Weg zum Ersatzgesetzgeber? DPMA, München, Februar 2017 (**Bauer**)

Sitzung der Ad-hoc-Arbeitsgruppe: recht.digital, Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Berlin, Februar 2017 (**Drexel**)

Sitzung der Arbeitsgruppe: Recht der Daten, GRUR e.V., Mannheim, Februar 2017 (**Drexel**)

Communication Law in China, The Present and Future of IT and Law, Kyungpook National University, Korea, Februar 2017 (**Wan**)

Vergütungsgerechtigkeit auf Online-Plattformen, Institut für Urheber- und Medienrecht, München, Januar 2017 (**Bauer**)

The Present and Future of EU and UK Copyright, JIPLP, London, Januar 2017 (**Kosaka**)

2016

Big Data and competition, King's College London, London, Dezember 2016 (**de Luca**)

Methodenfragen des Patentrechts – Symposium anlässlich des 70. Geburtstags von Theo Bodewig, Humboldt-Universität zu Berlin – Juristische Fakultät, Berlin, Dezember 2016 (**Batista, Hilty, Ullrich**)

Informazione, industrial e big data tra innovazione e mercato, Università di Teramo, Teramo, Dezember 2016 (**Drexel**)

Les réformes françaises récentes: Du droit de la propriété littéraire et artistique, Colloque AFPIDA, Paris, Dezember 2016 (**von Lewinski**)

Innovation Policies Roundtable, Xiamen University, Xiamen, Dezember 2016 (**Ullrich**)

Data, Big Data e algoritmi tra innovazione, mercato e concorrenza, Autorità Garante della Concorrenza e del Mercato, Rom, Dezember 2016 (**Drexel**)

WIPO Standing Committee on Copyright and Related Rights, WIPO, Genf, Dezember 2016 (**von Lewinski**)

Lietuvos Respublikos Konkurencijos taryba, Competition Council of the Republic of Lithuania, Vilnius, Dezember 2016 (**Surblytė**)

10th Annual Conference on Patents, Standards, and Competition, Informa PLC, London, Dezember 2016 (**Picht**)

Developing FRAND Case Management Rules, Munich IP Dispute Resolution Forum e.V., London, Dezember 2016 (**Walz**)

Copyright Package EU, BMJV, Berlin, Dezember 2016 (**Hilty**)

Big data and competition: Panel discussion, King's College London, London, Dezember 2016 (**de Luca**)

Workshop on strengthening competition in West Africa, The World Bank, Dakar (Senegal), Dezember 2016 (**Bakhoun**)

Workshop „Big Data“, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin, November 2016 (**Podszun**)

Price Discrimination, King's College London, London, November 2016 (**de Luca**)

11th ed. of the “Rendez-vous européens de Strasbourg”, Pôle européen d'administration publique (PEAP), Centre for International Intellectual Property Studies (CEIPI) and the European Audiovisual Observatory, Council of Europe, Straßburg, November 2016 (**Geiger**)

Workshop: The Tobacco Packaging and Tuna/Dolphin Cases: Quo Vadis? Lauterpacht Centre for International Law, Cambridge, November 2016 (**Grosse Ruse-Khan**)

International Workshop: Unfair Competition within (and beyond) IP, Hanken School of Economics, Helsinki, November 2016 (**Grosse Ruse-Khan**)

Workshop: Selected Problems of the EU Trademark Law Reform, Vrije Universiteit Amsterdam, Amsterdam, November 2016 (**Grosse Ruse-Khan**)

Ökonomische Bewertung von Vertikalbeschränkungen, Münchner Kartellrechtsforum, München, November 2016 (**Mackenrodt, Walz**)

Benchmark Manipulation, King's College London, London, November 2016 (**de Luca**)

Internetplattformen – Aktuelle Herausforderungen der digitalen Ökonomie an das Urheber- und Medienrecht, Institut für Urheber- und Medienrecht, München, November 2016 (**Pflüger**)

Annual conference of the Trademark Law Institute (TLI): Selected Problems of the EU Trademark Law Reform, Vrije Universiteit Amsterdam, Amsterdam, November 2016 (**Geiger**)

Shaping the future of IP, Ministry of Culture and IPO of the Slovak Republic, European Commission, EU IPO, Bratislava, November 2016 (**von Lewinski**)

SPC/ESZ Study for EU-Commission – Kickoff Meeting, EU-Kommission, Brüssel, November 2016 (**Hilty**)

Jubiläen im Lauterkeits-, Kartell- und Preisüberwachungsgesetz – Ein Blick zurück in die Zukunft des gemeinsamen Wettbewerbschutzes, Carnot-Cournot-Netzwerk, Bern, November 2016 (**Picht**)

International Conference on the Challenges for the New Spanish Commission for the Markets and Competition, CNMC, Madrid, November 2016 (**Olmedo Peralta**)

Göttinger Urheberrechtstagung 2016, Göttinger Verein zur Förderung des internationalen und nationalen Medienrechts, Göttingen, November 2016 (**Pflüger**)

Tagung zur Wissenschaftsschranke – Neue Vorschläge aus Berlin und Brüssel, ALAI Deutschland e.V., Berlin, November 2016 (**Hilty, von Lewinski, Moscon, Pflüger**)

Hub and Spoke Cartels, King's College London, London, November 2016 (**de Luca**)

(Non-)Regulation of online platforms and internet intermediaries: state of play, visions and next steps in Germany, UK, the Netherlands and at the EU, GRUR e.V., Berlin, November 2016 (**Kosaka**)

Konferenz: Propiedad Intelectual en las Universidades Públicas, Juristische Fakultät, Universität Burgos (Spanien), Oktober 2016 (**Moscon**)

Jahrestagung der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht (GRUR) e.V., GRUR e.V., München, Oktober 2016 (**Batista, Drexl, Benz, Hilty, Kraßer, Li, Mackenrodt, Sutterer**)

Arbeitskreis Kartellrecht, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Düsseldorf, Oktober 2016 (**Podszun**)

Contracts on Digital Goods and Services, Humboldt-Universität zu Berlin, Freie Universität Berlin, Berlin, Oktober 2016 (**Wiedemann**)

Market Definition and Market Power, King's College London, London, Oktober 2016 (**de Luca**)

7th Conference of the Research Partnership Platform (RPP), UNCTAD, Genf, Oktober 2016 (**Bakhoun**)

Regelsetzung im Privatrecht, Center for Advanced Studies, LMU München, München, Oktober 2016 (**Podszun**)

The Day of the Faculty of Law, Faculty of Law and Faculty of Medicine, University of Maribor, Maribor, Oktober 2016 (**Straus**)

Professorentagung des Bundeskartellamts, Bundeskartellamt, Bonn, Oktober 2016 (**Podszun**)

Objectives and enforcement methods, King's College London, London, Oktober 2016 (**de Luca**)

After Brexit: is the EEA an option for the UK? Centre of European Law, The Dickson Poon School of Law, King's College London, University of London, London, Oktober 2016 (**de Luca**)

Internal Workshop on the academic evaluation of the copyright reform proposal, Europäisches Parlament, Brüssel, Oktober 2016 (**Hilty**)

Die Verfassung der europäischen Wirtschaft, Symposium zu Ehren von E.-J. Mestmäcker, MPI für ausländisches und internationales Privatrecht, Hamburg, Oktober 2016 (**Ullrich**)

3rd VIPP Roundtable, National Taiwan University, Taipeh, Oktober 2016 (**Hilty**)

Hot Topics at the crossroads between Antitrust and IP in the Pharma Sector, UCL Centre for Economics, Law & Society King's College London, Autorità Garante della Concorrenza e del Mercato, London, Oktober 2016 (**de Luca**)

What can Technologists learn from the History of the Internet? Institut für Urheber- und Medienrecht, München, September 2016 (**Sutterer**)

Reconstructing Rights – Rethinking Copyright's Economic Rights in a Time of Highly Dynamic Technological and Economic Change, Instituut voor Informatierecht, Universiteit Amsterdam, Brüssel, September 2016 (**Ullrich**)

Perspektiven einer europäischen Privatrechtswissenschaft, Gesellschaft Junger Zivilrechtswissenschaftler, München, September 2016 (**Mackenrodt**)

UNESCO Expert Meeting on Developing an Overall Results Framework for the 2003 Convention for the Safeguarding of the Intangible Cultural Heritage, UNESCO, Peking, September 2016 (**Antons**)



WuW Fachtagung Kartellrecht, Wirtschaft und Wettbewerb (WuW), Köln, September 2016 (**Podszun**)

Workshoptagung für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Leibniz-Gemeinschaft, Institut für Deutsche Sprache (IDS), Mannheim, September 2016 (**Hartmann**)

ALAI 2016 Congress: Applied Arts under IP Law: Uncertain Border between Beauty and Usefulness, ALAI, Rom, September 2016 (**Kosaka, von Lewinski**)

DATABUND Forum 2016, Databund, Hemer, September 2016 (**Podszun**)

Innovation, Economic Development and IP in India and China, Singapore Management University (SMU), O.P. Jindal Global University and Renmin University of China, Neu Delhi, September 2016 (**Hilty**)

Work in progress seminar: Applied Research Centre for Intellectual Assets and the Law in Asia (ARCIALA), Singapore Management University, School of Law, Singapur, September 2016 (**Geiger**)

11th Annual Conference of EPIP, University of Oxford, Oxford, September 2016 (**Geiger**)

Implication for Competition Law, King's College London, London, September 2016 (**de Luca**)

UNESCO Expert Meeting on Developing an Overall Results Framework for the 2003 Convention for the Safeguarding of the Intangible Cultural Heritage, Peking, September 2016 (**Antons**)

Düsseldorf IP Intellectual Property Conference 2016, JETRO, Düsseldorf, September 2016 (**Kosaka**)

Ecole d'été de l'Université de Strasbourg: "le secret", Université de Strasbourg (faculté de droit), Straßburg, September 2016 (**Desaunettes**)

The IEEE Global Initiative for Ethical Considerations in Artificial Intelligence and Autonomous Systems, IEEE Standards Association, Den Haag, August 2016 (**Walz**)

Facilitating Innovation and Creativity in Islam and in the West, Avicenna Summer School, Granada, August 2016 (**Grosse Ruse-Khan**)

International Conference: Innovation, Intellectual Property, Competition and Standard Setting in the ICT, Jindal Global Law School, Neu Delhi, August 2016 (**Drexel**)

A discussão atual sobre a neutralidade da rede, Curso de Verão sobre Direito da Propriedade Intelectual: O Estado das Questões em 2016, University of Lisbon, Lissabon, Juli 2016 (**Pereira**)

11th ASCOLA Conference: The Role(s) of Innovation in Competition Analysis, Jahrestagung 2016, ASCOLA, Leiden University, Leiden, Juli 2016 (**Botta, Drexel, Mackenrodt, Surblyté, Ullrich**)

Data Protection and Platform Competition in the EU: a Co-Regulatory Approach? RegGov2016 – ECPR Standing Group on Regulatory Governance Sixth Biennial Conference: Between Collaboration and Contestation: Regulatory Governance in a Turbulent World, University Tilburg, Tilburg, Juli 2016 (**Surblyté**)

Comparative Dimensions of Limitations & Exceptions in Copyright Law, National University of Singapore, Centre for Law & Business, Faculty of Law, University of Pennsylvania Law School, The University of Hong Kong, Singapur, Juli 2016 (**Hilty**)

Geschäftsmodelle der digitalen Welt, Forschungsstelle für Verbraucherrecht, Universität Bayreuth, Bayreuth, Juli 2016 (**Podszun**)

Vorstandssitzung und Mitgliederversammlung, ALAI Deutschland e.V., Berlin, Juli 2016 (**Hilty**)

Wiedergutmachung und Urheberrecht – Verlängerung urheberrechtlicher Schutzfristen für Opfer der NS-Herrschaft? Humboldt-Universität zu Berlin, Deutsche Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht (GRUR), ALAI Deutschland e.V., Berlin, Juli 2016 (**Hilty, von Lewinski**)

Vortragsreihe DIS40, Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS), München, Juli 2016 (**Walz**)

Declaration on Patent Protection: Regulatory Sovereignty under TRIPS, Inter-University Centre for IPR Studies, Cochin University of Science Technology, MPI für Innovation und Wettbewerb, Centre for Economic Studies and Planning, Jawarhal Nehru University, Institute for Studies in Industrial Development, Neu Delhi, Juli 2016 (**Hilty**)

Münchener Symposion zum Film- und Medienrecht: „RE-USE: Kompilation, Parodie, Doku-Fiction, Institut für Urheber- und Medienrecht, München, Juli 2016 (**Lotte, Pflüger, Sutterer**)

WIPO Standing Committee on Copyright and Related Rights, WIPO, Genf, Juni 2016 (**von Lewinski**)

The Transformative Impact of the Internet on Copyright (and Nearly Everything Else in the Law), Munich Center for Internet Research, München, Juni 2016 (**Sutterer**)

Eleanor Fox Scholarship Symposium, Global Competition Law Center, College of Europe, Brüssel, Juni 2016 (**Bakhoun, Drexel**)

Antitrust in Transnational Markets, University of Haifa, Haifa, Juni 2016 (**Drexel**)

Munich Summer Institute 2016, Bayerische Akademie der Wissenschaften, München, Juni 2016 (**Surblyté**)

Rechtsfragen für Medienrepositorien, ResourceSpace Community Meeting, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, Juni 2016 (**Hartmann**)

Junge Wissenschaft – Kolloquium zum Gewerblichen Rechtsschutz, Urheber- und Medienrecht: Medienrecht im Medienumbruch, GRUR e.V., Universität zu Köln, Köln, Juni 2016 (**Lotte**)

4. Zürcher Stiftungsrechtstag, Universität Zürich, Zürich, Juni 2016 (**Picht**)

International Scientific Congress on Private Law of the Philippines and Spain, Ateneo de Manila University School of Law, Manila, Juni 2016 (**Olmedo Peralta**)

GRUR Meets Brussels Workshop, Towards a connected Digital Single Market – what about a new ‘industrial data protection right’ for companies? Representation of the State of North-Rhine Westphalia to the European Union, GRUR e.V., Brüssel, Juni 2016 (**Podszun, Surblyté, Wiedemann**)

GRUR-AIPPI-AIPLA Meeting, GRUR e.V., MPI für Innovation und Wettbewerb, München, Juni 2016 (**Surblyté**)

The EUI Law Department and the next 40 years of legal research, Europäisches Hochschulinstitut, Florenz, Juni 2016 (**Ullrich**)

DLA Piper IP Lecture Series, Bucerius School of law, Hamburg, Juni 2016 (**Geiger**)

35th Annual ATRIP Congress: Intellectual Property as Functional Pluralism: The Parameters, Challenges and Opportunities of Variations, ATRIP, Krakau, Juni 2016 (**Hilty, Kur, Kochupillai**)

Droit économique en action, Université Sofia Antipolis, Centre de recherche en droit économique, Association internationale de droit économique, Nizza, Juni 2016 (**Ullrich**)

Symposium: Internationales Privat- und Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung: Herausforderungen 1916 und 2016 – und die Zukunft? Institut für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Heidelberg, Juni 2016 (**Wiedemann**)

Unfair competition in and beyond IP, IPR Summer School 2016, IPR University Center, Hanken School of Economics, Helsinki, Juni 2016 (**Surblyté**)

20th International Conference on Electronic Publishing, Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen, Juni 2016 (**Moscon**)

54th Session of the High French-German Council, European Parliamentary Association, Straßburg, Juni 2016 (**Geiger**)

Jornada sobre Competencia y Propiedad Intelectual, El Instituto de Derecho de Autor, Madrid, Juni 2016 (**von Lewinski**)

100 Jahre Institut für Rechtsvergleichung – Kaufrecht und Kollisionsrecht von Ernst Rabel bis heute, LMU München, München, Juni 2016 (**Mackenrodt, Sutterer**)

Challenging Compliance with International IP Norms in Investor – State Dispute Settlement; Oxford University, St Peter’s College, Oxford, Mai 2016 (**Grosse Ruse-Khan**)

Akademietag der Bayerischen Theaterakademie, Bayerische Theaterakademie, München, Mai 2016 (**Podszun**)

Privacy in the Digital Age: Who benefits from the Data Economy? Munich Center for Internet Research, München, Mai 2016 (**Sutterer**)

Meins bleibt meins? Evangelische Studierendengemeinde Berlin, Berlin, Mai 2016 (**Hartmann**)

Copyright Law for the EU – An open debate with the European Copyright Society, Universität Oberta de Catalunya, Barcelona, Mai 2016 (**Geiger, Hilty**)

Diskriminierung mittels Algorithmen? Die gesellschaftlichen Auswirkungen von Big Data, Munich Center for Internet Research, München, Mai 2016 (**Sutterer**)

Pan-European Seal IP Campus 2016, European Union Intellectual Property Office, Alicante, Mai 2016 (**Geiger**)

Patent Ethics – Responsiveness in European Patent Practices, Oslo and Akerhus University College, King’s College London, Universität Hamburg, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, Mai 2016 (**Lamping**)

Rechte an nichtpersonenbezogenen Daten, Bundesverband der Deutsche Industrie (BDI), Berlin, Mai 2016 (**Hilty**)

The Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) – Issues and Perspectives for International Commercial Law, College of Europe, Law Department, Association internationale de droit économique, Brügge, April 2016 (**Ullrich**)

Einige Fragen zu der chinesischen UWG Novellierung 2016, Legislative Affairs Office of State Council of China, Peking, April 2016 (**Li**)

The Patent Declaration – Regulatory Sovereignty under TRIPS Agreement, University of South Africa (UNISA), Pretoria, April 2016 (**Hilty, Lamping**)

3D Drucker und Innovationspolitik, Zhongnan University, Ministry of Industry and Information Technology of China, State Intellectual Property Office of China, Changshang, April 2016 (**Li**)

Challenging Compliance with International IP Norms in Investor – State Dispute Settlement; University of Sussex, Sussex, April 2016 (**Grosse Ruse-Khan**)

Urheberrecht und Nutzerverhalten im Wissenschaftsarchiv, Universitätsarchiv der Universität Bayreuth, Forschungsstelle für Geistiges Eigentum, Gemeinfreiheit und Wettbewerbsrecht an der Universität Bayreuth, Archiv der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), Universität Bayreuth, Bayreuth, April 2016 (**Hartmann**)

Erster KWM Future Trends Talk – Paneldiskussion, King & Wood Mallesons, München, April 2016 (**Walz**)

Break-out Session, Annual Conference 2016, International Competition Network (ICN), Singapur, April 2016 (**Drexler**)

Juristische und technische Fragen, Gesellschaft von Juristen aus Nordgriechenland, Thessaloniki, April 2016 (**Kosmides**)



The Regionalisation of Competition Law and Policy: Implications for the ASEAN Economic Community, National University of Singapore, Singapur, April 2016 (**Drexl**)

The Oxford Intellectual Property Speaker Series, University of Oxford, St Peter's College, London, April 2016 (**Geiger**)

2016 IPR Nanhu Forum: International Conference on Intellectual Property Rights Protection and the Building of IP Power, Center for Studies of Intellectual Property Rights of the Zhongnan University of Economics and Law (ZUEL), Peking, April 2016 (**Straus**)

Wissenschaftsschranke – Ein angemessener Interessenausgleich? Institut für Urheber- und Medienrecht, München, April 2016 (**Pflüger**)

WIPO Conference on the Global Digital Content Market, WIPO, Genf, April 2016 (**von Lewinski**)

ALLEA General Assembly 2016, Austrian Academy of Sciences, Wien, April 2016 (**Straus**)

Global Conference on Intellectual Property and Development, World Intellectual Property Organization, Genf, April 2016 (**Grosse Ruse-Khan**)

4th E.CA Competition Law and Economics Expert Forum, ESMT (European School of Management and Technology), Berlin, April 2016 (**Surblyté**)

Jenaer Medienrechtliche Gespräche, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, April 2016 (**Podszun**)

15. @kit-Kongress: Internet und Recht und Freiheit, @kit, Berlin, April 2016 (**Podszun**)

La protection des secrets d'affaires – Perspectives nationales et européennes, Sénat (CEIPI), Paris, April 2016 (**Desaunettes**)

IV Colóquio Luso-Brasileiro Direito e Informação – “Direito e Informação na sociedade em rede”, University of Porto, Porto, März 2016 (**Pereira**)

2nd VIPP Roundtable on Asian Intellectual Property, The Chinese University of Hong Kong, Hong Kong, März 2016 (**Hilty**)

Perspektiven der Rechtsdurchsetzung im Internet – Haftung von Access-Providern und “follow the money”, ALAI Deutschland e.V., Frankfurt a.M., März 2016 (**Picht**)

Innovación, Sistema Internacional de Patentes y Desarrollo, Centro de Propiedad Intelectual, Competencia, Consumidor y Comercio (CEPIC), Universidad ESAN, MPI für Innovation und Wettbewerb, Lima, März 2016 (**Hilty, Lamping**)

The Future of International Copyright, American University Washington College of Law, Program on Information Justice & Intellectual Property, Washington D.C., März 2016 (**Geiger**)

Internationales Forum EU-Kartellrecht, Studienvereinigung Kartellrecht, Brüssel, März 2016 (**Podszun**)

Giurisprudenza e Scienza, Accademia Nazionale dei Lincei, Rom, März 2016 (**Straus**)

5th AIJA Annual Competition Conference 2016, Valencia, März 2016 (**Picht**)

ZiF Research Group Workshop: Balancing Intellectual Property Claims and the Freedom of Art and Communication, University of Bielefeld, Bielefeld, März 2016 (**Geiger**)

Workshop: Progetti di ricerca Nazionali, Europei e internazionali (Nationale, europäische und internationale Forschungsprojekte), Convegno dei Direttori Generali delle Amministrazioni Universitarie, Università Turin, Turin, März 2016 (**Moscon**)

Annual Conference: L'influenza del diritto europeo sul diritto commerciale italiano: valori, principi, interessi, Associazione Orizzonti del Diritto Commerciale, Rome Tre University, Economics Department, Rom, Februar 2016 (**de Luca**)

Brecht-Tage, Literaturforum, Berlin, Februar 2016 (**Podszun**)

La Réforme du droit d'auteur dans la société de l'information, CERDI, Université Paris Sud, Université Rennes 1, Paris, Februar 2016 (**von Lewinski**)

Regulating Patent Hold-Up? – An Assessment in Light of Recent Academic, Policy and Legal Evolutions, Liège Competition and Innovation Institute, Brüssel, Februar 2016 (**Drexl**)

Industrie 4.0: Digitale Wirtschaft – analoges Recht, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) und NOERR, Berlin, Februar 2016 (**Hilty**)

13. InetBib-Tagung, Universität Stuttgart, Stuttgart, Februar 2016 (**Hartmann**)

Entrepreneurship and management, University of Toulouse, Toulouse, Januar 2016 (**Nguyen**)

The relation of European intellectual property law in case of free exchange conventions, University of Toulouse, Toulouse, Januar 2016 (**Nguyen**)

IV. Internationale Wissenschaftliche Konferenz: Wissenschaft und moderne Welt, Archivar, Kiew, Januar 2016 (**Pilicheva**)

Workshop: The Marrakesh Treaty on Copyright Exceptions for Visually Impaired Persons, IVIR, University of Amsterdam, Januar 2016 (**Grosse Ruse-Khan**)

17th EIPIN Congress (Part I): Intellectual Property and the Judiciary, EIPIN, Centre for International Intellectual Property Studies (CEIPI), Spangenberg Center for Law, Technology & the Arts, Case Western Reserve University School of Law (Cleveland, USA), Straßburg, Januar 2016 (**Geiger**)

A Common European Law of Unfair Competition – Europeanization and Integration, University of Copenhagen, Kopenhagen, Januar 2016 (**Henning-Bodewig**)

5. Göttinger Kartellrechtsgespräch, Daten und Wettbewerb in der Digitalen Ökonomie – Dateneigentum, Datenschutz, Datenmacht, Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen, Januar 2016 (**Surblyté, Wiedemann**)

2015

Global Congress on Intellectual Property and Public Interest, National Law University Dehli, Neu Dehli, Dezember 2015 (**Kochupillai**)

Standardization and Innovation, Tilburg Law and Economics Center (TILEC), Amsterdam, Dezember 2015 (**Drexl**)

ALLEA Board Meeting, All European Academies (ALLEA), The Royal Irish Academy, Dublin, Dezember 2015 (**Straus**)

Meeting of the Committee on Culture, Science, Education and Media, Parliamentary Assembly of the Council of Europe, Paris, Dezember 2015 (**von Lewinski**)

Die Zukunft des Urheberrechts, Initiative Urheberrecht und Institut für Urheber- und Medienrecht, Berlin, Dezember 2015 (**von Lewinski**)

GIF Event on the Occasion of 50 Years to the Diplomatic Relations, German Israeli Foundation (GIF), Berlin, Dezember 2015 (**Drexl**)

Entwurf für ein Verwertungsgesellschaftengesetz, Institut für Urheber- und Medienrecht, München, November 2015 (**Kraßer, Pflüger**)

WIPO Standing Committee on Copyright and Related Rights, WIPO, Genf, Dezember 2015 (**von Lewinski**)

O contrato na gestão do risco e na garantia da equidade, Group Contract and Social Development, Institute for Legal Research, Faculty of Law, University of Coimbra, Coimbra, November 2015 (**Pereira**)

2. Offener IT-Gipfel, Grüne Fraktionen im Bundestag und Berliner Abgeordnetenhaus, Berlin, November 2015 (**Hartmann**)

The Role of Intellectual Property in Positioning the Economy of the Western Balkans in the Global Market, University of Belgrade, Faculty of Law, Belgrad, November 2015 (**Straus**)

Herbsttagung der Bibliotheken der Biologisch-Medizinischen Sektion (BMS) der MPG, Max-Planck-Institut für Immunbiologie und Epigenetik, Freiburg, November 2015 (**Hartmann**)

Declaração sobre a Proteção através de Patentes, Soberania Regulatória nos termos de TRIPs, Escola da Magistratura Regional Federal da 2ª Região (EMARF), Rio de Janeiro, November 2015 (**Hilty, Lamping**)

Herbsttagung der Bibliotheken der Biologisch – Medizinischen Sektion (BMS) der MPG, Max-Planck-Institut für Kohlenforschung, Mülheim an der Ruhr, November 2015 (**Hartmann**)

European Open Data Forum, Luxembourg Institute of Science and Technology, Luxembourg, November 2015 (**Richter**)

IP and Competition Issues in the Background of Internet plus, Supreme People's Court of China & Southwest University of Political Science and Law, Chongqing, November 2015 (**Li**)

44th Annual Conference: International Law: Coherence or Chaos? Canadian Council on International Law, Ottawa, November 2015 (**Grosse Ruse-Khan**)

Digital Frontiers – Access to Digital Archives and Libraries through Cross Border Collective Rights Management of Copyright, National Library of Sweden, Stockholm University, Stockholm, November 2015 (**von Lewinski**)

CopyCamp Conference 2015, Modern Poland Foundation, Warschau, November 2015 (**Batista**)

IP and Information Law Conference, Centre for Intellectual Property Law, Danzig, November 2015 (**Grosse Ruse-Khan**)

Die Zukunft der Aufsicht über Verwertungsgesellschaften – ein deutscher und europäischer Ausblick, Deutsches Patent- und Markenamt, München, Oktober 2015 (**Drexl, Kraßer, Pflüger**)

Jahrestagung Aktionsbündnis: Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft, Wikimedia, Berlin, Oktober 2015 (**Hartmann**)

UCI – TRIPS – Symposium, University of California, Faculty of Law, Irvine, Oktober 2015 (**Hilty, Lamping**)

Law and Economics of Intellectual Property Rights, Philipps-Universität Marburg, Marburg, Oktober 2015 (**Batista, Richter**)

Geoblocking und Portability aus urheber- und europarechtlicher Sicht, Institut für Urheber- und Medienrecht, München, Oktober 2015 (**Kraßer**)

32. Heidelberger Wettbewerbstage der WRP, WRP, Heidelberg, Oktober 2015 (**Spengler**)

Intellectual Property on Plants: Patents, Plant Variety Rights and Alternative Approaches, Josef Kohler Symposium, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, Oktober 2015 (**Ullrich**)

IP Congress of Shangdi, Chinese Academy of Social Sciences, Peking, Oktober 2015 (**Li**)

Verkehrsfähigkeit digitaler Güter, Juristische Fakultät der Universität Basel, Basel, Oktober 2015 (**Mackenrodt**)

Konferenz Nostra res agitur: la scienza aperta come questione sociale, Universität Pisa, Fakultät für Politikwissenschaft, Pisa, Oktober 2015 (**Moscon**)

Verso il recepimento della Direttiva 2014/104/UE sul risarcimento del danno antitrust, Università Europea di Roma, Università LUISS Guido Carli, Rom, September 2015 (**Drexl**)



Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft für medizinisches Bibliothekswesen (AGMB), Universität Basel, Basel, September 2015 (**Hartmann**)

34th Annual ATRIP Congress: Intellectual property in action in society: new perspectives from the North, the South and the Cloud, ATRIP, Kapstadt, September 2015 (**Beiter, Hilty, Kur, von Lewinski, Straus, Surblytè**)

118th Annual Conference of the Japanese Society of International Law, Japanese Society of International Law, Nagoya, September 2015 (**Yamaguchi**)

Open Access Tage 2015, Universität Zürich, Zürich, September 2015 (**Hartmann**)

GRUR-Jahrestagung, Deutsche Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht (GRUR) e.V., Freiburg, September 2015 (**Benz, Hilty, Kraßer, Kur, Mackenrodt**)

The role of traditional culture/knowledge in food and agriculture systems, Monash University, Melbourne, September 2015 (**Antons**)

Interactive workshop on 'The role of traditional culture/knowledge in food and agriculture systems', Monash University, Melbourne, Australia, September 2015 (**Antons**)

Schweizerischer Juristentag 2015, Rechtsfragen im digitalen Zeitalter, Schweizerischer Juristenverein, St. Gallen, September 2015 (**Hilty**)

27th Annual Conference of Academia Europaea: Symbiosis – Synergy of Humans & Technology, Darmstadt, September 2015 (**Straus**)

Mitgliederversammlung ALAI, ALAI Deutschland e.V., München, September 2015 (**Drexel, Hilty, Katzenberger, Köklü, Kraßer, von Lewinski**)

Urhebervertragsrecht, ALAI Deutschland e.V., München, September 2015 (**Drexel, Hilty, Katzenberger, Köklü, Kraßer, von Lewinski**)

35. Tagung für Rechtsvergleichung, Gesellschaft für Rechtsvergleichung, Bayreuth, September 2015 (**Kraßer**)

Asean IP Public Conference 2015: IP Interoperability: Asean & Beyond, National University of Singapore, Faculty of Law, Singapur, August 2015 (**Hilty, Kur**)

6th Conference of the Research Partnership Platform (RPP), UNCTAD, Genf, Juli 2015 (**Bakhom**)

Kolloquium zum Recht des Geistigen Eigentums und Wettbewerbsrecht für Nachwuchswissenschaftler, LMU München, München, Juli 2015 (**Surblytè**)

3rd Annual Conference: Unitary Patent and Unified Patent Court 2015: The Last Miles, EPA, München, Juli 2015 (**Drexel, Yamaguchi**)

Building the Legal Infrastructure of the Digital Single Market, The Italian Association of Young Lawyers (AIGA), Europäisches Parlament, Brüssel, Juli 2015 (**Surblytè**)

6th Conference on European and Asian Intellectual Property: Exploring Sensible Ways for Paying Copyright Owners, Institutum Iurisprudentiae, Academia Sinica, MPI für Innovation und Wettbewerb, Taipeh, Juni 2015 (**Hilty, Nérissou**)

HU-Web-Day 2015, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, Juni 2015 (**Hartmann**)

30. Fielmann Akademie, Herausforderung Lehre – zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Fielmann Akademie Schloss Plön – gemeinnützige Bildungsstätte der Augenoptik, Plön, Juni 2015 (**Hartmann**)

IP in Asia Forum 2015, Growth and Opportunities for European Companies, Managing Intellectual Property (MIP), München, Juni 2015 (**Subramanian**)

6th Euro-Asia IP Conference: Exploring sensible ways for paying copyright owners, Institutum Iurisprudentiae, Academia Sinica, MPI für Innovation und Wettbewerb, National Taiwan University, Taipeh, Juni 2015 (**Hilty, Li**)

Munich International Patent Law Conference, Deutsches Patent- und Markenamt, München, Juni 2015 (**Kraßer**)

2015 Asia-Pacific Intellectual Property Forum, National Taiwan University, Taipeh, Juni 2015 (**Hilty**)

Internationaler ALAI-Kongress 2015: Vergütung für die Nutzung von Werken – Ausschließlichkeit gegenüber anderen Ansätzen, ALAI Deutschland e.V., Bonn, Juni 2015 (**Desaunettes, Dietz, Geiger, Hilty, Köklü, von Lewinski, Li, Nérissou, Pflüger**)

Internationale Konferenz der ALAI 2015 bzgl. der Vergütung für die Nutzung von Werken – Ausschließlichkeit gegenüber anderen Ansätzen, Bonn, Juni 2015 (**Nérissou**)

Celebrating 10 years of the EU-China IP Dialogue Mechanism, EU-Commission, Brüssel, Juni 2015 (**Straus**)

Working Group on IPRs and Copyright Reform, Committee on Legal Affairs, European Parliament, Brüssel, Juni 2015 (**von Lewinski**)

Free Trade Agreements and Intellectual Property, Hanken School of Economics, IPR University Center, Helsinki, Juni 2015 (**Ullrich**)

WIPO Standing Committee on Copyright and Related Rights, WIPO, Genf, Juni 2015 (**von Lewinski**)

XXXVIII. Bibliothekstagung der MPG, MPG, Berlin, Mai 2015 (**Hartmann**)

XXVII incontro di Aida: La direttiva antitrust, La direttiva enforcement antitrust, Drittdautore, Mailand, Mai 2015 (**Drexel**)

3rd E.CA Competition Law and Economics Expert Forum: Digital Dominance, Brüssel, Mai 2015 (**Surblyté**)

Standards of 'Consumer Welfare': Are Competition Law and Consumer Law Complements or Substitutes? Jean Monnet Center for International and Regional Economic Law and Justice, New York University, MPI für Innovation und Wettbewerb, New York, Mai 2015 (**Drexl**)

10th ASCOLA Conference "Abuse Regulation in Competition Law – Past, Present and Future", Meiji University, Tokio, Mai 2015 (**Subramanian, Surblyté, Podszun, Bakhoum**)

L'industria al centro: un'agenda per la crescita, Aspen Seminars for Leaders, Aspen Institute Italia, Venedig, Mai 2015 (**Straus**)

IP Key – Renmin University Round Table Discussion, Renmin Universität, Suzhou, Mai 2015 (**Straus**)

European ICT-policy Conference on the Digital Single Market, Norwegian Ministries of Local Government and Modernisation, Transport and Communication and Trade, Industry and Fisheries, Oslo, Mai 2015 (**von Lewinski**)

DAAD-Konferenz, Escuela Diplomática, Madrid, Mai 2015 (**Podszun**)

Cultivating Innovation Conference: How (and How Not) to think About Intellectual Property in Agriculture and Plant Sciences, Cultivating Innovation, Norwich, April 2015 (**Kochupillai**)

National IP Strategy Workshop, WIPO, Islamabad, April 2015 (**Grosse Ruse-Khan**)

2015 Seminar on Patent Declaration, Tongji University, Shanghai, April 2015 (**Hilty**)

Offene Lizenzen in den Digitalen Geisteswissenschaften, Bayerische Akademie der Wissenschaften, München, April 2015 (**Hartmann**)

16th ALLEA General Assembly, Academy of Science of Lisbon, Lissabon, April 2015 (**Straus**)

Competition Law Trends: What is Important for the Business Today, RAIDLA LEJINS & NORCOUS, The Lithuanian Confederation of Industrialists, Vilnius, April 2015 (**Surblyté**)

FICPI World Congress 2015, International Federation of Intellectual Property Attorneys (FICPI), Kapstadt, April 2015 (**Lamping**)

2015 IPR Nanhu Forum, Nanjing University, Nanjing, April 2015 (**Hilty**)

Managing Intellectual Property – An Important Determinant of Economy, University of South Africa (UNISA), Pretoria, April 2015 (**Straus**)

IPR Nordic Network Meeting 2015 – IP Openings under the Nordic Lights, Universität Helsinki, Pyhänturi, April 2015 (**Benz, Paschold**)

CIPIL 10th Anniversary Conference, CIPIL, University of Cambridge, Cambridge, April 2015 (**Grosse Ruse-Khan**)

International workshop on 'Intangible Cultural Heritage Across Borders: Laws, Structures and Strategies in China and its ASEAN Neighbours, School of Law, Deakin University, Melbourne, April 2015 (**Antons**)

Freiheit der Idee vs. Schutz von Schriftwerken – Juristische und literarische Aspekte, ALAI Deutschland e.V., Leipzig, März 2015 (**Hilty, Köklü, von Lewinski**)

Copyright Exceptions and Limitations within the Scope of the Review of EU Copyright Framework, Latvian Presidency of the Council of the European Union, Ministry of Culture, Latvian Republic, Riga, März 2015 (**von Lewinski**)

34. Zweijahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht: Freiheit und Regulierung in der Cyberwelt – Rechtsidentifikation zwischen Quelle und Gericht, Justus-Liebig-Universität Gießen, Gießen, März 2015 (**Drexl**)

Des fonctions de la procédure dans le droit économique européen, Université Mons, Association internationale de droit économique, Mons, März 2015 (**Ulrich**)

Roundtable on the digital single market, Lisbon Council, Brüssel, März 2015 (**Hilty**)

The Promise and Peril of International Property Law, Pacific McGeorge School of Law, Sacramento (USA), März 2015 (**Drexl**)

Geographical Indications at the Crossroads of Trade, Development and Culture in Asia-Pacific, Centre for Asian Legal Studies, Faculty of Law, National University of Singapore, Singapur, März 2015 (**Antons, Desauettes**)

Intellectual Property and the Public Domain, Universität Bayreuth, Bayreuth, Februar 2015 (**Hilty**)

48. Forschungsseminar Radein zum Vergleich von Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen: „Recht und Ökonomie“, Forschungsseminar Radein e.V., Radein, Februar 2015 (**Drexl**)

Konferenz: Legitimation wirtschaftlicher Ordnungen, Walter-Eucken-Institut/Wilhelm-Röpke-Institut, Weimar, Januar 2015 (**Podszun**)

16th EIPIN Congress (Part I): The Innovation Society and Intellectual Property, EIPIN, Maastricht University, Maastricht, Januar 2015 (**Drexl, Fischmann, Geiger**)

Open Forum on IP and Private International Law, WIPO, Genf, Januar 2015 (**Drexl**)





TÄTIGKEITSBERICHT
2015 – 2017

Innovation and Entrepreneurship Research

I Forschungsprofil der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung

C

Kontext der Forschung

Wie in Teil A des Berichts bereits betont wurde, sind Innovation und Entrepreneurship wichtige Quellen ökonomischen Wachstums moderner Wirtschaftssysteme sowie des Wohlstands und der Lebensqualität ihrer Bürger. Innovationsprozesse können aber auch hohe ökonomische und soziale Kosten verursachen und bringen in einigen Fällen erhebliche Unsicherheit und Risiken für die beteiligten Akteure mit sich. Zudem treten gerade im Kontext der Digitalisierung vermehrt ethische Fragestellungen auf, die in die gesellschaftliche Bewertung neuer Technologien, Organisationsformen und Geschäftsmodelle einfließen. Durch Gestaltung der Rahmenbedingungen für Innovation und Entrepreneurship sowie durch unmittelbare Interventionen (z.B. Fördermaßnahmen) kann die Politik diese Prozesse beeinflussen. Ein wichtiges Gestaltungsfeld liegt zudem in Unternehmen vor, deren Innovationsmanagement darauf abzielt, Innovationsprozesse betriebswirtschaftlich effizient zu gestalten.

Um diese Gestaltungsaufgaben erfolgreich durchführen zu können, ist ein wissenschaftlich fundiertes Verständnis der kausalen Zusammenhänge zwischen den Determinanten innovativer und unternehmerischer Prozesse und ihrer Ergebnisse erforderlich. Die Abteilung Innovation and Entrepreneurship Research widmet sich der Erforschung dieser Zusammenhänge aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive. Sie arbeitet dabei in wichtigen Fragestellungen eng mit der juristischen Abteilung des Instituts zusammen.

Die in der Abteilung verfolgten Forschungsfragen werden in Themenfeldern zusammengefasst, innerhalb derer besonders starke Querbezüge vorliegen. Im Laufe des Jahres 2017 wurden die Forschungsfelder neu in drei Themengruppen geordnet. Forschungsprojekte fügen sich nunmehr in die Forschungsfelder Innovation, Entrepreneurship sowie Innovationsmotive und -verhalten ein (vgl. Abb. S. 243). Somit wurde die früher verwendete Gliederung mit fünf Forschungsfeldern gestrafft und vereinfacht.

Die drei neuen thematischen Forschungsfelder fungieren gleichzeitig auch als „Labororganisationen“, in denen Promovierende, Postdocs und erfahrene Forscher und Forscherinnen regelmäßig zusammenarbeiten. Die Zuordnung ist dabei nicht exklusiv, die Forschenden sind in einigen Fällen in mehreren Themengebieten aktiv. Es ist charakteristisch für die Arbeit der Abteilung, dass junge Promovierende, Postdocs und erfahrene Forscher und Forscherinnen zusammen an wichtigen und ambitionierten Forschungsthemen arbeiten und die Ergebnisse gemeinsam publizieren. Dabei werden regelmäßig auch externe Betreuer und Koautoren eingebunden.

In den letzten drei Jahren hat die Zahl solcher Kollaborationsprojekte erheblich zugenommen – diese Form der Zusammenarbeit ist somit neuer wissenschaftlicher Standard geworden. Seit einigen Jahren können Promovierende gemeinsame Arbeiten auch ohne

weiteres in ihre Dissertationsschrift aufnehmen. Die Dissertationen sind in der Regel in englischer Sprache verfasst. Die Kommunikation in der Abteilung wird ebenfalls zunehmend in englischer Sprache geführt, um der wachsenden Zahl nicht deutschsprachiger Teammitglieder optimale Kommunikationsmöglichkeiten zu bieten. Die Workshops, Seminare und Konferenzen der Abteilung werden ausnahmslos in englischer Sprache abgehalten.

Die Forschungsstrategie der Abteilung wird hinsichtlich der Forschungsfelder, verwendeten empirischen Methoden und Daten regelmäßig im Zuge der Strategieseminare des Instituts aktualisiert. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Forschungsstrategie sind die nationale und internationale Vernetzung der Abteilung sowie die Kooperation mit anderen Akteuren am Standort München. Diese Elemente der Forschungsstrategie sind vor allem im Hinblick auf ihren Beitrag zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu sehen.

Themenfelder der Forschungsarbeiten

I. Innovation

Zu den für das gesamte Institut konstitutiven Fragen gehört der Zusammenhang zwischen Innovation und Schutzrechtssystemen. Ausschussrechte wie Patente gehören zu den ältesten Einrichtungen zur Unterstützung von Innovation und haben wiederholt kontroverse Einschätzungen ausgelöst. Die Forschung muss die oft komplexe rechtliche und ökonomische Mikrostruktur dieser Systeme berücksichtigen. Untersucht werden vor allem Patent- und Urheberrechtssysteme, aber auch die Auswirkung von Datenexklusivität auf Innovationsanreize. Insbesondere im Bereich des Urheberrechts sind Forschungsprojekte gemeinsam mit der juristischen Abteilung durchgeführt worden (vgl. unten C II 1.1 und 3.2). Hier entstehen derzeit auch gemeinsame Publikationen.

Innovationsprozesse bauen häufig auf wissenschaftlichen Forschungsergebnissen auf. Die "Economics of Science" sind in der Innovationsforschung inzwischen zu einem wichtigen Teilgebiet gereift. Aufgrund der hohen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung dieser Themen spielen sie in den Forschungsarbeiten der Abteilung eine besonders wichtige Rolle.

Projekte zum Thema **Schutzrechte** kurz beschrieben:

- Kapitel C II 1.1 · S. 244 · zu: Nutzerverhalten im Internet
- Kapitel C II 1.2 · S. 247 · zu: Ergänzende Schutzzertifikate
- Kapitel C II 1.5 · S. 254 · zu: Patente und kumulative Innovation
- Kapitel C II 1.14 · S. 275 · zu: Patente, Datenexklusivität und neue Medikamente
- Kapitel C II 1.17 · S. 279 · zu: Zeitpunkt der Lizenzierung
- Kapitel C II 2.2 · S. 286 · zu: Durchsetzung und Handel von Patenten
- Kapitel C II 2.8 · S. 296 · zu: Standardessentielle Patente
- Kapitel C II 2.14 · S. 299 · zu: Ökonomik des Patentschutzes
- Kapitel C II 3.2 · S. 304 · zu: Innovation in digitalen Märkten

Projekte zum Thema **Economics of Science** kurz beschrieben:

- Kapitel C II 1.7 · S. 258 · zu: Physisches Kapital und Wissensproduktion
- Kapitel C II 1.8 · S. 260 · zu: Von Wissenschaft zu Technologie
- Kapitel C II 2.9 · S. 297 · zu: Innovation im Gesundheitssystem
- Kapitel C II 2.12 · S. 298 · zu: Innovationswirkungen des öffentlichen Sektors

Die Politik versucht, durch Maßnahmen der Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationpolitik die technologische Leistungsfähigkeit zu stärken, um letztlich Vorteile für die Bürger zu schaffen. Dieser Politikbereich hat in den letzten Jahrzehnten global erheblich an Bedeutung gewonnen. Die in der Abteilung verfolgten Forschungsprojekte untersuchen u.a. die Wirksamkeit spezifischer Politikmaßnahmen und -instrumente. Dabei stehen die Rolle des Steuersystems und steuerlicher Maßnahmen wie der sog. Patentboxen im Vordergrund der Studien. Hinzu kommen Untersuchungen einzelner Förderinstrumente, wie z.B. sog. Innovationsgutscheine.

Projekte zum Thema **F&I-Politik** kurz beschrieben:

- Kapitel C II 1.3 · S. 249 · zu: Wirkung von Patentboxen
 - Kapitel C II 1.4 · S. 251 · zu: Forschung, Innovation und Steuersystem
 - Kapitel C II 1.16 · S. 278 · zu: Innovationsgutscheine
 - Kapitel C II 2.12 · S. 298 · zu: Innovationswirkungen des öffentlichen Sektors
-

Durch Öffnung von Innovationsprozessen für neue Akteure und neue Formen der Arbeitsteilung (Open Innovation) sind in den letzten Jahren neue Ansätze für Innovationspolitik und -management aufgekommen. Erleichterungen für den Zugriff auf Forschungsergebnisse (Open Access) haben die Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation ebenfalls maßgeblich beeinflusst. Diese Entwicklungen haben durch die Digitalisierung eine weitere Beschleunigung erfahren und werden im Rahmen einiger Projekte behandelt.

Publikation zum Thema **Open Innovation**:

Revolutionizing Innovation: Users, Communities, and Open Innovation. Hrsg. von Dietmar Harhoff und Karim R. Lakhani. Cambridge, MA: MIT Press.

- Kapitel C III 1.4 · S. 314 · Revolutionizing Innovation
-

II. Entrepreneurship

Unternehmerische Aktivität ist ein wesentlicher Treiber von Innovation. Unternehmerisches Handeln und seine Auswirkungen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, so von Finanzierungsmöglichkeiten, Unterstützung von Start-ups durch staatliche Maßnahmen, Besteuerung und kulturellen Faktoren. Die Forschungsarbeiten der Abteilung untersuchen unterschiedliche Formen von Entrepreneurship ebenso wie die Bedeutung von Rahmenbedingungen und die Rolle verschiedener Akteure in unternehmerischen Prozessen.

Besondere Aufmerksamkeit hat in den vergangenen Jahren die Analyse des Crowdfunding von Start-ups erhalten. Crowdfunding hat sich in den letzten zehn Jahren als wichtiger Mechanismus der Start-up-Finanzierung neben den klassischen Mechanismen

Projekte zum Thema **Open Innovation** kurz beschrieben:

- Kapitel C II 1.9 · S. 263 · zu: Crowdsourcing-Wettbewerbe
 - Kapitel C II 1.10 · S. 266 · zu: Offenheit als Plattform-Strategie im Crowdfunding
 - Kapitel C II 2.3 · S. 288 · zu: Signaleffekte von Crowdfunding für Investoren
 - Kapitel C II 2.4 · S. 290 · zu: Equity Crowdfunding
 - Kapitel C II 2.10 · S. 297 · zu: Feldexperimente zu Entrepreneurship und Turnieren
-

Der in Teil A bereits erwähnten wachsenden Bedeutung der Digitalisierung tragen Projekte Rechnung, in denen neue Metriken entwickelt werden. Dabei kommen Webscraping-Ansätze ebenso wie semantische Verfahren zum Einsatz, mit denen die Ähnlichkeit zwischen als standardessentiell deklarierten Patenten und den Beschreibungen technischer Standards ermittelt wird.

Projekte zum Thema **Digitalisierung** kurz beschrieben:

- Kapitel C II 1.20 · S. 282 · zu: Erfassen der Digitalisierung durch Webscraping
 - Kapitel C II 2.8 · S. 296 · zu: Standardessentielle Patente
 - Kapitel C II 3.2 · S. 304 · zu: Innovation in digitalen Märkten
-

der Finanzierung durch Business Angels und Wagniskapitalfinanzierung etablieren können. Am Institut hat sich eine Gruppe von Wissenschaftlern mit dieser neuen Finanzierungsform beschäftigt.

Projekte zum Thema **Crowdfunding** kurz beschrieben:

- Kapitel C II 1.10 · S. 266 · zu: Offenheit als Plattform-Strategie im Crowdfunding
 - Kapitel C II 2.3 · S. 288 · zu: Signaleffekte von Crowdfunding für Investoren
 - Kapitel C II 2.4 · S. 290 · zu: Equity Crowdfunding
 - Kapitel C II 2.13 · S. 299 · zu: Selektion von Crowdfunding-Projekten
-



Von besonderer Bedeutung ist zudem die Analyse von Maßnahmen, die auf die Entrepreneurship-Ausbildung abzielen. Entsprechende staatliche Förderprogramme werden in zahlreichen Ländern eingesetzt. In den Forschungsarbeiten der Abteilung wird das Youth Start-Programm untersucht. Andere Arbeiten befassen sich mit der Effektivität von Akzeleratoren und der Entstehung neuer Industrien durch Ausgründungen (Spin-outs).

III. Innovationsmotive und -verhalten

Individuen und Organisationen verfolgen Innovation aus unterschiedlichen Gründen und in unterschiedlichen Formen. Die Untersuchungen in diesem Forschungsfeld sind darauf ausgerichtet, Motive und Verhalten, die zu innovativen Ergebnissen führen, zu verstehen. Einige der beobachteten Verhaltensweisen sind nicht ohne weiteres mit klassischen Verhaltensannahmen der Wirtschaftswissenschaften vereinbar und daher von besonderem Interesse. Um ein verbessertes Verständnis von innovationsauslösenden Faktoren zu erhalten, werden Innovationsmotive und Innovationsverhalten auf unterschiedlichen Ebenen (z.B. Individuum, Team, Organisation, Region etc.) untersucht. Dabei wird unter anderem auf das Experimentallabor econlab zurückgegriffen.

Besondere Aufmerksamkeit fand in experimentellen Untersuchungen die Wirkung des sprachlichen Kontextes auf kreatives Handeln. Untersucht wurde auch die Auswirkung von „Abkühlzeiten“ auf das Entscheidungsverhalten in Patentprüfungsverfahren. In seinen

Methoden

Die Forschungsprojekte der Abteilung kombinieren ökonomische, insbesondere industrieökonomische und andere sozialwissenschaftliche Ansätze, um eine theoretische Untermauerung der Untersuchungen sicherzustellen. Die Forschungsarbeiten sind größtenteils empirisch ausgerichtet, schließen aber auch die eigenständige Entwicklung angewandter theoretischer Modelle ein. Ein wichtiges Kennzeichen der

*Projekte zum Thema **Entrepreneurship-Ausbildung und Akzeleratoren** kurz beschrieben:*

- Kapitel C II 1.11 · S. 268 · zu: Entrepreneurship und weibliche Rollenvorbilder
 - Kapitel C II 1.18 · S. 280 · zu: Analyse des Youth Start-Programms
 - Kapitel C II 2.7 · S. 296 · zu: Entrepreneurship und weibliche Rollenvorbilder
 - Kapitel C II 2.15 · S. 300 · zu: Akzeleratoren
-

Untersuchungen zu Coding-Wettbewerben führt ein Doktorand Experimente am Laboratory for Innovation Sciences Harvard (LISH) durch, bei denen das Stressniveau der Probanden über Speichelproben ermittelt wird. In einer nicht-experimentellen Dissertation wurden psychometrische Konstrukte (Big Five-Modell) eingesetzt, um aufbauend auf Befragungsdaten die Persönlichkeit von Erfindern zu charakterisieren.

*Projekte zum Thema **Innovationsmotive und -verhalten** kurz beschrieben:*

- Kapitel C II 1.13 · S. 273 · zu: Wartezeiten in der Patentprüfung
 - Kapitel C II 1.19 · S. 281 · zu: Sprache und Kreativität
 - Kapitel C II 2.5 · S. 292 · zu: Netzwerkeinbettung und Erfinderleistung
 - Kapitel C II 2.10 · S. 297 · zu: Feldexperimente zu Entrepreneurship und Turnieren
-

Arbeiten ist die Nutzung anspruchsvoller empirischer Verfahren, die eine optimale Auswertung der verwendeten Daten gestatten sollen. Die Arbeiten zielen dabei in der Regel darauf ab, kausale Zusammenhänge zu identifizieren, die für Empfehlungen an Entscheidungsträger eine belastbare Grundlage darstellen. Zum Einsatz kommen dabei neben Labor- und Feldexperimenten vor allem Instrumentvariablenschätzer,

Difference-in-Differences-Ansätze sowie Regression-Discontinuity-Verfahren. Bei Datengewinnung und -aufbereitung werden zunehmend Verfahren des maschinellen Lernens eingesetzt.

Daten

Empirische Untersuchungen der Abteilung greifen häufig auf großzählige Daten zurück. Bereits unmittelbar nach Gründung der Abteilung wurden daher Entscheidungen zugunsten des Aufbaus umfangreicher Datenbanken getroffen. Der Zugang zu wichtigen Datenressourcen wurde im Berichtszeitraum 2015–2017 weiter deutlich verbessert. Neben wöchentlich (DOCDB) und halbjährlich (PATSTAT) aktualisierten Patentdaten stehen den Forschenden, Kooperationspartnern und Gästen des Instituts umfassende Bilanzdaten (Orbis) und Daten zu klinischen Versuchen (Clarivate) zur Verfügung. In Kooperation mit der Max Planck Digital Library (MPDL) wurden zudem Daten aus Scopus und Web of Science verfügbar gemacht und mit Patentdaten verknüpft. Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb erstellt darüber hinaus oft originäre Daten, z.B. mittels Befragungen oder mit Hilfe von Big Data-Ansätzen durch Selektion von Daten aus dem Internet (Datamining) oder anderen Primärquellen. Die Arbeiten der Abteilung werden durch einen Datenwissenschaftler unterstützt, der die Erstellung umfangreicher Datensätze im Bereich von Patenten, Publikationen und Unternehmensdaten begleitet.

Die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung stellt externen Forschenden, soweit datenschutz- und lizenzrechtlich möglich, Daten aus der eigenen Forschung zur Verfügung. Daten können entweder lokal am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb oder in Verbindung mit Open Access-Publikationen im Online-Datenrepositorium auf der Webseite des Instituts abgerufen werden.

Weiterhin ist es das Ziel der Abteilung, die eigenen Datenressourcen mit externen Datenquellen zu hochwertigen Forschungsdatensätzen zu kombinieren, die dann ein Alleinstellungsmerkmal für die Forschung aufweisen. So hat die Abteilung mit einem Team des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit einen Paneldatensatz

Das bereits erwähnte Experimentallabor econlab wurde 2014 gemeinsam mit dem Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen aufgebaut, um für die Forschungsarbeiten der Abteilung auch experimentelle Methoden einsetzen zu können.

zum Erwerbsverlauf von 150.000 deutschen Erfindern für den Zeitraum von 1980 bis 2010 erstellt. Der Datensatz wird in den Forschungsdatenzentren des IAB demnächst national und international verfügbar gemacht. Am Institut arbeitet ein Team gemeinsam mit Forschern und Forscherinnen der Universität Mannheim und des IAB mit finanzieller Unterstützung der DFG an Auswertungen dieser Daten. Die Abteilung hat zudem in Kooperation mit dem Forschungsdatenzentrum der Bundesbank dazu beigetragen, dass die von der Bundesbank erhobenen Daten zu ausländischen Direktinvestitionen (FDI) mit Patentdaten der erfassten Unternehmen angereichert werden konnten. Auch hier sind weitreichende Auswertungen geplant.

*Projekte zum Thema **Daten** kurz beschrieben:*

- Kapitel C II 1.15 · S. 276 · zu: **Mobilität und Erfinderproduktivität**
 - Kapitel C II 2.1 · S. 284 · zu: **Arbeitsmarktergebnisse und Industriedynamik**
 - Kapitel C II 2.13 · S. 299 · zu: **Erfassen der Digitalisierung durch Webscraping**
-

Weiterhin wurde inzwischen ein Datenraum eingerichtet, in dem externe Forscherinnen und Forscher Befragungsdaten und andere besonders schützenswerte Angaben aus Forschungsprojekten des Instituts für eigene Projekte verwenden können. Ziel der Datenerstellung am Institut ist es grundsätzlich, neue erstellte Daten über die eigenen Webseiten oder Datenportale verfügbar zu machen. Sofern die Kombination mit personenbezogenen Angaben oder die Kombination von Daten eine Reidentifikation einzelner Personen (Erfinder oder Befragte) erlauben, werden die Daten entweder über den Datenraum oder über die Kooperationspartner wie IAB und Bundesbank so verfügbar gemacht, dass dem Datenschutz vollumfänglich Rechnung getragen wird.



Nationale und internationale Vernetzung

Durch Gastvorträge und Konferenzen wird die Forschungstätigkeit des Instituts national und international verknüpft. Ein wesentliches Instrument für die Vernetzung ist das Munich Summer Institute (vgl. C IV 1.1.4, S. 336), das im Jahr 2016 erstmals durchgeführt wurde. Die dreitägige Veranstaltung ist aus den Konferenzen des Instituts auf Schloss Ringberg hervorgegangen, das aufgrund der dortigen Raumrestriktionen keine Möglichkeit bot, die wachsende Zahl der Teilnehmer aufzunehmen. Das Munich Summer Institute findet jährlich in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften statt. Im Jahr 2018 wird es zum dritten Mal organisiert.

Im Berichtszeitraum 2015–2017 fanden zudem insgesamt 53 Brown-Bag-Seminare statt, bei denen mehrheitlich internationale Gäste Forschungsergebnisse vorstellten (vgl. C IV 1.1.5, S. 337). Dem Ziel

der internationalen Vernetzung dienen auch Auslandsaufenthalte von Promovierenden und anderen Wissenschaftlern der Abteilung. Der wichtigste Zielort solcher Aufenthalte ist derzeit der Großraum Boston. Dort bestehen zu Forschern an der Harvard Business School (Laboratory for Innovation Science Harvard – LISH), zur Boston University und zum Massachusetts Institute of Technology gute Verbindungen. Längere Auslandsaufenthalte wurden jüngst von vier Promovierenden durchgeführt. Weitere fünf Aufenthalte sind in Vorbereitung für den Herbst 2018 und das Frühjahr 2019.

Die Abteilung lädt zudem regelmäßig externe Promovierende, Postdocs und erfahrene Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zu Gastaufenthalten ein, die zwischen zwei Wochen und 18 Monaten dauern können.

Vernetzung am Standort München

Um die Zusammenarbeit mit Forschenden am Standort München zu stärken, werden einerseits eine Reihe von Aktivitäten gemeinsam mit Wirtschaftswissenschaftlern der Technischen Universität München und der Ludwig-Maximilians-Universität durchgeführt. Dazu gehören das TIME-Seminar (Technology, Innovation, Management and Entrepreneurship, vgl. C IV 1.1.2, S. 334) und die Vorträge im Rahmen des Munich Innovation Seminars (vgl. C IV 1.1.3, S. 335). Zudem wird bei der Organisation des Munich Summer Insti-

tute (s.o.) nicht nur mit Forschenden der Universität Zürich, sondern auch mit Wissenschaftlern der LMU München und der TU München zusammengearbeitet. Sämtliche Doktoranden der Abteilung durchlaufen strukturierte Ausbildungsgänge an der LMU München, wobei die Munich Graduate School of Economics (Volkswirtschaftliche Fakultät) oder das Doktorandenprogramm der Fakultät für Betriebswirtschaft als Kooperationspartner auftreten.

Innovation and Entrepreneurship Research

Research Profile, Fields of Research, Research Methods



II Projekte

1 Laufende Forschungsarbeiten

1.1

The Use of Copyright-Protected Creative Online Content by German Consumers

The question of how copyright-protected content is used on the Internet and, particularly, which conclusions policymakers, industry, and other major players in society should draw from users' behavior has been the subject of intense debate for years. To what extent do Internet users download, stream or share content like music, films, series or video games? What is the share of paid compared to free use? Do users consider their own conduct to be legal, and what are their motives for choosing potentially illegal forms of use? What factors would induce users to stop their potentially illegal behavior? The interdisciplinary research project carried out by the economic and legal departments of the Institute examines and analyzes these issues by gathering data with a large-scale, representative quantitative survey of German consumers.

The questionnaire is in parts based on the British Online Copyright Infringement Tracker, which has been regularly used in the United Kingdom since 2012 to study the extent of and the reasons for copyright-infringing behavior of British Internet users. This allows for a comprehensive direct cross-country comparison of the results obtained for Germany and the UK. Is the behavior of Internet users in Germany and the UK similar or can we observe systematic differences? What are possible reasons for potential differences and do they allow for drawing implications for policymakers, industry, and other major players in society on how to deal with copyright issues in the digital age? The German survey was adapted to the German context, the content category "e-paper editions of newspapers or journals" and security aspects of Internet use were added, and all survey sections were harmonized for all content types investigated. From 6 May through 3 July 2017 the market research company Kantar TNS used this instrument to conduct a survey of 5,532 German consumers age 12 and up, partly online and partly in personal interviews. The survey provides comprehensive data on the habits of German consumers with regard to their use of creative online content in the categories of music, films, television programs and series, computer software, e-books, video games, and e-papers, as well as on online security aspects.

The specific aims of the research project are:

- to measure the extent of copyright infringement as well as legal forms of use;
- to ascertain users' attitudes towards copyright-infringing behavior on the Internet;
- to find out how much users spend on content and to explore the relationship between illegal and legal consumption of content;
- and to study the willingness of users to pay for various types of copyright-protected content.

Initial results from our study indicate that about 32% of German Internet users age 12 and up used at least one of the creative online content types of music, films, television programs and series, computer software, e-books or video games in the three months prior to the survey and consider this use to be completely legal. Approximately 10% consider their use of this content to be partially illegal, while 5% of Internet users estimate their entire online content consumption to be illegal. The remaining 53% of Internet users, in contrast, did not consume any of these types of online content in the three months prior to the survey (see figure 1).

For the different types of online content, we also asked a number of additional questions allowing us to

	Music	Films	TV-Programmes/ Series	Computer Software	E-Books	Video Games	Any
100% illegal	4%	4%	3%	1%	1%	1%	5%
Mix of legal and illegal	3%	3%	2%	1%	0%	1%	10%
100% legal	20%	17%	18%	7%	7%	8%	32%

Figure 1

Proportion of German Internet users 12 years and older who consumed online content legally/illegally – according to their own judgment – in the three months prior to the survey (weighted, N = 5,306)



investigate the behavior of German consumers further. Among other things, we asked about the average spend by content type across several different means of expenditure. For the content types music, films, TV programs and series, for example, we can show that consumers with a mix of legal and illegal online consumption of the respective content have higher total expenditures for this content type (including offline purchases, concerts or cinema visits, as well as fan articles) than average German consumers or consumers that either stated that they used online content entirely legally or entirely illegally. Our results point in the direction that complementary products which allow firms to indirectly appropriate some of the rents generated through end-user online consumption

must be considered in the debate about the detrimental effects of copyright-infringing behavior on producers. Moreover, our results contradict the common assumption that illegal use can only be explained by the rationale of reducing costs (see figure 2).

The motives for possibly illegal behavior and the factors that might induce users to stop illegal behavior indicate that more flexible and convenient solutions on the part of online service providers could reduce copyright-infringing habits on the Internet. In particular, content that is already legally available in other countries should quickly be made available in Germany, so as to exploit an existing willingness to pay for this content (see figure 3).

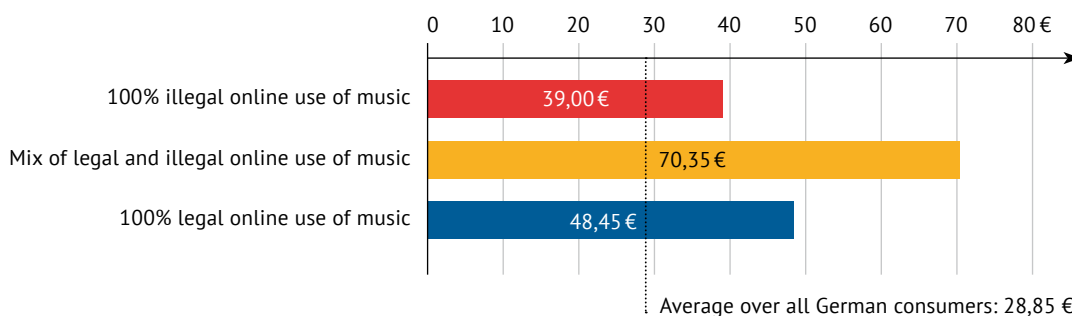


Figure 2

Quarterly average consumer spend for music (physical and digital purchases, online subscriptions, concerts, and fan articles) amongst 12+ year olds by perceived legality of online use (weighted, N = 1,625)



Figure 3
Aspects that would encourage users to stop accessing content possibly illegally online (weighted, N = 895)

The results also indicate that the legislature is capable of preventing some copyright infringements. 47% of German Internet users indicate that they are not at all or not particularly confident in determining what is or is not legal online. About one fifth of those surveyed with at least partial possibly illegal use of online content stated that they would give up their illegal behavior if they were more confident in determining what is legal and what is not. Hence, the legislature should adapt copyright law to the digital age and create unambiguous and especially easy-to-understand rules regarding legal use of Internet content and inform consumers accordingly.

The wealth of data collected provides us with the opportunity to conduct further analyses and thus gain more profound insights into the online behavior of German consumers. This pertains especially to our extension of the British Online Copyright Infringement Tracker dealing with Internet security aspects. This will allow us to investigate how users assess security issues like malware, identity theft and online cost traps, how they protect themselves online and how their concerns correlate with their usage intensity of legal and potentially illegal creative online content.

Principal Investigators	Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D. Prof. Dr. Reto M. Hilty
Project Team Members	Dr. Roland A. Stürz Dr. Alexander Suyer
Partner Institutions	Munich Center for Internet Research (MCIR), Research center of the Bavarian Academy of Sciences (BadW)
Funding	Munich Center for Internet Research (MCIR)



Interview zur Studie



1.2

Supplementary Protection Certificates and the Direction of R&D

In 1993, the European Union extended the term of intellectual property rights (IPRs) for pharmaceutical products by introducing a Supplementary Protection Certificate (SPC) regime, which aims at compensating the pharmaceutical industry for the lengthy and risky development process for new drugs. This IPR scheme provides up to an additional five years of market exclusivity conditional upon the commercialization lag of a newly developed drug. Related to other research showing that the typical duration of clinical trials depends on the disease and the stage of disease (Budish et al. 2015), the SPC regime should set differential R&D incentives on the disease-level. Using the source of variation provided by the SPC regime, this early-stage research project empirically investigates the shift of pharmaceutical R&D investments after the introduction of this market exclusivity term extension.

Motivation

Technological change in health care and pharmaceutical markets has been a main driver for progress in human health. This applies especially to the development of new medical treatments, which depends critically on R&D financing and the regulation of development, production and commercialization. Thus, developing new drugs is largely seen as a lengthy, risky and costly endeavor (DiMasi et al. 2016).

IPRs provide an important tool to foster the development of new drugs (Mansfield 1986), and allow pharmaceutical companies to capture returns on their research investments within a fixed patent term. However, the effective market exclusivity period to recoup R&D costs depends on the type of disease. This may lead to an underinvestment in projects with longer commercialization lags (Budish et al. 2015), and motivates this study to investigate whether changes in the patent term regime, for example, by SPCs can shift R&D investments in drug development.

Related Literature

A large body of literature has studied the effects of patent policy on the rate of innovation. However, there is little empirical evidence on how the characteristics of patent protection affect the direction of innovation, especially in the pharmaceutical industry. Some recent studies have investigated the introduction of national patent laws in several emerging and developing countries and show increases of domestic R&D efforts in pharmaceutical markets depending on the country's characteristics (Kyle and McGahan 2012) and an acceleration of drug launch (Kyle and Qian 2017). There is further evidence that higher returns on research investments, whether through strengthening

patent protection (Kyle and McGahan 2012), shorter commercialization lags (Budish et al. 2015), or market size per se (Acemoglu and Linn 2004) have an impact on the direction of R&D investments in drug development. However, the question remains open as to what the effects are of a patent regime granting longer market exclusivity terms in pharmaceutical markets.

Institutional Context

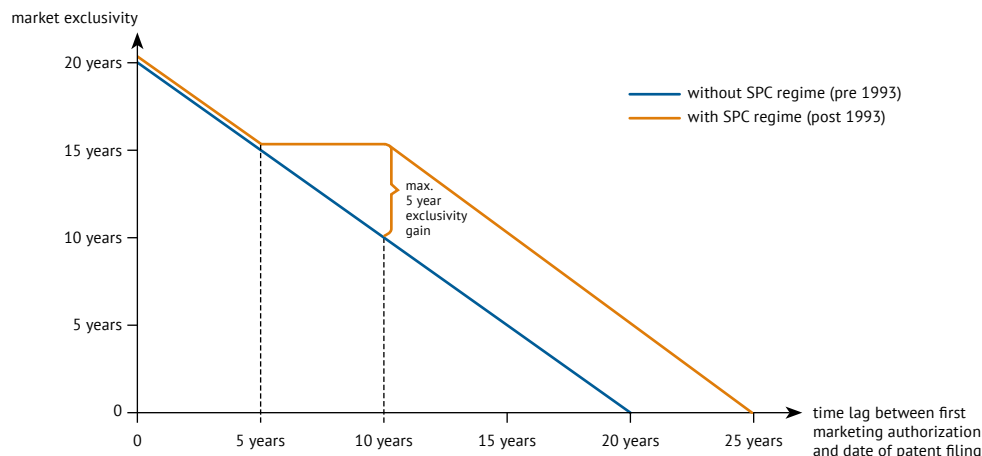
SPCs, introduced in the European Union in 1993, are a new intellectual property title, which is attached to a basic patent and one medical product. The regime aims at compensating for the reduction in the effective patent life of pharmaceuticals caused by the delay when obtaining a marketing authorization. The SPC term is calculated as the difference between the date of the first marketing authorization in the European Economic Area and the filing date of the basic patent, less five years, and subject to a cap of five years. The following graph shows the relationship between the effective market exclusivity period until immediate generic entry occurs and the commercialization lag (see figure 1).

This introduction of the SPC regime in the EU serves as a source of variation in the effective market exclusivity period of new drugs at the disease level. The idea relies on the recent results by Budish et al. (2015) showing that the duration of clinical trials and the resulting commercialization lag depends on the disease and the stage of disease. Hence, SPCs give differential market exclusivity gains to different diseases, which yields the following hypothesis: After the introduction of SPCs in the EU, R&D investments have shifted towards diseases with relatively longer commercialization lags.



Figure 1

Market exclusivity as a function of drug development time



Data, Empirical Design and Expected Contribution

This study uses data from various sources including proprietary data from Clarivate Analytics covering more than 160,000 clinical trials, primarily since 1997. This data set comprises information related to clinical trials including the indication link and the exact timing of the trials. Furthermore, this study will contribute to the literature by developing a new measure of R&D investments at the disease level for the time period before 2000. By combining data on International Nonproprietary Names (INNs) of new molecules, which are typically registered at the WHO after phase 1 clinical trials, and information on scientific literature from PubMed referencing these INNs, this study aims to proxy which diseases were targeted by the new molecules being investigated in clinical trials.

The introduction of the SPC regime has a differential treatment intensity depending on the ex-ante expected commercialization lag at the disease level. In a first step, this study identifies diseases associated with longer development phases (treatment group) and those with shorter development phases (control group). Since the duration of the clinical trials span can be influenced by the firm, the study further aims to proxy the typical duration of clinical trials by disease-specific patterns that are outside the scope of

a firm's individual behavior. In a second step, the study applies a difference-in-differences design in order to analyze whether the pharmaceutical industry shifted its investments after the 1993 policy change towards diseases being more exposed to SPCs due to longer expected development phases.

Overall, this early stage study will contribute to the discussion whether the characteristics of multi-national IPR regimes can shift pharmaceutical R&D investments towards different diseases even though the pharmaceutical industry relies primarily on global incentives.

Selected References

- Acemoglu, Daron; Linn, Joshua (2004). Market Size in Innovation: Theory and Evidence from the Pharmaceutical Industry, *The Quarterly Journal of Economics*, 119 (3), 1049–1090.
- Budish, Eric; Roin, Benjamin N.; Williams, Heidi (2015). Do Firms Underinvest in Long-Term Research? Evidence from Cancer Clinical Trials, *American Economic Review*, 105 (7), 2044–2085.
- DiMasi, Joseph A.; Grabowski, Henry G.; Hansen, Ronald W. (2016). Innovation in the Pharmaceutical Industry: New Estimates of R&D Costs, *Journal of Health Economics*, 47, 20–33.
- Kyle, Margaret; McGahan, Anita (2012). Investments in Pharmaceuticals Before and After TRIPS, *Review of Economics and Statistics*, 94 (4), 1157–1172.
- Kyle, Margaret; Qian, Yi (2017). Intellectual Property Rights and Access to Innovation: Evidence from TRIPS, *Working Paper*.
- Mansfield, Edwin (1986). Patents and Innovation: An Empirical Study, *Management Science*, 32 (2), 173–181.
- Qian, Yi (2007). Do National Patent Laws Stimulate Domestic Innovation in a Global Patenting Environment? A Cross-country Analysis of Pharmaceutical Patent Protection, 1978–2002, *The Review of Economics and Statistics*, 89 (3), 436–453.

Principal Investigator
Research Objective

Dennis Byrski, M.Sc.

Analysis of the shift of pharmaceutical R&D investments after the introduction of the SPC regime in the European Union

1.3

Patent Boxes and the Relocation of Intellectual Property

This research project studies the international transfers of patent ownership with respect to patent box regimes. Patent box regimes are fiscal policies providing advantageous tax schemes for revenues derived from patent ownership, with the objective to stimulate R&D efforts. However, these fiscal regimes are heterogeneous across European countries. They are also permissive regarding the characteristics of intellectual property assets that are eligible for the tax rebate. Due to the intangible nature of patents, firms can take advantage of this lack of coordination generating fiscal competition between European countries, and strategically relocate their patents to shift income. This project was motivated by the conclusions of the OECD Base Erosion and Profit Shifting Report, which identifies patent box regimes as harmful because they allow taxpayers to separate the country of location of R&D efforts and the country of patent location, i.e., the country of taxation of revenues derived from patent ownership.

In this research project, a broad definition of the markets for patents is adopted. Transactions between unrelated economic entities are considered, where the international relocation of patents represents a trade of patent rights. Moreover, an analysis of international relocations induced by the transfer of patent rights between subsidiaries of the same parent group is provided. Theoretical hypotheses are derived regarding decisions by firms to relocate patents to countries with attractive fiscal characteristics. In order to test them empirically, data on the transfers of patent ownership is combined with dynamic information on countries' fiscal policies. In the empirical specification, the study includes the fiscal characteristics of both the origin and the destination countries, and controls for confounding factors, as well as for firms' patenting activity. Because the level of R&D expenditures may be correlated with the new investments generated by patent relocation, an alternative control function approach is proposed in order to tackle this possible endogeneity problem.

This research project provides first empirical evidence on the use of the markets for patents with respect to taxes, and analyzes this behavior regarding the features and the flexibility of fiscal policies. This topic is important because patents can be substantial sources of revenue for firms, which can take advantage of the tax competition generated by patent box regimes to shift profits through markets for patents. Descriptive statistics show that the most attractive European countries for patent relocation are Ireland, Luxembourg, and Malta, which provide advantageous tax schemes for income derived from

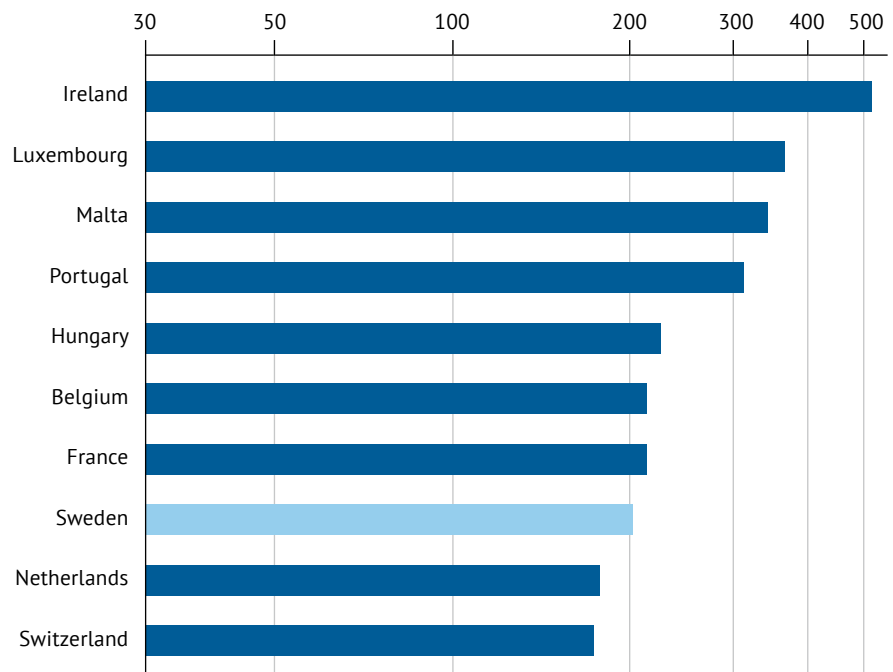
patent ownership. Of the top ten most attractive European countries for patent relocation, nine have a patent box regime in force (see Figure 1).

The main findings of the project are the following: Countries with a patent box regime in force attract significantly more patents, and the volume of incoming patent flows increases with the offered tax reduction. The fiscal incentives provided by tax allowance are stronger when the patent box is in force in a country with intense R&D activity, which suggests that firms take several dimensions into account in their decisions to relocate patents. This is all the more true for more valuable patents. The fiscal variables of the origin country are not significantly associated with higher flows of relocated patents. This finding suggests that when firms decide to internationally transfer their patents, they act to take advantage of a beneficial tax regime rather than to escape an unprofitable one. Like relocations occurring between companies of the same parent group, international relocation following patent trade is sensitive to taxation. These results hold when addressing the potential endogeneity of R&D expenditures.

The results of this research project also indicate that a higher tax rebate is significantly associated with greater incoming patent flows only in countries where the patent box regime is permissive enough, i.e., countries in which the regime allows acquired intellectual property assets to benefit from the tax allowance, and countries where the patent box regime does not impose further development conditions on the taxpayer to benefit from the tax rebate. The results →

Figure 1

Top ten most attractive European countries for patent relocation (dark-blue = with patent box; light-blue = without patent box)



indicate that policymakers could make use of the variability of the features of patent box regimes and play on the stringency of the rules governing patent transfers to deter those driven by fiscal optimization purposes.

The findings of this research project support the conclusions of the OECD/G20 Base Erosion and Profit Shifting project. Under their current designs, European patent box regimes that do not impose conditions on the taxpayer to benefit from a tax rebate on its

acquired patents allow for a shifting of profit from where the value was created to another location. Such practices are in contradiction with the stated objective of patent box regimes. Patent boxes aim at stimulating R&D efforts by creating a favorable fiscal environment. However, in the absence of stricter regulation regarding acquired patents, firms can take advantage of the discretionary aspect of the patent location decision, and strategically separate research and taxation locations, and thus relocate their patents to reduce their tax burden.

Principal Investigator

Laurie Ciaramella, Ph.D.

Research Objective

Study of international patent transfers with respect to patent box regimes

Publication

Ciaramella, Laurie (2017). Patent Boxes and the Relocation of Intellectual Property. Available at SSRN: <https://ssrn.com/abstract=2943435> or <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.2943435>

1.4

R&D Investments, Innovation and Corporate Taxation: Evidence from German Municipalities

Governments around the world impose taxes to fund infrastructure and the provision of public goods. Which form this taxation should take has long been at the center of both scholarly and political debate. Innovation effects of these taxes are especially relevant because new ideas, products, and services are of fundamental importance for the generation of future wealth and competitiveness. Therefore, much academic research has focused on the various R&D subsidies and tax breaks which exist globally. However, the effects of general corporate taxation have not been studied as much, Mukherjee et al (2017) being an example. This is especially due to the lack of proper settings in which to study them. Usually, corporate taxes are levied at the national level, so that changes impact all companies in the same way and no proper comparison can be made. Yet, in Germany, the situation is different. Here, the municipalities decide on the level of the local business tax (Gewerbesteuer), these levels are heterogeneous and change frequently. This enables our study, where we try to determine the corporate reactions in the innovation domain to tax changes.

To conduct the project, we need substantial variation in corporate tax rates which is likely not driven by innovation- or business-cycle-related considerations of policymakers (quasi-exogenous). Fuest et al. (2018) use the same German setting to study the effect of taxes on local labor markets and provide such arguments. Foremny and Riedel (2014) argue that tax changes are largely driven by political considerations such as elections and party stances. We also try to provide statistical arguments for the validity of these claims.

Further, data on innovative activities by firms are needed. Here, we combine two such sources. First, survey data on R&D-active firms in Germany from the

Stifterverband is used – a joint initiative started by companies and foundations committed to consulting, networking and promoting improvements in the fields of education, science and innovation. To see whether the effect might work through patent applications, whose costs may be part of the R&D budget and to observe intermediate outcomes of the innovation process, we add patent data. There, we combine applications of German applicants at the German and the European Patent Offices to get the full picture of all relevant activities. Addresses of patent inventors and applicant addresses were geocoded and matched to German municipalities to enable a municipality-level patent analysis. In a further step, this information will →

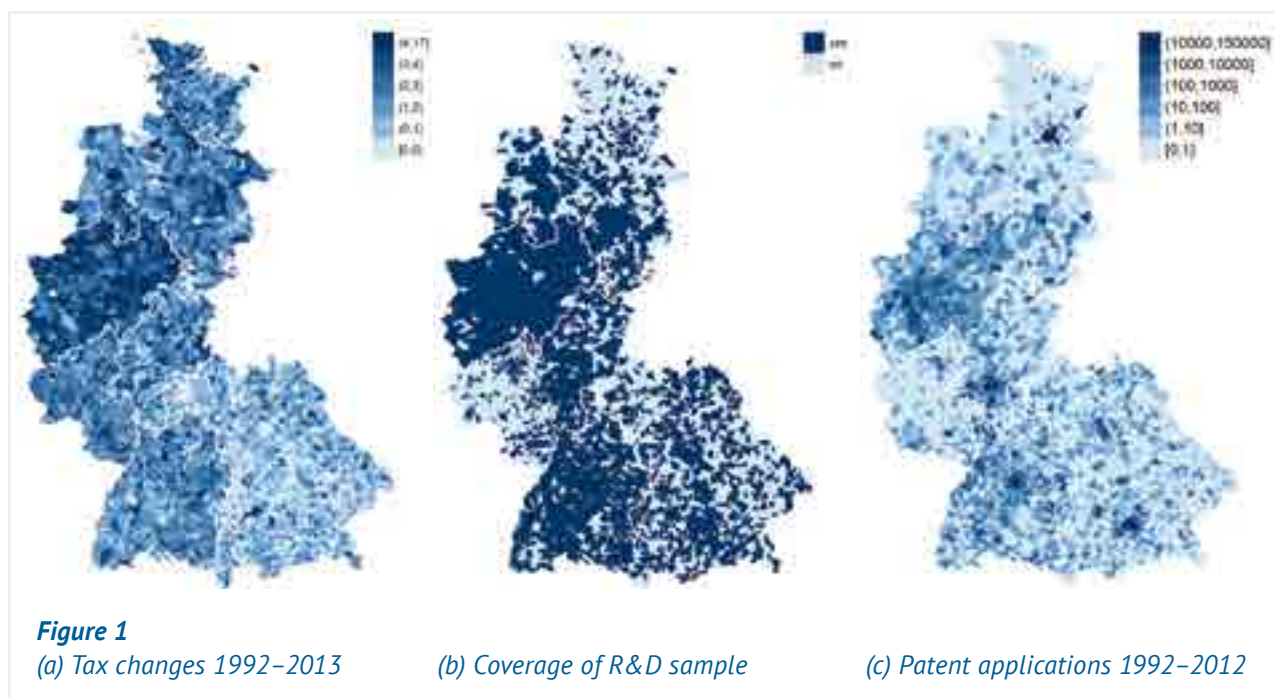
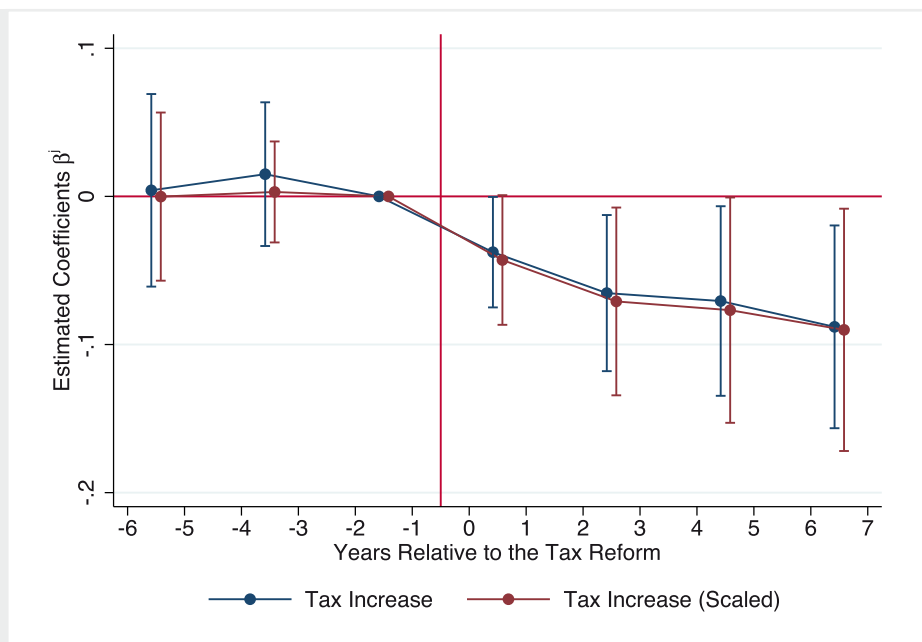


Figure 2

Effects of a tax increase or tax change



also be used together with information on applicant names and the full addresses to match the sample R&D firms to patents to allow for a firm-level patent analysis. For this purpose, a supervised machine learning algorithm was developed to optimally execute the fuzzy string matching (see Figure 1).

The panels in figure 1 provide an overview of the data. East Germany is not included because of the many reforms of municipality boundaries which took place in this region over the sample period and therefore do not allow for a consistent treatment of tax changes. Panel (a) demonstrates that tax changes in German municipalities are ubiquitous and widely distributed across space. Panel (b) shows that the sample of R&D-active firms not only covers metropolitan areas but also rural regions outside of large cities. Panel (c) shows the substantial geographic concentration typically observed in patent data (see Figure 2).

Figure 2 provides preliminary estimation results. The graph shows the effects of a tax increase (0/1) or of a tax change (continuous variable) happening at period t , relative to period -1 . Estimates to the right side of the red line show effects of a tax change on the outcomes in subsequent years, whereas on the left side, previous years are considered. Should a tax

change today have an estimated influence on results in previous years, it would be likely that the tax change would have happened because of these future outcomes. The near-zero estimates suggest that this is not the case.

The shown coefficients are elasticities, so that the point estimates ranging from -0.05 to -0.1 indicate that a 1% tax increase leads to 0.05% to 0.1% less internal R&D expenditures by firms located in the municipality where the tax change occurred. However, note that a small tax change from, for example, 10.5% (slightly below average) to 11.5% (roughly the average) implies a change by approximately 9.5%, which by our estimates implies a change of up to -1% or 45,000 euro of R&D expenses per firm for the average firm.

For external R&D expenditures by firms, we do not find significant effects. For patents, when restricting the sample to the period 1992–2002, we find decreases that start to occur after 3–4 years compared to the instantaneous R&D reactions. In the period 2003–2013 as well as on the whole sample, no such effects can be observed. This suggests that we observe real reactions of the firms in terms of R&D activities and not just in terms of patent applications.

These results are robust to the inclusion of business cycle controls as well as flexible controls for time-location specific trends. We can control for very low geographic levels such as district-year fixed effects. If there were substantial omitted variables confounding our analysis, they would likely be correlated with such a detailed level of controls. Because of that, our estimates would change substantially, which they do not, so that our estimation results are likely sound reflections of the true processes.

Overall, we provide causal evidence of increases in corporate tax rates negatively affecting the innovative behavior of companies. These should be taken into account by policymakers when deciding on the sources of financing of government activities.

Selected References

Foremny, Dirk; Riedel, Nadine (2014). Business Taxes and the Electoral Cycle. *Journal of Public Economics*, 115 (C), 48–61.

Fuest, Clemens; Peichl, Andreas; Siegloch, Sebastian (2018). Do Higher Corporate Taxes Reduce Wages? Micro Evidence from Germany. *American Economic Review*, 108 (2), 393–418.

Mukherjee, Abhiroop; Singh, Manpreet; Žaldokas, Alminas (2017). Do Corporate Taxes Hinder Innovation? *Journal of Financial Economics*, 124 (1), 195–221.

Project Team Members	<p>Felix Pöge, M.Sc. (MPI) Dr. Ingo Isphording (IZA) Dr. Andreas Lichter (IZA) Dipl. Volkwirt Max Löffler (Universität zu Köln) Dr. Thu-Van Nguyen (Stifterverband) Jun. Prof. Dr. Sebastian Siegloch (Universität Mannheim)</p>
Partner Institutions	<p>Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH (IZA) Universität zu Köln Universität Mannheim Stifterverband Wissenschaftsstatistik</p>
	<div style="display: flex; justify-content: space-around;"> <div style="text-align: center;">  </div> <div style="text-align: center;">  </div> </div> <div style="display: flex; justify-content: space-around; margin-top: 10px;"> <div style="text-align: center;">  </div> <div style="text-align: center;">  </div> </div>
Research Objective	<p>Determine the effects of the German local business tax on innovation</p>

1.5

Patents and Cumulative Innovation – Evidence from Post-Grant Patent Oppositions

Using large-scale data on opposition to patents at the European Patent Office (EPO), we investigate the causal effect of a patent's invalidation on follow-on inventions. We introduce a new instrumental variable exploiting the participation or absence of the patent examiner in the opposition proceeding. According to our baseline model, patent invalidation leads to a highly significant and sizeable increase of forward citations. While this is in line with previous studies, disentangling the effect leads us to results that stand in contrast to parts of the literature. We find that the effects are most pronounced for patents in discrete technology areas and in areas where patent thickets are absent. Moreover, the effect is particularly strong for small patent holders facing small follow-on innovators. These results constitute a challenge to the established view that bargaining failure lies at the origin of the blocking effect.

Motivation

Patents are considered a key policy instrument to spur innovation and technological progress, providing inventors with temporary exclusion rights in return for the creation and disclosure of their inventions. At the same time, inventions typically exhibit a “cumulative” nature, building on previous inventions rather than being stand-alone achievements. This naturally raises the question to what extent patents constitute an impediment for research and development. When inventions build on each other, exclusion rights on a preceding invention may curtail the benefits competitors derive from investing in subsequent inventive efforts that build on the protected invention.

Indeed, a number of theoretical contributions have illustrated that the incentive created via a patent right may have a delaying or cost-increasing effect on follow-on invention by innovators other than the patent holder. In general, a patent publication provides valuable information that allows follow-on inventors to build upon preceding ideas. The disclosure and the resulting knowledge spillovers are commonly seen to facilitate cumulative invention. However, intellectual property rights on existing technologies require coordination between original and follow-on inventors, which often takes the form of licensing agreements. In the absence of transaction costs, the parties involved in a cumulative invention process could reach a licensing agreement such that cumulative innovation is not blocked. Yet, if bargaining frictions exist, such negotiations may not succeed, or

inefficiencies associated with licensing outcomes may limit the attractiveness of invention efforts for the parties involved.

Empirical Setting

We construct a sample of all patents granted between 1993 and 2011 that became subject to an opposition by drawing on several distinct patent data sources. For each granted patent at the EPO, we first examine in the EPO PATSTAT Register whether an opposition was filed within the statutory period of nine months post-grant. Via the patent application number, we gather all relevant document files concerning the examination and opposition procedure from the online file inspection system of the European Patent Register. We read out documents on the grant decision, the oral proceedings and the opposition decisions in order to extract the names of the examination division and opposition division members, since this information is not available from patent data providers. The EPO PATSTAT Register provides us with information on the result and date of the decision, as well as the name and address of the opponents. For bibliographic data on the opposed patents, the patent holders and forward citations, we use the EPO Worldwide Patent Statistical Database. To measure follow-on invention to a focal patent, we look at its number of forward citations in a fixed time frame after the opposition outcome. As we are most interested in analyzing the effect of the patent's invalidation on follow-on invention, we distinguish citing patents by their filing date relative to the date of invalidation.

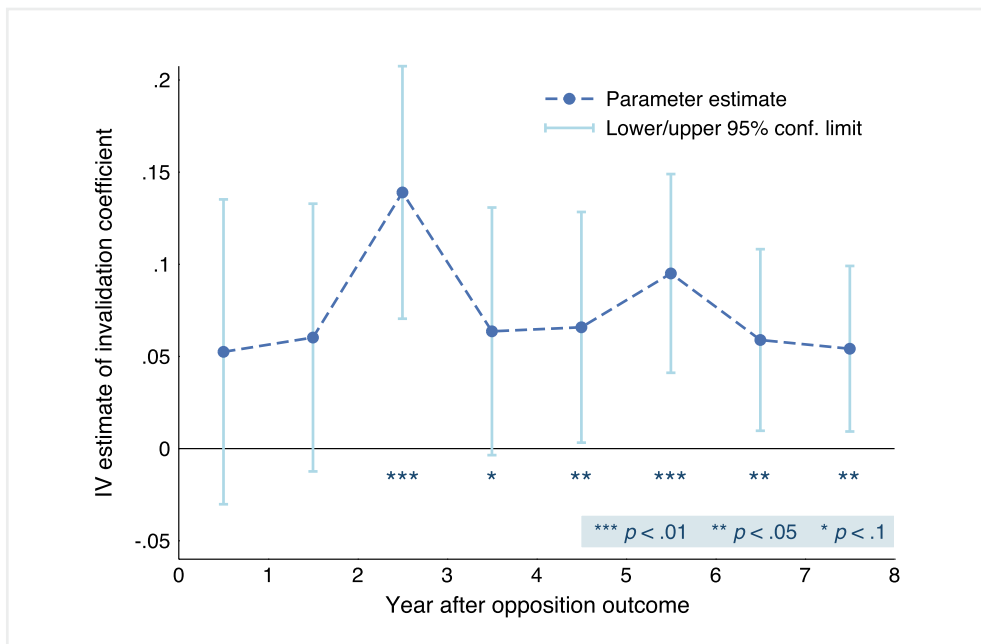


Figure 1

Impact of validation over time

Empirical Strategy

In line with previous studies, we use post-invalidation forward citations as a proxy for follow-on innovation. To address endogeneity issues concerning the outcome of opposition, we employ a new instrument exploiting variation in the participation of the patent examiner who granted the patent in the opposition division, which decides on the grounds for opposition against the patent's validity. Although the rules and regulations of the EPO allow some personnel overlap in the examination and opposition procedure, they do not require the involvement of the examiner. In fact, the examiner participates in about 68% of all opposition proceedings covered by our dataset, with variation over time and technology field. This variation appears to be primarily a function of the non-availability of other examiners with expertise in the particular technology area. Opposition cases are decided by a vote of all three persons on the

opposition board. It seems like a natural assumption that the examiner who granted the patent is generally more inclined to be in favor of the patent holder than of the opponent, who disagrees with the examiner's prior decision. Given that this pro-patent-holder effect exists, we can exploit the participation of the examiner in the opposition proceeding as an instrumental variable.

Results

We show that overall, patent invalidation leads to a highly significant increase of other-party and total forward citations, thus providing strong evidence for the view that the invalidation of patents does – in the aggregate – lead to a rekindling of inventive processes. More specifically, the invalidation effect on follow-on innovation is most pronounced in discrete technology industries, among small patent holders and innovators, and where patent thickets are absent.

Principal Investigator Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.
Project Team Members Dr. Fabian Gaessler
 Stefan Sorg, M.Sc.

Publication

Gaessler, Fabian; Harhoff, Dietmar; Sorg, Stefan (2017). Patents and Cumulative Innovation – Evidence from Post-Grant Patent Oppositions, *Academy of Management Proceedings*, 2017: 1, 12800.

1.6

Social Ties for Labor Market Access – Lessons from the Migration of East German Inventors

Social ties have been shown to be a major factor supporting economic transactions and thus are fundamental to understanding economic behavior. We study the impact of social ties on the migration of inventors from East to West Germany and labor market access, using the fall of the Iron Curtain as a natural experiment. Modeling migration to West German regions after 1990, we find that Western regions with stronger social ties across the former border attracted more inventors than did regions without such ties. However, the migration decisions of inventors with outstanding patenting track records were not affected by social ties. We conclude that the presence of social ties had a positive causal effect on labor market access of migrants while the dependence on social ties is substantially reduced for star performers.

Social ties have been shown to be a major factor facilitating economic transactions and thus affecting economic behavior. These effects are thought to be caused by individuals pledging “social collateral” for others or by facilitating communication and hence reducing informational frictions. Despite extensive research, causality remains a critical issue in studies of social ties because such ties are rarely determined exogenously (Manski 1993; Glaeser et al. 2002). Demonstrating the causal effects of social ties and exploring their underlying mechanisms is therefore important for social science research in general.

Against this backdrop, this paper analyzes the importance of social ties for migration and labor market access, and it is one of the first to explicitly account for the role of heterogeneity across agents. We argue that social ties, as a means of improving labor market matching, will be particularly valuable to individuals whose performance is not readily observable. Conversely, workers whose performance is easily visible can be matched with employers without having to overcome major informational asymmetries. These individuals will be less dependent on social ties as an access mechanism. Hence, we distinguish empirically between two types of individuals: for the first, publicly observable performance measures counteract asymmetric information and render the use of social ties unnecessary; for the second, asymmetric information prevails and “pledge capital” and information dissemination via social ties become important.

For our study of East German inventor migration, we exploit the fall of the Iron Curtain and the German reunification as a natural experiment. In this empirical setting, two features provide the basis for

identifying a causal relationship: First, given that the fall of the Iron Curtain was not anticipated, neither labor market activities in the East nor investments in social networks across the inner-German border were determined by expectations that usually characterize the endogenous formation of social networks. Hence, inventive activities of individuals in the German Democratic Republic (GDR) prior to 1989 were not intended to boost attractiveness for the West German labor market. Moreover, we exploit the fact that the GDR patent system largely complied with international standards. Despite the harsh political separation between East and West, patented inventions in the GDR were recognized within the international system and were cited by Western examiners and patent-holders, making individual patenting activities an (unintended) performance indicator to be used later by West German employers. Second, for our study of migration, we argue that pre-existing social ties between East and West Germany had developed historically and for idiosyncratic reasons. Social networks existing at the time of the fall of the Iron Curtain in 1989 had persisted during the period of division between East and West. Thus, these ties were exogenous conditions for the job-seeking East Germans as of 1990. To safeguard against econometric issues, we further employ an instrumentation strategy in which the emergence of social ties between East and West German regions is impacted by the destruction of housing across West German cities during World War II.

The empirical analysis draws on East German patent records for approximately 102,000 patents, which we use to identify GDR inventors, their locations, and to infer productivity. We construct individual patent track records prior to the demise of the GDR using



information on patent status, type, and citations these patents received. We successfully match and disambiguate the inventor-patent records of 21,935 inventors with labor market biography data recorded in the social security system available at the Institute for Employment Research (IAB). These linked data allow us to locate GDR inventors prior to 1990 and trace their migration to West Germany as of 1 January 1990 with great precision.

We model migration and the locus of labor market access of the former GDR inventors as a function of social ties. Social ties are measured by the share of households in West German regions who had reported having family relatives living in the GDR prior to reunification in the German Socio-Economic Panel (SOEP) survey data. To estimate the effect of social ties on labor market access, we regress inflows of East German inventors into West Germany, measured at the regional level, on social tie intensity of 74 destination regions and control variables capturing variation across regional labor markets and innovation systems. Migrants from East Germany were able to tap into these localized social networks to access information concerning jobs or housing, which was otherwise unavailable at that time, thus giving them an advantage in labor market access.

Consistent with other studies, we find that East-to-West migration was substantial also for inventors. Hazard-rate estimates confirm a positive selection mechanism of migrants found in prior studies (Rainer and Siedler 2009). These results point to a higher rate

of migration among the most able inventors with the presumably most valuable inventive skills. Further, and in line with previous research (Miguelez and Moreno 2014), we show that historically determined social ties had a statistically significant and strong effect on the regional level of inventor inflows. Regions with more intense social ties presumably constitute locations with reduced informational frictions. Moreover, the results also shed light on the question under which circumstances social ties are being exploited, and how publicly observable information on performance (patents) might interact with social ties. We find that social ties appear to be particularly important to the group of mobile inventors with average track records. For the flows of “star inventors”, who had been notably productive and visible to West German employers due to the disclosure of patent documents, the impact of such ties is considerably smaller and statistically insignificant.

We conclude that tapping into networks offered East German inventors access to employment, while individuals with a highly visible and outstanding track record were not dependent on such social ties.

Selected References

Glaeser, Edward L.; Laibson, David; Sacerdote, Bruce (2002). An Economic Approach to Social Capital. *The Economic Journal*, 112 (483), F437-F458.
 Manski, Charles F. (1993). Identification of Endogenous Social Effects: The Reflection Problem. *The Review of Economic Studies*, 60 (3), 531-542.
 Miguélez, Ernest; Moreno, Rosina (2014). What Attracts Knowledge Workers? The Role of Space and Social Connections. *Journal of Regional Science*, 54 (1), 33-60.
 Rainer, Helmut; Siedler, Thomas (2009). Social Networks in Determining Migration and Labor Market Outcomes: Evidence from the German Reunification. *Economics of Transition*, 17 (4), 739-767.

Principal Investigator	Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D. (MPI)
Project Team Members	Dr. Matthias Dorner (MPI and IAB) Prof. Dr. Karin Hoisl (MPI and Universität Mannheim) Dipl. Volkswirtin Tina Hinz (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg) Dipl. Soziologe Stefan Bender (Deutsche Bundesbank)
Partner Institutions	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Universität Mannheim Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Deutsche Bundesbank
Award	Best Paper Award (TIM Division) at the Academy of Management Annual Conference 2016 in Anaheim, California (USA)
Research Objective	This project investigates the causal effects of social ties and their interplay with the publicly observable performance of individuals. The empirical analysis exploits the quasi-experimental setting provided by the East-to-West migration of East German inventors after the fall of the Iron Curtain.



Publications

Hoisl, Karin; Harhoff, Dietmar; Dorner, Matthias; Hinz, Tina; Bender, Stefan (2016). Social Ties or Patent Quality Signals - Evidence from East German Inventor Migration. *Academy of Management Proceedings*, 2016:1, 13594.

Dorner, Matthias; Harhoff, Dietmar; Hinz, Tina; Hoisl, Karin; Bender, Stefan (2016). Social Ties for Labor Market Access - Lessons from the Migration of East German Inventors. *IAB Discussion Paper*, 42/2016, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.

Dorner, Matthias; Harhoff, Dietmar; Hinz, Tina; Hoisl, Karin; Bender, Stefan (2016). Social Ties for Labor Market Access - Lessons from the Migration of East German Inventors. *CEPR Discussion Paper*, 11061, Centre for Economic Policy Research, London.

1.7

Knowledge Lost in Capital

Scientific breakthroughs and discoveries are commonly understood as the primarily intellectual accomplishment of one or several scientists. The role of physical capital has so far remained relatively unexplored. In this project, we estimate the contribution of research-related physical assets in the production of new knowledge. We hereby exploit a set of 111 adverse events at research institutions as exogenous physical capital shocks. Our results indicate that productivity of affected scientists is substantially reduced after these shocks, both in terms of the number of publications and their impact, as measured by citations. We explore the heterogeneity of this effect for the scientist's role in subsequent research projects and find differential effects with respect to the type of lost capital. In particular, losses of specific and internally processed research material show the highest impact, which underlines the role of unique and knowledge-inherent physical assets for scientific productivity. Furthermore, the effect appears strongest for first- and last-authored publications, which represent the most salient publications for a scientist.

Physical Capital in Knowledge Production

In recent decades, physical capital has become an essential input for the production of new knowledge, shifting the capital-labor ratio in several research fields despite the simultaneous increase in team size. A large share of the increase in academic productivity can be attributed to the use of specialized technologies. Given the often non-standard applications and specific requirements for research, suitable equipment and material can be very costly when purchased, or time-consuming when self-developed. Facing resource constraints, not all scientists are able to draw on the same laboratory infrastructure. As a result, physical capital may be an important explanatory factor for observed differentials in research output. As scientific advances

contribute to economic growth and are to a large part publicly funded, insights into the contemporary role of these physical input factors in the production of new knowledge seem much needed.

Obtaining causal inference related to the knowledge production function and its inputs is challenging. First, since input factors are difficult to measure directly, studies usually draw on crude proxies. Second, interdependencies among the various input factors as well as endogeneity issues complicate the estimation of their respective contributions. For instance, the financial endowment of the research institution may serve as proxy for the ease of access to materials and equipment. But financially well-endowed institutions can also offer higher salaries and attract better scientists. Similarly, scientists are likely to take the availability of

a well-equipped laboratory into consideration when selecting jobs. To tackle these identification issues, we introduce a novel empirical strategy in which we exploit exogenous events which caused major losses of physical capital in research environments.

Adverse Events as Causes of Physical Capital Shocks

We draw on a novel hand-collected dataset of adverse events at research institutes or universities. Identifying these adverse events has entailed considerable manual research. The events in our sample have been covered in newspapers, incidence reports, university gazettes, and other literature that provide extensive information. Physical capital shocks, as we observe them, represent damages and losses to research-related assets due to these events that can be very distinct in their cause as well as their impact. These adverse events may be caused by accidents, natural disasters, mistakes, neglect, crime or equipment failure. They are unanticipated and cause serious disruptions to the work of affected scientists. They may lead to the destruction of the laboratory workspace, damage to the research equipment, the deaths of laboratory animals, or the loss of stored research findings.

-
- ⚡ In 2010, the Department of Molecular and Cellular Biology at Harvard University suffered a massive loss of research data, amounting to as much as a couple of years' worth of work due to an accidental fire.
 - ⚡ In 2012, hurricane Sandy flooded the basements of the Langone Medical Center at New York University killing, in particular, thousands of unique genetically modified mice.
 - ⚡ In 2003, a terrorist attack by the Animal Liberation Front at the School of Veterinary Medicine of Louisiana State University resulted in the destruction of computers and specialized equipment setting back their research on Alzheimer's disease.
 - ⚡ In 2000, a technical malfunction at Utah State University caused steam to pour into the Biology Natural Resources building, causing temperatures to rise up to 110 degrees, thus destroying all specimens of tissues, plants, wasps, and microorganisms.
-

For each identified event we have collected the following basic information: (1) the date of the event, (2) the type of the adverse event, (3) the affected institution and the research field, (4) the (broad) scope and type of damage, and (5) whether any human casualties occurred. In particular, qualitative evidence suggests that damage to specialized assets – developed internally or by specialized suppliers for specific research uses – often constitutes irreplaceable losses in terms of research above and beyond the monetary losses. For this reason, we classify each event based on the estimated monetary loss, the type and specificity of the assets damaged. To link adverse events with publications, we first have identified all (potentially) affected scientists by creating a list of all scientists affiliated with the research institution within five years prior to the adverse event. We have matched each individual with their full publication records using Web of Science data.

Results

We find that scientific productivity is substantially reduced after these shocks, both in terms of the number of scientific publications and their impact, as measured by citations. In addition, we explore the heterogeneity of these effects. In particular, losses of specific and internally processed material have the highest impact. Moreover, we distinguish publications where the scientists are first, last, or secondary authors – second, third, but not last (indicating, respectively, publications where the focal scientist is either project leader, the head of the laboratory, or a more marginal contributor). We find a sharper decrease in the number of first- and last-authored publications, while publications where scientists appear as secondary authors decrease only slightly after the events. This suggests that the endowment of unique and knowledge-inherent physical assets is crucial for the most salient scientific outputs of scientists and determines their relative position in collaborative projects.

This project's findings underline the importance of physical capital for the research performance of scientists and, more in general, constitute a first insight into its role as an input factor in the knowledge →

production function. Our results contribute to a better understanding of the role of physical assets for the development of new knowledge – an important aspect for the provision and allocation of research funds at different levels, e.g., policymakers, university

administrators, principal investigators, and scientists. Moreover, a deeper understanding of the role of physical capital in knowledge production may have important implications for managerial science and innovation decisions in both the public and the private sector.

Project Team Members

Dr. Stefano H. Baruffaldi
Dr. Fabian Gaessler

Research Objective

This project aims to provide a deeper understanding of the role of physical capital as an input factor in the knowledge production function.

1.8

Tracing the Path from Science to Technology

The transfer of scientific knowledge to technology is a fundamental driver of economic growth. For this reason, the interactions between scientific and technological (S&T) activities have long been of interest to economists (Jaffe 1989, Narin and Noma 1985), and there are reasons to believe that enhancing our understanding of such interactions is increasing in importance. For instance, despite the emergence of new major technologies such as Artificial Intelligence, productivity growth is stagnating. This points to a possible new productivity paradox, where a stronger capacity to translate scientific findings into productive technological change may still be needed. However, there are few data sources available for empirical investigations. In this project we develop a new large-scale database that singles out scientific articles cited in patent documents – Non-Patent Literature (NPL) citations – and links them with scientific article bibliographic information (SNPL data). These citations reveal a close technological relatedness of patented inventions with scientific articles and can therefore be used to study S&T interactions.

Despite their often-cited limitations (Nelson 2009), to date, patent citations remain a unique and irreplaceable source of information for empirical studies on technological innovation. However, scientific articles cannot be unambiguously identified within the larger set of NPL citations. As a consequence, creating SNPL data constitutes a methodological and computational challenge which entails processing large databases containing the necessary information on patent citations and scientific articles. Most of the existing previous studies have relied on subsets of all NPL citations in order to render the construction of the data feasible. Only more recently have some scholars taken the leap to build more comprehensive SNPL

data (Ahmadpoor and Jones 2017, Magerman et al. 2017). Our SNPL dataset is based on a full match of patent data in the European Patent Office worldwide bibliographic database (DOCDB), with two scientific literature databases: (1) the Web of Science (WOS) database by Clarivate Analytics; and (2) the Scopus database by Elsevier. Patent data in DOCDB cover all patents filed at most of the major patent offices: the European Patent Office (EPO), the United States Patent Office (USPTO), patents filed through the Patent Cooperation Treaty (PCT), and most of the other national patent offices, including Japan and China. Bibliographic data used from WOS is available to us from 1980 and from Scopus from 1996 onwards.

The matching methodology was developed by the Max Planck Digital Library (MPDL). DOCDB contains 36.5 million NPL references reported as text strings. 85% of these records have been successfully processed and compared first to items in WOS. The remaining 15% were excluded since they clearly did not refer to scientific documents. In order to assess the quality of the match, the method identifies a number of different elements in common between the patent reference and scientific article information, such as title, publication year, volume, page, first author, and journal title. Based on this, we were able to confidently link 9.5 million NPL references to scientific articles in WOS (26% of the total number of NPL citations). The remaining NPL references were processed again and compared with records in Scopus. We focus here on the match with WOS. We obtained 18.8 million patent and scientific article dyads, linking 2.7 million unique patent families and 3.0 million unique scientific papers. The data contains, on the one hand, the characteristics of patents and the patentees (e.g., technological fields, legal events,

patent owners, inventors, etc.), and on the other hand, the characteristics of the cited scientific articles and their authors (e.g., research field, authors' names, authors' affiliations, etc.). In summary, the resulting data provide a viable indicator of interactions between science (as captured by scientific articles information) and technology (as captured by patent information), for most of the major economies worldwide over a period of 35 years.

SNPL citations can proxy knowledge flows from researchers to inventors with a direct application in the study of the diffusion of scientific knowledge and university-industry linkages, or they can be used to delineate the interface between scientific disciplines and technological sectors (Ahmadpoor and Jones 2017, Magerman et al. 2017). The figures emerging from our SNPL data highlight some interesting stylized facts, here calculated for patents applied for at the EPO. The share of patents directly relying on scientific contributions (including a reference to at least one scientific article) is on average 12%, →

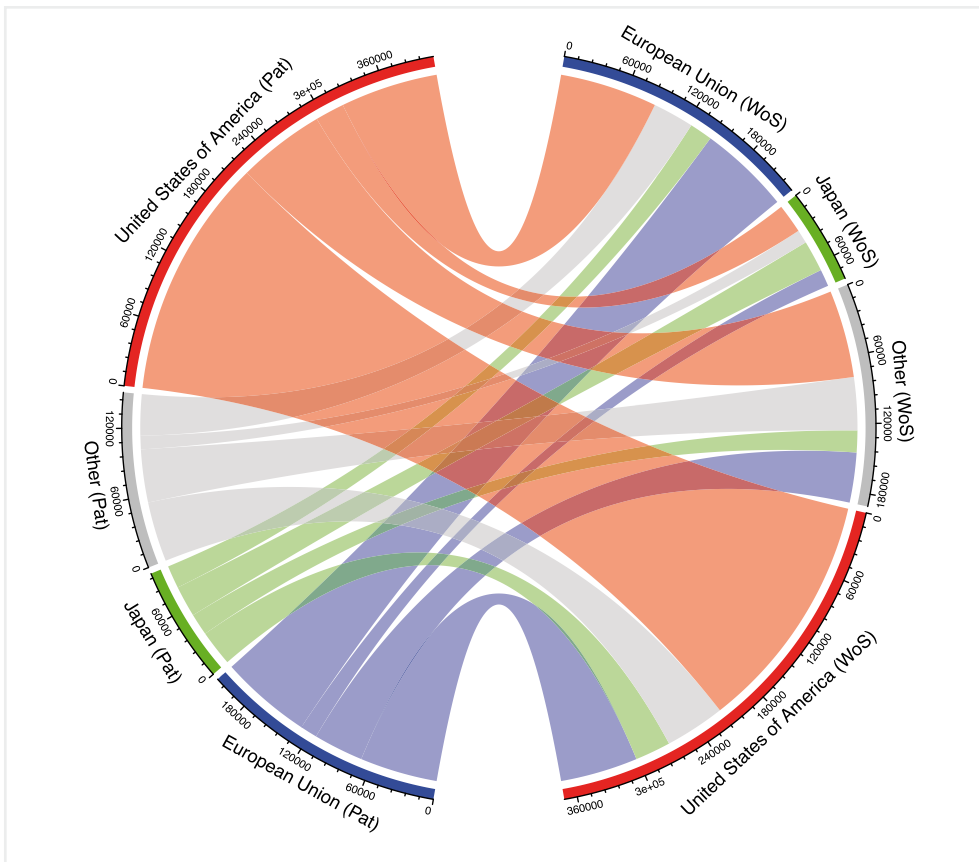


Figure 1
Citation flows from patents (left) to scientific articles (right), 2000–2009.

mostly constant over time. The share varies greatly across technological fields. Chemistry represents the sector with the highest share of science-related patents at 23%, with subfields such as biotechnology or pharmaceuticals reaching shares of 63% and 50%, respectively. Mechanical engineering represents the sector with the lowest share at 2% (see Figure 1).

By exploring the geographic location of inventors of citing patents and comparing this to the location of authors of scientific articles, we can proxy international knowledge flows and assess the extent to which different economies appear capable of translating their own and foreign scientific findings into technology. In figure 1, it is interesting to note that an approximately equal share of European scientific articles is cited in both US and European patents. On the other hand, only a minor share of US scientific articles is cited in European patents. This could be a manifestation of the so-called “European paradox”

(European Commission 1995), according to which Europe, despite demonstrating a competitive level of academic and scientific research, lacks the capacity to translate scientific knowledge into technology, as compared to the US. Similar analysis can be further extended to investigate whether this gap may have changed over time.

Selected References

- Ahmadpoor, Mohammad; Jones, Benjamin F. (2017). The Dual Frontier: Patented Inventions and Prior Scientific Advance, *Science*, 357 (6351), 583–587.
- European Commission (1995). Green Paper on Innovation, COM (95) 688 final, 20 December 1995.
- Jaffe, Adam B. (1989). Real Effects of Academic Research, *American Economic Review*, 957–970.
- Magerman, Tom; Callaert, Julie; Debackere, Koenraad; Van Looy, Bart (2007). Science Informing Technology: A Concordance Scheme Between Scientific Disciplines and Technology Domains, *Scientometrics*, 70 (2), 441–458.
- Narin, Francis; Noma, Elliot (1985). Is Technology Becoming Science? *Scientometrics*, 7 (3–6), 369–381.
- Nelson, Andrew J. (2009). Measuring Knowledge Spillovers: What Patents, Licenses and Publications Reveal about Innovation Diffusion, *Research Policy*, 38 (6), 994–1005.

Principal Investigator	Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.
Project Team Members	Dr. Stefano H. Baruffaldi Dr. Fabian Gaessler Felix Poege, M.Sc.
Partner Institution	Max Planck Digital Library (MPDL)
	
Research Objective	The objective of the project is the generation of scientific, non-patent literature citations data for empirical analyses on science and technology interactions, knowledge transfer from academia to industry and international knowledge flows.

1.9

Pressure in Crowdsourcing Contests

This project investigates the relationship between pressure and performance. We analyze 1,677 unique coders competing in 38 software algorithm competitions with random assignment. Part of these contestants compete among the top-performers of a low-ability group, the others compete among the bottom-performers of a high-ability group. We compare the performance of these contestants using a Regression Discontinuity (RD) design. We find that bottom-performers of a high-ability group are characterized by a performance that is 22% lower than that of contestants who have the same ability-level but compete as top-performers of a low-ability group. A decrease in effort cannot explain the performance differentials we observe. Instead, we find that a higher willingness to take risks and psychological factors like choking under pressure affect the problem-solving behavior of the contestants.

We investigate whether and why performance differences exist between contestants who have the same abilities, but who compete against more skilled or less skilled contestants. Performance in contests is a function of the ability and the effort of the contestants. Whereas the ability of the individual contestant is exogenous, the effort can be influenced by the design of a contest. The design configurations that have been studied so far include the structure and level of prizes (Ehrenberg and Bognanno 1990, Orszag 1994), the number of contestants (Boudreau et al. 2016, Garcia and Tor 2009), or the composition of the group of contestants (Brown 2011, Konrad 2009, Tanaka and Ishino 2012).

Recently, ability configurations of groups of contestants have attracted notable attention by economists and management scholars. Competing against contestants with the same ability provides incentives to maximize effort in order to win a prize. Competing against contestants with a higher ability has been shown to decrease the performance of the lower-ability contestants (Casas-Arce and Martinez-Jerez 2009, Boudreau et al. 2016). The negative relationship is even more pronounced in contests that contain “star performers”, since the other less-skilled contestants reduce their effort, because they assume that it will not suffice to overcome the ability gap between them and the stars (Brown 2011). Competing against contestants with a lower ability also leads to a reduction in effort caused by a feeling of superiority (Brown 2011, Tanaka and Ishino 2012).

Furthermore, the willingness to take risks might affect the performance of individuals under pressure. In contests, taking a higher risk may be a rational decision in case individuals think that the risk can

considerably increase their probability of winning the prize or in case they feel they have nothing to lose (Konrad and Lommerud 1993, Buser 2016). A higher risk may, however, increase the probability of errors.

Other explanations come from psychology. Psychologists argue that the pressure-performance relationship is influenced by psychological factors. Especially choking under pressure may cause individuals to perform below their abilities despite incentives to put effort into a task (Baumeister 1984, DeCaro et al. 2011). Efficacy expectations (Bandura 1977), on the contrary, can lead to extra effort.

In sum, it is still not clear whether pressure increases or decreases performance and under which conditions. To shed more light on the pressure-performance relationship, we investigate whether pressure affects performance and if so, how. We rely on literature from economics and from psychology and test rational and psychological explanations.

We use data on crowdsourcing contests hosted on the Topcoder platform, which was created in 2001. Today, it has more than 1 million expert members who compete in design, development and data science challenges. We analyze 38 software algorithm competitions, so-called Single Round Matches (SRMs), organized between August 2001 and February 2002. SRMs are timed contests where contestants compete online. In our sample, all contestants solve the same set of three problems with increasing complexity (problem 1 = simple, problem 2 = intermediate, problem 3 = difficult) under the same time constraints. These Topcoder contests allow observing contestants' ability and performance based on objective measures. →

Figure 1

Composition of SRMs

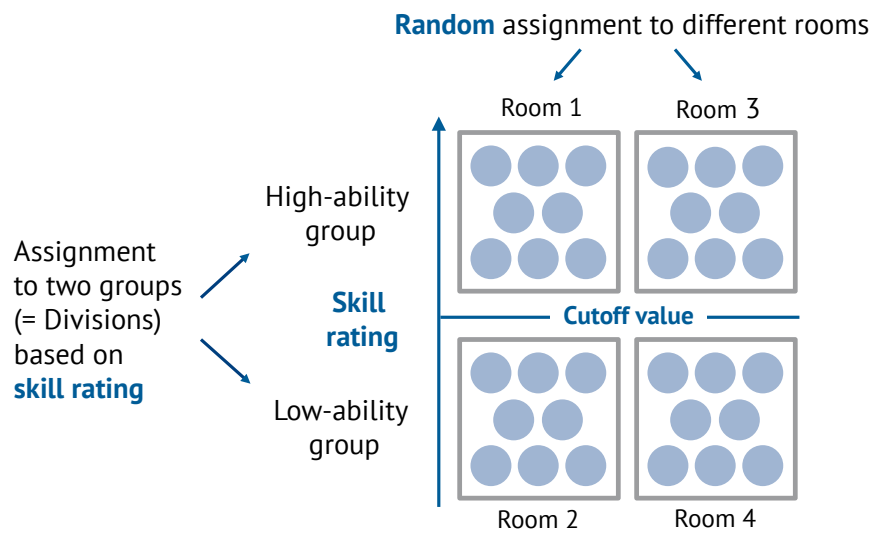
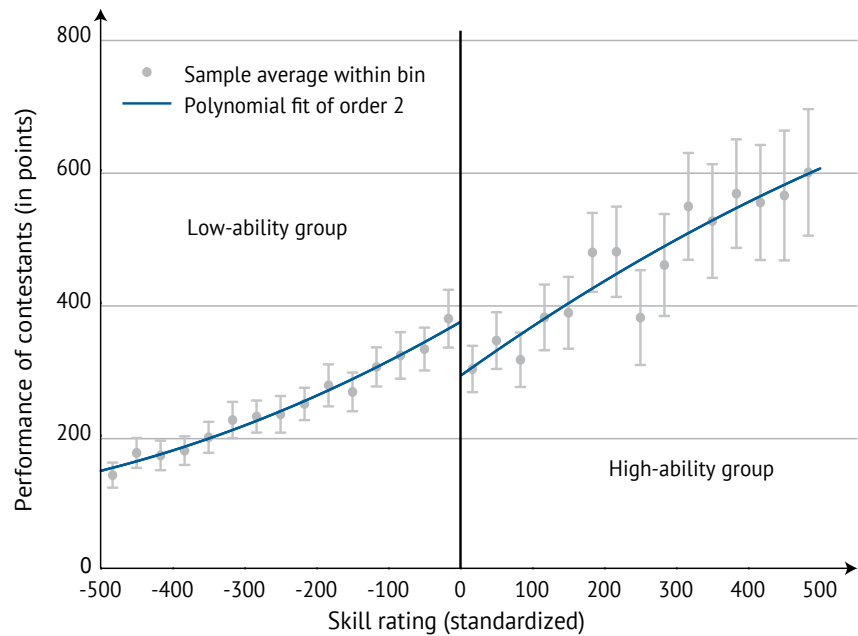


Figure 2

Performance of contestants (in points)





We compare contestants characterized by the same abilities using an RD design. Part of these contestants compete among the top performers of a low-ability group, others among the bottom performers of a high-ability group (see Figure 1). Thus, competitive pressure is higher for the latter group. Contest theory predicts that, in case the contestants acted rationally, all contestants would reduce their efforts put into the task. The top performers of the low-ability group reduce their effort because they feel superior to the other contestants. The bottom performers of a high-ability group are expected to reduce their effort because they assume that their ability does not suffice to overcome the gap between them and the other contestants. This should result in a similar performance of all of them. Literature from psychology, on the contrary, would predict a lower performance of the contestants competing against more skilled contestants due to choking under pressure, or a higher performance if self-efficacy is the dominating mechanism.

RD design results show that bottom performers of a high-ability group are characterized by a performance that is 78 points lower than that of coders who have the same ability level but compete as top performers of a low-ability group (see Figure 2). The performance differential between the two groups equals 22%. Hence, the effect is not only statistically but also economically significant. We also find that the bottom performers of a high-ability group tend to select more difficult problems than the top performers of a low-ability group, possibly because they are aware of the fact that they can only win if they take more risks. Moreover, these contestants also make more mistakes with the intermediate problem. In sum, we find first

evidence that both rational and psychological factors explain performance differentials of equally skilled contestants that compete in groups characterized by different levels of pressure.

Our paper contributes to the literature on the pressure-performance relationship in general, and to the literature on performance in contests in particular, by providing new and causal evidence of the mechanisms causing performance differentials.

Selected References

Bandura, Albert (1977). Self-efficacy: Toward a Unifying Theory of Behavioral Change, *Psychological Review*, 84 (2), 191–215.

Baumeister, Roy F. (1984). Choking Under Pressure: Self-consciousness and Paradoxical Effects of Incentives on Skillful Performance, *Journal of Personality and Social Psychology*, 46 (3), 610–620.

Boudreau, Kevin J.; Lakhani, Karim R.; Menietti, Michael (2016). Performance Responses to Competition Across Skill Levels in Rank-order Tournaments: Field Evidence and Implications for Tournament Design, *The RAND Journal of Economics*, 47 (1), 140–165.

Brown, Jennifer (2011). Quitters Never Win: The (Adverse) Incentive Effect of Competing with Superstars, *Journal of Political Economy*, 119 (5), 982–1013.

Buser, Thomas (2016). The Impact of Losing in a Competition on the Willingness to Seek Further Challenges, *Management Science*, 62 (12), 3439–3449.

Casas-Arce, Pablo; Martínez-Jerez, F. Asís (2009). Relative Performance Compensation, Contests, and Dynamic Incentives, *Management Science*, 55 (8), 1306–1320.

DeCaro, Marci S.; Thomas, Robin D.; Albert, Neil B.; Beilock, Sian L. (2011). Choking Under Pressure: Multiple Routes to Skill Failure, *Journal of Experimental Psychology: General*, 140 (3), 390–406.

Ehrenberg, Ronald G.; Bognanno, Michael L. (1990). Do Tournaments Have Incentive Effects? *Journal of Political Economy*, 98 (6), 1307–1324.

Garcia, Stephen M.; Tor, Avishalom (2009). The N-Effect: More Competitors, Less Competition, *Psychological Science*, 20, 871–877.

Konrad, Kai A. (2009). *Strategy and Dynamics in Contests*. Oxford, UK: Oxford University Press.

Orszag, Jonathan M. (1994). A New Look at Incentive Effects and Golf Tournaments, *Economics Letters*, 46 (1), 77–88.

Tanaka, Ryuichi; Ishino, Kazutoshi (2012). Testing the Incentive Effects in Tournaments with a Superstar, *Journal of the Japanese and International Economies*, 26 (3), 393–404.

Project Team Members

Prof. Dr. Karin Hoisl
Jonas Heite, M.Sc.

Research Objective

Analyzing the effect of pressure on performance in contests

1.10

Openness as Platform Strategy – Evidence from a Quasi-Experiment in Crowdfunding

A platform's decision whether to open up or control access to its marketplace is at the core of its business strategy. It needs to weigh the benefits of market thickness against the costs of potential congestion and quality concerns. Pre-screening platform participants and excluding undesired suppliers may give platforms the possibility to prevent market failure and ensure competitive advantage in the long run. The level of openness and governance are hence key strategic parameters for platforms (Boudreau and Hagiu 2009, Rysman 2009). In this project, we analyze the implications of an open platform strategy and the conditions under which it is likely to pay off. We empirically test our hypotheses in the reward-based crowdfunding market. We analyze the strategic decision of Kickstarter, the leading crowdfunding platform, to switch from access control to de facto openness. We assess the effects of the policy change on market thickness, market matches, project quality, and ultimately consumer satisfaction.

In 2015, Internet-based crowdfunding platforms helped fund seekers raise USD 10 billion from individual funders. This is intriguing given the considerable asymmetric information concerning the risk and return of new ventures. The market for entrepreneurial finance usually relies on professionals, such as business angels and venture capitalists with specialized expertise to evaluate investments in young firms (Lerner 2002, Ueda 2004). Crowdfunding emerged as a new form of entrepreneurial finance, expanding the usually personal interaction between fund seekers and investors to a digital marketplace for the crowd. Reward-based crowdfunding platforms like Kickstarter now link fundraisers with potential backers. Instead of a monetary return, backers are offered some form of non-monetary reward for their investment, typically the product the entrepreneur intends to develop (cf. Belleflamme et al. 2015). The platform charges a percentage fee of the total amount raised if the project receives funding.

Crowdfunding platforms set up rules to regulate the activities on their platform. At Kickstarter, each project initially had to undergo a manual review process by a staff member and obtain approval in order to launch on the platform. Checking that each project on the platform adhered to its guidelines, Kickstarter employed a screening device in order to minimize the number of poor quality and non-eligible projects on the platform. In June 2014, however, Kickstarter decided to abandon its manual review

process. Lowering the bar for launch, this policy change led to a considerable increase in the number of projects – and according to anecdotal evidence – to a decrease in average project quality. The effort to screen out projects of lower quality was shifted to the individual backers, with unclear implications for market matching and platform performance.

Using synthetic control group and difference-in-differences methods, we observe that the policy change had indeed an instant and significant effect on the population of projects launched on the platform (see Figure 1). The number of projects launching each week on Kickstarter increased by 54%, while the number of (potential) backers did not experience a proportionate increase. We further find that the policy change led to a significantly lower funding rate, falling from 30 to 21%, even though the absolute number of funded projects increased (see Table 1).

In a subsequent step, we analyze the effects the policy change had on the quality of funded projects. We measure project quality two-fold: first, conditional on funding, whether the projects were able to deliver the promised reward (i.e., their product); second, how the projects perform in terms of backer satisfaction. We compare funded projects in a small time window around the policy change and find that those projects without pre-screening are on average of lower quality. In fact, we find that these projects more frequently fail to deliver their rewards; we observe

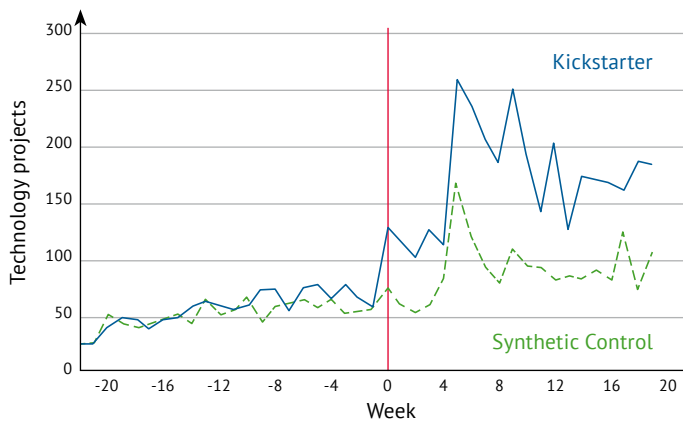


Figure 1
Number of projects; trend treatment vs. synthetic control

	(1) Funding rate	(2) Funded projects
Policy change	-0.085*** (0.028)	8.560*** (1.985)
Time-varying controls	Yes	Yes
Month effects	Yes	Yes
Observations	80	80

Standard errors in parentheses.
* p < 0.10, ** p < 0.05, *** p < 0.01

Table 1
Impact on funding behavior

a robust significant drop in the reward delivery rate of 13 percentage points. Our text analysis of backers' comments further shows that projects without pre-screening were subject to more negative feedback from backers, as the policy change led to an increase in complaints of around 4 to 6 ppt. These estimated effects are immediate and discontinuous around the policy change.

Our study shows that Kickstarter's decision to open up its platform increased quantity and variety on the previously access-controlled supply side of crowdfunding projects. Kickstarter hereby gained market share from its main competitor Indiegogo. Platform transactions increased in absolute, but not

in relative terms. Moreover, average quality on the supply side declined immediately, as reflected by a lower delivery rate and more frequent complaints from demand-side users.

Selected References

- Belleflamme, Paul; Omrani, Nessrine; Peitz, Martin (2015). The Economics of Crowdfunding Platforms, *Information Economics and Policy*, 33, 11–28.
- Boudreau, Kevin; Hagiu, Andrei (2009). Platforms, Markets and Innovation, Chapter 7 Platform Rules: Multi-sided Platforms as Regulators, in: Annabelle Gawer (ed.). *Platforms, Markets, and Innovation*, 163–191. Cheltenham: Edward Elgar.
- Lerner, Josh (2002). When Bureaucrats Meet Entrepreneurs: the Design of Effective 'Public Venture Capital' Programmes, *The Economic Journal*, 112 (477), F73–F84.
- Rysman, Marc (2009). The Economics of Two-Sided Markets, *Journal of Economic Perspectives*, 23 (3), 125–143.
- Ueda, Masako (2004). Banks versus Venture Capital: Project Evaluation, Screening, and Expropriation, *The Journal of Finance*, 59 (2), 601–621.

Project Team Members

Dr. Fabian Gaessler
Zhaoxin Pu, M.Sc.

Funding

Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)
CRC TRR 190 "Rationality and Competition"
Max Planck Institute for Innovation and Competition



Research Objective

This study investigates whether openness is a worthwhile platform strategy, with special application to the crowdfunding market.

1.11

Yes I Can! – A Field Experiment on Female Role Model Effects in Entrepreneurship

This project investigates how exposure to female entrepreneurs influences the development of entrepreneurial self-efficacy, attitudes and intentions among female students. In two consecutive years, we conducted a field experiment in a large entrepreneurship course for undergraduate students. The combination of a mandatory course, and random assignment of students to teams and founders, allows us to draw causal inferences about the impact of female entrepreneurial role models. The results include data from 547 students and 98 entrepreneurs. The findings provide robust evidence that role model effects do not only occur by chance, but can be purposefully triggered in an educational setting. Exposure to female entrepreneurs particularly boosts the development of entrepreneurial self-efficacy and attitudes towards entrepreneurship of female students. Further, we find that if entrepreneurs signal high levels of supportiveness, the importance of working with a same-gender entrepreneur decreases.

Motivation

Gender differences in entrepreneurship, with fewer women engaging in entrepreneurial activities than men, are a well-documented empirical phenomenon (Coleman and Robb 2009). Recent research assumes that women's lower entrepreneurial propensity is largely driven by subjective, personal-level variables, such as psychological traits, motives and values (e.g., Croson and Gneezy 2009, Langowitz and Minniti 2007). Policymakers and researchers agree that the gender gap in entrepreneurship presents an untapped economic potential. In other disciplines, contact to same-gender role models has proven to be an effective way to counteract prevailing stereotypes, shift women's self-concept and ultimately influence their decision processes (Marx and Roman 2002, Stout et al. 2011). Multiple studies, for instance, explore the male-dominated environment of higher education in STEM disciplines (science, technology, engineering, and mathematics) and find that contact with same-gender experts positively affects both women's performance, as well as their motivation to pursue a STEM-related career (Carrell et al. 2010, Marx and Roman 2002, Stout et al. 2011). In entrepreneurship, most studies concerning role model effects have explored the inter-generational transmission of entrepreneurial intentions within families and found that having an entrepreneurial family background increases the offspring's likelihood of entering entrepreneurship (Laspita et al. 2012, Lindquist et al. 2015). Yet, there is a lack of understanding whether this effect can be systematically exploited as an effective mechanism to foster female entrepreneurship. The aim of this study

is to fill that gap and to understand how exposure to female entrepreneurial role models influences the development of entrepreneurial self-efficacy, attitudes, and intentions among female students.

Research Design

In two consecutive years, we conducted a field experiment within a full-semester, mandatory entrepreneurship course for undergraduate business students at a large German university. In teams of four to five, students collaborated with a real-life entrepreneur to prepare a business plan for the entrepreneur's startup. Each entrepreneur worked with two teams in parallel. Weekly tutorial groups and lectures complemented the curriculum. During the field experiment (both years together), 115 entrepreneurs (85 men and 30 women) from a pool of 175 applicants were selected for participation. To assign students to teams, we used a between-subject design with stratified random sampling. Randomization strata included gender ratio as well as previous study experience, with the goal to achieve balanced teams. The student teams were then randomly assigned to the entrepreneurs with whom they would collaborate during the course (table 1).

We collected data from students via two questionnaires (one before and one after the course), complemented by a survey among the entrepreneurs. The data collection process meticulously followed the same procedure in both years. We tracked student's development over time in terms of six outcome variables: First, we measured four dimensions of



entrepreneurial self-efficacy as the perceived ability in terms of: (1) searching – thinking creatively and identifying new opportunities; (2) marshalling – acquiring relevant resources for venture creation; (3) implementing – transforming an idea into actionable steps; and (4) managing ambiguity – acting under uncertainty. Furthermore, we assessed (5) attitudes towards entrepreneurship, as the desirability of founding a new venture compared to other career options, and (6) entrepreneurial intentions as the concrete intention to start a business within the next five to ten years. We complemented our data with several control variables, such as general risk propensity, subjective norms (i.e., perceived support by the close social environment), as well as student's previous exposure to entrepreneurship, for instance having entrepreneurial parents or working experience in a start-up.

	Total Sample Students		Valid Data Students	
	Female	Male	Female	Male
Entrepreneurs				
Female (n = 30)	162	364	85	55
Male (n = 85)	464	130	253	154
Total	626	494	338	209

Table 1: Sample composition

Findings

Participating students were on average 20.7 years old and 88.3% were German. A first look at the pre-treatment values reveals general gender differences and different starting conditions for male and female students. Prior to the program start, men reported significantly higher levels of entrepreneurial self-efficacy, intentions, attitudes and risk propensity than women.

In the first step of the analysis, we assessed student's development over time (see figure 1). The results show that all entrepreneurial self-efficacy measures increased between t0 and t1 in all groups. Interestingly, the largest changes occurred for the female students who worked with a female entrepreneur. Regardless of gender, students' entrepreneurial intentions on average declined or remained stable during the course, which is in line with previous literature.

In the next step, we empirically investigated whether female entrepreneurs differentially affect female versus male students via estimating several OLS regression models (table 2). We find that women significantly benefit from being assigned to a female entrepreneur, especially regarding the development of entrepreneurial self-efficacy and their attitudes towards an entrepreneurial career. →

	Searching (1)	Marshalling (2)	Implementing (3)	Managing Ambiguity (4)	Attitudes (5)	Entrep. Intentions (6)
Female Student (FS)	-0.354*** (0.088)	-0.066 (0.082)	-0.138 (0.093)	-0.238*** (0.089)	-0.225*** (0.065)	-0.234*** (0.067)
Female Entrepr. (FE)	-0.135 (0.145)	-0.037 (0.130)	-0.220 (0.182)	-0.128 (0.141)	-0.138 (0.103)	-0.042 (0.096)
FSXFE	0.348* (0.192)	0.242 (0.169)	0.473** (0.210)	0.314* (0.174)	0.226* (0.136)	0.086 (0.124)
Baseline value (at t=0)	0.484*** (0.039)	0.576*** (0.041)	0.435*** (0.047)	0.544*** (0.043)	0.748*** (0.034)	0.732*** (0.036)
Constant	0.093 (0.113)	-0.010 (0.105)	0.141 (0.128)	0.152 (0.101)	0.161** (0.076)	0.091 (0.078)
CONTROLS	YES	YES	YES	YES	YES	YES
R-squared	0.384	0.388	0.273	0.413	0.670	0.674

Table 2: The effect of female entrepreneurs on female students

Note: OLS results (N=547). All continuous variables are standardized to a mean of 0 and a standard deviation of 1. Robust standard errors in parentheses are clustered at the team level. Asterisks denote significance levels at *** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1. Included control variables: (1) same-gender supervisor, (2) same-gender entrepreneurial parent, (3) risk propensity, (4) subjective norm (two measures), (5) student knows entrepreneur outside the family, (6) student has worked in a startup, (7) ratio of female students in team, (8) previous achieved ECTS, (9) year.

A further investigation, however, revealed that the impact of working with a same-gender founder is equally beneficial to male and female students. Finally, we analyzed several mechanisms to explain entrepreneurial role model effects as an emergent product of the reciprocal relationship between the individual student and the entrepreneur. We show that the female entrepreneurial role model effect can be offset if the participating entrepreneurs present high levels of motivation, supportiveness and interest in the project (figure 2).

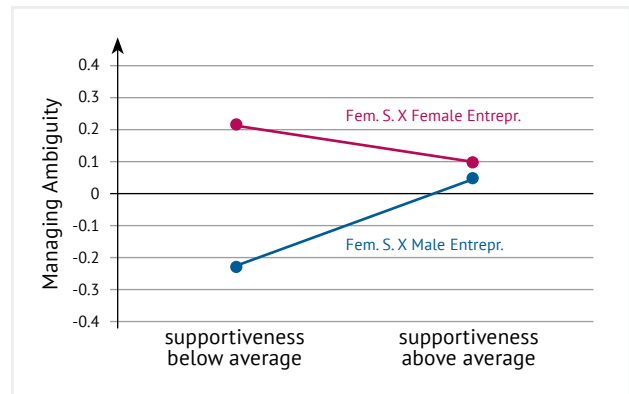


Figure 2 Plot of the significant three-way interaction. For ease of interpretation, we only display the slopes for female students.

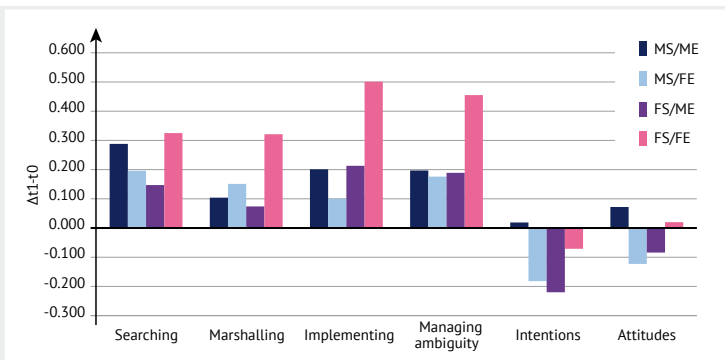


Figure 1 Student's development over time

Our paper provides field experimental insights regarding female role model effects in entrepreneurship. Providing women with the opportunity to connect to and interact with female entrepreneurs can thus boost their self-concept and positively influence the development of key antecedents to entrepreneurial intentions.

Selected References

Carrell, Scott E.; Page, Marianne; West, James E. (2010). Sex and Science: How Professor Gender Perpetuates the Gender Gap, *The Quarterly Journal of Economics*, 125 (3), 1101–1144.

Coleman, Susan; Robb, Alicia (2009). A Comparison of New Firm Financing by Gender: Evidence from the Kauffman Firm Survey Data, *Small Business Economics*, 33 (4), 397–411.

Croson, Rachel; Gneezy, Uri (2009). Gender Differences in Preferences, *Journal of Economic Literature*, 47 (2), 448–474.

Langowitz, Nan; Minniti, Maria (2007). The Entrepreneurial Propensity of Women, *Entrepreneurship Theory and Practice*, 31 (3), 341–364.

Laspiata, Stavroula; Breugst, Nicola; Hebllich, Stephan; Patzelt, Holger (2012). Intergenerational Transmission of Entrepreneurial Intentions, *Journal of Business Venturing*, 27 (4), 414–435.

Lindquist, Matthew J., Sol, Joeri; Van Praag, Mirjam (2015). Why Do Entrepreneurial Parents Have Entrepreneurial Children? *Journal of Labor Economics*, 33 (2), 269–296.

Marx, David M.; Roman, Jasmin (2002). Female Role Models: Protecting Women's Math Test Performance, *Personality and Social Psychology Bulletin*, 28 (9), 1183–1193.

Stout, Jane; Dasgupta, Nilanjana; Hunsinger, Matthew; McManus, Melissa (2011). STEMing the Tide: Using Ingroup Experts to Inoculate Women's Self-concept in Science, Technology, Engineering, and Mathematics (STEM), *Journal of Personality and Social Psychology*, 100 (2), 255–270.

<p>Principal Investigator</p> <p>Project Team Member</p> <p>Partner Institutions</p> <p>Funding</p> <p>Research Objective</p>	<p>Laura Rosendahl Huber, Ph.D.</p> <p>Laura Aline Bechthold, M.Sc.</p> <p>Center for Digital Technology and Management (CDTM), Munich School of Management (LMU Munich)</p> <p>Max Planck Institute for Innovation and Competition</p> <p>How does exposure to female entrepreneurial role models influence the development of entrepreneurial self-efficacy, attitudes and intentions among female students?</p>	 
---	--	--

Publication

Working Paper submitted to the Academy of Management Conference 2018: Bechthold, Laura; Rosendahl Huber, Laura (2017). The Effects of Same-Gender Role Models in Entrepreneurship – A Randomized Field Experiment. AEA RCT Registry, 23 June 2017.

1.12

Entrepreneurial Spawning in Turbulent Times: Evidence from the Decline of Nokia in Finland

Prior research suggests that a single firm can have substantial influence on the development of a region (Klepper 2001). Working for a large corporation alerts individuals to new technological developments and equips them with relevant skills and industry-specific information. Entrepreneurial entry may thus have appealed to the large number of high-skilled knowledge workers laid off in the organizational restructuring surrounding the acquisition of Nokia's Devices & Services business in April 2014. To date, however, the impact of Nokia's collapse on the Finnish start-up scene has not been studied empirically. This paper investigates whether the incident sparked off increased entrepreneurial activity in the affected Finnish regions and thereby intensified the formation of entrepreneurial clusters in Finland.

Motivation

The origin of entrepreneurial firms has received considerable attention in recent literature. These ventures contribute to economic growth and vitalization, since they are willing to undertake risky projects with long development times. Much attention has been given to analyzing the phenomenon of start-ups founded by employees of incumbent firms in the same industry (Klepper and Thompson 2010). The process by which established firms create new independent ventures is thereby defined as "entrepreneurial spawning" (Gompers et al. 2005). Organizational shocks such as crises, acquisitions, new leadership, or sluggish growth may increase a firm's spinoff rate as employees are more prone to seek entrepreneurial opportunities outside the corporation.

The decline of Nokia OYJ in Finland constitutes a case in point. At the peak of Nokia's success in 2000, the corporation accounted for 1% of total employment in Finland. In addition, the telecommunications sector which had developed around Nokia represented 20% of Finnish goods exports. However, in 2008, with the release of the first iPhones and Android phones, Nokia's sales began to decline while the two rivals quickly captured most of the smartphone market. After a few years of sluggish growth, Nokia entered into a strategic partnership with Microsoft in 2011, with the aim of building a global mobile ecosystem. In September 2013 Nokia decided to divest its mobile phone business and announced the acquisition of the entirety of its Devices & Services division by the Microsoft Corporation.

Anecdotal evidence links the acquisition of Nokia's Devices & Services business in April 2014 to a boom in Finnish entrepreneurship. To date, however, no empirical study has provided evidence for the emergence of a vibrant start-up scene in Finland and investigated the role of Nokia's collapse therein. This paper hypothesizes that the turmoil accompanying the acquisition of Nokia's Devices & Services business led to an upsurge in entrepreneurial and innovative activity in the affected regions surrounding the Helsinki metropolitan area, Oulu, Tampere and Salo (H1). Given that rational entrepreneurs will build their ventures in industries in which they have prior employment experience, this effect is expected to be particularly pronounced in Nokia's business sectors (H2).

Data and Empirical Design

Research on entrepreneurial activity is constrained by the availability of large scale representative data sets capturing the emergence of start-up firms and key performance indicators. For a comprehensive analysis, three distinct data sources are therefore integrated in the study: entrepreneur counts by Statistics Finland, national and international trademark application data, and venture capital deals reported by Thomson Reuters. Aggregating and reshaping the raw data yields region-year-industry panels. For the subsequent analyses counts of five outcome measures are developed: the number of entrepreneurs, trademark applications, first-time trademark applicants, venture capital deals, and of new venture capital funded start-ups.

In a simple difference-in-differences design, the change in entrepreneurial and innovative activity in →

the affected regions is compared to the development of other Finnish regions as controls. To account for heterogeneous effects in sectors associated with Nokia compared to unrelated fields, difference-in-differences estimations are additionally performed to capture the supplementary treatment effect attributed to Nokia sectors in Nokia regions after the rumors had surfaced.

Results

The results provide support for spawning effects (H1) and show that the number of entrepreneurs, trademark applications, first-time trademark applicants, venture capital deals, and new VC funded start-ups increase significantly after 2011 in regions that were home to a Nokia branch office or development unit. These effects are also economically relevant. While Statistics Finland data suggests that the number of entrepreneurs grows by 2.2% compared to pre-treatment levels in Nokia regions, the interaction coefficients in the regressions based on the trademark data set display an 8.1% rise in the number of marks filed and a surplus of 10.1% of applicants due to the turmoil. The impact of the acquisition on venture capital development is considerably stronger, with results implying a two-fold increase in the number of venture capital deals and new VC funded start-ups in Nokia regions after 2011.

The second hypothesis (H2) argues that the start-up boom was particularly pronounced in Nokia's business sectors. The results largely support this assumption. According to the estimations, the count of entrepreneurs in the ICT sector grows by 18.8% and the number of first-time trademark applicants in Nokia Nice classes expands by 16%, while the venture capital industry again flourishes, registering a surge

of 47.9% in venture capital deals and 138% in new VC funded start-ups in Nokia-related sectors compared to the respective average counts in the treated regions before the turmoil. The start-up scene in Nokia sectors in Nokia regions thus seems to be revitalized by the decline of the Finnish tech giant. Overall, the findings imply that entrepreneurial activity can be triggered by adverse events and an upheaval in the labor market.

Research Contribution

The findings contribute to entrepreneurship literature by analyzing transitions into entrepreneurship. While scholars agree that certain individuals have higher predispositions and greater motivations for founding their own businesses, the precise factors which are decisive for such decisions have not yet been sufficiently discussed. Furthermore, by linking entrepreneurial entry to a regional shock, new evidence for the formation of entrepreneurial clusters is provided on an aggregate level. Although the development of clusters has been extensively researched in the spin-off literature, the question how transformational events differentially stimulate start-up formation in certain regions and industries has so far remained largely unexplored. Policymakers may view the study as an indication that crises such as the restructuring of a significant portion of a nation's labor market can be turned into a positive impulse for fostering entrepreneurial and innovative activity and creating a vibrant start-up scene.

Selected References

- Gompers, Paul; Lerner, Josh; Scharfstein, David (2005). Entrepreneurial Spawning: Public Corporations and the Genesis of New Ventures, 1986 to 1999, *The Journal of Finance*, 60 (2), 577–614.
- Klepper, Steven (2001). Employee Startups in High-Tech Industries, *Industrial and Corporate Change*, 10 (3), 639–674.
- Klepper, Steven; Thompson, Peter (2010). Disagreements and Intra-Industry Spinoffs, *International Journal of Industrial Organization*, 28 (5), 526–538.

Principal Investigator

Magdalena Streicher, M.Sc.

Research Objective

To investigate the link between workplace disruptions of highly skilled employees and entrepreneurial activity in a region

1.13

The Effect of Compliance Time in Patent Examination – An Experimental Study

Using controlled and incentivized individual decision-making experiments, we test whether the length of compliance periods in patent examinations affects application behavior and overall efficiency, measured by wasteful investment in hopeless applications on the one hand, and insufficient investments in promising ones on the other hand. More specifically, our participants – students and IP practitioners – decide in the role of a patentee with an invention which, unbeknown to them, is either patentable or not. They can invest real effort in order to reach a threshold while receiving incomplete yet informative feedback concerning the binary prospects of their application. We vary the time a patentee has to finish his or her work on the application – either one, three or six weeks. We find evidence that a longer compliance period leads to more efficient decisions.

The effectiveness of patent systems in fostering innovation has been subject to discussions for decades. More recently, researchers have also acknowledged the importance of well-functioning patent application and examination systems for the effectiveness of the overall system. Since the mid-1990s, worldwide patenting activity has grown considerably. From 2005 to 2015, the number of patent applications and grants has grown annually by about 5.4% and 7%, respectively. This has put considerable pressure on patent offices and created growing interest as to how application and examination procedures within patent offices can be structured more efficiently. One approach is to reduce avoidable workload to obtain a more cost-effective examination process. Having more time per examination due to a reduction of avoidable workload could also lead to higher quality decisions in granting patent rights to patentable inventions, and it could help reduce the backlog in review processes.

This paper addresses a mechanism that aims at making the examination process more cost-effective and could also benefit applicants. Consider futile applications with low probabilities of being granted a patent: Depending on the procedures of different patent offices worldwide, these applications may survive several amendment rounds, or their rejection may be followed by an equally futile appeal, all of which is associated with unnecessary costs and workload on both sides. In these cases, it would be helpful if – based on the feedback from the examiner – applicants themselves would early on come to the conclusion to withdraw or abstain from appealing a rejection. Yet, psychological biases of inventors may prevent them from abandoning the application and induce them to further invest effort and money in the

application. Behavioral economics research shows that such investment decisions are often subject to the status quo bias, sunk cost fallacy and overconfidence bias, potentially making applicants stick with their futile endeavor. With respect to inventions, it has been shown that inventors are more overconfident and optimistic than the general population, and that optimism bias and sunk costs are positively correlated with perseverance of inventors after receiving a strong signal to abandon their invention efforts. We investigate a mechanism that aims at de-biasing applicants in their investment decision. More specifically, we study whether – after receiving feedback about prospects of success – longer decision times lead to more rational decisions on whether to keep on investing in the application. The idea is that longer decision times make applicants less attached to their initial investment and hence reduce the sunk cost fallacy. We further expect that giving applicants more time to reflect on the prospects of the application rather than investing in meeting a tight deadline will lessen applicants' potential overconfidence with regard to the quality of their invention and make applicants assess these success probabilities more accurately.

It is very difficult to establish a causal effect of longer decision times in amendment rounds in the field. We thus make use of a computerized economic experiment, an approach which gives us full control of the environment, allows us to measure all relevant aspects and to draw causal inferences. We translate the most important features of interactions between applicant and examiner of a patent application process to a simple and easy-to-understand decision problem. In the novel design, participants have to do →



work to reach a threshold required for success while facing fundamental uncertainty as to the likelihood of success and receiving only incomplete feedback regarding their prospects. We create fundamental uncertainty about prospects in an experimental design, which furthermore is likely to induce overconfidence.

The experiment consists of two parts. In part one, participants start working on an application in the laboratory. Then, in analogy to an office action letter, they receive potentially informative, yet incomplete feedback regarding the prospects of their application. They can complete part two online on their own Internet devices within a given timeframe. As our treatment variable, we vary the time an applicant has to finish work on part two – either one, three or six weeks. We measure how this manipulation affects the overall application behavior and efficiency of the system. With this exogenous variation of our variable of interest and random assignment of participants to treatments, we can clearly establish causal relationships. To strengthen the external validity of our results for the patent application process, we do not limit our experiment to the usual subject pool of economic laboratories in Munich and Newcastle, but

additionally run the experiment with a subject pool that is familiar with the patent application process: IP practitioners from two IP congresses.

We find evidence in favor of our expectation that a longer decision time leads to more efficient decisions on whether to keep on working on the application. In particular, with very long decision time periods of six weeks, those subjects who should stop working on their application projects, actually finish the work significantly less often than those with a shorter decision time. Vice versa, of those who should keep on working on the application, a significantly higher fraction of subjects actually finishes their application work in the six weeks treatment than in the treatments with shorter decision time periods. For the usual laboratory subject pools in Munich and Newcastle, we find no significant difference in effort investment between one and three weeks. With practitioners, however, we observe an efficiency enhancing pattern when comparing the one week treatments with three weeks. In this sample, those who should stop working on the application actually finish their work significantly less often under the longer time horizon than under the shorter time horizon.

Project Team Members	<p>Dr. Marco Kleine (MPI) Dr. Sven Fischer (Newcastle University) Prof. Dr. Daniel John Zizzo (Newcastle University)</p>
Partner Institution	<p>Newcastle University</p> 
Funding	<p>Economic & Social Research Council (ESRC) Grant ES/M006239/1</p>
Research Objective	<p>Use of a decision-making experiment to test the effects of the length of compliance periods in patent examinations on application behavior</p>

Publication

Fischer, Sven; Kleine, Marco; Zizzo, Daniel John (2017). The Effect of Compliance Time in Patent Examination: An Experimental Study. Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 17-05.

Patents, Data Exclusivity and the Development of New Drugs

Firms in the pharmaceutical industry typically rely on a period of market exclusivity derived from patent protection and data exclusivity to recoup their investments in R&D. The invalidation of patent rights during drug development renders data exclusivity the sole source of protection and shifts the period of market exclusivity at the drug project level. Our findings highlight that shorter durations of market exclusivity reduce the likelihood of successful drug commercialization.

Motivation

Developing novel drugs is a costly endeavor. Patents surrounding a drug grant the originator company market exclusivity for a fixed term of 20 years from the patent filing date, which may be extended by five more years through a supplementary protection certificate (SPC). An additional source of market exclusivity for novel drugs is data exclusivity, which prevents third parties for a period of up to ten years after drug approval from drawing on the original clinical trial results when seeking regulatory approval for the generic version of the respective drug.

So far, there is little empirical evidence on how the overall duration of market exclusivity granted to firms relates to their innovation efforts. We contribute to this literature by relating the protection resulting from patent protection and data exclusivity to the likelihood of successful product commercialization. We hereby aim to quantify the marginal effect of an additional period of market exclusivity for innovators on their efforts in drug development.

Data and Results

We exploit a natural experiment that provides exogenous variation in patent protection surrounding drug development projects. We analyze the development histories of 890 unique drugs for which underlying patents have been challenged – and in many cases invalidated – in opposition proceedings at the European Patent Office between 1993 and 2013.

We find that for a large share of these patents, invalidation does not reduce the duration of market exclusivity as data exclusivity fully compensates the loss of patent protection. However, for those cases

where patent invalidation leads to a loss of market exclusivity, we find a significant causal effect on the drug development process. In particular, our results suggest that a realized loss of exclusivity of one year lowers the chances of drug commercialization by 3.5%.

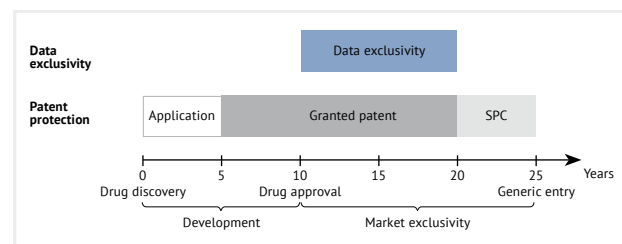


Figure 1 Illustration of the typical drug lifecycle. SPC protection optional. Generic entry may occur earlier due to authorized entry. Data exclusivity as of 2005 onwards.

Discussion and Outlook

Our results highlight that a reduction in the expected duration of market exclusivity upon drug approval significantly reduces the likelihood of successful drug commercialization. This finding is consistent with a broad range of theoretical models, which argue that intellectual property rights create incentives for innovation by allowing companies to charge monopoly-like prices during the limited period of market exclusivity they are granted at market entry. Shorter time spans of market exclusivity reduce the profits from innovation and therefore lower the incentives to engage in innovation activities, i.e., the development of new drugs. As we have shown, data exclusivity may be one way to restore market exclusivity. However, data exclusivity as a policy instrument is not uncontested, considering that it arguably limits follow-on innovation and may cause redundant clinical trials. Consequently, the overall welfare balance still needs to be explored.

Project Team Member

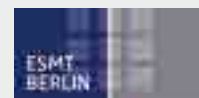
External Project Team Member

Partner Institution

Dr. Fabian Gaessler

Prof. Dr. Stefan Wagner (ESMT Berlin)

European School of Management and Technology
(ESMT Berlin)



The Effects of Inventor Mobility on Productivity in Agglomerations and Teams – Evidence Based on Linked Inventor Biography Data

This joint research project studies knowledge worker productivity in the context of exogenous shocks on inventor teams as well as in the context of inventors' labor market mobility across firms and regions. By implementing empirical research designs, the project seeks to arrive at causal estimates on the determinants of inventor productivity and to contribute to a better understanding of the impact of employment dynamics on knowledge production. The empirical work draws on novel linked inventor biography data which were generated using methods of record linkage and machine learning. These data combine patent-based information on inventive activities with comprehensive labor market careers as recorded in social security data.

The mobility of highly skilled knowledge workers such as inventors or researchers is seen as a critical mechanism for organizations or regions to transfer and absorb knowledge, and to improve their performance (Almeida and Kogut 1999, Kaiser et al. 2015, Kaiser et al. 2018). Moreover, the role of spillovers and knowledge externalities for productivity remains an important factor in the context of individual and collaborative knowledge production (Azoulay et al. 2010, Feldman and Kogler 2010). Yet, the relationship between mobility and performance and its implications for aggregate outcomes (at the level of teams, firms and regions) has not been fully resolved and still presents both theoretical and empirical puzzles. Most importantly, the identification of causal effects using appropriate empirical research designs and the availability of precise biographical data are major challenges for research in this field. This joint research project seeks to tackle these challenges by generating novel linked inventor biography data, which will be made available to the scientific community, and by contributing original empirical research that draws on these data.

The linked inventor biography data combine rich patent-based information on the inventive activities of knowledge workers with comprehensive social security records on the labor market careers, available at the Institute for Employment Research (IAB). Data from both sources have by now been processed and linked using a combination of record linkage and machine learning techniques (Christen 2012). The combination of high-quality data and novel linking approaches made it possible to match and disambiguate a large number of inventors in Germany. Due to the confidential nature of the social security information on inventors and their employers, the new

linked inventor biography dataset is made available to other researchers on-site and via remote execution at Research Data Center (FDZ) of the IAB.

Using these unique data, the research project analyzes the relationship between inventor productivity and the market mobility of inventors across firms and regions. In most research contributions, mobility events had to be inferred from rather imprecise information provided in patent data. The novel linked data helps to identify both mobility on the labor market and changes of inventors' team composition with precise day-to-day information from reliable administrative records. Moreover, access to many additional variables from the social security data on inventors, their full labor market careers and their employment establishment (e.g., pre-mature deaths of co-workers, mass layoffs and plant closures), facilitates the implementation of various quasi-experimental research designs. The results help to identify the causal effects of (exogenous) labor mobility events on inventor productivity.

Selected References

- Almeida, Paul; Kogut, Bruce (1999). Localization of Knowledge and the Mobility of Engineers in Regional Networks, *Management Science*, 45 (7), 905–917.
- Azoulay, Pierre; Zivin, Joshua Griff; Wang, Jialan (2010). Superstar Extinction, *The Quarterly Journal of Economics*, 125 (2), 549–589.
- Christen, Peter (2012). *Data Matching: Concepts and Techniques for Record Linkage, Entity Resolution, and Duplicate Detection*. Berlin: Springer.
- Feldman Maryann P.; Kogler, Dieter-Franz (2010). Stylized Facts in the Geography of Innovation, in: Bronwyn Hall; Nathan Rosenberg (eds). *Handbook of the Economics of Innovation*, 381–410. Oxford: Elsevier.
- Grant, Robert M. (1996). Toward a Knowledge-Based Theory of the Firm, *Strategic Management Journal*, 17 (S2), 109–122.
- Kaiser, Ulrich; Kongsted, Hans-Christian; Laursen, Keld; Ejsing, Ann-Kathrine (2018). Experience Matters: The Role of Academic Scientist Mobility for Industrial Innovation, *Strategic Management Journal*, forthcoming. DOI: <https://doi.org/10.1002/smj.2907>.
- Kaiser, Ulrich; Kongsted, Hans-Christian; Rønde, Thomas (2015). Does the Mobility of R&D Labor Increase Innovation?, *Journal of Economic Behavior & Organization*, 110 (2), 91–105.

Co-Principal Investigators **Dr. Fabian Gaessler** (MPI)
Dr. Jörg Heining (IAB)
Prof. Dr. Karin Hoisl (University of Mannheim)

Project Team Members **Dr. Matthias Dorner** (IAB)
Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D. (MPI)
Felix Poege, M.Sc. (MPI)

Partner Institutions **Institute for Employment Research** (IAB)
University of Mannheim
Max Planck Institute for Innovation and Competition (MPI)



Funding **Deutsche Forschungsgemeinschaft** (DFG) – Productivity Effects of Inventor Mobility in Agglomerations and Teams (Project number 329144242)



Research Objective This project studies knowledge worker productivity in the context of exogenous shocks on inventor teams as well as in the context of inventor mobility across firms and regions. It is based on novel linked inventor biography data. These data combine patent-based information on inventive activities with comprehensive labor market careers as recorded in social security data.



The Effects of Innovation Vouchers on Innovation Activity and Performance of SMEs in the UK – A Randomized Controlled Trial

The Innovation Voucher Program analyzed in this study operates as a randomized controlled trial (RCT). This allows estimating the causal effect of the voucher on innovation and growth measures of beneficiaries, as well as their business outcomes in general. As a result, the evidence might be used to enhance voucher schemes and to provide further policy advice on how to effectively support small and medium-sized enterprises and their innovation activities in the future.

Innovation is widely recognized as a key driver of performance and wealth. As a result, encouraging research and development (R&D) is a primary goal of governments. One way of stimulating R&D is to support R&D collaborations. Recently, there has been a rise in government-backed programs known as innovation vouchers that provide small and medium-sized enterprises (SMEs) with financial incentives to engage the services of external experts. However, the causal empirical evidence on the effectiveness of these programs is still scarce.

This study analyzes the effect of an innovation voucher scheme in the UK that grants SMEs from all sectors financial support of up to 5,000 GBP for engaging the services of experts when pursuing an innovation-related project within the firm. A randomized controlled trial for three application rounds in 2015 allows analyzing the causal effect of the program. Two surveys – the first survey one year, and the second survey two years after the vouchers award – shed light on short- and medium-term effects of the voucher scheme. So far, we only have access to data from the first survey and therefore focus on short-term effects of the program.

Our sample contains data on 459 SMEs (1,463 contacted) which replied to the survey. The treatment group covers 364 companies (of which 253 companies redeemed the voucher), while 95 companies are in the control group.

As in many RCTs, participation is voluntary among those randomly assigned to treatment. We tackle the compliance problem of those that are offered an innovation voucher without redeeming it (one-sided noncompliance) with an instrumental variables approach and estimate the local average treatment effect of treatment on the treated.

The results show that the innovation voucher has a positive effect on the likelihood of receiving external support for innovation activities. Furthermore, we find that the voucher seems to be slightly more effective for companies that have little experience with external knowledge providers prior to the program than for those with more experience. Finally, the voucher may also have a positive effect on companies' R&D performance, tied to the specific goals a company intended to achieve with the innovation voucher. For instance, firms anticipating to collaborate with IP advisors have significantly more patent and IP applications if they receive the innovation voucher, compared to those that intended to work with an IP advisor but did not receive the subsidy.

As expected, there are no significant short-term effects of the voucher program on business performance. The data will be investigated in more detail after the next survey round.

Project Team Members

Jonas Heite, M.Sc.
Dr. Marco Kleine
Laura Rosendahl Huber, Ph.D.

Partner Institutions

Innovate UK
Nesta

Funding

Innovate UK

Research Objective

To analyze the effect of the Innovation Voucher Program on innovation, growth and business outcomes of beneficiaries



Distance and the Timing of Licensing

This research project studies the effect of geographical distance between the contracting parties on the timing of licensing deals. Excessive delays in technology transactions undermine the efficiency arguments of the markets for patents. They lead to longer commercialization delays, reduce the overall value of the transactions and increase the risk of duplicate R&D efforts. In today's globalized innovation landscape, intangible goods such as technological knowledge should not be affected by local characteristics. In this project, insights from transaction cost theory are used to show that geographical distance between the contracting parties induces frictions on the markets for technology, which leads to longer transaction delays.

In this project, we first relate to transaction cost theory and argue that geographical distance between the contracting parties increases search, information and contracting costs, and thus leads to excessive licensing delays. In order to test these theoretical predictions, a comprehensive dataset of registered licensing agreements in France is used, complemented with the geo-localization of the contracting parties, as well as detailed demographic and patent information. Longer licensing delays may not necessarily be “excessive”, and the empirical analysis controls for confounding factors that also affect the timing of the licensing deal, such as technology and party characteristics. Since firms with similar interests may co-locate in geographic clusters, the analysis also controls for the technological and market characteristics of the parties. As international deals might be affected by institutional factors such as the features of the legal and judicial systems or the existence of trade agreements, the empirical analysis focuses on national deals only.

This research project discusses an under-explored source of frictions on the markets for patents. The

topic is of concern because excessive licensing delays undermine the efficiency arguments related to markets for technology. The study controls for confounding factors and for the fact that related entities tend to gather in similar geographic areas. We find that geographical distance between contracting parties triggers longer transaction delays, thus providing evidence for the existence of a local characteristic in the markets for patents, which are usually seen as global because of their intangible feature. This effect is stronger for small and medium-sized enterprises (SMEs). We also find market proximity to significantly delay licensing transactions. These findings have far-reaching policy implications. The existence of frictions within a country with good transportation and telecommunication structures such as France, as well as with a common language, suggests that these frictions might be more important considering transactions within countries with weaker infrastructures, or even more so for international transactions. The results indicate that policymakers should intensify their efforts to work toward an integrated European market for patents, and that special effort should be devoted to support SMEs.

Project Team Member

Laurie Ciaramella, Ph.D.

External Project Team Member

Prof. Gaétan de Rassenfosse, Ph.D. (EPFL)

Partner Institution

École Polytechnique Fédérale de Lausanne (EPFL)



Research Objective

Study of the effect of geography on the timing of licensing deals

Youth Start Entrepreneurial Challenges

This project aims at testing the effectiveness of an entrepreneurship education program at different levels of compulsory schooling (primary and secondary) in an international context. To this end, a large-scale field experiment (policy experimentation project) is conducted in four European countries. The aim is to measure the program's impact on the development of entrepreneurial knowledge, skills and attitudes by means of pre-, mid- and post-test evaluations.

Entrepreneurial skills are increasingly important in today's labor market. This has led to an increased pressure on the educational system to teach and foster entrepreneurial skills beginning at lower levels of education. So far, evaluation studies of entrepreneurship programs that have been performed at the primary and secondary level focused mainly on extra-curricular education programs, whereas the assessment of more embedded approaches to entrepreneurship education has relied more heavily on qualitative assessment methods.

Youth Start Entrepreneurial Challenges (YSEC) is a program that embeds entrepreneurship education in the curricula of various types of schools by implementing structured educational units suitable to multiple topics. It is divided into educational units (Challenges), which are designed specifically to be aligned to the normal learning goals of different subjects. Due to the nature of the policy experimentation, all participating countries involved their ministries in the project. In order to guarantee the autonomy of the assessment, the evaluation in this project is carried out by the Danish Foundation for Entrepreneurship in collaboration with the Max Planck Institute for Innovation and Competition. Through this collaboration, the Institute has been granted access to

the data in order to conduct academic research within the general program evaluation of the YSEC project.

The YSEC program is run as a randomized controlled trial (RCT) or natural field experiment where the implementation takes place under real-world conditions and is delivered by regular staff. This type of methodology increases external validity, since the outcomes are produced in a real-world setting and not in an artificial context. Within this setting, it will be possible to rigorously evaluate the causal effect of the program on various entrepreneurial outcomes, also accounting for teacher-related effects. Moreover, the design of the experiment enables an analysis of longer-term effects, which are rarely explored within the literature on entrepreneurship education. Moreover, the program's implementation varies in its intensity, which allows us to analyze the effect of program intensity on various skill- and personality-related entrepreneurial outcomes. Finally, we are able to examine the changes in skill composition and personal beliefs about entrepreneurship throughout the program along the different treatment categories. Since the related literature has not yet undertaken many rigorous studies looking at the aforementioned factors and channels, we are hoping to make a meaningful contribution to the literature by analyzing this policy experiment.

Project Team Members

Laura Rosendahl Huber, Ph.D.
Magdalena Streicher, M.Sc.

Project Partners



Portugal: Ministério da Educação (General Directorate for Education);
Austria: Bundesministerium für Bildung (Coordination by Initiative for Teaching Entrepreneurship);
Luxembourg: Ministère de l'Éducation Nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse, SCRIPT (Service de Coordination de la recherche et de l'Innovation pédagogiques et technologiques);
Slovenia: Ministrstvo za izobraževanje, Znanost in Šport (Ministry for Education, Science and Sports);
Denmark: Fonden for Entreprenørskab (Danish Foundation for Entrepreneurship);
Germany: Max Planck Institute for Innovation and Competition

Funding

Project partners (see above), co-funded by the **Erasmus+ program of the European Union**

Research Objective

To evaluate the effectiveness of an entrepreneurship education program at the compulsory school level (primary and secondary schools) in a European context

The Impact of Language on Creativity, Change and Collaboration

In this project, we use incentivized experiments to study the causal effect of foreign language use on essential aspects of modern work environments: creative performance, the willingness to cooperate and the willingness to be honest. With our approach to conduct the experiments with language students in Germany, France and the US, and pairings of the respective languages (e.g., Germans processing in French and vice versa), we are able to disentangle general foreign-language effects from language-specific or cultural effects. In total, our study is based on more than 450 observations.

In a globalized economy, people's daily working routine can frequently be characterized by interaction and communication across language bounds, implying the regular use of foreign languages. English has become the modern lingua franca of the Western world, connecting people in both their professional and private lives. It is difficult to imagine academia or cross-country research and development in multinational firms, for example, without frequent communication and publications in foreign languages.

Foreign language use might influence thinking and behavior. Many bilinguals would intuitively agree that they act differently depending on the language they use. While the basic idea of language determining thought and behavior is far from new, empirical evidence for behavioral effects caused by foreign language use has only recently attracted a growing research interest. We contribute to this important question by studying the effect of foreign language processing on essential parts of modern work environments and important building blocks of innovation. In particular, we aim at understanding the role of foreign language use on creative performance, people's willingness to cooperate (e.g., in teams) and people's honesty.

To this end, we conduct a series of incentivized experiments in which language students are randomly

assigned to either conducting the experiment in their mother tongue or in a foreign language. In order to disentangle foreign language effects from language-specific or cultural effects, the experiments are conducted in three countries – Germany, France and the US. This procedure allows us to study behavior in language pairings (e.g., Germans processing in French and vice versa). In total, our analysis is based on more than 450 observations, collected at seven universities.

The question of foreign-language effects on creative performance is approached with a real-effort creativity task. Subsequently, creativity is assessed by impartial third parties in a complimentary online experiment. Based on the concepts of emotional resonance and language-specific memory, we expect creativity to be negatively influenced by foreign language use.

In order to understand foreign-language effects on people's cooperation, we confront the subjects with a social dilemma situation in which they decide whether to cooperate and to contribute to a public good or to free ride on others' contributions. We hypothesize, amongst others due to a reduced emphasis on moral standards, that there will be less willingness to cooperate under foreign-language processing. For similar reasons, we expect subjects under foreign-language processing to feel less morally obliged to be honest; a hypothesis tested with a cheating task.

Project Team Members

Dr. Marco Kleine
Dipl.-Wirtsch.-Ing. Stefan Nothelfer

Joint Project

Foreign Language Effects on Creativity, Cheating and Cooperation,
see C II 2.11, p. 298 of this report

Research Objective

Understanding the causal effect of foreign language use on behavior that is essential to modern work environments: creativity, cooperation and honesty



Internet-Based Technologies and Digital Business Models

The study uses a big data approach to explore the status quo of German enterprises with regard to the use of internet-based technologies and digital business models. In this project, a data collection infrastructure is developed for systematically gathering data from over 100.000 corporate websites in a regular, systematic and cost-effective manner, thus providing novel firm-level data for economics and business studies on the digital economy. The interdisciplinary project team combines expertise from computer science, economics and management studies.

Digitalization and the Internet affect all sectors of the economy. The long-term competitiveness of firms will depend on their capability to translate new technological opportunities into business models and competitive advantages. Previous studies have shown that German small and medium-sized enterprises (SMEs) seem to be more cautious in pursuing opportunities that arise from new Internet-based technologies than firms in other countries (EFI 2016, chapter B3). The reasons for this are not well understood, partly because there is a scarcity of data on the diffusion and use of digital technologies, in particular, by SMEs. Official register data and conventional survey data are costly to collect and typically limited in frequency and scope.

The primary objective of the project is to contribute to the literature by developing and testing a new alternative data collection method based on web-scraping to measure the diffusion and use of Internet-based technologies and digital business models at the firm level. The approach exploits the potential of the Internet itself to gather data on the digitalization of firms from company websites. We set up a web-scraping infrastructure that enables us to collect large and representative firm-level data in a quick, systematic, scalable, and cost-effective manner.

Currently data from more than 100.000 corporate websites is being collected in bi-monthly intervals in order to build a panel dataset. The study observes how firms use web-technologies in their value creation

process and for interaction with their customers, e.g., through their use of cloud technologies, online shop systems, or big data approaches for customer acquisition. We observe differences in the use of web technology between industries and firm size classes, as well as different regions. The pilot phase focused on German firms, but since then the data collection has been extended to also include firms in France, the UK, Italy, Austria, Switzerland, Finland, and Sweden, to allow for international comparisons in the long run.

Moreover, to the study detects and tracks changes in the use of web-technologies over time. A classification algorithm, which uses the information from observed changes in web technology usage to identify website relaunches, has been developed. A comprehensive overhaul of a company's web presence represents an important strategic decision, typically associated with the investment of substantial financial and human resources that are not captured by conventional firm-level data. The developed data infrastructure offers plenty of scope for further research on firms in the context of digitalization.

Selected References

- Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) (2016). Report on Research, Innovation and Technological Performance in Germany 2016. Berlin: EFI.
- Gök, Abdullah; Waterworth, Alec; Shapira, Philip (2015). Use of Web Mining in Studying Innovation, *Scientometrics*, 102 (1), 653-671.
- Nathan, Max; Rosso, Anna (2015). Mapping Digital Businesses With Big Data: Some Early Finding From the UK, *Research Policy*, 44 (9), 1714-1733.
- Oostrom, Lotte; Walker, Adam N.; Staats, Bart; Slootbeek-Van Laar, Magda; Ortega Azurduy, Shirley; Rooijakkers, Bastiaan (2016). Measuring the Internet Economy in The Netherlands: A Big Data Analysis. Statistics Netherlands, CBS Discussion Paper 2016-14.

Co-Principal Investigators Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D. (MPI)
 Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Kellerer (TUM)
 Prof. Dr. Monika Schnitzer (LMU)

Project Team Members Michael Chromik, M.Sc. (CDTM)
 Zhaoxin Pu, M.Sc. (MPI)
 Matthias Wilhelm, M.Sc. (LMU)

Partner Institutions Max Planck Institute for Innovation and Competition (MPI)
 Technische Universität München (TUM)
 Ludwig-Maximilians-Universität (LMU)
 Center for Digital Technology and Management (CDTM)



Funding Munich Center for Internet Research (MCIR), Research center of the Bavarian Academy of Sciences (BAW)
 Max Planck Institute for Innovation and Competition (MPI)



Research Objective Development and testing of new web-based data collection methods to measure the diffusion and use of web technologies and digital business models; contributing to a better understanding of the ongoing digital transformation in German firms, in particular small and medium-sized enterprises.



2 Dissertationen

2.1

Labor Market Outcomes and Industrial Dynamics in the Knowledge Economy – Empirical Analyses of Germany

This dissertation is a collection of four independent research papers that empirically analyze different topics at the intersection of innovation, industrial and labor economics. Using linked micro data on the East-to-West migration of inventors in Germany after the fall of the Iron Curtain, the first paper shows how publicly observable performance signals such as patent track records systematically substitute for the use of social ties in labor market access. In the second paper, wage differentials across high-tech start-ups in Germany are analyzed with a focus on the role of academia-to-industry knowledge transfer. The remaining papers contribute two studies to the literature, which improve the statistical modeling of the industrial life cycle and facilitate the analysis of industrial dynamics in the context of technological change, by providing a novel concordance table that enables researchers to combine industrial and patent data.

Social ties have been shown to be a major factor supporting economic transactions and thus are fundamental to the understanding and modeling of economic behavior. The first paper studies the impact of social ties on the migration of inventors from East to West Germany and their labor market access. In this analysis, a particular focus has been put on the role of heterogeneity across agents. The study argues that social ties will be particularly valuable to individuals whose performance is not readily observable. Conversely, individuals whose performance can be scrutinized from public information can be matched with employers without having to overcome major informational asymmetries and will presumably exhibit lower dependence on social ties. For the empirical study of East German inventor migration, the fall of the Iron Curtain and the German reunification are exploited as a natural experiment. This setting provides the unique opportunity to disentangle the endogeneity of social ties and inventor performance in an empirical study. Due to the harsh separation of East and West Germany, the social ties from West-to-East, in which job seeking inventors could tap in early after the fall of the Iron Curtain, were exogenous to their prior economic performance in the German Democratic Republic (GDR). Moreover, given that the fall of the Iron Curtain was unexpected, inventors were not able to adjust their patenting strategies in order to improve their labor market prospects on a pan-German labor market. Using comprehensive linked inventor biography data, which allow for tracking the activities of about 22,000 East German inventors with high precision, the results indicate that migration was substantial, as about 25% of the inventors in the sample migrated

to the West. Also, prior inventor performance was an important determinant for migration to the West. The study shows that Western regions with stronger social ties across the former border attracted more inventors than comparable regions without such ties. However, the migration decisions of inventors with outstanding patenting track records (“star inventors”) were not affected by the availability of social ties. Finally, the presence of localized social ties had a positive causal effect on labor market access of migrants, while the dependence on social ties is substantially reduced for star performers.

The second paper investigates wage differentials across German high-tech start-ups, with a special focus on academic spin-offs, i.e., start-up firms in which founders originate in the academic sector. In this context, the question whether academic spin-offs pay higher wages than other high-tech businesses is being addressed. Such premium would be relevant for the evaluation of policies promoting the commercialization of scientific knowledge by academic entrepreneurship. The combination of survey data and linked employer-employee data for more than 11,400 employees in about 800 German high-tech start-ups allows identifying and classifying academic spin-offs conditional on how they exploit academic knowledge. Wage regressions show that academic spin-offs do not pay a wage premium in general. However, this does not apply for academic spin-offs that commercialize new scientific results or methods in their business (transfer spin-offs). These firms pay (on average) more than 10% higher wages. This wage premium is driven by the earnings differential of employees

with an education background in the university sector (university graduates, student workers). The existence of wage differentials across high-tech start-ups that can be attributed to differences in the type and intensity of knowledge transfer from academia contributes to the debate about the costs and benefits of academic entrepreneurship. In this context, also labor market outcomes such as wages should be considered a potential source of social benefits, which practitioners should account for in evaluations of academic entrepreneurship.

The third paper focuses on the analysis and explanation of patterns of industrial dynamics in Germany. A novel non-linear regression framework to model industry life cycles (ILC) is proposed. The cyclical model is fitted on comprehensive industrial-level data about employment and business dynamics for full range of 205 NACE (Statistical Classification of Economic Activities in the European Community) industries in West Germany and the time period between 1976 and 2009. The results show that most NACE industries develop along a pattern that is described more accurately by the proposed cyclical

model. Furthermore, the industrial data are used to shed light on various dimensions of heterogeneity across industrial trajectories such as the stage of the life cycle across industries.

Finally, the fourth paper addresses the missing link between industrial and technology data. Mapping technologies into industries is frequently required in empirical studies of innovation, technological change, and industrial dynamics, but available concordances only provide coarse mappings. Hence, this paper proposes a novel concordance table between NACE industries and technology classifications recorded on patents based on comprehensive linked inventor-establishment data. Employment data on inventors recorded in this database include detailed NACE industry codes describing the industrial activity of inventors' establishments recorded at the time of patent filings. The combination of precise information on industries and technologies in large-scale high-quality data provide a unique basis for deriving novel concordance tables. These tools facilitate the combination of the patent and industrial data in different contexts of applied research.



Dr. Matthias Dorner

First Supervisor

Second Supervisor

Date of Submission

Date of Examination

Funding

Prof. Dr. Dr. Thomas Brenner

(Philipps-Universität Marburg)

Prof. Dr. Guido Bünstorf

(Universität Kassel)

3 November 2017

11 April 2018

Max Planck Institute for Innovation and Competition

Publications

Dorner, Matthias; Harhoff, Dietmar; Hinz, Tina; Hoisl, Karin; Bender, Stefan (2016). Social Ties for Labor Market Access – Lessons from the Migration of East German Inventors, Centre for Economic Policy Research (CEPR) Discussion Paper No. 11601.

Dorner, Matthias; Harhoff, Dietmar; Hinz, Tina; Hoisl, Karin; Bender, Stefan (2016). Social Ties or Patent Signals – Evidence from East German Inventor Migration, *Academy of Management Proceedings*, 2016:1, 13594.

Dorner, Matthias; Fryges, Helmut; Schopen, Kathrin (2017). Wages in High-tech Start-ups – Do Academic Spin-offs Pay a Wage Premium? *Research Policy*, 46 (1), 1–18.

Brenner, Thomas; Dorner, Matthias (2017). Is There a Life Cycle in All Industries? First Evidence from Industry Size Dynamics in West Germany, *Applied Economics Letters*, 24 (5), 289–297.

Dorner, Matthias; Harhoff, Dietmar (2018). A Novel Industry-Technology Correspondence Table Based on Linked Inventor-Establishment Data, *Research Policy*, Online first.

2.2

Enforcing and Trading Patents – Evidence for Europe

This dissertation focuses on the empirical study of the enforcement and trade of patent rights in Europe. The means at an inventor's disposal to enforce his exclusive right against others and/or to sell his protected idea represent two fundamental preconditions for a functioning patent system, and for incentivizing innovation. So far, empirical studies on these two aspects in Europe are quite limited in number, which is primarily due to the scarcity of large-scale data on the one hand, and the institutional fragmentation at the national level on the other hand. Yet, research in this field appears much needed given the upcoming introduction of the "Unified Patent Court", which will be the first pan-European court for patent litigation, and the recent rise of activities in the market for patents. The first part analyzes two important enforcement aspects – namely, forum shopping and bifurcation – in the context of the German patent litigation system. The second part introduces a newly generated dataset covering patent ownership changes. Prior research has largely considered patent ownership as static, that is, that the currently observed patent owner is equal to the originator of the invention. This dataset firstly allows the quantification of activities in the so-called market for patents, and secondly the separation of inventive activities from commercial activities, which is of high relevance for informed innovation policymaking.

At present, the European patent system is undergoing a series of major reforms centered on the idea of "unification". At the very heart of the new unified patent system is a court whose rulings will have effect in (almost) all EU countries. The current policy debate is characterized by the use of often controversial anecdotal evidence and conversely, a lack of insights derived from actual empirical data analysis. To some extent, this is explained by the fact that systematic and comparable data concerning patent litigation in Europe have been unavailable thus far.

Using a novel dataset of patent litigation cases filed between 2000 and 2008 in Germany, the first two chapters of this dissertation represent empirical studies with in-depth analyses of specific aspects of Germany's patent litigation system; that is, forum shopping and bifurcation. A detailed study on Germany's patent system is of particular interest for two main reasons. First, Germany is by far the most active European country in terms of patent litigation. Second, Germany's bifurcated litigation system, where infringement and validity of a patent are decided independently by different courts, serves as a major reference for the design of the Unified Patent Court.

Forum Shopping Before German Regional Courts

The study analyzes the plaintiff's strategic court selection in the context of the German patent litigation system (forum shopping). Patent litigation

in Germany is concentrated at a small number of regional patent courts. Seeking to enforce their patents, patent holders presumably select the court they consider most beneficial to their case. The fact that litigants have strong preferences for one among many available courts, even though the judges are all bound to the same law, is intriguing in many aspects. This chapter seeks to empirically identify the determinants of the patent holders' court selection by studying patent infringement cases filed at the regional courts in Düsseldorf, Mannheim and Munich. The dataset used in the analysis covers approximately 80% of all infringement cases in Germany during the period 2000 to 2008.

Econometric models are used to identify several characteristics specific to the courts, the litigants and the underlying case that explain the observed court selection. The results show that the patent holder takes the expected length of proceeding into account when selecting a particular court. Moreover, distance negatively affects the preferences of patent holders for a given court. Knowing what factors are at work may shed light on the ongoing debate whether local access to justice or harmonized judicial decision-making should be the priority when designing a court system.

Bifurcation in the German Patent Litigation System

The thesis further studies the impact of the probabilistic nature of patents on the functioning of a bifurcated patent litigation system. Bifurcation

may distort incentives to litigate in favor of the patent holder in two ways. First, bifurcation creates situations in which a patent is held as infringed and subsequently invalidated. The estimates indicate that 12% of infringement cases in which the patent's validity is challenged produce such "invalid but infringed" decisions. Second, the results indicate that having to challenge a patent's validity in a system with bifurcation reduces the incentives of alleged infringers to do so. More resource-constrained alleged infringers may be particularly affected by this implication. In addition, the study finds evidence that "invalid but infringed" decisions may create uncertainty. Specifically, firms subject to an "invalid but infringed" decision subsequently file more oppositions against newly granted patents, presumably to preempt the risk of future infringement allegations.

Patent Transfers

In the third chapter, a new dataset on patent transfers – the Max Planck Institute for Innovation and Competition Patent Transfers Data 2015 – is

introduced. The dataset entails all registered patent ownership changes of patents granted or validated in Germany between January 1981 and September 2013. For each patent, information on the current and all prior right holders in terms of name, country and address, as well as the date of patent ownership change is gathered. Drawing on information from the German Patent and Trade Mark Office (DPMA), this dataset contains all patent ownership changes of national patents, but also of EP-granted patents with Germany as a designated country. The data capture a high share of patent ownership changes at the European level, since Germany has the highest validation rate of EPO-granted patents and one of the highest renewal rates among all European Patent Convention member countries. With the help of dictionary-based and rule-based methodologies, all transfers are classified according to a newly developed taxonomy of patent transfers. The data proves to be useful in the empirical analyses of several research questions, such as the emergence of a market for ideas, strategic patent acquisitions, and transfer pricing.



Dr. Fabian Gaessler

First Supervisor

Second Supervisor

Date of Submission

Date of Approval

Funding

Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.

Prof. Tobias Kretschmer, Ph.D. (LMU)

24 July 2015

4 November 2015

Max Planck Institute for Innovation and Competition

Publications

Gaessler, Fabian; Harhoff, Dietmar (2018). Patent Transfers in Europe – Data and Methodological Report, Working Paper.

Gaessler, Fabian; Lefouili, Yassine (2017). What to Buy When Forum Shopping? Analyzing Court Selection in Patent Litigation, TSE Working Paper No. 17-775.

Gaessler, Fabian (2016). Enforcing and Trading Patents – Evidence for Europe. Wiesbaden: Springer Gabler.

Cremers, Katrin; Gaessler, Fabian; Harhoff, Dietmar; Helmers, Christian; Lefouilid, Yassine (2016). Invalid but Infringed? An Analysis of the Bifurcated Patent Litigation System, *Journal of Economic Behavior & Organization*, 131 (PA), 218–242.

2.3

Signaling Effects of Crowdfunding on Venture Investors' Decision Making

The financing of new ventures is a central issue in the economics of entrepreneurship and the diffusion of radical innovation. Crowdfunding is emerging as a novel way for entrepreneurs to secure scarce early-stage financing. With venture capital still being the most important source of funding for young innovative firms in later stages, it is important to study the interactions between new and traditional forms of venture financing. This dissertation examines the impact and signaling effects that crowd-based financing has on subsequent venture capital funding rounds. Drawing on choice experimental research designs the thesis finds causal evidence that while the crowd is generally seen as a negative signal, under certain circumstances it may generate positive signals to which professional venture investors react in their decision making.

The creation of new ventures is of vital importance for economies as they disproportionately contribute to the promotion of innovation and employment growth. One of the biggest obstacles for founders is raising capital for their entrepreneurial endeavors. Young companies largely depend on external sources of equity financing, since they typically do not generate stable profits, are characterized by informational opacity and a lack of tangible assets which they could offer as collateral to credit lenders. The entrepreneurship literature has therefore emphasized the importance of venture capitalists (VCs) as a source of entrepreneurial finance. The digital era has substantially expanded the start-up financing landscape by enabling entrepreneurs to directly collect funds from average citizens and potential consumers: Crowdfunding, the provision of finance by many small contributors through an online network has received much attention as a promising mechanism to foster entrepreneurship and innovation (Mollick 2014). Crowdfunding may occur either in exchange for a non-monetary reward such as the pre-purchase of the to-be-developed product (reward-based crowdfunding), or in exchange for securities where investors obtain a right in the company's future cash flows (crowdinvesting).

However, crowd-based financing appears to be a complement to rather than a substitute for venture capital. Reasons include that VCs can typically invest larger amounts of money necessary for high-technology ventures to thrive than crowd campaigns could raise; also, professional investors provide crucial connections to resources other than capital. As the judgments of VCs thus remain highly consequential to the development of innovative start-ups, this raises the question of the impact of crowd-based funding on subsequent VCs' selection decisions. Initial correlational evidence suggests that

crowdfunded start-ups can attract subsequent VC financing (Sorenson et al. 2016). However, currently the causal effects of a prior crowdfinancing relative to other sources of funding (or no pre-funding) on subsequent venture capital selection are not well-understood. It appears important to shed light on this nexus since an increasing tendency of VCs to finance ventures at later stages makes co-investments across funding types more frequent, and start-ups without knowledge of the effects of alternative funding options might harm their chances of later VC funding at an early stage.

The dissertation seeks to identify the effects that crowd involvement in early financing rounds has on subsequent venture investors' funding decisions. It draws on a signaling perspective (Spence 1973) and argues that both an entrepreneur's choice of a pre-funding channel, and endorsements by the actions and identities of pre-investors, can serve as uncertainty-reducing signals concerning a start-up's latent quality. Addressing these issues is challenging because it is difficult to separate the causal effects of different start-up characteristics. For instance, high-quality start-ups may find it easier to attract both an early crowdfunding and subsequent venture capital, which is why real-market-data approaches might be subject to an endogeneity problem. In addition, traditional post-hoc methods, such as questionnaires or interviews, may suffer from people lacking introspection, who have difficulties recalling crucial aspects or are inclined to retrospectively rationalize decisions. To address these challenges, the thesis takes a choice experimental approach and collects more than 5,000 investment decisions by 120 venture investors in two different survey experiments, a choice-based conjoint analysis and a vignette study. The choice experiments are particularly suitable to mimic the real-choice situation of venture

investors, i.e., the screening of business plans, and their experimental design makes causal inference a realistic goal.

The thesis provides three main findings. First, there is evidence that venture investors believe that entrepreneurs have a hierarchy in approaching equity funding channels and that it is affected by venture quality; i.e., they perceive that start-ups of lower quality have a higher likelihood of turning to crowd-based financing than high-quality start-ups. Second, the thesis finds causal empirical evidence that on average, previous crowdfunding reduces the likelihood of young innovative firms to be selected for investment by professional venture investors. This effect is more pronounced for securities-based crowdfunding than for the reward-based variant. The results also suggest that traditional forms of pre-funding, i.e., prior business angel investments, significantly increase the likelihood of subsequent VC financing rounds. A third insight is that both interactions with a venture's business model (B2C vs. B2B) and endorsements by early investors, such as invested amount, number of investors, a business angel's reputation or the speed of a successful crowdfunding campaign, can significantly moderate the size and direction of subsequent investors' perceived utility for a start-up firm funded in this manner. This indicates

that while the crowd is per se a negative signal, it can generate positive signals to which professional investors react in their decision making.

The results of this dissertation enhance our understanding of the relationship between a novel form of early-stage funding, to which a large number of new ventures (aim to) turn, and later-stage professional investors, which are crucial to the further development of innovative entrepreneurial firms. The findings also provide important insights for practitioners and policymakers: Entrepreneurs should be aware that their choice of early-stage funding impacts the likelihood of receiving venture capital at a later stage. Venture investors may take the results as a benchmark and compare their own judgments to that of their peers. Policymakers, finally, seek to understand the consequences of early-stage financing mechanisms in order to design their start-up sector support programs and with regard to regulatory perspectives.

Selected References

- Mollick, Ethan R. (2014). The Dynamics of Crowdfunding: An Exploratory Study, *Journal of Business Venturing*, 29 (1), 1–16.
- Sorenson, Olav; Assenova, Valentina; Guan-Cheng Li; Boada, Jason; Fleming, Lee (2016). Expand Innovation Finance via Crowdfunding, *Science*, 354 (6319), 1526–1528.
- Spence, Michael (1973). Job Market Signaling, *Quarterly Journal of Economics*, 87 (3), 355–374.



Michael Mödl

First Supervisor
Second Supervisor
Awards

Date of Submission
Funding

Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.

Prof. Dr. Tobias Kretschmer (LMU)

KSG Best Entrepreneurship Research Award 2016 at G-Forum 2016, Leipzig.
Best Doctoral Paper Award at Leuphana Conference on Entrepreneurship 2017, Lueneburg.
Steven Klepper Award for Best Young Scholar Paper at DRUID Conference 2017, New York.
Selected for the Babson College Entrepreneurship Research Conference Best Paper Proceedings.

9 March 2018

**Max Planck Institute for Innovation and Competition
Ludwig-Maximilians-Universität (LMU)**

Publication

Mödl, Michael (2017). Crowdfunding as a Determinant of Venture Capitalists' Selection Decisions, *Frontiers of Entrepreneurship Research*, Babson College Entrepreneurship Research Conference Best Paper Proceedings, forthcoming.

2.4

Equity Crowdfunding: Local Bias, Capital Structure and Venture Performance

A striking phenomenon of recent decades is the establishment and growth of digital marketplaces for a wide variety of products and services. Since 2011, it is possible for private individuals to participate financially in young and innovative companies (start-ups). Via Internet portals, potential investors can examine various start-ups and directly invest in their chosen enterprise. In return, investors receive a share of the start-up's profits, while the young companies can use the additional capital raised to finance their projects. This new option is called "Equity Crowdfunding" (ECF) or "Crowdinvesting".

The relevance of ECF for start-ups and growth financing is documented by the high ECF investment volume. In 2015, ECF reached a total of 47 million euro in Germany and of even 181 million euro in the UK. As this is a new phenomenon, additional analysis is needed to evaluate the characteristics of ECF and its advantages and disadvantages over other forms of entrepreneurial finance. In particular, the question arises whether ECF can close a funding gap for young companies between the initial funding and follow-up funding by traditional venture capitalists. Moreover, it is important to inquire whether this new form of financing will entail new and unknown risks for investors and start-ups. Although research on ECF has been growing quickly, there are still many unanswered questions. The aim of this dissertation is to inform the debate based on detailed empirical analyses of ECF features and their impact. In particular, the study investigates whether ECF can overcome

geographic barriers between investors and target companies, and it studies the interdependence of ECF and capital structure. Finally, the thesis evaluates the impact of ECF on the risk of failure of funded start-ups and on their chances of obtaining follow-up financing from traditional venture capitalists such as business angels or venture capitalists.

The results of the first part of the dissertation confirm that ECF investors prefer to invest in companies in their geographic vicinity. Investors who invest larger amounts have a stronger tendency to invest in local start-ups. The results also show that the design of the ECF platforms has a strong impact on this investor behavior. In addition, the study shows that investors who invest smaller amounts in local companies tend to choose start-ups that go bankrupt or stop their operations. While the results reveal that investors often invest locally, some start-ups are able to overcome geographic funding barriers and obtain capital from all distances (see Figure 1).

Corporate capital structures have been studied for decades, but the emergence of new forms of finance makes it necessary to adapt existing theories and gain new empirical insights. The second part of the dissertation therefore provides first indications of the interdependencies between capital structure and ECF. The analysis makes it clear that capital structure is not a determinant for running an ECF campaign. The results thus show that companies financed by ECF do not differ in their capital structure from other start-up companies. This implies that these companies are not better or worse when it comes, for example, to their debt levels. In addition, the results indicate that equity rises only slightly after a successful ECF campaign and that ECF has no significant positive impact on accessing additional debt.

The third part of the dissertation analyzes the success of companies financed by ECF in a cross-country



Figure 1
Heat Map Investment Amounts (Total). Heat map of Germany and neighboring countries showing the investment amounts. The red dots indicate firm locations.

comparison. The results show that after a successful ECF campaign German companies have a higher chance of follow-up financing by venture capitalists than British companies. However, the probability of survival is slightly lower for German start-ups. It also turns out that the properties of the founding team and of the start-up, e.g., the age composition of the team, the number of active venture capitalists and the number of registered trademarks, have a significant impact on the companies' success.

Network map of Germany and neighboring countries showing connections between firms and investors (blue lines). The red dots indicate firm locations.

The results provide relevant implications for theory and practice. The study complements existing literature on entrepreneurial finance through insights into investor behavior, adaptation of the capital structure theory and a country comparison in ECF. Implications are also provided for different actors in the field. Among other things, investors are shown irrational aspects of their behavior, and start-ups receive information on the advantages and disadvantages of ECF as well as on key success factors.



Figure 2
Network map of firm and investor connection (Total).

In addition, the study delivers identification criteria of promising start-ups for ECF platform operators and demonstrates to policymakers the need of investor protection. ECFs create new opportunities for improving funding infrastructure for start-ups. Furthermore, the study demonstrates that traditional venture capitalists are highly complementary to ECF.



Dr. Matthias Schmitt

First Supervisor

Second Supervisor

Date of Submission

Date of Examination

Funding

Prof. Dr. Lars Hornuf (Universität Trier and MPI)

Prof. Dr. Jörn Block (Universität Trier)

24 October 2017

5 January 2018

Max Planck Institute for Innovation and Competition

Publications

Hornuf, Lars; Schmitt, Matthias; Stenzhorn, Eliza (2018). Equity Crowdfunding in Germany and the UK: Follow-up Funding and Firm Failure, Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 17-09.

Dorfleitner, Gregor; Hornuf, Lars; Schmitt, Matthias; Weber, Martina (2017). FinTech in Germany.

Dorfleitner, Gregor; Hornuf, Lars; Schmitt, Matthias; Weber, Martina (2016). FinTech-Markt in Deutschland – Abschlussbericht 17. Oktober 2016.

Hornuf, Lars; Schmitt, Matthias (2016). Success and Failure in Equity Crowdfunding, CESifo DICE Report, 14 (2), 16–22.

Hornuf, Lars; Schmitt, Matthias (2016). Does a Local Bias Exist in Equity Crowdfunding? The Impact of Investor Types and Portal Design, Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 16-07.

Personality, Social Networks and the Performance of Inventors in Germany: Empirical Analyses of Survey and Patent Data

The creativity of inventors lays the foundation for innovation and is therefore central to the growth and survival of organizations – if not entire economies. This dissertation aims to gain a better understanding of the activities of inventors in different fields of technology. Novel determinants of inventive activity will be derived and considered in more detail. A special focus is placed on social structures in inventor/co-inventor networks, since networks facilitate the exchange of knowledge that, in turn, fosters inventive activity. To reach this goal, a unique dataset was created matching survey data on inventors with the inventors' patent histories. The data comprise detailed information on the characteristics of 1,931 inventors responsible for 15,168 patents filed with the European Patent Office (EPO) and the social structures of inventor/co-inventor networks comprising 44,225 relationships.

The literature on creativity and innovation has long argued that the process of inventing is one that critically relies on the recombination of existing ideas and knowledge components. This perspective on innovation has two implications. First, since knowledge is stored and recombined in the minds of individuals, the individual inventor is the level of analysis chosen for this dissertation. Second, one individual can hardly dispose of all knowledge components to generate innovations (at least not in the long run). Hence, access to knowledge components of other individuals is key in the invention process.

One of the fundamental arguments in social network analysis and social capital theory is that networks provide access to knowledge, which may otherwise be beyond an individual's reach or costly to create, for instance, due to the localization of knowledge. Theoretical research has focused on network structure, i.e., the number or strength of ties in a network or the network position of an actor and their role in facilitating knowledge flows. A larger network, for instance, offers increasingly diverse knowledge inputs. Strong ties (i.e., individuals with whom inventors repeatedly collaborate) enable trust, which increases the probability that important (i.e., valuable) knowledge is transferred. Both knowledge diversity and valuable knowledge potentially foster inventive activity. Weak ties typically convey non-redundant information and were also shown to have a strong impact on inventive performance.

The goal of this study is to analyze to what extent the personality of the inventors matters with respect to knowledge sharing in networks and, finally, to performance. The psychological literature has long shown that personality traits (like, for instance,

openness, extraversion or agreeableness) and risk-taking propensity have a strong predictive power for creativity and how people interact. However, so far, personality and risk-taking have mostly been disregarded in the innovation literature.

In order to achieve the goal of the study, a novel dataset was used combining survey data and patent data. In 2014, a self-administered survey of German inventors active in clean technology, nanotechnology and mechanical elements was conducted. Answers were received from 1,931 inventors. Next, all patent applications listing these inventors filed with the EPO between 1978 and 2012 were collected. This resulted in information on 15,168 European patents. To operationalize the networks of the inventors, the co-inventors were identified. Each co-inventor relationship resulted in one tie. In sum, the network analysis was based on 44,225 inventor/co-inventor relationships (ties). Inventive productivity was measured as the total number of patents per inventor.

One of the major methodological challenges of this analysis was to identify causal relationships rather than just correlations. Whereas personality traits can be assumed to be innate and stable over time, i.e., exogenous with respect to productivity, this is not necessarily true for network structure. In particular, the direction of the relationship between the structure of a network and productivity is not clear. Having access to knowledge components of other actors in a network can facilitate knowledge recombination and thereby increase inventive productivity. However, productive inventors typically have a larger network. If a particular individual has been visibly productive in the past, this may attract others to seek a close relationship to gain from his or her knowledge and

experience. This bidirectional relationship between network position and productivity has been shown to be conceptually important, but has been neglected in most of the empirical work. To solve this empirical issue, an instrumental variables approach was used.

Results show that the personality of inventors does not affect the structure of their networks. However, personality does affect inventive productivity. In particular, openness for experience and risk-taking propensity positively affect the productivity of inventors. Conscientiousness, on the contrary, has a negative effect on inventive productivity. Furthermore, the network structure, i.e., the size of an inventor's network and the strength of his or her ties affect productivity positively.

This thesis contributes to social network research by providing a better understanding of the relationship between network structure and productivity. It is one of the first studies to measure the personality of inventors and to relate personality traits to the structure of a network and to performance. The results also provide practical implications for R&D management. Given the positive effect of the size of a network and the strength of ties, organizations should support the building of networks and the establishment of strong ties – for instance, by using information technology to connect employees and fostering repeated interaction through joint projects. Since building networks consumes both time and resources, firms should also consider network structure- and knowledge-related information when hiring employees. A well-connected new employee may be considerably more valuable than a socially insulated one.



Dr. Christian Steinle

First Supervisor	Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.
Second Supervisor	Prof. Dr. Tobias Kretschmer (LMU)
Date of Submission	5 August 2016
Date of Approval	16 November 2016
Funding	Max Planck Institute for Innovation and Competition

Publications

Steinle, Christian (2017). *Persönlichkeit, soziale Netzwerke und Leistung von Erfindern. Empirische Analysen von Befragungs- und Patentdaten*. Wiesbaden: Springer Gabler.

Harhoff, Dietmar; Hoisl, Karin; Steinle, Christian (2018). Network Structure and Inventive Performance, Paper presented at DRUID18, Copenhagen Business School, Copenhagen, Denmark 11–13 June 2018.

2.6

Technological Distance: Theoretical Foundations, Statistical Analysis and Application to Mergers and Acquisitions

Technological distance has been a widely used concept since the seminal paper on research and development (R&D) spillovers by Jaffe in 1986. Using the information contained in patent classifications, companies can be positioned in a multidimensional knowledge space, and these positions can be put into relation with one another. Scholars in the field of mergers and acquisitions (M&A), alliances and R&D spillovers have used the concept of technological distance in their research. However, only very recently have they begun to thoroughly investigate the properties of the various measures that are available. This project develops novel insights into these properties and into the use and interpretation of technological distance measures in economics and management research.

Angular separation, a measure originally introduced by Jaffe (1986), remains the primus inter pares among alternative measures such as the Euclidean distance, the Pearson correlation coefficient or the correlation of revealed technological advantage (CRTA). Several new measures have been introduced very recently, including the Min-Complement (Bar and Leiponen 2012), the Mahalanobis distance or the Jaffe covariance (Bloom et al. 2013). Unless a better understanding is available as to what these measures really reflect and in what respects they differ from each other, the abundance of alternatives remains but a tool box for robustness tests. Bloom et al. (2013) were the first to provide a set of criteria on which to assess distance measures, providing fertile ground upon which to build this study.

In this dissertation, chapter 2 begins with a discussion of the concept of technological distance, which is an auxiliary concept that is used in most circumstances to measure alternative concepts such as R&D spillovers, learning, absorptive capacity, and knowledge complementarity. The derived relevance of technological distance implies that the best measure is the one which accurately accounts for the properties of the underlying concept. Focusing on distance measures based on the International Patent Classification (IPC) system as well as on one measure based on textual patent data, this research deals with the considerations to be given in establishing the technological profile of companies in technology space. The study provides a discussion of how the concept of technological distance is related to technological complementarity, substitutability and the potential for technology flows such as spillovers. Three new measures are introduced to the literature: weighted angular separation, which accounts for the relatedness of technology fields, thereby relaxing the

implicit assumption of orthogonality of technology fields that existing measures make; aggregated patent-to-patent angular separation, which is a bottom-up measure established by averaging the distance of the constituent parts (i.e., patents) of two firms; and a text-based distance measure using a vector space model, which is based on the textual similarity of patent documents. These measures as well as seven existing measures are then assessed axiomatically based on ten criteria, providing guidance on the attractiveness of the measures for the applied researcher. While no single measure dominates all others, the Jaffe covariance, which is very highly correlated with the aggregated patent-to-patent angular separation, comes out as the preferred measure, owing to its strong microeconomic foundation and its statistical properties. In an empirical analysis of the pairwise distances of 30 companies in the chemicals, and pharmaceutical and biotechnology sectors, the correlation of these measures is established at various levels of the IPC system and evaluated. The finding is that the within correlation at various levels of the IPC system is typically – but not always – higher than the correlation between most distinct measures. Bottom-up distance measures are found to result in significantly different distance estimates compared to standard firm-based distance measures. The text-based measure is found to have some correlation with the IPC-based measures, particularly the Jaffe covariance and the aggregated patent-to-patent angular separation established at the area level.

In chapter 3, a concern that was first raised by Benner and Waldfogel (2008) is addressed, namely that existing distance measures such as the angular separation and the Euclidean distance exhibit a bias and are imprecise random variables if the size of the patent portfolio is small. Using bootstrapping

methodology and simulations, the findings show that the Jaffe covariance and the aggregated patent-to-patent angular separation do not suffer from this bias, providing additional support for their use in empirical research. Measures for technological diversification and coherence are also assessed in this analysis and shown to suffer from the same bias and imprecision as most distance measures.

In chapter 4, the study uses the insights gained on technological distance measures to assess the role of technological distance in the target choice decision made by the acquirer and the level of the transaction price in M&A transactions. Using a sample of 538 M&A transactions covering public and private US-based firms in a wide range of predominantly high-technology industries, the study investigates how the innovation characteristics of the target as well as the technological and product market distance between the target and the acquirer affect the acquirer's choice of M&A targets and the transaction price. A set of non-chosen alternatives, either based on target sector affiliation and size or randomly, is matched to each acquirer and an estimation of a conditional logit model provided. The existence of an inverted U-shape relationship between technological distance and the likelihood of being

chosen as a target is shown to be not very robust. Overall, acquirers appear to prefer technologically close firms as targets. Regarding the role of acquirer characteristics, the study finds that the lower the acquirer's return on assets and patenting growth, the more technologically distant firms are chosen. The relationship between technological distance and the transaction price is also investigated parametrically and semi-parametrically, but no statistically robust inverted U-shape relationship is found. Possible explanations for the apparent inconsistency between the evidence found herein and previous studies on the impact of technological distance on post M&A innovation performance are discussed and evaluated. These comprise insufficient robustness checks of the post M&A evidence, financial short-termism as well as management myopia and risk aversion.

Selected References

- Bar, Talia; Leiponen, Aija (2012). A Measure of Technological Distance, *Economics Letters*, 116 (3), 457–459.
- Benner, Mary; Waldfogel, Joel (2008). Close to You? Bias and Precision in Patent-based Measures of Technological Proximity, *Research Policy*, 37 (9), 1556–1567.
- Bloom, Nicholas; Schankerman, Mark; Van Reenen, John (2013). Identifying Technology Spillovers and Product Market Rivalry, *Econometrica*, 81 (4), 1347–1393.
- Jaffe, Adam B. (1986). Technological Opportunity and Spillovers of R&D: Evidence from Firms' Patents, Profits, and Market Value, *American Economic Review*, 76 (5), 984–1001.



Dr. Florian Stellner

First Supervisor

Second Supervisor

Date of Submission

Date of Approval

Funding

Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.

Prof. Dr. Tobias Kretschmer (LMU)

8 January 2015

13 May 2015

Max Planck Institute for Innovation and Competition

Publications

Stellner, Florian (2015). Technological Distance: Theoretical Foundations, Statistical Analysis and Application to Mergers and Acquisitions, *Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper*, No. 15–12.

Stellner, Florian (2015): *Technological Distance: Theoretical Foundations, Statistical Analysis and Application to Mergers and Acquisitions*. Norderstedt: Books on Demand.

Nature or Nurture? – Essays on Fostering Female Entrepreneurship



Laura Aline Bechthold, M.Sc.

Policymakers and researchers agree that the gender gap in entrepreneurship, with fewer women engaging in entrepreneurial activities than men, presents an untapped economic potential. Research shows that women's lower entrepreneurial propensity

is largely driven by personal-level variables, such as psychological traits, motives and values. For instance, women consistently report lower entrepreneurial intentions and confidence in their entrepreneurial skills than men. To derive policy interventions that foster female entrepreneurship in an effective way, one needs to understand the factors and decision processes that

influence women to pursue an entrepreneurial career. The dissertation seeks to contribute to this discussion in three ways: The main project is a field experiment, which examines the effects of female entrepreneurial role models in entrepreneurship education. The results show that exposure to female entrepreneurs boosts the development of entrepreneurial self-efficacy and attitudes towards entrepreneurship of female students. The second project aims to unravel the role of "fear of failure" as an antecedent to entrepreneurial propensity by integrating theories from personality psychology and entrepreneurship. The third project tackles processes in entrepreneurial teams and investigates to what extent the team-internal distribution of non-cognitive skills and personality traits, such as emotional intelligence, influences different measures of team performance.

Standard-Essential Patents and Technical Standards



Lorenz Brachtendorf, M.Sc.

Over the last decades, technical standards have gained increasing attention in various industries and are now playing a crucial role, in particular in the information and communication technology (ICT) sectors. Standards such as WiFi and LTE comprise

highly complex technologies often developed by various firms and research organizations. In negotiation rounds organized by standard-setting organizations (SSOs), the different stakeholders seek to reach consensus decisions on a set of complementary technologies which would be necessary for the functionality of a new standard. These technologies are usually protected by intellectual property rights (IPRs)

which are then declared to be standard-essential for the associated standards supported by the respective SSO. Whether patents are, however, in fact essential for a particular standard is generally not assessed within the SSO. This leads to a significant number of declared but non-essential patents (over-declaration). Moreover, there may also be non-declared essential patents (under-declaration). In order to detect such cases of over- or under-declaration, a semantic algorithm is applied to compare patents with standard documents. Implementing this novel approach, the thesis aims to shed more light on the incentives and the impact of over- and under-declaration of standard-essential patents. In particular, firms will be compared regarding the extent to which they pursue such strategies. The dissertation also studies to what degree different SSO declaration policies affect the phenomenon of over- or under-declaration.

Essays on Technology Change in Health Care and Pharmaceutical Markets



Dennis Byrski, M.Sc.

Technological change in health care and pharmaceutical markets has been an important driver of progress in human health. An important aspect in health care is the development of new medical treatments, which depends critically on research and development (R&D) financing as well as on information flows between science and the pharmaceutical industry. The dissertation focuses on the impact of public policy on the rate and direction of innovation in these markets.

The first part of the research agenda investigates the role of Supplementary Protection Certificates (SPCs) in the EU. The implementation of these rights has

introduced considerable variation in effective market exclusivity periods of new drugs. SPCs are supposed to compensate drug developers for the lengthy drug development period and should thus give relatively higher R&D incentives for treatments of diseases which typically require relatively long clinical trials. The thesis presents an empirical analysis whether the introduction of SPCs has shifted R&D investments towards these diseases.

The second part of the dissertation addresses the question whether scientists change the rate and direction of their research when facing restrictions on important research resources. Exploiting an unforeseen supply shock for research materials in 1989, the thesis explores empirically whether scientists delayed their research or changed their research focus. The thesis also presents an analysis whether exogenous impediments to science have a long-term impact on applied research, i.e., the extent of drug development.

Essays On Entrepreneurship and Contests Using Experiments



Jonas Heite, M.Sc.

The research underlying this dissertation contributes to the literature on entrepreneurship and contests by conducting field, natural and lab experiments.

The first essay of the thesis evaluates a governmental backed program in the UK that provides small and medium-sized enterprises (SMEs) with financial incentives to engage the services of external experts when pursuing an innovation-related project within the firm. This Innovation Voucher Program operates as a randomized controlled trial (RCT) and thus allows estimating the causal effect of the voucher on innovation and growth measures as well as business outcomes of beneficiaries.

The second essay addresses the effect of pressure on performance in contests by using a regression discontinuity (RD) design. The study investigates whether and why performance differences exist between two groups of contestants having the same level of skills, but competing against more skilled or less skilled contestants. In sum, the study presents first evidence that both rational and psychological factors explain performance differentials of equally skilled contestants that compete in groups characterized by different levels of peer pressure.

The third essay of the dissertation is intended to further elaborate on the effect of pressure due to different contest compositions on stress, behavior and performance of contestants by conducting a lab experiment. In particular, the experiment focuses on how individuals experience stress when they are informed about their relative skills compared to other contestants.

2.11

Foreign Language Effects on Creativity, Cheating and Cooperation



Stefan Nothelfer,
Dipl. Wirtsch.-Ing.

A large share of the world's population uses foreign languages on a regular basis. Recent research has identified possible impacts of foreign language use on behavior. Using a foreign language

may lead to less severe and less confident moral judgments. It may have a debiasing effect on loss aversion, ambiguity aversion and risk aversion, and may reduce violations of the independence axiom in expected utility theory. Moreover, freeriding behavior may increase with foreign language use and emotional resonance may be weakened.

The dissertation contributes to the research on foreign language effects, focusing on important aspects of innovation. A first hypothesis states that foreign language use negatively influences creative performance. Secondly, we postulate that foreign language use leads to an increase in cheating. Finally, we test the hypothesis that foreign language use decreases cooperative behavior.

Our hypotheses are tested in a series of experiments with 469 language students at seven universities in Germany, the US and France. Participants process the experiments either in their mother tongue (control) or in a foreign language (treatment). A pairing of languages allows to distinguish between language-specific or cultural effects on the one hand, and a foreign language effect on the other hand. Complimentary online experiments with subjects in Germany, the US and France are conducted to rate creative performance. Additional details are provided in the project description on "The Impact of Language on Creativity, Cheating and Collaboration", see C II 1.19, p. 281 of this report.

As part of this project, a novel mobile laboratory was designed, tested and built. The mobile lab accommodates up to 24 participants with tablet devices, testing dividers, and its own mobile server infrastructure. It is versatile, independent of Internet connections, and fits in a small car. Session control and live monitoring from any device with a web browser are possible. The mobile lab complements the existing econlab infrastructure and is available for future projects.

2.12

Essays on Corporate Innovation and the Public Sector



Felix Poege, M.Sc.

This dissertation studies how the public sector interacts with private firms, and how this interaction may stifle or support innovation. Currently, the research and writing of two essays is in progress. A third one is in development.

The first essay analyzes how the efforts of governments to raise revenues through corporate taxation may have unintended consequences because of innovation-related side effects. One finding is that after an increase in the German local business tax (*Gewerbesteuer*), companies immediately contract their R&D expenses. After a time lag, patent applications also fall. For policy-makers, it is important to be fully informed about the consequences of setting a particular tax rate in order

to make conscious decisions. For more details, see the project description "R&D Investments, Innovation and Corporate Taxation: Evidence from German Municipalities" in section C II 1.4, p. 251 of this report.

The second essay investigates a particular channel of knowledge transmission from the public to the private sector. Public investment in research at universities has to be brought to commercialization so that the general public can benefit from new products and services. Scientific conferences are places where the global community of researchers gets together to exchange ideas and knowledge. For companies positioned at the edge of the knowledge frontier, this is exactly the place to be to stay informed about current trends and results, long before they hit the academic printing press. We find that a substantial share of conferences have corporate participants or sponsors and receive citations from patents; an analysis of the importance for knowledge transmission is in progress.

2.13

Innovation, Knowledge Spillovers and Digitalization



Zhaoxin Pu, M.Sc.

This dissertation studies firms in the knowledge economy, their innovation behavior, and how digitalization shapes the business activities of smaller ventures in particular.

The first essay of the dissertation looks at new forms of innovation finance and business models as facilitated through digitalization and online marketplaces. In a joint project with Fabian Gaessler, we study how crowdfunding platforms facilitate the interaction between fund-seeking new ventures and potential funders – expanding the market for entrepreneurial finance from specialized, offline markets (venture capital, business angels) to digital markets for the crowd. For more details, see the project description “Openness as Platform Strategy – Evidence from a Quasi-Experiment in Crowdfunding” in section C II 1.10, p. 266 of this report.

In a second essay – based on a project with a team of economists and computer scientists from the LMU Munich and the Center for Digital Technology and

Management (CDTM) – we analyze the diffusion of internet-based technologies and the prevalence of digital business models of German small and medium-sized enterprises (SMEs). We use novel web-scraping techniques to automatically analyze companies’ websites and to gather data on a large scale, instead of conventional statistics or surveys that are costly and limited in scope.

The third essay analyzes knowledge spillovers across firms as well as between industry and science. In particular, it studies the innovation behavior of larger, multinational firms. In a joint research project with Christian Fons-Rosen (Universitat Pompeu Fabra and Affiliated Research Fellow at the Institute), we seek to understand how trade liberalizations affect firms’ innovation behavior and sources of knowledge. After a trade shock, some sectors in the economy become more important, others shrink. We study if and how such sectorial changes affect learning and innovation across industries. Another project will study international knowledge spillovers and technology sourcing. Using data on foreign direct investments by German firms abroad and patent data will make it possible to assess if multinational firms can tap into scientific knowledge abroad.

2.14

Essays on the Economics of Patents



Stefan Sorg, M.Sc.

Patent rights seek to create incentives for innovators, but are costly to society as they cause ex-post deadweight losses due to the exclusion right. However, the patent system’s economic implications extend considerably further. This dissertation studies three aspects in this context.

A first essay considers the causal effect of patents on follow-on invention, using large-scale data on cases of opposition to patent grants issued by the European Patent Office. A new instrumental variable is introduced, which leverages the participation of the patent examiner in the opposition proceeding. According to the estimates, patent invalidation leads to a highly significant and sizeable increase of forward citations, especially in discrete technology areas, in

the absence of patent thickets, and for small patent holders facing small follow-on innovators.

The second essay investigates to which extent patent invalidation causally impacts inventor outcomes and the direction of innovation. To this end, examiner participation in opposition proceedings is again used as an instrument for invalidation in fixed effects instrumental variables estimations. Preliminary results suggest that inventors patent significantly less in the aftermath of an invalidation and that the propensity of working on high-impact inventions is reduced in many technical fields.

In the third essay, a model for the selection of patents into litigation is developed and subsequently calibrated to reproduce observable outcome rates. The fitted parameters imply that substantially fewer patents may be latently invalid than found in previous studies. Besides, the model suggests that raising the courts’ validity threshold may be effective in stimulating entry, and hence in transforming the competitive environment.



Essays on Business Acceleration and Entrepreneurship



Magdalena Streicher, M.Sc.

In many industries, the innovation dynamics are gradually changing. Innovative activity is increasingly linked to small, entrepreneurial ventures located in high-tech regional clusters and less associated with large multinational corporations

that have been driving research and development in the past. These growth-oriented business ventures and the individuals engaged in entrepreneurial activity constitute the focus of this dissertation.

The first essay investigates the phenomenon of accelerator programs, which are designed to offer support to young ventures in turning their business idea into a successful and scalable business model and provide them with fast-test validation. The theorized

benefits are put to an empirical test to explore how accelerators help young firms create superior value and thereby advance the debate on the effectiveness of these initiatives.

The second essay examines whether the fall of Nokia and the associated downsizing of a sizeable fraction of a nation's workforce constituted a trigger for increased entrepreneurial activity in Finland. From a policy perspective, the evaluation of corporate and public efforts to minimize the negative impact of the massive turmoil represents an interesting avenue of research.

Finally, the third essay which is currently in development focuses on analyzing the differential effect of a high school entrepreneurship education program on students with diverse social backgrounds. The study aims to bring a new dynamic to the current debate of the effectiveness of entrepreneurship education by investigating how entrepreneurial predispositions influence the formation of entrepreneurial intentions.



Posterpräsentation mit Dissertationsprojekten, Kuratoriumssitzung am 14. Juni 2017



Forschungsseminar der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung in Bernried am Starnberger See am 2. August 2017.



3 Wissenschaftliche Politikberatung

Die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung des Instituts bringt sich in vielfacher Weise in die wissenschaftliche Politikberatung ein. Neben Mitgliedschaften von Prof. Dietmar Harhoff in verschiedenen Beiräten und Beratungsgremien (Innovationsdialog der Bundeskanzlerin, Wissenschaftlicher Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, Scientific Committee des Innovation Growth Lab/Nesta) ist vor allem die Mitwirkung an den Jahresgutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation (siehe C II 3.1), an Gutachten der Leopoldina (Nationale Akademie der Wissenschaften) und an einem themenspezifischen Gutachten für das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (siehe C II 3.2) zu nennen.

3.1 Die Jahresgutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI)

Die Expertenkommission Forschung und Innovation wurde 2006 durch Beschluss der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages eingerichtet. Sie leistet wissenschaftliche Politikberatung für die Bundesregierung und legt regelmäßig Gutachten und Empfehlungen zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands vor. Als Mitglieder gehörten in den Jahren 2015 bis 2018 der Kommission neben dem Vorsitzenden Prof. Dietmar Harhoff an: die stellvertretende Vorsitzende Prof. Monika Schnitzer (Ludwig-Maximilians-Universität München), Prof. Uschi Backes-Gellner (Universität Zürich), Prof. Christoph

Böhringer (Universität Oldenburg), Prof. Uwe Cantner (Friedrich-Schiller-Universität Jena) sowie Prof. Ingrid Ott (Karlsruher Institut für Technologie). Die Jahresgutachten der EFI werden der Bundesregierung jeweils in der letzten Februarwoche übergeben. In den Berichtsjahren 2015–2017 wurden somit die Gutachten fertiggestellt, die zu Beginn der Jahre 2016, 2017 und 2018 übergeben wurden. Die Gutachten, die auf der Website der Expertenkommission (www.e-fi.de) online zugänglich sind, umfassen kürzere Stellungnahmen (A-Kapitel) zu aktuellen Themen sowie vertiefende Analysen (B-Kapitel).

3.1.1 Schwerpunkte im Jahresgutachten 2018

Im Jahresgutachten 2018 diskutierten die Mitglieder der Expertenkommission zunächst angesichts der gerade erfolgten Koalitionsbildung Leitlinien für die Forschungs- und Innovationspolitik der neuen Legislaturperiode (A1), die Bezüge zwischen Nachhaltigkeits- und Innovationspolitik (A2), die Rolle von Fachhochschulen im deutschen Innovationssystem (A3) und den Stand der digitalen Bildung in Deutsch-

land (A4). Die Schwerpunktkapitel thematisierten die langfristige Entwicklung des Produktivitätswachstums (B1), die Herausforderungen für die europäische F&I-Politik anlässlich der Beratungen für das 9. Forschungsrahmenprogramm (B2) und den Leistungsstand Deutschlands bei autonomen Systemen und Künstlicher Intelligenz (B3).

3.1.2 Schwerpunkte im Jahresgutachten 2017

Das Jahresgutachten 2017 enthielt einen Rückblick auf wesentliche Entwicklungen der Forschungs- und Innovationspolitik der Bundesregierung für den Zeitraum 2005 bis 2016. In diesem Zeitraum hatte Deutschland seine Forschungsintensität (Aufwendungen für Forschung und Entwicklung relativ zum Bruttoinlandsprodukt) von ca. 2,5% auf knapp 3,0% gesteigert. Die Mitglieder der Expertenkommission analysierten die Entwicklung in sechs Be-

reichen: i) Wissenschaftssystem, ii) Innovation in etablierten Unternehmen, iii) Technologie- und Erkenntnistransfer, iv) Entrepreneurship und Innovation, v) Governance des Innovationssystems sowie vi) Digitaler Wandel. Sie legten zudem einen Vorschlag für die Ausgestaltung eines Systems der steuerlichen Forschungsförderung vor, der auf einer detaillierten Synopse empirischer Studien mit kausal interpretierbaren Ergebnissen beruhte.

3.1.3 Schwerpunkte im Jahresgutachten 2016

In den A-Kapiteln des Jahresgutachtens 2016 diskutierten die Mitglieder der Expertenkommission das neue Paradigma der „sozialen Innovationen“ (A1), die Wirkung von Sonderregelungen zur Besteuerung von Einkommen aus intellektuellem Eigentum (Patentboxen) (A2) und aktuelle Herausforderungen der Hochschulpolitik (A3). Bei den Schwerpunktthemen stand zunächst der Beitrag von kleinen und mittleren

Unternehmen (KMU) zu Forschung und Innovation in Deutschland im Mittelpunkt (B1). Die Kommission legte außerdem drei Kapitel zu Fragen der Digitalisierung vor: die Leistungsfähigkeit Deutschlands im Bereich der Robotik (B2), die Bedeutung von Geschäftsmodellen der digitalen Wirtschaft (B3) sowie eine international vergleichende Analyse zum Entwicklungsstand von e-Government in Deutschland (B4).



v.l.n.r. Prof. Dr. Christoph Böhringer, Prof. Dr. Monika Schnitzer, Bundesbildungsministerin Johanna Wanka, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D., Prof. Dr. Uschi Backes-Gellner, Prof. Dr. Ingrid Ott und Prof. Dr. Uwe Cantner.

3.2 Urheberrecht und Innovation in digitalen Märkten – Studie im Auftrag des BMJV

Die Digitalisierung ist ein wesentlicher Treiber für Innovationen und das Entstehen neuer Geschäftsmodelle. Internetbasierte Wertschöpfungsprozesse verändern zunehmend die Rahmenbedingungen kreativen Schaffens, eröffnen aber auch neue Möglichkeiten der Verbreitung und Nutzung unterschiedlichster Inhalte. Entsprechend wird auch das Urheberrecht als eines der rechtlichen Instrumente zur Förderung von Innovation und Kreativität vor neue Herausforderungen gestellt. Dabei ist seine Rolle nicht nur aus juristischer, sondern auch aus ökonomischer Sicht zu bestimmen.

Eine Grundlage dazu bilden die Erfassung und Analyse von Trends bezüglich Technologieentwicklungen und Wertschöpfungsmodellen, welche Digitalisierung und Vernetzung mit sich bringen. Diese zeigen sich vor allem bei jungen Unternehmen, die aktuell innovative, internetbasierte Geschäftsmodelle einführen. Besteht ein Zusammenhang zwischen diesen Geschäftsmodellen und dem Urheberrecht, kann dieser Schlüsse darauf erlauben, welche rechtlichen Rahmenbedingungen Innovation in digitalen Märkten positiv oder negativ beeinflussen dürften.

Im Rahmen der Studie „Urheberrecht und Innovation in digitalen Märkten“ wurden 40 Startups mit internetbasierten Geschäftsmodellen befragt. In Interviews

sollte geklärt werden, aus welchen Vorgaben des Urheberrechts sich aus Sicht der Gründer ein Konfliktpotenzial mit dem eigenen Geschäftsmodell ergibt. Zu diesem Zweck wurde zunächst ermittelt, welche Rolle urheberrechtlich geschützte Inhalte für die Wertschöpfung spielen und von wem diese geschaffen werden. Daran anknüpfend wurde erhoben, welche urheberrechtlichen Fragen, Unsicherheiten oder Risiken sich für die Startups bezüglich dieser Inhalte ergeben und wie sie diesen Herausforderungen im Geschäftsalltag begegnen.

Dabei lassen sich zwei übergreifende Beobachtungen festhalten: Startups, die in ihrem Geschäftsmodell Inhalte einbeziehen möchten, an denen Dritte die Rechte haben, nehmen häufig Markteintrittsbarrieren wahr. Sie stoßen auf Schwierigkeiten beim Auffinden von Rechteinhabern, beklagen hohe Transaktionskosten sowie eine mangelnde Bereitschaft seitens der Rechteinhaber, Rechte einzuräumen. Daher äußern sie unter anderem den Wunsch nach einer einfacheren Rechtereklärung. Für Startups, deren Geschäftsmodelle auf Inhalten von Nutzern beruhen, bestehen oft Unsicherheiten in Bezug auf möglicherweise betroffene Rechte Dritter. Aus Kostengründen ist den Startups ex ante eine Einzelfallprüfung in der Regel nicht möglich. Stattdessen versuchen sie sich im Verhältnis zu den Inhaltslieferanten vertraglich abzusichern. Häufig ist den Unternehmen dabei nicht klar, welchen Haftungsrisiken sie selbst ausgesetzt sind.

Die Studie wurde im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) vom Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb gemeinsam mit dem Center for Digital Technology and Management (CDTM) als multidisziplinäre Analyse durchgeführt, die technische, ökonomische und rechtliche Gesichtspunkte berücksichtigt. Am 25. April 2016 wurde die Studie offiziell dem BMJV übergeben.

Urheberrecht und Innovation in digitalen Märkten

Projekthintergrund & Forschungsziel

Koalitionsvertrag 2013
„Wir wollen das Urheberrecht den Erfordernissen und Herausforderungen des digitalen Zeitalters anpassen.“

Auftraggeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Partner: Center for Digital Technology and Management (CDTM)

Forschungsziel

Problembereiche des geltenden Urheberrechts im Hinblick auf internetbasierte Geschäftsmodelle identifizieren, indem zukunftsweisende Geschäftsmodelle ausgewählter Start-ups unter technischen, ökonomischen und juristischen Gesichtspunkten analysiert werden.

Methodik

- Auswahl von **40 Start-ups** mit internetbasierten Geschäftsmodellen (nicht repräsentativ)
- Persönliche oder telefonische Befragung in **leitfadengesteuerten Interviews**
- Ausarbeitung von **40 Unternehmensprofilen** zur systematischen Darstellung der erhobenen Daten
- Gesamtanalyse** sowie **Detailanalyse** für acht spezifische Bereiche von Produkten und Dienstleistungen

Zieldefinition mit BMJV

40 Unternehmensprofile

Urheberrechtliche Gesamtanalyse

Entwicklung intersektoraler Leitfragen zum Geschäftsmodell
 Leitfragen zu urheberrechtlichen Abhängigkeitspunkten
 Auswahl Startups
 Interviews

Analyse der erfassten Geschäftsmodelle in drei Bereichen:
 Unterhaltung
 Online-Spiele
 E-Books
 News-Dienste
 User-generated Content
 Bildung
 3D-Druck
 Rechtsdurchsetzung

Ausgewählte Ergebnisse

Start-ups, die in ihrem Geschäftsmodell **Inhalte** einbeziehen möchten, an **denen Dritte die Rechte haben**, nehmen häufig **Markteintrittsbarrieren** wahr:

- Schwierigkeiten beim Auffinden von Rechteinhabern
- Hohe Transaktionskosten
- Mangelnde Bereitschaft seitens der Rechteinhaber, Rechte einzuräumen

Daher besteht teilweise der **Wunsch nach Abschwächungen** beziehungsweise **Liberalisierungen** des Urheberrechtsschutzes sowie nach einer **einfacheren Rechtereklärung**.

Für Start-ups, deren Geschäftsmodelle auf **Inhalten von Kunden** beruhen, bestehen oft **Unsicherheiten** in Bezug auf möglicherweise betroffene **Rechte Dritter**:

- Einzelfallprüfung **ex ante** aus Kostengründen in der Regel nicht möglich
- Versuch einer vertraglichen Absicherung im Verhältnis zu den Inhaltslieferanten
- Häufig **Unsicherheit** darüber, welchen Haftungsrisiken das Startup selbst ausgesetzt ist

Prof. Diemar Harhoff, Ph.D., Prof. Dr. Reto M. Hilty, Laura A. Bechtold, M.Sc., Dipl.-Wirtsch.-Ing. Stefan Nothelfer, Dr. Alexander Sayer
 Studiensekretariat des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz
 E-Mail-Adressen: diemar.harhoff@bmi.bund.de, hilty@mpg.de, bechtold@bmi.bund.de, stefan.nothelfer@mpg.de, alexander.sayer@mpg.de

Projektteammitglieder Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D. (MPI)
Prof. Dr. Reto M. Hilty (MPI)
Dr. Alexander Suyer (MPI)
Laura Aline Bechthold, M.Sc. (MPI und CDTM)
Stefan Nothelfer, Dipl.-Wirtsch.-Ing. (MPI und CDTM)
Claudius Jablonka, MBR (CDTM)

Partnerinstitution Center for Digital Technology and Management (CDTM)



Auftraggeber Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

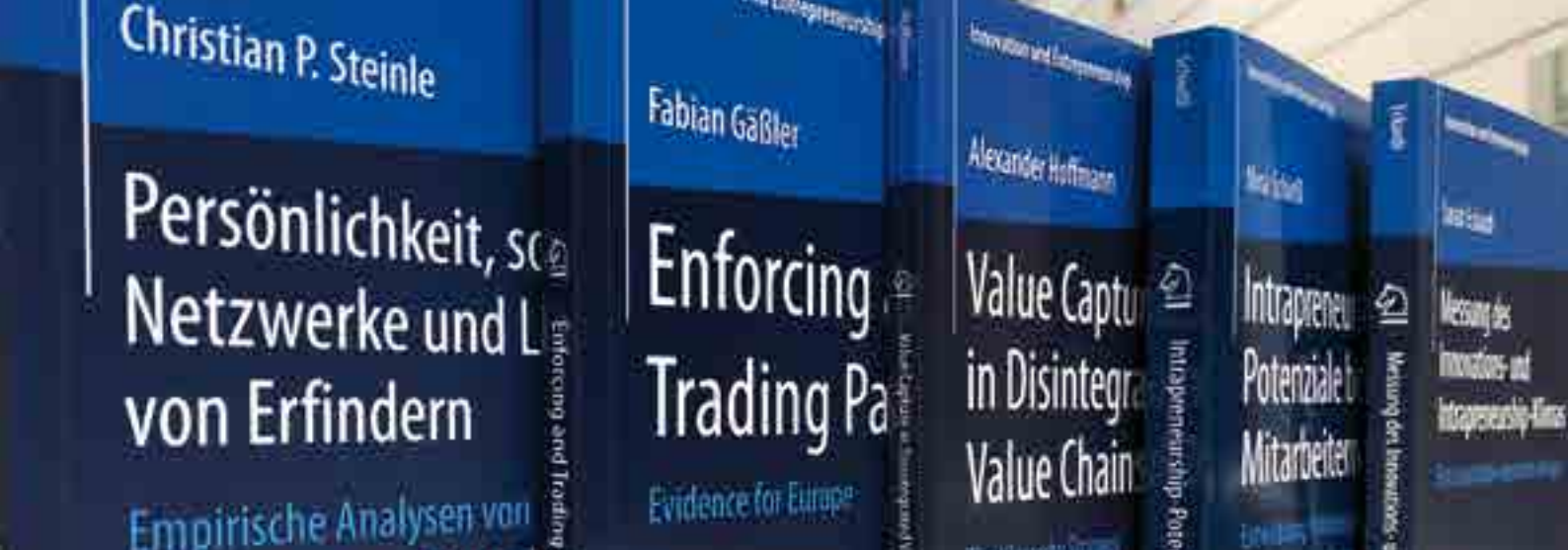
Forschungsziel

Aufzeigen der zahlreichen Herausforderungen, vor denen das deutsche Urheberrecht in Bezug auf Innovation in digitalen Märkten steht, und Bereitstellung einer empirischen Grundlage, auf deren Basis Reformvorschläge für das deutsche Urheberrecht erarbeitet werden können.

Publikation

Harhoff, Dietmar; Hilty, Reto M.; Bechthold, Laura; Jablonka, Claudius; Nothelfer, Stefan; Suyer, Alexander (2016). *Urheberrecht und Innovation in digitalen Märkten – Studie im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz*. München: Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb.





III Veröffentlichungen, Lehrtätigkeiten, geförderte Forschungsarbeiten, Vorträge, Ehrungen und Preise

1 Veröffentlichungen

1.1 Zeitschriften

1.1.1 Zeitschriften des Instituts

→ siehe Zeitschriften des Instituts, B III 1.1, S. 160 dieses Berichts.

1.1.2 Unter Mitwirkung von Institutsangehörigen herausgegebene Zeitschriften

Harhoff, Dietmar

Applied Economics Quarterly,
Berlin: Duncker & Humblot.

European Management Review,
Oxford: Wiley-Blackwell.

Review of Managerial Science,
Berlin, Heidelberg u.a.: Springer.

Research Policy,
Amsterdam: Elsevier.

Small Business Economics,
Dordrecht u.a.: Springer.

1.2 Schriftenreihen

1.2.1 Schriftenreihen des Instituts

→ siehe Schriftenreihen des Instituts, B III 1.2, S. 161 dieses Berichts.

1.2.2 Unter Mitwirkung von Institutsangehörigen herausgegebene Schriftenreihen

**Franke, Nikolaus;
Harhoff, Dietmar;
Henkel, Joachim;
Häussler, Carolin (Hg.)**

Innovation und Entrepreneurship.
Wiesbaden: Springer Gabler.

In dieser Reihe sind erschienen:

2017

Steinle, Christian (2017). Persönlichkeit, soziale Netzwerke und Leistung von Erfindern. Wiesbaden: Springer Gabler.

2016

Gaessler, Fabian (2016). Enforcing and Trading Patents. Wiesbaden: Springer Gabler.

2015

Hoffmann, Alexander (2015). Value Capture in Disintegrated Value Chains. Wiesbaden: Springer Gabler.

Schießl, Nina (2015). Intrapreneurship-Potenziale bei Mitarbeitern. Wiesbaden: Springer Gabler.

Eckardt, Sarah (2015). Messung des Innovations- und Intrapreneurship-Klimas. Eine quantitativ-empirische Analyse. Wiesbaden: Springer Gabler.

1.3 Veröffentlichungen von Institutsangehörigen

Baruffaldi, Stefano Horst

Artikel in referierten Fachzeitschriften

Baruffaldi, Stefano Horst; Raffo, Julio (2017). The Geography of Duplicated Inventions: Evidence from Patent Citations, *Regional Studies*, 51 (8), 1–14.

Baruffaldi, Stefano Horst; Di Maio, Giorgio; Landoni, Paolo (2017). Determinants of PhD Holders' Use of Social Networking Sites: An Analysis Based on LinkedIn, *Research Policy*, 46 (4), 740–750.

Baruffaldi, Stefano Horst; Visentin, Fabiana; Conti, Annamaria (2016). The Productivity of Science & Engineering PhD Students Hired from Supervisors' Networks, *Research Policy*, 45 (4), 785–796.

Baruffaldi, Stefano Horst; Marino, Marianna; Parrotta, Pierpaolo (2016). Self-employment, Start-up Incentives and Political Ideology, *Applied Economics Letters*, 23 (4), 250–254.

Baruffaldi, Stefano Horst; Landoni, Paolo (2016). Mobility Intentions of Foreign Researchers: The Role of Non-economic Motivations, *Industry and Innovation*, 23 (1), 87–111.

Diskussionspapiere

Baruffaldi, Stefano Horst; Marino, Marianna; Visentin, Fabiana (2017). International Mobility and Research Careers: Evidence from a Mobility Grant Program, *Academy of Management Proceedings*, 2017:1, 12523.

Byrski, Dennis

Monographien

Lesch, Hagen; Byrski, Dennis (2016). *Flächentarifvertrag und Tarifpartnerschaft in Deutschland: Ein historischer Rückblick (IW-Analysen, Bd. Nr. 107)*. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH.

Ciaramella, Laurie

Artikel in referierten Fachzeitschriften

Ciaramella, Laurie; Martínez, Catalina; Ménière, Yann (2017). Tracking Patent Transfers in Different European Countries: Methods and a First Application to Medical Technologies, *Scientometrics*, 112 (2), 817–850.

Dorner, Matthias

Artikel in referierten Fachzeitschriften

Brenner, Thomas; Dorner, Matthias (2017). Is There a Life Cycle in all Industries? First Evidence from Industry Size Dynamics in West Germany, *Applied Economics Letters*, 24 (5), 289–297.

Dorner, Matthias; Fryges, Helmut; Schopen, Kathrin (2017). Wages in High-Tech Start-Ups – Do Academic Spin-Offs Pay a Wage Premium? *Research Policy*, 46 (1), 1–18.

Dorner, Matthias; Harhoff, Dietmar; Hinz, Tina; Hoisl, Karin; Bender, Stefan (2016). Social Ties Or Patent Quality Signals – Evidence From East German Inventor Migration, *Academy of Management Proceedings – Best Papers*, 2016:1, 13594.

Diskussionspapiere

Dorner, Matthias; Harhoff, Dietmar (2017). A Novel Technology-Industry Concordance Table Based on Linked Inventor-Establishment Data, *FDZ Methodenreport*, No. 07.

Dorner, Matthias; Harhoff, Dietmar (2017). A Novel Technology-Industry Concordance Table Based on Linked Inventor-Establishment Data, *Max Planck Institute for Innovation and Competition Research Paper*, No. 17.

Dorner, Matthias; Harhoff, Dietmar; Hinz, Tina; Hoisl, Karin; Bender, Stefan (2016). Social Ties for Labor Market Access – Lessons from the Migration of East German Inventors, *CEPR Discussion Paper*, No. 11601.

Dorner, Matthias; Harhoff, Dietmar; Hinz, Tina; Hoisl, Karin; Bender, Stefan (2016). Social Ties for Labor Market Access – Lessons from the Migration of East German Inventors, *IAB Discussion Paper*, No. 41.

Dorner, Matthias; Fryges, Helmut; Schopen, Kathrin (2015). Wages in High-Tech Start-Ups – Do Academic Spin-Offs Pay a Wage Premium? *ZEW Discussion Paper*, No. 038.

Dorner, Matthias; Fryges, Helmut; Schopen, Kathrin (2015). Wages in High-Tech Start-Ups – Do Academic Spin-Offs Pay a Wage Premium? *IAB Discussion Paper*, No. 17.

Brenner, Thomas; Dorner, Matthias (2015). The Cyclical Dynamics of Industries in West Germany – Testing the Industry Life Cycle Hypothesis, *Papers on Economics & Evolution*, No. 1505.

Gaessler, Fabian

Artikel in referierten Fachzeitschriften

Cremers, Katrin; Ernicke, Max; Gaessler, Fabian; Harhoff, Dietmar; Helmers, Christian; McDonagh, Luke; Schliessler, Paula; van Zeebroeck, Nicolas (2017). Patent Litigation in Europe, *European Journal of Law and Economics*, 44 (1), 1–44.

Cremers, Katrin; Gaessler, Fabian; Harhoff, Dietmar; Helmers, Christian; Lefouili, Yassine (2016). Invalid but Infringed? An Analysis of the Bifurcated Patent Litigation System, *Journal of Economic Behavior and Organization*, 131 (Part A), 218–242.

Diskussionspapiere

Gaessler, Fabian; Harhoff, Dietmar; Sorg, Stefan (2017). Patents and Cumulative Innovation – Evidence from Post-Grant Patent Oppositions, *Academy of Management Proceedings*, 2017:1, 12800.

Gaessler, Fabian; Lefouili, Yassine (2017). What to Buy When Forum Shopping? Analyzing Court Selection in Patent Litigation, *TSE Working Paper*, No. 775.

Monographien

Gaessler, Fabian (2016). *Enforcing and Trading Patents – Evidence for Europe*. Wiesbaden: Springer Gabler.

Artikel in Sammelwerken

Love, Brian; Helmers, Christian; Gaessler, Fabian; Ernicke, Max (2017). Patent Assertion Entities in Europe, in: D. Daniel Sokol (Hg.), *Patent Assertion Entities and Competition Policy*, 104–129, Cambridge: Cambridge University Press.

Hall, Bronwyn H.

Artikel in referierten Fachzeitschriften

Hall, Bronwyn H.; Kanwar, Sunil (2017). The Market Value of R&D in Weak Innovation Regimes: Evidence from India, *The B. E. Journal of Economic Analysis and Policy*, 17 (1).

Hall, Bronwyn H.; Sena, Vania (2017). Appropriability Mechanisms, Innovation and Productivity: Evidence from the UK, *Economics of Innovation and New Technology*, 26 (1-2), 42-62.

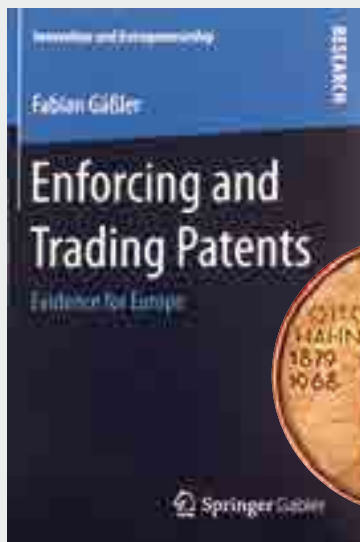
Hall, Bronwyn H.; Moncada-Paterno-Castello, Pietro; Montresor, Sandro; Vezzani, Antonio (2016). Financing Constraints, R&D Investments and Innovative Performances: New Empirical Evidence at the Firm Level for Europe, *Economics of Innovation and New Technology*, 25 (3), 183-196.

Hottenrott, Hanna; Hall, Bronwyn H., Czarnitzki, Dirk (2016). Patents as Quality Signals? The Implications for Financing Constraints on R&D, *Economics of Innovation and New Technology*, 25 (3), 197-217.

Abud Sittler, Maria Jose; Hall, Bronwyn H.; Helmers, Christian (2015). An Empirical Analysis of Primary and Secondary Pharmaceutical Patents in Chile, *PLOS ONE*.

Diskussionspapiere

Hall, Bronwyn H.; Helmers, Christian; von Graevenitz, Georg (2017). Technology Entry in the Presence of Patent Thickets, *NBER Working Paper*, No. 21455.



Fabian Gaessler wurde am 22. Juni 2017 im Rahmen der 68. Jahresversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Weimar für seine Dissertation “Enforcing and Trading Patents – Evidence for Europe“ mit der Otto-Hahn-Medaille ausgezeichnet.

Die Max-Planck-Gesellschaft vergibt den Preis für herausragende wissenschaftliche Leistungen, der mit 7500 Euro dotiert ist, seit 1978, um junge begabte Wissenschaftler und Forscher zu einer Forschungskarriere zu motivieren.

Fabian Gaesslers Arbeit widmet sich der empirischen Untersuchung der Durchsetzung von Patentrechten und des Handels mit diesen in Europa. Die Möglichkeiten, die einem Erfinder zur Verfügung stehen, um sein exklusives Recht gegen andere durchzusetzen und/oder seine geschützte Idee zu verkaufen, sind eine wesentliche Voraussetzung für ein funktionierendes Patentsystem und letztlich für Innovationsanreize. Unter Anwendung quantitativer Methoden beschäftigt sich Fabian Gaessler primär mit der Frage, in welchem Umfang die derzeitige institutionelle Ausgestaltung in Deutschland der Patentedurchsetzung zuträglich ist und inwieweit sie sich als Modell für ein einheitliches europäisches System eignet.

Artikel in Sammelwerken

Hall, Bronwyn H. (2017). Suzanne Scotchmer: A Bibliographic Study, in: S. M. Maurer (Hg.), *On the Shoulders of Giants*, 350–357. Cambridge: Cambridge University Press.

Harhoff, Dietmar

Artikel in referierten Fachzeitschriften

Böhringer, Christoph; Cuntz, Alexander; Harhoff, Dietmar; Asane-Otoo, Emmanuel (2017). The Impact of the German Feed-in Tariff Scheme on Innovation: Evidence Based on Patent Filings in Renewable Energy Technologies, *Energy Economics*, 67 (C), 545–553.

Gambardella, Alfonso; Harhoff, Dietmar, Verspagen, Bart (2017). The Economic Value of Patent Portfolios, *Journal of Economics & Management Strategy*, 26 (4), 735–756.

Anding, Markus; Boes, Andreas; Eckert, Claudia; Harhoff, Dietmar; Hess, Thomas; Münch, Ursula; Pretschner, Alexander (2017). Herausforderungen an der Schnittstelle von Informatik und Gesellschaft – Institutionalisierte Erforschung der Digitalisierung zur Sicherung von Wohlstand und Fortschritt, *Informatik Spektrum*, 40 (2), 172–175.

Zwick, Thomas; Frosch, Katharina; Hoisl, Karin; Harhoff, Dietmar (2017). The Power of Individual-Level Drivers of Inventive Performance, *Research Policy*, 46 (1), 121–137.

Harhoff, Dietmar; von Graevenitz, Georg; Wagner, Stefan (2016). Conflict Resolution, Public Goods and Patent Thickets, *Management Science*, 62 (3), 704–721.

Harhoff, Dietmar (2016). Patent Quality and Examination in Europe, *American Economic Review Papers and Proceedings*, 106 (5), 193–197.

Torrisi, Salvatore; Gambardella, Alfonso; Giuri, Paola; Harhoff, Dietmar; Hoisl, Karin; Mariani, Myriam (2016). Used, Blocking and Sleeping Patents: Empirical Evidence from a Large-Scale Inventor Survey, *Research Policy*, 45 (7), 1374–1385.

Cremers, Katrin; Ernicke, Max; Gaessler, Fabian; Harhoff, Dietmar; Helters, Christian; McDonagh, Luke; Schliessler, Paula; van Zeebroeck, Nicolas (2016). Patent Litigation in Europe, *European Journal of Law and Economics*, 44 (1), 1–44.

Diskussionspapiere

Dorner, Matthias; Harhoff, Dietmar (2017). A Novel Technology-Industry Concordance Table Based on Linked Inventor-Establishment Data, *Max Planck Institute for Innovation and Competition Research Paper*, No. 17–10.

Mueller-Langer, Frank; Fecher, Benedikt; Harhoff, Dietmar; Wagner, Gert (2017). The Economics of Replication, *Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper*, No. 17–03.

Dorner, Matthias; Harhoff, Dietmar; Hinz, Tina; Hoisl, Karin; Bender, Stefan (2016). Social Ties for Labor Market Access – Lessons from the Migration of East German Inventors, *IAB Discussion Paper*, No. 16–41.

Harhoff, Dietmar; Hoisl, Karin; Van der Pottelsberghe de la Potterie, Bruno; Vandeput, Charlotte (2015). Languages, Fees and the International Scope of Patenting, *Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper*, No. 15–04.

Harhoff, Dietmar; Stoll, Sebastian (2015). Exploring the Opaqueness of the Patent System – Evidence from a Natural Experiment, *Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper*, No. 15–02.

Herausgeberwerke

Harhoff, Dietmar; Lakhani, Karim R. (Hg.) (2017). *Revolutionizing Innovation: Users, Communities, and Open Innovation*. (Chinesische Übersetzung). Peking: China Renmin University Press Co., Ltd. im Erscheinen.

Harhoff, Dietmar; Lakhani, Karim R. (Hg.) (2016). *Revolutionizing Innovation: Users, Communities, and Open Innovation*. Cambridge, MA: MIT Press.

→ Siehe auch *Revolutionizing Innovation*, C III 1.4, S. 314.

Artikel in Sammelwerken

Harhoff, Dietmar; Hoisl, Karin; Van der Pottelsberghe de la Potterie, Bruno; Vandeput, Charlotte (2016). Languages, Fees and the International Scope of Patenting, in: Victor Ginsburgh, Shlomo Weber (Hg.), *The Palgrave Handbook of Economics and Language*, 403–422. Basingstoke, New York: Palgrave Macmillan.

Harhoff, Dietmar (2016). Context, Capabilities, and Incentives – The Core and the Periphery of User Innovation, in: Dietmar Harhoff, Karim R. Lakhani (Hg.), *Revolutionizing Innovation: Users, Communities, and Open Innovation*, 27–44. Cambridge, MA: MIT Press.

Harhoff, Dietmar; Lakhani, Karim R. (2016). *Revolutionizing Innovation: Fundamentals and New Perspectives*, in: Dietmar Harhoff, Karim R. Lakhani (Hg.), *Revolutionizing Innovation: Users, Communities, and Open Innovation*, 1–24. Cambridge, MA: MIT Press.

Andere Veröffentlichungen, Presseartikel, Interviews

Harhoff, Dietmar; Hilty, Reto M.; Stürz, Roland A.; Suyer, Alexander (2017). *Nutzung urheberrechtlich geschützter Inhalte im Internet durch deutsche Verbraucher: Ergebnisübersicht einer repräsentativen quantitativen Erhebung*. München: Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb.

Harhoff, Dietmar; Schnitzer, Monika (2017) *Digitale Wüste in deutschen Amtsstuben. Deutschland ist ein E-Government-Entwicklungsland*, *Handelsblatt* 01.11.2017, 20.

Harhoff, Dietmar (2017). *Deutschlands digitale Zukunft steht auf dem Spiel*, *Max-Planck-Forschung*, 17 (3), 10–15.

Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI); Backes-Gellner, Uschi; Böhringer, Christoph; Cantner, Uwe; Harhoff, Dietmar; Ott, Ingrid; Schnitzer, Monika (Hg.) (2017). *Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2017*. Berlin: EFI.

Harhoff, Dietmar; Hilty, Reto M.; Bechthold, Laura Aline; Jablonka, Claudius; Nothelfer, Stefan; Suyer, Alexander (2016). Urheberrecht und Innovation in digitalen Märkten – Studie im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz. München: Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb.

Harhoff, Dietmar (2016). Digitale Kluft droht – Interview, Unternehmeredition, (3), 14.

Harhoff, Dietmar (2016). Economy and Civil Society: How Innovation Drives Change, CESifo Forum, 16 (3), 38–43.

Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI); Backes-Gellner, Uschi; Böhringer, Christoph; Cantner, Uwe; Harhoff, Dietmar; Ott, Ingrid; Schnitzer, Monika (Hg.) (2016). Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2016. Berlin: EFI.

Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI); Backes-Gellner, Uschi; Böhringer, Christoph; Foray, Dominique; Harhoff, Dietmar; Ott, Ingrid; Schnitzer, Monika (Hg.) (2015). Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2015. Berlin: EFI.

Harhoff, Dietmar; Cuntz, Alexander (2015). Digitale Transformation – Quo vadis, Deutschland? Zeitschrift für Politikberatung, 7 (4), 176–188.

Broy, Manfred; Harhoff, Dietmar (2015). Industrie 4.0 ist erst der Anfang, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.04.2015, 18.



Jahresgutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI). Die Kommission wurde 2006 eingerichtet. Sie leistet wissenschaftliche Politikberatung für die Bundesregierung und legt regelmäßig Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands vor.

→ Siehe auch C II 3.1, S. 302

Hoisl, Karin

Artikel in referierten Fachzeitschriften

Hoisl, Karin; Gruber, Marc; Conti, Annamaria (2017). R&D Team Diversity and Performance in Hypercompetitive Environments, Strategic Management Journal, 38 (7), 1371–1565.

Hoisl, Karin; Mariani, Myriam (2017). It's a Man's Job – Income and the Gender Gap in Industrial Research, Management Science, 63 (3), 766–790.

Zwick, Thomas; Frosch, Katharina; Hoisl, Karin; Harhoff, Dietmar (2016). The Power of Individual-Level Drivers of Inventive Performance, Research Policy, 46 (1), 121–137.

Torrisi, Salvatore; Gambardella, Alfonso; Giuri, Paola; Harhoff, Dietmar; Hoisl, Karin; Mariani, Myriam; (2016). Used, Blocking and Sleeping Patents: What Do We Know About Them, Research Policy, 45 (7), 1374–1385.

Dorner, Matthias; Harhoff, Dietmar; Hinz, Tina; Hoisl, Karin; Bender, Stefan (2016). Social Ties Or Patent Quality Signals – Evidence From East German Inventor Migration, Academy of Management Proceedings, 2016:1, 13594.

Hoisl, Karin; Stelzer, Tobias; Biala, Stefanie (2015). Forecasting Technology Discontinuities in the ICT Industry, Research Policy, 44 (2), 522–532.

Diskussionspapiere

Dorner, Matthias; Harhoff, Dietmar; Hinz, Tina; Hoisl, Karin; Bender, Stefan (2016). Social Ties for Labor Market Access – Lessons from the Migration of East German Inventors, CEPR Discussion Paper, No. 11601.

Dorner, Matthias; Harhoff, Dietmar; Hinz, Tina; Hoisl, Karin; Bender, Stefan (2016). Social Ties for Labor Market Access – Lessons from the Migration of East German Inventors, IAB Discussion Papers, No. 41.

Hoisl, Karin; de Rassenfosse, Gaétan (2015). Knowledge Fit and the Productivity Gain from Employee Mobility.

Frosch, Katharina; Harhoff, Dietmar; Hoisl, Karin; Steinle, Christian; Zwick, Thomas (2015). Individual Determinants of Inventor Productivity: Report and Preliminary Results with Evidence from Linked Human Capital and Patent Data, ZEW Discussion Paper, No. 15–001.

Frosch, Katharina; Harhoff, Dietmar; Hoisl, Karin; Steinle, Christian; Zwick, Thomas (2015). Candidate Screening for the Recruitment of Critical Research and Development Workers – A Report and Preliminary Results with Evidence from Experimental Data from German High-Tech Firms, ZEW Discussion Paper, No. 15–002.

Zwick, Thomas; Frosch, Katharina; Hoisl, Karin; Harhoff, Dietmar (2015). The Power of Individual-Level Drivers of Inventive Performance, ZEW Discussion Paper, No. 15–080.

Artikel in Sammelwerken

Harhoff, Dietmar; Hoisl, Karin; van Pottelsberghe de la Potterie, Bruno; Vandeput, Charlotte (2016). Languages, Fees and the International Scope of Patenting, in: Victor Ginsburgh, Shlomo Weber (Hg.), The Palgrave Handbook of Economics and Language, 403–422. Berlin: Springer.

Hornuf, Lars

Artikel in referierten Fachzeitschriften

Hornuf, Lars; Schwienbacher, Armin (2017). Market Mechanisms and Funding Dynamics in Equity Crowdfunding, *Journal of Corporate Finance*, im Erscheinen.

Hornuf, Lars; Schwienbacher, Armin (2017). Should Securities Regulation Promote Equity Crowdfunding, *Small Business Economics*, 49 (3), 579–593.

Hornuf, Lars; Neuenkirch, Matthias (2017). Pricing Shares in Equity Crowdfunding, *Small Business Economics*, 48 (4), 795–811.

Hainz, Christa; Hornuf, Lars; Klöhn, Lars; Brauer, Björn; Ehrenfried, Felix; Engelmann, Gerrit (2017). Die Befreiungsvorschriften des Kleinanlegerschutzgesetzes, *ifo Schnelldienst*, 70 (6), 26–35.

Hainz, Christa; Hornuf, Lars (2016). Crowdinvesting, CESifo DICE Report, 1/2016, 67–69.

Hornuf, Lars; Schmitt, Matthias (2016). Success and Failure in (Equity) Crowdfunding, CESifo DICE Report, 2/2016, 16–22.

Hornuf, Lars; Neuenkirch, Matthias (2017). Pricing Shares in Equity Crowdfunding, *Small Business Economics*, 48 (4), 795–811.

Klöhn, Lars; Hornuf, Lars; Schilling, Tobias (2016). The Regulation of Crowdfunding in the Draft Small Investor Protection Act: Content, Consequences, Critique, Suggestions, *European Company Law*, 13 (2), 56–66.

Klöhn, Lars; Hornuf, Lars; Schilling, Tobias (2016). Crowdinvesting-Verträge – Inhalt, Entwicklung und praktische Bedeutung, *Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft*, 27 (3), 142–178.

Mann, Heather; Garcia-Rada, Ximena; Hornuf, Lars; Tafurt, Juan; Ariely, Dan (2016). Cut from the Same Cloth: Similarly Dishonest Individuals Across Countries, *Journal of Cross-Cultural Psychology*, 47 (6), 858–874.

Mann, Heather; Garcia-Rada, Ximena; Hornuf, Lars, Tafurt, Juan (2016). What Deters Crime? Comparing the Effectiveness of Legal, Social, and Internal Sanctions Across Countries, *Frontiers in Psychology*, 85 (7).

Diskussionspapiere

Brandl, Barbara; Hornuf, Lars (2017). Where Did FinTechs Come From, and Where Do They Go? The Transformation of the Financial Industry in Germany after Digitalization, SSRN Working Paper.

Cumming, Douglas; Hornuf, Lars (2017). Marketplace Lending of SMEs, SSRN Working Paper.

Dorfleitner, Gregor; Hornuf, Lars; Weber, Martina (2017). Dynamics of Investor Communication in Equity Crowdfunding, SSRN Working Paper.

Hornuf, Lars; Rieger, Marc (2017). Can Television Reduce Xenophobia? The Case of East Germany, CESifo Working Paper, No. 6632.

Block, Jörn; Hornuf, Lars; Moritz, Alexandra (2016). Which Updates During an Equity Crowdfunding Campaign Increase Crowd Participation?, *Research Papers in Economics*, No. 16–06.

Cumming, Douglas; Hornuf, Lars; Karami, Moein; Schweizer, Denis (2016). Disentangling Crowdfunding from Fraudfunding, Max Planck Institute for Innovation and Competition Research Paper, No. 16–09.

Haddad, Christian; Hornuf, Lars (2016). The Emergence of the Global Fintech Market: Economic and Technological Determinants, *Research Papers in Economics*, No. 16–10.

Hornuf, Lars; Schmitt, Matthias (2016). Is There a Local Bias in Equity Crowdfunding? The Impact of Investor Types and Portal Design, Max Planck Institute for Innovation and Competition Research Paper, No. 16–07.

Hornuf, Lars; Mohamed, Abdul; Schwienbacher, Armin (2016). The Economic Impact of Forming a European Company, SSRN Working Paper, No. 2837009.

Klöhn, Lars; Hornuf, Lars; Schilling, Tobias (2016). Financial Contracting in Crowdinvesting – Lessons from the German Market, SSRN Working Paper, No. 2839041.

Monographien

Dorfleitner, Gregor; Hornuf, Lars; Schmitt, Matthias; Weber, Martina (2017). *FinTech Market in Germany*. Heidelberg: Springer.

Hainz, Christa; Hornuf, Lars; Klöhn, Lars (2017). *Praxiserfahrungen mit den Befreiungsvorschriften des Kleinanlegerschutzgesetzes*. München: ifo Forschungsbericht 78, ifo-Institut.

Artikel in Sammelwerken

Braun, Susanne; Hornuf, Lars (2017). Authentic Leadership and Followers' Cheating Behavior – A Laboratory Experiment from a Self-concept Maintenance Perspective, in: Dorianne Cotter-Lockard (ed.), *Authentic Leadership and Followership: International Perspectives*, 215–244. Palgrave Macmillan.

Hornuf, Lars; Schwienbacher, Armin (2016). Crowdinvesting – Angel Investing for the Masses? in: Colin Mason, Hans Landström (eds.), *Handbook of Research on Venture Capital*, Vol. 3, 381–397. Cheltenham: Edward Elgar.

Hornuf, Lars; Lindner, Julia (2016). The End of Regulatory Competition in European Corporate Law? in: Martina Eckardt, Christian Schubel (Hg.): *Wettbewerb der Gesellschaftsrechtsordnungen in Ostmitteleuropa?* 117–138. Baden-Baden: Nomos.

Andere Veröffentlichungen, Presseartikel, Interviews

Hainz, Christa; Hornuf, Lars; Klöhn, Lars; Brauer, Björn; Ehrenfried, Felix; Engelmann, Gerrit (2017). Exemptions Featured in the 2015 German Small Investor Protection Act, CESifo DICE Report, 15 (3), 35–42.

Hornuf, Lars; Haddad, Christian (2017). The Emergence of the Global Fintech Market: Economic and Technological Determinants, *Oxford Business Law Blog*, 18.01.2017.

Dorfleitner, Gregor; Hornuf, Lars; Schmitt, Matthias; Weber, Martina (2016). *FinTech-Markt in Deutschland – Abschlussbericht 17. Oktober 2016*, veröffentlicht am 21.11.2016 beim Bundesfinanzministerium.

Klöhn, Lars; Hornuf, Lars; Schilling, Tobias (2016). Financial Contracting in Crowdfunding: Lessons from the German Market, *Oxford Business Law Blog*, 31.10.2016.

Hornuf, Lars; Abdul, Mohamed; Schwienbacher, Armin (2016). The Economic Impact of Forming a European Company, *Oxford Business Law Blog*, 18.7.2016.

Hornuf, Lars; Moritz Alexandra (2016). Crowdfunding: Wenn professionelle Investoren merken, Wow, das läuft, steigen sie ebenfalls ein, *EDITION F*, 6.5.2016.

Kleine, Marco

Artikel in referierten Fachzeitschriften

Kleine, Marco; Langenbach, Pascal; Zhurakhovska, Lilia (2017). How Voice Shapes Reactions to Impartial Decision-makers: An Experiment on Participation Procedures, *Journal of Economic Behavior & Organization*, 143 (1), 241–253.

Kleine, Marco; Langenbach, Pascal; Zhurakhovska, Lilia (2016). Fairness and Persuasion: How Stakeholder Communication Affects Impartial Decision Making, *Economics Letters*, 141, 173–176.

Engel, Christoph; Kleine, Marco (2015). Who Is Afraid of Pirates? An Experiment on the Deterrence of Innovation by Imitation, *Research Policy*, 44 (1), 20–33.

Monographien

Kleine, Marco (2015). *Communication and Fairness: An Experimental Economics Approach*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität.

Diskussionspapiere

Fischer, Sven; Kleine, Marco; Zizzo, Daniel John (2017). The Effect of Compliance Time in Patent Examination: An Experimental Study, *Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper*, No. 17–05.

Kleine, Marco; Kube, Sebastian (2015). *Communication and Trust in Principal-Team Relationships: Experimental Evidence*, Preprints of the Max Planck Institute for Research on Collective Goods Bonn 6/2015, Bonn.

Mueller-Langer, Frank

Artikel in referierten Fachzeitschriften

Mueller-Langer, Frank; Andreoli-Versbach, Patrick (2017). Open Access to Research Data: Strategic Delay and the Ambiguous Welfare Effects of Mandatory Data Disclosure, *Information Economics and Policy*, im Erscheinen.

Mueller-Langer, Frank; Andreoli-Versbach, Patrick (2017). Leading-Effect, Risk-Taking and Sabotage in Two-Stage Tournaments: Evidence from a Natural Experiment, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik / Journal of Economics and Statistics*, 237 (1), 1–28.

Mueller-Langer, Frank; Andreoli-Versbach, Patrick (2017). Replication Data for „Leading-Effect, Risk-Taking and Sabotage in Two-Stage Tournaments“. Version: 1. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik / Journal of Economics and Statistics*. Dataset.

Diskussionspapiere

Mueller-Langer, Frank; Fecher, Benedikt; Harhoff, Dietmar; Wagner, Gert G. (2017). The Economics of Replication, *Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper*, No. 17–03.

Mueller-Langer, Frank; Scheufen, Marc; Waelbroeck, Patrick (2016). Does Online Access Promote Research in Developing Countries? Empirical Evidence from Article-Level Data, *Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper*, 16–14.

Nakamura, Kenta

Artikel in referierten Fachzeitschriften

Nakamura, Kenta (2016). Development, Compilation and Use of IIP Patent Database, *Journal of Economics & Business Administration*, 214 (2), 75–90.

Artikel in Sammelwerken

Nakamura, Kenta; Yamauchi, Isamu (2016). A Study of Concordance Between the IPC and Industrial Classification, in: *Institute of Intellectual Property (ed.), Survey Report on the Role of the Japanese Intellectual Property in the Economy*, 128–157.

Poege, Felix

Artikel in referierten Fachzeitschriften

Pacifico, Daniele; Poege, Felix (2017). Estimating Measures of Multidimensional Poverty with Stata, *The Stata Journal*, 17 (3), 687–703.

Pu, Zhaoxin

Diskussionspapiere

Pu, Zhaoxin (2015). *Abhängigkeit der Pflegeversicherungsausgaben von der Entwicklung der Pflegewahrscheinlichkeiten*, *meaStudies*, 12. Mannheim: MEA, Mannheim Research Institute for Economics of Aging.

Rosendahl Huber, Laura

Artikel in referierten Fachzeitschriften

Rosendahl Huber, Laura; Sloof, Randolph; Van Praag, Mirjam (2017). The Effect of Incentives on Sustainable Behavior: Evidence from a Field Experiment, *Labour Economics*, 45, 92–106.

Monographien

Rosendahl Huber, Laura (2015). *Entrepreneurship, Teams and Sustainability – A Series of Field Experiments*. Amsterdam: Tinbergen Institute.

[Andere Veröffentlichungen, Presseartikel, Interviews](#)

Rosendahl Huber, Laura (2015). European Parliament, Directorate-General for Internal Policies, Policy Department B: Structural and Cohesion Policies, Culture and Education, Youth Education and Entrepreneurship, 26–49. Workshop Documentation, PE 563.390.

Schmitt, Matthias

[Diskussionspapiere](#)

Hornuf, Lars; Schmitt, Matthias (2016). Does a Local Bias Exist in Equity Crowdfunding? The Impact of Investor Types and Portal Design, Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 16–07.

[Monographien](#)

Dorfleitner, Gregor; Hornuf, Lars; Schmitt, Matthias; Weber, Martina (2017). FinTech Market in Germany. Heidelberg: Springer.

[Andere Veröffentlichungen, Presseartikel, Interviews](#)

Hornuf, Lars; Schmitt, Matthias (2016). Success and Failure in Equity Crowdfunding, CESifo DICE Report, 14 (2), 16–22.

Dorfleitner, Gregor; Hornuf, Lars; Schmitt, Matthias; Weber, Martina (2016). FinTech-Markt in Deutschland – Abschlussbericht 17. Oktober 2016, veröffentlicht am 21.11.2016 beim Bundesfinanzministerium.

Steinle, Christian

[Monographien](#)

Steinle, Christian (2017). Persönlichkeit, soziale Netzwerke und Leistung von Erfindern – Empirische Analysen von Befragungs- und Patentdaten. Wiesbaden: Springer Gabler.



Stellner, Florian

[Diskussionspapiere](#)

Stellner, Florian (2015). Technological Distance: Theoretical Foundations, Statistical Analysis and Application to Mergers and Acquisitions, Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 15–12.

[Monographien](#)

Stellner, Florian (2015): Technological Distance: Theoretical Foundations, Statistical Analysis and Application to Mergers and Acquisitions. Norderstedt: Books on Demand.

Stoll, Thimo

[Diskussionspapiere](#)

Harhoff, Dietmar; Rudyk, Ilja; Stoll, Sebastian (2015). Exploring the Opacity of the Patent System – Evidence from a Natural Experiment, Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 15–02.

Stürz, Roland

[Diskussionspapiere](#)

Stürz, Roland (2015). Imprinting and Inertia – Density Delay Revisited, Max Planck Institute for Innovation & Competition Research Paper, No. 15–16.

[Andere Veröffentlichungen, Presseartikel, Interviews](#)

Harhoff, Dietmar; Hilty, Reto M.; Stürz, Roland A.; Suyer, Alexander (2017). Nutzung urheberrechtlich geschützter Inhalte im Internet durch deutsche Verbraucher: Ergebnisübersicht einer repräsentativen quantitativen Erhebung. München: Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb.

Suyer, Alexander

[Monographien](#)

Suyer, Alexander (2017). Ideologie und Technologischer Wandel: Eine empirische Untersuchung der Adoption von Elektromobilität. Berlin: Pro Business.

Harhoff, Dietmar; Hilty, Reto M.; Bechthold, Laura Aline; Jablonka, Claudius; Nothelfer, Stefan; Suyer, Alexander (2016). Urheberrecht und Innovation in digitalen Märkten. Berlin: Studie im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.

[Andere Veröffentlichungen, Presseartikel, Interviews](#)

Harhoff, Dietmar; Hilty, Reto M.; Stürz, Roland A.; Suyer, Alexander (2017). Nutzung urheberrechtlich geschützter Inhalte im Internet durch deutsche Verbraucher: Ergebnisübersicht einer repräsentativen quantitativen Erhebung. München: Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb.

1.4 Herausgeberwerke

2017

Harhoff, Dietmar; Lakhani, Karim R. (Hg.)

Revolutionizing Innovation: Users, Communities, and Open Innovation. (Chinesische Übersetzung). Peking: China Renmin University Press Co., Ltd., im Erscheinen.

2016

Dietmar, Harhoff; Karim R. Lakhani (Hg.)

Revolutionizing Innovation: Users, Communities, and Open Innovation. Cambridge, MA: MIT Press.

2015

Gamper, Veronika; Nothelfer, Stefan (Hg.)

The Future of Individual Premium Mobility. Trend Report 2015. München: CDTM, Center for Digital Technology and Management.

Gamper, Veronika; Nothelfer, Stefan (Hg.)

The Future of Education. Trend Report Fall 2015. München: CDTM, Center for Digital Technology and Management.

Lachner, Florian; Nothelfer, Stefan (Hg.)

Entrepreneurship in Bavaria. Trend Report Fall 2015. München: CDTM, Center for Digital Technology and Management.



“Revolutionizing Innovation: Users, Communities, and Open Innovation”, herausgegeben von Dietmar Harhoff und Karim R. Lakhani (Professor of Business Administration an der Harvard Business School) ist bei MIT Press erschienen.

Der Band eröffnet einen umfassenden und multidisziplinären Blick auf den Bereich der User und Open Innovation und beleuchtet die Entwicklungen in diesem Bereich über die letzten Jahrzehnte. Das Buch ist dem Innovationsforscher Eric von Hippel (MIT) gewidmet, der seit den 1980er Jahren einer bahnbrechenden Sichtweise von Innovation den Weg bereitet hat. Von Hippel zeigt auf, dass Nutzer von Produkten und Dienstleistungen in vielen Fällen Innovationen hervorbringen und dass diese dann von Herstellern aufgegriffen und weiterentwickelt werden. Er tritt damit der vorherrschenden Auffassung entgegen, die gewinnorientierte Firmen als Haupttreiber technologischen und organisatorischen Wandels betrachtet. Von Hippel und Kollegen fanden in ihren Forschungsprojekten empirische Belege, die dem produzentenzentrierten Innovationsmodell schlicht widersprachen. Weite Teile der Wissensökonomie bauen heute routinemäßig auf Nutzerinnovationen, Communities und Open Innovation auf, um wichtige technologische oder organisatorische Probleme zu lösen.

Die Mitautoren des Buches zeigen sowohl theoretische als auch empirische Perspektiven auf, die interdisziplinär so vielfältige Felder wie Wirtschaftswissenschaften, Wissenschaftsgeschichte, Technikgeschichte, Recht, Politik und Management abdecken.

Das Umschlagdesign wurde im Rahmen einer Topcoder Design Challenge ermittelt. Topcoder ist eine Crowdsourcing-Plattform mit einer Open Community von Designern, Entwicklern, Datenwissenschaftlern und kompetitiven Programmierern.



2 Vorträge

Baruffaldi, S. H.

2017

International Mobility and Research Careers: Evidence from a Mobility Grant Program, Academy of Management Annual Meeting, Atlanta, August

International Mobility and Research Careers: Evidence from a Mobility Grant Program, The DRUID Society Conference, New York, Juni

International Mobility and Research Careers: Evidence from a Mobility Grant Program, The BRICK Workshop – The Organization, Economics and Policy of Scientific Research, Turin, Mai

Bechthold, L. A.

2017

The Effect of Same-Gender Role Models in Entrepreneurship Education – Insights from a Field Experiment, DRUID Academy 2017, Odense, Januar

Brachtendorf, L.

2017

The Disclosure of Standard-Essential Patents and Updates on Architectural Innovations in the Photolithography Industry, Forschungsseminar, Bernried, August

Text-Based Similarity Between Standard Essential Patents and LTE Standards and Research Proposal on the Dynamics of Firms' Patent Portfolios, Forschungsseminar, Schneefernerhaus (Zugspitze), März

Dorner, M.

2017

A Novel Technology-Industry Concordance Table Based on Linked Inventor-Establishment Data, Annual Conference European Policy for Intellectual Property, Bordeaux, September

Labor Market Responses to a Labor Supply Shock – Quasi-experimental Evidence from the German Apprenticeship Market, Forschungsseminar, Bernried, August

Linked Inventor Biography Data – A New Method of Inventor Disambiguation, ORCID-OECD-Crossref Workshop on Identifiers and Intellectual Property, OECD Paris, Juni

Social Ties for Labor Market Access – Evidence from the Migration of East German Inventors, Jena Lecture Series in Economic Geography, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Mai

Social Ties for Labor Market Access – Evidence from the Migration of East German Inventors, Rauschholzhausener Symposium für Wirtschaftsgeographie, Schloß Rauschholzhausen –Justus-Liebig-Universität Gießen, April

The Patterns, Determinants and Outcomes of Inventor Mobility, Forschungsseminar, Schneefernerhaus (Zugspitze), März

2016

The Knowledge Production of Industries – Results from the Application of a Novel Industry-technology Concordance, IIDEOS (Innovation, Industrial Dynamics, Entrepreneurship, Organisation and Space) Workshop, Hannover, November

Social Ties for Labor Market Access – Lessons from the Migration of East German Inventors, Ifo INT Center Seminar, München, November

The Knowledge Production of Industries – Results from the Application of a Novel Industry-Technology Concordance, IAB-GradAB Jour-Fixe, Nürnberg, Oktober

Social Ties and Quality Signals – Lessons from the Migration of East German Inventors, ERSA Congress/ European Meeting of the Urban Economics Association, Wien, August

Discussion of “Knowing me, Knowing you: Inventor Mobility and the Formation of Technology-oriented Alliances” (Wagner, Goossen), Brown-Bag-Seminar, München, Juli

Social Ties and Quality Signals – Lessons from the Migration of East German Inventors, CESifo-Delphi Conference: A Patent Advantage, München, Juli

Social Ties and Quality Signals – Lessons from the Migration of East German Inventors, IO and Trade Seminar, München, Mai

Social Ties and Quality Signals – Lessons from the Migration of East German Inventors, Forschungsseminar, Schneefernerhaus (Zugspitze), Februar

The Cyclical Dynamics of Industries in West Germany – Testing the Industry Life Cycle Hypothesis, Geography of Innovation, Toulouse, Januar

Social Ties and Quality Signals – Lessons from the Migration of East German Inventors, 3rd Geography of Innovation Conference 2016, Toulouse, Januar

2015

Social Ties and Quality Signals in the Migration of Knowledge Workers – Lessons from East German Inventor Mobility, North American Regional Science Council, Portland/USA, November

Social Ties and Quality Signals – Quasi-experimental Evidence from East German Inventor Migration after 1989, Workshop ‘Innovation, Industrial Dynamics, Entrepreneurship, Organisation and Space’ (IIDEOS), Philipps-Universität Marburg, November

Social Ties and Quality Signals in the Migration of Knowledge Workers – Lessons from East German Inventor Mobility (gem. mit Tina Hinz), GradAB Research Workshop am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg, Juli

Social Ties and Quality Signals in the Migration of Knowledge Workers – Lessons from East German Inventor Mobility, GradAB Jour-Fixe am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg, Juli

Social Ties and Quality Signals in the Migration of Knowledge Workers – Lessons from East German Inventor Mobility, Forschungsseminar, Schloss Ringberg, Juni

Wages in High-Tech Start-Ups – Do Academic Spin-Offs Pay a Premium? Forschungsseminar, Kochel am See, Februar

Wages in High-tech Start-ups – Do they Differ in Academic Spin-offs? Workshop Innovation, Industrial Dynamics, Entrepreneurship, Organisation and Space (IIDEOS), Philips-Universität Marburg, Marburg, Januar

Fons-Rosen, C.

2017

Shadow Lobbying, Commodities, Wellbeing and Institutions, Workshop at University of Guelph, Guelph, September

Foreign Investment and Domestic Productivity: New Evidence on the Role of Competition and Knowledge Spillovers, University of Toronto, Toronto, September

Foreign Investment and Domestic Productivity: New Evidence on the Role of Competition and Knowledge Spillovers, McGill University, Montreal, September

Foreign Investment and Domestic Productivity: New Evidence on the Role of Competition and Knowledge Spillovers, Oxford University, Oxford, Februar

Does Science Advance One Funeral At A Time? ASSA Meetings Chicago, Chicago, Januar

Gaessler, F.

2017

Patents, Data Exclusivity, and the Development of New Drugs, MSI Seminar, Katholieke Universiteit Leuven, Leuven, November

Patents and Cumulative Innovation – Evidence from Post-Grant Patent Opposition, European Policy for Intellectual Property Annual Conference, Bordeaux, September

Patents and Cumulative Innovation – Evidence from Post-Grant Patent Oppositions, Conference of the European Association for Research in Industrial Economics, Maastricht University, Maastricht, August/September

Patents and Cumulative Innovation – Evidence from Post-Grant Patent Oppositions, Academy of Management Annual Meeting, Atlanta, August

Patent Boxes and Patent Transfers, Summer School on Taxation and R&D, Universität Mannheim, Mannheim, Juli

Patents, Data Exclusivity, and the Development of New Drugs, Behavioral and Empirical Work in Progress Seminar, TU München, München, Juni

Taking the Crowd by the Hand –The Intermediary Role of Crowdfunding Platforms, DRUID 17 Conference, New York University, New York, Juni

Patents and Cumulative Innovation – Evidence from Post-Grant Patent Oppositions, Strategy, Entrepreneurship and Innovation Faculty Workshop, IE Business School, Madrid, Mai

Taking the Crowd by the Hand –The Intermediary Role of Crowdfunding Platforms, ZEW Economics of Innovation and Patenting Conference 2017, Mannheim, Mai

Patents and Cumulative Innovation – Evidence from Post-Granted Patent Oppositions, Munich Summer Institute 2017, München, Mai

Patents and Cumulative Innovation – Evidence from Post-Granted Patent Oppositions, SFB Competition and Rationality Workshop, Berlin, April

Patent Litigation in Europe, European Intellectual Property Rights and Jurisdiction in Need of Grand Design? Workshop, Berlin, März

2016

Patents and Cumulative Innovation – Evidence from Post-Grant Patent Oppositions, IO and Trade Seminar, München, November

Patent Transfers in Europe, European Policy for Intellectual Property Annual Conference, Oxford, September

What to Buy when Forum Shopping? Determinants of Court Selection in Patent Litigation, CEPR/JIE School on Applied Industrial Organization, London, Mai

2015

What to Buy When Forum Shopping – Determinants of Court Selection in Patent Litigation, European Policy for Intellectual Property 10th Annual Conference, Glasgow, September

What to Buy When Forum Shopping – Determinants of Court Selection in Patent Litigation, 42nd Annual Conference of the European Association for Research in Industrial Economics, München, August

Forum Shopping in Patent Litigation at German Regional Courts, 6th ZEW/MaCCI Conference on the Economics of Innovation and Patenting, Mannheim, Juli

Zur Zukunft der Internet-Wirtschaft – Wieso brauchen Unternehmen Patente? Alumnikonferenz des Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, Juni

Patent Transfers in Europe, Forschungsseminar, Schloss Ringberg, Juni



Forum Shopping in Patent Litigation at German Regional Courts, 2nd International Meeting in Law & Economics at the University Paris 2-Panthéon-Assas, Paris, Juni

Patent Transfers in Europe, Forschungsseminar, Kochel am See, Februar

Forum Shopping in Patent Litigation at German Regional Courts, TIME Kolloquium, München, Januar

Hall, B.

2017

Tax Policy for Innovation, ALTEC Conference, Mexiko-Stadt, Mexiko, Oktober

IP Use in A Developing Country: Evidence from Chile, European Policy for Intellectual Property 10th Annual Conference, Bordeaux, September

Policy for Innovation: Insights from Economic Research, Shanghai, Juni

Patent Boxes and Patent Transfers, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim, Mai

Patent Boxes and Patent Transfers, Harvard Business School Seminar, Boston, Massachusetts, Mai

Technology Entry in the Presence of Patent Thickets, MIT Sloan School Seminar, Cambridge, Massachusetts, Mai

Technology Entry in the Presence of Patent Thickets, Hoover IP Workshop, Stanford, Kalifornien, Januar

2016

Patents and the Financing of Innovation, ICC Rosenberg Conference, Berkeley, Kalifornien, Dezember

R&D, Innovation, and Productivity, The Role of R&D in Fostering Economic Performance: Lessons from Research and Implications for Finland, Helsinki, Dezember

Innovation and Productivity Growth, Will Sweden Fall with Ericsson, Stockholm, November

Tax Policy for Innovation, IMF/DG-TAX Conference on Taxation, Investment and Innovation: A Triptych for Balanced Growth, Brüssel, November

Policy for New Technology, Asian Development Bank, Manila, September

Panel: The Productivity Puzzle, Brookings Institution, Washington, D.C., September

Defining Knowledge Intensive Sectors – A User Perspective, NSF-SRI Workshop, Washington, D.C., Juni

Patent System for the 21st Century: Update, STEP Board, Stanford, Kalifornien, Mai

Measuring Science, Technology, and Innovation, National Academies, Washington, D.C., Mai

Empirical Studies of Software Patents, BCLT Conference, Berkeley, Kalifornien, April

Patents and Trade Secrets, GeoInnov2016 Conference, Toulouse, Januar

Technology Entry in the Presence of Patent Thickets, University of Grenoble Seminar, Grenoble, Januar

2015

Using Patent Data, University of Canterbury Seminar, Canterbury, Dezember

Innovation and Productivity, Productivity Commission, Wellington, November

The Financing of R&D and Innovation, Productivity Commission, Wellington, November

Technology Entry in the Presence of Patent Thickets, MOTU Seminar, Wellington, November

Technology Entry in the Presence of Patent Thickets, University of Minnesota Seminar, Minneapolis, Minnesota, November

R&D, Innovation, and Productivity, NIESR Seminar, London, Oktober

The Impact of International Patent Systems: Evidence from Accession to the European Patent Convention, European Policy for Intellectual Property 10th Annual Conference, Glasgow, September

R&D, Innovation, and Growth, COEURE Workshop, Brüssel, Juni

The Financing of R&D and Innovation, invited lecture for representatives of the Ukrainian Ministry of Economic Development and Trade, Kiew, April

Policy for Innovation: Insights from Economic Research, invited lecture for Ukrainian policy makers and business people, hosted by Kyivstar Business Hub, Kiew, April

Appropriability Mechanisms, Innovation and Productivity: Evidence from the UK, Workshop on the CDM (Crepon-Duguet-Mairesse) model, organized by the Royal Institute of Technology, Stockholm, and hosted by the French Ministry of Higher Education and Research, Paris, März

Harhoff, D.

2017

Deferred Patent Examination, MIT Sloan School of Business, Cambridge, Massachusetts, Dezember

Deferred Patent Examination, NBER Productivity Seminar, Cambridge, Massachusetts, Oktober

Deferred Patent Examination, New York University, Stern School of Business, New York, Oktober

Innovation – Akteure, Prozesse, Paradigmen, Doktoranden-Meeting Creativity, Culture and Space – From Inventions to Innovation, Studienstiftung des deutschen Volkes, Stockholm, September

Tracing the Path from Science to Innovation, 2017 International Conference on The Economics of Innovation, Genf, September

Patents and Cumulative Innovation – Evidence From Post-Grant Patent, 10th Annual Searle Center Conference on Innovation Economics, Chicago, Illinois, Juni

From Science to Innovation – Insights from Linking NPL References to WoS Data, Workshop Web of Science (WoS), EPFL Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne, Lausanne, Juni

Ökonomische Analysen der digitalen Transformation, Ringvorlesung Technische Universität München, München, Mai

Cumulative Innovation Processes, Leopoldina-Sektion „Ökonomik und Empirische Sozialforschung“, Nürnberg, April

IP Rights and Business Models; Business Development Through IP Rights, IP re-diagnosis – entry level, European Patent Academy, Wien, April

Patents and Cumulative Innovation – Evidence from Post-Grant Patent Oppositions, Industrial Economic Committee, München, März

Innovationsstandort Deutschland – Rahmenbedingungen für Innovationen in Deutschland, 10. Deutscher Innovationsgipfel München, München, März

Vorstellung des EFI-Gutachtens, IHK München, München, Februar

Digitale Transformation und Innovation, 7. Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten, Berlin, Februar

Trends und Metriken im Patentsystem, 13. Kapitalmarkt Kolloquium der Gruppe Kapitalmarkt, Düsseldorf, Februar

2016

Daten als Wirtschaftsgut – rechtliche Zuordnung von Daten, Impulsvortrag bei der GRUR Jahrestagung, München, Oktober

Innovation and Taxation, Institute for Public Finance, Keynote Lecture, Lake Tahoe, Kalifornien, August

Social Ties vs. Patent Quality Signals – Lessons from Migration of East German Inventors, Annual Meeting of the Academy of Management, Anaheim, Kalifornien, August

Advances in Patent Research: New Data, Measures, and Methods – Comments, Annual Meeting of the Academy of Management, Anaheim, Kalifornien, August

Innovation Policies Reconsidered – What Role for „Free Innovation“? Open and User Innovation Conference, Cambridge, Massachusetts, August

Innovation und Digitalisierung – Erfolgsrezept für den Mittelstand? Verbandstag des Genossenschaftsverbands Bayern, Unterschleißheim, Juli

Internet, Innovation und Wettbewerb, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Wirtschaftsforum 2016, Mannheim, Juli

Impulse zu neuen Entwicklungen im Innovationsprozess, Impulsvortrag bei der Fraunhofer Academy „Entrepreneurship & Innovation“, München, Juni

European Entrepreneurship, INSEAD Entrepreneurship Forum, Fontainebleau, Mai

Forschungs- und Innovationspolitik in Deutschland, Keynote bei der 78. Jahrestagung des VHB mit dem Generalthema „The Role of Entrepreneurs, Corporations and Technology – Opportunities for Business Research“ an der Technischen Universität München, München, Mai

Etablierte und neue Innovationspfade, Tagung Innovation – Das „Nie-Dagewesene“ als Herausforderung, Akademie für Politische Bildung, Tutzing, April

The Future of Innovation, Year of the Monkey, The Digital Transformation and Innovation Festival München, München, April

Präsentation des EFI-Gutachtens, IHK München und Oberbayern, München, April

Research and Innovation Policy in Germany, 4th Sino-German Innovation Conference, Berlin, April

Verzögerte Patentprüfung – Kosten und Nutzen aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht, Deutsches Patent- und Markenamt, München, Januar

Patent Quality and Examination in Europe, Annual Conference of the American Economic Association (AEA), Allied Social Science Associations (ASSA), San Francisco, Kalifornien, Januar

2015

Die Schadensersatzberechnung im Patentstreitverfahren – normative und pragmatische Aspekte, 5. Jahrestagung KIT Karlsruher Dialog Technik und Recht, Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Karlsruhe, Dezember

Was die USA und Deutschland voneinander lernen können, HHL-Forum 2015: Führung neu denken – Führung und Innovation, HHL Leipzig Graduate School of Management, Leipzig, November

Analysen der Patentierungsdynamik in wichtigen Technologiebereichen der deutschen Industrie, Bayerischer Patentkongress 2015, Bayerische Patentallianz GmbH und Bayerische Metall- und Elektro-Arbeitgeber (bayme vbm), München, November

Offenheit als Prinzip für Innovation in der digitalen Welt, 2. Offener IT-Gipfel – Offenheit, Innovation & Gesellschaft, Bündnis 90/Die Grünen, Berlin, November

Innovationsfähigkeit als Schlüssel zur Zukunft: Chancen für Bayern, Wirtschaftsbeirat der Union e.V. (WUB), Junger Wirtschaftstag, München, Oktober

Social Ties or Signaling Effects – Lessons from East German Inventor Migration, 17th CEPR / IZA European Summer Symposium in Labour Economics, Centre for Economic Policy Research (CEPR) und Institut zur Zukunft der Forschung (IZA), Buch am Ammersee, September

Innovation – Junge vs. etablierte Unternehmen, Strategy Conference Supervisory Board Deutsche Post DHL Group, Buch am Ammersee, September

Übertragungen von Patentrechten in Europa – Eine empirische Analyse, GRUR Jahrestagung, Deutsche Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht (GRUR), Freiburg, September

Innovation in Deutschland, CSU-Zukunftskongress Marktwirtschaft, Rosenheim, Juli

Semantische Analyse von Patenten – Grundlagen und Anwendungen im IP-Management, 37. Kolloquium der TU Ilmenau über Patentinformation und gewerblichen Rechtsschutz, Ilmenau, Juni

Innovation in Deutschland, Keynote Speech Bosch Venture Forum, Stuttgart, Juni

Welche Eigenschaften muss ein investitions- und innovationsfreundliches Steuersystem aufweisen? Mannheimer Unternehmenssteuertag 2015: Steuerplanung bei strategischen Investitionsentscheidungen – Chancen und Fallstricke, Universität Mannheim und Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim, Juni

Forschung und Innovation in Deutschland – Jenseits des 3%-Ziels, Keynote Speech beim Forschungsgipfel 2015, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Leopoldina Nationale Akademie der Wissenschaften und Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI), Berlin, Mai

How Innovation Drives Change, 14th Munich Economic Summit, München, Mai

Conflict Resolution, Public Goods and Patent Thickets, 20th Internal Conference of the SFB TR 15 (Sonderforschungsbereich Transregio 15), Bonn, April

Exploring the Opaqueness of the Patent System – Evidence from a Natural Experiment, Marburg Center for Institutional Economics (MACIE); Fakultät für Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre Philipps-Universität Marburg, Marburg, Februar

Innovationen – das Erfolgsrezept für Deutschland? 41. Augsburger Konjunkturgespräch, IHK Schwaben, Augsburg, Februar

Digital und vernetzt – welche Innovationen braucht Deutschland? Keynote Speech, Zukunftsstudie MÜNCHNER KREIS Phase VI, Auftaktveranstaltung zur Fachtagung Munich Network, Wege in die digitale Zukunft, München, Januar

Heite, J.

2017

The Effects of Innovation Vouchers on Innovation Activity and Performance of SMEs in the UK – A Randomized Controlled Trial, Washington D.C., Dezember

Peer Pressure in Crowdsourcing Contests, Open and User Innovation Conference (OUI), Universität Innsbruck, Innsbruck, Juli

Peer Pressure in Crowdsourcing Contests, TIME Kolloquium, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, Juni

Peer Pressure in Crowdsourcing Contests, Schumpeter School Award, Universität Wuppertal, Wuppertal, Juni

Hoisl, K.

2017

Social Ties for Labor Market Access – Lessons from the Migration of East German Inventors, DRUID Conference, New York, Juni

PDW: Employee Mobility & Entrepreneurship: Where We've Been and What's Next, DRUID Conference, New York, Juni

Social Ties for Labor Market Access – Lessons from the Migration of East German Inventors, Forschungsseminar der HEC Paris, Paris, Mai

Social Ties for Labor Market Access – Lessons from the Migration of East German Inventors, 7th ZEW/MaCCI Conference on the Economics of Innovation and Patenting, ZEW Mannheim, Mannheim, Mai

Social Ties for Labor Market Access – Lessons from the Migration of East German Inventors, Forschungsseminar, University of Bath, Bath, April

2016

R&D Team Diversity and Performance in Hypercompetitive Environments, Munich Summer Institute, München, Juni

Debate on "Econometric Identification", DRUID Conference, Kopenhagen, Juni

PDW "Navigating the Publication Process": Playing the Publication Game, DRUID Conference, Kopenhagen, Juni

2015

Knowledge Fit and the Productivity Gain from Employee Mobility, EARIE Conference, München, August

Knowledge Fit and the Productivity Gain from Employee Mobility, AoM 2015 Conference, Vancouver, August

How Are Externally Sourced Inventions Commercialized? AoM 2015 Conference, Vancouver, August

Hornuf, L.

2017

Die Zukunft des Banking, Forum „Digital“, Baunatal, November

FinTech: Revolution der Finanzdienstleistungen? Vortrag zum 10. Jahrestag des Lehrstuhls für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzierung, Universität Regensburg, Regensburg, Oktober

Disentangling Crowdfunding from Crowdfunding, Jahrestagung des Verein für Socialpolitik, Wien, September

Quo vadis FinTechs – Die Revolution im Zahlungsverkehr?
Keynote Speech, Alvara Innovationstage, Leipzig, September

The Role of FinTechs in Fostering Stable and Inclusive
Financial Systems, 15th Meeting of the Central Banks
and Monetary Authorities of the Organization of Islamic
Cooperation (OIC) Member Countries, Bodrum, September

The Impact of Two Different Economic Systems on
Dishonesty and Charitable Giving: Determinants of Group-
Level Variation, European Economic Association (EEA),
Lissabon, August

Disentangling Crowdfunding from Crowdfunding, European
Economic Association (EEA), Lissabon, August

Marketplace Lending of SMEs, 2nd Entrepreneurial Finance
Conference, Vlerick Business School, Gent, Juli

Does a Local Bias Exist in Equity Crowdfunding? World
Finance Conference, Cagliari, Juli

Market Standards in Financial Contracting: The Euro's
Effect on Choice of Law in European Debt Securities, World
Finance Conference, Cagliari, Juli

The Economic Impact of Forming a Societas Europaea,
World Finance Conference, Cagliari, Juli

The Emergence of the Global Fintech Market: Economic and
Technological Determinants, VHB Jahrestagung 2017, St.
Gallen, Juni

The Economic Impact of Forming a European Company,
VHB Jahrestagung 2017, St. Gallen, Juni

Does a Local Bias Exist in Equity Crowdfunding?, Workshop
on Economic Growth Innovation and Finance Sophia
Antipolis, Skema Business School, Nizza, Juni

Do Judges Hate Speculators, 4th “Economic Analysis of
Litigation” Workshop, University of Paris Nanterre, Paris, Juni

Does a Local Bias Exist in Equity Crowdfunding?, Banque
Centrale du Luxembourg, 5th Workshop „Household Finance
and Consumption“, Luxemburg, Juni

The Economic Impact of Forming a European Company,
Annual Meeting of the American Law and Economics
Association, Yale Law School, New Haven, Connecticut, Mai

The Economic Impact of Forming a European Company,
Business Law Workshops, Oxford, Mai

Disentangling Crowdfunding from Crowdfunding, Poster
Session, Munich Summer Institute, Bayerische Akademie der
Wissenschaften, München, Mai

The Impact of Two Different Economic Systems on
Dishonesty and Charitable Giving: Determinants of Group-
Level Variation, Royal Economic Society Conference,
University of Bristol, Bristol, April

Der deutsche FinTech-Markt, Keynote Speech, FinMeetsTech,
Frankfurt am Main, April

2016

Der deutsche FinTech-Markt, hub conference, FinTech-Markt
in Deutschland, Berlin, November

Chancen für Banken durch Co-Creation mit Fintechs, Digital
Finance Berlin Konferenz – Offene Banking Plattform – so
bauen Banken ihren eigenen FinTech-Supermarkt, Berlin
School of Digital Business, Berlin, Oktober

FinTech – Bit Coins and Friends, the Digital Revolution in
Financial Services – Sind Banken die Verlierer? 11. Inter-
nationale Konferenz zu Finanzdienstleistungen, Podiums-
diskussion, Institut für Finanzdienstleistungen, Hamburg,
Juni

Pricing the Value of Cash Flow Rights in Crowdfunding:
An Analysis of Innovation Backers, Munich Summer
Institute, München, Juni

Portal Design and Funding Dynamics in Crowdfunding,
3rd International ZEW Conference on the Dynamics of
Entrepreneurship, Zentrum für Europäische Wirtschafts-
forschung, Mannheim, Juni

The Economic Impact of Forming a Societas Europaea,
Conference on Past and Future of Corporate Governance:
Practices, Reforms and Regulations, Universität Rom III,
Rom, Mai

The Economic Impact of Forming a Societas Europaea,
What Does Co-determination Do? What Can We Learn from
Research? Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung,
Berlin, Mai

The Economic Impact of Forming a Societas Europaea,
Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen in der
Europäischen Union, Trier, Mai

The (True) Legacy of Two Really Existing Economic Systems,
8. Ökonomischer Workshop, Institut für Arbeitsrecht und
Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Union, Trier,
Februar

Leadership and Persistency in Spontaneous Dishonesty,
Workshop on the Autonomy at Work and Employee
Involvement: Causes and Consequences, Institut für
Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Nürnberg, Februar

Chancen für eine Grüne Wirtschaft, Wirtschaftskongress
Gelsenkirchen, Gelsenkirchen, Januar

Kleine, M.

2017

Creativity and Framed Incentives: Experimental
Evidence, 12th Nordic Conference on Behavioural and
Experimental Economics, Göteborg, Oktober

Paneldiskussion: Hindsight Bias, Zurich IP Retreat 2017:
The Hindsight Bias in Patent Law, Zürich, September

Creativity and Framed Incentives: Experimental Evidence,
2nd Retreat of CRC TRR 190 (Collaborative Research Center
Rationality and Competition), München, September

Creativity and Framed Incentives: Experimental Evidence,
CRC Rationality and Competition Retreat, München, August

Disguising Selfishness With and Without Communication,
ESA International Conference, San Diego, Juni

Creativity and Framed Incentives: Experimental Evidence, Conference Incentives and Behavior Change, Modica, Mai

Intellectual Property and the Adoption of Technology Standards: Experimental Evidence, Forschungsseminar, Schneefernerhaus (Zugspitze), März

2016

Cheating and Social Interaction in a Foreign Language, Forschungsseminar, Chiemsee Fraueninsel, September

Creativity and Framed Incentives: Experimental Evidence, Workshop on Experimental Economics in Strasbourg, Straßburg, Juni

Diskussion zu "Women Do Not Play Their Aces: The Consequences of Shying Away", Brown-Bag-Seminar Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, April

Methoden der experimentellen Ökonomie in der juristischen Forschung am Beispiel von Engel/Kleine, Who Is Afraid of Pirates? Research Policy 2015, Masterlehrgang in Law and Economics, St. Gallen, März

Laboratory Experiments on Creativity, Workshop on Work-in-Progress with Prof. Eric von Hippel, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, März

Creativity under Gain/Loss Framed Incentives, Forschungsseminar, Schneefernerhaus (Zugspitze), Februar

2015

Disguising Selfishness With and Without Communication, Jahrestagung der Gesellschaft für experimentelle Wirtschaftsforschung, Hamburg, September

Who Is Afraid of Pirates? An Experiment on the Deterrence of Innovation by Imitation, International Workshop on Patent System and Inventor, München, Juni

Creativity Under Gain/Loss Framed Incentives, Forschungsseminar, Schloss Ringberg, Juni

Disguising Selfishness With and Without Communication, Conference Incentives and Behavior Change, Modica, Mai

Communication and Trust in Principal-Team Relationships: Experimental Evidence, 8th Maastricht Behavioral and Experimental Economics Symposium (MBEES), Maastricht University, Maastricht, Mai

Diskussion von "Three Triggers of Search – Why Young Firms Decrease Selective Revealing Over Time", TIME Kolloquium, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, April

Incentives and Creativity, Forschungsseminar, Kochel am See, Februar

Communication and Trust in Principal-Team Relationships: Experimental Evidence, TIME Kolloquium, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, Januar

Mödl, M.

2017

Is Wisdom of the Crowd a Positive Signal? Signaling Effects of Crowdfunding on Subsequent Venture Capital Selection, 32. Jahrestagung der European Economic Association (EEA), Lissabon, August

Is Wisdom of the Crowd a Positive Signal? Effects of Crowdfunding on Subsequent Venture Capital Selection, 2nd Entrepreneurial Finance Conference, Vlerick Business School, Gent, Juli

Two's a Company, Three's a Crowd? Contractual Deal Breakers in Securities-based Crowdfunding for Later-stage Venture Capital, MPI-IC Forschungsseminar, Starnberg, Juli

Effects of Crowdfunding on Subsequent Venture Capital Selection, Babson College Entrepreneurship Research Conference 2017, Oklahoma City, Oklahoma, Juni

Is Wisdom of the Crowd a Positive Signal? Effects of Crowdfunding on Subsequent Venture Capital Selection, DRUID Conference, New York, Juni

Signaling Effects of Crowdfunding on Subsequent Venture Capital Selection, Forschungsseminar, Schneefernerhaus (Zugspitze), März

Effects of Crowdfunding on Subsequent Venture Capital Selection, 7th Leuphana Conference on Entrepreneurship, Lüneburg, Januar

2016

Signaling Effects of Crowdfunding on Subsequent Venture Capital Selection, GAEL Conference, University of Grenoble, Grenoble, Dezember

Is Wisdom of the Crowd a Positive Signal? Effects of Crowdfunding on Subsequent Venture Capital Selection, 4th Crowdfunding Symposium, München, November

Returns on Investment in Equity Crowdfunding (Co-Referat), 4th Crowdfunding Symposium, München, November

Is Wisdom of the Crowd a Positive Signal? Effects of Crowdfunding on Subsequent Venture Capital Selection, G-Forum – Annual Conference on Entrepreneurship, Innovation and SMEs, Leipzig, Oktober

Effects of Prefunding on Subsequent Venture Capital Selection, Forschungsseminar, Chiemsee Fraueninsel, September

Is Wisdom of the Crowd a Positive Signal? Effects of Crowdfunding on Subsequent Venture Capital Selection, International Open and User Innovation Conference, Harvard Business School, Boston, August

The Role of Pre-Funding in Venture Investing – A Choice Experimental Approach, TIME Kolloquium, München, Juli

Signaling Effects of Pre-Funding in the Decision-Making of Venture Investors, Eric von Hippel Research Workshop, München, März

Michael Mödl hat im Rahmen der DRUID17 Conference in New York den Steven Klepper Award for Best Young Scholar Paper für seine Arbeit "Is Wisdom of the Crowd a Positive Signal? Effects of Crowdfunding of Subsequent Venture Capital Selection" erhalten.

In seinem Forschungspapier untersucht Michael Mödl die Auswirkungen und Signaleffekte von Crowd-Finanzierungen auf nachfolgende Wagniskapital-Finanzierungsrunden von Start-Up-Unternehmen. Auf Basis eines sog. Choice-Experiments mit Wagniskapitalinvestoren findet der Autor kausale Evidenz, dass Crowd-Finanzierungen oft ein negatives Signal für die Investmententscheidung von professionellen Wagniskapitalgebern darstellen, die „Crowd“ aber unter bestimmten Umständen dennoch positive Signale senden kann, die die Investitionswahrscheinlichkeit durch nachfolgende Risikokapitalgeber erhöhen.



v.l.n.r.: Prof. Mark Lorenzen, Ph.D. (Director of DRUID), Prof. Melissa Schilling, Ph.D. (NYU Stern), Michael Mödl



Pre-Funding as a Decision Policy of Venture Capitalists and Business Angels, Forschungsseminar, Schneefernerhaus (Zugspitze), Februar

The Value of Marketing Crowdsourced New Products as Such: Evidence from a Randomized Field Experiment (Co-Referat), TIME Kolloquium, München, Januar

2015

The Role of Pre-Funding in Venture Investing – A Simulation Approach, Forschungsseminar, Schloss Ringberg, Juni

Application of the Choice-based-Conjoint Analysis to the Decision-Making of Venture Investors, Forschungsseminar, Kochel am See, Februar

Mueller-Langer, F.

2016

On Access to Research in Developing Countries: Empirical Evidence from Article-Level Data, Munich Summer Institute, München, Juni

Replication in Economics: A Matter of Impact, EDaWaX-Abschlussworkshop, München, Mai

On (Open) Access to Research in Developing Countries: Empirical Evidence from Article-Level Data, Forschungsseminar, Schneefernerhaus (Zugspitze), Februar

Replication in Economics: A Matter of Impact, TIME Kolloquium, München, Februar

2015

How Many More Cites is a \$3,000 Open Access Fee Buying You? Empirical Evidence from a Natural Experiment, Annual Conference of the European Policy for Intellectual Property Association, Glasgow, September

e-Books, Alumnikonferenz des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb, München, Juni

Determinants of Replication, Forschungsseminar, Schloss Ringberg, Juni

How Many More Cites is a \$3,000 Open Access Fee Buying You? Empirical Evidence from a Natural Experiment, Workshop "The Future of Scholarly Communication in Economics", ZBW, Hamburg, März

The Hybrid Open Access Citation Advantage: How Many More Cites Is A \$3000 Fee Buying You? Forschungsseminar, Kochel am See, Februar

Nothelfer, S.

2017

Foreign Language Effects on Creativity, Cheating, and Cooperation, CDTM Doktorandenseminar, Bernried, August

Foreign Language Effects on Creativity, CDTM Doktorandenseminar, München, Juni

Foreign Language Effects, CDTM Doktorandenseminar, München, Februar

Poege, F.

2017

R&D Investments, Innovation and Corporate Taxation: Evidence from German Municipalities, Munich Graduate School of Economics, Ludwig-Maximilians-Universität, München, Oktober

Pu, Z.

2017

Taking the Crowd by the Hand – The Intermediary Role of Crowdfunding Platforms, EARIE Annual Conference 2017, Maastricht University, Maastricht, August

Taking the Crowd by the Hand – The Intermediary Role of Crowdfunding Platforms, Munich Summer Institute, München, Juni

Taking the Crowd by the Hand – The Intermediary Role of Crowdfunding Platforms, Competition and Innovation Summer School (CISS), Cala Liberetto, Juni

Taking the Crowd by the Hand – The Intermediary Role of Crowdfunding Platforms, 15th ZEW Conference on the Economics of Information and Communication Technologies, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim, Juni

Taking the Crowd by the Hand – The Intermediary Role of Crowdfunding Platforms, 3rd Industrial Organisation of the Digital Economy Workshop, HEC Liège, Liège, März

Taking the Crowd by the Hand – The Intermediary Role of Crowdfunding Platforms, Munich TIME Colloquium, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, Januar

2016

Taking the Crowd by the Hand – The Intermediary Role of Crowdfunding Platforms, 4th Crowdfunding Symposium, München, November

Rosendahl Huber, L.

2017

The Effects of Innovation Vouchers on Innovation Activity and Performance of SMEs in the UK – A Randomized Controlled Trial, IGL Winter Research Meeting 2017, Washington, Dezember

The Effects of Same-Gender Role Models in Entrepreneurship Education: Insights from a Field Experiment, Invited Seminar at the Chair of Empirical Research in Business, Industrial Relations and HRM, Universität Zürich, Zürich, November

Relative Age Differences in Non-Cognitive Skills, Lindau Meetings for Nobel Laureates, Lindau, August

The Effects of Same-Gender Role Models in Entrepreneurship Education: Insights from a Field Experiment, Oxford Residence Week for Entrepreneurship Scholars, Oxford, Juni

2016

Are Entrepreneurs Lone Wolves? An Experimental Analysis of Sorting Into Teams, Maastricht University School of Business and Economics, Maastricht, November

Youth Start Entrepreneurial Challenges – Policy Experimentation Project, Forschungsseminar, Chiemsee, September

Are Entrepreneurs Lone Wolves? An Experimental Analysis of Sorting Into Teams, Academy of Management 2016, Anaheim, August

Are Entrepreneurs Lone Wolves? An Experimental Analysis of Sorting Into Teams, Saïd Business School, Oxford, Juli

Are Entrepreneurs Lone Wolves? An Experimental Analysis of Sorting Into Teams, Behavioral Decision Research in Management, Rotman School of Management, University of Toronto, Toronto, Juni

Are Entrepreneurs Lone Wolves? An Experimental Analysis of Sorting Into Teams, Munich Summer Institute, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, Juni

The Effect of Personalized Tax Training on Entrepreneurial Performance: Evidence from Randomized Field Experiment, Forschungsseminar, Zugspitze, Februar

Schmitt, M.

2017

Equity Crowdfunding in Germany and the UK: Follow-up Funding and Firm Survival. 5th Crowdinvesting Symposium, Humboldt-Universität, Berlin, Oktober

Does a Local Bias Exist in Equity Crowdfunding? DRUID Conference, NYU Stern School of Business, New York, Juni

Does a Local Bias Exist in Equity Crowdfunding? Darden & Cambridge Judge Entrepreneurship and Innovation Research Conference, University of Cambridge, Juni

Does a Local Bias Exist in Equity Crowdfunding? American Law and Economics Association – Annual Meeting, Yale University, New Haven, Mai

Does a Local Bias Exist in Equity Crowdfunding? Royal Economic Society – Annual Conference, University of Bristol, Bristol, April

Does a Local Bias Exist in Equity Crowdfunding? Finance Seminar, Schulich School of Business, York University, York, März

Does a Local Bias Exist in Equity Crowdfunding? TIME Kolloquium, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, Januar

2016

Equity Crowdfunding in Germany and the UK, 4th Crowdfunding Symposium, München, November

Equity Crowdfunding in Germany and the UK, Forschungseminar, Chiemsee Fraueninsel, September

Is There a Local Bias in Crowdfunding? The Impact of Investor Types and Portal Design, 3rd ZEW Conference on the Dynamics of Entrepreneurship, ZEW, Mannheim, Juni

Steinle, C.

2016

Interdependency Between Personality, Social Network and Performance of Inventors – Empirical Analyses of Survey and Patent Data, Chiemsee Fraueninsel, September.

Interdependency Between Personality, Social Network and Performance of Inventors, TIME Kolloquium, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, Februar

Interdependency Between Personality, Social Network and Performance of Inventors, Forschungseminar, Schneefernerhaus (Zugspitze), Februar

2015

Moderation Panel „Employee Creativity in Research & Development – Individual Level Results“, Workshop Human Capital & Innovation, Brandenburg an der Havel, Juli

Interdependency of Personality, Social Network and Performance of Inventors – Status Report, Forschungseminar, Schloss Ringberg, Juni

Zusammenhang zwischen Persönlichkeit, sozialem Netzwerk und Leistung von Erfindern – Statusreport, Forschungseminar, Kochel am See, Februar

Stellner, F.

2015

Technological Distance: Theoretical Foundations, Statistical Analysis and Application to Mergers and Acquisitions, IO and Trade Seminar, Ludwig-Maximilians-Universität, München, Mai

Stoll, S.

2015

Deferred Patent Examination, European Policy for Intellectual Property 10th Annual Conference, Glasgow, September

Exploring the Opacity of the Patent System – Evidence from a Natural Experiment, Annual Conference of the Verein für Socialpolitik, Münster, September

Deferred Patent Examination, 42nd EARIE Annual Conference, München, August

Deferred Patent Examination, DRUID15 Conference on the Relevance of Innovation at LUISS Business School, Rom, Juni

Deferred Patent Examination, SFB/TR 15 Young Researchers Workshop, Bonn, April

Deferred Patent Examination, Forschungseminar, Kochel am See, Februar

Streicher, M.

2017

The Nokia Shock: Entrepreneurial Spawning in Finland – Data Set and First Results, Forschungseminar, Bernried am Starnberger See, Juli

Business Acceleration: A Game Changer for Entrepreneurial Ventures, CISS Summer School, Cala Liberotto, Juni

The Nokia Shock: Entrepreneurial Spawning in Finland, Forschungseminar, Schneefernerhaus (Zugspitze), März

2016

Business Acceleration: A Game Changer for Entrepreneurial Ventures – Project Study Outline and Preliminary Results, Forschungseminar, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, Chiemsee Fraueninsel, September

Konferenz zu Innovation, Personality Traits and Entrepreneurial Failure, Brown-Bag-Seminar, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, April

Does Practice Make Entrepreneurs? Exploratory Results From the Fraunhofer Case, Forschungseminar, Schneefernerhaus (Zugspitze), Februar

2015

Business Acceleration – The Impact of Accelerator Programs on Startup Performance, Alumni Jahresabschluss-Symposium, München, Dezember

Business Acceleration: A Game Changer for Entrepreneurial Ventures, Guest Seminar for Amsterdam Students of Entrepreneurship, München, November

Business Acceleration: A Game Changer for Entrepreneurial Ventures – Research design and questionnaire development, Forschungsseminar, Schloss Ringberg, Juni

Konferenzbeitrag zu: When Listening to Users is Right After All – A Contingent Analysis of the Sources of Disruptive Innovation, TIME Kolloquium, April

Business Acceleration: A Game Changer for Entrepreneurial Ventures – First Ideas, Conceptualization and Methodological Considerations, Forschungsseminar, Kochel am See, Februar

Stürz, R.

2017

Nutzerverhalten deutscher Verbraucher im Internet, Forschungsseminar Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, Bernried, August

Urheberrecht: Empirische Aspekte – Update: Copyright Infringement Tracker, 2nd Joint Research Workshop on Prosumerism and Copyright, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, Juli

Nutzerverhalten deutscher Verbraucher im Internet, Forschungsseminar, Schneefernerhaus (Zugspitze), März

2016

MPI / MCIR Forschungsprojekt zum Nutzerverhalten im Internet, Workshop Internet und Urheberrecht, Wien, Dezember

Forschungsprojekt zum Nutzerverhalten im Internet, Abschluss MCIR Phase I – Ergebnispräsentation Ministerium, Bayerische Akademie der Wissenschaften, München, Dezember

Online Copyright Infringement Tracker in Germany: Changes, Adaptions and the First Wave, CREATE workshop on Online Copyright Infringement (OCI), London, November

MCIR – DII Forschungsprojekt Nutzerverhalten im Internet, Forschungsseminar, Chiemsee Fraueninsel, September

Wissenschaftliche Methoden der BWL und MPI / MCIR Forschungsprojekt zum Nutzerverhalten im Internet, Workshop Internet und Urheberrecht, München, August

Firm Survival in Vertically Related Populations: The Case of the German Piano Industry, Nineteenth Annual Meeting of Organizational Ecologists, Catania, Juni

Projektvorstellung: MCIR und Deutsches Internet-Institut sowie Befragung zum Nutzerverhalten im Internet, Forschungsseminar, Schneefernerhaus (Zugspitze), Februar

2015

Evolution and Survival of Vertically Related Industry Populations: The Case of the German Piano Industry, Research and Doctoral Seminar, Durham University Business School, Durham, Oktober

Evolution of Vertically Related Industry Populations: The Case of the German Piano Industry, 2015 Annual Meeting of the Academy of Management, Vancouver, August

Evolution of Vertically Related Industry Populations: The Case of the German Piano Industry, DRUID15 Conference, Rom, Juni

Patentverhalten im Vergleich am Beispiel eines Volkswagenstiftungsprojektes, Forschungsseminar, Kochel am See, Februar

Suyer A.

2016

MPI / MCIR Forschungsprojekt zum Nutzerverhalten im Internet, Workshop Internet und Urheberrecht, Wien, Dezember

MCIR – DII Forschungsprojekt Nutzerverhalten im Internet, Forschungsseminar, Chiemsee Fraueninsel, September

Wissenschaftliche Methoden der BWL und MPI / MCIR Forschungsprojekt zum Nutzerverhalten im Internet, Workshop Internet und Urheberrecht, München, August

Diskussion zu “Patent Oppositions in Networks: An Analysis of the Cosmetics Industry” von Malte Doehne und Markus Lang, Brown-Bag-Seminar, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, Juli

Projektvorstellung: MCIR und Deutsches Internet-Institut sowie Befragung zum Nutzerverhalten im Internet, Forschungsseminar, Zugspitze, Februar

Diskussion zu “Lifting the Veil on Patents and Inventions: Implications for Strategy Research” von Oliver Alexy et al., TIME Kolloquium, Technische Universität München, Januar

2015

Urheberrecht und Innovation in digitalen Märkten, Forschungsseminar, Schloss Ringberg, Juni

Ideologie und technologischer Wandel, Forschungsseminar, Kochel am See, Februar



Doktorandinnen und Doktoranden mit Postdocs vor der Posterpräsentation, Kuratoriumssitzung am 14. Juni 2017



3 Geförderte Forschungsarbeiten

3.1 Abgeschlossene Forschungsarbeiten

Dissertationen

2017

Matthias Dörner: Labor Market Outcomes and Industrial Dynamics – Empirical Analyses of Germany

Erstgutachter: Prof. Dr. Dr. Thomas Brenner (Philipps-Universität Marburg)

Zweitgutachter: Prof. Dr. Guido Bünstord (Universität Kassel)

Abgabe: 03. November 2017

Mündliche Prüfung: 11. April 2018

Matthias Schmitt: Equity Crowdfunding: Local Bias, Capital Structure, and Venture Performance

Erstgutachter: Prof. Dr. Lars Hornuf (Universität Trier)

Zweitgutachter: Prof. Dr. Jörn Block (Universität Trier)

Abgabe: 24. Oktober 2017

Mündliche Prüfung: 05. Januar 2018

2016

Christian Steinle: Persönlichkeit, soziale Netzwerke und Leistung von Erfindern in Deutschland: Empirische Analysen von Befragungs- und Patentdaten

Erstgutachter: Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.

Zweitgutachter: Prof. Dr. Tobias Kretschmer (Ludwig-Maximilians-Universität)

Abgabe: 05. August 2016

Beschluss des Prüfungsausschusses: 16. November 2016

Veröffentlichung: **Steinle, Christian** (2017). Persönlichkeit, soziale Netzwerke und Leistung von Erfindern. Wiesbaden: Springer Gabler.

2015

Fabian Gaessler: Enforcing and Trading Patents – Evidence for Europe

Erstgutachter: Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.

Zweitgutachter: Prof. Dr. Tobias Kretschmer (Ludwig-Maximilians-Universität)

Abgabe: 24. Juli 2015

Beschluss des Prüfungsausschusses: 04. November 2015

Veröffentlichung: **Gaessler, Fabian** (2016). Enforcing and Trading Patents – Evidence for Europe. Wiesbaden: Springer Gabler.

Florian Stellner: Technological Distance: Theoretical Foundations, Statistical Analysis and Application to Mergers and Acquisitions

Erstgutachter: Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.

Zweitgutachter: Prof. Dr. Tobias Kretschmer (Ludwig-Maximilians-Universität)

Abgabe: 08. Januar 2015

Beschluss des Prüfungsausschusses: 13. Mai 2015

Veröffentlichung: **Stellner, Florian** (2015): Technological Distance: Theoretical Foundations, Statistical Analysis and Application to Mergers and Acquisitions. Norderstedt: Books on Demand.

Alexander Suyer: Ideologie und technologischer Wandel – eine empirische Untersuchung der Adoption von Elektromobilität

Erstgutachter: Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.

Zweitgutachter: Prof. Dr. Dres. h.c. Arnold Picot (Ludwig-Maximilians-Universität)

Abgabe: 05. Januar 2015

Beschluss des Prüfungsausschusses: 13. Mai 2015

Veröffentlichung: **Suyer, Alexander** (2017). Ideologie und Technologischer Wandel: Eine empirische Untersuchung der Adoption von Elektromobilität. Berlin: Pro Business.

3.2 Laufende Forschungsarbeiten

Dissertationen

Laura Aline Bechthold: Nature or Nurture? – Fostering Female Entrepreneurship

Lorenz Brachtendorf: Standard-Essential Patents and Technical Standards

Dennis Byrski: Essays on Technology Change in Health Care and Pharmaceutical Markets

Jonas Heite: Essays On Entrepreneurship and Contests Using Experiments

Michael Mödl: Effects of Crowdfunding on Venture Investors' Decision Making

Stefan Nothelfer: Foreign Language Effects on Creativity, Cheating and Cooperation

Felix Poege: Essays on Corporate Innovation and the Public Sector

Zhaoxin Pu: Innovation, Knowledge Spillovers and Digitalization

Stefan Sorg: Essays on the Economics of Patents

Magdalena Streicher: Essays on Business Acceleration and Entrepreneurship

C

4 Mitwirkung an weiteren Promotionsverfahren

4.1 Zweitgutachten

2017

Chen Li: Locations of Foreign Direct Investment: The Role of Immigrants, Bilateral Investment Treaties and Patents

Erstgutachter: Prof. Dr. Monika Schnitzer
(Ludwig-Maximilians-Universität)

Zweitgutachter: Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.

Mündliche Prüfung: 03. Mai 2017

2015

Henri de Belsunce: Firm Behaviour under Uncertainty and Legal Challenges

Erstgutachter: Prof. Dr. Klaus M. Schmidt
(Ludwig-Maximilians-Universität)

Zweitgutachter: Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.

Mündliche Prüfung: 27. Oktober 2015

Andreas Dinkel: Tax Attractiveness and Location Decisions of Multinationals

Erstgutachter: Prof. Dr. Deborah Schanz
(Ludwig-Maximilians-Universität)

Zweitgutachter: Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.

Beschluss des Prüfungsausschusses: 13. Mai 2015

4.2 Mitwirkung an Promotionsverfahren im Ausland

2017

Jurriën Bakker: A Fresh Look at Patent Citation (KU Leuven, Faculty of Economics and Business)

Erstgutachter: Prof. Dr. Bart Van Looy

Zweitgutachter: Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.

Mündliche Prüfung: 14. Dezember 2017
(Teilnahme per Skype)

Curdin Pfister: Different Educational Structures and their Economic Impact on Individuals and the Economy (University of Zurich, Faculty of Economics, Business Administration and Information Technology)

Erstgutachter: Prof. Dr. Uschi Backes-Gellner

Zweitgutachter: Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.

Mündliche Prüfung: 1. September 2017

5 Lehrtätigkeiten

Laura Aline Bechthold

TU München,
Ludwig-Maximilians-Universität München,
Center for Digital Technology and Management,
FH Dortmund,
Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

Christian Fons-Rosen

Universität Pompeu Fabra,
Université du Luxembourg

Fabian Gaessler

Munich Intellectual Property Law Center (MIPLC)

Dietmar Harhoff

Ludwig-Maximilians-Universität München,
MIT Sloan School of Management

Jonas Heite

Ludwig-Maximilians-Universität München

Karin Hoisl

Universität Mannheim,
Copenhagen Business School,
Ludwig-Maximilians-Universität München,
IMPRS-CI

Lars Hornuf

Universität Trier,
Universität Bremen,
German Graduate School of Management and Law

Marco Kleine

Ludwig-Maximilians-Universität München,
Munich Intellectual Property Law Center (MIPLC)

Michael Mödl

Ludwig-Maximilians-Universität München,
TU München

Frank Mueller-Langer

Ludwig-Maximilians-Universität München,
Munich Intellectual Property Law Center (MIPLC),
Universität St. Gallen,
FOM,
IMPRS-CI

Stefan Nothelfer

Center for Digital Technology and Management

Felix Poege

Ludwig-Maximilians-Universität München,
IMPRS-CI

Laura Rosendahl Huber

Ludwig-Maximilians-Universität München,
Universiteit Maastricht School of Business and Economics,
Universität Zürich

Christian Steinle

Ludwig-Maximilians-Universität München

Magdalena Streicher

Ludwig-Maximilians-Universität München,
European Triple Degree Program

Roland A. Stürz

Ludwig-Maximilians-Universität München,
IMPRS-CI,
Munich Intellectual Property Law Center (MIPLC)



Postdoc Laura mit Doktorandin Laura – Fostering Female Entrepreneurship, ein gemeinsames Projekt der Mitarbeiterinnen Rosendahl Huber und Bechthold, vorgestellt bei der Posterpräsentation, Kuratoriumssitzung am 14. Juni 2017

6 Ehrungen, Preise, sonstige Auszeichnungen

2017

Matthias Dörner hat ein Forschungsstipendium des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg erhalten.

Fabian Gaessler hat die Otto-Hahn-Medaille der Max-Planck-Gesellschaft erhalten.

Michael Mödl hat den Best Doctoral Paper Award der Leuphana Conference on Entrepreneurship erhalten.

Michael Mödl hat den Steven Klepper Award for Best Young Scholar Paper der DRUID17 Conference erhalten.

Magdalena Streicher hat auf Einladung von Prof. Åstebro von Oktober bis Dezember an dem Seminar „Economic Decision Sciences“ an der HEC Paris teilgenommen.

2016

Matthias Dörner hat ein Forschungsstipendium des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg erhalten.

Matthias Dörner, Dietmar Harhoff und **Karin Hoisl** haben den AoM TIM Best Paper Award (Academy of Management Meeting) erhalten.

Michael Mödl hat den KSG Best Entrepreneurship Research Award erhalten.

Zhaoxin Pu wurde in das Ludwig-Maximilians-Universität München Mentoring Programm aufgenommen, das hochqualifizierte Nachwuchswissenschaftlerinnen bei ihrer Wissenschaftskarriere unterstützt.

2015

Matthias Dörner hat das GradAB Stipendium des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) erhalten.

Dietmar Harhoff wurde am 20. Februar 2015 vom Plenum der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (BAW) zum neuen Mitglied gewählt.



v.l.n.r.: Marleen Schreiber (Karl Schlecht Stiftung), Prof. Dr. Jörn Hendrich Block (Universität Trier, Präsidium FGF e.V. und Jury), Michael Mödl

Am 6. Oktober 2016 hat Michael Mödl im Rahmen des G-Forums, der 20. Interdisziplinären Jahreskonferenz zu Entrepreneurship, Innovation und Mittelstand in Leipzig, den KSG Best Entrepreneurship Research Award 2016 für seine Arbeit "Is Wisdom of the Crowd a Positive Signal? Effects of Crowdfunding of Subsequent Venture Capital Selection" erhalten.

7 Projekte mit Drittmittelförderung

Dorner, Matthias; Gaessler, Fabian; Hoisl, Karin; Poege, Felix: DFG-Projekt “The Effects of Inventor Mobility on Productivity in Agglomerations and Teams – Evidence Based on Linked Inventor-Biography Data”

Harhoff, Dietmar; Kleine, Marco; Pu, Zhaoxin: DFG-Projekt „Sonderforschungsbereich/Transregio 190 Rationality and Competition (SFB/TRR 190)“, zusammen mit Prof. Dr. Monika Schnitzer (Ludwig-Maximilians-Universität)

Harhoff, Dietmar; Pu, Zhaoxin: „Internetbasierte Technologien und Digitale Geschäftsmodelle – Analysen zum Innovationsverhalten kleiner und mittelständischer Unternehmen in Deutschland“, unterstützt vom Munich Center for Internet Research (MCIR) an der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, mit Partnern von TU München, Ludwig-Maximilians-Universität und dem Center for Digital Technology and Management (CDTM)

Harhoff, Dietmar; Stürz, Roland A.; Suyer, Alexander: „Nutzung urheberrechtlich geschützter Inhalte im Internet durch deutsche Verbraucher“, unterstützt vom Munich Center for Internet Research (MCIR) an der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

Hornuf, Lars; Schmitt, Matthias: DFG-Projekt “Crowdfunding in Germany, England and the USA: Regulatory Perspectives and Welfare Implications of a New Financing Scheme”

Harhoff, Dietmar; Mueller-Langer, Frank: DFG-Projekt “European Data Watch Extended” (EDaWaX) und “European Data Watch Extended II”, zusammen mit Prof. Dr. Gert G. Wagner (DIW Berlin) und Prof. Dr. Klaus Tochtermann (Universität Kiel).

Hoisl, Karin; Steinle, Christian: DFG-Projekt „Clean Technology-Innovation in Deutschland: Humankapitalakkumulation bei heterogenen Wissensinputs“

Eckardt, Sarah; Streicher, Magdalena: DLR-gefördertes Projekt zur Weiterentwicklung, Erprobung und Validierung des Messinstrumentes “Innovation & Intrapreneurship Climate Index (I2CI)” in außeruniversitären Forschungseinrichtungen“, in Kooperation mit Fraunhofer Venture, München, und Fraunhofer IPA, Stuttgart





IV Veranstaltungen

1 Veranstaltungen der Abteilung

→ Siehe auch B IV 1
Veranstaltungen des Instituts
S. 220 ff.

1.1 Veranstaltungsreihen – Forschungsseminare

1.1.1 Forschungsseminare

Die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung des Instituts veranstaltet zweimal jährlich Forschungsseminare für Doktorandinnen und Doktoranden sowie Postdocs der Abteilung. Hierzu werden seit 2018 auch externe Wissenschaftler geladen, die bei der Betreuung der Promovierenden mitwirken.

Bernried, 31. Juli–02. August 2017

Schneefernerhaus/Zugspitze, 07.–09. März 2017

Fraueninsel/Chiemsee, 13.–15. September 2016

Schneefernerhaus/Zugspitze, 22.–24. Februar 2016

Schloss Ringberg, 17.–19. Juni 2015

Kochel am See, 10.–12. Februar 2015

1.1.2 TIME Kolloquium

Das TIME Kolloquium ist ein gemeinsames Forschungsseminar der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Instituts mit dem Institut für Strategie, Technologie und Organisation (ISTO) der Ludwig-Maximilians-Universität und dem Institut für Technologie- und Innovationsmanagement (TIM) der TU München. Die Organisation wird abwechselnd von den beteiligten Institutionen übernommen. Bei jedem Treffen stellen zwei Wissenschaftler/innen Forschungsergebnisse vor, die dann in einem Korreferat besprochen werden. Das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb war Gastgeber folgender Veranstaltungen:

Stefano Baruffaldi, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, "International Mobility and Research Careers: Evidence from a Mobility Grant Program", 07. Juni 2017

Jonas Heite, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, "Pressure in Crowdsourcing Contests", 07. Juni 2017

Fabian Gaessler, und Zhaoxin Pu, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, "Taking the Crowd by the Hand – The Intermediary Role of Crowdfunding Platforms", 18. Januar 2017

Matthias Schmitt, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, "Does A Local Bias Exist in Equity Crowdfunding?", 18. Januar 2017

Michael Mödl, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, "Is Wisdom of the Crowd a Positive Signal? Effects of Prefunding on Subsequent Venture Capital Selection", 27. Juli 2016

Stefan Sorg, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, "The Selection of Patents for Litigation", 27. Juli 2016

Frank Müller-Langer, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, "Replication in Empirical Economics: A Matter of Impact and Efficiency", 03. Februar 2016

Christian Steinle, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, "Interdependency between Personality, Social Networks and Performance of Inventors – Approach and Preliminary Stage Results", 03. Februar 2016

Laura Rosendahl Huber, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, "Jacks-of-all-trades? The Effects of Balanced Skills on Team Performance", 24. Juni 2015

Stefan Sorg, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, "Chaos in the Neighborhood: A Local Dynamic Game with Lagged Information", 24. Juni 2015

Marco Kleine, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, "Communication and Trust in Principal-Team Relationships: Experimental Evidence", 14. Januar 2015

Tobias Kretschmer, ISTO Ludwig-Maximilians-Universität München, "Searching in Teams: An Experimental Study of Aggregation and Incentives", 14. Januar 2015

1.1.3 Munich Innovation Seminar (MIS)

Das Munich Innovation Seminar (MIS) ist ein gemeinsames Forschungsseminar der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Instituts mit dem CESifo, der Ludwig-Maximilians-Universität und der TU München. Das Seminar wird gefördert vom Collaborative Research Center DFG CRC TRR 190 "Rationality and Competition". Das Max-Planck Institut für Innovation und Wettbewerb war Gastgeber folgender Veranstaltungen:

Sabrina Howell, NYU, "Learning from Feedback: Evidence from New Ventures", 07. November 2017

Margaret Kyle, MINES ParisTech, "Are Important Innovations Rewarded? Evidence from Pharmaceutical Markets", 11. Oktober 2017

Alexander Oettl, Georgia Tech, "Microgeography, Technology Adaption, and Entrepreneurial Learning", 25. September 2017

Florian Schuett, Tilburg University, "Screening for Patent Quality: Examination, Fees, and the Courts", 12. Juli 2017

Mirco Draca, University of Warwick, "Cascading Innovation", 03. Juli 2017



Forschung mit Weitblick – Forschungsseminar der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung von 22.-24. Februar 2016 im Schneefernerhaus auf der Zugspitze.

1.1.4 Munich Summer Institute (MSI)



Das Munich Summer Institute (MSI) wird seit 2016 gemeinsam mit dem Center for Law & Economics der ETH Zürich, dem Institut für Technologie- und Innovationsmanagement (TIM) der TU München und dem Institut für Strategie, Technologie und Organisation (ISTO) der Ludwig-Maximilians-Universität veranstaltet. In den Jahren 2016 und 2017 nahmen jeweils rund 80 international anerkannte Forscherinnen und Forscher an der dreitägigen Veranstaltung teil, um neueste Entwicklungen und Herausforderungen im interdisziplinären Forschungsfeld der Innovation zu diskutieren. Die Konferenz erhält inzwischen über 200 Einreichungen. Neben 18 Vollpräsentationen werden etwa 30 Forschungsposter vorgestellt. Ziel des MSI ist es, den internationalen Austausch unter den Forschenden zu fördern und München als Forschungsstandort international bekannt zu machen.

München, 29.–31. Mai 2017

(Referenten in alphabetischer Namensfolge)

David Abrams (University of Pennsylvania)
Sina Ates (Federal Reserve Board)
Sandra Barbosu (University of Toronto, Rotman)
Barton Beebe (New York University School of Law)
Anil Doshi (UCL School of Management)
Michael Frakes (Duke University)
Fabian Gaessler (Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb)
Neil Gandal (Tel Aviv University, CEPR)
Stuart Graham (Georgia Institute of Technology)
Joshua Krieger (MIT Sloan School of Management)
Aija Leiponen (Cornell University)
Eduardo Melero (Universidad Carlos III de Madrid)
Ali Mohammadi (School of Business, Economics and Law, University of Gothenburg)

Gabriel Natividad (Universidad de Piura)
Mirjam van Praag (Copenhagen Business School)
Henry Sauermann (ESMT Berlin)
Ananya Sen (MIT Sloan School of Management)
Michael Shur-Ofry (Hebrew University of Jerusalem)
Neil Thompson (MIT Sloan School of Management)
Wesley Wu-Yi-Koo (Stanford University)
Pai-Ling Yin (University of Southern California)

München, 20.–22. Juni 2016

(Referenten in alphabetischer Namensfolge)

David Abrams (University of Pennsylvania)
John Allison (University of Texas at Austin)
Thomas Astebro (HEC Paris)
Benjamin Balsmeier (TU Freiburg, Westfälische Wilhelms-Universität Münster)
Carmelo Cennamo (Bocconi University)
Chris Forman (Georgia Institute of Technology)
Neil Gandal (Tel Aviv University)
Patrick Gaule (CERGE-EI)
Georg von Graevenitz (Queen Mary University of London)
Shane Greenstein (Harvard)
Michael Kummer (Georgia Institute of Technology)
Christian Peukert (University of Zurich)
Gaétan de Rassenfosse (EPFL École Polytechnique Fédérale de Lausanne)
Laura Rosendahl Huber (Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb)
Pamela Samuelson (UC Berkeley)
Mark Schankerman (London School of Economics)
Ananya Sen (Toulouse School of Economics)
Martin Watzinger (Ludwig-Maximilians-Universität München)
Kenneth Younge (EPFL École Polytechnique Fédérale de Lausanne)
Dainis Zegners (Ludwig-Maximilians-Universität München)
Arvids Ziedonis (Boston University)
Rosemary Ziedonis (Boston University)



Die Teilnehmer des Munich Summer Institute (MSI) von 29.–31. Mai 2017.



1.1.5 Brown-Bag-Seminare mit Gastvorträgen

Die Brown-Bag-Seminarreihe der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung wurde kurz nach deren Einrichtung im Jahr 2013 ins Leben gerufen. Sie ist mittlerweile eine fest etablierte Größe in der Münchner Forschungslandschaft und wird auch von externen Forschenden und Studierenden, etwa der LMU und TU München, regelmäßig besucht. Seit Einrichtung der Reihe haben inzwischen knapp hundert Gastvorträge stattgefunden – üblicherweise in zweiwöchigem Turnus.

Ludvig Levasseur, PSL-Universität Paris-Dauphine, “Venture Capital Research: Review and Mixed Methods Directions”, 06. Dezember 2017

Sen Chai, ESSEC Business School, “How Firms Frame Catastrophic Failures”, 30. November 2017

Michael Dahl, Aarhus University, “Career Effects of Mental Health”, 22. November 2017

Lutz Bornmann, Max-Planck-Gesellschaft, “Normalization of Citation Impact”, 14. November 2017

Dennis Verhoeven, KU Leuven, “Potluck or Chef de Cuisine? Knowledge Diversity, Teams and Breakthrough Invention”, 18. Oktober 2017

Michael Neumann, Universität Bayreuth, “Functions and Conflicts of Patents in Public Basic Science”, 12. September 2017

Roman Fudickar, TU München, “Research at the Frontier of Knowledge: Comparing Text Similarity Indicators with Citation Counts to Measure Scientific Excellence”, 12. September 2017

Veikko Thiele, Queen’s University, “Deep Pockets and the Valuation of Start-ups”, 30. August 2017

Mirco Draca, University of Warwick, “Cascading Innovation”, 03. Juli 2017

Ariel D. Stern, Harvard Business School, “Software-Driven Innovation and Medical Technology”, 19. Juni 2017

Simeon Schudy, Ludwig-Maximilians-Universität München, “Incentivizing Complex Problem Solving in Teams – Evidence From a Field Experiment”, 14. Juni 2017

Federica Coelli, University of Oslo, “Better, Faster, Stronger: Global Innovation and Trade Liberalization”, 09. Juni 2017

Tim W. Dornis, Leuphana Universität Lüneburg, “Behind the Steele Curtain: An Empirical Study of Trademark Conflicts, 1952–2016”, 10. Mai 2017

- Thomas Astebro**, HEC Paris, "The Effects of a Training Program to Encourage Social Entrepreneurship", 04. Mai 2017
- Corinna Coupette**, Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen, "Measuring the Law – A Network Science Perspective on Constitutional Jurisprudence", 26. April 2017
- Roya Ghafele**, University of Oxford, "What Patent Policy for the Internet of Things?", 01. März 2017
- Malwina Mejer**, Europäische Kommission, "Dual Trademark System in Europe", 28. Februar 2017
- Cédric Gutierrez**, HEC Paris, "The Impact of Overconfidence and Ambiguity Attitude on Market Entry", 22. Februar 2017
- Hanna Hottenrott**, Technische Universität München, "Direct and Cross Scheme Effects in a Research and Development Subsidy Program", 14. Februar 2017
- Karl Wennberg**, Stockholm School of Economics, "Government-sponsored Entrepreneurship Education: Can Less Be More?", 01. Februar 2017
- Raphal Zingg**, ETH Zürich, "Protection Heterogeneity in a Harmonized European Patent System", 17. Januar 2017
- Abbie Griffin**, University of Utah, "The Managerial Bias for High End Projects in New Product Development: Why Firms Have Trouble Innovating for the Bottom of the Pyramid", 30. November 2016
- Paolo Zacchia**, IMT School for Advanced Studies Lucca, "Benefiting Colleagues but not the City: Localized Spillovers from the Relocation of Superstar Inventors", 21. November 2016
- Mirjam van Praag**, Copenhagen Business School, "The 'Entrepreneurial Boss' Effect on Employees' Future Entrepreneurship Choices: A Role Model Story?", 08. November 2016
- Steffen Juranek**, Norwegian School of Economics, "Taxing Royalty Payments", 25. Oktober 2016
- Daniel Gross**, Harvard Business School, "Creativity Under Fire: The Effects of Competition on Creative Production", 19. Oktober 2016
- Marie und Jerry Thursby**, Georgia Institute of Technology, "Prepublication Information Sharing and Research Productivity: The Case of Academic Scientists", 12. Oktober 2016
- Rinat Sergeev**, Harvard University, "Using Crowds to Crack Algorithmic Problems", 07. Oktober 2016
- Jana Gallus**, UCLA Anderson School of Management, "Forstoring Public Good Contributions with Symbolic Awards: A Natural Field Experiment at Wikipedia", 06. Oktober 2016
- Malte Doehne**, Ludwig-Maximilians-Universität München, "Patent Oppositions in Networks: Analysis of the Cosmetic Industry?", 19. Juli 2016
- Stefan Wagner**, European School of Management and Technology, "Knowing Me, Knowing You: Inventor Mobility and the Formation of Technology-Oriented Alliances", 13. Juli 2016
- Yassine Lefouili**, Toulouse School of Economics, "Cross-Licensing and Competition", 07. Juli 2016
- Emeric Henry**, Sciences Po, "Social Motives and the Success of Organizations – Evidence from Open Source Software", 06. Juli 2016
- Thomas Fackler**, Ludwig-Maximilians-Universität München, "Knowledge Remittances: Does Emigration Foster Innovation?", 08. Juni 2016
- Pooyan Khashabi**, Ludwig-Maximilians-Universität München, "Embracing the Sharks – The Impact of Information Exposure on the Likelihood and Quality of CVC Investments", 18. Mai 2016
- Oliver Baumann**, University of Southern Denmark, "Regulating Organizational Search: Internal Social Comparisons and Adaptation in Multi-Unit Firms", 27. April 2016
- Eszter Czibor**, University of Chicago, "Women Do Not Play Their Aces – The Consequences of Shying Away", 26. April 2016
- Uwe Cantner**, Friedrich-Schiller-Universität Jena, "Innovation, Personality Traits and Entrepreneurial Failure", 20. April 2016
- Justin Tumlinson**, ifo-Institut, "Unobserved Ability and Entrepreneurship", 06. April 2016
- Jian Wang**, University of Leuven, "Bias Against Novelty in Science: A Cautionary Tale for Users of Bibliometric Indicators", 27. Januar 2016
- Alexandra Zaby**, Universität Tübingen, "The Economics of Patents Backlog", 26. Januar 2016
- Travis Lybbert**, University of California, "How Do Patents Shape Global Value Chains? International and Domestic Patenting and Value-Added Trade", 05. November 2015
- Virgilio Failla**, Ludwig-Maximilians-Universität München, Institut für Strategie, Technologie und Organisation, "The Unpredictably Stable Entrepreneur", 04. November 2015
- Marina Schröder**, Universität zu Köln, "Quantity, Usability, and Novelty: The Effects of Incentives on Creativity", 28. Oktober 2015
- Georg von Graevenitz**, Queen Mary University, London, School of Business and Management, "Does Google Trends Data Really Predict Car Sales?", 21. Oktober 2015
- Patrick Waelbroeck**, Télécom ParisTech, Department of economics and social sciences, "On (Open) Access to Research in Developing Countries: Empirical Evidence from Article-Level Data", 14. Oktober 2015
- Lars Hornuf**, Universität Trier, "Funding Dynamics in Crowdinvesting", 01. Oktober 2015
- Bronwyn Hall**, University of California, Berkeley, "Taxation and Patent Transfers", 17. September 2015
- Mao Hao**, SIPO, China, Intellectual Property Development & Research Center, "Value of Patents and the Influencing Factors: Evidence from the Chinese Patent Survey", 13. August 2015

Steffen Juranek, Norwegian School of Economics, "Investing in Legal Advice – What Determines the Costs of Enforcing Intellectual Property Rights?", 06. August 2015

Bronwyn Hall, University of California, Berkeley, "Patent Thickets", 10. Juni 2015

Carlos Serrano, Universität Pompeu Fabra, Department of Economics and Business Economics, "Patent Collateral, Investor Commitment, and the Market for Venture Lending", 04. März 2015

Susanne Prantl, Universität zu Köln, "Competition, Patents and Innovation", 14. Januar 2015

1.2 Weitere Veranstaltungen

International Workshop on "New Innovation Policy", München, 20. Januar 2017

4th Crowdfunding Symposium, München, 04. November 2016

Alumnikonferenz, München, 27. Juni 2015

International Workshop on Patent Systems and Inventors, München, 16. Juni 2015



4th Crowdfunding Symposium am 4. November 2016.

Das Crowdfunding Symposium bietet Akademikern und Praktikern eine Plattform, sich über die neuesten Entwicklungen in diesem Bereich auszutauschen sowie sich untereinander zu vernetzen. Darüber hinaus wurde ein Forum geschaffen, welches den europäischen sowie die nationalen Gesetzgeber bei zukünftigen Gesetzesvorhaben und Gesetzesreformvorhaben auf wissenschaftlicher Basis informiert. Dafür wird jährlich ein Schwerpunkt definiert, der aus wirtschaftswissenschaftlicher und juristischer Perspektive aktuelle Fragen des Crowdfunding untersucht. Die Erkenntnisse aus den Symposien werden in den relevanten hochrangigen Fachzeitschriften publiziert.

Die jährliche Veranstaltung wurde von Prof. Dr. Lars Klöhn, Humboldt-Universität zu Berlin, und Prof. Dr. Lars Hornuf, Universität Bremen, initiiert und fand erstmals im Februar 2013 an der Ludwig-Maximilians-Universität München statt. Im Jahr 2016 wurde die Tagung am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb ausgerichtet. Lars Hornuf ist seit April 2016 im Rahmen des DFG-geförderten Forschungsprojekts „Crowdfunding in Deutschland, England und den USA: Regulierungsperspektiven und Wohlfahrts-effekte einer neuen Finanzierungsform“ Affiliated Research Fellow am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb.

2 Teilnahme an Konferenzen, Kongressen und Tagungen

2017

- Innovation Growth Lab (IGL) Winter Research Meeting, World Bank, Washington D.C., Dezember (**Heite, Rosendahl Huber**)
- Workshop „Weiterentwicklung der Indikatorik für Forschung und Innovation“, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin, Dezember (**Pu**)
- Future Labs on Urban Mobility, Munich Leadership Institute, Berlin, November (**Bechthold**)
- Munich Summer Institute Seminar, Université Leuven, Leuven, November (**Gaessler**)
- Forum Digital, Baunatal, November (**Hornuf**)
- Chancen und Risiken von Electronic Payment für Verbraucher, Verbraucherzentrale Bundesverband, Berlin, November (**Hornuf**)
- CDTM Doktorandenseminar, München, November (**Nothelfer**)
- EPO Patent Information Conference, Sofia, November (**Risteski**)
- Invited Seminar at the Chair of Empirical Research in Business, Industrial Relations and Human Resource Management, University of Zurich, Zürich, November (**Rosendahl Huber**)
- ALTEC Conference, Mexiko-Stadt, Mexiko, Oktober (**Hall**)
- Seminar NYU Stern School of Business, New York, Oktober (**Harhoff**)
- Vortrag zum 10. Jahrestag des Lehrstuhls für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzierung, Universität Regensburg, Regensburg, Oktober (**Hornuf**)
- 12th Nordic Conference on Behavioural and Experimental Economics, Universität Göteborg, Göteborg, Oktober (**Kleine**)
- CESifo Area Conference on Behavioural Economics, ifo-Institut, München, Oktober (**Kleine**)
- MGSE Kolloquium, Ludwig-Maximilians-Universität, München, Oktober (**Poege**)
5. Crowdfunding Symposium, Humboldt University, Berlin, Oktober (**Schmitt**)
- Supplementary Protection Certificates in Europe: Stakeholders' Seminar, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, September (**Byrski**)
- European Policy for Intellectual Property Annual Conference, Université de Bordeaux, Bordeaux, September (**Dorner, Gaessler, Hall**)
- Commodities, Wellbeing and Institutions Workshop at University of Guelph, Guelph, September (**Fons-Rosen**)
- Concord 2017, EU Joint Research Centre, Sevilla, September (**Hall**)
- 2017 International Conference on the Economics of Innovation, Genf, September (**Harhoff**)
- Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Universität Wien, Wien, September (**Hornuf**)
7. Alvara Innovationstage, Leipzig, September (**Hornuf**)
15. Meeting of the Central Banks and Monetary Authorities of the Organization of Islamic Cooperation (OIC) Member Countries, Bodrum, September (**Hornuf**)
- Zurich IP Retreat 2017: The Hindsight Bias in Patent Law, Institut für gewerblichen Rechtsschutz und ETH Zürich, Zürich, September (**Kleine**)
- 2nd Retreat of CRC TRR 190 (Collaborative Research Center Rationality and Competition), CRC TRR 190, München, September (**Kleine, Sorg**)
- SFB Seminar "Rationality and Competition" 2017-II, Evangelische Akademie, Tutzing, September (**Pu**)
- Joint CEPR Workshops on the Economics of Entrepreneurship and Organizational Economics, Copenhagen Business School, Kopenhagen, September (**Rosendahl Huber**)
- Academy of Management Annual Meeting, Atlanta, August (**Baruffaldi, Gaessler**)
- LSE Methods Summer Programme "Data Science and Big Data Analytics: An Introduction", London School of Economics, London, August (**Dorner**)
32. Annual Congress of the European Economic Association, University of Lisbon, Lissabon, August (**Hornuf, Mödl**)
- 44th Annual Conference of the European Association for Research in Industrial Economics (EARIE), Maastricht University School of Business and Economics, Maastricht, August (**Gaessler, Pu**)
- 6th Lindau Nobel Laureate Meeting on Economic Sciences, Lindau, August (**Pu, Rosendahl Huber**)
- Forschungsseminar, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, Marina Bernried, Bernried, Juli/August (**Baruffaldi, Bechthold, Brachtendorf, Byrski, Chochoiek, Dorner, Gaessler, Harhoff, Heite, Kleine, Mödl, Nothelfer, Poege, Pu, Risteski, Rosendahl Huber, Schmitt, Sorg, Streicher, Stürz, Suyer**)



Dietmar Harhoff bei der interdisziplinären International Conference on the Economics of Innovation: From Basic Research to the Market in Genf von 4.–6. September 2017



Summer School on Taxation and R&D, University of Mannheim, Mannheim, Juli **(Gaessler)**

15th Open User and Innovation Conference, Innsbruck, Juli **(Harhoff, Heite)**

40th NBER Summer Institute, Cambridge/MA, Juli **(Harhoff)**

2. Entrepreneurial Finance Conference, Vlerick Business School, Gent, Juli **(Hornuf, Mödl)**

World Finance Conference, Cagliari University, Cagliari, Juli **(Hornuf)**

2nd Joint Research Workshop on Prosumerism and Copyright, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, Juli **(Stürz)**

DRUID17 Conference, New York University, New York, Juni **(Baruffaldi, Gaessler, Hoisl, Mödl, Schmitt)**

ORCID-OECD-Crossref Workshop on Identifiers and Intellectual Property, OECD Paris, Juni **(Dorner)**

Behavioral and Empirical Work in Progress Seminar, TU München, München, Juni **(Gaessler)**

Innovationsdialog, Bundeskanzleramt, Berlin, Juni **(Harhoff)**

Workshop Web of Science (WoS), EPFL École Polytechnique Fédérale de Lausanne, Lausanne, Juni **(Harhoff)**

10th Annual Searle Center Conference on Innovation Economics, Chicago, Juni **(Harhoff)**

ECB Forum on Central Banking, Sintra, Juni **(Harhoff)**

TIME Kolloquium, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, Juni **(Heite, Kleine)**

Preisverleihung Schumpeter School Award, Universität Wuppertal, Juni **(Heite)**

VHB-Jahrestagung 2017, Universität St. Gallen, St. Gallen, Juni **(Hornuf)**

Workshop on Economic Growth, Innovation, and Finance, Skema Business School in Sophia Antipolice, Nizza, Juni **(Hornuf)**

4. Economic Analysis of Litigation Workshop, University of Paris Nanterre, Paris, Juni **(Hornuf)**

Workshop „Household Finance and Consumption, Banque Centrale du Luxembourg, Luxemburg, Juni **(Hornuf)**

ESA International Conference, UCSD California (Rady School of Management), San Diego, Juni **(Kleine)**

Babson College Entrepreneurship Research Conference, University of Oklahoma, Oklahoma City, Juni **(Mödl)**

CDTM Doktorandenseminar, München, Juni **(Nothelfer)**

Competition and Innovation Summer School (CISS) 2017, Cala Liberotto/Orosei, Juni **(Poege, Pu, Sorg, Streicher)**

15th ZEW Conference on the Economics of ICT, ZEW Mannheim, Mannheim, Juni **(Pu)**

- Oxford Residence Week for Entrepreneurship Scholars, University of Oxford, Oxford, Juni **(Rosendahl Huber)**
- Darden & Cambridge Judge Entrepreneurship and Innovation Research Conference, University of Cambridge, Juni **(Schmitt)**
- The BRICK Workshop – The Organization, Economics and Policy of Scientific Research, Turin, Mai **(Baruffaldi)**
- Jena Lecture Series in Economic Geography, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Mai **(Dorner)**
- Fifth Annual Searle Roundtable on Patents and Technology Standards, Northwestern University, Chicago, Mai **(Fons-Rosen)**
- 7th Conference on Economics of Innovation, Universität Mannheim, Mannheim, Mai **(Fons-Rosen)**
- Strategy, Entrepreneurship and Innovation Faculty Workshop, IE Business School, Madrid, Mai **(Gaessler)**
- Munich Summer Institute, München, Mai **(Gaessler, Harhoff, Heite, Hornuf, Pu, Rosendahl Huber)**
- 7th ZEW/MaCCI Conference on the Economics of Innovation and Patenting, ZEW Mannheim, Mannheim, Mai **(Gaessler, Hoisl)**
- Harvard Business School Seminar, Mai **(Hall)**
- MIT Sloan School Seminar, Mai **(Hall)**
- Research Seminar Series, HEC, Paris, Mai **(Hoisl)**
- The Economic Impact of Forming a European Company, Yale, Mai **(Hornuf)**
- Business Law Workshop, Oxford University, Oxford, Mai **(Hornuf)**
- Workshop – Incentives and Behavior Change, Modica, Mai **(Kleine)**
- American Law and Economics Association – Annual Meeting, Yale University, Mai **(Schmitt)**
- INNOPAT-Konferenz 2017, Mannheim, Mai **(Sorg)**
- Workshop: IoT Connectivity Standards, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, April **(Brachtendorf)**
- Rauischholzhausener Symposium für Wirtschaftsgeographie, Schloß Rauischholzhausen – Justus-Liebig Universität Gießen, April **(Dorner)**
- SFB Competition and Rationality Workshop, Evangelische Bildungsstätte, Schwanenwerder, Berlin, April **(Gaessler)**
- Workshop der European Patent Academy, Wien, April **(Harhoff)**
- Leopoldina-Sektion „Ökonomik und Empirische Sozialforschung“, Nürnberg, April **(Harhoff)**
- Tag des Geistigen Eigentums, BDI, DIHK und APM, Berlin, April **(Harhoff)**
- Research Seminar Series, University of Bath, Bath, April **(Hoisl)**
- Royal Economic Society Conference 2017, University of Bristol, Bristol, April **(Hornuf)**
- FinMeetsTech, Frankfurt School of Finance and Management, Frankfurt, April **(Hornuf)**
- EPO Raw Data Day, Wien, April **(Risteski)**
- Royal Economic Society – Annual Conference, University of Bristol, Bristol, April **(Schmitt)**
- CRC Retreat, Schwanenwerder, April **(Sorg)**
- Supplementary Protection Certificates in Europe: Status Quo and Perspectives, Deutsche Patent- und Markenamt (DPMA), München, März **(Byrski)**
- Forschungsseminar Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, Schneefernerhaus (Zugspitze), März **(Baruffaldi, Bechthold, Brachtendorf, Byrski, Chochoiek, Dorner, Gaessler, Harhoff, Heite, Kleine, Mödl, Poege, Pu, Risteski, Rosendahl Huber, Schmitt, Sorg, Streicher, Stürz, Suyer)**
- Conference on Measuring and Assessing Skills Conference, University of Chicago, Chicago, März **(Fons-Rosen)**
- European Intellectual Property Rights and Jurisdiction in Need of a Grand Design? Workshop, Harnackhaus, Berlin, März **(Gaessler, Harhoff)**
10. Deutscher Innovationsgipfel München, München, März **(Harhoff)**
- Kongress „Mut zur Zukunft: Innovationsstandort Deutschland“, CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag, Berlin, März **(Harhoff)**
- Forschungsgipfel „Perspektiven für Wirtschaft, Wissenschaft und Innovation“, Stifterverband, Leopoldina und EFI, Berlin, März **(Harhoff)**
- 3rd Workshop “Industrial Organization of the Internet Economy”, HEC Liège, Liège, März **(Pu)**
- SFB Seminar “Rationality and Competition” 2017–I, Evangelische Bildungsstätte auf Schwanenwerder, Berlin, März **(Pu)**
- Finance Seminar, Schulich School of Business, York University, York, März **(Schmitt)**
- RGS Doctoral Conference, Dortmund, Februar/März **(Sorg)**
13. Kapitalmarkt Kolloquium der Gruppe Kapitalmarkt, Düsseldorf, Februar **(Harhoff)**
- Workshop der AG Big Data „Datenschutz-Privatsphäre“, Leopoldina, Berlin, Februar **(Harhoff)**
7. Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten, Berlin, Februar **(Harhoff)**
- SEC-NYU Dialogue on Securities Markets Regulation – Topic: Securities Crowdfunding in the U.S., Securities and Exchange Commission, Washington D.C., Februar **(Hornuf)**
- CDTM Doktorandenseminar, München, Februar **(Nothelfer)**
- DRUID Academy 2017, University of Southern Denmark, Odense, Januar **(Bechthold)**
- Open and User Innovation Policy Workshop, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, Januar **(Brachtendorf)**

ASSA Meetings Chicago, Januar **(Fons-Rosen)**
Hoover IP Workshop, Stanford, Januar **(Hall)**
Legal-Tech-Konferenz, Ludwig-Maximilians-Universität München, München, Januar **(Hornuf)**
G20 Conference: Digitising Finance, Financial Inclusion and Financial Literacy, Schloss Biebrich, Wiesbaden, Januar **(Hornuf)**

2016

ICC Rosenberg Conference, Berkeley, Kalifornien, Dezember **(Hall)**
NBER Entrepreneurship Meeting, Cambridge, MA, Dezember **(Hall)**
The Role of R&D in Fostering Economic Performance: Lessons from Research and Implications for Finland, Helsinki, Dezember **(Hall)**
GAEL Conference, University of Grenoble, Grenoble, Dezember **(Mödl)**
TIME Kolloquium, Ludwig-Maximilians-Universität, München, Dezember **(Mödl)**
Abschluss MCIR Phase I – Ergebnispräsentation Bayerische Akademie der Wissenschaften, München, Dezember **(Stürz, Suyer)**
Workshop Internet und Urheberrecht, Wirtschaftsuniversität Wien, Wien, Dezember **(Stürz, Suyer)**
Workshop IIDEOS (Innovation, Industrial Dynamics, Entrepreneurship, Organisation and Space), Hannover, November **(Dorner)**
Ifo INT Center Seminar, München, November **(Dorner)**
Roundtable for Engineering Entrepreneurship Research (REER), Georgia Tech, Atlanta, November **(Gaessler)**
Will Sweden Fall with Ericsson, Stockholm, November **(Hall)**
IMF/DG-TAX Conference on Taxation, Investment and Innovation: A Triptych for Balanced Growth, Brüssel, November **(Hall)**
hub conference, Berlin, November **(Hornuf)**
EPO Patent Information Conference, Madrid, November **(Risteski)**
Maastricht University School of Business and Economics, Maastricht, November **(Rosendahl Huber)**
4th Crowdfunding Symposium, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, November **(Heite, Mödl, Pu, Schmitt)**
REER Conference, Georgia Tech, Atlanta, Georgia, USA, November **(Sorg)**

TIME Kolloquium, TU München, Ludwig-Maximilians-Universität München und Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, Januar **(Kleine, Pu, Schmitt)**

Leuphana Conference on Entrepreneurship, Leuphana Universität, Lüneburg, Januar **(Mödl)**

CREATe Workshop on Online Copyright Infringement (OCI), Digital Catapult, London, November **(Stürz)**

IAB-GradAB Jour-Fixe, Nürnberg, Oktober **(Dorner)**

Digital Finance Berlin Konferenz – Offene Banking Plattform – so bauen Banken ihren eigenen Fintech-Supermarkt, Berlin School of Digital Business, Chancen für Banken durch Co-Creation mit Fintechs, Berlin, Oktober **(Hornuf)**

Subjective Survey Data in Labour Market Research, Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Union, The (True) Legacy of Two Really Existing Economic Systems, Trier, Oktober **(Hornuf)**

20th G-Forum – Annual Conference on Entrepreneurship, Innovation and SMEs, HHL, Leipzig, Oktober **(Mödl)**

Forschungsseminar, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, Chiemsee Fraueninsel, September **(Baruffaldi, Bechthold, Dorner, Gaessler, Harhoff, Heite, Kleine, Mödl, Nothelfer, Risteski, Rosendahl Huber, Schmitt, Sorg, Steinle, Streicher, Stürz, Suyer)**

European Policy for Intellectual Property Annual Conference, University of Oxford, Oxford, September **(Gaessler)**

Asian Development Bank, Manila, September **(Hall)**

Panel: The Productivity Puzzle, Brookings Institution, Washington, D.C., September **(Hall)**

Board-Workshop zum Antrag Deutsches Internet-Institut, Akademie für Politische Bildung, Tutzing, September **(Stürz)**

ERSA Congress /European Meeting of the Urban Economics Association, Wien, August **(Dorner)**

14th International Open and User Innovation Conference, Harvard Business School, Boston, August **(Mödl)**

Academy of Management 2016, Anaheim, August **(Harhoff, Rosendahl Huber)**

Workshop Internet und Urheberrecht, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, August **(Stürz, Suyer)**

CESifo-Delphi Conference: A Patent Advantage, München, Juli **(Dorner)**

TIME Kolloquium, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, Juli **(Kleine, Mödl)**



Postdocs, Doktoranden und Forschungsgast der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung beim Ideenaustausch "on the bridge" im dritten Stock.

- TIME Kolloquium, TU München, München, Juli **(Mödl)**
- EBE Summer Meeting, Ludwig-Maximilians-Universität, Munich Graduate School of Economics, Freising, Juli **(Pu)**
- Tableau Conference 2016, München, Juli **(Risteski)**
- Saïd Business School, Oxford, Juli **(Rosendahl Huber)**
- Searle Center Conference on Innovation Economics, Northwestern University, Chicago, Juni **(Gaessler)**
- Munich Summer Institute, München, Juni **(Gaessler, Heite, Hoisl, Hornuf, Mödl, Mueller-Langer, Pu, Rosendahl Huber)**
- NSF-SRI Workshop, Washington, D.C., Juni **(Hall)**
- DRUID Conference, Kopenhagen, Juni **(Hoisl)**
- 3rd International Conference on the Dynamics of Entrepreneurship, Mannheim, Juni **(Hoisl)**
11. Internationale Konferenz zu Finanzdienstleistungen, Institut für Finanzdienstleistungen Hamburg, FinTech – Bit Coins and Friends, the Digital Revolution in Financial Services – Sind Banken die Verlierer? Hamburg, Juni **(Hornuf)**
- 3rd International ZEW Conference on the Dynamics of Entrepreneurship, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Hornuf, L. Portal Design and Funding Dynamics in Crowdinvesting, München, Juni **(Hornuf)**
- Spring Workshop on Experimental Economics in Strasbourg (SWEES), Straßburg, Juni **(Kleine)**
- BVK Eigenkapitaltag, Jüdisches Museum, Berlin, Juni **(Mödl)**
- TIME Kolloquium, Ludwig-Maximilians-Universität, München, Juni **(Mödl)**
- Behavioral Decision Research in Management, Toronto, Juni **(Rosendahl Huber)**
3. ZEW Conference on the Dynamics of Entrepreneurship, ZEW, Mannheim, Juni **(Schmitt)**
- Nineteenth Annual Meeting of Organizational Ecologists, Romano House, Catania, Juni **(Stürz)**
- IO and Trade Seminar Economics Department Ludwig-Maximilians-Universität München, München, Mai **(Dorner)**
- CEPR/JIE School on Applied Industrial Organization, University College London, London, Mai **(Gaessler)**
- STEP Board, Stanford, Kalifornien, Mai **(Hall)**
- National Academies, Washington, DC, Mai **(Hall)**
- TRIC Workshop, London, Mai **(Hoisl)**
- Conference on Past and Future of Corporate Governance: Practices, Reforms and Regulations, Roma Tre University, The Economic Impact of Forming a Societas Europaea, Rom, Mai **(Hornuf)**
- What Does Co-determination Do? What Can We Learn From Research? Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, The Economic Impact of Forming a Societas Europaea, Berlin, Mai **(Hornuf)**
- Joint Workshop, Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Union, The Economic Impact of Forming a Societas Europaea, Trier, Mai **(Hornuf)**
- Workshop – Incentives and Behavior Change, Amsterdam, Mai **(Kleine)**
- EDaWaX-Abschlussworkshop, TU München, München, Mai **(Mueller-Langer)**
- Research Meeting and Global Conference, Innovation Growth Lab, London, Mai **(Rosendahl Huber)**
- BCLT Conference, Berkeley, Kalifornien, April **(Hall)**
4. Deutsch-Chinesisches Innovationsforum, Deutsches Bundesministerium für Bildung und Forschung und Chinesisches Ministerium für Wissenschaft und Technologie, Berlin, April **(Pu)**
- Annual Meeting of the Committee for Industrial Economics, Regensburg, März **(Hoisl)**
- Workshop on Work-in-Progress with Prof. Eric von Hippel, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, März **(Kleine, Mödl, Streicher, Stürz, Suyer)**
- Forschungsseminar, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, Zugspitze, Februar **(Dorner, Gaessler, Harhoff, Heite, Kleine, Mödl, Mueller-Langer, Nothelfer, Pu, Risteski, Rosendahl Huber, Sorg, Steinle, Streicher, Stürz, Suyer)**
- Workshop on the Autonomy at Work and Employee Involvement: Causes and Consequences, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Leadership and Persistency in Spontaneous Dishonesty, Nürnberg, Februar **(Hornuf)**
8. Ökonomischer Workshop, Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Union, The (True) Legacy of Two Really Existing Economic Systems, Trier, Februar **(Hornuf)**
- TIME Kolloquium, MPI, München, Februar **(Mödl, Mueller-Langer)**
- 3rd Geography of Innovation Conference 2016, Toulouse, Januar **(Dorner, Hall)**
- University of Grenoble Seminar, Januar **(Hall)**
- Gelsenkirchen Wirtschaftskongress, Diskussionsforum KMU/Gründungen Chancen für eine Grüne Wirtschaft, Gelsenkirchen, Januar **(Hornuf)**
- TIME Kolloquium, TU München, München, Januar **(Mödl)**
- Doctoral Seminar on Advanced Topics in Organizational Economics, Ludwig-Maximilians-Universität, Munich Graduate School of Economics, Freising, Januar **(Pu)**

2015

8th Interdisciplinary Ph.D. Workshop: Perspectives on (Un-) Employment, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und Friedrich-Alexander Universität (FAU) Erlangen-Nürnberg, Nürnberg, Dezember **(Dorner)**

University of Canterbury Seminar, Canterbury, Dezember **(Hall)**

Lizenzierung – Cashcow oder Nice to Have? KIT Karlsruher Dialog Technik und Recht, Deutsche Anwalt Akademie und Karlsruher Institut für Technologie, Karlsruhe, Dezember **(Harhoff)**

Ludwig-Maximilians-Universität MGSE / EBE Graduierten Seminar: Experimental Economics, München, Dezember **(Pu)**

12. Weihnachtstreffen deutscher Wirtschaftswissenschaftler im Ausland, Frankfurt am Main, Dezember **(Pu)**

North American Regional Science Council (NARSC), Portland/USA, November **(Dorner)**

Workshop Innovation, Industrial Dynamics, Entrepreneurship, Organisation and Space (IIDEOS), Philips-Universität Marburg, Marburg, November **(Dorner)**

IP Statistics for Decision Makers 2015, Wien, November **(Gaessler)**

Productivity Commission, Wellington, November **(Hall)**

MOTU Seminar, Wellington, November **(Hall)**

University of Minnesota Seminar, Minneapolis, November **(Hall)**

Economics in Innovation, MaCCI-Workshop Mannheim Centre for Competition and Innovation, Bad Homburg, November **(Harhoff)**

Ludwig-Maximilians-Universität MGSE/EBE Graduierten Seminar: Behavioural Theory, München, November **(Pu)**

NIESR Seminar, London, Oktober **(Hall)**

Strategieseminar MPI, Westerham, Oktober **(Harhoff)**

Zukunftsbrücke: Chinese-German Young Professional Campus Stiftung Mercator, BMW Stiftung Herbert Quandt und Mercator Program Center for International Affairs, München, Oktober **(Harhoff)**

Governance and the Efficiency of Economic Systems, Final SFB-TR 15 Conference, Sonderforschungsbereich Transregio, Tutzing, Oktober **(Harhoff)**

3. Crowdfunding-Symposium, Ludwig-Maximilians-Universität München, München, Oktober **(Mödl)**

FSU Workshop on Experimental Economics and Entrepreneurship, Tampa, Oktober **(Rosendahl Huber)**

German Accelerator, Celebrating Innovation Networking Event, Dresden, Oktober **(Streicher)**

Research and Doctoral Seminar, Durham University Business School, Durham, Oktober **(Stürz)**

European Policy for Intellectual Property 10th Annual Conference, Glasgow, September **(Gaessler, Hall, Harhoff, Mueller-Langer, Stoll)**

Concord2015, EU Joint Research Centre, Sevilla, September **(Hall)**

Social Ties or Signalling Effects – Lessons from East German Inventor Migration, 17th CEPR / IZA European Summer Symposium in Labour Economics, Centre for Economic Policy Research (CEPR) und Institut zur Zukunft der Forschung (IZA), Buch am Ammersee, September **(Harhoff)**

#CDUdigital, Mitgliederkongress, Berlin, September **(Harhoff)**

GRUR Jahrestagung, Deutsche Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht (GRUR), Freiburg, September **(Harhoff)**

Digitaler Kolonialismus, NZZ-Podium, Neue Züricher Zeitung AG, Berlin, September **(Harhoff)**

Jahrestagung der Gesellschaft für experimentelle Wirtschaftsforschung, Hamburg, September **(Kleine)**

Annual Conference of the Verein für Socialpolitik, Münster, September **(Stoll)**

42nd Annual Conference of the European Association for Research in Industrial Economics, München, August **(Gaessler)**

Competition and Innovation, European Economic Association (EEA), Mannheim, August **(Harhoff)**

EARIE Annual Conference, European Association for Research in Industrial Economics (EARIE), Ludwig-Maximilians-Universität München, August **(Harhoff, Hoisl, Stoll)**

AoM 2015 Conference, Vancouver, CA, August **(Hoisl, Stürz)**

DFG Workshop Human Capital and Innovation, FH Brandenburg, Brandenburg a. d. Havel, Juli **(Dorner, Hoisl, Steinle)**

Workshop Graduiertenprogramm GradAB, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, Juli **(Dorner)**

6th ZEW/MaCCI Conference on the Economics of Innovation and Patenting, Mannheim, Juli **(Gaessler)**

Entrepreneurship, Innovation and Economics of Information Technology & Digitalization, NBER Conference Cambridge, The National Bureau of Economic Research (NBER), Cambridge, USA, Juli **(Harhoff)**

2015 Northwestern-Duke Causal Inference Workshop, Northwestern University Evanston/Chicago, Juli **(Harhoff)**

Forschungsseminar, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, Schloss Ringberg, Juni **(Dorner, Gaessler, Harhoff, Hoisl, Kleine, Mödl, Mueller-Langer, Risteski, Rosendahl Huber, Sorg, Steinle, Stellner, Streicher, Suyer)**

German Stata Users Group Meeting 2015, Nürnberg, Juni **(Dorner)**

2nd International Meeting in Law & Economics at the University Paris 2-Panthéon-Assas, Paris, Juni **(Gaessler)**

COEURE Workshop, Brüssel, Juni **(Hall)**

Semantische Analyse von Patenten – Grundlagen und Anwendungen im IP-Management, 37. Kolloquium der TU Ilmenau über Patentinformation und gewerblichen Rechtsschutz, Ilmenau, Juni **(Harhoff)**

Internationale Konferenz NPE, Nationale Plattform Elektromobilität, Berlin, Juni **(Harhoff)**

Symposium “40 Years of Economic Science & Public Policy”, Munich Center for the Economics of Aging (MEA), Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, München, Juni **(Harhoff)**

Welche Eigenschaften muss ein investitions- und innovationsfreundliches Steuersystem aufweisen? Mannheimer Unternehmenssteuertag 2015: Steuerplanung bei strategischen Investitionsentscheidungen – Chancen und Fallstricke, Universität Mannheim und Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, Juni **(Harhoff)**

2015 International Workshop on Patent System and Inventor, MPI für Innovation und Wettbewerb, München, Juni **(Kleine)**

TIME Kolloquium, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, Juni **(Mödl)**

Alumnikonferenz, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, Juni **(Gaessler, Harhoff, Mueller-Langer)**

Tagung Alumni-Verein “Digitale Wirtschaft”, München, Juni **(Stoll)**

DRUID15 Conference on the Relevance of Innovation at LUISS Business School, Rom, Juni **(Stoll, Stürz)**

Competitiveness & Innovation, 14. Munich Economic Summit, BMW Foundation und CESifo Group München, Mai **(Harhoff)**

Workshop: Incentives and Behavior Change, Modica, Mai **(Kleine)**

8th Maastricht Behavioral and Experimental Economics Symposium, Universität Maastricht, Maastricht, Mai **(Kleine)**

TIME Kolloquium, Ludwig-Maximilians-Universität München, München, Mai **(Mödl)**

German Accelerator, Celebrating Innovation Networking Event, Berlin, Mai **(Streicher)**

13. Symposium für Wirtschaftsgeographie, Rauischholzhausen, April **(Dorner)**

The Innovation Society and Intellectual Property, European Intellectual Property Institutes’ Network (EIPIN), München, April **(Harhoff)**

20th Internal Conference of the SFB/TR 15, Sonderforschungsbereich Transregio 15, Gustav-Stresemann-Institut, Bonn, April **(Harhoff)**

TIME Kolloquium, TU München, München, April **(Kleine)**

SFB/TR 15 Spring Meeting, Bonn, April **(Stoll)**

SFB/TR 15 Young Researchers Workshop, Bonn, April **(Stoll)**

Primer in Webscraping, Bamberg Graduate School in Social Sciences, Bamberg, März **(Dorner)**

Sichere Industriegesellschaft: Digitale Disruption – Den Alltag und die Zukunftsfähigkeit sichern, Frankfurter Allgemeine Forum, Berlin, März **(Harhoff)**

Innovation in a European Digital Single Market – The Role of Patents, Europäische Kommission, Brüssel, März **(Harhoff)**

Workshop IP Management Challenges in Open Innovation Environments, Université de Strasbourg, Faculté des Sciences Economiques et de Gestion, Straßburg, März **(Harhoff)**

Workshop “The Future of Scholarly Communication in Economics”, ZBW, Hamburg, März **(Mueller-Langer)**

Workshop on Youth Education and Entrepreneurship, Europäisches Parlament, Brüssel, März **(Rosendahl Huber)**

Forschungsseminar, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, Kochel am See, Februar **(Dorner, Gaessler, Harhoff, Hoisl, Kleine, Mödl, Mueller-Langer, Risteski, Sorg, Steinle, Stellner, Stoll, Streicher, Stürz, Suyer)**

Workshop Innovation, Industrial Dynamics, Entrepreneurship, Organisation and Space (IIDEOS), Philips-Universität Marburg, Marburg, Januar **(Dorner)**

TIME Kolloquium, Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München, Januar **(Gaessler, Kleine, Mödl)**

TÄTIGKEITSBERICHT
2015 – 2017



Munich Intellectual Property Law Center (MIPLC) Cooperation Project

Im Rahmen des Munich Intellectual Property Law Center Cooperation Project (MIPLC, www.miplc.de) führen die Max-Planck-Gesellschaft, die Universität Augsburg, die Technische Universität München sowie die George Washington University Law School in Washington, D.C. seit 2003 einen englischsprachigen Masterstudiengang (LL.M.) durch. Über die Jahre hat sich dieser den Ruf eines weltweit führenden Elitestudiengangs im Bereich der universitären Ausbildung zum Immaterialgüterrecht erworben. Aus wissenschaftlicher Sicht dient das MIPLC Cooperation Project dem Institut zur Identifikation von jungen Talenten aus aller Welt, die nachfolgend zur Promotion geführt werden können. Die Max-Planck-Gesellschaft stellt dem Max-Planck-Institut zudem jährlich Forschungsmittel zur Verfügung, die den wissenschaftlichen Zwecken des MIPLC Cooperation Projects, also insbesondere der Doktorandenförderung, dienen. Allein das Institut entscheidet über die Verwendung dieser Mittel im Rahmen einer eigens dafür eingerichteten Abteilung (nachfolgend „MIPLC Research Unit“) und wird diesbezüglich vom Fachbeirat des Instituts evaluiert. Über das MIPLC Cooperation Project spielt das Institut zudem eine wichtige Rolle im European Intellectual Property Institutes Network (EIPIN), dem neben dem MIPLC Cooperation Project vier weitere universitäre Träger ähnlicher Masterstudiengänge angehören. Diese langjährige Zusammenarbeit führte zur Teilnahme des MIPLC am gemeinsamen europäischen Doktorandenprogramm der EIPIN Innovation Society. (vgl. B II 4, S. 154).

Der Studiengang

Über das MIPLC Cooperation Project bieten die Partner einen international und interdisziplinär ausgerichteten Masterstudiengang an, der Studierenden verschiedenster Fachrichtungen aus aller Welt offen steht. Ziel des Studiengangs ist es, den Studierenden im Laufe eines Jahres über ein sehr intensives Lehrprogramm, freiwillige Praktika und eine Reihe von Zusatzveranstaltungen auf die Übernahme von Spitzenpositionen in Ämtern und Gerichten, in der anwaltschaftlichen Praxis, in Unternehmen und natürlich auch in der Wissenschaft vorzubereiten. Dabei verfügen nur 50 bis 70 Prozent der Studierenden über eine juristische Grundausbildung. Die übrigen Teilnehmer haben meist einen natur-, ingenieur- oder wirtschaftswissenschaftlichen Hintergrund. Die Studierenden kommen fast ausschließlich aus dem Ausland.

Das Studienprogramm deckt alle Bereiche des europäischen, US-amerikanischen und internationalen Immaterialgüter- und Wettbewerbsrechts ab. Zusätzlich umfasst das Studienprogramm volks- und betriebswirtschaftliche Veranstaltungen mit Bezug zum Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht. Damit werden

die Teilnehmer bestmöglich auf eine international geprägte Berufslaufbahn vorbereitet. Die internationale Ausrichtung bildet sich auch in der Zusammensetzung der Fakultät ab. Im MIPLC unterrichten nicht nur Vertreter der vier MIPLC-Kooperationspartner, einschließlich einer Reihe von Wissenschaftlern des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb, sondern auch eine Reihe weiterer namhafter Professoren, Rechtsanwälte, Richter und Behördenvertreter verschiedenster Rechtsordnungen.

Die Mitglieder der Fakultät beteiligen sich intensiv an der Betreuung der im zweiten Semester zu verfassenden Masterarbeit. Die bis zu 75 Seiten lange Masterarbeit ist ein zentrales Element der Ausbildung und bildet zudem die Grundlage für die Entscheidung, welchen Absolventen die Möglichkeit zur Promotion mit einer Förderung durch die Max-Planck-Gesellschaft eröffnet wird. Geleitet wird der Studiengang durch das sogenannte Project Board, das sich aus Vertretern der vier Kooperationspartner zusammensetzt. Vorsitzender des Project Coordination ist traditionell der Vertreter des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb (seit 2009 Prof. Dr. Josef Drexler).



MIPLC Abschlussjahrgang 2016/17 (oben) · MIPLC Abschlussjahrgang 2015/16 (unten)

In den letzten Jahren ist es dem MIPLC weiter gelungen, die Perspektive der Entwicklungsländer stärker in die Lehre einzubeziehen. Dies verschaffte dem Masterstudiengang die Anerkennung als entwicklungspolitisch relevanter Studiengang durch den DAAD, gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Förderung beinhaltet die Vergabe von bis zu sechs Lebenshaltungsstipendien an qualifizierte Bewerber aus Entwicklungsländern, die sich ansonsten das Studium nicht leisten könnten. Das MIPLC verpflichtet sich im Rahmen dieser Vereinbarung, den betroffenen Bewerbern die Studiengebühren zu erlassen und erhält im Gegenzug eine direkte finanzielle Unterstützung durch den DAAD. Diese Zusammenarbeit hat sich sehr positiv auf die Vielfalt der Studierenden vertretenen Einstellungen zum Immaterialgüterrecht ausgewirkt.

Das Studienprogramm wird durch eine Reihe von weiteren Elementen ergänzt. Hierzu gehört ein breites Angebot an Praktika, das durch enge Kooperation mit Behörden, zahlreichen Anwaltskanzleien und Unternehmen ermöglicht wird. Dieses freiwillige Angebot wird von den Studierenden intensiv genutzt. Zu dem Programm gehören weiterhin Besuche des Europäischen Patentamtes und namhafte Unternehmen im Münchener Raum.

Alumni-Netzwerk

Seit der Gründung des MIPLC im Jahr 2003 haben mehr als 360 Studenten das LL.M.-Programm erfolgreich abgeschlossen. Sie bilden das MIPLC Alumni Network, einen engmaschigen, internationalen Kreis von IP-Experten, die in einer Vielzahl von Positionen auf der ganzen Welt zu finden sind.

Das MIPLC Alumni-Netzwerk wurde 2012 etabliert und wird zentral als Teil des MIPLC Cooperation Projects organisiert und betrieben. Alle Absolventen des LL.M.-Programms gehören automatisch zu diesem Netzwerk, ohne dass hierfür Mitgliedsbeiträge anfallen. Das Netzwerk zeichnet sich durch die Internationalität seiner Mitglieder mit vielfältigen fachlichen Hintergründen, profunder Expertise im IP- und Wettbewerbsrecht und unterschiedlichen Karrierewegen sowie durch die enge Zusammenarbeit aus.

Das Netzwerk ermutigt die Alumni, mit dem MIPLC in Kontakt zu bleiben und sich an verschiedenen Aktivitäten zu beteiligen. Hierzu gehört beispielsweise die Interaktion mit den aktuellen Studenten, die Teilnahme an MIPLC- und Alumni-Veranstaltungen, die Präsentation ihrer Firmen bzw. Kanzleien als potenzielle Arbeitgeber und nicht zuletzt die Mitwirkung an der Entwicklung des Netzwerks und des MIPLC. Ein weiteres Ziel des Netzwerks besteht darin, potenziellen Studenten eine Quelle authentischer Informationen über das LL.M.-Programm und seinen Wert für die berufliche Entwicklung zur Verfügung zu stellen.

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens des MIPLC Cooperation Projects wurde 2013 das Alumni Scholarship geschaffen, das seither jährlich durch Spenden der Alumni die Finanzierung eines wesentlichen Teils der Studiengebühren für einen Studenten ermöglicht.



Carolina Banda (Ecuador), Alumni-Stipendiatin 2016/17, überreicht das Stipendium 2017/18 Yvette Tumukunde (Ruanda).



Alumnikonferenz 2015 und 2016

- 1) Prof. Dr. Josef Drexl, Vorsitzender des MIPLC Project Boards, eröffnet die Konferenz.
- 2) Prof. Robert Brauneis (George Washington University Law School), Mitglied des MIPLC Project Boards.
- 3) Die Mitglieder von Panel 3 zur "The Evolution of IP Licensing & Open Creation": Inês Ribeiro da Cunha (Jahrgang 2013/14), Nuno de Araújo Sousa e Silva (Jahrgang 2012/13), Prof. Dr. Christoph Ann (MIPLC Project Coordination Board Mitglied) und Dr. Sirri Düğer (Jahrgang 2005/06).
- 4) Krishnaraj P. Chinniah (Indien, Jahrgang 2013/14) spricht über das Thema "How to Generalize the Inadmissible Intermediate Generalization"; Panel Chair Seth Ericsson (MIPLC Programmdirektor), Sam Araia (Eritrea/USA, Jahrgang 2005/06), Paul Gangon (Kanada, Jahrgang 2011/12).
- 5) Daria Kim (Russland, Jahrgang 2010/11) spricht über das Thema "Regulating Access to Clinical Research Data in Context of Competition in Innovation in the Pharmaceutical Sector"; Adam György (Ungarn, Jahrgang 2012/13), Panel Chair Dr. Filipe Fischmann (ehemaliger MIPLC Programmdirektor).
- 6) Hee-Eun Kim (Korea, Jahrgang 2009/10).

Alumni-Tagungen

Im Rahmen des MIPLC Cooperation Projects wird jährlich eine Alumni-Tagung durchgeführt. Als Referenten bewerben sich Alumni mit Vortragsthemen, die oftmals ganz neue Forschungsperspektiven aus der Praxis aufzeigen und persönliche Verbindungen der Alumni über die Jahrgänge hinweg aufbauen helfen. Seit der ersten Tagung im Jahr 2012 kehren MIPLC-Absolventen aus aller Welt nach München zurück, um ihre Erfahrungen auszutauschen, aktuelle IP-Themen zu diskutieren, alte Studienfreunde zu treffen und ihre beruflichen Netzwerke zu erweitern.

Die 6. Alumni-Tagung verdient besondere Erwähnung, da ihr anlässlich des 15-jährigen Bestehens des MIPLC Cooperation Projects ein besonderes Format gegeben wurde. Auf der für den 24. Februar 2018 geplanten Tagung zum Thema "The World of IP: Caught Between Globalism and Nationalism" sollen erstmals Alumni und Vertreter der Faculty als Mitglieder gemeinsamer Panels zentrale und aktuelle Herausforderungen des internationalen Immaterialgüterrechts diskutieren. Zum ersten Mal ist auch geplant, die Beiträge der Alumni-Tagung in einem Tagungsband zu dokumentieren.

Der Förderverein "Friends of the MIPLC e.V."



Im Jahr 2014 wurde ein MIPLC-Förderverein mit dem Namen "Friends of the MIPLC e. V." gegründet. Seine Mitglieder haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Entwicklung des MIPLC Cooperation Projects zu unterstützen.

Die Mitglieder des Fördervereins nehmen auf zwei Arten aktiv am Leben des MIPLC teil: Zum einen vergibt der Verein Stipendien an ausgewählte Studenten des MIPLC. Dies ist deshalb wichtig, weil jedes Jahr hochqualifizierte Studenten aus der ganzen Welt zum LL.M.-Programm zugelassen werden, einige dieser Kandidaten jedoch nicht über ausreichende Mittel verfügen, um die Studiengebühren zu bezahlen. Zum anderen unterstützt der Verein wissenschaftliche Konferenzen und Vorträge, die im Rahmen des MIPLC organisiert werden, wie die jährliche Alumni-Tagung.

Das "European Intellectual Property Institutes Network" (EIPIN)

Das "European Intellectual Property Institutes Network" (EIPIN, www.eipin.org) besteht seit dem Jahre 1999. Heute sind neben dem MIPLC Cooperation Project, das Queen Mary Intellectual Property Research Institute (University of London), der Magister Lvcentinvs an der Universität Alicante, der Advanced Master of Intellectual Property Law and Knowledge Management (IPKM) an der Universität Maastricht und das Centre for International Intellectual Property (CEIPI) der Universität Straßburg Partner des Netzwerkes.

Wesentlicher Gegenstand der Kooperation ist die jährliche Veranstaltung eines Kongresses, der ausgewählte Masterstudenten der fünf Studiengänge mit führenden Experten des Immaterialgüterrechts zusammenbringt. Der Kongress besteht aus zwei Tagungsteilen, wobei jeweils zwei der fünf Partnerinstitute zusammenwirken. Das Grundsatzthema der Tagung berührt stets zentrale Aspekte der Forschung im Immaterialgüterrecht und macht daher die Tagung auch für Spitzenforscher als Redner interessant. Vor allem aber übernehmen die Studierenden eine aktive Rolle. Jedes Partnerinstitut entsendet zehn seiner besten Studenten zur Tagung. Die Teilnehmer werden sodann in zehn Gruppen von je fünf Studenten aufgeteilt, die zu den einzelnen Blöcken der Tagung Fragen erarbeiten. Die jeweiligen Gruppen erstellen darüber hinaus Berichte zu den gestellten Tagungsthemen, die im Zusammenhang mit dem Grundsatzthema stehen. Aus den zehn Berichten wird schließlich der beste ausgewählt, welcher auf einer Tagung des Folgejahres von einem Vertreter der Gewinnergruppe vorgestellt wird. Die EIPIN Tagungen sind in besonderer Weise geeignet, kritisches Denken der Studenten zu fördern und sie noch stärker für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Immaterialgüterrecht zu begeistern.

EIPIN 2015 – Intellectual Property and the Innovation Society

Im April 2015 hat das MIPLC erneut – dieses Mal im Tandem mit der Universität Maastricht – eine EIPIN-Tagung ausgerichtet. Als Grundsatzthema wurde eine herausfordernde Thematik ausgewählt: Intellectual Property and the Innovation Society. Mit dieser Wahl verfolgten die EIPIN-Partner zugleich das Ziel, die Forschung zu jenem Thema zu beginnen, für das sich das Netzwerk zeitgleich um EU-Förderung



eines European Joint Doctorate bewerben wollte. Ein Jahr später hatte dieser Antrag im zweiten Anlauf Erfolg (B II 4, S. 154).

Hypothese der Münchener Tagung des Jahres 2015 war, dass nicht das Immaterialgüterrecht an sich Innovation erzeugt, sondern bestimmte Innovationspotenziale in jeder Gesellschaft vorhanden sind und es Aufgabe der Rechtspolitik sei, Anreize zur Hebung dieser Potenziale zu setzen. Auch wenn das Immaterialgüterrecht selbst gerade entsprechende Anreize schaffen soll, dürfe „falscher“ Immaterialgüterschutz nicht dazu führen, die Entwicklung solcher Potenziale zu hemmen. Entsprechend setzte sich die Münchner Tagung zum Ziel, jene Bereiche näher

zu erforschen, in denen das Immaterialgüterrecht möglicherweise durch zu viel Ausschließlichkeit Gefahr läuft, Innovationspotenziale in der Gesellschaft zu hemmen.

EIPIN 2017 – The New Data Economy: Data Ownership, Privacy and Competition

Im April 2017 hatte das MIPLC Cooperation Project die Ehre, eine weitere EIPIN-Konferenz – dieses Mal in Zusammenarbeit mit der Queen Mary University of London – zu veranstalten. Die Konferenz befasste sich mit den vielfältigen Herausforderungen des Rechtssystems, die durch die exponentielle Ausweitung der sogenannten Datenwirtschaft entstanden sind.



Teilnehmer der 2015 und 2017 EIPIN Konferenz

Die Konferenz in München begann mit der Frage, ob „alte“ Gesetze wie zum Datenbankschutz geeignet sind, die Bedürfnisse der modernen Datenwirtschaft zu adressieren, oder nicht auch umgekehrt ganz „neue“ Gesetze wie zum Schutze von Geschäftsgeheimnissen aufgrund der rasanten Entwicklung der Datenwirtschaft nicht bereits als überholt angesehen werden müssen, wenn sie in Kraft treten. Erörtert wurde auch, ob nicht bereits personenbezogener Datenschutz als Grundlage für ein Dateneigentumsrecht angesehen werden kann oder dazu ausgebaut werden sollte.

Im zweiten Teil der Konferenz diskutierten die Teilnehmer „Neue Paradigmen für die Datenwirtschaft“. So ging es um die rechtlichen Implikationen von Daten als handelbare Güter und die Preisgabe von Daten als vertragsgegenständliche Gegenleistung für eine digitale Dienstleistung.

Im dritten und letzten Teil wurden wettbewerbsrechtliche Fragen im Zusammenhang mit der neuen Datenwirtschaft behandelt. So wurde die Frage näher erörtert, ob und unter welchen Bedingungen Eintrittsbarrieren durch die Kontrolle von Big Data entstehen. Ebenso wurde die provokante These ausgeleuchtet, ob aufgrund der Fähigkeiten moderner Analyse- und Entscheidungsalgorithmen das Ende des Preiswettbewerbs droht. In Bezug auf Data-Sharing-Plattformen wurde schließlich die Schwierigkeit angesprochen, zwischen wettbewerbswidrigem Informationsaustausch und wettbewerbspolitisch wünschenswertem Datenzugang zu unterscheiden.

Insgesamt leistete diese Tagung einen wichtigen Beitrag zu den Forschungen des Instituts mit Blick auf die Gestaltung eines angemessenen Rechtsrahmens für die Datenwirtschaft im Schnittfeld der Debatten um die Einführung eines Dateneigentumsrechts und die Förderung des Datenzugangs (B II 1.7, S. 69).

MIPLC Research Unit

Während sich der Masterstudiengang vollständig aus den Studiengebühren finanziert, werden die wissenschaftlichen Aktivitäten des MIPLC durch die Gelder ermöglicht, die das Institut zu Forschungszwecken des MIPLC von der Max-Planck-Gesellschaft erhält. Zu diesen wissenschaftlichen Aktivitäten gehören die erwähnten Promotionsstipendien für Absolventen des MIPLC-Masterstudiengangs, die Finanzierung von Vorträgen im Rahmen der MIPLC Lecture Series sowie der EIPIN- und der Alumni-Tagungen.

Die MIPLC Lecture Series

Eine Bereicherung des Masterprogramms, aber auch des wissenschaftlichen Lebens am Institut insgesamt stellt die MIPLC Lecture Series dar. Rund vier- bis fünfmal pro Jahr werden hierzu Wissenschaftler und namhafte Praktiker eingeladen, um zu aktuellen Themen aus ihrer Forschung oder beruflichen Tätigkeit zu referieren. Die Lecture Series richtet sich nicht nur an die Studierenden des MIPLC, sondern an alle Wissenschaftler des Instituts sowie die breitere Fachöffentlichkeit. Die Lecture Series wird auch genutzt, um potenzielle neue Dozenten für den Studiengang im Rahmen eines wissenschaftlichen Vortrages besser kennenzulernen (B IV 1.2.2, S. 222).

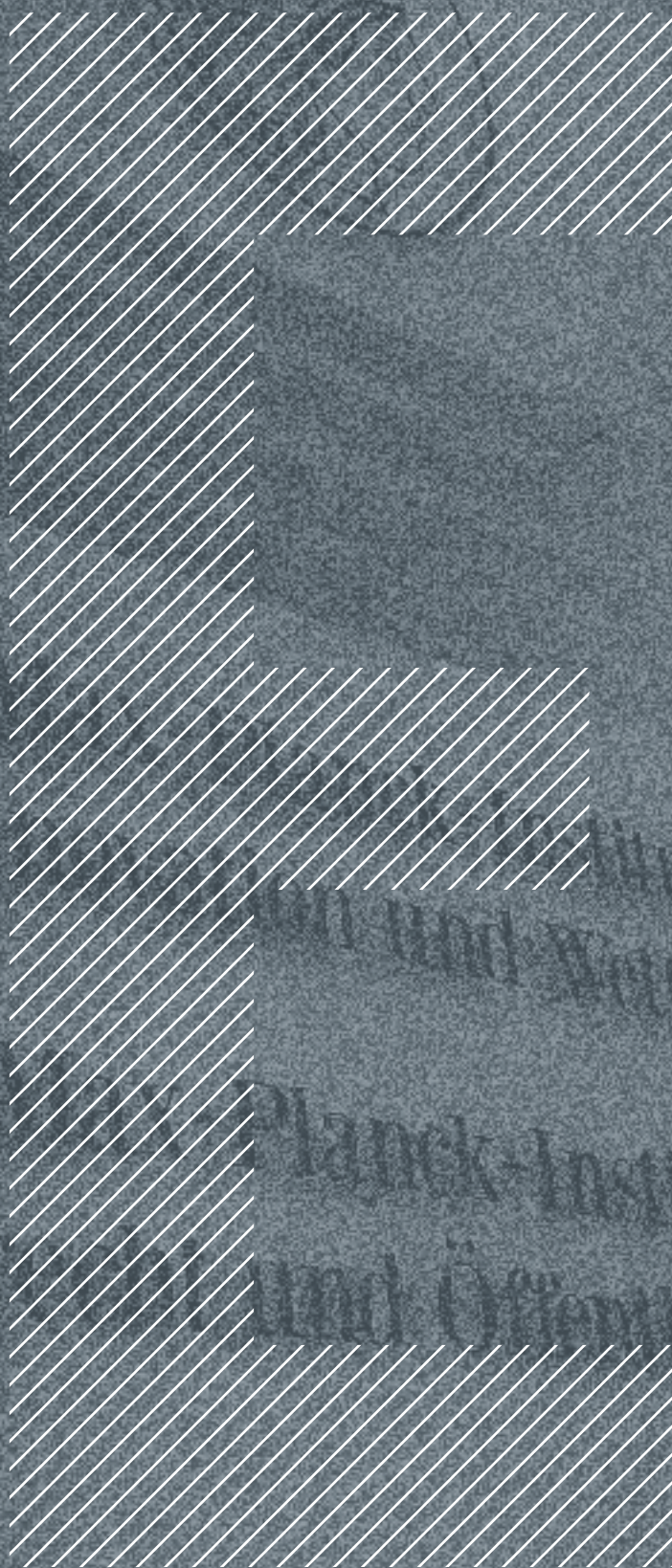
Schriftenreihe

Das MIPLC veröffentlicht die Dissertationen der MIPLC Research Unit sowie die besten Masterarbeiten jedes Studienjahrs in der englischsprachigen Schriftenreihe “MIPLC Series”, die im Nomos Verlag erscheint. Weitere Absolventen haben darüber hinaus die Möglichkeit, ihre Arbeiten online auf der Website des Social Science Research Network (SSRN) unter dem Logo des MIPLC Cooperation Projects zu veröffentlichen, um noch größere Verbreitung sicherzustellen und dem MIPLC Cooperation Project im Internet größere Sichtbarkeit zu verschaffen (B III 1.2.1, S. 162).



Schriftenreihe des MIPLC

TÄTIGKEITSBERICHT
2015 – 2017



Hinweis

Wenn Sie an Informationen aus Teil E interessiert sind, wenden Sie sich bitte an:

Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb
Frau Sylvia Kortüm
Marstallplatz 1
80539 München

sylvia.kortuem@ip.mpg.de

Dokumentation Institutsjubiläum



Max-Planck-Institut
für Innovation und Wettbewerb

MAX-PLANCK-GESellschaft

50 JAHRE 1966 – 2016



PROGRAMM

Festakt, 12. Mai 2016

Kaisersaal der Residenz München



Begrüßung durch das Institut

Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D., Geschäftsführender Direktor des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb

Begrüßung durch die Max-Planck-Gesellschaft

Prof. Dr. Martin Stratmann,
Präsident der Max-Planck-Gesellschaft



Musikalischer Beitrag zum Urheberrecht
Richard Strauss, „Krämerspiegel“, op. 66, No. 1-3

Festansprachen

Ilse Aigner, MdL, Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

Dr. Georg Schütte, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung



Musikalischer Beitrag zum Urheberrecht
Richard Strauss, „Krämerspiegel“, op. 66, No. 4-6

Grußworte

Cornelia Rudloff-Schäffer, Vorsitzende des Kuratoriums,
Präsidentin des Deutschen Patent- und Markenamtes

Prof. Dr. Hans-W. Micklitz, Vorsitzender des Fachbeirats, European University Institute

Prof. Dr. Bernd Huber, Präsident der Ludwig-Maximilians-Universität



Musikalischer Beitrag zum Urheberrecht
Richard Strauss, „Krämerspiegel“, op. 66, No. 7-9

Wissenschaftlicher Festvortrag

Prof. Peter Drahos, Ph.D., Australian National University



Musikalischer Beitrag zum Urheberrecht
Richard Strauss, „Krämerspiegel“, op. 66, No. 10-12



Empfang | Reception



v.l.n.r. Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D., Prof. Peter Drahos, Ph.D., Cornelia Rudloff-Schäffer, Dr. Georg Schütte, Prof. Dr. Josef Drexl, Ilse Aigner, MdL, Prof. Dr. Reto M. Hilty, Prof. Dr. Martin Stratmann, Prof. Dr. Hans-W. Micklitz



Eindrücke vom Festakt, 12. Mai 2016

Ein musikalischer Beitrag zum Urheberrecht

Richard Strauss
(1864–1949)

Krämerspiegel

Zwölf Gesänge von Alfred Kerr
für eine Singstimme mit Klavierbegleitung
op. 66 (1918)

Ute Ziemer · Sopran
Julian Riem · Klavier





Kaisersaal der Residenz München

Das musikalische Rahmenprogramm befasste sich mit einem Werk, an dem sich historische und inhaltliche Fragen zum Urheberrecht kristallisieren. Der *Krämerspiegel* von Richard Strauss, oft als „Urvater“ der GEMA bezeichnet, entstand im Zuge eines (Rechts)streits mit dem Verlagshaus Bote & Bock. Historisch wird ein Bogen geschlagen von Bemühungen der Genossenschaft deutscher Tonsetzer (GDT) um eine Verbesserung des Urheberrechtsschutzes in Deutschland über das Inkrafttreten des *Gesetzes betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur und Tonkunst*, die erste deutsche Verwertungsgesellschaft AFMA (Anstalt für musikalisches Aufführungsrecht), bis hin zur vom Verleger unterstützten Genossenschaft zur Verwertung musikalischer Aufführungsrechte (GEMA, nicht gleich der heutigen GEMA), die v. a. Komponisten einträglicher Unterhaltungsmusik aufnahm, was zu weiteren Auseinandersetzungen führte.

No. 1

**Es war einmal ein Bock, ein Bock,
 Der fraß an einem Blumenstock, der Bock.
 Musik, du lichte Blumenzier,
 Wie schmatzt der Bock voll Schmausegier!
 Er möchte gar vermessen
 Die Blüten alle, alle fressen.
 Du liebe Blüte wehre dich,
 Du Bock und Gierschlung, schere dich!
 Schere dich, du Bock! Schere dich, du Bock!
 Du liebe Blüte, wehre dich!
 Du Bock und Gierschlung schere dich, du Bock!**

Richard Strauss eröffnet den *Krämerspiegel* mit einer Adresse an Hugo Bock (1848–1932), Erbe des Berliner Verlagshauses Bote & Bock, dessen Name ein „gefundenes Fressen“ für jeden gestandenen Satiriker ist: Der Bock frisst am Blumenstock, dessen lichte Blumenzier die Blüten der Musik symbolisiert, die der gierige Bock gar alle fressen möchte. Er soll sich scheren und die Musik soll sich wehren – eine klare Ansage und gewissermaßen Programm. Mit dem Einsatz der Singstimme blüht der Schalk mit motivischen Anklängen an *Till Eulenspiegel* auf. Das Klavier malmt unter der suggestiven Vortragsbezeichnung *ruhig und sehr behaglich* vor sich hin.

PROGRAMM

Academic Symposium, 13. Mai 2016

Max Joseph Saal der Residenz München

- Keynote** **Innovation and Entrepreneurship**
Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D.
- Panel Discussion** **Dr. Heinrich Arnold**, Senior Vice President, Telekom Innovation Laboratories, Deutsche Telekom AG
Prof. Petra Moser, Ph.D., New York University School of Business, NYU Stern
Prof. Dr. Dres. h.c. Arnold Picot, Ludwig-Maximilians-Universität (LMU), Munich
- Moderation** **Prof. Dr. Karin Hoisl**, University of Mannheim
-
- Keynote** **Property**
Prof. Dr. Reto M. Hilty
- Panel Discussion** **Alison Brimelow, CBE**, President emerita, European Patent Office (EPO)
Prof. Dan L. Burk, University of California, Irvine School of Law
Prof. Dr. Michel Vivant, Sciences Po Law School, Paris
- Moderation** **Prof. Dr. Alexander Peukert**, Goethe University Frankfurt
-
- Keynote** **Innovation in Competition Law**
Prof. Dr. Josef Drexl
- Panel Discussion** **Prof. Michal Gal**, University of Haifa School of Law
Prof. Warren S. Grimes, Southwestern Law School, Los Angeles
Prof. Dr. Kai-Uwe Kühn, Centre for Competition Policy (CCP), University of East Anglia
- Moderation** **Prof. Dr. Rupprecht Podszun**, University of Bayreuth
-
- Final Panel Discussion** Keynote speakers and panelists
- Moderation** **Dr. Gert Würtenberger**, President of the German Association for the Protection of Intellectual Property (GRUR)





Eindrücke vom Academic Symposium, 13. Mai 2016

Impressum

Vi.S.d.P.

Der Geschäftsführende Direktor

Prof. Dr. Reto M. Hilty

Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb
Marstallplatz 1
80539 München
Deutschland

Tel.: + 49 89 24246-400

Fax: + 49 89 24246-503

Redaktion

Sylvia Kortüm

Dr. Myriam Rion

Grafikdesign und Satz

Thomas Benz, FINE RESULT Druckagentur GmbH, Germering

Bildnachweis

Die Fotos wurden zur Verfügung gestellt mit freundlicher Genehmigung von:

Myriam Rion

Thomas Benz, Bilderfest, Zdenko Caganic, Deutsches Patent- und Markenamt, Et corporate,
Thomas Friedl, Dietmar Harhoff, Kamada, Michael Moedl, Jonas Neuhäuser,
Max-Planck-Gesellschaft, Mark-E. Orth, pexels.com, Andreas Pollock, unsplash.com,
Laura Valtere, Matthias Wegner, Dominik Wolf, Delia Zirilli



Max-Planck-Institut
für Innovation und Wettbewerb

Marshallplatz 1
80539 München
www.ip.mpg.de